

**Theorien und Messkonzepte zur Analyse der Nachhaltigkeit  
in internationalen Beziehungen**

**Entwicklung eines Indikatorensystems am Beispiel Deutschland – Costa Rica**

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie

im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität

zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Stefan Wilhelmy  
aus Boppard am Rhein

2005

1. Gutachter: Prof. Dr. Lothar Brock
  2. Gutachter: Prof. Dr. Hartmut Sangmeister
- Tag der mündlichen Prüfung: 18.01.2006

## INHALT

Tabellenverzeichnis .....	7
Abbildungsverzeichnis .....	8
Abkürzungsverzeichnis .....	10

## EINLEITUNG

1. Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen.....	15
1.1 Hintergrund der Themenstellung.....	15
1.2 Ziele der Arbeit.....	21
1.3 Aufbau und Vorgehensweise.....	22

## TEIL I: THEORIEN UND MESSKONZEPTE ZUR NACHHALTIGKEIT

2. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung – Entstehung, Forschungs- stand und Verankerung .....	27
2.1 Zur Genese des Konzepts nachhaltiger Entwicklung .....	27
2.1.1 Der Wandel der Entwicklungstheorien und -strategien.....	27
2.1.2 Die Etablierung der Umweltpolitik auf nationaler und internationaler Ebene .....	31
2.1.3 Von der Verknüpfung der beiden Politikfelder zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung.....	35
2.1.3.1 Zunehmende Kritik an der allgemeinen Wachstumseuphorie und Anfänge der Verknüpfung von Umwelt- und Entwicklungsfragen .....	35
2.1.3.2 Die zunehmende Ausdifferenzierung der Diskussion bis zum Beginn der 1980er Jahre.....	38
2.1.3.3 Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung von 1987 .....	42
2.1.4 Die wissenschaftliche Diskussion über nachhaltige Entwicklung.....	46
2.1.4.1 Ursprünge des Begriffs .....	46
2.1.4.2 Die Brundtland-Definition und daraus abgeleitete Nachhaltigkeits- Modelle .....	47
2.1.4.3 Die Ökologiediskussion als Vorläufer.....	51
2.1.4.4 Beiträge der Ökonomie .....	52
2.1.4.5 Starke versus schwache Nachhaltigkeit .....	54
2.1.4.6 Die Managementregeln der Nachhaltigkeit .....	56
2.1.4.7 Politische und soziale Nachhaltigkeit .....	58

2.2	Zum hier verwendeten Nachhaltigkeits-Begriff und seiner Operationalisierung.....	61
2.3	Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung.....	67
2.3.1	Die Verhandlungen zur UNCED und der Agenda 21 .....	67
2.3.1.1	Zentrale Konfliktfelder bei den Verhandlungen zur UNCED.....	67
2.3.1.2	Finanzierung.....	70
2.3.1.3	Die Rolle Deutschlands bei der UNCED .....	72
2.3.1.4	Positionen der Entwicklungsländer .....	74
2.3.2	Die Agenda 21.....	77
2.3.3	Weitere Ergebnisse der UNCED: Rio-Deklaration, Klimakonvention, Konvention über die Biologische Vielfalt und Walderklärung.....	80
2.3.3.1	Rio-Deklaration.....	80
2.3.3.2	Klimakonvention.....	81
2.3.3.3	Konvention über die Biologische Vielfalt.....	82
2.3.3.4	Walderklärung.....	83
2.4	Von Rio nach Johannesburg: Weltkonferenzen und Entwicklungsziele .....	84
2.4.1	Die übrigen Weltkonferenzen der 1990er Jahre.....	84
2.4.2	Die Millenniumsentwicklungsziele.....	91
2.4.3	Der WSSD in Johannesburg 2002.....	95
2.5	Nachhaltigkeit in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.....	97
2.5.1	Die Verankerung des Konzepts nachhaltiger Entwicklung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.....	97
2.5.2	Die Bedeutung des Begriffs Nachhaltigkeit in der projektbezogenen Entwicklungszusammenarbeit.....	102
3.	Messbarkeit von Nachhaltigkeit und Entwicklung.....	107
3.1	Die Indikatorendebatte in der Entwicklungszusammenarbeit.....	107
3.1.1	Kriterien der Indikatorbildung.....	107
3.1.2	Inhaltliche Erweiterung durch Entwicklungs- und Sozialindikatoren .....	112
3.1.3	Der Human Development Index (HDI).....	123
3.1.3.1	Wiederbelebung der Diskussion durch den HDI.....	123
3.1.3.2	Die wissenschaftliche Kritik am HDI .....	128
3.1.3.3	Indikatoren als Instrument politischer Auseinandersetzung am Beispiel des HDI .....	131
3.2	Umweltökonomische Gesamtrechnungen und Umweltindikatoren.....	133
3.2.1	Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen .....	133
3.2.2	Der Index of Sustainable Economic Welfare .....	136

3.2.3	Umweltindikatoren .....	139
3.2.4	Der ökologische Fußabdruck .....	142
3.3	Indikatorensysteme zur Nachhaltigkeit.....	145
3.3.1	Zum Stand der Indikatorenforschung .....	145
3.3.1.1	Verbreitung von Nachhaltigkeitsindikatoren.....	145
3.3.1.2	Anwendungsebenen .....	146
3.3.1.3	Aufbau der Indikatorensysteme .....	149
3.3.1.4	Funktionen von Nachhaltigkeitsindikatoren.....	150
3.3.2	Der Indikatorenansatz der CSD als zentrales Referenzsystem zur Bestimmung der Themenfelder und Indikatoren .....	153
3.3.2.1	Themenfelder und Ziele des CSD-Ansatzes .....	153
3.3.2.2	Verhältnis des CSD-Frameworks zur Agenda 21 .....	162
3.3.2.3	Anwendung der Themen und Subthemen in Costa Rica und Deutschland .....	163
3.3.2.3.1	Costa Rica.....	163
3.3.2.3.2	Deutschland .....	165
3.3.2.4	Das Indikatorensystem der CSD am Beispiel der Adaption für Costa Rica.....	169
3.3.2.5	Die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung .....	174
3.4	Ansätze zur Messbarkeit der Nachhaltigkeit internationaler Beziehungen .....	179
3.4.1	Die Nord-Süd-Indikatoren von Fues.....	179
3.4.2	Kommunales Modellprojekt Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg .....	184

## TEIL II: DAS FALLBEISPIEL DEUTSCHLAND – COSTA RICA

4.	Ein Indikatorensystem zur Nachhaltigkeit internationaler Beziehungen: Das Fallbeispiel Deutschland – Costa Rica.....	193
4.1	Ausgerechnet Costa Rica.....	193
4.1.1	Länderprofil Costa Rica – ein Land mit Modellcharakter? .....	193
4.1.2	Costa Rica und Deutschland im Vergleich unterschiedlicher Messkonzepte .....	198
4.1.3	Die deutschen Beziehungen zu Costa Rica als Gegenstand der Untersuchung.....	205
4.1.3.1	Zu den Betrachtungsweisen in der Forschungsliteratur.....	205
4.1.3.2	Außenpolitik und Außenwirtschaft im regionalen Kontext.....	208

4.1.3.3 Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Costa Rica .....	212
4.2 Entwicklung eines Indikatorensystems zur Bewertung der Nachhaltigkeit in den deutschen Beziehungen zu Costa Rica.....	217
4.2.1 Themenfelder internationaler Nachhaltigkeit.....	217
4.2.2 Vorschlag eines Indikatorensystems zur Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen .....	227
4.3 Die Indikatoren im Einzelnen .....	233
4.3.1 Indikatoren zur ökonomischen Dimension .....	233
4.3.2 Indikatoren zur ökologischen Dimension .....	251
4.3.3 Indikatoren zur sozialen Dimension.....	265
4.3.4 Indikatoren zur institutionellen Dimension.....	281
4.4 Auswertung der Untersuchungsergebnisse .....	294
4.4.1 Methodische und statistische Probleme .....	294
4.4.2 Zusammenfassung und Auswertung der inhaltlichen Ergebnisse.....	297
4.4.2.1 Zur Auswertung der Ergebnisse .....	297
4.4.2.2 Zur Entwicklung in der ökonomischen Dimension.....	299
4.4.2.3 Zur Entwicklung in der ökologischen Dimension.....	302
4.4.2.4 Zur Entwicklung in der sozialen Dimension.....	304
4.4.2.5 Zur Entwicklung in der institutionellen Dimension.....	307
4.4.2.6 Zur Entwicklung der deutsch-costaricanischen Beziehungen.....	309

## SCHLUSSBETRACHTUNG

5. Zur Übertragbarkeit der gewählten Methode.....	313
---	-----

## ANHANG

Literaturverzeichnis.....	319
Liste der Interviewpartner .....	342
Liste der offenen Interviewfragen .....	343
Auswertung von Berichtssystemen zur Charakterisierung von Ländern in der Entwicklungspolitik .....	344

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Die Weltkonferenzen 1990 bis 1996.....	89
Tab. 2:	Die Millenniumsentwicklungsziele .....	93
Tab. 3:	Liste der 24 UNRISD-Kernindikatoren .....	115
Tab. 4:	Themenbereiche der CEPAL-Indikatorenliste .....	117
Tab. 5:	Themenfelder der „Liste der 172 komparativen Indikatoren für Afrika“ von Morrison/Mitchell/Paden/Stevenson.....	118
Tab. 6:	Internationale Beziehungen bei Morrison u.a. ....	119
Tab. 7:	Mindest- und Höchstwerte beim HDI.....	125
Tab. 8:	Themenfelder der <i>CSD Working List of Indicators</i> .....	154
Tab. 9:	Themen und Subthemen der CSD.....	159
Tab. 10:	Dimensionen, Themen und Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie .....	168
Tab. 11:	Die Indikatoren der CSD und des OdD .....	172
Tab. 12:	Die „21 Schlüsselindikatoren“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.....	175
Tab. 13:	Einwirkungen des Nordens auf nachhaltige Entwicklung im Süden .....	181
Tab. 14:	Leitindikatoren für die Nachhaltigkeit der deutschen Beziehungen zum Süden nach Fues.....	183
Tab. 15:	Indikatoren zur Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg .....	188
Tab. 16:	Dimensionen und Themenfelder internationaler Nachhaltigkeit .....	219
Tab. 17:	Vergleich der ausgewählten internationalen Themenfelder mit dem CSD-Ansatz und der Agenda 21 .....	225
Tab. 18:	Themenfelder und Indikatoren zu den vier Dimensionen der Nachhaltigkeit .....	230
Tab. 19:	Übersicht zu den Entwicklungen in der ökonomischen Dimension .....	300
Tab. 20:	Übersicht zu den Entwicklungen in der ökologischen Dimension .....	303
Tab. 21:	Übersicht zu den Entwicklungen in der sozialen Dimension .....	306
Tab. 22:	Übersicht zu den Entwicklungen in der institutionellen Dimension .....	308

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Dreieck der Nachhaltigkeit .....	49
Abb. 2:	Die „Zauberscheiben der Nachhaltigkeit“ .....	50
Abb. 3:	Die vier Dimensionen der Nachhaltigkeit .....	63
Abb. 4:	Wechselwirkungen zwischen Nachhaltigkeitsräumen .....	65
Abb. 5:	Themen der ökonomischen Beziehungen.....	66
Abb. 6:	BSP und ISEW im Vergleich Bundesrepublik Deutschland / alte Bundesländer 1950 – 1992 .....	138
Abb. 7:	Informationspyramide .....	141
Abb. 8:	Das Nachhaltigkeits-Ei.....	179
Abb. 9:	Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Zentralamerikas .....	215
Abb. 10:	Deutsche Importe aus und Exporte nach Costa Rica und costaricanischer Handelsbilanzüberschuss .....	234
Abb. 11:	Zusammensetzung der deutschen Importe aus Costa Rica.....	236
Abb. 12:	Zusammensetzung der deutschen Exporte nach Costa Rica .....	237
Abb. 13:	Preisentwicklung der drei Hauptexportprodukte Costa Ricas.....	238
Abb. 14:	Bilaterale Netto-Entwicklungshilfeszahlungen an Costa Rica .....	240
Abb. 15:	Bestand und Anteil der deutschen Direktinvestitionen in Costa Rica sowie Nettotransfer der costaricanischen Direktinvestitionen .....	242
Abb. 16:	Deutsche Kredite an Costa Rica nach Gläubigern.....	244
Abb. 17:	Importanteil und Mehrerlös des fairen Handels am Beispiel Kaffee .....	246
Abb. 18:	Anzahl und Anteil der deutschen Touristen in Costa Rica .....	248
Abb. 19:	Anzahl der Touristen aus Costa Rica in Deutschland und Anteil Deutschlands an den nach Europa reisenden Touristen aus Costa Rica.....	248
Abb. 20:	CO <sub>2</sub> -Emissionen pro Kopf in Bezug zur globalen Aufnahmekapazität und zueinander .....	252
Abb. 21:	Ökologischer Fußabdruck der Bananenimporte aus Costa Rica in qm je Einwohner, bezogen auf die deutsche Bevölkerung.....	254
Abb. 22:	Materialintensität und quantitativer Umfang des Warenhandels zwischen Deutschland und Costa Rica.....	256
Abb. 23:	Umweltmanagementsysteme bei den Mitgliedern der Deutsch-Costaricanischen Industrie- und Handelskammer.....	258



Abb. 24:	Costaricanische Exporte von Fisch und Garnelen nach Deutschland.....	260
Abb. 25:	Anzahl der Flugreisenden zwischen Deutschland und Costa Rica .....	262
Abb. 26:	Relation des HDI-Wertes für Costa Rica zum HDI-Wert für Deutschland in Prozent sowie HDI-Werte für beide Länder .....	266
Abb. 27:	Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland im Verhältnis zum Pro-Kopf- Einkommen in Costa Rica und weltweiter Durchschnitt, jeweils in KKP .....	268
Abb. 28:	Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und Costa Rica sowie jeweiliger Bestand im Einwanderungsland.....	270
Abb. 29:	Anzahl der Schüler/innen am <i>Colegio Humboldt</i> .....	272
Abb. 30:	Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Deutsch-Sprach- kursen des Goethe-Instituts beziehungsweise Goethe-Centers.....	274
Abb. 31:	Anzahl der costaricanischen Studierenden in Deutschland und Anzahl der Wissenschaftler, die im Rahmen des geförderten Wissenschaftsaustauschs im Partnerland arbeiten .....	276
Abb. 32:	Anzahl der Artikel zu Costa Rica in ausgewählten deutschen Printmedien nach Themen .....	278
Abb. 33:	Anzahl der Artikel zu Deutschland in der costaricanischen <i>La Nación</i> .....	279
Abb. 34:	EU-finanzierte Projekte nach Nachhaltigkeits-Dimensionen und Themen ....	282
Abb. 35:	Besuche costaricanischer Politiker in Deutschland .....	284
Abb. 36:	Besuche deutscher Politiker in Costa Rica .....	284
Abb. 37:	Anzahl der Partnerschaften zwischen deutschen und costaricanischen Kommunen.....	286
Abb. 38:	Budget der Außenstelle der KAS für Costa Rica und die Nachbarstaaten ....	288
Abb. 39:	Bewilligung von Projektmitteln und Anzahl der Projekte der kirchlichen Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und Misereor .....	290
Abb. 40:	Hochschulkooperationen nach Fachgebieten.....	292

## Abkürzungsverzeichnis

ALIDES	Alianza Centroamericana para el Desarrollo Sostenible
AwZ	Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BfdW	Brot für die Welt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
BSP	Bruttosozialprodukt
CCAD	Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CIA	Central Intelligence Agency
CSD	Commission on Sustainable Development
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAC	Development Assistance Committee
DESA	United Nations Department of Economic and Social Affairs
DGVN	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
ECOSOC	Economic and Social Council
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FEST	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V.
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GEF	Global Environmental Facility
GTZ	Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit
HDI	Human Development Index
HDR	Human Development Report
HDW	Handbuch der Dritten Welt
HFI	Human Freedom Index
HSFK	Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
ICPD	International Conference on Population and Development
IDA	International Development Association
IISD	International Institute for Sustainable Development
INEF	Institut für Entwicklung und Frieden
IWF	Internationaler Währungsfond
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung

KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC	Least Developed Countries
MDG	Millennium Development Goal
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NGO	Non-Governmental Organisation
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
OdD	Observatorio del Desarrollo (Universidad de Costa Rica)
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
PQLI	Physical Quality of Life Index
SICA	Sistema de Integración Centroamericana
TZ	Technische Zusammenarbeit
UGR	Umweltökonomische Gesamtrechnungen
UN	United Nations
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNCHE	United Nations Conference on the Human Environment
UNCHS	United Nations Centre for Human Settlement (=Habitat)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFF	United Nations Forum on Forests
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNRISD	United Nations Research Institute for Social Development
VGR	Volkwirtschaftliche Gesamtrechnung
WBGU	Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WCED	World Commission on Environment and Development
WHO	World Health Organization
WKMR	Weltkonferenz über Menschenrechte
WSSD	World Summit on Sustainable Development
WTO	World Trade Organization



## **EINLEITUNG**



# 1. NACHHALTIGKEIT IN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

## 1.1 Hintergrund der Themenstellung

Was bedeutet nachhaltige Entwicklung in internationalen Beziehungen? Wird Deutschland seinem Anspruch gerecht, sein Außenverhältnis am Leitbild der Nachhaltigkeit zu orientieren? Wie lässt sich dies überprüfen? Ausgangspunkt der Themenexploration war die Zusage zu umfassender Hilfe beim „nachhaltigen Wiederaufbau“, die die Bundesregierung den zentralamerikanischen Ländern nach dem Hurrikan Mitch im Jahr 1998 gegeben hat. Auf internationalen Konferenzen und in den bilateralen Abkommen mit den betroffenen Ländern wurde die nachhaltige Entwicklung *in* diesen Ländern als Ziel formuliert. Gleichzeitig wurde darauf verwiesen, dass sich die deutsche Zusammenarbeit *mit* den Ländern Zentralamerikas am Leitbild der Nachhaltigkeit ausrichte.

Auch nach dem Tsunami vom 26. Dezember 2004 in Asien wurde von der Bundesregierung ein „nachhaltiger Wiederaufbau“ proklamiert. Auf Grund des Ausmaßes der Zerstörungen und der außergewöhnlich hohen Spendenbereitschaft stellt sich jedoch das Problem, wie den betroffenen Ländern ‚nachhaltig‘ geholfen werden kann. Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von der Bereitstellung von Fischerbooten, der Förderung des Wohnungsbaus und der Wiederherstellung der lokalen Infrastruktur bis zum Aufbau kommunaler Partnerschaften und der Entwicklung eines Frühwarnsystems.<sup>1</sup> Zugleich wurde von der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung darauf verwiesen, dass Ländern wie Sri Lanka vor allem durch Tourismus geholfen werden könne.<sup>2</sup> Allgemeiner gefasst, geht es damit sowohl um ‚klassische‘ Entwicklungsprojekte als auch um wissenschaftliche Zusammenarbeit und politische Kooperation von der lokalen bis zur nationalen Ebene sowie um den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen.

Jenseits der durch Naturkatastrophen ausgelösten Ausnahmesituationen stellt sich aber generell die Frage, welche Bedeutung dem Konzept der Nachhaltigkeit in den internationalen Beziehungen Deutschlands – insbesondere im Verhältnis zu Entwicklungsländern – zukommt. In diesem Kontext sind die *Millennium Development Goals* (MDGs) zu erwähnen, die von den Staats- und Regierungschefs beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September

---

<sup>1</sup> Vgl. Wiczorek-Zeul, Heidemarie (2005a): „Die Hilfe erfordert höchste Professionalität“, Interview, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 46, Heft 2/2005, 48-49.

<sup>2</sup> Vgl. Wiczorek-Zeul, Heidemarie (2005b): „Der Beitrag der Touristen“, Interview, in: *Berliner Zeitung* vom 11.3.2005, im Internet unter: <http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede20050311.html>.

2000 auf Initiative von UN-Generalsekretär Kofi Annan als Etappenziele auf dem Weg zu einer global nachhaltigen Entwicklung formuliert wurden. Für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) waren die MDGs Anlass, die Grundlinien der zukünftigen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu überprüfen. Das vom BMZ mit der „Positionsbestimmung“ beauftragte Deutsche Institut für Entwicklungspolitik hat dabei die „Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft“<sup>3</sup> identifiziert. Die genannten Beispiele verdeutlichen die Aktualität der Fragestellung, wie die Beziehungen Deutschlands zu Entwicklungsländern analysiert und bewertet werden können. In der vorliegenden Arbeit dient dazu das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als Bezugsrahmen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme des früheren Ostblocks war in den 1990er Jahren die Hoffnung verbunden, dass nach über vier Jahrzehnten einer konfrontativen, bipolaren Weltordnung der Weg frei sein würde, um drängende globale Probleme im Rahmen einer umfassenden internationalen Kooperation zu lösen. Die Weltkonferenzen der Vereinten Nationen in den Jahren 1990 bis 1996 brachten neben politischen Erklärungen auch gemeinsame *Aktionsprogramme* der internationalen Staatengemeinschaft zu Umwelt- und Entwicklungsproblemen, zu Menschenrechten, zur sozialen Entwicklung und zur Bevölkerungsdynamik hervor.

Der bisweilen prognostizierte „Abschied vom Nationalstaat“<sup>4</sup> war damit aber nicht eingeleitet, denn es waren die Nationalstaaten, die die Agenden zur Lösung globaler Probleme vereinbart hatten und denen darin die primäre Zuständigkeit für die Umsetzung zugewiesen wird. Da sich die nationale Problemlösungskompetenz in vielen Bereichen aber zunehmend als unzureichend erwies, wurde die Notwendigkeit einer international abgestimmten Politik betont. Auf dem Weg zu einer Weltinnenpolitik ohne Weltregierung werden die Weltkonferenzen der 1990er Jahre als „Baustellen für Global Governance“<sup>5</sup> angesehen, die das „normative Fundament der Politik in der Weltgesellschaft“<sup>6</sup> erweitert haben. „Nachhaltigkeit“ und „nachhaltige Entwicklung“ wurden dabei zu Schlüsselbegriffen in der Diskussion, die auf internationale

---

<sup>3</sup> Stamm, Andreas (2004a): Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft – Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht. Discussion-Paper 1/2004. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.

<sup>4</sup> So der deutsche Titel bei: Albrow, Martin (1998): *Abschied vom Nationalstaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

<sup>5</sup> Fues, Thomas/Hamm, Brigitte (Hrsg.) (2001): Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance. Bonn: Dietz.

<sup>6</sup> Brock, Lothar (2004): Frieden durch Recht. Zur Verteidigung einer Idee gegen „die harte Tatsachen“ der internationalen Politik. HSFK-Standpunkte Nr. 3/2004. Frankfurt am Main: HSFK.



Norm- und Rechtssetzung im Zuge einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des Multilateralismus als Modell für eine kooperative Weltordnung ausgerichtet ist.

Die Reaktionen der USA auf die Anschläge vom 11. September 2001 und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, gestützt auf die ökonomische und militärische Vormachtstellung der Supermacht, erscheinen im Zuge dieser Entwicklung als Bruch. Auch die Haltung der US-Regierung gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof und die Ablehnung internationaler Ziele zum Klimaschutz markieren unilateralistische Grundzüge der US-Politik. Die Entwicklung im Irak nach dem raschen Sturz des Saddam-Regimes und insbesondere die Terrorismusbekämpfung machen aber die Grenzen nationalstaatlichen Handelns deutlich, denen auch der derzeit mächtigste Akteur der Weltpolitik unterworfen ist. Es scheint daher fraglich, ob die Lösung der komplexen globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme auf der Grundlage einer machtgestützten Ordnungspolitik erreicht werden kann. Vieles spricht dafür, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das den Rahmen für die Behandlung der globalen Probleme darstellt, nur auf der Basis einer umfassenden internationalen Zusammenarbeit umsetzbar ist.

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung ist seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Jahr 1992 weltweit anerkannt und hat seither eine außerordentliche Konjunktur erfahren. Er ist heute überwiegend positiv besetzt und auf allen Ebenen der internationalen und insbesondere der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit etabliert. Die insgesamt breite Akzeptanz des Nachhaltigkeitskonzepts ist wesentlich durch die sehr allgemeine Definition des Brundtland-Berichts begründet, die auch dem Rio-Prozess und der Agenda 21 zugrunde liegt. Demzufolge geht es bei nachhaltiger Entwicklung darum, die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.<sup>7</sup>

Auf dieser Grundlage wird der Begriff der nachhaltigen Entwicklung jedoch zum Teil sehr diffus verwandt.<sup>8</sup> Der allgemeine Konsens verwandelt sich zudem sehr schnell in einen Dissens, wenn es um konkrete Inhalte und Ziele einer nachhaltigen Entwicklung geht. Die Auf-

---

<sup>7</sup> Vgl. Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): *Unsere Gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp, 46.

<sup>8</sup> Ein Beispiel für die Schwierigkeit der „Verortung“ des Begriffs liefert der Jahresbericht 1997 des BMZ: Nachhaltige Entwicklung wird darin einerseits als das übergeordnete Leitbild der deutschen EZ bezeichnet, andererseits wird der Begriff im Abschnitt „Bereiche der Zusammenarbeit“ als Unterpunkt neben dem Aspekt „Umwelt- und Ressourcenschutz“ geführt. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1998a): *Jahresbericht 1997*. Bonn: BMZ, 6 und 44.

fassungen einzelner Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind gerade in der Frage der notwendigen Maßnahmen bereits auf nationaler Ebene sehr unterschiedlich. Dies gilt für die internationale Ebene umso mehr – vor allem, wenn man die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Interessen von Industrie- und Entwicklungsländern berücksichtigt.

Eine theoretische Auseinandersetzung mit dem mehrdimensional angelegten Konzept der Nachhaltigkeit ist mit dem Problem konfrontiert, dass die Diskussionen verschiedener Disziplinen berücksichtigt werden müssen. Eine Auswertung von über 150 wissenschaftlichen Arbeiten, in denen Definitionen des Begriffs vorgenommen werden, zeigt bereits hinsichtlich der Gegenstandsbereiche, auf die sich der Begriff beziehen soll, eine außerordentlich große Spannbreite.<sup>9</sup> Einer engen Begriffsfassung entsprechend ist Nachhaltigkeit nur auf den Bereich der Ökologie anzuwenden, während die Mehrzahl der Autoren Ökonomie und Gesellschaft als festen Bestandteil einer ‚Triade‘ sehen, die zunehmend um Aspekte der politischen Dimension wie „Partizipation“ und „Institutionen“ ergänzt wird. Allein zur Frage des Umgangs mit natürlichen Ressourcen, deren Einbeziehung in allen Ansätzen unstrittig ist, lassen sich mehrere Varianten von Nachhaltigkeit unterscheiden. Die Mehrdimensionalität des Nachhaltigkeitskonzepts bringt es außerdem mit sich, dass sehr unterschiedliche Problemlagen einzubeziehen sind. So lässt sich die Frage der Nachhaltigkeit im ökologischen Bereich an einzelne Umweltmedien wie etwa Luft, Wasser und andere natürliche Ressourcen anbinden und in weiten Teilen naturwissenschaftlich verankern. Wie Ökonomie und Gesellschaft sowie die durchgängig geforderte inter- und intragenerationale Gerechtigkeit mit diesem Leitbild in Einklang gebracht werden können, lässt sich dagegen vielfach nur normativ entscheiden.

Aus entwicklungspolitischer Sicht bedeutet das Leitbild der Nachhaltigkeit eine Abkehr oder doch zumindest eine grundlegende Modifikation des Wachstumsparadigmas. Dieses war den modernisierungstheoretischen Ansätzen ebenso zu Eigen wie den für Lateinamerika lange Zeit prägenden Dependenz-Modellen und steht bei den aktuellen, mehr oder weniger neoliberal beeinflussten Wirtschaftskonzepten im Mittelpunkt. Offenbar wird auf politischer Ebene hierin kein unüberwindbarer Widerspruch gesehen. In Deutschland wurde dem Schutz der natürlichen Umwelt im Sinne der nachhaltigen Entwicklung – zumindest als Staatsziel – Verfassungsrang eingeräumt. In Lateinamerika haben fast alle Staaten auf Regierungsebene Instituti-

---

<sup>9</sup> Vgl. Diefenbacher, Hans (2001a): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

onen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung eingerichtet und entsprechende Strategien erarbeitet:

„Eine Bestandsaufnahme der nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik zeigt, dass die Standards internationaler Konventionen zum Schutz der Umwelt zumindest auf der Ebene der Politikformulierung Eingang gefunden haben.“<sup>10</sup>

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wird bislang in erster Linie auf politisch und/oder geografisch abgrenzbare Einheiten bezogen. Im Sinne der Agenda 21 ist das Ziel einer global nachhaltigen Entwicklung nur zu erreichen, wenn das Leitbild von den Nationalstaaten bis hin zu den Kommunen anerkannt und umgesetzt wird. Zur Überprüfung der Fort- und Rückschritte der internen Entwicklung wurden zahlreiche Indikatorensysteme entwickelt. Die Operationalisierung der allgemein gehaltenen Brundtland-Definition erfolgt dabei meist über die Bestimmung von Themenfeldern oder die Formulierung von Teilzielen für die ökologische, ökonomische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit. „Ressourcenschonung“, „Konsolidierung der Staatsfinanzen“ und „Gleichberechtigung“ sind Beispiele dafür aus der erstmals im April 2002 vorgelegten „nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ der Bundesregierung.<sup>11</sup> Mit Hilfe von Indikatoren kann die Entwicklung in Teilbereichen überprüft werden, woraus sich dann Aussagen darüber ableiten lassen, ob sich ein Land oder eine Kommune nachhaltig entwickelt. Die Betrachtung der unterschiedlichen Indikatoren-Ansätze zeigt, dass hierbei eine nach innen gerichtete Perspektive vorherrschend ist, während die externen Wechselwirkungen in der Regel nicht oder nur zu einem geringen Teil berücksichtigt werden.

Das Leitbild der Nachhaltigkeit hat gleichzeitig eine weiter gehende Ausdifferenzierung erfahren und wird sowohl auf Unternehmen – in Form von Nachhaltigkeitsberichten und Nachhaltigkeitsmanagement – als auch auf Verwaltungshandeln bis hin zur Projektebene übertragen.<sup>12</sup> Als *Zielvorstellung* erstreckt es sich demnach kaskadenartig von der globalen Ebene bis hin

---

<sup>10</sup> Sangmeister, Hartmut (2004): „Wirtschaftliche Entwicklung und Umweltbelastung in Lateinamerika“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 19/2004, 205-215 (Zitat: 212-213). Sangmeister weist zugleich auf die erhebliche Differenz zwischen „Papierform“ und Umsetzung hin; vgl. dazu auch: Mansilla, Hugo C.F. (2001): „Fortgesetzte Umweltzerstörung in Lateinamerika trotz des Diskurses der nachhaltigen Entwicklung?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2001, 30-38.

<sup>11</sup> Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2002): *Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung*. Berlin: Selbstverlag, 89. Im Text zitiert als „nationale Nachhaltigkeitsstrategie“.

<sup>12</sup> Zum Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen vgl. Teichert, Volker (2004): „Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen“, in: *Umweltmanagementsysteme*, (Loseblattsammlung) Februar 2004, 1-28; als Beispiel für den Bereich Verwaltung vgl. Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2003): *Münchener Nachhaltigkeitsziele – Ziele des Stadtrats zur nachhaltigen Entwicklung in München*. Dokumentation, München: Stadtkanzlei; zur Bewertung von Projekten vgl. beispielhaft Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Hrsg.) (2003): *LiNK21 – Version 2.0*. CD-ROM. Bearbeitet von Stefan Wilhelmy. Wiesbaden: HLUg.

zum Individuum, während die *Zielerreichung* als *bottom up*-Prozess durch das Zusammenwirken der wesentlichen Akteure möglich werden soll. Zwischen den verschiedenen Akteursebenen ist die Verknüpfung bislang unzureichend. Innerhalb Deutschlands gibt es beispielsweise derzeit keine Verzahnung zwischen der „nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“, den entsprechenden Aktivitäten der einzelnen Bundesländer und den lokalen Agenda-21-Prozessen.

Die erste rot-grüne Bundesregierung, an die hohe Erwartungen bei der Umsetzung der Nachhaltigkeit gestellt worden waren, hatte nach ihrer Wahl im September 1998 im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass das „Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung“ auch die internationale Zusammenarbeit und insbesondere die Entwicklungspolitik bestimmen sollte. Danach sollten die in dem Nachhaltigkeitskonzept enthaltenen „ökologischen, sozialen und entwicklungsverträglichen Gesichtspunkte“ sowohl in die Reform der Außenwirtschaftsförderung als auch in die Arbeit des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank einfließen.<sup>13</sup> In den bilateralen Verhandlungen mit einzelnen Entwicklungsländern ist der Begriff nachhaltige Entwicklung mittlerweile zu einem festen Bestandteil geworden, da das BMZ seit einigen Jahren die Nachhaltigkeit zum Leitbild der entwicklungspolitischen Konzeption bestimmt hat.<sup>14</sup> Damit wird deutlich, dass Nachhaltigkeit mit der UNCED-Konferenz von 1992 in Rio de Janeiro nicht nur als globales Leitbild für die nationale Politik anerkannt wurde, sondern auch die Beziehungen der Staaten untereinander bestimmen soll.

Dies ergibt sich aber auch zwangsläufig aus dem Konzept selbst, da eine global nachhaltige Entwicklung nur erreicht werden kann, wenn dieses Leitbild die Innen- wie die Außenverhältnisse der Staaten prägt. Im Unterschied zur Innenentwicklung fehlt bislang jedoch eine konsistente Beschreibung dessen, was Nachhaltigkeit in den Außenbeziehungen ausmachen soll.

Sowohl Umwelt- als auch Entwicklungspolitik – deren Inhalte das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ja wesentlich bestimmen – gehören traditionell zu den ‚weichen‘ Politikfeldern. Die in diesen Bereichen verfolgten eher langfristigen Handlungsziele mussten in der Vergangenheit häufig hinter vermeintlichen oder tatsächlichen ökonomischen Zwängen und ‚übergeordneten‘ politischen Interessen zurückstehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage,

---

<sup>13</sup> Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen (1998): *Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert*. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 20.10.1998, 44-45.

<sup>14</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1998b): *Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1998*. Bonn: BMZ, 25.

ob und in welcher Weise sich das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung über die Proklamation hinaus auf die Beziehungen zu Entwicklungsländern auswirkt.

## 1.2 Ziele der Arbeit

Die Einschätzung darüber, ob die deutschen Außenbeziehungen dem erklärten Leitbild entsprechen oder sich diesem zumindest annähern, wird zwangsläufig davon beeinflusst, welches Verständnis von nachhaltiger Entwicklung zugrunde gelegt wird. Ein Ziel dieser Arbeit besteht daher darin, Themenfelder festzulegen, die bei der Analyse des Nachhaltigkeitskonzepts bezüglich seines Einflusses auf die deutschen Außenbeziehungen und insbesondere auf die Beziehungen zu Entwicklungsländern berücksichtigt werden müssen. Grundlage für die Entwicklung dieses Kataloges von Themenfeldern sollen in erster Linie internationale Vereinbarungen sein, zu deren Umsetzung sich Industrie- und Entwicklungsländer bekannt haben. Dieses Themenraster soll, soweit erforderlich, durch Aspekte aus der politischen und wissenschaftlichen Diskussion über Nachhaltigkeit ergänzt werden. Dadurch soll eine Operationalisierbarkeit des Konzepts im Kontext der internationalen Beziehungen erreicht werden. Die skizzierte Methode soll hierbei einen möglichst hohen Grad an Objektivität bei der Festlegung der Themenfelder gewährleisten.

In einem weiteren Schritt soll ein System von Indikatoren entwickelt werden, um die tatsächliche Umsetzung beziehungsweise Beachtung des Leitbildes überprüfen zu können. Da die Auswahl der Indikatoren ebenfalls erheblichen Einfluss auf das Untersuchungsergebnis hat, soll dabei methodisch analog zur Bestimmung der Themenfelder vorgegangen werden. Im Idealfall sind Indikatoren auszuwählen, die sich unmittelbar aus internationalen Verpflichtungen ableiten lassen. Ein Beispiel hierfür ist die Einhaltung der im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Obergrenzen und Reduktionsverpflichtungen für die Treibhausgasemissionen. Ausgangspunkt für die Indikatorenauswahl sind die unter anderem von Deutschland (im Verbund mit Brasilien) und Costa Rica getesteten Indikatoren der *Commission on Sustainable Development* (CSD). Diese sollen auf ihre Übertragbarkeit hin überprüft und durch geeignete Indikatoren ergänzt werden.

Die Praktikabilität und die Aussagekraft des entwickelten Indikatorensystems soll am Beispiel der Beziehungen Deutschlands zu Costa Rica untersucht werden. Für die Auswahl Costas Ricas als Fallbeispiel war entscheidend, dass es dort in Wissenschaft und Politik seit Ende der

1980er Jahre eine breite Diskussion über Nachhaltigkeit gibt, die in den 1990er Jahren zu einer intensiven Auseinandersetzung mit Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung geführt hat. Beispiele für die Verankerung der Thematik in Costa Rica und – in abgeschwächter Form in Mittelamerika insgesamt – sind die Mitwirkung Costa Ricas an der Testphase der CSD-Indikatoren, der jährlich erscheinende „*Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible*“<sup>15</sup> sowie der „*I. Congreso Regional de Medio Ambiente y Desarrollo Sostenible*“, der vom 17. bis 21. August 1998 in Guatemala stattfand.

### **1.3 Aufbau und Vorgehensweise**

Aus der beschriebenen Zielsetzung ergeben sich für den Aufbau der Arbeit zwei Hauptteile: Im ersten Teil werden in Kapitel 2 das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und in Kapitel 3 die Frage der Messbarkeit von Nachhaltigkeit und Entwicklung betrachtet. Aufbauend auf den theoretischen Grundlagen wird im zweiten Teil in Kapitel 4 ein Indikatorensystem zur Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen entwickelt und am Fallbeispiel Deutschland – Costa Rica getestet.

In Teil I werden zunächst in Kapitel 2 die Probleme der Bestimmung und Konkretisierung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung behandelt. Die ideengeschichtliche Betrachtung in Kapitel 2.1 zeigt zum einen die inhaltliche Heterogenität und zum anderen, dass wichtige Topoi der Debatte über die Tagesaktualität des Begriffs hinausweisen und seit langem in den Diskussionen um Umwelt- und Entwicklungsfragen fest verankert sind. Da bislang keine allgemein akzeptierte Definition von Nachhaltigkeit vorliegt, muss bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Konzept deutlich gemacht werden, welches Begriffsverständnis der Untersuchung zugrunde gelegt wird, was in Kapitel 2.2 erfolgt. Am Beispiel der Verhandlungen zur Rio-Konferenz von 1992 werden in Kapitel 2.3 die Interessenkonflikte dargestellt, die bei der Übersetzung des Leitbildes in ein politikleitendes Handlungsprogramm auf internationaler Ebene auftreten. Wie in Kapitel 2.4 dargestellt wird, hatten der in Rio vereinbarte Folgeprozess und die übrigen Weltkonferenzen in Teilbereichen eine weitere Ausdifferenzierung dieses Handlungsprogramms zur Folge, welche bei der Entwicklung des Analyserasters zu berücksichtigen ist. Bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts in nationale Politik kommt dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bezüglich der deutschen

---

<sup>15</sup> Proyecto Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible (fortlaufend): *Estado de la Nación en*

Außenbeziehungen zu Entwicklungsländern naturgemäß eine Schlüsselstellung zu. Die in Kapitel 2.5 behandelte politische Programmatik dieses Ressorts gibt Aufschluss über die Verankerung des Leitbildes in der Bundespolitik insgesamt.

In Kapitel 3 wird das Problem der Messbarkeit nachhaltiger Entwicklung betrachtet. Dabei wird in Kapitel 3.1 versucht, die ab Mitte der 1960er Jahre intensiv geführte wissenschaftliche Diskussion zur Bestimmung von Entwicklungs- und Sozialindikatoren, die durch den *Human Development Index* des UNDP ab 1990 wiederbelebt wurde, für die aktuellen Ansätze zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren anschlussfähig zu machen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Berücksichtigung des Konzepts nachhaltiger Entwicklung in der amtlichen Statistik und alternative Ansätze zur Erfassung ökologischer Aspekte in Kapitel 3.2. Daran schließt in Kapitel 3.3 die Behandlung von Indikatorensystemen zur Nachhaltigkeit an, wobei der Ansatz der CSD und die damit in Costa Rica und Deutschland gewonnenen Erfahrungen im Mittelpunkt stehen. Zum Abschluss des ersten Teils werden in Kapitel 3.4 zwei Ansätze behandelt, die in jeweils unterschiedlichem Kontext Indikatoren für die deutschen Beziehungen zu Entwicklungsländern beinhalten.

Da für Teil II aus methodischen Gründen mit Costa Rica als Fallbeispiel ein Land ausgewählt wurde, das zwar vielfach als Modell bezeichnet wird, das aber nicht zu den bedeutendsten internationalen Partnern Deutschlands zählt, beginnt Kapitel 4 mit einer kurzen Darstellung des Landes und einer Einordnung der deutsch-costaricanischen Beziehungen in den Kontext der deutschen Außenbeziehungen (Kapitel 4.1).

Ausgehend von den Indikatorenansätzen der CSD wird in Kapitel 4.2 ein Themenraster zur internationalen Nachhaltigkeit entwickelt. Zur Ergänzung werden neben den Dokumenten zur UNCED von 1992 die Ergebnisse der Weltkonferenzen der 1990er Jahre berücksichtigt, die sich mit Teilbereichen einer nachhaltigen Entwicklung befassen haben. Ein erster Entwurf des Themenkatalogs wurde Anfang 2003 mit Wissenschaftlern in Costa Rica diskutiert und für die nun vorliegende Fassung überarbeitet. Im Anschluss an die Themen wird das von der CSD erarbeitete Indikatorensystem auf seine Übertragbarkeit auf internationale Beziehungen hin analysiert. Auf dieser Grundlage wird ein Indikatorensystem vorgeschlagen, mit dem die Entwicklungen in den Teilbereichen gemessen werden können.

Bei der Ausarbeitung des Indikatorensystems in Kapitel 4.3 wird jeder Indikator nach einem einheitlichen Schema dargestellt, worauf zu Beginn des Kapitels ausführlicher eingegangen wird. Bei der Auswertung der Untersuchungsergebnisse in Kapitel 4.4 werden die methodischen und inhaltlichen Ergebnisse behandelt.

In der Schlussbetrachtung wird in Kapitel 5 der Frage nachgegangen, inwieweit sich das entwickelte Analyseraster und die zur Erstellung des Themenkatalogs und des Indikatorensystems herangezogene Methode auf die Beziehungen zu anderen Ländern übertragen lassen. Handlungsvorschläge für die Konzeptionen der Entwicklungszusammenarbeit und für die Weiterentwicklung von Indikatorensystemen bilden den Abschluss der Arbeit.



**TEIL I**  
**THEORIEN UND MESSKONZEPTE ZUR NACHHALTIGKEIT**



## **2. DAS KONZEPT DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG – ENTSTEHUNG, FORSCHUNGSSTAND UND VERANKERUNG**

### **2.1 Zur Genese des Konzepts nachhaltiger Entwicklung**

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion sind die Begriffe Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und dauerhafte beziehungsweise dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung zu Schlüsselbegriffen geworden. Während diese in den 1990er Jahren noch weitgehend synonym zur Übersetzung von *sustainability* beziehungsweise *sustainable development* verwendet wurden, hat sich ‚nachhaltig‘ mittlerweile weitgehend im deutschen Sprachgebrauch durchgesetzt. Gerade im Kontext der Reformdebatte in Deutschland scheint kaum eine politische Diskussion noch ohne ‚Nachhaltigkeit‘ auszukommen: Gefordert wird eine nachhaltige Bildung ebenso wie eine nachhaltige, zuvor als ‚solide‘ bezeichnete Finanzpolitik. In die Berechnung der Renten soll ein ‚Nachhaltigkeitsfaktor‘ einbezogen werden und aus der wirtschaftlichen Stagnation vermag nach Ansicht vieler nur ein ‚nachhaltiges‘ Wachstum zu führen. Beinahe ebenso häufig ist daher mittlerweile von einem inflationären Gebrauch dieses Begriffs die Rede.

Die Attraktivität des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung beruht zu einem wesentlichen Teil darauf, dass Entwicklungsfragen mit umweltpolitischen Diskussionen verknüpft werden. Wenn nachfolgend auf diese beiden Politikbereiche Bezug genommen wird, so soll dabei deutlich werden, dass es sich bei nachhaltiger Entwicklung weder um ein völlig neues Konzept handelt noch um eine vorübergehende ‚Modeerscheinung‘, sondern um eine Weiterentwicklung älterer Diskurse und Ansätze. Dem Anspruch nach geht es dabei nicht bloß um eine thematische Addition, sondern um die Betrachtung der beiden Teilbereiche unter einer neuen leitenden Perspektive.

#### **2.1.1 Der Wandel der Entwicklungstheorien und -strategien**

Die Etablierung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung fällt in eine Zeit, in der zunächst eine „Krise der Entwicklungstheorie“<sup>16</sup> konstatiert und dann – vor allem von Ulrich Menzel ab 1991 – die These vom „Scheitern der großen Theorie“<sup>17</sup> propagiert wurde. In der sich daran

---

<sup>16</sup> Boeckh, Andreas (1985): „Dependencia und kapitalistisches Weltsystem, oder: Die Grenzen globaler Entwicklungstheorien“, in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Dritte Welt-Forschung: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 56-74 (Zitat: 57).

<sup>17</sup> Menzel, Ulrich (1992): *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Dem Band war 1991 ein gleichnamiger Aufsatz des Autors in *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 32,

anschließenden Diskussion wurde von einigen Vertretern der Disziplin das Postulat des Scheiterns der „großen Theorien“ als voreilig zurückgewiesen<sup>18</sup>, zum anderen wurden „Theorien mittlerer Reichweite“ formuliert.<sup>19</sup> Die Bandbreite der in der Debatte verhandelten Argumente kann an dieser Stelle nur angedeutet werden. Statt einer Zusammenfassung wird nachfolgend vor allem auf die Aspekte aus der Diskussion eingegangen, die Boeckh mit „Krise des Fortschrittsbegriffs“<sup>20</sup> überschrieben hat und die den Diskurs für das Konzept der nachhaltigen Entwicklung anschlussfähig machen.

Trotz der intensiven Diskussion über *Entwicklung* gibt es dafür bis heute keine allgemein anerkannte Definition, was einige Wissenschaftler veranlasste, sich von dem Begriff zu distanzieren.<sup>21</sup> Von seinen philosophischen Wurzeln her bezeichnet der Begriff das „Auswickeln“ von bislang „Eingewickelterm“.<sup>22</sup> Durch die Entfaltung bereits innewohnender Kräfte und Fähigkeiten ist dadurch sowohl für Einzel- als auch für Gemeinwesen der Aufstieg vom Niederen und Wertloseren zum Höheren und Wertvolleren möglich.<sup>23</sup> Daraus wurde im 18. und 19. Jahrhundert aus westlicher Sicht die vor allem kulturelle, aber auch wirtschaftliche und politische Rückständigkeit der kolonialisierten Gebiete und die Überlegenheit des europäischen Zivilisationsmodells abgeleitet.

In der nach 1945 einsetzenden Phase der Dekolonisation gewann der ökonomische Faktor bei der Entwicklung der „unterentwickelten“ Regionen eine immer stärkere Bedeutung. Dabei waren im Gegensatz zur aktuellen Situation sowohl das Ziel in Form der modernen Industriegesellschaft als auch die Strategie durch die Übertragung „überlegener“ Wertvorstellungen zumindest in ihren Grundzügen klar umrissen. Dass die westlich-kapitalistischen Modelle nun durch sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe ergänzt wurden, ist bezüglich der

---

Heft 1, 4-33, vorausgegangen.

<sup>18</sup> Siehe dazu u.a. Elsenhans, Hartmut (1996): „Kein Ende der großen Theorie“, in: *Asien – Afrika – Lateinamerika*, Vol. 24, (2), 111-146; Boeckh, Andreas (1993): „Entwicklungstheorien: Eine Rückschau“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz, 110-130.

<sup>19</sup> Zur definitorischen Abgrenzung vgl. Mürle, Holger (1997): *Entwicklungstheorie nach dem Scheitern der „großen Theorie“*. INEF-Report, Heft 22/1997, Duisburg: INEF. Ein wichtiges Forum für die wissenschaftliche Auseinandersetzung war die Zeitschrift *Entwicklung und Zusammenarbeit*, zahlreiche Beiträge der Artikelserie zwischen 1995 und 1999 werden zusammengefasst in: Thiel, Reinold E. (Hrsg.) (1999): *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Bonn: Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung.

<sup>20</sup> Vgl. Boeckh (1993), 118-120.

<sup>21</sup> Vgl. dazu die Verweise bei Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1993c): „Was heißt Entwicklung?“, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) (1993), 55-75. Zu den Schwierigkeiten einer Begriffsdefinition vgl. Geiger, Wolfgang/Mansilla, Hugo C.F. (1983): *Unterentwicklung. Theorien und Strategien zu ihrer Überwindung*. Frankfurt am Main u.a.: Diesterweg, 31-41; Mols, Manfred (1987): „Entwicklung“, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Pipers Wörterbuch zur Politik*. Bd. 1. München: Piper, 198-203.

<sup>22</sup> Vgl. Geiger/Mansilla (1983), 33.

ökologischen Implikationen und der Wachstumsfixierung von untergeordneter Bedeutung.<sup>24</sup> Unabhängig davon, ob man in erster Linie endogene Faktoren als Ursache für – eine zumindest als solche empfundene – Unterentwicklung zugrunde legt, also einem modernisierungstheoretischen Ansatz folgt, oder primär exogene Faktoren, wie die in den 1960er Jahren entstehende Dependenztheorie:<sup>25</sup> Das Problemfeld ‚Entwicklung – Unterentwicklung‘ lässt sich nur verstehen, wenn man sich die zentrale Bedeutung der Entstehung moderner Industriegesellschaften und ihres Wirkens als politische Akteure im internationalen Rahmen bewusst macht. Damit besteht ein originärer Zusammenhang zur globalen Umweltsituation und der sie begleitenden politischen Konstellation.

Industrialismus und Kapitalismus<sup>26</sup> gründen auf einem aufgeklärten, vernunftgeleiteten Naturverständnis. Da für den aufgeklärten Menschen die Natur nicht länger eine vollkommene Gottesschöpfung ist, in deren Mittelpunkt der Mensch selber steht, wandelt sich das Verhältnis von Mensch und Natur grundsätzlich:

„Die Natur verwandelte sich in ein ödes Reich blinder Notwendigkeit; sie stand den Wünschen und Hoffnungen des Menschen verständnislos gegenüber, zumal sie nicht mehr auf dem Umwege der Beschwichtigung Gottes beeinflusst werden konnte.“<sup>27</sup>

Die „Entseelung“ der Natur machte sie aber erst für den Menschen vollends verfügbar, und „gab ihrerseits den entscheidenden Anstoß zum Sieg des homo faber“<sup>28</sup>. Gleichzeitig ermöglicht dieses veränderte Grundverhältnis erst die Vorstellung von Umwelt- und Naturschutz, da es den Menschen aus seinem grundsätzlich fatalistischen Verhältnis zur Natur ‚befreit‘. Aufklärung denkt die Verfügbarkeit der Natur in beide Richtungen – Beherrschung und Bewahrung.<sup>29</sup> Naturwissenschaften und Technik stehen sowohl im Dienste einer industriellen Natur-

---

<sup>23</sup> Vgl. Schischkoff, Georgi (Hrsg.) (1991): *Philosophisches Wörterbuch*. 22. Auflage, Stuttgart: Kröner, 173.

<sup>24</sup> Vgl. Mols (1987), 199; vgl. dazu auch Mansilla, Hugo C.F. (1978): *Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung*. Meisenheim/Glan: Hain, 96-97; Boeckh (1993), 118-120.

<sup>25</sup> Für eine Darstellung interner und externer Faktoren vgl. Matrix 1 in: Wöhlcke, Manfred (1990): *Umwelt- und Ressourcenschutz in der internationalen Entwicklungspolitik: Probleme und Zielkonflikte*. Baden-Baden: Nomos, 17. Für eine umfassende Kritik an diesen Theorien vgl. statt vieler: Mansilla (1978).

<sup>26</sup> Um die umfassenden Auswirkungen der Industrialisierung deutlich zu machen, wird hier auf eine von dem Soziologen Anthony Giddens getroffene Unterscheidung zurückgegriffen. Danach bezeichnet *Kapitalismus* „ein System von Produktion und Tausch, das auf dem Verkauf von Waren begründet ist und in dem Arbeitskraft ebenso wie Güter und Dienstleistungen zur Ware wird. *Industrialismus* bezeichnet die Anwendung von Quellen unbelebter Energie zusammen mit Maschinenteknologie im Umgang der Menschen mit der Natur. [...] [S]ie haben voneinander unabhängige gesellschaftliche Bedeutung, und es mag sich herausstellen, dass der Industrialismus hinsichtlich der Implikationen für das menschliche Leben auf dieser Erde schädlicher ist als der Kapitalismus.“ Giddens, Anthony (1992): *Kritische Theorie der Spätmoderne*. Wien: Passagen, 33-34.

<sup>27</sup> Kondylis, Panajotis (1986): Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus. München: dtv, 120.

<sup>28</sup> Kondylis (1986), 121.

<sup>29</sup> Vgl. Piechockie, Reinhard (2002): „Altäre des Fortschritts und Aufklärung im 21. Jahrhundert“, in: Altner, Günter u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2003*. München: Beck, 11-37.

ausbeutung wie im Dienste einer ökologisch und sozial gedachten Versöhnung. Dieser Versöhnungsgedanke, den Aufklärung antithetisch zur gewaltsamen Unterdrückung der Natur mit beinhaltet, postuliert allerdings eine Modifikation zweckrationalen Denkens:

„Vernunft wird eines freiheitlichen und anerkennenden Naturverhältnisses – statt des üblichen, blind-herrschaftlichen – fähig werden müssen.“<sup>30</sup>

In diesem dialektischen Spannungsverhältnis bewegt sich auch der politische Diskurs über Umwelt und Entwicklung. Die aktuelle Situation der Menschheit ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass sowohl das Verhältnis zur Natur als auch der Gesellschaften untereinander von einem zweckrationalen, kurzsichtigen Handeln geleitet werden. Bei Auseinandersetzungen in den Problembereichen Umwelt und Entwicklung wird zunehmend deutlich, dass die Lösung der existentiellen Probleme eine grundlegende Änderung des Denkens erfordert.<sup>31</sup>

Im Unterschied zur Umweltdebatte setzt die Diskussion um Entwicklung zunächst auf der internationalen und nationalen Ebene an und umfasst erst in ihrem weiteren Verlauf regionale und lokale Kategorien. Gemein ist beiden Problemfeldern eine hohe Komplexität, die in ihrem Ausmaß zunächst nicht wahrgenommen wurde, da sie – in Konkurrenz zu anderen *policy areas* stehend – von diesen vielfach überlagert wurde beziehungsweise noch immer überlagert wird. Dabei wird das Paradigma wirtschaftlicher Prosperität als eines der vitalsten Interessen von Staaten häufig zu einer *conditio sine qua non*. Dies zeigt sich sowohl in einem Ökonomismus des Entwicklungsdenkens<sup>32</sup> als auch in der weitverbreiteten Auffassung, dass nur eine expandierende (Welt-)Wirtschaft die für umfassenden Umweltschutz notwendigen Mittel hervorbringen könne.

Entwicklung in der bisher dargestellten Form bedeutete vor allem Entwicklung der Dritten Welt<sup>33</sup> und drehte sich im Kern um die Frage, wie, erstens, das Nationaleinkommen dieser

---

<sup>30</sup> Welsch, Wolfgang (1996): Vernunft. Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 83.

<sup>31</sup> Vgl. Wehrspau, Charlotte/Wehrspau, Michael (2002): „Von der Paradoxie des Fortschritts zum unvermittelten Leitbild der Nachhaltigkeit“, in: Altner u.a. (Hrsg.), 38-59.

<sup>32</sup> Vgl. hierzu die Einteilung bei Thiel (Hrsg.) (1999), 11-18. Als Zusammenfassung der Theoriedebatte der 1990er Jahre unterscheidet Thiel sieben große Theorien. Davon fasst er neben der Modernisierungs- und Dependenztheorie das Modell der Entwicklung durch zentrale staatliche Planung, das neoliberale Modell und das Gänseflug-Modell in der Kategorie ökonomistische Theorien zusammen. Diesen Wachstumstheorien stellt Thiel das auf Max Weber zurückgehende Konzept der kulturellen Bedingtheit von Entwicklung und das Konzept nachhaltiger Entwicklung als über den Bereich des Ökonomischen hinausgreifende theoretische Ansätze gegenüber.

<sup>33</sup> Zur Problematik des Begriffs *Dritte Welt* vgl. Menzel (1992), dazu kritisch: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1993b): „Ende der Dritten Welt?“, in: dies. (Hrsg.) (1993), 14-30; sowie Brock, Lothar (1993): „Die Dritte Welt im internationalen System – Bedrohungsvorstellungen und Konfliktpotenziale im Nord-Süd-Verhältnis“, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), 446-466. In der vorliegenden Arbeit werden, in Anlehnung an die Argumentation bei Nohlen/Nuscheler und Brock, die Begriffe *Dritte Welt*, *Industrie-* und *Entwicklungsländer* verwendet, ohne die

Staaten erhöht werden könnte und, zweitens, wie ihr Anteil an der Weltwirtschaft zu gestalten sei, um langfristig eine Nivellierung des Nord-Süd-Gefälles zu erreichen. Damit wurde die Diskussion von einer „unheilvollen Dichotomie ‚moderne Gesellschaft‘ versus ‚traditionelle Gesellschaft‘“ geprägt, so „dass die Frage erst gar nicht aufkam, was denn die Kulturen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas für die Bewältigung der Weltgegenwart zu bieten hatten.“<sup>34</sup>

Seit Beginn der 1970er Jahre wurde sowohl in der Diskussion um Entwicklung als auch in der zunehmenden Auseinandersetzung mit dem Thema Umwelt der Primat wirtschaftlichen Wachstums immer häufiger in Frage gestellt und die Notwendigkeit sozialen Wandels hervorgehoben:

„Die Einsicht, dass die Fortsetzung dessen, was man bisher für Entwicklung und Fortschritt gehalten hatte, künftig möglicherweise in einer Menschheitskatastrophe enden könnte, hatte nun profunde Rückwirkungen auf den Entwicklungs- und Fortschrittsbegriff selbst, und zwar im Sinne einer Entkoppelung eines Begriffspaares, das man bislang als nahezu synonym betrachtet hatte.“<sup>35</sup>

Eine Vielzahl von Symptomen und wissenschaftlichen Analysen zur aktuellen Situation legen jedoch die Vermutung nahe, dass in dem komplexen Interdependenzverhältnis von Umwelt, Entwicklung und Wirtschaft weiterhin die ökonomischen Faktoren in der politischen Praxis dominieren.<sup>36</sup>

### **2.1.2 Die Etablierung der Umweltpolitik auf nationaler und internationaler Ebene**

Umweltprobleme als beobachtbare Störungen ökologischer Systeme sind unmittelbar mit der Zivilisation und mit jedweder wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen verbunden. In dem Maße, wie sich der Mensch im neolithischen Übergang vor 12.000 Jahren zunehmend in Siedlungen und Städten organisierte, einer Phase also, in der es auch zur Entstehung von Politik kam, nahm auch die Konzentration der Einflüsse auf seine Umwelt zu.<sup>37</sup> Zu einem den politi-

---

damit verbundene Problematik jeweils durch Anführungszeichen oder die Bezeichnung als „so genannte Dritte Welt“ u.ä. zu betonen. Dass je nach Kontext eine differenzierte Betrachtung einzelner Länder beziehungsweise Ländergruppen erforderlich ist, bleibt davon unbenommen und sollte im Text deutlich werden.

<sup>34</sup> Mols, Manfred (1990): „Entwicklungsdenken am Vorabend des 21. Jahrhunderts: Anmerkungen aus politikwissenschaftlicher Sicht“, in: Mols, Manfred u.a. (Hrsg.): *Normative und institutionelle Ordnungsprobleme des modernen Staates*. Paderborn u.a.: Schöningh; 137-152 (Zitat: 143).

<sup>35</sup> Boeckh (1993), 119.

<sup>36</sup> Vgl. statt vieler: Worldwatch Institute Report (Hrsg.) (fortlaufend): *Zur Lage der Welt*. Frankfurt am Main: Fischer; zum Versuch eines indikatorengestützten Überblicks vgl. Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2002a): „Dem Weltgipfel müssen Taten folgen“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 22/2002, 47-50.

<sup>37</sup> Vgl. Lipietz, Alain (2000): *Die große Transformation des 21. Jahrhunderts – Ein Entwurf der politischen Ökologie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 20f. und 46-56.

schen Prozess beeinflussenden Faktor werden Probleme jedoch erst, wenn sie als solche und in einem Ausmaß wahrgenommen werden, dass ein hinreichend hoher Problemdruck erzeugt wird, der die politischen Akteure zum Handeln veranlasst. Zwei Einflüsse sind hierbei von grundlegender Bedeutung:

- Die Fähigkeit von Ökosystemen, externe Störungen bis zu einem gewissen Grad zu kompensieren beziehungsweise sich daran anzupassen, führt zu teilweise beträchtlichen zeitlichen Verzögerungen (*time lags*) zwischen Störung und negativer Wirkung (Beispiel: FCKW – Ozonschichtproblematik), aber auch zwischen gegensteuernden Maßnahmen und deren positiver Wirkung.
- Weiterhin erschwert die enorme Komplexität des Systems Umwelt die Erkennung von ‚Ursache-Wirkung‘-Zusammenhängen, wobei Ursache und Wirkung häufig räumlich getrennt auftreten. Wahrnehmung von Umweltproblemen und Gegensteuerung setzen daher in der Regel verspätet ein, wodurch die Gefahr des ‚Kippens‘ stabiler Ökosysteme in einen instabilen, schwer regulierbaren – im Extremfall irreversiblen – Zustand erhöht wird.

Diese naturwissenschaftlichen Erkenntnisse sind für den politischen Prozess von zentraler Bedeutung:

- Da der räumliche und zeitliche Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung oft nicht unmittelbar erkennbar ist, weil die negative Umweltwirkung eines Prozesses vom Verursacher synchron verschleiert und die Schädlichkeit erst mit diachroner Verzögerung erkannt wird, ist das Festhalten an umweltschädigenden Praktiken häufig nicht mit direkten sozialen und ökonomischen Kosten verbunden.
- Die Kosten positiver Umweltbeeinflussung fallen dagegen unmittelbar an, mögliche positive Effekte treten oft aber erst später ein.
- Dritte können über eine bessere Umweltsituation von Maßnahmen profitieren, ohne an den Kosten beteiligt zu sein (*Trittbrettfahrer-Effekt*).
- Dritte können darüber hinaus durch ihr eigenes Verhalten diese Maßnahmen konterkarieren, da Umweltschutzpolitik festen Grenzen unterworfen ist, etwa dem Geltungsbereich eines Gesetzes oder eines multinationalen Abkommens, viele Umweltschäden aber grenzüberschreitend wirken.



- Da politische Entscheidungsträger nicht sicher sein können, für die von ihnen ergriffenen Maßnahmen belohnt zu werden, sind in der Umweltpolitik starke Beharrungskräfte festzustellen, die sich auf alle Ebenen erstrecken.
- Die hier genannten Aspekte treffen in besonderer Weise auf Gemeingüter zu (eine saubere Luft und eine intakte Ozonschicht sind typische Beispiele für so genannte *commons*), die sich gerade dadurch auszeichnen, dass niemand von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden kann (*tragedy of commons*).<sup>38</sup>

Für die Perzeption von Umweltproblemen lassen sich im Wesentlichen drei Ebenen unterscheiden. Zunächst wirken sich die anthropogenen Einflüsse auf die unmittelbare Umgebung des Menschen aus; sie werden also zuerst auf der lokalen Ebene wirksam und wahrnehmbar. Beispiele hierfür lassen sich über mehrere Jahrhunderte, sogar über Jahrtausende zurückverfolgen.<sup>39</sup> Für die aktuelle Diskussion ist der sich im 18. und 19. Jahrhundert vollziehende soziale und ökonomische Wandel von entscheidender Bedeutung. Umfang und Art der anthropogenen Einflüsse auf die Umwelt erhalten mit der einsetzenden industriellen Revolution und dem Wachstum der Städte – zunächst in Europa, später auch in Amerika – eine neue Qualität. Die allgemeine Praxis, diesen ‚neuen‘ Umweltproblemen mit sektoralen, symptomorientierten Lösungsansätzen auf lokaler Ebene zu begegnen, blieb bis in die 1960er Jahre vorherrschend.<sup>40</sup> In dem Maße, wie sich die ökologische Situation durch das industrielle Wachstum der 1950er und 1960er Jahre offensichtlich und für jeden unmittelbar erfahrbar verschlechterte, die vorherrschenden Lösungsansätze also zunehmend an ihre Grenzen stießen, wurde Umwelt zunehmend zu einem nationalen Thema.<sup>41</sup> Der Staat war somit in seiner

---

<sup>38</sup> Zur Charakterisierung der *commons* siehe Wijkman, Per Magnus (1982): „Managing the global commons“, in: *International Organization*, Vol. 36, No. 3, 511-536. Vgl. darin insbesondere die Unterscheidung in *res nullius* (als eine Ressource „owned by no one“) und *res communis* („owned by everyone“), 512-513.

<sup>39</sup> Vgl. Runnels, Curtis N. (1995): „Umweltzerstörung im griechischen Altertum“, in: *Spektrum der Wissenschaft*, Heft 5/1995, 84-88. Der Autor verweist auf Ergebnisse archäologischer und geoarchäologischer Untersuchungen, die dauerhafte anthropogene Umweltschädigungen in Griechenland schon für die Zeit um 6.000 vor Christus zu belegen scheinen. „Es gibt inzwischen genügend Indizien dafür, dass an den Veränderungen ursprünglicher Naturräume zumindest teilweise das kurzsichtige Handeln sesshaft gewordener Menschen schuld gewesen ist. Die lange Geschichte der Zivilisation ist eben auch eine der Landschaftszerstörung. Umweltkatastrophen sind kein spezifisches Übel der Neuzeit.“ Op. cit., 88.

<sup>40</sup> Vgl. Joseph, Matthias (1995): *Die Analyse kommunaler Umweltpolitik aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie*. Frankfurt am Main u.a.: Lang, 41-46.

<sup>41</sup> Die im Bundestagswahlkampf 1969 von Willy Brandt erhobene Forderung nach einem „blauen Himmel über der Ruhr“ ist ein eindruckliches Beispiel dafür, dass Umweltschutz gegen Ende der 1960er Jahre als ein politisches Thema auf nationaler Ebene etabliert wurde. Brandt hatte bereits als Kanzlerkandidat am 28. April 1961 auf einem SPD-Kongress in Bonn gefordert: „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden“, doch stieß die SPD im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 1961/62 mit diesem Slogan noch weitgehend auf Unverständnis. Vgl. Malunat, Bernd M. (1994): „Die Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49/94, 3-12 (hier: 4). Eine übersichtliche Darstellung der Etablierung von Umwelt-

internen Steuerungsfunktion herausgefordert. Der grenzüberschreitende Charakter zentraler Problemfelder – insbesondere der Gewässerbelastung und der Luftverschmutzung – förderte nahezu parallel dazu die Erkenntnis, dass nationalstaatliche Regelungen nur sehr bedingt adäquate Lösungen bieten können. Durch das Erkennen der ökologischen Interdependenz der Staaten war der Zwang zu internationaler Zusammenarbeit offensichtlich. Bedeutendstes Zeugnis hierfür ist die vom 5. bis zum 16. Juni 1972 in Stockholm abgehaltene „Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen“.<sup>42</sup> Indem das Thema Umweltschutz in die nationale und internationale Agenda aufgenommen wurde, reagierte die Politik nicht nur auf die Verschärfung der Umweltsituation, sondern vor allem auch auf eine Strömung in der Gesellschaft, die ihren Ausdruck in den 1960er Jahren im Erstarken der Bürgerbewegungen<sup>43</sup> und in den 1970er Jahren in der Ökologiebewegung fand.<sup>44</sup> Als wichtige Ergebnisse dieser Entwicklung sind die Gründung international operierender Umwelt- und Naturschutzorganisationen,<sup>45</sup> wie der World Wildlife Fund (WWF, 1961, heute: World Wide Fund For Nature), Friends of the Earth (FoE, 1969) und Greenpeace (1971, die Vorläuferorganisation bestand ebenfalls seit 1969), und die Formierung ‚grüner‘ Parteien in den 1970er und 1980er Jahren zu nennen. Spätestens mit der Konferenz von Stockholm war Umweltschutz in der internationalen Agenda verankert und trat nun auch auf dieser Ebene als eigenständige *policy area* neben andere und teilweise in Konkurrenz zu diesen.

---

politik in der Bundesrepublik liefert Edda Müller unter Einbeziehung der relevanten nationalen und internationalen Kräfte. Vgl. Müller, Edda (1989): „Sozial-liberale Umweltpolitik. Von der Karriere eines neuen Politikbereichs“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 47-48/89, 3-15. Siehe auch Bechmann, Arnim (1984): *Leben wollen. Anleitungen für eine neue Umweltpolitik*. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

<sup>42</sup> Dass die Warschauer-Pakt-Staaten mit Ausnahme Rumäniens wegen des Ausschlusses der DDR die Konferenz boykottierten, zeigt bereits, dass Umweltpolitik immer auch vor dem Hintergrund der übrigen Politikbereiche zu sehen ist und von diesen häufig überlagert wird. Vgl. *Europa-Archiv*, Folge 18/1972, D437.

<sup>43</sup> Ein entscheidender Auslöser für die Entstehung der Umweltbewegung als eine zunächst gesellschaftliche Kraft war das 1962 erschienene Buch der amerikanischen Journalistin Rachel Carson, vgl. Carson, Rachel (1962): *Silent Spring*. Boston. Eine anschauliche Darstellung der Gesamtzusammenhänge findet sich bei: Pearce, Fred (1992): *Die grünen Macher*. Berlin: Rotbuch.

<sup>44</sup> Zur Entwicklung in Deutschland siehe Bechmann (1984).

<sup>45</sup> Zwar wurde etwa die *International Union for the Conservation of Nature* (IUCN) bereits 1948 gegründet, für die angesprochene Entwicklung waren die drei hier genannten Organisationen jedoch von entscheidender Bedeutung. Zur Entstehung und Entwicklung dieser Organisationen siehe Pearce, F. (1992).

## 2.1.3 Von der Verknüpfung der beiden Politikfelder zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung

### 2.1.3.1 Zunehmende Kritik an der allgemeinen Wachstumseuphorie und Anfänge der Verknüpfung von Umwelt- und Entwicklungsfragen

Für die Beschäftigung mit globalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen und der zunehmenden Betonung der zwischen ihnen bestehenden Interdependenz kennzeichnen die Jahre von 1968 bis 1972 eine entscheidende Wegmarke. Mit dem Beschluss der UN-Vollversammlung von 1968 zur Abhaltung einer Konferenz über die Umwelt des Menschen und der Gründung des *Club of Rome* im gleichen Jahr wurden zwei sehr unterschiedliche, aber jeweils bedeutende Prozesse angestoßen.<sup>46</sup>

In einer Reihe bedeutender Publikationen war „Die Grenzen des Wachstums“, der, 1972 von Dennis Meadows u.a. herausgegebene, erste Bericht an den *Club of Rome*, die wichtigste.<sup>47</sup> Dem Bericht liegt eine Argumentationslogik zugrunde, die im Wesentlichen bereits bei Thomas Robert Malthus zu finden ist. Malthus untersuchte im Jahr 1798 die Folgen des exponentiellen Bevölkerungswachstums, das mit der ersten industriellen Revolution in England seit Mitte des 18. Jahrhunderts einherging.<sup>48</sup> Während Malthus sich auf die Relation zwischen Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelproduktion beschränkte, flossen in die Computermodelle der Meadows-Studie Industrieproduktion, Umweltbelastung und Rohstoffverbrauch als weitere Variablen ein. Die Kernaussage der Studie war, dass unter Beibehaltung der aktuellen Wachstumsraten im Lauf der nächsten hundert Jahre die absoluten Wachstumsgrenzen der Erde erreicht würden. Eine Änderung dieser Trends und das Erreichen eines globalen und dauerhaften Gleichgewichtszustandes seien jedoch möglich. Je früher die Menschheit sich entschließe, dieses Gleichgewicht anzustreben, umso höher sei die Wahrscheinlich-

---

<sup>46</sup> Der *Club of Rome* entstand als ein loser Zusammenschluss von rund 100 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, vornehmlich aus Industrieländern, und hat mit den von ihm initiierten Berichten und dem Wirken seiner Mitglieder (z.B.: Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Wouter van Dieren) die Debatte immer wieder entscheidend beeinflusst.

<sup>47</sup> Meadows, Dennis u.a. (Hrsg.) (1972/1994): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: DVA. (Die Originalfassung erschien 1972 unter dem Titel „The Limits to Growth“). Weitere Studien: Ehrlich, Anne H.; Ehrlich, Paul R. (1970): *Population, Resources, Environment; Issues in Human Ecology*. San Francisco, London: Freeman and Company; Forrester, Jay W. (1971): *World Dynamics*. Cambridge/USA. *World Dynamics* gilt als die entscheidende Pionierarbeit für die so genannten Globalmodelle. Vgl. dazu auch: Harborth, Hans-Jürgen (1993): *Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbsterstörung: eine Einführung in das Konzept des „sustainable development“*. 2. Auflage, Berlin: edition sigma, 19.

<sup>48</sup> Vgl. Malthus, Thomas Robert (1798): *An essay on the principle of population as it affects the future improvement of society*. Deutsche Fassung u.a.: ders. (1977): *Das Bevölkerungsgesetz*. München: dtv. Vergleichbar sind die beiden Ansätze, weil in beiden Fällen mögliche Grenzen für potenzielles Wachstum untersucht werden und weil sich auch Malthus eine pädagogische Wirkung seiner Studien erhoffte. Vgl. Harborth (1993), 20.

keit, es auch zu erreichen.<sup>49</sup> Viele der Prognosen – insbesondere die Voraussagen über die Rohstoffverknappung – sind nicht in der erwarteten Weise eingetreten, und die Studie hat sich auch nicht in konkreten politischen Beschlüssen niedergeschlagen. Sie lieferte jedoch eine wissenschaftliche Grundlage für eine Diskussion, die bis heute anhält. Dabei zählt Meadows mittlerweile allerdings zu den prominentesten Kritikern des Nachhaltigkeitskonzepts.<sup>50</sup>

Das zweite wichtige Ereignis des Jahres 1972, die Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (UNCHE), war geprägt durch die Interessenkonflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und erlangt seine Bedeutung ebenfalls nicht primär aus konkreten Beschlüssen, sondern aus dem Einfluss auf die politische Diskussion. Rückblickend ist dabei wesentlich, dass erstmals auf höchster politischer Ebene über Umwelt- *und* Entwicklungsfragen diskutiert wurde. Während es jedoch den Industrieländern vor allem um die Behandlung globaler Umweltprobleme ging, an deren Bekämpfung sich auch die Entwicklungsländer beteiligen sollten, sahen diese darin vor allem einen Versuch, die Entwicklung der Dritten Welt zu behindern. Aus ihrer Sicht waren die Hauptursachen der Umweltbedrohung die Überentwicklung des Nordens und die Unterentwicklung des Südens. In der verabschiedeten Deklaration heißt es hierzu im Grundsatz 9:

„Umweltmängel [...] können am besten durch raschere Entwicklung mit Hilfe reichlich gewährter finanzieller und technologischer Unterstützung [...] behoben werden.“<sup>51</sup>

Maßnahmen zum Schutz der Umwelt dürften jedoch nicht – und darin waren sich Industrie- und Entwicklungsländer einig – zu einer Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung führen, wobei Entwicklung hier gleichgesetzt wurde mit Wachstum. In der Deklaration spiegelt sich ein stark anthropozentrisches und technikfreundliches Weltbild wider, wobei die Natur durch „sorgfältige Planung“ und „Bewirtschaftung“ nicht wegen ihres Wertes an sich geschützt werden soll, sondern zum „Nutzen gegenwärtiger und künftiger Generationen“ (Grundsatz 2)<sup>52</sup>. Rohstoffe werden dementsprechend in „natürliche“ (Grundsatz 2) und

---

<sup>49</sup> Vgl. Meadows (1994), 17.

<sup>50</sup> Nach Meadows Auffassung ist es bereits zu spät, um sich für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Daher könne das Ziel nur noch in einer das Überleben ermöglichenden Entwicklung (*survivable development*) bestehen. Vgl. Meadows, Dennis L. (2000): „Es ist zu spät für eine nachhaltige Entwicklung“, in: Krull, Wilhelm: *Zukunftstreit*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 125-149.

<sup>51</sup> Vgl. United Nations Conference on the Human Environment (1972): „Deklaration der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen vom 16. Juni 1972 über die Umwelt des Menschen“ (Stockholm-Erklärung); zitiert nach der deutschen Übersetzung des Bundesministeriums des Innern in: *Europa-Archiv*, Folge 18/1972, D443-D447.

<sup>52</sup> „Der Mensch ist das Wertvollste auf der Welt. Es ist der Mensch, [...] der durch harte Arbeit beständig die menschliche Umwelt verändert. Gleichzeitig mit dem sozialen Fortschritt und der Verbesserung von Produktion, Wissenschaft und Technik nimmt mit jedem Tag die Fähigkeit des Menschen zu, die Umwelt zu verbessern.“ Op. cit., D444.

„nichternewungsbedürftige Hilfsquellen“ unterschieden (Grundsatz 5). Die Formulierungen und auch die Motivation sind im Hinblick auf die Zielsetzung an dieser Stelle nachrangig; für den weiteren politischen Prozess war die Forderung wichtig, dass die belebte und unbelebte Umwelt zu schützen und so zu nutzen sei, dass sie den Bedürfnissen sowohl der gegenwärtigen als auch der zukünftigen Generationen gerecht werde.<sup>53</sup> Dabei dürfe die „Selbstreinigungskraft der Umwelt“ nicht überschritten werden. Der Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltfragen und die Einbeziehung von „Menschen aller Schichten und Organisationen“ wird eine hohe Priorität eingeräumt.<sup>54</sup> „Bürger[n] und Gemeinden, Unternehmen und Institutionen aller Ebenen“ wird eine besondere Verantwortung bei der Lösung von Umweltproblemen zugewiesen, wobei der örtlichen Verwaltung und den nationalen Regierungen die Hauptlast einer umfassenden Umweltpolitik zuteil wird.<sup>55</sup> Gleichzeitig wird die Notwendigkeit verstärkter internationaler Kooperation auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Solidarität betont und mit der Forderung nach einem institutionellen Ausbau im Rahmen der Vereinten Nationen verbunden.<sup>56</sup> Dessen wesentlicher Ausdruck ist, einer Empfehlung der Stockholm-Konferenz folgend, die Gründung des UNEP durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1973.<sup>57</sup> Weitere Bedeutung erwächst der Konferenz durch die erzielten Fortschritte bei der Entwicklung des Umweltvölkerrechts. Maßgeblich für diese Einschätzung ist der Grundsatz 21 der Deklaration. Der hier formulierten Pflicht der Staaten, dafür zu sorgen, dass Tätigkeiten innerhalb ihres Hoheitsbereiches nicht zu Umweltschäden in anderen Staaten und Gebieten führen, steht dabei jedoch die Betonung des „souveränen Rechts“ der Staaten zur „Ausbeutung ihrer eigenen Hilfsquellen“ gegenüber. Die mangelnde Bereitschaft der Staaten, ihre Souveränität zugunsten weitreichender internationaler Umweltregelungen einzuschränken, muss neben der damit eng verbundenen Dominanz wirtschaftlicher Interessen und dem tief gehenden Nord-Süd-Gegensatz als wesentlichstes Hindernis für ein weiter gehendes Verhandlungsergebnis angesehen werden.

---

<sup>53</sup> Hier finden sich damit bereits zentrale Elemente der Nachhaltigkeits-Definition des Brundtland-Berichts.

<sup>54</sup> United Nations Conference on the Human Environment (1972), D444.

<sup>55</sup> Ibid.

<sup>56</sup> Vgl. Hohmann, Harald (1989): „Die Entwicklung der internationalen Umweltpolitik und des Umweltrechts durch internationale und europäische Organisationen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 47-48/49, 29-45.

<sup>57</sup> Das United Nations Environment Programme (UNEP) ist keine eigenständige UN-Sonderorganisation, sondern als *Programm* ein Spezialorgan des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC). Auf Grund der relativ schwachen personellen und finanziellen Ausstattung übernimmt das UNEP kaum eigene operative Aufgaben, sondern in erster Linie eine koordinierende Rolle bezüglich der Umweltaktivitäten der übrigen UN-Organe. Mit Sitz in Nairobi wurde das UNEP als erstes Spezialorgan der Vereinten Nationen in einem Land der Dritten Welt angesiedelt. Eine seiner Hauptaufgaben liegt in der Weiterentwicklung des Umweltvölkerrechts. Vgl. Hohmann (1989).

### 2.1.3.2 Die zunehmende Ausdifferenzierung der Diskussion bis zum Beginn der 1980er Jahre

„Die globale Umwelt hat einen globalen Auftraggeber.“<sup>58</sup> Mit diesem Satz fasste Maurice F. Strong, der Generalsekretär der UNCHE, das Ergebnis der Stockholm-Konferenz zusammen. Darin kommt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die globalen Umweltprobleme nach der Konferenz durch eine breite Kooperation aller Staaten in Angriff genommen würden und dass in diesem Prozess den Vereinten Nationen eine „primäre Zuständigkeit“ zukomme.<sup>59</sup>

In den Folgejahren wurde die internationale Diskussion – insbesondere innerhalb des UN-Systems – indes durch eine entwicklungspolitische Debatte bestimmt, in der die Umwelt im Wesentlichen als eine abhängige Variable angesehen wurde. Unter dem zunehmenden Einfluss dependenztheoretischer Ansätze war das Verhalten der meisten Entwicklungsländer vor allem darauf gerichtet, innerhalb der UNCTAD-Verhandlungen eine *Neue Weltwirtschaftsordnung* zu erreichen. Damit war die Debatte zwar weiterhin von ökonomischen Aspekten geprägt, doch es flossen gleichzeitig differenziertere Vorstellungen von Entwicklung mit ein. Hierbei gingen von den *Ecodevelopment*-Ansätzen entscheidende Impulse für die spätere Diskussion um nachhaltige Entwicklung aus.<sup>60</sup> Unter diesem von Maurice F. Strong im Jahr 1973 geprägten *Ecodevelopment*-Begriff subsumierten sich Bestrebungen, einen auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit basierenden alternativen Entwicklungspfad aufzuzeigen. Dabei stellen die *Befriedigung der Grundbedürfnisse* und das Vertrauen auf die eigenen Kräfte und Ressourcen (*self-reliance*) zentrale Orientierungspunkte dar.<sup>61</sup> Vergleichbare Einschätzungen bilden auch die Grundlage für die *Cocoyoc-Erklärung* von 1974 und den *Dag-Hammerskjöld-Bericht* von 1975.<sup>62</sup> Die *Cocoyoc-Erklärung* basiert auf drei Prämissen, deren Bedeutung bis in die aktuelle Diskussion um nachhaltige Entwicklung erhalten geblieben ist.<sup>63</sup>

- Dem Problem der Bevölkerungsentwicklung in den Entwicklungsländern liegt ein Phä-

---

<sup>58</sup> Aus der auf der Abschlussitzung der *United Nations Conference on the Human Environment* in Stockholm gehaltenen Rede des Generalsekretärs der UNCHE, Maurice F. Strong. Zitiert aus der gekürzten Fassung in: *Europa-Archiv*, Folge 18/1972, D449.

<sup>59</sup> Vgl. Hohmann (1989), 31.

<sup>60</sup> Siehe Harborth (1993), 26-46.

<sup>61</sup> Vgl. Harborth (1993), 26-27. Zu den bedeutendsten Vertretern des *Ecodevelopment* zählen Ignacy Sachs und Bernhard Glaeser. Zum *Ecodevelopment*-Ansatz vgl. die Beiträge in: Glaeser, Bernhard (Hrsg.) (1984): *Ecodevelopment. Concepts, Projects, Strategies*. Oxford et al.: Pergamon Press.

<sup>62</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (1975): *Erklärung von Cocoyoc*. Verabschiedet von den Teilnehmern des UNEP/UNCTAD-Symposiums vom 8.–12. Oktober 1974 in Cocoyoc/Mexiko. Materialien Nr. 49, Bonn: BMZ, 1-9; Dag-Hammerskjöld-Foundation (1975): *What Now? Another Development – The 1975 Dag Hammerskjöld Report on Development and International Cooperation*. Uppsala: Dag-Hammerskjöld-Foundation.

<sup>63</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (1975), 1-2.

nomen zugrunde, das als *armutsbedingtes Bevölkerungsverhalten* beschrieben werden kann und das sich mit zunehmender Armut verschärfen wird.

- Gleiches gilt auch für die durch die „andauernde Armut in vielen Entwicklungsländern“ bedingte Umweltzerstörung, die zudem mit einer anhaltenden Landflucht in die „heruntergekommenen und überbevölkerten Städte“ einhergeht.
- Die von den Industrieländern ausgehenden Umweltprobleme sind dagegen in erster Linie Ausdruck ihrer Überentwicklung.

Ausgehend von der Feststellung, dass „die missliche Lage der Menschheit [...] vor allem auf den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und den Verhaltensweisen in den einzelnen Ländern und zwischen ihnen“ beruhe, wurden die Forderungen nach einer Neuordnung der Weltwirtschaft und die Verfolgung einer „ökologisch gesunde[n] sozio-ökonomische[n] Entwicklung (Ökoentwicklung) auf lokaler und regionaler Ebene“ zu zentralen Botschaften der Erklärung.<sup>64</sup> Damit wurde gleichzeitig die auf wirtschaftliches Wachstum fixierte Vorstellung von Entwicklung als unzulänglich verworfen und der einzelne Mensch in den Mittelpunkt einer grundbedürfnisorientierten Entwicklung gerückt. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse wird in der Cocoyoc-Erklärung nur als die unterste Basis (*floor*) und als ein Minimalziel angesehen, auf der dann die Erfüllung sozialer Rechte aufbauen müsse.

Der Dag-Hammerskjöld-Bericht liefert eine Vertiefung dieser Ansätze. Dabei bildet die Frage, ob und wie die Erfüllung der Minimalstandards für alle Menschen mit den äußeren Grenzen der Erde<sup>65</sup> in Einklang gebracht werden kann, den Schwerpunkt der Studie. Die Vereinbarkeit dieser beiden Ziele wird unter der Voraussetzung struktureller Veränderungen und der Befolgung geeigneter Entwicklungswege prinzipiell bejaht. Der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums durch eine forcierte Entwicklung in den Entwicklungsländern wird dabei eine Schlüsselfunktion zugewiesen.<sup>66</sup> Entwicklung wird hier verstanden im Sinne einer Umsetzung des Ecodevelopment-Konzeptes in Verbindung mit dem Konzept der *self-reliance*, wobei für das „Vertrauen auf die eigene Kraft“ drei Ebenen zu unterscheiden sind:

---

<sup>64</sup> Vgl. op. cit., 8.

<sup>65</sup> Als prägend für das Bewusstsein von den äußeren Grenzen der Erde – darauf wird in der Literatur an zahlreichen Stellen verwiesen – wirkten die Bilder, die die Raumfahrt von dem ‘blauen Planeten’ lieferte. Sehr deutlich wird dies beispielsweise bei Herbert Gruhl, der ein Unterkapitel in seinem erstmals 1975 erschienenen Buch mit „Der Raumschiff-Schock“ überschrieb. Vgl. Gruhl, Herbert (1982): *Ein Planet wird geblindert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*. (1. Aufl. 1975), Frankfurt am Main: Fischer, 225-230.

<sup>66</sup> „The real challenge is to stimulate development so that the demographic brakes may come into action, [...]“ Dag-Hammerskjöld-Foundation (1975), 37.

- Die lokale Ebene: Da das lokale ökologische Gleichgewicht in der Regel durch mangelhaft angepasste exogene Technologie bedroht wird, lässt sich insbesondere auf dieser Ebene durch eine Verbindung von *Ecodevelopment* und *self-reliance* und dem Einsatz lokaler Ressourcen wirksam gegensteuern und eine Vielzahl elementarer Bedürfnisse befriedigen.<sup>67</sup>
- Die nationale Ebene: Ziel ist es hier, die politische Unabhängigkeit durch die ökonomische Unabhängigkeit zu ergänzen. „Dies ist nicht gleichzusetzen mit Autarkie, sondern mit der Fähigkeit, sich zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen, [...]“<sup>68</sup>
- Die internationale Ebene: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten – gemeint sind vor allem andere Entwicklungsländer – wird *self-reliance* zu *collective self-reliance* erweitert und ergänzt.<sup>69</sup>

Die Betonung liegt dabei auf der Notwendigkeit der Umsetzung auf lokaler Ebene.<sup>70</sup> Aus einer umfassenderen Betrachtung des Ecodevelopment-Ansatzes wären daher nicht zuletzt Rückschlüsse für die Implementierung des Konzeptes nachhaltiger Entwicklung und der Agenda 21 insbesondere für die lokale Ebene in Entwicklungsländern zu erwarten. Parallelen zwischen dem Ecodevelopment-Ansatz und dem Konzept nachhaltiger Entwicklung ergeben sich auch aus der gemeinsamen Fragestellung nach der Veränderbarkeit der soziopolitischen Faktoren beziehungsweise aus der Frage, wie diese auf den unterschiedlichen politischen Ebenen beschaffen sein müssen, um eine andersartige, langfristig tragfähige Entwicklung zu ermöglichen. Die Schwäche der Cocoyoc-Erklärung und des Dag-Hammerskjöld-Berichts liegt darin, dass Über- und Unterentwicklung als die „beiden Seiten derselben Medaille“ begriffen werden, ohne dass eine differenzierte Antwort für das Problem der Überentwicklung, die über die Forderung nach Einhaltung von Obergrenzen (*ceilings*) hinausgeht, gegeben wird.<sup>71</sup>

Die in der Meadows-Studie konstatierten Grenzen des Wachstums stießen in den Entwick-

---

<sup>67</sup> „They [the outer limits; S.W.] are usually threatened by exogenous technologies ill-adapted to local environment, [...]. The concept of ecodevelopment, tied to that of local self-reliance – the solution by each community of as many problems as possible on the basis of the resource of its ecosystem – opens up vast perspectives to the satisfaction of a wide range of needs, up to an including that of the feeling of control over one’s own destiny.“ Ibid.

<sup>68</sup> [Übersetzung S.W.] „It is not synonymous with autarchy, but with the autonomous capacity to develop and to take decisions, [...]“ Op. cit., 35.

<sup>69</sup> Vgl. *ibid.*

<sup>70</sup> „However, self-reliance acquires its full meaning only if rooted at the local level, and when local communities are fully able to practise it, [...]“ Ibid.

<sup>71</sup> Vgl. Harborth (1993), 28 und 31.



lungsländern und insbesondere in Lateinamerika auf starken Widerspruch, da eine absolute Begrenztheit der Wachstumsmöglichkeiten mit einer Festschreibung gegenwärtiger Entwicklungsniveaus gleichgesetzt wurde. Das *Bariloche-Modell* stellt den bedeutendsten Versuch dar, diese Prognosen wissenschaftlich zu widerlegen.<sup>72</sup> Als Hauptproblem wurden dabei nicht die physischen Grenzen der Erde angesehen, sondern die ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen. Das Problem wurde also auf sozioökonomische und politische Faktoren zurückgeführt.

Ziel des Bariloche-Modells war die Untersuchung von Verfahren, die das Wohlergehen der untersten Bevölkerungsschichten verbessern; die Befriedigung von Grundbedürfnissen wurde als Zielgröße vorgegeben.<sup>73</sup> Die Annahme, dass mit dem technischen Fortschritt auch eine verbesserte Ressourcenausbeutung verbunden sei und diese in absehbarer Zeit nicht zu einem limitierenden Faktor für wirtschaftliches Wachstum würde, wurde in der offiziellen Studie der US-Regierung *Global 2000*<sup>74</sup> teilweise bestätigt. In *Global 2000* wurden daran jedoch Einschränkungen geknüpft, die auch in der aktuellen Diskussion zu beachten sind:

- Da es sich bei den nichtregenerierbaren Ressourcen per definitionem um endliche Mengen handelt, wird bei anhaltendem beziehungsweise steigendem Verbrauch irgendwann – wenn auch teilweise erst in einigen hundert Jahren – der Punkt ihrer vollständigen Erschöpfung erreicht sein. Dabei kann die ungleiche Verteilung der Rohstoffe bereits in einem früheren Stadium zu Problemen und auch Konflikten führen.<sup>75</sup>
- Insbesondere für den Bereich Energieversorgung ist das rechtzeitige Umsteuern zugunsten erneuerbarer Energiequellen von existentieller Bedeutung.<sup>76</sup>
- Eine Beibehaltung der aktuellen Trends, was ein weiteres Wachstum der Bevölkerung

---

<sup>72</sup> Vgl. das Kapitel „Das lateinamerikanische Weltmodell.“ in: Kaiser, Reinhard (Hrsg.) (1980): *Global 2000 – Der Bericht an den Präsidenten*. [Original: The Global 2000 Report to the President]. Frankfurt am Main: Zweitausendeins, 1223-1244.

<sup>73</sup> Vgl. Eisenbart, Constanze (1979): „Äußere und innere Grenzen. Die politische Antwort des Club of Rome auf die Krisen der technischen Welt“, in: dies. (Hrsg.): *Humanökologie und Frieden*. Stuttgart: Klett-Cotta, 170-249, (insbesondere 201-206); Mansilla, Hugo C.F. (1987): „Umwelt“, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 6, München: Piper, 592-601 (insbesondere 593f.).

<sup>74</sup> Besonderes Gewicht erhält diese im Auftrag der US-Regierung unter der Leitung des Außenministeriums und des *Council on Environmental Quality* erstellte Studie dadurch, dass an ihr neben zahlreichen Ministerien und wissenschaftlichen Einrichtungen unter anderem auch die *CIA* und die *NASA* mitwirkten. Vgl. Kaiser (Hrsg.) (1980), 22.

<sup>75</sup> Vgl. op. cit., 459-492.

<sup>76</sup> „Das Hauptproblem besteht darin, dass der kontinuierliche exponentielle Verbrauchszuwachs diese großen Vorräte an Ressourcen erschöpfen wird, bevor der Übergang auf die langlebigen und regenerativen Brennstoffe vorgenommen werden kann.“ Op. cit., 456.

und des Pro-Kopf-Verbrauchs an „Umweltgütern und -diensten“ bedeutet, wird zu einem Überschreiten der Belastbarkeitsgrenzen der Umwelt führen.<sup>77</sup>

Berücksichtigt man, dass Global 2000 als eine Prognose für das Jahr 2000 unter der Bedingung einer unveränderten Politik konzipiert wurde, lässt sich auch aus dieser offiziellen Studie die dringende Notwendigkeit eines umfassenden Wandels in den Bereichen Umwelt- und Entwicklungspolitik in einem weitgefassten Sinn ableiten.

Der ebenfalls im Jahr 1980 erschienene erste Bericht der Nord-Süd-Kommission hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Lösung der globalen Probleme nur durch eine intensive Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gelingen kann.<sup>78</sup> Dies beinhaltet nach Ansicht der Kommission auch eine umfassende finanzielle und technologische Unterstützung der Entwicklungsländer durch die Industrieländer. Des Weiteren wird die Nutzung von Gemeinschaftsgütern (zum Beispiel der Weltmeere) als eine mögliche Quelle zur Finanzierung internationaler Aufgaben in Erwägung gezogen. Die Betonung der gemeinsamen Interessen aller Länder und die Notwendigkeit der Kooperation ziehen sich dabei wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht.

### 2.1.3.3 Der Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung von 1987

Dass es um gemeinsame Probleme und Herausforderungen geht, unterstreicht der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) bereits in seinem Titel „Unsere Gemeinsame Zukunft“. Die von den Vereinten Nationen 1983 eingesetzte unabhängige Kommission war damit beauftragt worden, „ein weltweites Programm des Wandels“ zu formulieren, und sollte in erster Linie „langfristige Umweltstrategien vorschlagen, um eine bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus dauerhafte Entwicklung zu erreichen.“<sup>79</sup> Dazu sollten Maßnahmenvorschläge erarbeitet werden, um die internationale Zusammenarbeit zu verbessern und die Problemlösungskompetenz der internationalen Gemeinschaft im Umweltbereich

---

<sup>77</sup> Vgl. op. cit., 877-885.

<sup>78</sup> Vgl. Brandt, Willy (1981): *Das Überleben sichern: Der Brandt-Report – Bericht der Nord-Süd-Kommission*. Frankfurt am Main u.a.: Ullstein; (Engl. Originalausgabe: 1980).

<sup>79</sup> Gro Harlem Brundtland in ihrem Vorwort, in: Hauff (Hrsg.) (1987), XIX. Die Kommission bestand aus 22 Mitgliedern aus 21 Industrie- und Entwicklungsländern. Die Zusammensetzung von Mitgliedern aus politisch und kulturell unterschiedlichen Herkunftsländern sollte zu einem breiten Meinungsspektrum beitragen. Dass der Abschluss-Bericht von der Kommission einstimmig angenommen wurde, wird vor diesem Hintergrund in der Literatur vielfach als Zeichen für die dem Bericht inhärenten Kompromisse gewertet. Vgl. Harborth (1993), sowie Marmora, Leopoldo (1990): „Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen: Club of Rome –

zu erhöhen. Die in dem Bericht untersuchten Problemfelder Bevölkerung, Welternährung, Artenvielfalt, Energie, Industrie und Urbanisierung werden dabei jeweils in Bezug zu den Bereichen Umwelt und Entwicklung gesetzt, um so die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung zu ermitteln.<sup>80</sup> Die Kommission greift damit zentrale Problemfelder aus der Ökologie- und Entwicklungsdiskussion auf und deckt ein breites Spektrum der Problematik ab. Sowohl in der Betrachtungsweise dieser Einzelbereiche als auch in den formulierten Zielvorstellungen und bezüglich der anzuwendenden Maßnahmen spiegelt der Brundtland-Bericht vielfach bekannte Positionen wider, ohne grundsätzlich neue Aspekte einzubringen.<sup>81</sup> Die Besonderheit des Brundtland-Berichts liegt aber in der starken Verknüpfung von Umwelt- und Entwicklungsfragen und in dem Versuch, unterschiedliche Positionen zusammenzuführen. Das zentrale Mittel zur Überwindung von Polarisierungen liefert dabei die Einführung des Begriffs des *sustainable development*.<sup>82</sup>

Auf einige Aspekte der von der Kommission eingeführten Nachhaltigkeits-Definition wurde bereits eingegangen. Leopoldo Mármora verwies darauf, dass dieses Verständnis von nachhaltiger Entwicklung zentrale Prämissen unterschiedlicher Ansätze einbezieht:<sup>83</sup>

- In Anlehnung an die Meadows-Studie und im Gegensatz zum Bariloche-Modell werden die Umweltprobleme in ihrer globalen Dimension gesehen. Umwelterstörung ist demnach kein auf die Industrieländer beschränktes Problem, sondern in den Entwicklungsländern eine wesentliche Ursache von Entwicklungsproblemen.
- Dagegen wird die zentrale Aussage des Bariloche-Modells, dass Armut der Antrieb für das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern ist und diesem dort mit quantitativem Wachstum begegnet werden muss, von der Brundtland-Kommission übernommen.
- Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass sich weder die Vorbildfunktion der Industrieländer im Sinne der Modernisierungstheorie noch die in Anlehnung an die Dependenztheorie verfolgte Binnenmarktorientierung einiger Entwicklungsländer für die Überwindung der Entwicklungsprobleme als geeignet erwiesen haben.

In den kritischen Betrachtungen zum Brundtland-Bericht wird diese Integrationsleistung na-

---

Brundtlandkommission – „Erdpolitik“, in: *Peripherie*, Nr. 39/40, 100-126.

<sup>80</sup> Vgl. Teil II, Kapitel 4-9 des Brundtland-Berichts, in: Hauff (Hrsg.) (1987), 97-255.

<sup>81</sup> Vgl. dazu die ausführliche Betrachtung des Brundtland-Berichts bei Harborth (1993), 47-71.

<sup>82</sup> Vgl. Mármora (1990), 105-106.

hezu überwiegend als eine der herausragenden Verdienste der Kommission bewertet. Zudem wird darauf verwiesen, dass der Bericht den entscheidenden Impuls für die wissenschaftliche Diskussion zum Begriff und Konzept der nachhaltigen Entwicklung gegeben hat.<sup>84</sup> Bevor auf die zentralen Kritikpunkte am Brundtland-Bericht eingegangen wird, sei hier auf einen weiteren Aspekt verwiesen, der in den bislang vorgelegten kritischen Analysen zur Arbeit der WCED weitgehend unbeachtet blieb: Durch die intensive Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, denen die Städte als Akteursebene gegenüberstehen, hat die Kommission der Diskussion um eine ‚andere‘ Entwicklung eine Komponente hinzugefügt, die in ihrer Tragweite in den vorangegangenen Betrachtungen zur globalen Umwelt- und Entwicklungssituation entweder vernachlässigt oder nur unzureichend ausgeführt worden war. Einschränkend ist hingegen anzumerken, dass auch die Behandlungen des Komplexes „Stadtentwicklung“, ähnlich wie dies Hans-Jürgen Harborth exemplarisch für die Teilbereiche „Atomenergie“ und „Landreform“ nachgewiesen hat,<sup>85</sup> von zahlreichen Widersprüchen begleitet sind.<sup>86</sup> Die Kommission hat indes einige weitreichende Vorschläge zur Problemlösung unterbreitet, die von den Entwicklungsländern in nationale urbane Strategien aufgenommen werden sollten. Als Inhalte für eine solche Städte-Strategie werden unter anderem folgende Punkte gefordert: Stärkung örtlicher Behörden; Förderung kleiner und mittlerer Städte, um den Zuwachs in die Großstädte zu bremsen; Förderung des informellen Sektors; Übertragung von Besitzrechten und Bereitstellung von Ressourcen für die Bewohner ‚illegaler‘ Siedlungen; Einbeziehung von gemeinnützigen Organisationen und Nachbarschaftsverbänden in diese Maßnahmen („Selbstregierung der Armen“).<sup>87</sup> Darüber hinaus wird eine verstärkte internationale Kooperation zur Lösung der urbanen Probleme angeregt und die Verwendung internationaler Mittel in Form von „Stadtentwicklungshilfe“ gefordert. Dieser Maßnahmenkatalog bildet eine wichtige Grundlage für die Einbeziehung der lokalen Ebene in die Agenda 21.<sup>88</sup> Die von der Kommis-

---

<sup>83</sup> Ibid.

<sup>84</sup> Vgl. Harborth (1993) sowie Mármora (1990). Dies zeigt sich auch darin, dass die von der Kommission eingeführte Definition den Ausgangspunkt nahezu aller Arbeiten zum Thema nachhaltige Entwicklung bildet.

<sup>85</sup> Vgl. Harborth (1993), 59.

<sup>86</sup> Einerseits wird beispielsweise von der Kommission kritisiert, dass die Regierungen in den Entwicklungsländern – mit Blick auf das städtische Wählerpotenzial und die mögliche soziale Sprengkraft – zahlreiche Subventionen in die Städte leiten und so die unkontrollierte Zuwanderung verstärken (S. 242). Andererseits werden Zentralregierungen aufgefordert, den Stadtregierungen „mehr von dem in der Stadt entstandenen Wohlstand zugänglich“ zu machen (S. 246). Es wird aber nicht darauf eingegangen, dass dies zu gleichgerichteten Effekten (höhere Attraktivität der Stadt) führen kann, und es bleibt auch die Frage offen, woher, wenn nicht aus den Städten, die Mittel für die gleichfalls geforderte Entwicklung der ländlichen Regionen kommen soll.

<sup>87</sup> Vgl. Hauff (Hrsg.) (1987), 244-249.

<sup>88</sup> Die Bedeutung der lokalen Ebene für eine global nachhaltige Entwicklung wurde vom Verfasser an anderer Stelle ausführlicher erörtert, vgl. dazu Wilhelmy, Stefan (2000): „Im Nord-Süd-Vergleich: Lokale Agenda 21“, in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hrsg.): *Friedensgutachten 2000*. Münster: Lit, 209-219.

sion unterbreiteten Vorschläge beschränken sich jedoch ausdrücklich auf die Situation in den Entwicklungsländern, da die urbanen Probleme in den Industrieländern nur als eine Frage der politischen Entscheidung bezüglich der Ressourcenverteilung und nicht der Ressourcen an sich angesehen werden.<sup>89</sup> Damit unterläuft der Brundtland-Bericht in diesem wie auch in den anderen Problembereichen die eigene zentrale Erkenntnis: dass nämlich Entwicklung unter der Prämisse der Nachhaltigkeit nicht auf die Entwicklungsländer beschränkt werden darf, sondern gerade auch in den Industrieländern ansetzen muss. Betrachtet man den Brundtland-Bericht insgesamt unter dem Aspekt einer konsistenten Einbeziehung der Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung, so zeigt sich sein grundlegendes Defizit. Die von der Kommission vorgeschlagene Strategie zur Überwindung der Umwelt- und Entwicklungsprobleme gründet im Kern auf der Forderung nach einem exponentiellen, quantitativen Wachstum in den Entwicklungs- und Industrieländern. Konkret wird eine Steigerung der weltweiten Industrieproduktion um das Fünf- bis Zehnfache für notwendig erachtet, ohne dass für dieses Szenario die Einhaltung der „äußeren Grenzen“ der Umwelt wissenschaftlich belegt werden kann.<sup>90</sup> Hintergrund der Wachstumsstrategie ist die Überlegung, dass die Armut in der Dritten Welt nur durch wirtschaftliches Wachstum in diesen Ländern eingedämmt werden kann und dass dazu auch ein Wachstum der Industrieproduktion im Norden unabdingbar sei. Während der erste Teil dieser Begründung in der Debatte um nachhaltige Entwicklung breite Zustimmung findet, wird eine weitere Expansion der Industrieproduktion in den Industrieländern in Frage gestellt, da diese als bereits überentwickelt angesehen werden und darüber hinaus nicht sichergestellt ist, dass der von der Kommission unterstellte technologische Fortschritt genügend Spielraum für ein derartiges Wachstum liefern kann.<sup>91</sup> Die Fixierung der Kommission auf wirtschaftliches Wachstum führt weiterhin dazu, dass an verschiedenen Stellen des Berichts der Begriff ‚dauerhaftes Wachstum‘ gebraucht wird. Dadurch verliert die ohnehin vage Definition von dauerhafter beziehungsweise nachhaltiger Entwicklung zusätzlich an Schärfe und es verstärkt sich der Eindruck, dass unter Entwicklung auch in diesem Bericht vor allem Wachstum verstanden wird.<sup>92</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. Hauff (Hrsg.) (1987), 241.

<sup>90</sup> Eine ausführliche Kritik zu diesem Aspekt findet sich bei Harborth (1993), 61-71. Vgl. auch Mármora (1990), 106-112; Hein, Wolfgang (1990): „Umwelt und Entwicklungstheorie – Ökologische Grenzen der Entwicklung in der Dritten Welt?“, in: *Nord-Süd aktuell*, Heft 1/1990, 37-52.

<sup>91</sup> Vgl. Brock, Lothar (1992): Nord-Süd Kontroversen in der internationalen Umweltpolitik: Von der taktischen Verknüpfung zur Integration von Umwelt und Entwicklung? HSFK-Report 7/1992, Frankfurt am Main: HSFK, 38-39; sowie Harborth (1993), 65.

<sup>92</sup> Dazu, dass der Vorstellung von nachhaltigem Wachstum ein „naiver Fortschrittsglaube“ zugrunde liegt, vgl.: Braun, Gerald (1991): „Entwicklung jenseits des Wachstums“, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.): *Jahrbuch*

## 2.1.4 Die wissenschaftliche Diskussion über nachhaltige Entwicklung

### 2.1.4.1 Ursprünge des Begriffs

In ökonomischen Kategorien wird das Prinzip der Nachhaltigkeit oft beschrieben als: „Von den Zinsen leben“.<sup>93</sup> Die ursprüngliche Bedeutung von *nachhaltig* beziehungsweise *Nachhaltigkeit* wird auf die Entwicklung einer ‚nachhaltigen Forstwirtschaft‘ zurückgeführt, deren Wurzeln bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen und die gegen Ende des 18. Jahrhunderts vor allem in Deutschland zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen wurde. Aus Beobachtungen über aufgetretene Missstände wie Holzverknappung, Erosion, Absinken des Grundwasserspiegels und Walddegradation wurde die allgemeine Regel entwickelt, „nicht mehr Holz zu schlagen, als nachwächst“. Die Entstehung dieser Regel lässt sich zwar nicht eindeutig zuordnen, doch für die forstwissenschaftliche Ausarbeitung des Prinzips sind die Arbeiten von Georg Ludwig Hartig als grundlegend anzusehen. Dieser betonte den Aspekt der intergenerationalen Gerechtigkeit und forderte 1795, die Nutzung der Wälder sei so zu gestalten, „dass die Nachkommenschaft ebenso viel Vorteile daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet“<sup>94</sup>. Daneben wird in zahlreichen wissenschaftlichen Quellen zur Nachhaltigkeit auf das Waldbewirtschaftungskonzept von Hannß Carl von Carlowitz aus dem Jahr 1713<sup>95</sup> und vergleichbare Arbeiten aus England hingewiesen.<sup>96</sup> Im 19. Jahrhundert wurde in der angelsächsischen Literatur der Begriff des *sustained yield*, also des nachhaltigen Ertrages, aufgenommen.<sup>97</sup>

In der modernen Forstwissenschaft wird Nachhaltigkeit als ein umfassendes Konzept verstanden, das sich nicht nur auf die Sicherung dauerhafter, in Geldwerten messbarer Holzerträge beschränkt, sondern die Gesamtheit der Funktionen des Waldes (Erholungsfunktion, Schutz-

---

*Dritte Welt* 1992. München: Beck, 71-85.

<sup>93</sup> So der Titel bei Groscurth, Helmuth-M./Hohmeyer, Olav/Rennings, Klaus (1995): „Von den Zinsen leben“, in: *ZEIT-punkte* Nr. 6, 56-57.

<sup>94</sup> Hartig, Georg Ludwig (1795): *Anweisung zur Taxation der Forsten, oder zur Bestimmung des Holzertrages*. Gießen 1795. Zitiert nach: Hasel, Karl (1971): *Waldwirtschaft und Umwelt – Eine Einführung in die forstwirtschaftspolitischen Probleme der Industriegesellschaft*. Hamburg, Berlin: Parey, 26.

<sup>95</sup> Vgl. Carlowitz, Hannß Carl von (1713/2000): *Sylvicultura oeconomica – Anweisung zur wilden Baum-Zucht*. Reprint der Ausgabe Leipzig, Braun, 1713; bearbeitet von Klaus Irmer und Angela Kießling. Freiberg: TU, Bergakademie, Akademische Buchhandlung.

<sup>96</sup> Ulrich Grober zeigt in seiner „kleinen Begriffsgeschichte“, dass Carlowitz bei seinen Reisen durch Europa die englischen und französischen Strategien zur Ressourcenbewirtschaftung kennen gelernt und in seine Arbeiten aufgenommen hat. Vgl. Grober, Ulrich (2002): „Modewort mit tiefen Wurzeln – Kleine Begriffsgeschichte von ‚sustainability‘ und ‚Nachhaltigkeit‘“, in: Altner u.a. (Hrsg.), 167-175.

<sup>97</sup> Vgl. Radke, Volker (1999): *Nachhaltige Entwicklung. Konzept und Indikatoren aus wirtschaftstheoretischer Sicht*. Heidelberg: Physica-Verlag, 8.

funktion etc.) umfasst.<sup>98</sup> Für die Arbeiten, die ab den 1970er Jahren zur internationalen Etablierung des Konzepts geführt haben, konnte bislang aber keine direkte Bezugnahme auf diese forstwirtschaftlichen Konzepte nachgewiesen werden. Karl Heinrich Rudersdorf spricht daher von einem konstruierten Zusammenhang.<sup>99</sup> Dieser bezieht sich in erster Linie auf die in den genannten forstwirtschaftlichen Ansätzen verwendete Begrifflichkeit (nachhaltig/sustainable), während sich das Nachhaltigkeitskonzept implizit aus wesentlich älteren und auch aus außerhalb des europäischen Kulturraums liegenden Wirtschaftsformen ableiten ließe.<sup>100</sup> Damit könnte dem Vorwurf entgegengewirkt werden, der Nachhaltigkeitsdiskurs werde vom Norden dominiert. Zugleich würde dies dem Einwand Rechnung tragen, dass sich die ‚nachhaltige‘ Forstwirtschaft des 19. Jahrhunderts nicht als Vorbild eigne, da sie sich in dieser Phase vor allem durch die Einschränkung gemeinschaftlicher Waldnutzungsrechte zu Gunsten privater und staatlicher Exklusivnutzung mit dem Ziel der Gewinnmaximierung auszeichne.<sup>101</sup> Von einigen Wissenschaftlern wird die Rückführung eines universellen Leitbildes auf die nachhaltige Forstwirtschaft in Europa abgelehnt, da sich die zugrunde liegenden Prinzipien weder auf andere Wälder (insbesondere in den Tropen) noch auf die Wirtschaft insgesamt übertragen ließen.<sup>102</sup>

#### 2.1.4.2 Die Brundtland-Definition und daraus abgeleitete Nachhaltigkeits-Modelle

Die von Hartig formulierten Kriterien finden sich auch in der vielfach zitierten Definition des Brundtland-Berichts, die wegen ihrer allgemein gefassten Formulierung zu einem Grundkonsens der gesamten Nachhaltigkeits-Diskussion wurde:

---

<sup>98</sup> Vgl. Hasel (1971); Dengler, Alfred (1971): *Waldbau auf ökologischer Grundlage*. Band 1; bearbeitet von A. Bonnemann und E. Röhrig. Hamburg, Berlin: Parey.

<sup>99</sup> Vgl. Rudersdorf, Karl Heinrich (2004): „Lebensfähige Weltgesellschaft – Zur Geschichte der Begriffe ‚sustainable‘ und ‚nachhaltig‘“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Nr. 8/9/2004, 57-58. Selbst über die erstmalige Einführung des Begriffs in die aktuelle Diskussion besteht Unklarheit: Rudersdorf verweist auf einen Beitrag des Biologen Charles Birch zu einer Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) im Jahr 1974, Angela Schmitz beispielsweise nennt dagegen die „Biosphärenkonferenz“ in Paris und die „Konferenz über die ökologischen Aspekte internationaler Entwicklung“ in Washington, die beide 1968 stattfanden, als mögliche Quellen. Vgl. Schmitz, Angela (1996): „Sustainable Development: Paradigma oder Leerformel?“, in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte – Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz, 103-119 (hier: 105); vgl. auch Grober (2002) ebenfalls mit einem Hinweis auf die ÖRK-Tagung 1974.

<sup>100</sup> Vgl. Sieferle, Rolf Peter (2003): „Nachhaltigkeit in universalhistorischer Perspektive“, in: Siemann, Wolfram (Hrsg.): *Umweltgeschichte – Themen und Perspektiven*. München: Beck, 39-60.

<sup>101</sup> Vgl. Groeneveld, Sigmar (1997): „Unterhalt statt Nachhaltigkeit“, in: Raza, Werner G./Novy, Andreas (Hrsg.): *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt am Main: Brandes und Apsel/Südwind, 25-40.

<sup>102</sup> Zur forstwissenschaftlichen Argumentation vgl.: Günther, Stephan (2002): „Bäume wachsen nicht in den Himmel“, in: *iz3w*, Nr. 259, März 2002, 35-36.

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“<sup>103</sup>

In dieser Form findet nachhaltige Entwicklung als allgemeine Zielvorstellung breite Zustimmung. Bis heute hat sich aber noch keine darüber hinausgehende Bestimmung von Nachhaltigkeit durchsetzen können: Die von David Pearce et. al. bereits 1989 präsentierte „Galerie der Definitionen“<sup>104</sup> ist im Gegenteil seither noch umfassender geworden. Dies hat zur Folge, dass vor jeder wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema dargelegt werden muss, was unter Nachhaltigkeit verstanden wird.<sup>105</sup> Ein breiter Konsens besteht aber zumindest dahingehend, dass nachhaltige Entwicklung eine ökologische, eine ökonomische und eine soziale Dimension umfasst. Überwiegend wird die Auffassung vertreten, dass diese Dimensionen in gleicher Weise berücksichtigt werden müssen, keine der Dimensionen also die anderen dominieren soll.<sup>106</sup> Zur Veranschaulichung wird häufig das Modell des Nachhaltigkeitsdreiecks gewählt, dass in einigen Quellen auch – in Anlehnung an das magische Viereck des deutschen Stabilitätsgesetzes von 1967 – als ‚magisches Dreieck‘ der Nachhaltigkeit bezeichnet wird.<sup>107</sup>

---

<sup>103</sup> Hauff (Hrsg.) (1987), 46. In der deutschen Diskussion findet häufig auch die von Volker Hauff in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe des Brundtland-Berichts formulierte Definition Verwendung, wonach *dauerhafte Entwicklung* zu verstehen ist als „eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“. Op. cit., XV.

<sup>104</sup> Vgl. Pearce, David/Markandya, Anil/Barbier, Edward (1989): *Blueprint for a Green Economy*. London: Earthscan Publications.

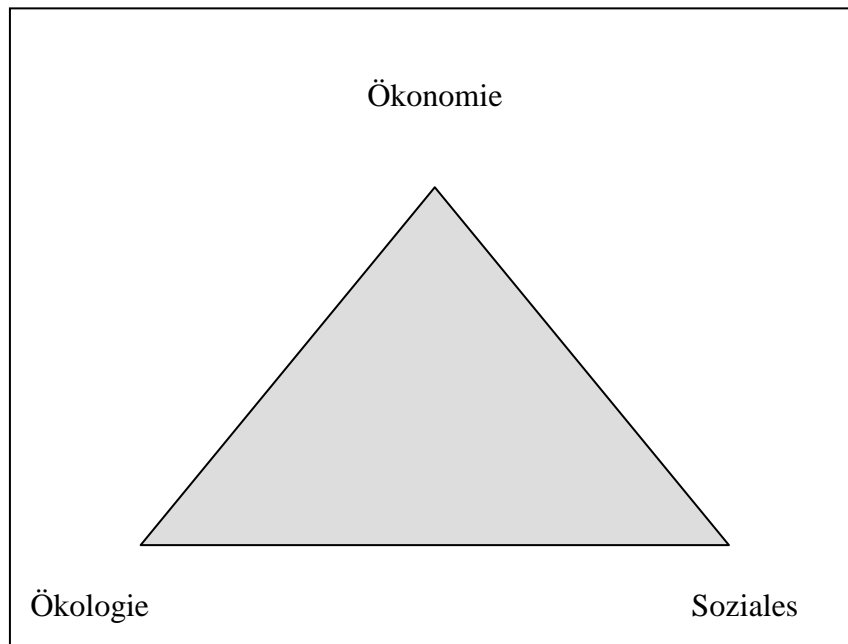
<sup>105</sup> Vgl. Radke (1999), 21.

<sup>106</sup> Vgl. statt vieler Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1998b): *Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung*. Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des 13. Deutschen Bundestages. Bonn: Deutscher Bundestag, insbesondere 30-54.

<sup>107</sup> Vgl. Huber, Joseph (1995): *Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik*. Berlin: edition sigma, 39-49.



## Abbildung 1: Dreieck der Nachhaltigkeit



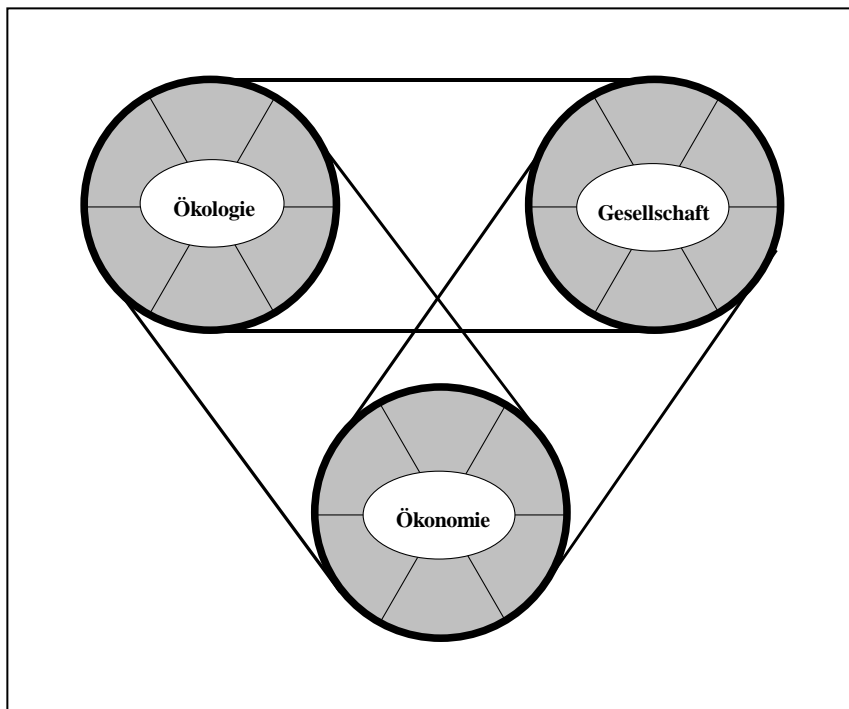
Quelle: eigene Darstellung

Alternativ wird von den drei Säulen der Nachhaltigkeit gesprochen, was allerdings den Nachteil hat, dass ein statisches Bild vermittelt wird, bei dem diese Säulen mehr oder weniger unverbunden nebeneinander stehen. Demgegenüber sollen mit den „Zauberscheiben der Nachhaltigkeit“<sup>108</sup> gerade die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen verdeutlicht werden: Änderungen bei einer der ‚Zauberscheiben‘ wirken sich demnach auf die anderen beiden Dimensionen aus. Von den Autoren wird betont, dass zwischen den durch die Kreissegmente angedeuteten Teilzielen der drei Dimensionen Zielkonflikte auftreten können, während der Begriff ‚Zauberscheiben‘ mit einem Nachhaltigkeitsverständnis spielt, indem diese elementaren Konflikte wie durch ‚Zauberhand‘ aufgelöst scheinen.<sup>109</sup>

<sup>108</sup> Das Modell basiert auf einem Entwurf von Christine Zumkeller und Carsten Stahmer aus dem Jahr 1995. Vgl. Stahmer, Carsten (2000): *Verwehte Engel – Bausteine für ein nachhaltiges Berichtssystem*. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript zum 2. Weimarer Kolloquium der Vereinigung für Ökologische Ökonomie vom 1.-3.11.2000. Erstmals angewendet wurde das Modell in: Diefenbacher, Hans/Karcher, Holger/Stahmer, Carsten/Teichert, Volker (1997): *Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich – ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren*. Texte und Materialien Reihe A, Nr. 42, Heidelberg: FEST.

<sup>109</sup> Vgl. Diefenbacher/Karcher/Stahmer/Teichert (1997), 71-74.

**Abbildung 2: Die „Zauberscheiben der Nachhaltigkeit“**



Quelle: Diefenbacher/Karcher/Stahmer/Teichert (1997)

Die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft werden zunehmend durch eine vierte Dimension zu politisch-institutionellen Aspekten der Nachhaltigkeit ergänzt, die das institutionelle Arrangement zur Umsetzung des Leitbildes berücksichtigt und dabei entsprechend der Agenda 21 die Frage der Partizipation der unterschiedlichen Akteursgruppen einbezieht. Ein Modell hierfür ist das „Nachhaltigkeits-Tetraeder“ des Forums Umwelt und Entwicklung.<sup>110</sup> Die genannten Beispiele zeigen, dass bereits auf der Ebene der Dimensionen deutliche Unterschiede in der Konkretisierung des Nachhaltigkeits-Leitbildes bestehen. Doch trotz der Abweichungen bezüglich der Darstellung und der Anzahl der Dimensionen ist diesen Modellen gemein, dass sie die einzelnen Dimensionen auf gleicher Ebene verorten. Davon sind jene Ansätze zu unterscheiden, die von einem Primat der ökologischen Dimension ausgehen. Die belebte Umwelt und die natürlichen Ressourcen als äußerer Rahmen für menschliches Leben und Wirtschaften bilden in dieser Sicht die Grundlage im Sinne einer „Nachhaltigkeitspyramide“, woraus eine hierarchische Anordnung der Dimensionen abgeleitet wird.<sup>111</sup>

<sup>110</sup> Vgl. Forum Umwelt und Entwicklung (1997): Fünf Jahre nach dem Erdgipfel. Wie zukunftsfähig ist Deutschland? – Entwurf eines alternativen Indikatorensystems. Bonn: Forum Umwelt und Entwicklung, 11.

<sup>111</sup> Zu Nachhaltigkeitspyramide vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt (Hrsg.) (1998): *Handbuch Lokale Agenda 21, Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den*

Wenn Nachhaltigkeit in diesem Sinne zwar nicht auf ‚Umwelt‘ reduziert, diese Dimension aber zum bestimmenden Faktor erhoben wird, ist nicht mehr erkennbar, worin das ‚Mehr‘ des Nachhaltigkeitsansatzes gegenüber der Umweltdebatte bestehen soll. Diese Auffassung hat sich daher bei der *Modellbildung* nicht gegen die vorherrschende integrative Betrachtung der Dimensionen durchsetzen können. Demgegenüber wird die Diskussion über die Inhalte der einzelnen Dimensionen vor allem entlang des Spannungsverhältnisses zwischen Umwelt und Wirtschaft geführt und deshalb häufig auch als eine erweiterte Ökologiediskussion wahrgenommen, wie die beiden folgenden Abschnitte zeigen. Auch die aus der Brundtland-Definition abgeleiteten Managementregeln beziehen sich überwiegend auf den (wirtschaftlichen) Umgang mit ökologischen Ressourcen.

#### 2.1.4.3 Die Ökologiediskussion als Vorläufer

Die Ökologiediskussion kann durch einen auf beständigen Überfluss vertrauenden Technozentrismus (*cornucopian technocentrism*) auf der einen und einen *tiefenökologischen* Ökozentrismus (*deep ecology ecocentrism*) auf der anderen Seite des Spektrums eingegrenzt werden.<sup>112</sup> Mit diesen Extremen in der ökologischen Diskussion stehen sich damit eine starke Fortschrittsfixierung und eine grundsätzliche Negierung der bestehenden Industriegesellschaften gegenüber. Bas Arts spricht hier von einem technozentristischen *business as usual* und einem ökozentristischen, antimodernistischen Diskurs zur nachhaltigen Entwicklung. Arts zeigt in einer semantischen Untersuchung, dass beide Ansätze mit dem Begriff nachhaltige Entwicklung nicht in Einklang gebracht werden können.<sup>113</sup> Zwischen diesen beiden Polen wird die Ökologiedebatte von den beiden Hauptströmungen „ökologische Modernisierung“ und „ökologischer Strukturwandel“ dominiert. Es handelt sich hierbei jeweils um präventive Strategien, deren Grenzen trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte fließend ineinander übergehen. Ökologische Modernisierung zielt auf umweltverträglichere Wirtschaftsformen etwa durch Recycling, Substituierung und Effizienzsteigerung, also auf Veränderungen innerhalb bestehender Strukturen. Gemäß des zweiten Ansatzes sind dagegen die bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen und die damit verbundenen Verhaltensmuster Ursache der derzeitigen Krisensituation und müssen daher grundlegend verändert werden. In der

---

*Kommunen*. Bonn: BMU, 16; sowie den in Kapitel 3.4.1 der vorliegenden Arbeit beschriebenen Ansatz von Fues.

<sup>112</sup> Vgl. Harborth (1993), 82-83.

<sup>113</sup> Vgl. Arts, Bas (1994): „Nachhaltige Entwicklung – Eine begriffliche Abgrenzung“, in: *Peripherie*, Nr. 54, 6-

Nachhaltigkeitsdiskussion hat sich aus den unterschiedlichen ökologischen Positionen ein vergleichbares Spektrum herausgebildet, das von der „strikten“ bis zur „sehr schwachen“ (ökologischen) Nachhaltigkeit reicht, worauf in Kapitel 2.1.4.5 ausführlicher eingegangen wird. Für das Verständnis dieser Varianten ist die Unterscheidung von Kapitalarten zu berücksichtigen, die von der Ökonomie in die Diskussion eingebracht wurde.

#### 2.1.4.4 Beiträge der Ökonomie

Nachhaltigkeit kann in den Kategorien der Ökonomie ganz allgemein als Kapitalerhaltung beschrieben werden.<sup>114</sup> Die Art und die Zusammensetzung des Kapitals spielt dabei zunächst keine Rolle, sondern es kommt darauf an, festzustellen, was als Zinsen zur Verfügung steht und was als Kapitalanlage erhalten werden muss. Als ein Beispiel für diesen Ansatz können die Arbeiten von John Elkington und Ismail Serageldin herangezogen werden.<sup>115</sup> Elkington unterscheidet vier Kapitalarten:<sup>116</sup>

- *natürliches Kapital*, als Bestand an Vermögen, die die Umwelt bietet (zum Beispiel Böden, Luft, Wälder, Wasser, Feuchtgebiete) und als einen Strom nützlicher Güter und Leistungen liefert;
- *menschengemachtes*, sich in den wirtschaftlichen Bilanzen niederschlagendes *Kapital*;
- *menschliches Kapital*, in Form von Bildung und Gesundheit;
- *gesellschaftliches Kapital*, als kulturelle und institutionelle Basis der Gesellschaft.

Darauf aufbauend unterscheidet Elkington drei Konzepte der Nachhaltigkeit, nämlich soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit. Der Erhalt und die Förderung des gesellschaftlichen und des menschlichen Kapitals sind das Ziel sozialer Nachhaltigkeit.<sup>117</sup> Hierzu zählen

---

27; insbesondere 22-25.

<sup>114</sup> Im Unterschied zu dieser statischen Begriffsbestimmung geht es bei dynamischer Nachhaltigkeit um die Erhaltung der Erträge aus dem zur Verfügung stehenden Kapital.

<sup>115</sup> Vgl. hierzu den von John Elkington dargestellten Konzeptentwurf, den er in Anlehnung an Ismail Serageldin formulierte: Elkington, John (1995): „Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung“, in: Dieren, Wouter van (Hrsg.): *Mit der Natur rechnen*. Der neue Club-of-Rome-Bericht: vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt. Basel, Boston, Berlin, 120-146; sowie: Serageldin, Ismail (1994): „Making Development sustainable“, in: ders./Steer, Andrew (Hrsg.): *Making Development sustainable: From Concepts to Action*. Environmentally Sustainable Occasional Paper Series, Nr. 2, Washington: Worldbank, 1-6.

<sup>116</sup> Vgl. Elkington (1995), 122.

<sup>117</sup> Vgl. Cernea, Michael (1993): „Der soziologische Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung“, in: *Finanzierung und Entwicklung*. Nr. 4/1993, 11-13. „Nachhaltigkeit muss ‚sozial begründet‘ sein – d.h., Vereinbarungen sozialer und ökonomischer Natur müssen zweckdienlich getroffen werden. Deshalb muss man sich der Schaffung von

solche Faktoren, die in der Entwicklungstheorie als Gegenstand eines qualitativen Wachstums beziehungsweise einer qualitativen Entwicklung diskutiert werden. Soziale Nachhaltigkeit umfasst das „soziale Gerüst der Organisationen der Menschen, das Selbstbestimmung und die Selbstverwaltung über die natürlichen Ressourcen ermöglicht“<sup>118</sup>. Sie ist damit Voraussetzung für ökologische Nachhaltigkeit, die den Erhalt des natürlichen Kapitals zum Ziel hat.<sup>119</sup> Die ökonomische Nachhaltigkeit betrachtet den Erhalt des Gesamtkapitals – unabhängig von dessen Zusammensetzung, wobei das menschengemachte Kapital – der ökonomische Output – noch immer als die zentrale Orientierungsgröße angesehen wird.<sup>120</sup> Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die einzelnen Kapitalformen durch andere substituiert werden können.

Diese Reduktion auf ökonomische Kategorien stößt in der Literatur bei jenen Autoren auf heftigen Widerspruch, die von der Annahme ausgehen, dass die globalen Probleme überwiegend auf die Dominanz ökonomischer Denk- und Verhaltenskategorien zurückzuführen sind und diese daher nicht zu geeigneten Lösungsansätzen führen können:

„Um dieses Erbe bewahren zu können, müssen wir andere Wertmaßstäbe als die der Wirtschaftlichkeit an die erste Stelle unserer Bestrebungen setzen: den Wert der natürlichen Schönheit, den Wert des respektvollen Empfindens angesichts dessen, was nicht wir geschaffen haben, und vor allem die Wertschätzung des Lebens selbst, [...]“<sup>121</sup>

Donald Worsters Einwand geht über die Kriterien der strikten ökologischen Nachhaltigkeit hinaus, da er jenseits der bewahrenden Nutzung natürlicher Ressourcen die Frage eines Eigenrechts der Natur aufwirft, die in der anthropozentrisch geprägten Nachhaltigkeits-Diskussion bislang weitgehend ausgeklammert wird. Die Nutzung der Natur wird auch in der ökologischen Ökonomie grundsätzlich als notwendig vorausgesetzt. Das Ziel der dringend gebotenen Veränderungen wird darin gesehen, die ökonomischen Aktivitäten mit den ökologischen Gegebenheiten in Einklang zu bringen. Ein zentraler Ansatz hierzu liegt in einer Neubewertung der für die Preisgestaltung von Gütern relevanten Faktoren:

---

Nachhaltigkeit simultan auf dreifache Weise nähern – sozial, ökonomisch und ökologisch.“ Op. cit., 11.

<sup>118</sup> Elkington (1995), 121.

<sup>119</sup> Die Wechselwirkungen zwischen sozialen Faktoren und ökologischen Problemen werden auch – unabhängig von dem Konzept nachhaltiger Entwicklung – in nahezu allen Betrachtungen zu den Zusammenhängen zwischen Unterentwicklung und Umweltproblemen in der Dritten Welt herausgestellt. Vgl. beispielsweise Wöhlcke, Manfred (1993a): *Der ökologische Nord-Süd-Konflikt*. München: Beck; sowie Spangenberg, Joachim (1991): *Umwelt und Entwicklung: Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie*. Marburg: Schüren.

<sup>120</sup> Vgl. Munasinghe, Mohan (1993): „Der Ansatz der Ökonomen für eine nachhaltige Entwicklung“, in: *Finanzierung und Entwicklung*. Nr. 4/1993, 16 -19.

<sup>121</sup> Worster, Donald (1994): „Auf schwankendem Boden. Zum Begriffswirrwarr um ‚nachhaltige Entwicklung‘“, in: Sachs, Wolfgang (Hrsg.): *Der Planet als Patient: Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik*. Berlin u.a.: Birkhäuser, 93-112, hier 111.

„In der Theorie wird *dann* das wirtschaftliche und ökologische Optimum erreicht, wenn die *Preise* die volle wirtschaftliche und ökologische Wahrheit sagen.“<sup>122</sup>

Dies bezieht sich nicht nur auf die Internalisierung von externalisierten Kosten, sondern auch darauf, dass die Preise die absolute Knappheit von Ressourcen bislang nur ungenügend wiedergeben.<sup>123</sup> Dies führt in seiner Gesamtheit zu der „Notwendigkeit, sowohl die Zerstörung unserer natürlichen Umwelt als auch die Dimension sozialer Faktoren in das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) einzubeziehen.“<sup>124</sup> Dem Einfluss von Einkommens- und Wachstumsmessung auf die ökologische Tragfähigkeit von Volkswirtschaften ging Salah El Serafy in zahlreichen Arbeiten nach. Bei ihm findet sich auch der Vorschlag, die Erträge aus der Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen zumindest teilweise für Investitionen in erneuerbare Substitute (insbesondere im Energiebereich) zu lenken, um so zu einer nachhaltigen Nutzungsmöglichkeit zu gelangen und gleichzeitig die Veränderungen in der Zusammensetzung des Kapitalstocks zu berücksichtigen.<sup>125</sup>

#### 2.1.4.5 Starke versus schwache Nachhaltigkeit

Die zuvor bereits angesprochene Unterscheidung verschiedener Varianten von Nachhaltigkeit wird dadurch bestimmt, ob und inwieweit die Substituierbarkeit unterschiedlicher Kapitalformen zugelassen wird. Während Elkington zwischen *vernünftig umweltbewusster, ökologischer* und *übertrieben ökologischer Nachhaltigkeit* differenziert,<sup>126</sup> werden in der Literatur überwiegend Varianten von *schwacher* und *starker Nachhaltigkeit* gegenübergestellt. Die Grade der Unterteilung und die Reichweite von ‚stark‘ und ‚schwach‘ variieren dabei je nach Quelle. In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wird zwischen zwei Positionen unterschieden, die sich auf das Gesamtkonzept der Nachhaltigkeit beziehen. Schwache Nachhaltigkeit liegt demnach dann vor, wenn die Substituierbarkeit des natürlichen Kapitals akzeptiert wird. Starke Nachhaltigkeit indessen geht davon aus, dass künftigen Generationen ein *kon-*

---

<sup>122</sup> Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1989): *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 143 [Hervorhebungen im Original].

<sup>123</sup> Vgl. El Serafy, Salah (1992): „Ökologische Tragfähigkeit, Einkommensmessung und Wachstum“, in: Robert Goodland u.a. (Hrsg.): *Nach dem Brundtland-Bericht: Umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung*. Bonn, 59-71, hier 69.

<sup>124</sup> Aus dem Vorwort von Alexander King zu: Dieren (1995), 8. Damit wird im Grunde einem zentralen Kritikpunkt an den modernisierungstheoretischen Entwicklungsvorstellungen Rechnung getragen.

<sup>125</sup> Vgl. El Serafy (1992), 63-64.

<sup>126</sup> Vgl. Elkington (1995), 124-125.

*stantes Naturkapital* übergeben werden muss.<sup>127</sup>

Diefenbacher führt dagegen fünf Varianten an, die er allerdings nicht auf das Gesamtkonzept, sondern auf die *ökologische Nachhaltigkeit* bezieht:<sup>128</sup>

1. Als radikal-ökologische Variante erlaubt *strikte ökologische Nachhaltigkeit* keine Substituierung, sondern fordert den konsequenten Erhalt der einzelnen Arten natürlichen Kapitals.
2. Die ‚*kritische*‘ *ökologische Nachhaltigkeit* geht von der Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung und Bewahrung des jeweiligen Umweltraumes<sup>129</sup> aus. Erneuerbare und nicht erneuerbare Ressourcen sowie Umweltmedien müssen entsprechend den (unten beschriebenen) Managementregeln der Nachhaltigkeit behandelt werden.
3. Die *starke ökologische Nachhaltigkeit* stellt laut Diefenbacher den Versuch eines Kompromisses zu den beiden nachfolgend beschriebenen Varianten *schwacher Nachhaltigkeit* dar, der sich allerdings nicht durchgesetzt hat: Substitution ist in dieser Variante zulässig – jedoch nur dann, wenn die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse gefährdet ist.
4. Bei der *schwachen ökologischen Nachhaltigkeit* wird generell Substitution innerhalb des natürlichen Kapitalstocks akzeptiert, bleibt aber auf diesen begrenzt. Der Verlust eines Waldes kann demnach durch erneuerbare Ressourcen und Förderung des Artenschutzes an anderer Stelle kompensiert werden.
5. Die radikalere Variante der *sehr schwachen ökologischen Nachhaltigkeit* erlaubt die Substituierung über die Kapitalarten hinweg. Nachhaltigkeit ist auch dann gegeben, wenn zum Beispiel Erträge aus der Abholzung eines Waldes in die Infrastruktur fließen oder wenn sie dazu führen, dass das Humankapital durch Ausbau des Bildungssystems erhöht wird.

Übertragen auf die allgemein gebräuchlichere duale Unterscheidung im Sinne der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ entspricht diese fünfte Variante der Position einer schwachen

---

<sup>127</sup> Vgl. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Misereor (Hrsg.) (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel u.a.: Birkhäuser, 25.

<sup>128</sup> Vgl. Diefenbacher (2001a), 69-72.

<sup>129</sup> Zum Konzept des Umweltraumes vgl. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Misereor (1996), 26-36; Opschoor, Johann B. (1992): „Sustainable Development, the Economic Process and Economic Analysis“, in: ders. (Hrsg.): *Environment, Economy and Sustainable Development*. Rotterdam: Wolters-Noordhoff, 25-51.

Nachhaltigkeit und die zweite Variante einer kritischen, ökologischen Nachhaltigkeit der Position der starken Nachhaltigkeit.

#### 2.1.4.6 Die Managementregeln der Nachhaltigkeit

In der Definition des Brundtland-Berichts wird zum Ausdruck gebracht, dass die Befriedigung der (Grund-)Bedürfnisse derzeit nicht für alle Menschen gegeben ist. Mit der Einbeziehung der zukünftigen Generationen ist der Zeithorizont offen. Ignacy Sachs spricht in diesem Zusammenhang von der Forderung nach *synchronischer* und *diachronischer* Solidarität,<sup>130</sup> die sowohl alle gegenwärtig als auch alle zukünftig lebenden Menschen umfasst und unter Beachtung der gegebenen Grenzen verwirklicht werden soll. Daraus lassen sich, zunächst unabhängig von der Frage der Beteiligung am und der Verteilung innerhalb des globalen Wirtschaftsprozesses, drei Regeln für nachhaltige Entwicklung ableiten:<sup>131</sup>

1. Die Nutzung erneuerbarer Ressourcen darf deren Reproduktionsfähigkeit nicht überschreiten.
2. Nicht erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Maße genutzt werden, in dem durch Innovation funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen bereitgestellt werden kann.
3. Die Stoffeinträge in die Umwelt dürfen die Assimilationskapazität der Umweltmedien nicht übersteigen.

Volker Radke bezeichnet diese Regeln als Ernte-, Extraktions- und Emissionsregel.<sup>132</sup>

Diese Form der Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs findet sich seit 1990 weitgehend gleichlautend in zahlreichen Quellen.<sup>133</sup> Die Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ hat diese drei Regeln übernommen und durch zwei weitere Managementregeln ergänzt:<sup>134</sup>

---

<sup>130</sup> Vgl. Sachs, Ignacy (1984): „Developing in Harmony with Nature: Consumption Patterns, Time and Space Uses, Resources Profiles, and Technological Choices“, in: Glaeser (Hrsg.), 209-227 (hier: 218).

<sup>131</sup> Vgl. Daly, Herman (1990): „Sustainable Growth – an Impossible Theorem“, in: *Development*, Nr. 3/4, 45-47; El Serafy (1992).

<sup>132</sup> Vgl. Radke (1999), 15.

<sup>133</sup> Vgl. Daly (1990), 45-47; Pearce, David W./Turner, R. Kerry (1990): *Economics of Natural Resources an the Environment*. New York u.a.: Harvester Wheatsheaf; El Serafi (1992); Harborth (1993), 98; Dieren (Hrsg.) (1995), 126.

<sup>134</sup> Vgl. Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Hrsg.) (1998): *Abschlussbericht*. Bonn:



4. Das Zeitmaß anthropogener Einträge und Eingriffe in die Umwelt muss im Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.
5. Gefahren und vertretbare Risiken für die menschliche Gesundheit durch anthropogene Eingriffe sind zu vermeiden.

Die Managementregeln beziehen sich – ebenso wie die verschiedenen Varianten der (ökologischen) Nachhaltigkeit – in erster Linie auf das Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie; sie erlauben Tendenzaussagen bezüglich bestimmter ökonomischer Aktivitäten. Die Anwendung der fünften Regel auf die Biotechnologie oder die zivile Nutzung der Kernkraft verdeutlicht, dass sich aus diesen Regeln im Einzelfall aber keine eindeutigen Entscheidungen ableiten lassen. Eine nähere Betrachtung der Extraktionsregel zeigt, dass selbst die Beschränkung auf Tendenzaussagen nicht widerspruchsfrei ist: Angesichts eines unbegrenzten Zeithorizontes führt jede Entnahme nicht erneuerbarer Ressourcen langfristig zu einer Erschöpfung dieser Quellen. Die Bedeutung bestimmter Rohstoffe kann, in eine unendliche Zukunft mit immer neuen potenziellen Einsatzmöglichkeiten projiziert, zunehmen. Ihre derzeitige Nutzung wäre somit aus ökonomischer Sicht nicht optimal und daher abzulehnen. Andererseits müsste der generelle Verzicht auf ihre Verwendung auch für alle zukünftigen Generationen gelten, wodurch sie auch für diese bedeutungslos würden.<sup>135</sup> Die Diskussion um den Rückgang der Artenvielfalt weist in eine ähnliche Richtung. Neben ökologischen und ethischen Argumenten wird auf die in Zukunft noch wachsende ökonomische Bedeutung des Erhalts so genannter *Gen-Pools*, also einer möglichst großen Artenvielfalt, hingewiesen.<sup>136</sup> Bezieht man die zeitliche Dimension in die Kosten-Nutzen-Analysen über einzelne Ressourcen ein, lässt sich eine eindeutige Tendenz der „Unterbewertung der Zukunft“ und damit zugunsten der gegenwärtigen Nutzung feststellen.<sup>137</sup>

---

Deutscher Bundestag.

<sup>135</sup> Vgl. Harborth (1993), 99.

<sup>136</sup> Dass diese ökonomische Argumentationsweise bezüglich des Erhalts der Artenvielfalt unter ethischen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten kritisch bewertet werden muss, wird eindrücklich dargestellt bei Weizsäcker, Christine von (1994): „Vielfalt im Verständnis von ‚Artenvielfalt‘“, in: Sachs, W. (Hrsg.), 113-135.

<sup>137</sup> Siehe dazu das Kapitel „Discounting the Future“, in: Pearce, David/Barbier, Edward/Markandya, Anil (1990): *Sustainable Development. Economics and Environment in the Third World*. Aldershot, Brookfield, 23-56. Zur Tendenz der Unterbewertung von Umweltbelastungen und Umweltgefahren in der Gesellschaft siehe auch Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

#### 2.1.4.7 Politische und soziale Nachhaltigkeit

Die Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung impliziert, „dass es auch solche Entwicklungsziele und -wege gibt – womit natürlich die tatsächlich verfolgten gemeint sind –, die nicht auf Dauer bestehen können“, und gleichzeitig, dass „’Entwicklung’ als Ziel aber keineswegs aufgegeben“<sup>138</sup> wird. Damit wird das bislang dominierende Modell einer globalen Industrialisierung nicht nur in Frage gestellt, sondern als universelle Zielvorstellung abgelehnt. Dass die in den Industrieländern vorherrschenden Produktions- und Konsummuster aus ökologischen Gründen weder auf alle Länder übertragbar sind noch von den Industrieländern dauerhaft beibehalten werden können, wird mittlerweile kaum mehr ernsthaft bestritten. Entwicklung darf daher nicht zwangsläufig an wirtschaftliches Wachstum gebunden sein und muss zudem vor allem auch die Industrieländer umfassen.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht stellt sich zudem die Frage, inwieweit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung die Komponente einer *politischen Nachhaltigkeit* hinzugefügt werden muss. Dass dies bislang kaum diskutiert wurde, kann als Indiz für Defizite der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit nachhaltiger Entwicklung gewertet werden. Das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Politik lässt sich nicht auf die Frage beschränken, inwieweit ein politisches System in der Lage ist, die für seinen Erhalt notwendige Unterstützung beständig zu reproduzieren. Dass die westlichen Demokratien sich als dauerhafter erwiesen haben als beispielsweise die sozialistischen Systeme, ist noch kein Nachweis ihrer Fähigkeit zur Nachhaltigkeit.<sup>139</sup> Belegt ist demgegenüber, dass sie sich nichtnachhaltig verhalten können. Der generationenübergreifende Zeithorizont von Nachhaltigkeit läuft dem Denken in Wahlperioden ebenso zuwider wie die überwiegend als ‚sperrig‘ wahrgenommene Begrifflichkeit dem Bedeutungszuwachs medialer Vermittlung von Politik.

Im Kontext eines Gesamtkonzepts nachhaltiger Entwicklung, das sowohl die Gestaltung der Wirtschaft als auch die der Gesellschaft hinterfragt, stellt sich das Problem, wie politische Systeme beschaffen sein müssen, um nachhaltige Entwicklung umsetzen zu können. Damit unmittelbar verbunden und für die Umsetzung des Konzeptes entscheidend ist der Faktor Macht, der in den theoretischen Überlegungen nur unzureichend angesprochen wird. Im Sinne der Definition von Max Weber wäre zu fragen, ob in dem Beziehungsgeflecht von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein Akteur oder eine Gruppe von Akteuren die Fähigkeit besitzt,

---

<sup>138</sup> Harborth (1993), 9-10.

<sup>139</sup> Vgl. Worster (1994), 98.

das Konzept auch gegen Widerstände durchzusetzen.<sup>140</sup> Dem steht entgegen, dass nachhaltige Entwicklung ein auf Kooperation aller Beteiligten beruhendes Konzept darstellt und auch nur als solches funktionieren kann. Gleichzeitig sind mit seiner Umsetzung Veränderungen der bestehenden Verhältnisse und zumindest langfristig auch bestehender Strukturen verbunden, was zwangsläufig zu Widerständen führen muss. Hierzu fehlen bislang positive Entwürfe, die über ein effizienteres ‚Nachhaltigkeitsmanagement‘ in Politik und Verwaltung hinausweisen.<sup>141</sup>

Von Wissenschaftlern, die das Nachhaltigkeitskonzept ablehnen, wird in der Ausklammerung der Machtfrage und dem Ausbleiben struktureller Veränderungen ein Beleg für die herrschaftsstabilisierende Funktion dieses Konzepts gesehen.<sup>142</sup> In Anlehnung an Michel Foucault dient in dieser Sicht Nachhaltigkeit dazu, einen Diskurs zu bestimmen. Im Nachhaltigkeitsdiskurs drückt sich demnach zugleich die Macht aus, die notwendig ist, um einen Diskurs durchsetzen zu können.<sup>143</sup> Nachhaltigkeit ist in dieser Perspektive kein Gegenentwurf zur neoliberalen Globalisierung, sondern zusammen mit dem „Paradigma Zivilgesellschaft“ deren Wegbereiter:

„Die drei Paradigmen sind eng miteinander verklammert. ‚Globalisierung‘ hat einen hohen ökologischen und ökonomischen Preis. Nachhaltigkeit ist der Weg, ihn bezahlbar und moralisch durchsetzbar zu machen. Globalisierung setzt soziale Strukturen und nationale Gesellschaften einem Druck aus, der Zerstörungen und Auflösungserscheinungen hervorruft. Zivilgesellschaft ist der Weg, den Protest gegen die Zerstörung zu kanalisieren und zu spalten.“<sup>144</sup>

Der Nachhaltigkeitsdiskussion wird damit eine tatsächliche Problemorientierung abgesprochen, ohne dass ein Gegenentwurf angeboten wird, wie den globalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen begegnet werden kann. Vor dem Hintergrund der Polarität zwischen der völligen Ablehnung des Nachhaltigkeitskonzepts und der Übernahme ökonomisch geprägter Managementansätze hat es bislang wenig originär politikwissenschaftliche Einflüsse auf die

---

<sup>140</sup> Vgl. Weber, Max (1922): *Wirtschaft und Gesellschaft*; hier nach der Ausgabe von 1985, Tübingen: Mohr, 28.

<sup>141</sup> So wird auf der kommunalen Ebene, der bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts vielfach eine Pionierrolle zugesprochen wird, nachhaltige Entwicklung von der lokalen Politikforschung überwiegend im Kontext von Verwaltungsreform und Neuem Steuerungsmodell diskutiert. Ziel ist die Integration des Nachhaltigkeitsmanagements in Verwaltungshandeln. Vgl. Gehrlein, Ulrich (2004): *Nachhaltigkeitsindikatoren zur Steuerung kommunaler Entwicklung*. Wiesbaden: VS-Verlag; Heinelt, Hubert/Mühlich, Eberhard (Hrsg.) (2000): *Lokale „Agenda 21“-Prozesse – Erklärungsansätze, Konzepte, Ergebnisse*. Opladen: Leske und Budrich.

<sup>142</sup> Vgl. Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin (1996): *Nachhaltigkeit und Macht – Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt am Main: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation. Zur Kritik unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten vgl. Brumlik, Micha (1999): „Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit – Zur Kritik eines neuen Grundwerts“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 12, 1460-1466.

<sup>143</sup> Vgl. Spehr, Christoph/Stickler, Armin (1997): „Morphing Zone – Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken“, in: Raza/Novy (Hrsg.), 12-24, hier 13.

Nachhaltigkeitsdiskussion gegeben. Neben der bereits angesprochenen Frage, was nachhaltige Entwicklung aus politikwissenschaftlicher Sicht auszeichnet, wäre zu untersuchen, in welchen politischen Kontexten und mit welchen Strategien Nachhaltigkeit erreicht werden kann und welche Faktoren eine Umsetzung des Leitbildes erschweren oder verhindern.

---

<sup>144</sup> Spehr/Stickler (1997), 19.

## 2.2 Zum hier verwendeten Nachhaltigkeits-Begriff und seiner Operationalisierung

Die vorangegangenen Betrachtungen haben deutlich gemacht, dass es auch nach rund zwei Jahrzehnten der Diskussion noch keine allgemein akzeptierte Definition von Nachhaltigkeit gibt. Die Vielfalt der Modelle setzt sich in unterschiedlichen Ansätzen zur Operationalisierung fort. Selbst über die Einordnung von Nachhaltigkeit als Leitbild, Konzept oder Theorie bestehen unterschiedliche Auffassungen.

Reinhold Thiel hat in seiner Reflexion „zur Neubewertung der Entwicklungstheorie“<sup>145</sup> das Konzept der nachhaltigen Entwicklung gar in die Reihe der ‚großen Theorien‘ gestellt, sich aber davon zugleich in zweifacher Weise distanziert. Denn zum einen hält er am Begriff ‚Konzept‘ fest und zum anderen verweist er darauf, dass sich dieses Konzept nicht in die gängige Doppelfunktion der Entwicklungstheorien von Erklärung und strategischer Zielbeschreibung einfügt.<sup>146</sup> Da Nachhaltigkeit als universelles Leitbild verstanden wird, welches sich gleichzeitig zumindest auf die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft erstreckt, kann die Weiterentwicklung zu einer Theorie mit umfassendem Erklärungsanspruch nicht als sinnvoll erachtet werden. Die Diskussion über das „Scheitern der großen (Entwicklungs-)Theorien“, die sich weitgehend auf die Dimensionen Ökonomie und Gesellschaft in ‚der‘ Dritten Welt beschränkt haben, macht deutlich, dass eine solche Universaltheorie angesichts der notwendigen Differenzierung nationaler und regionaler Problemlagen zwangsläufig scheitern müsste. Die absehbare Überforderung einer umfassenden Nachhaltigkeitstheorie lässt sich an der wirtschaftlichen Dimension verdeutlichen. Angesichts der Begrenztheit der Ressourcen muss in Zweifel gezogen werden, dass die Managementregeln der Nachhaltigkeit eingehalten werden können, wenn gleichzeitig in allen Volkswirtschaften das Ziel wirtschaftlichen Wachstums beibehalten wird. Die Disziplin Ökonomie hat bislang aber weder den Nachweis der Vereinbarkeit von Nachhaltigkeit und Wachstum erbracht noch eine realistische Alternative zu einer auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaft entwickeln können.<sup>147</sup>

Nachhaltige Entwicklung wird daher in der vorliegenden Arbeit nicht als Theorie verstanden, sondern als ein normatives, teleologisches Konzept, das auf den verschiedenen Ebenen und in

---

<sup>145</sup> So die Überschrift der Einleitung in Thiel (Hrsg.) (1999), 9.

<sup>146</sup> Vgl. Thiel (Hrsg.) (1999), 15-17. Thiel unterscheidet sieben „theoretische Ansätze“ zur Entwicklungstheorie und geht dabei von einer Definition von Ulrich Menzel aus; dazu: Menzel, Ulrich (1993): „40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie“, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), 131-155.

<sup>147</sup> Damit wird nicht in Abrede gestellt, dass es alternative Wirtschaftskonzepte gibt. Doch es ist derzeit nicht erkennbar, dass diese den gegebenen sozio-ökonomischen Bedingungen hinreichend Rechnung tragen, um eine

den unterschiedlichen politischen und sozialen Kontexten eine differenzierte Ausprägung erfahren muss. Dieses Konzept wird zur Erklärung wie zur Strategieformulierung auch weiterhin auf die Theorien unterschiedlicher Disziplinen zurückgreifen müssen.

Der Begriff ‚Konzept‘ bezieht sich in der vorliegenden Arbeit auf die kontextbezogene Operationalisierung von Nachhaltigkeit, während der Begriff ‚Leitbild‘ verwendet wird, wenn allgemein von Nachhaltigkeit im Sinne der Brundtland-Definition gesprochen wird.<sup>148</sup> Damit wird im Folgenden davon ausgegangen, dass es unterschiedlicher Nachhaltigkeitskonzepte bedarf, die sich jedoch nicht widersprechen sollten, sondern in der Ausrichtung auf das Leitbild der Nachhaltigkeit übereinstimmen müssen. Auf eine strenge Unterscheidung der Begriffe ‚Nachhaltigkeit‘ und ‚nachhaltige Entwicklung‘ wird verzichtet; sie werden weitgehend synonym verwandt. Bei der Operationalisierung des Konzepts wird der von der CSD aus der Agenda 21 abgeleitete Ansatz mit vier Dimensionen übernommen. Die Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft/Soziales werden hierbei durch die politisch-institutionelle Dimension der Nachhaltigkeit ergänzt.

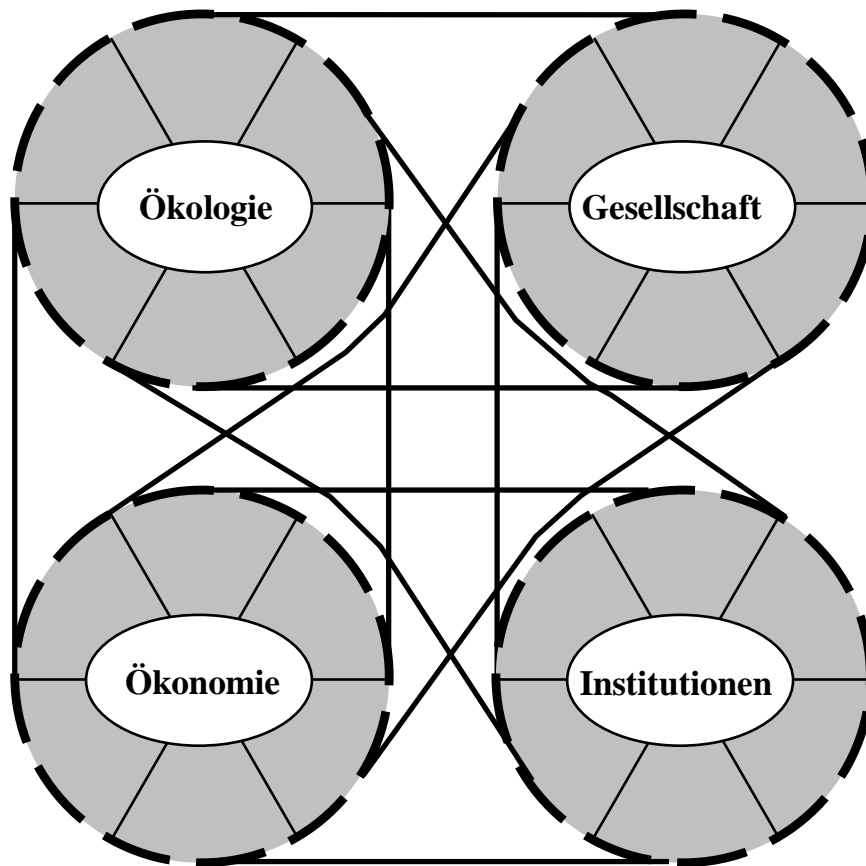
Es handelt sich bei diesen Dimensionen – wie in Abbildung 3 durch die Strichelung der Kreise angedeutet – nicht um geschlossene Systeme, sondern um auf vielfältige Weise miteinander verbundene und sich wechselseitig beeinflussende Teilbereiche der Nachhaltigkeit. Die Ökologie ist zwar – wie in Bezug auf die Nachhaltigkeitspyramide dargestellt – die Grundlage menschlichen Lebens und Wirtschaftens, und Wirtschaft findet nicht außerhalb der Gesellschaft statt. Aus analytischen Gründen ist es jedoch sinnvoll, diese Teilbereiche zu differenzieren. Dass die Schädigung oder gar die Zerstörung der Umwelt massive Auswirkungen auf die ökonomische, soziale und institutionelle Dimension hat, wird in dem hier vorgeschlagenen Modell deutlich. Es ist aber ebenfalls ersichtlich, dass die soziale und die institutionelle Dimension von der Dimension Ökonomie abhängig sind – und umgekehrt.

---

Chance auf eine breitenwirksame Umsetzung zu haben.

<sup>148</sup> Der Bezug zur Brundtland-Definition ist darin begründet, dass diese in der internationalen Nachhaltigkeits-Diskussion weitestgehend als Ausgangspunkt akzeptiert wird und bedeutet ausdrücklich nicht, dass hier die im Brundtland-Bericht vorgenommene Konkretisierung des Leitbildes im Einzelnen übernommen wird.

**Abbildung 3: Die vier Dimensionen der Nachhaltigkeit**



Quelle: eigene Darstellung

Zu den einzelnen Dimensionen werden im nächsten Schritt der Operationalisierung Themenfelder bestimmt, die als wesentliches Element des Nachhaltigkeitskonzepts anzusehen sind. In der Abbildung wird dies durch die Kreissegmente dargestellt. Diese Methode der Operationalisierung wird in der Nachhaltigkeitsforschung angewandt, um ein Analyseraster für die Entwicklung von Indikatoren gewinnen zu können. Ausgangspunkt für die Bestimmung der wesentlichen Themenfelder ist – wie bereits bei der Auswahl der Dimensionen – das Themenraster der CSD, welches für die weitere Untersuchung modifiziert und ergänzt wird.

Bei der Festlegung der Themenfelder wird von der Notwendigkeit einer „starken Nachhaltigkeit“ beziehungsweise einer „kritisch ökologischen Nachhaltigkeit“ ausgegangen. Gegenüber den in Kapitel 2.1.4 dargestellten Varianten wird dabei die Behandlung von Ressourcen und Umweltmedien entsprechend den Managementregeln der Nachhaltigkeit zwar als notwendig, aber nicht als hinreichend angesehen: Das Nachhaltigkeitskonzept muss über das Wechselver-

hältnis von Ökonomie und Ökologie hinausweisen und auch danach fragen, welche Bedingungen in der sozialen und der politisch-institutionellen Dimension erfüllt sein müssen, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verfolgen zu können.

Bei den Prozessen zur Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts wie auch bei deren wissenschaftlicher Analyse geht es in der Regel um geografisch abgrenzbare administrative Einheiten. Dies gilt auch für die Entwicklung und Anwendung von Indikatorensystemen zur nachhaltigen Entwicklung. Im Sinne der vierdimensionalen Betrachtung kann diesbezüglich von einem *Nachhaltigkeitsraum* gesprochen werden; dieser kann zum Beispiel eine Kommune, eine Region oder ein Land umfassen. Wegen der begrifflichen Nähe ist darauf hinzuweisen, dass mit dem Begriff des Nachhaltigkeitsraums in der vorliegenden Arbeit nicht die Weiterentwicklung des Umweltraumkonzepts beabsichtigt wird; diese kann als mögliche Forschungsperspektive allenfalls angedeutet werden.

Der Begriff des Nachhaltigkeitsraums soll demgegenüber hier zunächst nur den vorherrschenden räumlichen Bezug des Nachhaltigkeitskonzepts deutlich machen, was dieses vom globalen Leitbild der Nachhaltigkeit unterscheidet. Zwischen einzelnen Nachhaltigkeitsräumen bestehen horizontale und vertikale Wechselbeziehungen. So wird die Entwicklung in einer Kommune (hier: Nachhaltigkeitsraum A) wesentlich durch die nationale Ebene (Nachhaltigkeitsraum B) beeinflusst. Umgekehrt setzt nachhaltige Entwicklung eines Landes voraus, dass dieses Ziel auch auf lokaler Ebene verfolgt wird (= vertikale Wechselwirkungen).<sup>149</sup> Dieses Beziehungsgeflecht setzt sich von der nationalen auf die globale Ebene fort.

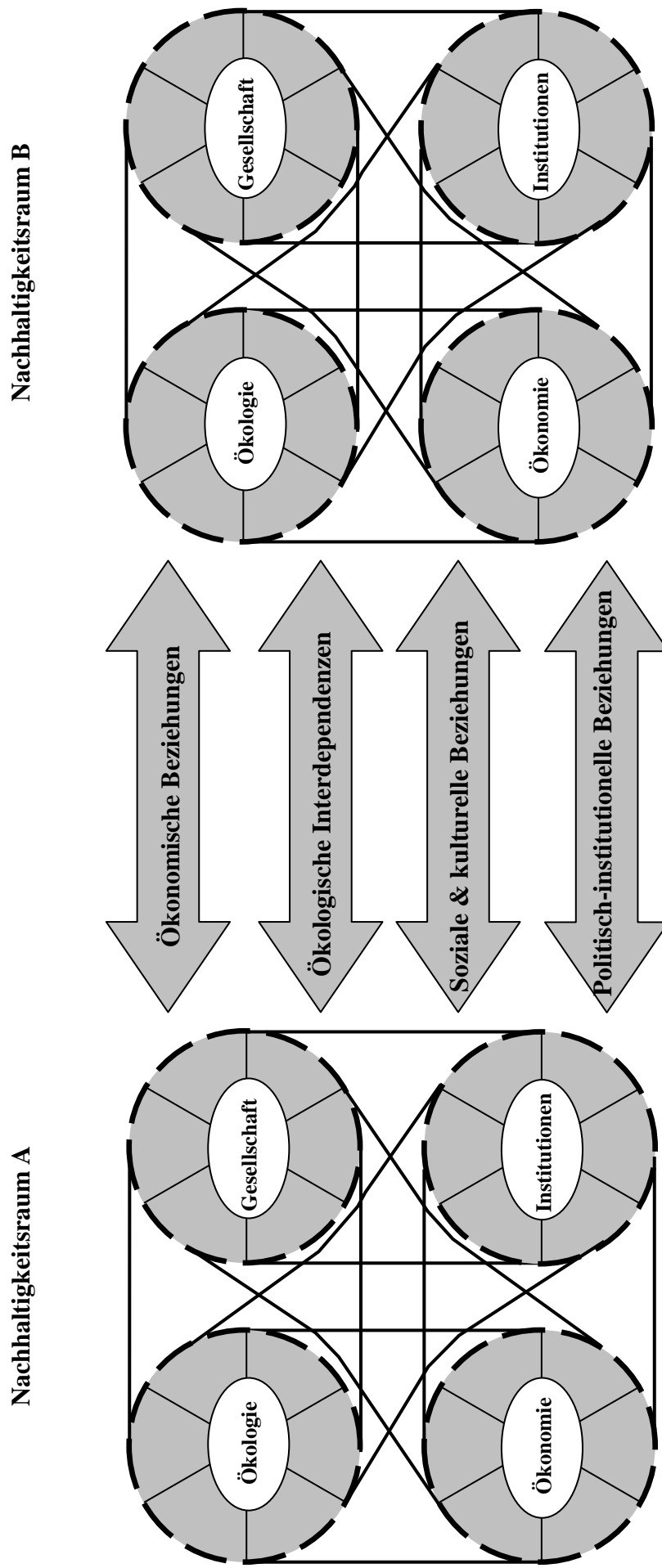
Gleichzeitig besteht eine wechselseitige Beeinflussung zwischen den Einheiten einer Ebene – zwischen den Kommunen einer Region oder zwischen zwei Ländern (= horizontale Wechselwirkungen). Das Verhältnis von zwei Nachhaltigkeitsräumen wird in Abbildung 4 dargestellt.

---

<sup>149</sup> Ein Beispiel ist das Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bundesweit von derzeit ca. 130 ha pro Tag bis 2010 auf 30 ha pro Tag zu verringern. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Kommunen insgesamt entsprechend weniger Siedlungs- und Verkehrsfläche ausweisen. Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen wird wiederum wesentlich von der nationalen Politik beeinflusst; als ein negativer Faktor wird zum Beispiel die so genannte Pendlerpauschale angesehen.

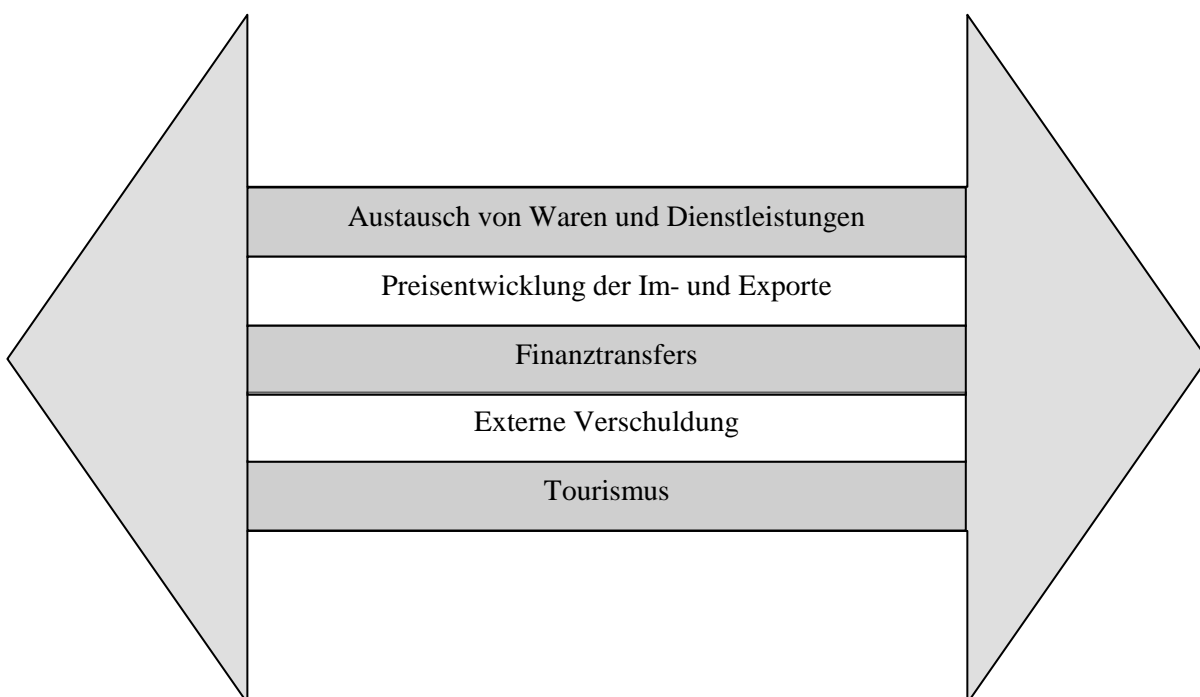


**Abbildung 4: Wechselwirkungen zwischen Nachhaltigkeitsräumen**



Die Indikatorenforschung hat sich bislang auf die Bewertung der Entwicklung innerhalb von Nachhaltigkeitsräumen konzentriert, während in der vorliegenden Arbeit am Beispiel der Beziehungen zwischen Costa Rica und Deutschland untersucht wird, wie die Wechselwirkungen bestimmt und mit Hilfe von Indikatoren überprüft werden können. Dazu wird die Methode zur Operationalisierung von den Nachhaltigkeitsräumen auf die Wechselwirkungen übertragen. In Abbildung 5 wird dies am Beispiel möglicher Themenfelder der ökonomischen Beziehungen illustriert.

**Abbildung 5: Themen der ökonomischen Beziehungen**



Quelle: eigene Darstellung

Zwischen den Themen zur Operationalisierung des Nachhaltigkeitskonzepts innerhalb eines Nachhaltigkeitsraumes und denen für die externen Wechselwirkungen besteht eine weitgehende Übereinstimmung, da sich die beiden Nachhaltigkeitskonzeptionen nicht grundlegend unterscheiden, sondern gegenseitig bedingen. Abweichungen treten dort auf, wo die Themen explizit externe Austauschbeziehungen (wie „Finanztransfers“ von Industrie- an Entwicklungsländer) beziehungsweise interne Handlungsfelder (wie das CSD-Thema „Wohnen“ oder das in kommunalen Agenda-21-Prozessen häufig formulierte Teilziel „Geringe Lärmbelastung“) zum Gegenstand haben.

## 2.3 Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung

### 2.3.1 Die Verhandlungen zur UNCED und der Agenda 21

#### 2.3.1.1 Zentrale Konfliktfelder bei den Verhandlungen zur UNCED

Der Verlauf der Diskussionen um Umwelt- und Entwicklungsfragen seit der Konferenz von Stockholm bestimmte auch die in Rio behandelten Konfliktfelder. Im Zentrum der Kontroversen stand einerseits die Gewichtung der beiden Problemfelder Umwelt und Entwicklung zueinander und andererseits die unterschiedliche Einschätzung der jeweiligen Verantwortung sowohl für die Ursachen als auch für die Lösung der Probleme.<sup>150</sup> Für die Industriestaaten standen globale Umweltschutzmaßnahmen im Vordergrund, die geeignet sind, ökologische Beeinträchtigungen ihres wirtschaftlichen Aktionsrahmens abzuwehren und gleichzeitig die Kosten für die eigene Volkswirtschaft möglichst gering zu halten. Als Kosten sind hierbei sowohl direkte Transferzahlungen zur Finanzierung globaler Umweltschutzmaßnahmen als auch Aufwendungen für interne Anpassungsmaßnahmen zu verstehen. Dagegen ging es den Entwicklungsländern darum, Einschränkungen ihrer eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zu verhindern und diese durch zusätzliche Finanztransfers aus dem Norden zu verbessern. Lothar Brock hat auf die Kluft zwischen dem Anspruch der Rio-Konferenz, Umwelt und Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit als Einheit zu behandeln, und den realen Verhandlungspositionen hingewiesen:

„[I]n der Praxis aber stand die taktische Verknüpfung der beiden Problembereiche im Vordergrund, wobei die Entwicklungsländer von der **Furcht** umgetrieben wurden, die Umweltpolitik der Industrieländer könnte sich gegen ihre Interessen richten, und von der **Hoffnung**, die ‚Umweltkarte‘ auszuspielen zu können, um entwicklungsrelevante Zugeständnisse von Seiten der Industrieländer zu erlangen, wenn nicht sogar die Debatte über eine Neuordnung der Weltwirtschaft wieder zu eröffnen.“<sup>151</sup>

---

<sup>150</sup> Wenngleich die Dritte Welt auch in der Vergangenheit zu keinem Zeitpunkt den monolithischen Block bildete, als der sie vielfach angesehen wurde, traten in den UNCED-Verhandlungen die Auswirkungen der zunehmenden Ausdifferenzierung innerhalb der Entwicklungsländer deutlich zu Tage. Das Ende der bipolaren Weltordnung hatte zudem die Bestrebungen der in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten befördert, in der internationalen Politik eine eigenständigere Rolle einzunehmen, und zugleich die Rolle der Länder in Mittel- und Osteuropa und der GUS entscheidend verändert. Bei vielen Themen bildeten sich Allianzen jenseits der allzu groben Einteilung in Industrie- und Entwicklungsländer. In der vorliegenden Arbeit kann dieser Differenzierung nur in Ansätzen Rechnung getragen werden. Zur Positionsbestimmung von Nord und Süd in der internationalen Umweltpolitik vgl. Wöhlcke, Manfred (1993b): „Umwelt und Entwicklung: Die Nord-Süd-Dimension der ökologischen Frage“, in: Zunker, Albrecht (Hrsg.): *Weltordnung oder Chaos?*, Baden-Baden: Nomos, 434-449.

<sup>151</sup> Brock (1992), 3, [Hervorhebung im Original].

Damit war die Grundkonstellation zunächst ähnlich wie zwanzig Jahre zuvor bei der UNCHE in Stockholm. Im Mittelpunkt der Kontroversen standen in Rio de Janeiro die Bereiche Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt, die in enger Verbindung mit den Fragen der Finanzierung und des Technologietransfers gesehen werden müssen.<sup>152</sup> Sebastian Oberthür bemerkt hierzu:

„Damit sind Hauptpunkte der Nord-Süd-Auseinandersetzung wieder an exponierte Stelle auf der Tagesordnung der internationalen Politik gerückt. Vermittelt durch die Klimaproblematik wird das Nord-Süd-Verhältnis erneut grundlegend thematisiert.“<sup>153</sup>

Am Beispiel des anthropogenen Treibhauseffekts, der durch die Anreicherung von Treibhausgasen – insbesondere von Kohlendioxid – in der Atmosphäre hervorgerufen wird, lassen sich die Grundstrukturen der Verhandlungskonflikte gut nachvollziehen, da durch den direkten Bezug zum Problembereich Energie der Kern der wirtschaftlichen Entwicklung in Nord und Süd betroffen ist.<sup>154</sup> Prinzipiell kommen als Maßnahmen gegen eine Verschärfung des Problems zwei Lösungsansätze in Frage: der Erhalt und Ausbau globaler Kohlendioxid-Senken – die bedeutendsten sind die Weltmeere und die tropischen Regenwälder – sowie die Stabilisierung beziehungsweise Reduzierung des globalen Kohlendioxid-Ausstoßes.

Von Seiten der Entwicklungsländer wurde angeführt, dass die Industrieländer im Zuge ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ihre eigenen Wälder und somit auch die globalen CO<sub>2</sub>-Senken drastisch reduziert haben und zudem seit Jahren bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von rund 25 Prozent etwa 80 Prozent des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Anspruch nehmen und daher die Hauptverantwortlichen der zu erwartenden Klimaveränderungen sind. Sofern Entwicklungsländer auf den Abbau der Regenwälder als eine wichtige nationale Ressource verzichten würden, käme dies primär dem Norden zugute und müsse daher von diesem durch einen entsprechenden Finanztransfer in den Süden ausgeglichen werden. Zudem müssten die Industrieländer durch eine Reduktion ihres CO<sub>2</sub>-Ausstoßes Spielräume für die Entwicklung der Dritten Welt schaffen. Dem „Recht auf Entwicklung“ wurde die besondere Verantwortung der Industrieländer für die aktuelle Situation gegenübergestellt.

Von Seiten der Industrieländer wurde demgegenüber versucht, die besondere Bedeutung der

---

<sup>152</sup> Vgl. Oberthür, Sebastian (1992a): „Die internationale Zusammenarbeit zum Schutz des Weltklimas“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16/92, 9-20, hier 12.

<sup>153</sup> Oberthür (1992a), 13.

<sup>154</sup> Vgl. Stahl, Karin (1992): „Die UN-Konferenz über ‚Umwelt und Entwicklung‘: Neue und alte Verteilungskonflikte zwischen Erster und Dritter Welt“, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.): *Jahrbuch Dritte Welt 1993*. München: Beck, 48-60.

Regenwälder als *globale* CO<sub>2</sub>-Senke und als Ökosystem mit einem einzigartigen Artenreichtum hervorzuheben und als ein *global common* – ein Gemeingut der gesamten Menschheit – zu etablieren, dem die nationale Nutzung durch einzelne Entwicklungsländer unterzuordnen sei. Der Energieverbrauch im Norden sei zudem zu einem erheblichen Teil geographisch bedingt und außerdem gemessen am Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen äußerst effizient. Auf Grund der in den Entwicklungsländern zu erwartenden Zunahme des Energieverbrauchs und der vergleichsweise geringen Effizienz komme Maßnahmen zu einer Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in den Entwicklungsländern eine entscheidende Bedeutung zu. Strittig waren in diesem Zusammenhang nicht nur Art und Umfang der einzusetzenden Mittel, sondern bereits die Bemessungsgrundlage, auf deren Basis über die zu ergreifenden Maßnahmen entschieden werden sollte. Betrachtet man die jeweiligen Anteile einzelner Länder an der weltweiten CO<sub>2</sub>-Freisetzung, so gehören Entwicklungsländer wie Indien und China zu den Hauptverursachern. Gemessen am Pro-Kopf-Ausstoß liegen sie dagegen weit unter dem derzeitigen Durchschnitt.<sup>155</sup>

Die Bereiche Klimaschutz, Artenvielfalt und Schutz der Regenwälder waren zwar die bedeutendsten, jedoch keineswegs die einzigen Konfliktfelder. Kennzeichnend für die Verhandlungen war vielmehr, dass um nahezu jeden der zahlreichen Einzelpunkte gestritten wurde.<sup>156</sup> Da sich bei einigen Bereichen, wie beispielsweise der Armutsbekämpfung, der Bevölkerungsdynamik und der Veränderung der Konsumgewohnheiten in den Industrieländern, bereits in den Vorverhandlungen abzeichnete, dass es hier nur um allgemeine Zielformulierungen und nicht um konkrete Zielsetzungen und Maßnahmen ging, waren die Widerstände in diesen Konfliktbereichen wesentlich geringer. Tendenziell wurden starke Einwände von Seiten der Entwicklungsländer dort vorgebracht, wo sie hinter umweltpolitischen Maßnahmen Instrumente vermuteten, die zu einer Einschränkung ihrer souveränen Entscheidungsbefugnisse führen könnten. Dies umfasste sowohl die Nutzung von Ressourcen und die Gestaltung ihres Wirtschaftssystems als auch die politische und soziale Ordnung und die Wahrung ihrer kulturellen Identität.

---

<sup>155</sup> Zu den Emissionen zum Zeitpunkt der UNCED vgl. die Tabellen 1 und 2 bei Simonis, Udo E. (1992): „Kooperation oder Konfrontation: Chancen einer globalen Klimapolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16/92, 21-32, hier 22 und 23; und die Grafik in: *Der Spiegel*, Nr. 21/1992, 230.

<sup>156</sup> Alle Passagen, über die keine Einigung bei der Vorbereitung der zu verabschiedenden Dokumente erzielt werden konnte, wurden bis zum Eintritt der letzten Verhandlungsphase – dem Eintreffen der Staats- und Regierungschefs – in Klammern gesetzt. Sie wurden dann entweder abgeschwächt oder im Extremfall gestrichen. Diese Praxis des Einklammers und die Tendenz zu weichen Kompromissen wurde dadurch gefördert, dass bei der Verabschiedung das Einstimmigkeitsprinzip galt und damit jeder einzelne Staat konkrete Regelungen durch ein Veto verhindern konnte. Vgl. Koh, Tommy Thong-Bee (1993): „The ‚Earth Summit‘ Negotiating Process: Some Reflection on the Art and Science of Negotiating“, in: Robinson, Nicholas A. (Hrsg.): *Agenda 21 and the UNCED Proceedings*. Band 4, New York, London, Rome, v-xiii.

tät. Strittig waren dabei die Beachtung demokratischer Prinzipien und die Rolle gesellschaftlicher Gruppen, beispielsweise von Nichtregierungsorganisationen (NROs). Ebenfalls umstritten war die stärkere Einbeziehung von Frauen in bevölkerungspolitische Maßnahmen und in den Entwicklungsprozess insgesamt. Demgegenüber weigerten sich die Industrieländer unter Verweis auf die Zuständigkeit des GATT bereits vor Beginn der Verhandlungen kategorisch, eine generelle Debatte über das Weltwirtschaftssystem zu führen und widersetzten sich auch erfolgreich allen Bestrebungen, die Verschuldungsproblematik in die Diskussionen mit einzu beziehen. Somit waren wesentliche Kontroversen des Nord-Süd-Verhältnisses von den UNCED-Verhandlungen ausgeklammert.

### 2.3.1.2 Finanzierung

Die Ursachen für die teilweise scharfen Kontroversen in den einzelnen Problemfeldern entstammten oft nicht einer grundsätzlichen inhaltlichen Divergenz über die zu vereinbarenden Ziele und Maßnahmen, sondern waren häufig auf die zentrale Frage der Finanzierung zurückzuführen. Hinter der ursprünglichen Haltung der Industrieländer, dass sich die Konferenz vor allem mit globalen Umweltproblemen beschäftigen müsse, zu denen alle Staaten – wenn auch in unterschiedlichem Maße – beigetragen hätten, und sich daher auch alle Länder an deren Lösung beteiligen müssten, verbarg sich die Absicht, eine einseitige Finanzierung zu Lasten des Nordens abzuwehren. Die Entwicklungsländer vertraten dagegen auch in Rio den Standpunkt, dass die Industrieländer als Hauptverursacher der Umweltprobleme für deren Beseitigung verantwortlich seien. Unabhängig von dieser ‚Schuldfrage‘ versuchten sie, Umwelt als Verhandlungsmasse einzusetzen, um sich so neue Finanzmittel für die eigene Entwicklung zu erschließen. Die Äußerung von Tan Sri Razali Ismail, dem ständigen Vertreter Malaysias bei den Vereinten Nationen, ist für diese Haltung kennzeichnend:

„Nach der ökologischen Abnutzung des Nordens bleibt nur noch der Süden als Reservoir zur Erneuerung. Das ist unser Verhandlungskapital.“<sup>157</sup>

Gleichzeitig sollte verhindert werden, dass die Industrieländer mit der Entscheidungsmacht über die Vergabe dieser Mittel zusätzlichen Einfluss auf den Süden nehmen könnten. Auf einem vorbereitenden Treffen der Umweltminister aus 53 Ländern der Dritten Welt in Malaysia Ende April 1992 wurde das Volumen für diesen Finanztransfer mit 125 Milliarden Dollar

---

<sup>157</sup> Zitiert nach Dauth, Jürgen (1992): „... dann droht Krieg zwischen arm und reich“; in: *Frankfurter Rundschau* vom 30.4.1992, 3.

jährlich bis zum Jahr 2000 beziffert. Zur Abwicklung dieser Mittel sollte für jede Konvention ein spezieller Fonds gegründet werden. Für die Finanzierung lokaler Umwelt- und Entwicklungsprojekte sollte ein allgemeiner *Green Fund* eingerichtet werden. Diese Fonds sollten unter maßgeblichem Einfluss der Entwicklungsländer verwaltet werden.<sup>158</sup> Die Forderung deckte sich mit den Kalkulationen der Vereinten Nationen: Vom UNCED-Sekretariat wurden die Kosten zur Umsetzung der in der Agenda 21 enthaltenen Umwelt- und Entwicklungsprogramme in den Entwicklungsländern auf 625 Milliarden Dollar jährlich geschätzt. Ein Fünftel davon, also 125 Milliarden Dollar, wurde als zusätzliche Kosten (*incremental costs*) eingestuft.<sup>159</sup>

Als „zusätzliche Kosten“ sind die Aufwendungen für jene Maßnahmen zu verstehen, die über die Weiterführung der bisherigen Umwelt- und Entwicklungsprogramme, also des *business-as-usual*, hinausgehen.<sup>160</sup> Bereits in einem frühen Stadium der Vorverhandlungen konnten die Entwicklungsländer ihre Forderung durchsetzen, dass diese Zusatzkosten von den Industrieländern übernommen werden müssten.<sup>161</sup> In diesem Zusammenhang forderte auch der damalige Direktor des UNEP, M. K. Tolba, die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe von 0,35% auf 0,7% des BSP bis zum Jahr 2000, was in etwa der gleichen Summe entsprach.<sup>162</sup>

Obwohl die Anrechnung der bisherigen Entwicklungshilfe dem eigentlichen Sinn des Prinzips der *incremental costs* widerspricht, bedeutete dies einen zusätzlichen Finanztransfer von Nord nach Süd um 60 bis 70 Mrd. Dollar pro Jahr.<sup>163</sup> Den Schätzungen über die Höhe der zusätzlichen Kosten wurde sowohl von den Industrieländern als auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank widersprochen. Zwar wurde von dieser Seite anerkannt, dass den Entwicklungsländern zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden müssten, diese sollten jedoch nicht in neue ‚Umwelt-Töpfe‘ fließen, sondern in erster Linie über die

---

<sup>158</sup> Vgl. Heister, Johannes; Klepper, Gernot; Stähler, Frank (1992): *Strategien globaler Umweltpolitik. Die UNCED-Konferenz aus ökonomischer Sicht*. Kiel: Institut für Weltwirtschaft, 17. Vgl. auch: *Frankfurter Rundschau* vom 30.4.1992, 9; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.4.1992, 16.

<sup>159</sup> Vgl. Brock (1992), 14.

<sup>160</sup> Vgl. *ibid.*; Heister/Klepper/Stähler (1992), 16-17; Oberthür (1992a), 12.

<sup>161</sup> Vgl. Heister/Klepper/Stähler (1992), 16-17.

<sup>162</sup> Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 30.4.1992, 9. Die Industrieländer hatten bereits auf der Konferenz von Stockholm 1972 den Entwicklungsländern zugesagt, zukünftig 0,7% ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe zu verwenden, ohne jedoch die Erfüllung dieses Ziels mit einem festen Termin zu verknüpfen. Legt man die Summe der bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe aller OECD-Staaten (*Official Development Assistance* – ODA) des Jahres 1992 in Höhe von rund 62 Mrd. Dollar und einem BSP-Anteil von 0,34% zugrunde, wäre bei einer Verdoppelung auf 125 Mrd. Dollar das von den Entwicklungsländern immer wieder eingeforderte 0,7%-Ziel erfüllt gewesen. Vgl. United Nations Development Programme (1994): *Bericht über die menschliche Entwicklung 1994*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., 72.

<sup>163</sup> Vgl. Brock (1992), 14.

*Globale Umweltfazilität* (GEF)<sup>164</sup> abgewickelt werden. Damit behielten die Geberländer weitgehend die Kontrolle über die Vergabe der Finanzmittel.<sup>165</sup> Auf ihrer Frühjahrstagung 1992 gab die Weltbank bekannt, dass sie mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von insgesamt 100 Mrd. Dollar bis zum Jahr 2000 rechne. Diese sollten zu etwa einem Drittel von der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) und zu zwei Dritteln von der GEF verwaltet werden.<sup>166</sup> Bei den Industrieländern war dagegen bereits der Vorschlag, die Mittel für die GEF zu verdreifachen, umstritten. Während die Bundesregierung Ende Mai 1992 einer Verdreifachung des deutschen GEF-Anteils auf 750 Mio. DM unter dem Vorbehalt eines „gerechten Lastenausgleichs“ zustimmte,<sup>167</sup> wollten sich weitere wichtige Geberländer wie die USA und Japan in diesem Punkt bis in die letzte Phase der Verhandlungen hinein nicht festlegen.

### 2.3.1.3 Die Rolle Deutschlands bei der UNCED

Der Bundesrepublik kam bei der UNCED in mehrfacher Hinsicht eine führende und zugleich vermittelnde Rolle zu. Dies traf insbesondere für die letzte Phase der Verhandlungen, dem eigentlichen Gipfel in Rio, zu. Obwohl nach der ursprünglichen Planung die zu verabschiedenden Dokumente zu diesem Zeitpunkt weitgehend fertig gestellt sein sollten, war der Erfolg der Konferenz durch die teilweise unvereinbar scheinenden Positionen ernsthaft gefährdet. Da der für die Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft zuständige Umweltkommissar Carlo Ripa di Meana infolge des internen Streits um die Einführung der Energie-/CO<sub>2</sub>-Steuer nicht an der Konferenz teilnahm, die EG-Delegation somit in gewisser Weise führungslos geworden war, wurde die Führung der Gemeinschaft de facto in weiten Teilen von der deutschen Delegation übernommen.<sup>168</sup> Von Seiten der Entwicklungsländer wurden ebenfalls hohe Erwartungen an den Einfluss Deutschlands auf die übrigen Industrieländer geknüpft.<sup>169</sup> Eben-

---

<sup>164</sup> Die Abkürzung beruht auf der englischen Bezeichnung *Global Environmental Facility*.

<sup>165</sup> Die GEF wurde 1991 auf eine deutsch-französische Initiative hin von der Weltbank in Zusammenarbeit mit UNDP und UNEP gegründet und für ihre Pilotphase bis 1993 mit 1 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) (ca. 2,25 Mrd. DM) ausgestattet. Die ursprüngliche Zielsetzung war die Unterstützung von Umweltschutzmaßnahmen von globalem Interesse in Ländern der Dritten Welt und des ehemaligen Ostblocks. Als Unterorganisation der Weltbank gilt auch hier nicht das Prinzip „ein Land, eine Stimme“, sondern der Einfluss der Länder bemisst sich nach ihrem beigesteuerten Kapitalanteil, ist also auf die Geberländer beschränkt. Vgl. *Finanzierung und Entwicklung* Nr. 1/1991, 24.

<sup>166</sup> Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 30.4.1992, 9.

<sup>167</sup> Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 27.5.1992, 7.

<sup>168</sup> Vgl. Görrissen, Thorsten (1993): *Grenzüberschreitende Umweltprobleme in der internationalen Politik. Durchsetzung ökologischer Interessen unter den Bedingungen komplexer Interdependenz*. Baden-Baden: Nomos, 194.

<sup>169</sup> Vgl. Quenett, Sibylle (1992): „Der Beifall für Mahatiras Rhetorik hielt sich in Grenzen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.4.1992, 6.



so ruhten die Hoffnungen der mittel- und osteuropäischen Länder und der GUS auf einer vermittelnden Rolle der Bundesrepublik.

Deutschland hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, den „Ländern im Übergang“ angesichts ihrer internen Schwierigkeiten eine Sonderrolle einzuräumen und sie für eine Übergangsfrist von umfassenden umwelt- und entwicklungspolitischen Verpflichtungen auszunehmen. Darüber hinaus sollten diese Länder bezüglich der Gewährung internationaler Kredite den Entwicklungsländern gleichgestellt werden. Dadurch hätte Deutschland gleichzeitig das 0,7%-Ziel erreicht, ohne der Dritten Welt zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen zu müssen.<sup>170</sup> Im Gegensatz etwa zu den USA und in Übereinstimmung mit den übrigen Partnern in der Europäischen Gemeinschaft erkannte die Bundesregierung die besondere Verantwortung der Industrieländer sowohl für die globalen Umweltprobleme als auch für die Entwicklungsprobleme der Dritten Welt an.<sup>171</sup> In dem für die Konferenz zentralen Punkt der Kohlendioxid-Problematik setzte die Bundesregierung auf eine Zwei-Phasen-Lösung mit einer Stabilisierung der Emissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 und einer schrittweisen Reduzierung um 25-30% bis 2010, die in Rio verbindlich festgeschrieben werden sollte.<sup>172</sup> Für die Erreichung der in der Agenda 21 formulierten Ziele wurde dem Einsatz ökonomischer Instrumente Vorrang vor dirigistischen Maßnahmen eingeräumt und die Bedeutung der Internalisierung der Kosten in die Marktpreise betont,<sup>173</sup> was auch der allgemeinen Haltung der Europäischen Gemeinschaft entsprach.

---

<sup>170</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.6.1992, 4.

<sup>171</sup> Vgl. Töpfer, Klaus (1992b): „Plädoyer für eine gleichberechtigte Partnerschaft“, in: *Europa-Archiv*, Folge 9/1992, 238-243.

<sup>172</sup> Vgl. op. cit., 242.

<sup>173</sup> Vgl. Töpfer, Klaus (1992a): „Chancen für eine neue Partnerschaft zwischen Norden und Süden“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24.1.1992, 8.

#### 2.3.1.4 Positionen der Entwicklungsländer

Wenn bislang auf Forderungen und Verhandlungspositionen der Entwicklungsländer eingegangen wurde, bezog sich dies auf die von der *Gruppe der 77* formulierte Haltung im UNCED-Prozess. Unter der Führung von Pakistan war es dem Zusammenschluss von nunmehr 128 Staaten gelungen, sich auf gemeinsame Forderungen an die Industrieländer zu einigen. Dazu zählten:

- das Recht auf Entwicklung;
- die Respektierung der Souveränität der Entwicklungsländer;
- die Anerkennung der besonderen Verantwortung des Nordens für die globalen Probleme;
- ein umfassender Finanz- und Technologietransfer in die Dritte Welt;
- die Verwirklichung des 0,7%-Zieles;
- die Einrichtung von durch die Entwicklungsländer zu kontrollierenden *Grünen Fonds* zur Finanzierung der zusätzlichen Kosten.

Die Staaten der Gruppe der 77 teilten die Auffassung, dass ihnen mit den „Ländern im Übergang“ eine direkte Konkurrenz um die knappen finanziellen und technischen Mittel des Nordens erwachsen sei. Darüber hinaus befürchteten sie, dass die Verteilung dieser Mittel zunehmend an Konditionen geknüpft werden könnte, wodurch sich ihre Abhängigkeit vergrößern würde. Sowohl in einzelnen Sachfragen als auch in der einzuschlagenden Strategie führte die Heterogenität der Entwicklungsländer zu einer Vielzahl unterschiedlicher Positionen. Am deutlichsten traten diese Differenzen zwischen den erdölexportierenden Ländern – insbesondere den OPEC-Ländern – und den von einer Klimaerwärmung am stärksten betroffenen Inselstaaten (AOSIS) zu Tage. Während die Erdöl-Länder alles daran setzten, jede Einschränkung des Verbrauchs fossiler Energieträger – sowohl direkt, etwa über die Förderung regenerierbarer Energien, als auch indirekt, durch die Festschreibung von Kohlendioxid-Obergrenzen – zu verhindern und sich dabei auf einer gemeinsamen Linie mit den USA wussten,<sup>174</sup> stand genau dies für die AOSIS-Staaten im Mittelpunkt ihrer Bemühungen.<sup>175</sup>

---

<sup>174</sup> Vgl. Schürmann, Heinz Jürgen (1992): „Tauschgeschäfte mit ökologischer Schadensbegrenzung“, in: *Handelsblatt* vom 5.6.1992, 20.

<sup>175</sup> Vgl. Vorholz, Fritz/Wernicke, Christian (1992): „Diplomatischer Karneval in Rio“, in: *Zeit-Schriften*, Nr. 1/1992, 83-85.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Inselstaaten war ein umfassender Schutz der Ozeane, der nach ihrer Ansicht in den UNCED-Verhandlungen nur unzureichend behandelt wurde.<sup>176</sup>

Mit China bestand auch das bevölkerungsreichste Land der Erde auf einer uneingeschränkten Nutzung fossiler Energieträger. Aus chinesischer Sicht ist der Zugriff auf die reichen Kohlervorräte des Landes ein unverzichtbarer Bestandteil für die Fortsetzung der ökonomischen Expansion. Maßnahmen, die die eingeschlagene Entwicklung behindern könnten, wurden von China daher strikt abgelehnt.<sup>177</sup> Am pointiertesten wurden die Positionen der Entwicklungsländer von Malaysia vertreten, dessen Premierminister Mahathir Mohamad seine Teilnahme am Gipfel lange Zeit offen hielt und zeitweise mit der Abhaltung eines Gegengipfels drohte.<sup>178</sup> Die teilweise scharfen Angriffe gegenüber den Industrieländern waren dabei einerseits vor dem Hintergrund der malaysischen Bemühungen zu sehen, sowohl innerhalb der eigenen Region als auch innerhalb der Gruppe der 77 eine führende Rolle einzunehmen.<sup>179</sup> Diese Haltung konnte zudem als eine offensive Strategie gewertet werden, um so der scharfen Kritik an Tropenholzexporten des Landes zu begegnen. Andere asiatische Staaten, wie etwa Indonesien und Indien, vertraten in der Sache zwar ähnliche Standpunkte, waren in ihrer Strategie aber moderater. Ein Vorschlag des indischen Umweltministers Kamal Nath zielte darauf ab, die Kohlendioxid-Senken der Entwicklungsländer an die Industrieländer auf Zeit zu leasen.<sup>180</sup> Die Entwicklungsländer würden dabei – ähnlich der Zertifikatslösung – gegen Ausgleichszahlungen des Nordens auf die Nutzung ihrer Wälder verzichten. Da hiervon nur Entwicklungsländer mit großen Waldgebieten profitieren würden und die Industrieländer ohnehin nicht zu entsprechenden Zahlungen bereit waren, fand dieser Vorschlag jedoch nur wenig Beachtung. Er kann jedoch als Indiz für Bestrebungen um einen Ausgleich zwischen Nord und Süd gewertet werden, um den sich vor allem auch lateinamerikanische Staaten bemühten.

---

<sup>176</sup> Vgl. den Auszug aus der Rede von Kinza Clodumar M. P., Finanzminister der Republik Nauru, auf der UNCED-Konferenz; in: Engelhardt, Wolfgang/Weinzierl, Hubert (Hrsg.) (1993): *Der Erdgipfel. Perspektiven für die Zeit nach Rio*. Bonn: Economica, 42-45.

<sup>177</sup> Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 21/1992. 224-244; hier: 232-235.

<sup>178</sup> „Wenn es darauf hinausläuft, dass der Norden in Rio über den Süden zu Gericht sitzt, dann hat es keinen Zweck, dass wir nach Rio gehen.“ Zitiert nach: Dauth (1992). Zur Ambivalenz der malaysischen Situation vgl. Kostede, Norbert (1992): „Die Krallen des kleinen Tigers“, in: *ZEIT-Schriften* Nr. 1/1992, 31-32. Norbert Kostede verweist dort auf die „merkwürdige Negativ-Koalition“, die sich trotz der scheinbar völlig unterschiedlichen Interessen zwischen den USA und Malaysia gebildet hatte.

<sup>179</sup> Vgl. Görrissen (1993), 196. Parallele Verhaltensmuster mit dem Ziel der Beschneidung westlicher Einflüsse und regionaler Führung, zeigen sich auch bei der malaysischen Initiative für eine Ostasiatische Wirtschaftsgruppe (EAEG). Vgl. Gutiérrez, Hernán/Wilhelmy von Wolff, Manfred (1993): „Die Außenbeziehung der ASEAN und Lateinamerikas nach dem Ende des Kalten Krieges“, in: Mols, Manfred/Wilhelmy von Wolff, Manfred/Gutiérrez, Hernán (Hrsg.): *Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich*. Münster, Hamburg: Lit, 437-496.

<sup>180</sup> Vgl. Quenett (1992).

Für die lateinamerikanischen Staaten lässt sich insgesamt feststellen, dass diese mehrheitlich kein Interesse an einer tief greifenden Konfrontation mit den Industrieländern – insbesondere mit den USA – hatten.<sup>181</sup> Hierzu hat sicherlich beigetragen, dass mit Brasilien als Gastgeber das größte Land des Subkontinents ein primäres Interesse an einem erfolgreichen Abschluss der UNCED hatte und daher besonders in der Endphase eine eher kompromissorientierte Haltung einnahm. Die Situation Brasiliens wurde jedoch entscheidend geprägt von der Diskussion um den Erhalt des Regenwaldes, dessen derzeitige ‚Nutzung‘ in zweifacher Weise zu einer Destabilisierung des Weltklimas beiträgt. Die umfangreichen Brandrodungen beeinträchtigen den brasilianischen Regenwald erheblich in seiner Funktion als eine der weltweit wichtigsten Kohlendioxid-Senken und setzen gleichzeitig enorme CO<sub>2</sub>-Mengen in die Atmosphäre frei. Im Verbund mit den übrigen Amazonas-Staaten waren die Bemühungen Brasiliens daher einerseits darauf gerichtet, die Kritik an dieser Praxis vornehmlich durch eine Schuldzuweisung an den Norden unter Verweis auf dessen *deuda ecológica*<sup>182</sup> zu begegnen und gleichzeitig eine Einschränkung der souveränen Nutzungsmöglichkeiten, die sich aus der Einstufung der Regenwälder als Gemeingüter der Erde ergeben würde, abzuwehren. In einer Erklärung der Amazonas-Staaten heißt es hierzu:

„[...] los países desarrollados no tienen autoridad moral para exigir controles, pues son los mayores responsables del deterioro ambiental“.<sup>183</sup>

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des *Dokumentes von Canela*<sup>184</sup> haben die Vertreter Argentiniens, Uruguays und Chiles dagegen betont, dass es darauf ankomme, eine „positive Haltung“ einzunehmen und „jeden Konflikt zu vermeiden“.<sup>185</sup> In dem Dokument wird darauf hingewiesen, dass die Entwicklungsländer zwar auf „neue und kontinuierliche Finanzmittel und auf ökologisch orientierten Technologietransfer zu Vorzugsbedingungen angewiesen“<sup>186</sup> seien, dass sich dies aber an den unterschiedlichen Fähigkeiten von Industrie- und

---

<sup>181</sup> Vgl. Görrissen (1993), 198.

<sup>182</sup> Der Begriff *deuda ecológica* (wörtlich: ökologische Schuld) verweist aus lateinamerikanischer Sicht auf die primäre Verantwortung des Nordens für die globalen Umweltprobleme; den finanziellen Schulden der Entwicklungsländer werden dabei die ökologischen Schulden der Industrieländer entgegengestellt.

<sup>183</sup> Zitiert nach: *Semana*, Bogotá, vom 18.2.1992, 3. Die Erklärung wurde auf einem vorbereitenden Treffen der Präsidenten der sechs Amazonas-Staaten Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Guyana, Bolivien und Surinam und von Ministern aus Peru und Venezuela in Mangos, Brasilien, Mitte Februar 1992 abgegeben. Vgl. *Semana*, Bogotá vom 18.2.1992, 3.

<sup>184</sup> Verabschiedet wurde das Dokument auf einem vorbereitenden Treffen der Präsidenten von Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay sowie des Außenministers von Chile. Vgl. *Deutsche Welle Monitor-Dienst Lateinamerika*, Nr. 38, vom 24.2.1992, dort nach: *Latin* (span.): „Gegenseitige Schuldzuweisungen unergiebig“.

<sup>185</sup> „El criterio de la Argentina, Uruguay y Chile, [...], sostenía que había que plantear una ‚actitud positiva‘, y evitar todo matiz de conflicto.“ Zitiert nach: *Clarín*, Buenos Aires, vom 21.2.1992, 16. Bereits der Titel des Artikels („Menem firmó después de bajar el tono“) unterstreicht die moderate Einstellung Argentiniens.

<sup>186</sup> Zitiert nach: *Deutsche Welle Monitor-Dienst Lateinamerika*, Nr. 38, vom 24.2.1992, dort nach: *Latin* (span.):

Entwicklungsländern orientieren müsse.<sup>187</sup> Wenngleich die Amazonas-Staaten und insbesondere Brasilien, das auch in Canela seine Sonderstellung betonte, hinsichtlich der tropischen Regenwälder nachdrücklich und kompromisslos auf ihrem souveränen Entscheidungsrecht beharrten, lässt sich insgesamt für die hier betrachteten, ökonomisch und politisch bedeutenden lateinamerikanischen Staaten eine primär kooperative Haltung im UNCED-Prozess feststellen.

Mit dem Versuch, die Ausbreitung der Wüsten – neben Klima, Artenvielfalt und Wäldern – in einer eigenen Konvention zu behandeln und so die Diskussion um einen für viele Länder Afrikas zunehmend bedrohlicher werdenden Problembereich zu erweitern, konnten sich die afrikanischen Staaten nicht durchsetzen.<sup>188</sup> Die Möglichkeiten Afrikas, spezifische Probleme in die internationale Diskussion einzubringen, waren bei der UNCED sowohl im Verhältnis zu den Industrieländern als auch innerhalb der Dritten Welt gering.

### 2.3.2 Die Agenda 21

Die Agenda 21 ist bis heute die thematisch umfassendste Übereinkunft der internationalen Staatengemeinschaft über Inhalte und Ziele einer nachhaltigen Entwicklung.<sup>189</sup> Das „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“, so der Untertitel, ist im Gegensatz zu den in Rio verabschiedeten Konventionen zum Klimaschutz und zur biologischen Vielfalt völkerrechtlich nicht bindend, sondern eine Absichtserklärung der an der Konferenz teilnehmenden Staaten zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Das knapp 300 Seiten umfassende Dokument enthält 40 Kapitel, in denen wesentliche Teilbereiche der Problemfelder Umwelt und Entwicklung nach einem einheitlichen Schema behandelt werden. Die Agenda 21 gliedert sich, neben der in Kapitel 1 formulierten Präambel, in vier Teile.

Teil I hat „Soziale und wirtschaftliche Dimensionen“ (Kapitel 2 bis 8) zum Inhalt und beschäftigt sich mit jenen Bereichen, die als übergeordnete Problemfelder charakterisiert werden

---

„Gegenseitige Schuldzuweisungen unergiebig“.

<sup>187</sup> „[...] ‘el esfuerzo que deben realizar los países en desarrollo requiere el aporte de fondos nuevos, adicionales, continuos y en condiciones especialmente favorables, y la transferencia de tecnologías ambientales idóneas en los términos más favorables, de acuerdo con las distintas capacidades de las naciones desalloradas y en desarrollo’.“ Zitiert nach: *Clarín*, Buenos Aires, vom 21.2.1992, 16.

<sup>188</sup> Vgl. Gliese, Jürgen (1995): „Welttag zur Bekämpfung der Wüstenbildung“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 11/1995, 15-16.

<sup>189</sup> Die Angaben zur Agenda 21 beziehen sich in der vorliegenden Arbeit auf die deutsche Übersetzung: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992a): *Agenda 21*. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, Dokumente. Bonn: BMU.

können. Mit den Bereichen „Armut“ (Kapitel 3), „Bevölkerungsdynamik“ (Kapitel 5), „Gesundheit“ (Kapitel 6) und „Siedlungsentwicklung“ (Kapitel 7) werden jene Aspekte angesprochen, die bislang als klassische Probleme der Entwicklungsländer diskutiert wurden. Demgegenüber ist die geforderte „Veränderung der Konsumgewohnheiten“ (Kapitel 4) als eine Subsumierung der sich aus der Überentwicklung des Nordens ergebenden Probleme zu begreifen. Die Kapitel 2 und 8 heben sich hiervon in gewisser Weise ab, da mit den Themen „Internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern und damit verbundene nationale Politiken“ (Kapitel 2) und „Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen in die Entscheidungsfindung“ (Kapitel 8) bereits Lösungsmöglichkeiten problematisiert werden.

Teil II beinhaltet unter der Überschrift „Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung“ (Kapitel 9-22) Themen der ökologischen Dimension von Nachhaltigkeit. Behandelt werden der Schutz der Erdatmosphäre (Kapitel 9), die Bewirtschaftung der Bodenressourcen (Kapitel 10), die Bekämpfung der Entwaldung (Kapitel 11), die Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme (Kapitel 12 und 13), die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung (Kapitel 14), die biologische Vielfalt und Biotechnologie (Kapitel 15 und 16), der Schutz der Meere und der Süßwasserressourcen (Kapitel 17 und 18), toxische Chemikalien (Kapitel 19) sowie der Umgang mit Abfällen (Kapitel 20-22).

Ähnlich umfassend und vielschichtig sind auch die in Teil III zur „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ behandelten Akteure, wobei der Begriff ‚Gruppen‘ in einer sehr weiten Interpretation zu verstehen ist. Neben Kapiteln über Frauen (Kapitel 24) sowie Kinder und Jugendliche (Kapitel 25), deren Rolle im Entwicklungsprozess auch Gegenstand einer eigenen Weltkonferenz war, werden folgende Akteursgruppen berücksichtigt: indigene Bevölkerungsgruppen (Kapitel 26), nichtstaatliche Organisationen (Kapitel 27), Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften (Kapitel 29), die Privatwirtschaft (Kapitel 30), Wissenschaft und Technik (Kapitel 31) sowie Bauern (Kapitel 32). Mit Kapitel 28 werden darüber hinaus „Initiativen der Kommunen zur Umsetzung der Agenda 21“ beschrieben und eingefordert. Die Einordnung der Kommunen als unterste staatliche Ebene in diesen dritten Teil als ‚Gruppe‘ wird ihrer eigentlichen Rolle im Umsetzungsprozess nicht gerecht. Daher werden die Kommunen in den meisten Kapiteln der Agenda 21 bei der Beschreibung der notwendigen Maßnahmen neben der nationalen und der internationalen Ebene einbezogen. Im Rahmen dieses Mehrebenenkonzepts zur Umsetzung des Aktionsprogramms hat sich die „Lokale Agenda 21“

zu einem der erfolgreichsten Ansätze des Rio-Prozesses entwickelt. Die Kommunen haben sowohl im Hinblick auf die Ausarbeitung und Umsetzung lokaler Aktionsprogramme als auch hinsichtlich der Entwicklung von Indikatorensystemen zur Nachhaltigkeit in vielen Ländern eine Vorreiterrolle übernommen.<sup>190</sup>

Ein weiteres Kennzeichen der UNCED und auch der nachfolgenden Weltkonferenzen ist die in Kapitel III der Agenda 21 geforderte Partizipation nichttraditioneller Akteursgruppen. Vor allem nationale und internationale NROs waren bereits bei der Vorbereitung und der Durchführung der Konferenzen beteiligt und haben den Umsetzungsprozess kritisch begleitet.<sup>191</sup>

Die in Teil IV dargestellten „Möglichkeiten der Umsetzung“ sind im Wesentlichen als eine Zusammenfassung und Konkretisierung der in den vorangegangenen Kapiteln der Agenda 21 angesprochenen Aspekte zu verstehen. Herausragende Punkte sind hierbei vor allem die Fragen der Finanzierung und der institutionellen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Zur thematischen und konzeptionellen Weiterentwicklung der Agenda 21 wird in deren Kapitel 38 die Bildung einer Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) gemäß Artikel 68 der Charta der Vereinten Nationen empfohlen. Die CSD wurde noch 1992 auf Beschluss der UN-Generalversammlung als funktionale Kommission des Wirtschafts- und Sozialrats (ECO-SOC) der Vereinten Nationen eingerichtet.<sup>192</sup> Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte war in den ersten Jahren die in Kapitel 40 der Agenda 21 geforderte Entwicklung eines Indikatorensystems zur nachhaltigen Entwicklung. Dabei wurden von der CSD zunächst die in der Agenda 21 behandelten Themen als Grundlage für die Ableitung von Teilzielen für die Entwicklung eines Indikatorensystems übernommen. Darauf und auf die Inhalte der einzelnen Agenda-Kapitel wird bei der Auswertung des CSD-Indikatorensystems in Kapitel 3.3.2 näher eingegangen.

---

<sup>190</sup> Dieser Aspekt wird ausführlicher dargestellt in: Wilhelmy (2000); zur Rolle der Kommunen vgl. auch: International Council for Local Environmental Initiatives (Hrsg.) (1997): *Local Agenda 21 Survey. A Study of Responses by Local Authorities and Their National and International Associations to Agenda 21*. ICLEI: Toronto; International Council for Local Environmental Initiatives, Europasekretariat (Hrsg.) (2000): *Lokale Agenda 21*, unveröffentlichte Evaluation. ICLEI: Freiburg; zu kommunalen Indikatorensystemen siehe Kapitel 3.3 der vorliegenden Arbeit.

<sup>191</sup> Vgl. Fues, Thomas/Hamm, Brigitte I. (2001): „Die Weltkonferenzen und ihre Folgeprozesse: Umsetzung in die deutsche Politik“, in: dies. (Hrsg.) (2001): *Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance*. Bonn: Dietz, 44-125.

<sup>192</sup> Zu den Arbeitsschwerpunkten seit 1993 und den Planungen der CSD bis 2017 vgl. Kempmann, Lena (2004): „Die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) – Rückblick und Vorausblick“, in: Altner, Günter u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2005*. München: Beck, 170-177.

### 2.3.3 Weitere Ergebnisse der UNCED: Rio-Deklaration, Klimakonvention, Konvention über die Biologische Vielfalt und Walderklärung

#### 2.3.3.1 Rio-Deklaration

Die *Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung*<sup>193</sup>, die so genannte Rio-Deklaration, war ursprünglich als visionäre *Erdcharta* geplant, die sich mit dem grundlegenden Verhältnis zwischen Mensch und Natur befassen sollte.<sup>194</sup> Auf der letzten UNCED-Vorbereitungskonferenz einigte man sich auf die Umbenennung in *Erklärung von Rio*, womit eine inhaltliche Verschiebung hin zur Forderung nach einem ausgewogenen Nord-Süd-Verhältnis verbunden war.<sup>195</sup> Die Rio-Deklaration knüpft mit den in 27 Grundsätzen formulierten Rechten und Prinzipien der Staaten an die *Erklärung von Stockholm*<sup>196</sup> an und bezieht eine Reihe „traditioneller Elemente“ mit ein.<sup>197</sup> Als wichtigstes Element ist das *Recht auf Entwicklung* (Grundsatz 3) anzusehen, das so erfüllt werden muss, „dass den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird“<sup>198</sup>. Entsprechend der engen Anlehnung dieses dritten Grundsatzes an die Definition des Brundtland-Berichts könnte auch von einem „Recht auf nachhaltige Entwicklung“ gesprochen werden. Der Schutz der Umwelt wird als integraler Bestandteil des Entwicklungsprozesses gesehen und die Bekämpfung der Armut zur Bedingung einer nachhaltigen Entwicklung erhoben (Grundsatz 5).<sup>199</sup> Insgesamt werden in der Rio-Deklaration weitgehend die gleichen Problemfelder behandelt wie in der Agenda 21, wobei diese 27 Prinzipien in der Rio-Deklaration erstmals als allgemeine Rechte und Pflichten anerkannt werden.<sup>200</sup>

---

<sup>193</sup> Die deutsche Übersetzung der Rio-Deklaration ist abgedruckt in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992b): *Klimakonvention, Konvention über die Biologische Vielfalt, Rio-Deklaration, Walderklärung*. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, Dokumente. Bonn: BMU. (1992), 45-47.

<sup>194</sup> Vgl. Nachtigäller, Jutta (1992): „Umwelt und Entwicklung. Die Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro, 3.-14. Juni 1992“, in: *Nord-Süd aktuell*, 2. Quartal 1992, 337-344.

<sup>195</sup> Vgl. op. cit., 338. Im Nachgang zur UNCED wurde eine zivilgesellschaftliche Initiative für eine Erd-Charta gestartet. Vgl. Earth Council (Hrsg.) (2000): *The Earth-Charter. Final Version*, 24.3.2000. San José: Earth Council, im Internet: <http://www.earthcharter.org/files/resources/Earth%20Charter%20%20Brochure%20ENG.pdf>; Stand: 26.5.2004. Das Ziel, diese beim WSSD in Johannesburg 2002 zu verabschieden, wurde nicht erreicht; vgl. Earth Council (Hrsg.) (2002): *The Earth Charter at the Johannesburg Summit*. Im Internet unter: [http://www.earthcharter.org/news/index.cfm?id\\_activity=458&actual=2002](http://www.earthcharter.org/news/index.cfm?id_activity=458&actual=2002), Stand: 26.05.2004.

<sup>196</sup> So wurde etwa der Grundsatz 21 der Stockholm-Erklärung, in dem das souveräne Recht der Staaten auf die Nutzung der eigenen Ressourcen betont wird, nahezu wörtlich in den Grundsatz 2 der Rio-Erklärung übernommen. Vgl. United Nations Conference on the Human Environment (1972), D447 und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992b), 45.

<sup>197</sup> Vgl. Gündling, Lothar (1992): „UNCED und die Entwicklung des Umweltvölkerrechts“, in: *Europa-Archiv*, Folge 9/1992, 251-256, hier 253.

<sup>198</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992b), 45.

<sup>199</sup> Vgl. Brock (1992), 12.

<sup>200</sup> Vgl. Nachtigäller (1992), 338.



### 2.3.3.2 Klimakonvention

Wie bereits in den Betrachtungen zu den UNCED-(Vor-)Verhandlungen können auch die in dem „Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“<sup>201</sup> vereinbarten Regelungen als eine Art Fokus für die gesamte Ergebnisanalyse der UNCED angesehen werden. Auf Grund der unterschiedlichen Interessen der Staaten und des Widerstands der USA kam es weder zur Festschreibung eines Zeitplanes zur Stabilisierung des Kohlendioxid-Ausstoßes noch zur Festlegung einer konkreten Obergrenze für diese Emissionen. Stattdessen sollen nach Artikel 2 die „Treibhausgaskonzentrationen“, zu denen vor allem Kohlendioxid zählt, in der „Atmosphäre auf einem Niveau“ stabilisiert werden, „auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird.“ Der Zeitraum zur Erreichung dieses Niveaus soll so gewählt werden, dass sich die „Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, [...] und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann“<sup>202</sup>. Zwar verpflichteten sich die Industrieländer in Artikel 4, die Treibhausgase „auf das Niveau von 1990 zurückzuführen“ (Artikel 4, Absatz 2b), doch war auch damit kein fester Zeitplan verbunden. Demgegenüber hatte die Europäische Gemeinschaft, unterstützt von Japan, in einer Zusatzerklärung ihre Absicht bekräftigt, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren.<sup>203</sup> Die Industrieländer verpflichteten sich außerdem, die Entwicklungsländer bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen, auch finanziell, zu unterstützen und den von den Auswirkungen einer Klimaänderung besonders betroffenen Ländern bei erforderlichen Anpassungsmaßnahmen zu helfen. Die Entwicklungsländer wiederum sollten ihre Leistungen von der finanziellen und technologischen Unterstützung durch die Industrieländer abhängig machen können. Diese wurde jedoch ihrerseits an einen „angemessenen Lastenausgleich“ (Artikel 4, Absatz 3) innerhalb der Industriestaaten gebunden. Mit der Forderung nach einem neuen Finanzierungstopf konnten sich die Entwicklungsländer nicht durchsetzen. Da eine Einigung über eine endgültige Regelung nicht erzielt werden konnte, wurden die Aufgaben „vorläufig“ der Globalen Umweltfazilität übertragen.

Die Überwachung des Übereinkommens obliegt der Konferenz der Vertragsstaaten, die in regelmäßigen Abständen die Einhaltung der Konvention überprüfen und für eine Weiterent-

---

<sup>201</sup> Die deutsche Übersetzung der Klimakonvention ist abgedruckt in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992b), 9-23.

<sup>202</sup> Ibid., 11.

<sup>203</sup> Eine ausführliche Analyse der unterschiedlichen Verhandlungspositionen und -strategien sowie über den Grad der Ergebnisbeeinflussung durch einzelne Akteure (insbesondere USA und EG) findet sich bei: Görrissen (1993).

wicklung der inhaltlichen und finanziellen Regelungen sorgen soll. Eine Festlegung eines Zeitplans mit konkreten Reduktionszielen konnte erst zehn Jahre später im Rahmen des Kyoto-Prozesses erreicht werden, aus dem die USA jedoch im März 2001 ausgestiegen sind.<sup>204</sup> Nachdem Russland Ende 2004 seinen Widerstand aufgegeben hatte, trat das Kyoto-Protokoll am 16. Februar 2005 in Kraft.

#### 2.3.3.3 Konvention über die Biologische Vielfalt

Die in Rio getroffenen Regelungen zum Erhalt der Artenvielfalt zeigen in eindrücklicher Weise den für den UNCED-Prozess vielfach als charakteristisch bezeichneten Handel von „Umweltpotenzial“ des Südens gegen „finanzielle und technologische Mittel“ des Nordens.<sup>205</sup> Die Konvention sichert den Industrieländern den Zugang zu den biologischen Ressourcen der Entwicklungsländer. Grundlage hierfür ist die Anerkennung der „souveränen Rechte“ der Staaten der Dritten Welt, über die Nutzung ihrer Ressourcen frei zu entscheiden (Artikel 15, Absatz 1).<sup>206</sup> Der Zugang zu genetischen Ressourcen soll zwischen den jeweils betroffenen Staaten „einvernehmlich“ geregelt (Artikel 15, Absatz 2) und die sich aus der Nutzung ergebenden Vorteile „ausgewogen und gerecht“ verteilt werden (Artikel 15, Absatz 7). Im Gegenzug erhalten die Entwicklungsländer, unter Berücksichtigung der Rechte des geistigen Eigentums, Zugang zu entsprechenden Technologien (Artikel 16) und „neue und zusätzliche“ finanzielle Mittel zur Deckung der mit der Umsetzung der Konvention verbundenen „Mehrkosten“ (Artikel 20).<sup>207</sup> Die Abwicklung der finanziellen Regelungen wurde auch bei dieser Konvention vorläufig der Globalen Umweltfazilität übertragen. Da die USA ihre Interessen insbesondere bezüglich des Schutzes der Rechte des geistigen Eigentums nicht hinreichend berücksichtigt sahen, haben sie die Konvention in Rio nicht unterschrieben.<sup>208</sup>

---

<sup>204</sup> Vgl. Diefenbacher, Hans (2001b): „Globale Einsichten und nationale Interessen – Klimaschutz nach der Konferenz von Den Haag“, in: Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno/Ratsch, Ulrich (Hrsg.): *Friedensgutachten 2001*. Münster: Lit., 115-123.

<sup>205</sup> Die deutsche Übersetzung der Konvention über die biologische Vielfalt ist abgedruckt in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992b), 27-42.

<sup>206</sup> Die Betonung des souveränen Rechts aller Staaten, über die Nutzung ihrer Ressourcen zu entscheiden, wird bereits durch den in Artikel 3 formulierten Grundsatz unterstrichen und kann als wichtiger Verhandlungserfolg der Entwicklungsländer gewertet werden; vgl. op. cit., 29. Dieser Artikel 3 ist fast identisch mit dem Grundsatz 2 der Rio-Deklaration und Grundsatz 21 der Stockholm-Erklärung.

<sup>207</sup> Zum Prinzip eines gerechten Vorteilsausgleichs in der Konvention und zum Beispiel von INBio in Costa Rica vgl.: Frein, Michael/Meyer, Hartmut (2001): *Wem gehört die biologische Vielfalt? – Das „grüne Gold“ im Nord-Süd-Konflikt*; Diskussionspapier. Bonn: EED.

#### 2.3.3.4 Walderklärung

Bereits der offizielle Titel der so genannten Walderklärung vermittelt einen Eindruck von der geringen Relevanz dieses Dokumentes: „Nicht rechtsverbindliche, maßgebliche Darlegung von Grundsätzen eines weltweiten Konsenses über die Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltige Entwicklung aller Waldarten“<sup>209</sup>. In Übereinstimmung mit den übrigen in Rio verabschiedeten Dokumenten wird auch hier das souveräne Recht zur Nutzung der eigenen Ressourcen betont und zusätzlich in einem weiteren Grundsatz für die Nutzung der Wälder konkretisiert. Darin eingeschlossen ist das Recht der Länder, Waldgebiete in andere Nutzungsarten umzuwandeln. Die Verhinderung jeglicher Nutzungseinschränkungen und die Einbeziehung aller Waldarten kann als Verhandlungserfolg der walddreichen Entwicklungsländer angesehen werden, die einen Verlust ihrer Souveränität über ihre Wälder fürchteten.<sup>210</sup> Dies hat aber gleichzeitig dazu beigetragen, dass es nicht zum Abschluss einer verbindlichen Konvention kam. Die Walderklärung erschöpft sich in der Propagierung einer nachhaltigen Nutzung der Wälder, die im Einklang mit allgemeinen Umwelt- und Entwicklungszielen und unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung erfolgen soll. Erst im Oktober 2001 wurde vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen die Einrichtung des UN *Forum on Forests* (UNFF) als zentrales Koordinationsgremium für die internationalen waldbezogenen Aktivitäten beschlossen. Einen Monat später tagte in Bonn auf Initiative Deutschlands und sieben weiterer Staaten eine internationale Forstkonzferenz, die das Arbeitsprogramm für das UNFF verabschiedete und damit die Weichen für einen späteren Abschluss einer Waldkonvention stellte.<sup>211</sup>

---

<sup>208</sup> Vgl. Nachtigäller (1992), 339; Brock (1992), 12.

<sup>209</sup> Vgl. die deutsche Übersetzung der „Walderklärung“ in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992b), 51-54.

<sup>210</sup> Schmitz, Angela/Stephan, Petra (1996): „Die Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992“, in: Messner/Nuscheler (Hrsg.) (1996), 175-185, hier 182.

<sup>211</sup> Vgl. *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 42, Nr. 1/2001, 6.

## 2.4 Von Rio nach Johannesburg: Weltkonferenzen und Entwicklungsziele

### 2.4.1 Die übrigen Weltkonferenzen der 1990er Jahre

Die UNCED bildete 1992 den Höhepunkt einer Serie von Weltkonferenzen<sup>212</sup>, die jeweils Teilbereiche einer global nachhaltigen Entwicklung zum Gegenstand hatten und die nachfolgend im Überblick kurz skizziert werden sollen. Die zentralen Ergebnisse werden in Tabelle 1 zusammengefasst.

Dem Rio-Gipfel war 1990 der *Weltgipfel für Kinder* vorangegangen. Als Ergebnis dieser ersten Weltkonferenz der 1990er Jahre wurde die „Weltdeklaration zum Überleben, zum Schutz und zur Entwicklung von Kindern“ verabschiedet, die über 20 Zielvorgaben enthielt. Die Ziele waren präziser gefasst als in späteren Dokumenten und sollten bis zum Jahr 2000, teilweise schon bis 1995 erreicht werden.<sup>213</sup> Die Zwischenbilanz der UNICEF für das Jahr 1995 fiel überwiegend positiv aus: „Wenn die Bemühungen in gleichem Maße fortgesetzt werden, sind die Zielvorgaben für 1995 meist relativ leicht zu erreichen.“<sup>214</sup> UNICEF wies zugleich darauf hin, dass es sich nur um Etappenziele handelt und die erzielten Fortschritte regional sehr unterschiedlich ausfallen.<sup>215</sup> Einige der Zielvorgaben wurden auf den Konferenzen in Kairo, Kopenhagen und Peking wieder aufgegriffen. Dass ein Teil der Ziele – etwa die Reduzierung der Müttersterblichkeit und die Erhöhung der Primarschulbildung – in ambitionierterer Fassung in die Millenniumsentwicklungsziele für 2015 Eingang gefunden hat, verdeutlicht den noch immer hohen Handlungsbedarf in diesen Bereichen.<sup>216</sup>

Auf der zweiten *Weltkonferenz über Menschenrechte* (WKMR), die im Juni 1993 in Wien stattfand, sollte 25 Jahre nach der ersten WKMR in Teheran und 45 Jahre nach der Annahme der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* eine Bilanz des Schutzes Menschenrechte seit 1948 gezogen und Impulse für dessen Weiterentwicklung gegeben werden.<sup>217</sup> Kennzeich-

---

<sup>212</sup> Die UN unterscheidet zwischen *world conferences* und *major conferences*. Letztere fanden zum Beispiel im Jahr 1994 zur nachhaltigen Entwicklung kleiner Inselstaaten und zu Naturkatastrophen statt; sie werden hier aber nicht behandelt. Zu den Ergebnissen der *major conferences* – darunter UNCTAD IX – vgl. United Nations (1997): *The World Conferences. Developing priorities for the 21<sup>st</sup> Century*. UN Briefing Papers, New York: UN Department of Public Information, 79-98.

<sup>213</sup> Vgl. den Abschnitt „Soziale Zielvorgaben: 1995 und 2000“ in: Deutsches Komitee für UNICEF (Hrsg.) (1995b): *Zur Situation der Kinder in der Welt 1996*. Frankfurt am Main: Fischer, 96-97.

<sup>214</sup> Deutsches Komitee für UNICEF (Hrsg.) (1995a): *Zur Situation der Kinder in der Welt 1995*. Frankfurt am Main: Fischer, 64; (der englische Originaltitel erschien bereits 1994).

<sup>215</sup> Vgl. Deutsches Komitee für UNICEF (Hrsg.) (1995a).

<sup>216</sup> Zur Zwischenbilanz des Weltkindergipfels vgl. auch: Großmann, Angela (1996): „Der Weltkindergipfel in New York 1990“, in: Messner/Nuscheler (Hrsg.), 170-174.

<sup>217</sup> Vgl. Empell, Hans-Michael (1994): „Menschenrechte – neue Chancen für ihre Durchsetzung?“, in: Solms,

nend für die Konferenzergebnisse ist, dass die im Aktionsprogramm und der *Wiener Erklärung* verabredeten Maßnahmen „eher appellativen Charakter“ hatten und als „Ergebnis eines diplomatischen ‚Kuhhandels‘“<sup>218</sup> wahrgenommen wurden: Das „Recht auf Entwicklung“ wurde von den Industrieländern als individuelles Recht akzeptiert – ein kollektives Recht von Staaten auf Entwicklungshilfe wurde von ihnen jedoch abgelehnt, während die Befürworter einer kulturellen Relativierung der Menschenrechte das Prinzip der Universalität anerkannten, da eine Einschränkung durch nationale Gesetze nicht ausgeschlossen wurde.<sup>219</sup>

Ein Erfolg der WKMR war, dass die *Wiener Erklärung* als Konsenspapier von 171 Staaten mitgetragen und auf der 48. Sitzung der UN-Generalversammlung Ende 1993 verabschiedet wurde, während die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nur von 56 Staaten anerkannt worden war. Die WKMR ist darüber hinaus ein Beispiel dafür, dass der Erfolg der Weltkonferenzen nicht immer nur an den verabschiedeten Ergebnissen gemessen werden kann, sondern dass von diesen Konferenzen Impulse ausgehen können, die erst im weiteren Prozess ihre Wirkung entfalten. Bei zwei wichtigen Punkten, der Schaffung des Amtes eines Hochkommissars für Menschenrechte und der Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs, konnte sich die Konferenz nicht zu konkreten Entscheidungen, sondern nur zu Prüf- und Befassungsempfehlungen an die UN-Gremien durchringen. Doch bereits im April 1994 konnte der erste Hochkommissar für Menschenrechte sein Amt antreten. Der Internationale Strafgerichtshof wurde 1998 beschlossen und konstituierte sich im September 2002; wenn auch bislang noch ohne die USA und China.

In ähnlicher Weise sind auch die Ergebnisse der *Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung* (ICPD) in Kairo 1994 im Kontext des eigenen Folgeprozesses und der weiteren Weltkonferenzen zu sehen.<sup>220</sup> Während die beiden vorangegangenen Weltbevölkerungskonferenzen in Bukarest 1974 und Mexiko Stadt 1984 von der Auseinandersetzung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beherrscht wurden, zeichnete sich in Kairo und ein Jahr später bei der *Weltfrauenkonferenz* in Peking ein „transnationaler Wertekonflikt“<sup>221</sup> zwischen

---

Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.): *Friedensgutachten 1994*. Münster, Hamburg: Lit, 48-63.

<sup>218</sup> So bei: Klingebiel, Ruth (1996a): „Weltkonferenz über die Menschenrechte in Wien 1993“, in: Messner/Nuscheler (Hrsg.), 186-194; hier 192.

<sup>219</sup> Vgl. Klingebiel, R. (1996a), 192; Brock, Lothar (1999): „Normative Integration und kollektive Handlungskompetenz auf internationaler Ebene“, in: *Zeitschrift für internationale Politik*, Heft 2/1999, 323-347.

<sup>220</sup> So verweist Christiane Woiwod darauf, dass der eigentliche Durchbruch bei dem für die ICPD zentralen Aspekt der sexuellen Rechte erst auf der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 gelang. Vgl. Woiwod, Christiane (1996): „Die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994“, in: Messner/Nuscheler (Hrsg.), 195-205; hier 202.

<sup>221</sup> Woiwod (1996), 195.

säkularisierten und religiös-traditionell bestimmten Delegationen ab.<sup>222</sup> Die zentralen Themen der ICPD in Kairo – reproduktive Gesundheit, reproduktive Rechte und Stärkung (*Empowerment*) der Frauen – wurden während der Konferenz über weite Strecken vom Streit über die Abtreibungsproblematik überlagert. Dem schließlich doch im Konsens verabschiedeten Aktionsprogramm liegt ein integrativer Ansatz zugrunde, bei dem bevölkerungspolitische Ziele und Maßnahmen als integraler Bestandteil der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung verstanden werden. Beseitigung der Armut, Bildung (insbesondere für Mädchen) und Gleichberechtigung der Geschlechter wurden dabei als zentrale Zielsetzungen formuliert. Als Voraussetzung dafür wurde ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum angesehen, das sich im Rahmen einer tragfähigen Entwicklung vollziehen soll.<sup>223</sup>

Bei der ICPD wurde das Recht des Einzelnen ins Zentrum der Bevölkerungspolitik gerückt. Der Fortbestand des Kairoer Aktionsprogramms ist durch den Positionswechsel der USA unter George W. Bush in Frage gestellt.<sup>224</sup> Die in Kairo verhandelten Aspekte wurden bei der *Weltfrauenkonferenz* im Jahr 1995 wieder aufgegriffen. Die in Peking verabschiedete „Aktionsplattform“ ging aber kaum über die in Wien und Kairo vereinbarten Programme hinaus. So wurde im Gegenteil bereits als Erfolg der Konferenz gewertet, dass sie nicht hinter frühere Vereinbarungen zurückfiel.<sup>225</sup> Ein Fortschritt wird darin gesehen, dass in dieser Aktionsplattform die Strategie des *Gender Mainstreaming* in allen Bereichen festgeschrieben und das Thema „Gewalt gegen Frauen“ erstmals umfassend behandelt wurde.<sup>226</sup>

Der ebenfalls im Jahr 1995 durchgeführte *Weltgipfel für Soziale Entwicklung* (WGSE) in Kopenhagen hatte im Gegensatz zu den anderen Weltkonferenzen keine Vorläufer, sondern es war das erste Treffen auf dieser Ebene, das sich mit der Sozialentwicklung befasste.<sup>227</sup> Der Weltsozialgipfel sollte auf den Ergebnissen von Rio aufbauen und die Aspekte der sozialen und menschlichen Entwicklung betonen. Dazu wurden eine *Kopenhagener Erklärung* und ein Aktionsprogramm verabschiedet, in denen die Gleichrangigkeit der sozialen und ökonomi-

---

<sup>222</sup> Zu den Konfliktlinien in Peking vgl. Klingebiel, Ruth (1996b): „Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995“, in: Messner/Nuscheler (Hrsg.), 215-225; hier 223.

<sup>223</sup> Vgl. Woiwod (1996), 200.

<sup>224</sup> Ein wesentlicher Grund ist die strikte Ablehnung jeder Form von Abtreibungsregelungen. Die Tagung zu Kairo +10 blieb wegen des Widerstands der USA ergebnislos. Vgl. Ettelt, Stefanie (2004): „Kairo plus 10: USA im Abseits“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Nr. 7/2004, 18-19.

<sup>225</sup> „Verabschiedet wurde ein Dokument, das bestehende Sprachregelungen aus den vorausgegangenen UN-Konferenzen halten konnte und winzige Weiterentwicklungen brachte.“ Klingebiel, R. (1996b), 222.

<sup>226</sup> Vgl. Dederichs-Bain, Birgit (2001): „Die Weltfrauenkonferenz von Peking: Ihre Umsetzung in die deutsche Politik“, in: Fues/Hamm (Hrsg.), 191-224.

<sup>227</sup> Vgl. Fues, Thomas (2001): „Der Kopenhagen-Prozess und die Weltsozialordnung“, in: Fues/Hamm (Hrsg.), 158-190.

schen Entwicklung, die notwendige Beteiligung der Zivilgesellschaft zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und die Armutsbekämpfung als zentrale Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit hervorgehoben wurden. Die Kopenhagener Erklärung enthält statt gemeinsamer Zielsetzungen zehn Selbstverpflichtungen der teilnehmenden Regierungen. Die Staaten verpflichten sich darin unter anderem, die Ziele Beseitigung der Armut und Vollbeschäftigung zu verfolgen, die Mittel für soziale Entwicklung deutlich zu erhöhen und die internationale Zusammenarbeit im Dienste der sozialen Entwicklung partnerschaftlich zu verbessern. Bei der Vereinbarung von Strukturanpassungsprogrammen sollten soziale Zielsetzungen einbezogen werden.<sup>228</sup> Im Aktionsprogramm werden 13 quantitative Ziele aufgeführt, deren Erfüllung überwiegend bis zum Jahr 2000 vorgesehen war; darunter universeller Zugang zu Grundbildung und Basisgesundheitsdiensten, Abschluss der Primarstufe durch mindestens 80 Prozent der Kinder, Halbierung der Müttersterblichkeit und der Unterernährung bei Kleinkindern.<sup>229</sup>

Ein wichtiges Ergebnis des Weltsozialgipfels war die in das Aktionsprogramm aufgenommene 20/20-Initiative zur Förderung der sozialen Grunddienste: Industrie- und Entwicklungsländer können sich – auf freiwilliger Basis – gegenseitig dazu verpflichten, 20 Prozent der Entwicklungshilfe und 20 Prozent des Staatshaushalts des jeweiligen Empfängerlandes für soziale Grunddienste einzusetzen. Weitere Impulse gingen von Kopenhagen für die Weiterentwicklung globaler Armutsstrategien und für die Initiativen zum Schuldenerlass aus.<sup>230</sup>

Den Abschluss der Konferenzserie bildeten im Jahr 1996 die *Weltkonferenz für Wohn- und Siedlungswesen Habitat II* in Istanbul und der zweite *Welternährungsgipfel* in Rom, deren Vorläufer 1976 in Vancouver beziehungsweise 1974 ebenfalls in Rom, dem Sitz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN, stattgefunden hatten. Im Mittelpunkt von Habitat II standen Fragen einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung vor dem Hintergrund weltweiter Urbanisierungstendenzen und der zunehmenden Herausbildung von Megastädten. Das in der *Habitat-Agenda* und der *Deklaration von Istanbul* enthaltene „Recht auf angemessenen Wohnraum“ wurde zwar als Menschenrecht anerkannt, aber – vor allem auf Drängen der USA und Chinas – in den völkerrechtlich nicht bindenden Dokumenten soweit aufgeweicht, dass daraus kein individuell einklagbares Recht auf Wohnraum abgeleitet werden kann.<sup>231</sup>

---

<sup>228</sup> Vgl. die Übersicht in United Nations (1997), 49-50.

<sup>229</sup> Zur vollständigen Darstellung siehe Fues (2001), 162-162.

<sup>230</sup> Vgl. Fues (2001).

<sup>231</sup> Vgl. Siebold, Thomas (1996): „Der Städtegipfel Habitat II in Istanbul 1996“, in: Messner/Nuscheler (Hrsg.),

In vergleichbarer Weise wurde beim Welternährungsgipfel in der *Erklärung von Rom* und einem Aktionsprogramm das Recht eines jeden Menschen auf angemessene Ernährung hervorgehoben. Als Ziel wurde angestrebt, bis 2015 die Anzahl der Hungernden gegenüber dem damaligen Stand zu halbieren. Konkrete Zusagen der Industrieländer oder institutionelle Regelungen waren damit nicht verbunden.<sup>232</sup> Beim Folgetreffen *Welternährungsgipfel +5 2001* in Rom wurde eine „Allianz gegen den Hunger“ verabschiedet, doch wurden auch darin keine konkreten Maßnahmen verabredet. Dies liegt vor allem daran, dass Hunger in der gegenwärtigen Situation kein Problem eines global unzureichenden Nahrungsmittelangebots, sondern des unzureichenden Zugangs zu diesen Nahrungsmitteln ist. Ernährungssicherheit ist damit in erster Linie ein Armutsproblem, das auf einem Ernährungsgipfel nicht angemessen gelöst werden kann.<sup>233</sup>

---

226-233.

<sup>232</sup> Vgl. United Nations (1997), 73-77.

<sup>233</sup> Vgl. Pilardeaux, Benno (2003): „Welternährungsgipfel +5: Was ist mit der ‚Allianz gegen den Hunger‘?“, in: Altner, Günter u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2004*. München: Beck, 72-79.



**Tabelle 1: Die Weltkonferenzen 1990 bis 1996**

<b>Jahr</b>	<b>Konferenz</b>	<b>Ort</b>	<b>Kernergebnisse und -ziele [nach Hamm/Fues (2000) und Messner/Nuscheler (Hrsg.) (1996), eigene Zusammenstellung]</b>
1990	Weltkindergipfel	New York	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Senkung der Kindersterblichkeit um ein Drittel</li> <li>- Halbierung der Müttersterblichkeit</li> <li>- Halbierung der Fehlernährung</li> <li>- Grundschulbesuch für mindestens 80 Prozent der Kinder</li> <li>- Bekämpfung der wichtigsten Kinderkrankheiten</li> <li>- Gesundheitsmaßnahmen</li> <li>- Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen</li> <li>- Unterzeichnung der Konvention über die Rechte des Kindes</li> </ul>
1992	Konferenz über Umwelt und Entwicklung	Rio de Janeiro	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachhaltige Entwicklung (als Leitbild)</li> <li>- Agenda 21</li> <li>- Konventionen zu Klima und Biodiversität (in der Folge auch zur Desertifikation)</li> <li>- Walderklärung</li> </ul>
1993	Weltmenschenrechtskonferenz	Wien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Prinzip der Universalität der Menschenrechte</li> <li>- Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte</li> <li>- Stärkung der Menschenrechte von Frauen</li> <li>- Empfehlungen: Hochkommissariat für Menschenrechte, Internationaler Strafgerichtshof</li> </ul>
1994	Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung	Kairo	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Reproduktive Rechte und Gesundheit</li> <li>- Ermächtigung von Frauen</li> </ul>
1995	Weltgipfel für soziale Entwicklung	Kopenhagen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Armutsbekämpfung</li> <li>- Ziel der Vollbeschäftigung</li> <li>- Bildung und gesundheitliche Grundversorgung</li> <li>- Erhöhung der Mittel für soziale Entwicklung; 20:20-Initiative</li> </ul>
1995	4. Weltfrauenkonferenz	Peking	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bekämpfung von Armut und Feminisierung der Armut</li> <li>- Anerkennung unbezahlter Arbeit</li> <li>- Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in der Privatsphäre</li> <li>- Gleichberechtigte Teilhabe</li> </ul>
1996	2. Weltkonferenz für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat II)	Istanbul	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Angemessene Unterkunft für alle</li> <li>- Nachhaltige Stadtentwicklung</li> </ul>
1996	Welternährungsgipfel	Rom	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Recht auf angemessene Nahrung</li> <li>- Verhaltenskodex für Verpflichtungen der Staaten, der internationalen Organisationen und TNCs</li> </ul>

Die wenigen Ergebnisse der beiden Weltkonferenzen im Jahr 1996 sind auch Ausdruck dafür, dass die Aufbruchstimmung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, die die Serie der Gipfeltreffen zu Beginn geprägt hatte, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunehmend einer Ernüchterung gewichen war. Die bei den Weltkonferenzen vereinbarten Evaluationen und

Folgeprozesse in Form von Zwischenberichten der zuständigen UN-Organe oder Sondergeneralversammlungen (Rio +5, Kopenhagen +5 etc.) machten eine erhebliche Kluft zwischen den verabredeten Aktionsprogrammen und den tatsächlich ergriffenen Maßnahmen offenkundig. Ein zentrales Defizit der Weltkonferenzen war, dass die zugesagte und umso mehr die realisierte Finanzierung und der institutionelle Ausbau weit hinter den Erfordernissen der vereinbarten Zielsetzungen zurückblieben und daher „kaum zusätzliche kollektive Handlungskapazitäten entstanden“<sup>234</sup> sind. Es gab darüber hinaus auch keine Konferenz, die sich explizit dem Thema Weltwirtschaft zuwandte; eine mögliche Neuordnung stand – im Gegensatz zu den 1970er Jahren – erst gar nicht zur Diskussion. Jenseits dieses ‚blinden Flecks‘ haben die Konferenzen aber eine bemerkenswerte Themenvielfalt behandelt und trotz der erheblichen Implementierungsdefizite wesentlich zu Entwürfen für eine kooperative Weltordnung beigetragen:

„Die Weltkonferenzen boten ein Forum für die Sondierung von Interessenkonstellationen und Kompromissmöglichkeiten, sie setzten sachbezogene Lernprozesse in Gang, sie erfüllten eine wichtige Informationsfunktion gegenüber der Weltöffentlichkeit und trugen zur Normbildung in den behandelten Sachgebieten bei.“<sup>235</sup>

Über die Themenfelder und auch über die Teilziele einer nachhaltigen Entwicklung besteht im Sinne der Normbildung in weiten Bereichen Konsens. Auch wenn dieser nicht unmittelbar in Handlungskapazitäten umgesetzt wurde, lässt sich daran für die Entwicklung von Monitoring-Instrumenten anknüpfen. Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ist in den Dokumenten der Weltkonferenzen in vielfacher Hinsicht fest verankert. Gleichzeitig ist festzustellen, dass nachhaltige Entwicklung in der Regel mit dem Ziel eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums verknüpft wurde, ohne dass auf die mögliche Unvereinbarkeit der beiden Ziele Bezug genommen wurde.

Die Aktionsprogramme und Erklärungen der Weltkonferenzen wurden nach dem Konsensprinzip erarbeitet und verabschiedet. Dies hatte oft langwierige Verhandlungen und nicht selten „weiche“ Maßnahmen- und Zielbeschreibungen zur Folge. Es führte gleichzeitig aber dazu, dass die letztlich erreichten Kompromisse von allen teilnehmenden Regierungen mitgetragen wurden. Da an den Konferenzen zwischen 170 und über 180 Staaten teilnahmen, kann bezüglich der Aktionsprogramme von einem globalen Konsens gesprochen werden. Ein wei-

---

<sup>234</sup> Brock, Lothar (2001): „Trends und Interdependenzen in der Weltpolitik“, in: Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2002 – Fakten, Analysen, Prognosen*. Frankfurt am Main: Fischer, 379-399, hier 384.

<sup>235</sup> Ibid.

teres Kennzeichen der Weltkonferenzen der 1990er Jahre war eine gegenüber früheren Gipfeln erheblich veränderte Akteurskonstellation. Zum einen waren Nichtregierungsorganisationen stärker als je zuvor an den Verhandlungen beteiligt. Sie waren zahlenmäßig oft stärker vertreten als die Regierungsdelegationen, veranstalteten parallel globale Foren und nahmen teilweise direkt als Teil der offiziellen Verhandlungsdelegationen Einfluss auf die Konferenzergebnisse. Zum anderen traten weder die Industrieländer noch die Entwicklungsländer mit einheitlichen Verhandlungspositionen auf. Insbesondere bei den Themen Stellung der Frau in der Gesellschaft, Familie, reproduktive Rechte und reproduktive Gesundheit sowie Familienplanung stellten sich katholisch geprägte Länder, unter anderem aus Lateinamerika und der Vatikan sowie islamische Länder – teilweise zusammen mit den USA – gegen weitreichende Übereinkünfte.<sup>236</sup> Auch in Fragen des Menschenrechtsschutzes verliefen die Konfliktlinien vielfach eher innerhalb von Nord und Süd als zwischen den beiden – vermeintlichen – Interessengruppen. Insgesamt zeigen die Konferenzverläufe auch, dass die Differenzen zwischen der EU und den USA hinsichtlich kollektiver Problemlösungsstrategien innerhalb des UN-Systems lange vor der durch den zweiten Irak-Krieg ausgelösten Krise im transatlantischen Verhältnis deutlich sichtbar waren.

#### **2.4.2 Die Millenniumsentwicklungsziele**

Auf Initiative von UN-Generalsekretär Kofi Annan verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen Anfang September 2000 in New York, die in der Millenniumserklärung formulierten Ziele bis 2015 umzusetzen. Außerdem wurden mit der Erklärung das Bekenntnis zu den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung und zur Agenda 21 bekräftigt. Die Erklärung wurde von der UN-Generalversammlung noch im gleichen Monat verabschiedet.<sup>237</sup> Im September 2001 legte Kofi Annan eine so genannte *Road Map* für die Umsetzung der Millenniumserklärung vor, in der acht Hauptziele (*goals*) durch 18 Unterziele (*targets*) konkretisiert und zur Überprüfung mit insgesamt 48 Indikatoren verknüpft werden.<sup>238</sup> Die Indikatoren wurden von einer Arbeitsgruppe ausgewählt, an der auch

---

<sup>236</sup> Ob es dabei tatsächlich immer um religiöse Motive ging, muss bezweifelt werden: „In Kairo saß das Patriarchat auf der Anklagebank. Religiös begründete Vorbehalte konnten kaum den hintergründigen Zweck ihrer Verteidigung verbergen.“ Woiwod (1996), 201.

<sup>237</sup> Vgl. United Nations General Assembly, A/RES/55/2 vom 18.9.2000.

<sup>238</sup> Vgl. Kapitel III (18-31) und den Anhang (55-58) in: United Nations General Assembly, A/56/326, vom 6.9.2001. Das achte Ziel zum Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft war in dieser Form erst in der *road map* formuliert worden.

Vertreter des IWF, der Weltbank und der OECD beteiligt waren.<sup>239</sup> Im Mittelpunkt der *Millennium Development Goals* (MDGs) steht die Beseitigung der extremen Armut (*development and poverty eradication*). Die meisten Haupt- und Unterziele waren nicht neu: Sie stimmen weitgehend mit den Vereinbarungen der Weltkonferenzen der 1990er Jahre – insbesondere des Weltsozialgipfels – und dem auf der Basis dieser Vereinbarungen von der OECD entwickelten Dokument „*Shaping the 21st Century*“ (S21) überein.<sup>240</sup>

Die MDGs rücken die Beseitigung der gravierendsten Probleme in den Entwicklungs- und Transformationsländern in den Mittelpunkt der internationalen Anstrengungen bis zum Jahr 2015. Die thematische Schwerpunktsetzung wurde mit einem Ansatz zur politischen Steuerung verknüpft, der die MDGs in dieser Form von den Vereinbarungen der Weltkonferenzen unterscheidet. Die Verbindung der acht allgemeinen Qualitätsziele mit konkreten Handlungszielen lässt wenig Spielraum für Interpretationen. Die Zielerreichung (oder Zielverfehlung) wird mit der Verankerung von Indikatoren überprüfbar.

Bemerkenswert ist, dass zu diesen 48 Indikatoren bei der Statistischen Abteilung der UN eine öffentlich zugängliche Datenbank aufgebaut wurde. So ist die Umsetzung der Ziele für jedes einzelne Land jederzeit nachvollziehbar.<sup>241</sup> Bis Ende 2004 sollten alle Entwicklungs- und Transformationsländer zumindest einen MDG-Report angefertigt haben.<sup>242</sup> Hervorzuheben ist, dass von Seiten der UN die Verknüpfung der MDG-Initiative mit dem Rio-Prozess betont wird und die MDGs als Teil einer global nachhaltigen Entwicklung angesehen werden.<sup>243</sup>

---

<sup>239</sup> Vgl. Organization for Economic Cooperation and Development (Hrsg.) (o. J.): *Millennium Development Goals*. (Kurzbericht der MDG-Arbeitsgruppe) im Internet unter <http://www.oecd.org/dataoecd/33/61/1905879.pdf>, Stand: 15.5.2004.

<sup>240</sup> Vgl. Development Assistance Committee (1996): *Shaping the 21st Century – The Contribution of Development Cooperation*. Paris: OECD.

<sup>241</sup> Siehe United Nations Statistics Division (Hrsg.): *Millennium Indicators Database*. (Online-Datenbank), im Internet unter [http://unstats.un.org/unsd/mi/mi\\_goals.asp](http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_goals.asp), Stand: 25.5.2004.

<sup>242</sup> Vgl. den Rundbrief des United Nations Non-Governmental Liaison Service (2002): *NGLS Roundup 98*, November 2002, 3.

<sup>243</sup> Vgl. Commission on Sustainable Development (Hrsg.) (2004): „Sustainable development commission concludes two week review of progress in meeting anti-poverty goals on water, sanitation, human settlements“, *Press Release ENV/DEV/779* vom 30.4.2004.

**Tabelle 2: Die Millenniumsentwicklungsziele<sup>244</sup>**

<b>Ziel (goal)</b>	<b>Zielvorgabe (target)</b>
1. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers	1. Den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als ein Dollar pro Tag beträgt 2. Den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden
2. Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung	3. Sicherstellen, dass alle Jungen und Mädchen eine Primarschulbildung vollständig abschließen können
3. Förderung der Gleichheit der Geschlechter	4. Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005, und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015
4. Senkung der Kindersterblichkeit	5. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken
5. Verbesserung der Gesundheit von Müttern	6. Die Müttersterblichkeitsrate noch vor 2015 um drei Viertel senken
6. Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten	7. Die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren 8. Die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren
7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit	9. Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in die Politik und Programme jedes einzelnen Staates einbeziehen und den Verlust von Umweltressourcen beseitigen 10. Den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben 11. Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Mio. Slumbewohnern herbeiführen
8. Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft	12. Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln. Umfasst die Verpflichtung auf eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung, die Entwicklung und die Armutsreduzierung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene 13. Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen. Dies umfasst einen zoll- und quotenfreien Zugang für Exportgüter dieser Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hoch verschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügigerer öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind 14. Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen 15. Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen 16. In Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen 17. In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen erschwingliche unentbehrliche Medikamente in den Entwicklungsländern verfügbar machen 18. In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien – insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien – genutzt werden können

<sup>244</sup> Hier im Wortlaut nach einer Übersetzung der DGVN: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (2003) (Hrsg.): *Die Millenniumsentwicklungsziele: Fortschritte, Rückschritte und Herausforderungen*. Bonn: DGVN, 2-3.

Die Bundesregierung hat im April 2001 ein „Aktionsprogramm 2015“ vorgelegt, das den „Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut“ deutlich machen soll.<sup>245</sup> Darin werden zehn „vorrangige Ansatzpunkte“ der Bundesregierung benannt; darunter die Schaffung fairer Handelschancen für Entwicklungsländer, Abbau der Verschuldung, Ausbau der sozialen Grunddienste und Förderung einer intakten Umwelt.

Auch wenn die MDGs teilweise hinter frühere Vereinbarungen zurückfallen und nur einen Teil der auf den Weltkonferenzen vereinbarten Zielsetzungen umfassen, sind sie insgesamt doch anspruchsvoll. Wie der *Human Development Report 2002* des UNDP deutlich macht, ist die Erreichung der Ziele – trotz beachtlicher Fortschritte in der Mehrzahl der Länder – gerade in den ärmsten Ländern ungewiss. In 33 Ländern mit 26 Prozent der Weltbevölkerung werden die Ziele vermutlich nicht erreicht werden können, darunter sind 23 afrikanische Länder südlich der Sahara.<sup>246</sup>

Der den MDGs zugrunde liegende Ansatz könnte sich im Rahmen von *Global Governance* und für die Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung als modellhaft erweisen. Die Festlegung von Qualitäts- und Handlungszielen auf globaler Ebene steckt für alle Länder den Handlungsbedarf ab, lässt ihnen gleichzeitig aber ausreichend Freiraum bei der Umsetzung. Mit der Festlegung der Indikatoren, die bis auf die lokale Ebene und auf einzelne gesellschaftliche Gruppen heruntergebrochen werden können,<sup>247</sup> steht ein Instrumentarium zur Überwachung der Zielerreichung zur Verfügung. Fraglich ist nur, ob durch die Transparenz, die mit der Berichtspflicht und mit der Veröffentlichung der Daten angestrebt wird, ausreichend Handlungsdruck erzeugt wird, um die Einhaltung der Ziele sicherzustellen.

---

<sup>245</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2001): *Armutskämpfung – eine globale Aufgabe. Aktionsprogramm 2015: Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut*. Bonn: BMZ.

<sup>246</sup> Vgl. United Nations Development Programme (2002): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2002*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., 20.

<sup>247</sup> Vgl. Organization for Economic Cooperation and Development (Hrsg.) (o. J.).

### 2.4.3 Der WSSD in Johannesburg 2002

Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD / Rio +10) 2002 in Johannesburg haben Regierungen und Nichtregierungsorganisationen darüber beraten, welche Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 21 und der übrigen Ergebnisse der UNCED erreicht wurden. Nachdem fünf Jahre zuvor die Sondergeneralversammlung zu Rio +5 in New York kaum Fortschritte hatte erkennen lassen, waren die Erwartungen gedämpft; selbst auf der gemeinsam von BMZ und BMU betriebenen Homepage zum Weltgipfel 2002 war das zu Rio +5 gezogene „Resümee des bereits Erreichten als eher ernüchternd“<sup>248</sup> dargestellt worden. Im Vorfeld hatte die Konferenz dazu geführt, dass zahlreiche Regierungen eine nationale Agenda 21 vorlegten, was bei Rio +5 noch mehrheitlich versäumt worden war. Auch in Deutschland war die „nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ erst unmittelbar zum WSSD hin erarbeitet worden. Nach den internationalen Vorbereitungskonferenzen wurden für den Johannesburg-Gipfel fünf Schwerpunkte festgelegt: Ressourcenschutz und Ressourceneffizienz (insbesondere nachhaltige Energiepolitik und Wasserwirtschaft), Armutsbekämpfung und Umweltschutz, Globalisierung und nachhaltige Entwicklung, Stärkung der UN-Strukturen in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung. Der Johannesburg-Gipfel brachte damit gegenüber der UNCED und der Agenda 21 keine thematische Erweiterung, sondern eine Fokussierung auf einzelne Teilbereiche. Deutlicher als zuvor war in Johannesburg auf die wachsende Bedeutung erneuerbarer Energien für eine nachhaltige Entwicklung hingewiesen worden. Die EU hatte dazu eine „Erklärung gleichgesinnter Staaten“ vorgelegt, konnte sich aber nicht mit der Forderung nach festen Ausbauzielen durchsetzen. Anknüpfend daran hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder bei seiner Rede in Johannesburg zu einer Konferenz über erneuerbare Energien eingeladen, die im Juni 2004 in Bonn stattfand.

Zum Abschluss des WSSD wurden von den Staats- und Regierungschefs eine politische Erklärung (*Johannesburg-Declaration*)<sup>249</sup> und ein Aktionsplan (*Plan of Implementation*)<sup>250</sup> verabschiedet. Darin werden die Prinzipien von Rio, die Agenda 21 und die Millenniumsent-

---

<sup>248</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (o. J.): Homepage zum Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung 2002, unter: <http://www.weltgipfel2002.de/content.html?id51>, Stand: 31.12.01.

<sup>249</sup> United Nations (2002a): *From our origins to the future – Johannesburg Declaration on Sustainable Development*. New York: DESA; im Internet: [http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD\\_POI\\_PD/English/POI\\_PD.htm](http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POI_PD.htm)

<sup>250</sup> United Nations (2002b): *Plan of Implementation of the World Summit on Sustainable Development*. New York: DESA; unter: [http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD\\_POI\\_PD/English/WSSD\\_PlnImpl.pdf](http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/WSSD_PlnImpl.pdf).

wicklungsziele in gleicher Weise bekräftigt. Im Aktionsplan wurden unter anderem folgende Zielsetzungen beschlossen:

- Erneuerbare Energien sollen in allen Regionen der Erde ausgebaut werden.
- Die Bedeutung des Kyoto-Protokolls und seiner Ratifizierung wurde in Johannesburg unterstrichen. Es wurde insbesondere auf die Vorteile der *clean development mechanism* hingewiesen, wodurch der Druck auf die USA verstärkt werden sollte, dem Kyoto-Protokoll doch noch beizutreten.
- Umweltschädliche Subventionen sollen abgebaut werden, doch wurden dazu keine Zeitvorgaben gemacht. Es wurde beschlossen, dass multilaterale Umweltabkommen nicht den Regeln der Welthandelsorganisation untergeordnet werden. Eine Verständigung über den Abbau der Agrarsubventionen in den Industrieländern kam nicht zustande.
- Das Artensterben soll bis zum Jahr 2010 „deutlich reduziert“ werden.
- Bezüglich der Fischbestände kam man überein, dass diese nicht überfischt werden dürfen. Bis 2015 soll – „soweit möglich“ – erreicht werden, dass sich die geschädigten Bestände erholen.
- Bis 2020 sollen die negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur bei der Produktion und dem Gebrauch von Chemikalien „minimiert“ werden.
- Um eine gerechtere Verteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen zu erreichen, sollen Verhandlungen zu einem internationalen Regime im Rahmen der Biodiversitätskonvention aufgenommen werden.

Beim Thema Wasser wurde über das Millenniumsziel hinaus beschlossen, nicht nur den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu verbessern, sondern auch die Zahl der Menschen zu halbieren, die nicht an ein angemessenes Abwassersystem angeschlossen sind. Die Festlegung quantifizierter Ziele blieb in Johannesburg allerdings die Ausnahme.



## 2.5 Nachhaltigkeit in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

### 2.5.1 Die Verankerung des Konzepts nachhaltiger Entwicklung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungszusammenarbeit liegt im föderalen System der Bundesrepublik in der primären Zuständigkeit des Bundes. Mit der Gründung eines eigenständigen „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Jahr 1961 kam die Bundesregierung nicht zuletzt dem Drängen der USA auf eine stärkere, über die seit 1956 über das Auswärtige Amt gewährte Entwicklungshilfe hinausgehende Beteiligung an der antikommunistischen Eindämmungspolitik entgegen. Zu Beginn war die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Zuge der Hallstein-Doktrin zugleich ein Instrument der Deutschlandpolitik. Sie war darüber hinaus unter anderem auch Außen- und Außenwirtschaftspolitik sowie auswärtige Kulturpolitik und sollte einen Beitrag zur Bewältigung der deutschen Vergangenheit leisten.<sup>251</sup> Die deutsche Entwicklungspolitik war damit in der Vergangenheit stets nicht nur Teil einer Gesamtpolitik, sondern in besonderem Maße bei der Politikformulierung von den Interessen anderer Ressorts beeinflusst.

Das BMZ als ein relativ schwaches Ressort sieht sich bis heute – im Unterschied etwa zum Auswärtigen Amt und gerade in Abgrenzung zu diesem – einem hohen Legitimationsdruck ausgesetzt.<sup>252</sup> Dies hat wiederholt dazu geführt, dass aktuelle Themen der deutschen und internationalen Politik aufgegriffen und zur Rechtfertigung der Entwicklungszusammenarbeit herangezogen wurden, bei denen das eigentliche Ziel, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Süden durch Zusammenarbeit zu fördern, in den Hintergrund geriet oder zumindest die Ziel-Mittel-Hierarchie nicht immer klar erkennbar war. So hatte bereits 1962 Walter Scheel als erster Minister im BMZ auf die exportfördernde und konjunkturstabilisierende Wirkung der Entwicklungshilfegelder hingewiesen, die das BMZ wiederholt mit Studien zu quantifizieren versuchte und angesichts wachsender Arbeitslosigkeit Anfang der 1980er Jahre durch das Argument der Beschäftigungseffekte der Entwicklungszusammenarbeit ergänzte.<sup>253</sup> Als weitere Legitimationsquelle wird vom BMZ insbesondere nach den Terroranschlägen vom 11. Sep-

---

<sup>251</sup> Vgl. Spanger, Hans-Joachim/Brock, Lothar (1987): *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 292.

<sup>252</sup> Vor allem von der FDP ist wiederholt die Eingliederung des BMZ in das Auswärtige Amt gefordert worden, so etwa im Bundestagswahlkampf 2002. Vgl. Schradi, Johannes (2002): „Entwicklungspolitik in den Wahlprogrammen“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 15/2002, 4.

<sup>253</sup> Vgl. Naini, Ahmad (1985): „Bundesrepublik Deutschland“, in: Holthus, Manfred/Kebschull, Dietrich (Hrsg.): *Die Entwicklungspolitik wichtiger OECD-Länder*, Band 1. Hamburg: Verlag Weltarchiv, 501-637.

tember 2001 auf die sicherheitspolitische Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit hingewiesen.<sup>254</sup>

Vor diesem Hintergrund stellt sich zum einen die Frage, ob nicht auch der Begriff der nachhaltigen Entwicklung in erster Linie wegen seiner Popularität in der Entwicklungszusammenarbeit benutzt wird oder ob mit diesem Begriff eine konzeptionelle Weiterentwicklung verbunden ist. Zum anderen zeigen die genannten Beispiele, dass sich in der Politikformulierung der Entwicklungszusammenarbeit die Grundlinien deutscher Außenbeziehungen zu Entwicklungsländern widerspiegeln. Der Stellenwert des Nachhaltigkeits-Leitbildes in der Entwicklungspolitik kann daher als Indiz für dessen Verankerung in der politischen Konzeption der Außenbeziehungen insgesamt angesehen werden.

Die Bundesregierung legte erstmals 1971 ein umfassendes entwicklungspolitisches Konzept vor. Dieses orientierte sich an der Strategie der Vereinten Nationen für die zweite Entwicklungsdekade, setzte dabei aber weniger auf strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft, sondern auf mehr Effizienz und Koordinierung bei den Einzelmaßnahmen der technischen und finanziellen Zusammenarbeit. Schwerpunkte waren die Bekämpfung von Unterbeschäftigung, Förderung berufs- und umweltorientierter Bildungssysteme und öffentlicher Verwaltung, Strukturverbesserung in ländlichen Regionen, Diversifizierung der Wirtschaft und Verbesserung der Überlebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten durch Gesundheits- und Ernährungshilfe und Familienplanung.<sup>255</sup> Mit der Neufassung der entwicklungspolitischen Konzeption und den Gymnicher Thesen von 1975 wurden die Bereiche Rohstoff-, Handels-, Währungs- und Strukturpolitik einbezogen.<sup>256</sup> In der Folge der ersten Ölkrise 1973/74 sollte die Entwicklungspolitik stärker zur Rohstoffsicherung genutzt werden. In dem neuen Konzept wurde auch der zunehmenden Differenzierung der Entwicklungsländer und der Grundbedürfnisstrategie stärker entsprochen als in der ersten Fassung. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Bekämpfung der Armut wurden als Ziele der Entwicklungszusammenarbeit mit

---

<sup>254</sup> „Deshalb möchte ich uns allen einprägen: Entwicklungszusammenarbeit ist die kostengünstigste Sicherheitspolitik. Das gilt auch für unsere eigene Sicherheit. Mit unserer Entwicklungszusammenarbeit leisten wir daher einen Beitrag zu unserer eigenen Sicherheit.“ Wiczorek-Zeul, Heidemarie (2003): *Zukunft sichern: globale Armut bekämpfen – Regierungserklärung zur Entwicklungspolitik in der entwicklungspolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 8.5.2003*. Bonn: BMZ. Im Internet unter: <http://www.bmz.de/presse/reden/rede08052003.html>; Stand: 10.6.2004. In der ZEIT vom 17.7.2003 wurde der Ministerin dagegen vorgehalten, sie hätte sich stärker als Sicherheitspolitikerin profilieren müssen, um mehr Geld für das BMZ zu erhalten. Vgl. Seitz, Klaus (2003): „Die Sicherheitsfälle“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 16/17/2003, 41-45.

<sup>255</sup> Vgl. Spanger/Brock (1987), 296; Naini (1985), 517-518.

<sup>256</sup> Vgl. Naini (1985), 519.

den entwicklungspolitischen Grundlinien von 1980 und einer gemeinsamen Entschließung der im Bundestag vertretenen Parteien 1982 hervorgehoben. Mehr Beachtung sollten auch die Förderung der Menschenrechte, kulturelle Bestimmungsfaktoren und soziale Auswirkungen von Entwicklungsvorhaben finden.<sup>257</sup> Die Grundlinien orientierten sich damit in Teilen an dem Brandt-Bericht der Nord-Süd-Kommission.

Zeitgleich mit dem Regierungswechsel von 1982 wurde eine sektorale und ländergruppenspezifische Prioritätensetzung eingeführt, bei der drei Themenbereiche im Vordergrund standen. Die Förderung ländlicher Entwicklung und kleiner Unternehmen, die Förderung der konventionellen und erneuerbaren Energiequellen und der Schutz der natürlichen Ressourcen (insbesondere Erhaltung von Ökosystemen und Aufforstung sowie die Bekämpfung von Erosion und Wüstenbildung). Umweltgesichtspunkte sollten in stärkerem Maße bei Entwicklungsprojekten berücksichtigt werden.<sup>258</sup> Mit der Leitlinie von 1984 zur Beschäftigungswirksamkeit der Entwicklungshilfe und den Grundlinien des BMZ von 1986 wurde eine „stärkere Berücksichtigung deutscher Interessen“ in der Entwicklungszusammenarbeit gefordert.<sup>259</sup>

Im Oktober 1991 gab der damalige Bundesminister Carl-Dieter Spranger fünf Kriterien für die Vergabe von Entwicklungshilfe bekannt, die in der weiteren Diskussion mit seinem Namen verbunden waren (Spranger-Kriterien):<sup>260</sup>

- Beachtung der Menschenrechte,
- Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess,
- Gewährleistung von Rechtssicherheit,
- Schaffung einer marktfreundlichen Wirtschaftsordnung,
- Entwicklungsorientierung des staatlichen Handelns.

Das Kriterium der „marktfreundlichen“ Wirtschaftsordnung wurde aus dem Weltentwicklungsbericht 1991 abgeleitet. Die Entwicklungsorientierung sollte in der effizienten Erfüllung staatlicher Kernaufgaben zum Ausdruck kommen. Dazu zählten für das BMZ die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der ärmeren Bevölkerungsteile, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage und die Begrenzung des Bevölkerungswachstums. Zur Erfüllung

---

<sup>257</sup> Vgl. Spanger/Brock (1987), 301-302.

<sup>258</sup> Vgl. Naini (1985), 520.

<sup>259</sup> Vgl. Nuscheler, Franz (1996): *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. 4. Auflage, Bonn: Dietz, 384.

<sup>260</sup> Vgl. Spranger, Carl-Dieter (1991): „Neue politische Kriterien des BMZ. Rede vor der Bundespressekonferenz am 10.10.91 in Bonn.“ Dokumentation der Rede in: *epd-Entwicklungspolitik, Reihe: Aktueller Beitrag*, 3/1991, Frankfurt/Main: GEP, 7-10.

dieser Aufgaben wurde die Reduzierung der Rüstungsausgaben in Empfängerländern mit „überzogenen Rüstungsausgaben“ (Spranger) gefordert.

Ein grundlegender Wandel des Entwicklungsbegriffs war daraus aber noch nicht zu erkennen, denn ein direkter Bezug zum UNDP-Konzept der „menschlichen Entwicklung“ oder zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung des wenige Monate später stattfindenden Rio-Gipfels fehlte in Sprangers Rede. Die Spranger-Kriterien bildeten die Grundlage für die Erstellung so genannter „Länderkonzepte“, die als neues Managementkonzept im BMZ eingesetzt wurden. Bis dahin hatten länderspezifische Konzepte in den Länderreferaten meist hinter der Abwicklung von Einzelprojekten zurückgestanden.<sup>261</sup> Daneben wurden ab 1990 „Sektor- und sektorübergreifende Konzepte“ für die Schwerpunkte Armutsbekämpfung, Umwelt- und Ressourcenschutz, Bildung und Privatwirtschaft/Infrastrukturelle Grundlagen erarbeitet. Die sektoralen Schwerpunkte von 1982 wurden damit und mit der Aktualisierung der Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit von 1999<sup>262</sup> bestätigt.

Aus Sicht des BMZ wurde 1991 – zum wiederholten Mal – eine Neuorientierung eingeleitet.<sup>263</sup> Wie bereits 1971 und 1982 vollzog sich auch diesmal die Neuausrichtung nicht als einschneidende Wendung, sondern als allmählicher Wandel,<sup>264</sup> der in den 1990er Jahren zu einer zunehmenden Verankerung des Leitbildes der Nachhaltigkeit führte. Trotz der internationalen Etablierung der nachhaltigen Entwicklung als Leitbild wurde Nachhaltigkeit im BMZ zunächst als additive Komponente behandelt. Ein Beispiel hierfür sind die 1993 veröffentlichten Sektor- und sektorübergreifenden Konzepte, in denen der Begriff nur selten verwandt und meist in Anführungszeichen gesetzt wird. Im Tätigkeitsbericht „Rio – ein Jahr danach. Was tut das BMZ?“ ging es nicht um mögliche Antworten auf den in Rio festgestellten Handlungsbedarf; stattdessen wurden ohnehin bereits laufende Projekte und Maßnahmen unter den Themen der UNCED zusammengestellt. „Unsere positive Einstellung zur Umsetzung der UNCED-Ergebnisse“, so Minister Spranger im Vorwort, „fällt uns natürlich auch deshalb

---

<sup>261</sup> Vgl. Adelman, Karin (1991): „Politische Umsetzung noch offen“, in: *epd-Entwicklungspolitik, Reihe: Aktueller Beitrag*, 3/1991, Frankfurt/Main: GEP, 1-6.

<sup>262</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1999b): *Leitlinien für die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern*. Aktualisierte Fassung vom August 1999. Bonn: BMZ.

<sup>263</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1995): *Zehnter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*. Bonn: BMZ, 1. (Berichtszeitraum 1992-1994)

<sup>264</sup> Während etwa mit dem Regierungswechsel 1982 eine grundlegende „Wende“ in der Regierungspolitik postuliert wurde, war die Entwicklungspolitik auch in dieser Zeit durch eine relativ große Kontinuität geprägt. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass ein großer Teil der Mittel des BMZ durch Verpflichtungsermächtigungen über mehrere Jahre gebunden ist. Vgl. Spanger/Brock (1987), 304.

leicht, weil die Rio-Beschlüsse sich in Kernfragen mit unserer Politik decken.“<sup>265</sup> Als „Bestätigung der entwicklungspolitischen Konzeption des BMZ“ werden die UNCED-Ergebnisse noch bis Mitte der 1990er Jahre dargestellt, wobei Nachhaltigkeit weitgehend mit Umweltschutz gleichgesetzt wird.<sup>266</sup> Im „Zehnten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ wird für die Darstellung der Entwicklungspolitik ein Strategiewechsel angekündigt:

„Nicht zuletzt mit Blick auf das öffentliche Bewusstsein in Deutschland muss in der Entwicklungspolitik die eindimensionale Betrachtung unter dem Aspekt der Hilfe für andere überwunden und unser Interesse an einer global tragfähigen Entwicklung als Voraussetzung für die Sicherung unserer eigenen Zukunft herausgestellt werden.“<sup>267</sup>

Im „Jahresbericht 1997“ vom April 1998 und, ausführlicher, im „Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1998“ vom Mai 1998 (und damit vor dem Regierungswechsel) werden die Ziele der deutschen Entwicklungspolitik im Gegensatz zu früheren Ausgaben dieser BMZ-Publikationen nicht von den Grundlinien aus dem Jahr 1986, sondern vom Leitbild der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Brundtland-Definition abgeleitet.<sup>268</sup> Nach dem Regierungswechsel von 1998 wurde Nachhaltigkeit im Koalitionsvertrag der ersten rot-grünen Bundesregierung zum generellen Maßstab der Politik der Bundesregierung erhoben. Mit der Einsetzung des „Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung“ im Jahr 2000 sollte der seit langem erhobenen Forderung Rechnung getragen werden, dass Umwelt und Entwicklung als Querschnittsthemen behandelt werden müssen.<sup>269</sup> Der „Elfte Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ orientiert sich bei der Beschreibung der zentralen Problembereiche der Entwicklungs- und Transformationsländer erstmals an der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit. Der Bezug zur nachhaltigen Entwicklung wird im gesamten Bericht als Leitbild für *global governance* hergestellt. Die Entwicklungspolitik wird, wie in den früheren Berichten, als Beitrag zur globalen

---

<sup>265</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1993): *Rio – ein Jahr danach. Was tut das BMZ?*. Bonn: BMZ.

<sup>266</sup> In den Journalisten-Handbüchern des BMZ für 1994 und 1996 wird beispielsweise in den „Grundsätzen“ der identische Absatz zu Umweltschutzmaßnahmen 1994 mit „Rio umsetzen“ und 1996 mit „Schutz der Umwelt“ überschrieben. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1994): *Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1994*. Bonn: BMZ, 12; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1996): *Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1996*. Bonn: BMZ, 16.

<sup>267</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1995): *Zehnter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*. Bonn: BMZ, 1. (Berichtszeitraum 1992-1994)

<sup>268</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1998b): *Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1998*. Bonn: BMZ, 25; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1998a): *Jahresbericht 1997*. Bonn: BMZ, 6-7.

<sup>269</sup> Vgl. *epd-Entwicklungspolitik* (2000) Nr. 16, 11.

Strukturpolitik aufgefasst, die schwerpunktmäßig am Ziel der Armutsbekämpfung ausgerichtet wird.

### **2.5.2 Die Bedeutung des Begriffs Nachhaltigkeit in der projektbezogenen Entwicklungszusammenarbeit**

Im Kontext der projektbezogenen Entwicklungszusammenarbeit wird dem Begriff Nachhaltigkeit eine Bedeutung zugewiesen, die sich erheblich von der Diskussion über Nachhaltigkeit im Sinne des Brundtland-Berichtes und des Rio-Prozesses unterscheidet. Beispielhaft für diese zweite Verwendungsform des Begriffs ist die Definition aus einem Evaluierungsbericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW):

„Ein Vorhaben ist dann nachhaltig, wenn der Projektträger und/oder die Zielgruppe in der Lage sind, nach Beendigung der finanziellen, organisatorischen und/oder technischen Unterstützung die geschaffenen Projektanlagen über eine insgesamt wirtschaftlich angemessene Nutzungsdauer weiter zu nutzen beziehungsweise die Projektaktivitäten eigenständig mit positiven Ergebnissen weiter zu führen.“<sup>270</sup>

Vergleichbare Definitionen wurden in der Vergangenheit von der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (GTZ) (1994) und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages (1998) zugrunde gelegt; sie finden sich in ähnlicher Form aber auch bei internationalen Organisationen wie dem *Development Assistant Committee* (1988).<sup>271</sup> Reinhard Stockmann veröffentlichte 1992 eine Studie mit dem Titel „Die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten“, die sich auf die zeitlich/betriebswirtschaftliche Dimension im Sinne der Projektevaluation beschränkt.<sup>272</sup>

Für die Diskussion über die ‚Nachhaltigkeit‘ der Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der Projektevaluation sind auf der politischen Ebene zwei Entschlüsse des Deutschen Bundestages von 1990 und 1998 maßgebend gewesen. In der vom AwZ einstimmig verabschiedeten Beschlussempfehlung heißt es:

---

<sup>270</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau (2003): *Tansania: Sozialdienste der Kirchen – Sektorbezogenes Programm Erziehung I*. Schlussprüfung. Im Internet unter [http://www.kfw.de/DE/Entwicklungszusammenarbeit/Evaluieren/84/Schluss\\_prf90/tansania%20erziehung.pdf](http://www.kfw.de/DE/Entwicklungszusammenarbeit/Evaluieren/84/Schluss_prf90/tansania%20erziehung.pdf); Stand: 4.3.2003.

<sup>271</sup> Vgl. die Übersicht „Definitionen der Nachhaltigkeit“ in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 42, 1/2001, 16.

<sup>272</sup> Vgl. Stockmann, Reinhard (1992): *Die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

„Als nachhaltig ist eine EZ-Maßnahme dann einzustufen, wenn sie nach Abschluss der externen Förderung dauerhaft Bestand hat, d.h. einen eigenständigen Entwicklungsprozess angestoßen hat und auch im Projektumfeld fortwirkt.“<sup>273</sup>

„Nachhaltig“ wird in diesem Kontext in der zeitlichen Dimension des Begriffs verortet. Er wird betriebswirtschaftlich interpretiert und unabhängig von den inhaltlichen Zielen der Nachhaltigkeitsdiskussion in der Folge des Brundtland-Berichts verwendet. Im Sinne der Projektevaluation kann demnach ein Projekt als ‚nachhaltig‘ bezeichnet werden, wenn der Projektträger und/oder die Zielgruppe die mit dem Projekt erreichten Innovationen ohne externe Unterstützung dauerhaft weiterführen können.<sup>274</sup> Auch den Qualitätskriterien, die die GTZ für die Bewertung eines Vorhabens und zur Gestaltung des deutschen Beitrags aufgestellt hat, liegt die betriebswirtschaftliche Begriffsbestimmung von Nachhaltigkeit zugrunde. Von der GTZ werden folgende Kriterien herangezogen:<sup>275</sup>

- Relevanz: Inwieweit werden Wirkungen bei den Zielgruppen voraussichtlich erreicht?
- Signifikanz: Ist das Projekt sektoral und/oder regional breitenwirksam?
- Wirtschaftlichkeit: Wie stellt sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis der eingesetzten Mittel dar?
- Nachhaltigkeit: Bleiben die erwarteten Wirkungen auch nach Abschluss des Vorhabens erhalten?

„Nachhaltigkeit“ als Qualitätskriterium setzt für die GTZ voraus, dass die für die Projektdurchführung vorgesehenen Partnerorganisationen geeignet sind, die Projektwirkung den Bedürfnissen der Zielgruppen entspricht, die von den Partnern erwarteten Leistungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegen und dass die Durchführung auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt erscheint.

Im Bericht zur Auswertung der 1996/97 durchgeführten Evaluierung des BMZ „Entwicklungszusammenarbeit – Erfolge und Probleme“ wird zusammenfassend bemerkt:

„Die Nachhaltigkeit von Maßnahmen auf Ebene der Trägerorganisationen stellt weiterhin das Sorgenkind der EZ dar. Zu den Gründen für eine unzureichende Nachhaltigkeit gehören v.a. eine ungenügende Trägerförderung, organisatorische Erweiterungen, die später

---

<sup>273</sup> Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1998a): Systematische Erfolgskontrolle von Projekten und Programmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *BT-Drucksache 13/10857*, Berlin: Deutscher Bundestag, 3.

<sup>274</sup> Vgl. hierzu auch Stockmann, Reinhard/Caspari, Alexandra (2001): „Nachhaltigkeit deutscher EZ-Projekte. Eine operationale Nachhaltigkeitsdefinition und ihre Anwendung“, in: *epd-Entwicklungspolitik* Nr. 14/2001, 26-29.

<sup>275</sup> Vgl. Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit und Entwicklung (2004): *Die Begriffswelt der GTZ*. Stand April 2004, Eschborn: GTZ, 97; als Internet-Download unter <http://www.gtz.de>.

vom Partner nicht fortgeführt werden können, mangelnde ‚ownership‘ und fehlender politischer Wille beim Partner.<sup>276</sup>

Dies verdeutlicht, warum sich das BMZ und die Durchführungsorganisationen so intensiv mit der Nachhaltigkeit von Projekten im Sinne ihrer dauerhaften Fortführung beschäftigt haben. Denn das „Sorgenkind der EZ“, die Nichtnachhaltigkeit von Maßnahmen über deren Förderdauer hinaus, erhöht den Legitimationsdruck auf die Entwicklungszusammenarbeit insgesamt. Aus diesem Grund hat das BMZ in einer Studie die langfristigen Wirkungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit untersuchen lassen, deren Ergebnisse im Jahr 2000 veröffentlicht wurden.<sup>277</sup> Das Problem der Doppeldeutigkeit des Begriffs Nachhaltigkeit wird darin durch die Verwendung des Begriffs der „langfristigen Wirkungen“ umgangen.<sup>278</sup> Im August 2002 wurde vom BMZ ein umfangreiches Evaluierungsraster veröffentlicht, das als Gliederungsschema und Check-Liste für die Erstellung der gutachterlichen Hauptberichte dienen soll. Auch darin wird Nachhaltigkeit sowohl im Sinne von Langfristigkeit als auch in der Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung gebraucht, was an manchen Stellen zu Missverständnissen führen kann.<sup>279</sup>

Auffallend ist, dass die beiden Diskussionsstränge zur Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit weitgehend unverbunden diskutiert werden. In seiner Betrachtung zur BMZ-Evaluierungsstudie hat Dirk Messner darauf hingewiesen, dass die untersuchte Langfristigkeit der Wirkungen nur ein notwendiges, aber noch kein hinreichendes Erfolgskriterium für EZ-Maßnahmen sind.<sup>280</sup> Daneben soll nach Messner die *Breitenwirksamkeit* von Projekten als gleichgewichtiges Kriterium berücksichtigt werden. Breitenwirksam ist ein Projekt für ihn,

---

<sup>276</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1999a): *Entwicklungszusammenarbeit – Erfolge und Probleme*. Auswertung der 1996/97 durchgeführten Evaluierung des BMZ. Reihe: BMZ aktuell, Nr. 097/April `99; Bonn: BMZ, 3.

<sup>277</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2000b): *Langfristige Wirkungen deutscher Entwicklungszusammenarbeit und ihre Erfolgsbedingungen*. Eine Ex-post-Evaluierung von 32 abgeschlossenen Projekten. BMZ spezial Nr. 19, Bonn: BMZ.

<sup>278</sup> Der Evaluierung der Einzelprojekte lag ein Leitfaden zugrunde, der auch einen Abschnitt zu „sektorübergreifenden Wirkungen“ enthält. Erfragt werden mögliche makroökonomische, ökologische und soziale Wirkungen und Innovationen bei der politischen Partizipation durch das jeweilige Projekt. Diese fließen gemeinsam als „Diffusionswirkungen in Nachbarsektoren/-systeme“ in die Projektbewertung ein. Die Bewertung erscheint jedoch zu grob, um Aussagen zur nachhaltigen Entwicklung treffen zu können; in der Studie wird auf diesen Aspekt nicht näher eingegangen.

<sup>279</sup> So ist beispielsweise nicht eindeutig zu erkennen, welche Begriffsfassung gemeint ist, wenn einleitend für die Evaluierung gefordert wird, dass dem Aspekt Nachhaltigkeit bei der Bewertung „in besonderem Maße Rechnung getragen werden“ soll. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2002b): *Evaluierungsraster*. Bonn: BMZ; als Internet-Download unter <http://www.bmz.de>, Stand: 5.2.2005.

<sup>280</sup> Vgl. Messner, Dirk (2001): „Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit und Breitenwirkung“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 42, Nr. 1, 14-16. Messner bezieht sich auf einen Beitrag von Reinhard Stockmann, Alexandra Caspari und Paul Kevenhörster, die als Mitwirkende an der Evaluierungsstudie des BMZ deren Kernergebnisse vorgestellt haben; vgl. Stockmann, Reinhard/Caspari, Alexandra/Kevenhörster, Paul (2000): „Langfris-



wenn es signifikante sektorale, regionale oder nationale Ausstrahlungskraft besitzt, zur Strukturbildung beiträgt oder Modellcharakter hat. Die Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung werden aber durch das Kriterium der Breitenwirksamkeit, das in der BMZ-Studie implizit berücksichtigt wird, ebenfalls nicht erfasst, so dass das beschriebene Problem der doppelten Verwendung des Nachhaltigkeits-Begriffs bestehen bleibt.

Aus ökonomischen und politischen Gründen ist die Einhaltung der für die Entwicklungszusammenarbeit formulierten Qualitäts- und Evaluationskriterien zweifellos sinnvoll und notwendig. Es stellt sich aber die Frage, ob ein Projekt in diesem Sinne ‚nachhaltig‘ sein kann, wenn es keinen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leistet oder diesem Ziel gar zuwiderläuft. So können beispielsweise Staudammprojekte, die vom BMZ in einer Broschüre von 1993 als Beitrag zur Agenda 21 genannt werden,<sup>281</sup> sektoral wie regional breitenwirksam und bezüglich der Zielgruppen relevant sein. Sie können das Kriterium der Wirtschaftlichkeit erfüllen und nach Ende der Förderung von lokalen Akteuren langfristig fortgeführt werden. Die ökologischen und sozialen Folgen können gleichzeitig so erheblich sein, dass diese ‚nachhaltigen‘ Projekte sich negativ auf die nachhaltige Entwicklung der Projektregion auswirken. Hier besteht also ein Klärungsbedarf, der über die Begriffsebene hinausgeht. Wenn nachhaltige Entwicklung das Leitbild der Entwicklungszusammenarbeit ist, muss der beschriebene Widerspruch aufgelöst werden. Projekte können dann nur förderwürdig sein, wenn sie einen Beitrag zur Umsetzung des Leitbildes leisten. Damit stellt sich auch auf der Ebene der EZ-Maßnahmen das Problem der Bewertung und Messbarkeit von nachhaltiger Entwicklung, für das bislang in der Entwicklungszusammenarbeit keine geeigneten Bewertungsraster zur Verfügung stehen. Ein Anknüpfungspunkt könnten hierbei Verfahren sein, die im Kontext der lokalen Agenda 21 für die Bewertung von „Agenda-Projekten“ entwickelt wurden und die sich zum Teil im Aufbau an den auf der kommunalen Ebene eingesetzten Indikatorensystemen zur Nachhaltigkeit orientieren.<sup>282</sup> Bei diesen Verfahren wird bei der Projektevaluation überprüft, welchen Einfluss ein Projekt auf die einzelnen Indikatoren und übergeordneten Teilziele der nachhaltigen Entwicklung hat.

---

tige Wirkung der staatlichen EZ“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 41, Nr. 10, 285-287.

<sup>281</sup> Vgl. den Tätigkeitsbericht des BMZ „Rio – ein Jahr danach“: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1993), 56. Diese Beispiele dienen hier nur als Referenz, ohne dass damit Aussagen über deren Nachhaltigkeit verbunden wären.

<sup>282</sup> Vgl. das „Projektbewertungsschema“ in: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Hrsg.) (2001): *LiNK21*. CD-ROM, bearbeitet von Volker Teichert und Stefan Wilhelmy. Wiesbaden: HLUG.

Bei Projekten, die in Entwicklungsländern durchgeführt werden, könnten national oder lokal angepasste Indikatorensysteme aus diesen Ländern für die Überprüfung herangezogen werden, um zu untersuchen, welche Effekte von einem Projekt oder einer EZ-Maßnahme für die nachhaltige Entwicklung des Landes oder einer Region zu erwarten sind. Für die Projekte, die sich auf die Kooperation und den Austausch mit Entwicklungsländern beziehen, wären entsprechend Bewertungssysteme internationaler Nachhaltigkeit heranzuziehen, wie sie in Kapitel 3.4 vorgestellt beziehungsweise in Teil II entwickelt werden. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll auf die mögliche Weiterentwicklung der Evaluationskriterien nur hingewiesen werden, eine Übertragung des eigenen Analyseraster auf die Projektebene erfolgt hier jedoch nicht.

### 3. MESSBARKEIT VON NACHHALTIGKEIT UND ENTWICKLUNG

#### 3.1 Die Indikatoren­debatte in der Entwicklungszusammenarbeit

Die internationale Entwicklungstheorie und -politik wurde ab Mitte der 1960er Jahre von einer intensiven Diskussion über Entwicklungs- und Sozialindikatoren begleitet. In Deutschland, wo die Debatte etwa zehn Jahre später einsetzte, wurde die Rezeption der sozialen Indikatoren maßgeblich durch die Arbeiten von Wolfgang Zapf<sup>283</sup> geprägt, während die Entwicklungsländerforschung entscheidende Impulse durch das „Handbuch der Dritten Welt“ (HDW) erhielt, das erstmals 1974 von Dieter Nohlen und Franz Nuscheler herausgegeben wurde. Der erste Band des Handbuchs versammelte zahlreiche Beiträge zur internationalen Diskussion über entwicklungsbezogene Indikatoren und stellte einige zentrale Indikatorensysteme vor, die nachfolgend eingehender betrachtet werden. Bislang sind drei Auflagen dieses Standardwerkes erschienen, deren unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bereits ein Indiz für die Entwicklung der Indikatoren­diskussion in Deutschland sind. In der ersten Ausgabe trägt Band 1 den Titel „Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung“, was auf die herausgehobene Bedeutung hinweist, die der Indikatoren­diskussion innerhalb der Entwicklungstheorie zu Beginn der 1970er Jahre zugewiesen wurde. Bei der zweiten Ausgabe von 1982 wurde daraus „Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren“, 1993 war schließlich in der dritten Ausgabe der Begriff ‚Indikatoren‘ aus dem Titel verschwunden und findet sich in Band 1 nur noch als Kapitelüberschrift, „weil die ‚Indikator­Bewegung‘ seit der lebhaften Diskussion in den 70er Jahren wenig Fortschritte machte“.<sup>284</sup>

##### 3.1.1 Kriterien der Indikatorbildung

Zu Beginn der internationalen Entwicklungspolitik Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre stand das Bruttoinlandsprodukt (BIP) beziehungsweise das Bruttosozialprodukt (BSP) im Mittelpunkt der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien:<sup>285</sup> Der Entwicklungs-

---

<sup>283</sup> Siehe u.a. Zapf, Wolfgang (Hrsg.) (1974): *Soziale Indikatoren. Konzepte und Forschungsansätze II*. Frankfurt am Main/New York: Herder & Herder.

<sup>284</sup> Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1993a): „Vorwort der Herausgeber“, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) (1993), 7-8 (Zitat: 7).

<sup>285</sup> In der nichtökonomischen Diskussion werden die beiden Begriffe nicht immer trennscharf verwandt. Das Bruttoinlandsprodukt beruht auf dem Inlands­konzept und misst die im Inland erzeugte Wertschöpfung; es ist demnach ein Produktionsindikator. Das Bruttosozialprodukt basiert auf dem Inländer­konzept und ergibt sich, indem man vom BIP die Primäreinkommen von Ausländern im Inland subtrahiert und die Primäreinkommen addiert, die Inländer im Ausland erzielt haben. Das BSP wird daher als Einkommensindikator bezeichnet. Die

grad der Länder wurde über den Indikator „BIP pro Kopf“ bestimmt. Als „unterentwickelt“ wurden jene Länder eingestuft, die weniger als 25 Prozent des US-amerikanischen Pro-Kopf-Einkommens aufwiesen. Im ersten *World Economic Survey* der Vereinten Nationen, der 1951 erschien, wurde Entwicklung mit Wachstum gleichgesetzt, wobei sich Wachstum auch hier auf die – von der Statistik erfasste – Wirtschaftsleistung bezog und Entwicklung durch die Erhöhung des Volkseinkommens beziehungsweise des Pro-Kopf-Einkommens definiert wurde.<sup>286</sup> Demzufolge wurde von den Vereinten Nationen auf US-amerikanische Initiative hin für die erste Entwicklungsdekade das Ziel einer durchschnittlich fünfprozentigen Steigerung des (am realen Zuwachs des BSP gemessenen) Wirtschaftswachstums beschlossen, das jedes einzelne Entwicklungsland am Ende des Jahrzehntes erreicht haben sollte. Der jährliche Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens sollte in dieser Periode drei Prozent erreichen.<sup>287</sup>

Auch wenn man zunächst einmal von der Kritik an dieser Verkürzung von Entwicklung abieht (siehe hierzu Kapitel 3.2), sind diese Beispiele für die Betrachtung der weiteren Indikatorendiskussion sehr aufschlussreich. Es wird erstens deutlich, dass Indikatoren von Beginn an ein wesentlicher Bestandteil der entwicklungspolitischen Diskussion gewesen sind.<sup>288</sup> Zweitens zeigt sich, dass Indikatoren mehrere Funktionen haben können: eine analytische zur Bestimmung des Entwicklungsstandes, eine strategische zur Zielbeschreibung und eine Kontrollfunktion zur Überprüfung der Zielerreichung. Drittens drückt sich in der Wahl des Indikators „BSP pro Kopf“ die Dominanz der ökonomischen Theorieansätze gerade in der Anfangsphase von Entwicklungstheorie und -politik aus. Das bedeutet, dass Indikatoren und Indikatorensysteme auch ‚Anzeiger‘ für Gegenstand und Entwicklung der wissenschaftlichen und politischen Diskussion sind. Für das Verständnis von Indikatoren ist es wichtig, ihren

---

Mitte der 1990er Jahre eingeführte neue offizielle Bezeichnung für das BSP, das Bruttonationaleinkommen (BNE) setzt sich erst allmählich durch. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002a): *Statistisches Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Metzler Poeschel, 624-625.

<sup>286</sup> Vgl. Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1974a): „Entwicklungstheorien und Entwicklungsbegriff“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.) (1974): *Handbuch der Dritten Welt*, Band 1 – Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung. 1. Auflage, Hamburg: Hoffmann und Campe, 13-33, (hier: 25).

<sup>287</sup> Vgl. Meyer, Jörg-Udo/Seul, Dieter/Klingner, Karl-Heinz (1971): *Die zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen. Konzept und Kritik einer globalen Entwicklungsstrategie*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag, 18ff.

<sup>288</sup> Trotz der Bedeutung von Indikatoren sowohl für die analytische wie auch für die strategisch-teleologische Funktion der verschiedenen Entwicklungstheorien muss zwischen der Indikatorendiskussion und der entwicklungstheoretischen beziehungsweise entwicklungspolitischen Diskussion unterschieden werden, da nicht selten der gleiche Indikator von unterschiedlichen ‚Schulen‘ verwendet wird: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf war beispielsweise in der Modernisierungstheorie ebenso wie in der Dependenztheorie als Maß zur Überprüfung der Entwicklungserfolge von zentraler Bedeutung, doch wurde der Indikator und dessen Beeinflussbarkeit unterschiedlich interpretiert.

Stellenwert gegenüber einer einfachen Zusammenstellung statistischer Daten herauszuarbeiten:

„[Ö]konomische und soziale Indikatoren sind nicht einfach Statistiken, und Statistiken sind nicht ipso facto Indikatoren – es sei denn, eine Theorie oder Annahme macht sie dazu, indem die Indikator-Variable zu einem Phänomen in Beziehung gesetzt wird, das nicht ist, was sie direkt und umfassend misst.“<sup>289</sup>

McGranahan verweist in diesem Zusammenhang auf ein Beispiel, um den Unterschied zwischen einer statistischen Größe beziehungsweise einer Maßeinheit und einem Indikator zu verdeutlichen: Die Quote der eingeschriebenen Schüler ist zunächst einmal nur eine *Maßeinheit* für Verschulung; sie kann aber unter bestimmten Voraussetzungen als ein *Indikator* für das Bildungsniveau eines Landes verwendet werden.<sup>290</sup> Deutlich wird dabei zugleich, dass der gewählte Indikator nur einen Teil dessen berücksichtigt, was das Bildungsniveau eines Landes insgesamt ausmacht. In diesem Sinne lassen sich *Partialität* und *Substituierbarkeit* als wesentliche Prinzipien der Indikatorbildung beschreiben. Partialität meint dabei, dass ein Indikator etwas anzeigt, was er selbst nur teilweise ist. Daraus ergibt sich folglich auch das Prinzip der Substituierbarkeit, denn wenn ein Indikator auf ein Phänomen hinweist, dass er nur zum Teil zu erfassen vermag, sind auch weitere Indikatoren möglich, die die gleichen oder andere Facetten dieses Phänomens oder eines komplexen Sachverhalts abbilden und die dann ebenso als Anzeiger für das Ganze genommen werden können.<sup>291</sup>

Aus methodischer Sicht liegt es bei der Auswahl von Indikatoren und der Entwicklung von Indikatorensystemen nahe, jene Indikatoren bestimmen zu wollen, die eine hohe Signifikanz aufweisen und die daher für einen bestimmten Sachverhalt besonders repräsentativ sind.<sup>292</sup> McGranahan hat in diesem Kontext jedoch darauf hingewiesen, dass viele Ziele der sozialen Entwicklung wie Gesundheit und Sicherheit sich entweder nicht direkt messen lassen oder nicht eindeutig definiert sind, was die Auswahl des ‚besten‘ Indikators – auch bei Anwendung statistischer Berechnungsmethoden – erschwert und diese oft nur als Näherung unter Annahme einer Ursache-Wirkung- oder Teil-Ganzheits-Beziehung möglich ist. Doch kann, so McGranahan, „ein Indikator, der deutlich sichtbare Mängel aufweist, dennoch in der Praxis

---

<sup>289</sup> McGranahan, Donald (1974): „Entwicklungsindikatoren und Entwicklungsmodelle“, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) (1974), 208-221 (Zitat: 208)

<sup>290</sup> Vgl. McGranahan (1974), 208.

<sup>291</sup> Vgl. Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1993d): „Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung“, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) (1993), 78.

<sup>292</sup> Vgl. Nohlen/Nuscheler (1993d), 79.

gut zu gebrauchen sein“.<sup>293</sup> Dies trifft dann zu, wenn die für die Näherung getroffene Annahme allgemein plausibel erscheint. Als Beispiel verweist McGranahan hierzu wieder auf die „Zahl der eingeschriebenen Schüler“, die ja noch nichts über die Qualität des Unterrichts oder den tatsächlichen Schulbesuch aussage, die aber dennoch die Indikatorfunktion relativ gut erfülle.

McGranahan unterscheidet zwei Arten von Indikatoren, die sich aus der jeweiligen Beziehung zwischen Indikator und Entwicklung beziehungsweise zwischen Indikator und Entwicklungsziel ergeben:

- Einige Entwicklungsziele wie die Verringerung der Arbeitslosigkeit oder die Verringerung der Kindersterblichkeit lassen sich demnach „direkt und umfassend“ messen und in quantitativer Form ausdrücken. Es handelt sich dabei dann um eine „operationale Definition“, die als „Entwicklungsindikator“ bezeichnet werden kann, wenn sie ein anerkanntes Entwicklungsziel oder Element von Entwicklung misst. Bei der Verwendung solcher Indikatoren in Indikatorensystemen ist jedoch im Einzelfall zu prüfen, ob es sich dabei um ein „wahres Ziel“ (McGranahan) oder Element von Entwicklung handelt.<sup>294</sup>
- Da viele Entwicklungsziele nicht direkt oder nicht umfassend mit Indikatoren erfasst werden können – was gerade bei der Bildung von Nachhaltigkeitsindikatoren Probleme bereitet – muss man hier auf repräsentative Indikatoren ausweichen. McGranahan sieht dabei jedoch die Gefahr, dass diese Stellvertreterindikatoren sich selbst in Ziele verwandeln und als solche sanktioniert werden. In der Entwicklungsplanung könne dies dazu führen, dass Maßnahmen zur Beeinflussung des hilfsweise herangezogenen Indikators eingesetzt werden, während das wahre Ziel aus dem Blickwinkel gerät – der Indikator also ein Eigenleben entwickelt.

Über die von McGranahan vorgenommene Differenzierung hinaus kann bei den so genannten Stellvertreterindikatoren noch einmal unterschieden werden zwischen den Fällen, bei denen das ‚Ziel‘ auf Grund seiner Komplexität oder mangelnder definatorischer Abgrenzung eine

---

<sup>293</sup> McGranahan (1974), 210. Eine vergleichbare Argumentation findet sich später bei James O’Connor, der – vor allem im Hinblick auf den Erhebungsaufwand und die damit verbundenen Kosten die Forderung nach „optimally inaccurate indicators“ erhoben hat. Vgl. O’Connor, James (1994): *Towards Environmentally Sustainable Development. Measuring Progress*. Paper presented to the 19th Session of the General Assembly of IUCN, Buenos Aires, Jan. 18-26, 1994.

<sup>294</sup> Die Frage der Bestimmung von ‚wahren Zielen‘ wird in Kapitel 4 wieder aufgegriffen.

unmittelbare Messung durch einen oder mehrere Indikatoren verhindert (etwa Gesundheit oder Gerechtigkeit), und jenen Fällen, bei denen das Ziel zwar prinzipiell eindeutig und messbar ist, es aber an entsprechenden Daten mangelt. Ein Beispiel aus der aktuellen Diskussion über Nachhaltigkeitsindikatoren zeigt, dass es dabei auch auf die politisch-administrative Ebene ankommt, auf die der jeweilige Indikator angewendet werden soll: Der Indikator „Kohlendioxid-Emissionen pro Kopf“ wird als „operationale Definition“ des Beitrags zum globalen Klimawandel allgemein akzeptiert. Die für die Berechnung erforderlichen Rohdaten zum Verbrauch fossiler Energieträger sind aber nur auf nationaler und globaler Ebene verfügbar, weshalb auf kommunaler Ebene häufig der „Stromverbrauch der privaten Haushalte pro Kopf“ als Stellvertreterindikator verwendet wird.<sup>295</sup>

Die Frage der Datenverfügbarkeit ist, auch in der aktuellen Debatte der Nachhaltigkeitsindikatoren, ein zentrales Problem der Indikatorenbildung, das in der Methodendiskussion über Entwicklungsindikatoren durch den Einfluss der Sozialindikatorenbewegung in den 1960er Jahren erheblich an Bedeutung gewann.<sup>296</sup> Das *United Nations Research Institute for Social Development* (UNRISD) hat die Verfügbarkeit von Daten als ein wesentliches Kriterium bei der Auswahl von Indikatoren benannt, „weil auch das beste Maß nicht messen kann, wenn nicht ausreichend Daten vorliegen“.<sup>297</sup> Gegen diesen pragmatischen Ansatz in der Sozialindikatorenforschung wurde der Einwand erhoben, dass damit wesentliche Elemente von Entwicklung unberücksichtigt blieben und soziale Indikatoren dann nur noch ein „Sammelurium heterogener Daten“<sup>298</sup> darstellten.

---

<sup>295</sup> Vgl. Heiland, Stefan u.a. (2003): *Indikatoren zur Zielkonkretisierung und Erfolgskontrolle im Rahmen der Lokalen Agenda 21*. Berlin: UBA; Teichert, Volker/Diefenbacher Hans/Dümig, Dorothee/Wilhelmy, Stefan (2002): *Indikatoren zur Lokalen Agenda 21 – Ein Modellprojekt in sechzehn Kommunen*. Opladen: Leske und Budrich, 145.

<sup>296</sup> Zum Begriff der „Bewegung sozialer Indikatoren“ siehe: Werner, Rudolf (1975): *Soziale Indikatoren und politische Planung*. Reinbek: Rowohlt. Zur Entstehung und Entwicklung der Sozialindikatorenforschung siehe: Teichert, Volker (1995): *Perspektiven sozial-ökologischer Bilanzierung*. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Graue Reihe, Band 94. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

<sup>297</sup> Nohlen/Nuscheler (1993d), 81.

<sup>298</sup> Schwefel, Detlef (1972): *Beiträge zur Sozialplanung in Entwicklungsländern*. Berlin: Bruno Hessling 7; vgl. hierzu auch Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1974b): „Indikatoren von Unterentwicklung/Entwicklung“, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) (1974), 325-359 (hier: 328).

### 3.1.2 Inhaltliche Erweiterung durch Entwicklungs- und Sozialindikatoren

Ziel der Forschungsarbeiten der Sozialindikatoren-Bewegung und insbesondere von UNRISD war, eine umfassende und ausgewogene Messung und Bewertung des Zustandes und der Veränderungen gesellschaftlicher Lebensbedingungen zu ermöglichen.<sup>299</sup> Durch die Konstruktion sozialer Indikatoren für soziale Phänomene und Prozesse sollte eine den wirtschaftswissenschaftlichen Statistiken vergleichbare Objektivierung erreicht werden:

„Die wissenschaftliche Diskussion über die ‚Entwicklungsindikatoren‘ ist Teil der so genannten ‚Indikator-Bewegung‘, also des Versuchs von Sozialwissenschaftlern, Statistikern und internationalen Organisationen, über die methodologischen Bemühungen um eine stärkere Quantifizierung der Gesellschaftsanalyse und der empirischen Präzisierung gesellschaftstheoretischer Begriffe hinaus die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung durch ein umfassendes soziales Informationssystem zu ergänzen.“<sup>300</sup>

Dazu sollten Indikatoren entwickelt werden, die bezüglich Aussagekraft und Belastbarkeit der Datenbasis den in der Wirtschaftsstatistik eingeführten ‚harten‘ ökonomischen Indikatoren nicht nachstehen sollten. Dies hat gleichzeitig dazu geführt, ebendiese ökonomischen Messgrößen – insbesondere das Bruttosozialprodukt – kritisch zu hinterfragen. Dudley Seers Beitrag zum HDW, der mit der Frage „Was wollen wir messen?“<sup>301</sup> überschrieben ist, fasst vier in der Diskussion häufig wiederkehrende Kritikpunkte am BSP als zentralem Entwicklungsindikator zusammen:

- Die Erfahrungen der ersten Entwicklungsdekade haben gezeigt, dass auch ein rasch steigendes Pro-Kopf-Einkommen nicht zwangsläufig zur Lösung der sozialen und politischen Probleme führt. Die unterstellte positive Korrelation zwischen Wachstum, politischer Stabilität und sozialer Entwicklung wird daher grundsätzlich in Frage gestellt.
- Von dem Indikator werden selbst aus dem Bereich der Ökonomie wichtige Aspekte von Entwicklung nicht berücksichtigt; dazu zählen insbesondere die Frage der Einkommensverteilung und die Arbeitslosigkeit.

---

<sup>299</sup> Vgl. Teichert (1995), 75.

<sup>300</sup> Nohlen/Nuscheler (1974b), 325.

<sup>301</sup> Seers, Dudley (1974): „Was wollen wir messen?“, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), 222-238.



- Die Berechnung des Bruttosozialprodukts ist mit konzeptionellen und messtechnischen Problemen verbunden, die in Entwicklungsländern in besonderer Weise zum Tragen kommen. Viele Variablen wie zum Beispiel die Erträge von Subsistenzlandwirtschaft, der Hausbau auf dem Land durch ‚Nachbarschaftshilfe‘ und die Hausarbeit werden nicht berücksichtigt. Von einem objektiven Indikator kann demnach nicht gesprochen werden, da sich in der Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts ein Werturteil widerspiegelt. Den Einwand bezüglich einer mangelnden Datenverfügbarkeit in den genannten Bereichen hält Seers für unzureichend, da sich die Wertsetzung auch darin ausdrücke, welche Daten erhoben werden und welche nicht.
- Die Belastbarkeit von offiziellen Daten wird für viele Entwicklungsländer als sehr gering eingestuft, womit der Manipulation die Tür offen stehe. Seers bemerkt hierzu: „Dezimalstellen sind reine Phantasie. Einige Datenreihen sind tatsächlich noch irreführender als eine Reihe von Zufallszahlen, weil sie signifikant erscheinen.“<sup>302</sup>

Insbesondere die Vorwürfe der willkürlichen Bestimmung von Wohlstand und einer unzureichenden ‚Bemessungsgrundlage‘ des BSP wurden in der ökonomischen Debatte über die Notwendigkeit einer ökologischen Erweiterung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wieder aufgegriffen.<sup>303</sup> Alternativen zum BSP wurden entweder in einer konzeptionellen Erweiterung des Indikators selbst oder in einer Ergänzung durch weitere Indikatoren gesucht. Harvey Leibenstein und Wilfried Guth legten jeweils bereits 1957 „wirtschaftliche Kriterien“ (Leibenstein) beziehungsweise „Kriterien wirtschaftlicher Unterentwicklung“ (Guth) vor, die eine differenziertere Bestimmung von Unterentwicklung zum Ziel hatten. Berücksichtigt wurden dabei unter anderem der Lebensstandard der Bevölkerung, die Ernährungslage, die Spar- und Investitionsquote, die Exportstruktur und die landwirtschaftliche Produktion.

Die aufgestellten Kriterien waren entweder bereits als Indikatoren formuliert oder setzten zur Überprüfung die Verwendung von Indikatoren voraus (zum Beispiel „hoher Anteil der Bevölkerung [50-80 Prozent] ist in der Landwirtschaft beschäftigt“).<sup>304</sup> Der von Leibenstein vorgelegte Kriterienkatalog zur Bestimmung von Unterentwicklung enthielt neben den ökonomischen auch soziale und demographische Kriterien und Indikatoren. Diese Kategorien finden

---

<sup>302</sup> Seers (1974), 229.

<sup>303</sup> Eine ausführliche Darstellung der Diskussion findet sich in: Diefenbacher (2001a), 120ff.

<sup>304</sup> Vgl. Nohlen/Nuscheler (1974a), 14-16. Zur Aktualität der Kataloge vgl. die Kriterien bei: Andersen, Uwe: „Entwicklungspolitik/-hilfe“, in: Woyke, Wichard (Hrsg.) (2000): *Handwörterbuch Internationale Politik*. Bonn: BpB, 79-89.

sich in allen fünf von Nohlen/Nuscheler 1974 in Band 1 des HDW zusammengestellten Indikatorensystemen wieder und wurden zum Teil durch weitere Bereiche wie Kultur, politisches System oder Militär ergänzt. Die von Nohlen/Nuscheler untersuchten Indikatorenansätze, auf deren Basis sie eine eigene „Quantifizierte Zeitreihen-Analyse von Unterentwicklung/Entwicklung“ ableiten, sind:

- zwei Listen mit 73 beziehungsweise 24 UNRISD-Indikatoren;
- „soziale, politische und ökonomische Indikatoren nach Irma Adelman/Cynthia T. Morris“;
- eine „Liste der 172 komparativen Indikatoren für Afrika nach Morrison/Mitchell/Paden/Stevenson“;
- eine „Indikatorenliste der ersten regionalen Evaluierung für Lateinamerika“ der CEPAL sowie
- „Ausgewählte Indikatoren zur Auswertung von Zielen und Maßnahmen der Internationalen Entwicklungsstrategie auf lokaler Ebene nach UNRISD“.

In der von UNRISD 1970 vorgelegten Liste mit 73 Entwicklungs- und Strukturindikatoren beziehen sich 38 Indikatoren auf soziale und demographische Aspekte und 35 Indikatoren auf den wirtschaftlichen Bereich. In zwei Reduktionsschritten hat UNRISD diese Indikatoren durch Korrelationsverfahren zu 24 *core indicators* aggregiert, die in Tabelle 3 aufgeführt sind. Die wirtschaftlichen Kernindikatoren machen auch hierbei nur knapp die Hälfte aller Indikatoren aus. Mit dem Terminus ‚Entwicklungsindikatoren‘ soll auf den Bezug zu allgemein akzeptierten Entwicklungszielen hingewiesen werden, während die übrigen Indikatoren Strukturen indizieren sollen.<sup>305</sup>

Auffallend ist, dass bei der Reduktion der UNRISD-Indikatorenliste von 73 auf 24 Indikatoren der Bereich „Handel“ stärker als andere Themenfelder ‚verdichtet‘ wurde; nämlich von zunächst zehn Indikatoren auf einen Indikator („Außenhandel pro Kopf“). Da sich die übrigen Themenfelder und Indikatoren ausschließlich auf die Binnenentwicklung beziehen, wurde damit die Abbildung internationaler Beziehungen in der reduzierten Indikatorenliste insgesamt erheblich eingeschränkt.

---

<sup>305</sup> Vgl. Nohlen/Nuscheler (1974b), 327.

**Tabelle 3: Liste der 24 UNRISD-Kernindikatoren**

Entwicklungs-Indikatoren	Struktur-Indikatoren
<b>Soziale und demographische Indikatoren</b>	
<i>Gesundheit und Bevölkerung</i>	
1. Lebenserwartung bei der Geburt	2. Geburtenrate
	3. Bevölkerung in Städten von 20.000 und mehr Einwohnern in Prozent der Gesamtbevölkerung
	4. Proportionale Sterblichkeitsrate
<i>Ernährung</i>	
5. Verbrauch von tierischem Protein pro Kopf und Tag	6. Anteil der Kalorien aus Getreide und stärkehaltigen Wurzeln in Prozent des gesamten Kalorienverbrauchs
<i>Erziehung</i>	
7. Kombinierte Primar- und Sekundarscholarisation in Prozent der Altersgruppe zwischen 5-19 Jahren	
8. Weiterbildende Scholarisation in Prozent der Altersgruppe zwischen 15 und 19 Jahren	
<i>Wohnen</i>	
9. Durchschnittszahl der Personen pro Räume	
10. Häuser mit Elektrizität in Prozent aller Häuser	
<i>Kommunikation</i>	
11. Zeitungen (täglich, allg. informierend) pro 1.000 Einwohner	
12. Telefone pro 100.000 Einwohner	
13. Radio-Empfänger pro 1.000 Einwohner	
<b>Wirtschaftliche Indikatoren</b>	
<i>Transport und Dienstleistungen</i>	
	14. Anteil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in den Bereichen Elektrizität, Gas, Wasser, Sanitär, Transport, Handel und Kommunikation (ISIC)
<i>Landwirtschaft</i>	
15. Landwirtschaftliche Produktion auf einen männlichen Landarbeiter (ISIC Abteilung 0)	16. Anteil der männlichen Arbeitskräfte [Anm. d. Verf.: in der Landwirtschaft] in Prozent der gesamten männlichen Arbeitskräfte (ISIC Abteilungen 5,7).
<i>Industrie</i>	
17. Elektrizitätsverbrauch in KWh pro Kopf	20. BSP aus der verarbeitenden Industrie in Prozent des gesamten BSP (ISIC Abteilungen 2-3)
18. Stahlverbrauch in kg pro Kopf	
19. Energieverbrauch in kg Kohle-Ersatz pro Kopf	
<i>Handel</i>	
21. Außenhandel (Summe der Importe und Exporte pro Kopf und 1960er Dollars)	

(Fortsetzung nächste Seite)

Entwicklungs-Indikatoren	Struktur-Indikatoren
<i>Allgemein</i>	
	22. Lohn- und Gehaltsempfänger in Prozent der gesamten wirtschaftlich aktiven Bevölkerung
	23. Strukturelle Differenz in der Produktion
	24. Ausgaben für Nahrungsmittel in Prozent des gesamten privaten Verbrauchs

Quelle: UNRISD (1970): „The Concept of Development and its Measurement“, in: *International Social Science Review*, 2/1970, 5; übernommen aus: Nohlen/Nuscheler (1974), 334-335.

Die von der CEPAL 1973 konzipierte Indikatorenliste zur „ersten regionalen Evaluierung für Lateinamerika“ in Bezug auf die internationale Entwicklungsstrategie legte einen Schwerpunkt auf die Abbildung der internationalen Aspekte. Dies ist vor dem Hintergrund der von der CEPAL propagierten, maßgeblich von der Dependenztheorie beeinflussten Entwicklungsstrategie zu sehen. Die CEPAL beschränkte sich dabei auf ökonomische Variablen; von den 193 Indikatoren entfallen rund zwei Fünftel auf die Bereiche „Außenhandel“ und „Auslandsinvestitionen“. Es werden darunter vor allem Bestands- und Stromgrößen zu Waren und Dienstleistungen sowie zu Finanzen (Investitionen, Kapitalhilfen und Schulden) erfasst, aber auch die Entwicklung regionaler Kapazitäten berücksichtigt (wie zum Beispiel der Indikator „gesamte Tonnage der in Lateinamerika gebauten Schiffe“).

Als innovativ ist die Berücksichtigung des internationalen Tourismus als wesentlicher Wirtschaftsfaktor anzusehen. Die „Einnahmen durch Tourismus“ werden in dem CEPAL-System absolut (in Mio. Dollar) und in Relation zu den Exporten von Gütern und Dienstleistungen erfasst; bei den „Ausgaben für Tourismus im Ausland“ ist neben den Absolutwerten der Anteil „in Prozent der Einnahmen durch Tourismus“ vorgesehen. Ein weiteres Kennzeichen des CEPAL-Ansatzes ist die stark ausgeprägte regionale Orientierung: Die ersten beiden Hauptteile („Verhalten der Region hinsichtlich der Ziele der IES“ und „interne Anstrengungen“) beziehen sich jeweils auf Lateinamerika insgesamt. Bei den beiden anderen Hauptteilen zu den außenwirtschaftlichen Beziehungen werden die Herkunfts- beziehungsweise Zielregionen USA, EWG, Japan und sozialistische Länder sowie die „interzonale“ wirtschaftliche Zusammenarbeit jeweils mit mehreren Indikatoren gesondert betrachtet. Tabelle 4 zeigt die vier Haupt- und 21 Unterbereiche der CEPAL-Liste sowie die Anzahl der jeweils zugeordneten Indikatoren.

**Tabelle 4: Themenbereiche der CEPAL-Indikatorenliste**

Nr.	Haupt- und Unterbereich	Anzahl der Indikatoren
<b>Verhalten der Regionen hinsichtlich der Ziele der IES</b>		
1.	Makroökonomische Wachstumsaspekte	13
2.	Bevölkerungsentwicklung und sozialer Wandel a) Wachstum der Bevölkerung b) Urbanisierung, räumliche Mobilität und Aufgliederung der Bevölkerung c) Einkommensverteilung und Lebensbedingungen d) Beschäftigung und Nutzung der menschlichen Arbeitskraft e) Ausdehnung des Erziehungswesens f) Ausdehnung des Gesundheitswesens g) Soziale Sicherheit h) Lebensmittelangebot und Ernährung i) Wohnen	46
<b>Die internen Anstrengungen</b>		
3.	Globale Entwicklung von Investitionen und Produktivität	6
4.	Ausweitung der Produktion und Nutzung der Ressourcen in Land- und Viehwirtschaft	14
5.	Ausweitung der Produktion und Nutzung der Erz- und Energieressourcen	20
6.	Ausdehnung der Produktion und Nutzung der Ressourcen in der verarbeitenden Industrie	9
7.	Sparanstrengungen	5
8.	Öffentliche Investitionsmittel	6
<b>Außenhandel</b>		
9.	Globale Entwicklung durch Außenhandel	11
10.	Außenhandel mit den USA	4
11.	Außenhandel mit der EWG	7
12.	Außenhandel mit Japan	4
13.	Außenhandel mit den sozialistischen Ländern	3
14.	Ausweitung und Diversifizierung des Rohstoffhandels	5
15.	Ausweitung des Handels industrieller Erzeugnisse	6
16.	Unsichtbarer Handel (Dienstleistungen) einschließlich der Handelsschifffahrt	11
<b>Auslandsinvestitionen</b>		
17.	Globale Entwicklung der Auslandsinvestitionen	3
18.	Kredite und Kapitalhilfen der entwickelten Länder und der multinationalen Institutionen	4
19.	Öffentliche Auslandsverschuldung	3
20.	Auslandsinvestitionen	2
21.	Ausweitung des Handels, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und regionalen Integration zwischen den Ländern Lateinamerikas	11

Quelle: UN/CEPAL (1973): *América Latina y la estrategia internacional de desarrollo: Primera evaluación regional. Anexo: Indicadores utilizados en la evaluación*, hekt Mskt., Santiago. übernommen aus: Nohlen/Nuscheler (1974), 342-349.

Auf eine detaillierte Darstellung der Indikatoren wurde hier aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet, zumal es sich dabei in den hier relevanten Bereichen „Außenhandel“ und „Auslandsinvestitionen“ um Variationen ‚klassischer‘ Kenngrößen zur Außenwirtschaft handelt, die in die Auswertung in Kapitel 4.2 einfließen.

Die von D. G. Morrison u.a. in dem Band „Black Africa. A comparative Handbook“ zugrunde gelegte Indikatorenliste ist mit 172 Indikatoren ähnlich umfangreich wie das von der CEPAL verwendete Set, doch ist sie thematisch breiter angelegt, wie die Auflistung der Themenfelder in Tabelle 5 zeigt.

**Tabelle 5: Themenfelder der „Liste der 172 komparativen Indikatoren für Afrika“ von Morrison/Mitchell/Paden/Stevenson**

Nr.	Themenfeld	Anzahl der Indikatoren
1	Demographie, Ökologie, Pluralismus	8
2	Kultureller Pluralismus a) Sprachlicher Pluralismus (7 Indikatoren) b) Religion (11 Indikatoren)	18
3	Beschäftigung, Energie, Investitionen	11
4	Soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt	9
5	Bildungswesen	23
6	Massenkommunikation und Transport	12
7	Merkmale des politischen Systems	9
8	Politische Parteien und Wahlen	8
9	Ausmaß des Staatseinflusses	11
10	Militär und innere Sicherheit	11
11	Politische Instabilität	5
12	Internationale Wirtschaftshilfe	9
13	Außenhandel	15
14	Internationale Beziehungen	8
15	Urbanisation	8
16	Ethnischer Pluralismus	7

Quelle: Morrison, D.G./Mitchell, R.C./Paden, J.N./Stevenson, H.M. (1972): *Black Africa. A Comparative Handbook*. New York, London; übernommen aus: Nohlen/Nuscheler (1974), 337-341.

Für die Entwicklung der Indikatorendiskussion ist der Ansatz von Morrison (u.a.) aus dem Jahr 1972 interessant, da er im Gegensatz zu den zuvor behandelten Indikatorensets eine Betrachtung des politischen Systems und der politischen Prozesse in den zu untersuchenden Ländern umfasst. Morrison (u.a.) griffen damit die politischen Aspekte aus einem von Irma Adelman und Cynthia T. Morris 1967 vorgelegten Ansatz wieder auf.<sup>306</sup> Im Unterschied zu Adelman/Morris beschränkten sich Morrison (u.a.) aber nicht auf innerstaatliche Belange, sondern entwickelten auch Indikatoren zu den internationalen politischen Beziehungen (Tabelle 6).

**Tabelle 6: Internationale Beziehungen bei Morrison u.a.**

<b>14</b>	<b>Internationale Beziehungen</b>
14.1	Zahl der ins Ausland entsandten Diplomaten
14.2	Zahl der ausländischen Diplomaten im jeweiligen Land
14.3	Mitgliedschaft in den wichtigsten regionalen und internationalen Organisationen/Konferenzen
14.4	Mitgliedschaft in den bedeutenderen multilateralen afrikanischen Wirtschaftsorganisationen
14.5	Zahl der im jeweiligen Land tätigen internationalen NPOs
14.6	Zahl der im jeweiligen Land tätigen multinationalen Unternehmen
14.7	Erfahrung mit externen Aggressionen oder Bedrohungen
14.8	Repräsentation der Ostblock-Staaten, 1967

Quelle: Morrison, D.G./Mitchell, R.C./Paden, J.N./Stevenson, H.M. (1972): *Black Africa. A Comparative Handbook*. New York, London; übernommen aus: Nohlen/Nuscheler (1974), 340-341.

So bemerkenswert die thematische Öffnung der Indikatorendiskussion durch das von Morrison u.a. vorgeschlagene Set ist, so lassen die aufgeführten Indikatoren zu den internationalen Beziehungen doch erhebliche Defizite erkennen. Obwohl diese Liste von Morrison u.a. als Liste „komparativer“ Indikatoren bezeichnet wird – was angesichts der Funktion von Indikatoren eigentlich selbstverständlich ist – fehlt bei zahlreichen ‚Indikatoren‘ eine Bezugsgröße, so dass ein sinnvoller Vergleich nicht möglich ist: Ein Ländervergleich auf der Grundlage des Indikators 14.6 zu multinationalen Unternehmen sagt wenig über die Bedeutung multinationaler Unternehmen in einzelnen Ländern aus, wenn kein Bezug zur Gesamtzahl der in einem Land tätigen Unternehmen, zur Wirtschaftsleistung des Landes oder zumindest zu seiner Be-

<sup>306</sup> Zur Bedeutung der Arbeit von Adelman und Morris vgl. Nohlen/Nuscheler (1974b), 350; die Liste der von ihnen vorgeschlagenen Indikatoren findet sich ebenda, 336.

völkerungsgröße hergestellt wird. Andere von Morrison u.a. aufgenommene quantitative Größen sind für einen Ländervergleich zwar relevant, doch handelt es sich nicht um Indikatoren. Beispiele hierfür sind im ersten Themenbereich „1.1 Gebiet“ (selbst wenn man hierfür die Spezifikation „Gebietsgröße“ beziehungsweise „Größe des Staatsgebiets“ unterstellt) und im Themenbereich „Merkmale des politischen Systems“ der ‚Indikator‘ „7.1 Größe des Parlaments“.

Bei einigen der zum Themenbereich „Internationale Beziehungen“ angeführten Kenngrößen lässt sich illustrieren, dass durch das Fehlen der Bezugsgröße die Intention des Indikatorenansatzes ins Leere läuft: Im Hinblick auf die 1972 in Afrika noch nicht abgeschlossene Entkolonisation sollte mit den Indikatoren „14.1 Zahl der ins Ausland entsandten Diplomaten“ und „14.2 Zahl der ausländischen Diplomaten im jeweiligen Land“ der Grad der internationalen Anerkennung von unabhängig gewordenen Staaten abgebildet werden. Die Aussagekraft der Zahl der Diplomaten ist diesbezüglich jedoch gering. Selbst bei steigendem Indikatorwert kann der Grad der diplomatischen Anerkennung abnehmen, wenn nämlich die Gesamtzahl der existierenden Staaten stärker wächst als die Zahl der entsandten beziehungsweise empfangenen Diplomaten. Neben diesen eher handwerklichen Defiziten fällt sowohl bei Morrison u.a. als auch bei Adelman/Morris sowie weiteren Ansätzen dieser Zeit auf, dass sich hinter dem Begriff ‚Indikator‘ häufig ‚Kriterien‘ von Entwicklung/Unterentwicklung verbergen, die nicht hinlänglich präzise definiert werden, um als Indikator erfasst werden zu können. Beispiele aus dem Set von Morrison u.a. sind die „Mitgliedschaften in den *bedeutenderen* multilateralen afrikanischen Wirtschaftsorganisationen“ und die „*Repräsentation* der Ostblock-Staaten“; bei Adelman/Morris stehen der „Grad der sozialen Spannungen“, der „Grad der administrativen Effizienz“ und die „Effizienzsteigerung des Steuersystems“ beispielhaft für die mangelnde Konkretisierung der Mehrheit der 41 vorgeschlagenen ‚Indikatoren‘.

Die genannten Kritikpunkte lassen sich auch auf die „Quantifizierte Zeitreihen-Analyse von Unterentwicklung/Entwicklung“ übertragen, die Dieter Nohlen und Franz Nuscheler auf der Grundlage der hier untersuchten Indikatorensets im ersten Band des „Handbuchs der Dritten Welt“ aus dem Jahr 1974 entwickelt haben.<sup>307</sup> Zum Teil handelt es sich nicht um Indikatoren (beispielsweise „2.1 Bevölkerung, absolut“), zum Teil fehlen Bezugsgrößen (siehe im Themenfeld „15. Internationale Beziehungen“: „15.4 Zahl der im Land tätigen multinationalen Unternehmen“) und einige Aspekte sind nicht präzise als Indikator formuliert (siehe zu „16.

---

<sup>307</sup> Vgl. Nohlen/Nuscheler (1974b), 356-359.



Politische Strukturmerkmale“ die Kriterien „16.2 Stärke und Rolle des Militärs“ und „16.7 Spezialisierung und Effizienz der ‚Entwicklungsverwaltung‘“).

Die genannten Defizite werden in der „quantifizierten Zeitreihen-Analyse“ von Nohlen/Nuscheler zum einen dadurch aufgefangen, dass zu jedem Themenfeld ein Bündel von Indikatoren aufgeführt wird. Der Grad der Verdichtung von Informationen ist in diesem Set von insgesamt 104 Indikatoren gering. So wird beispielsweise neben der „Anzahl der ausländischen Unternehmen in einzelnen Branchen“ (Indikator 7.4) der „Umsatzanteil der ausländischen Unternehmen in einzelnen Branchen (in Prozent) am Gesamtumsatz aller Unternehmen“ ausgewiesen. Zum anderen wird das Indikatorenset – in Anlehnung an die Experteninterviews bei Adelman/Morris<sup>308</sup> – nicht als rein statistisches Analyseinstrument verwendet, sondern soll den Länderexperten als Raster für die Beschreibung und Analyse dienen. Nur in einem solchen Kontext sind ‚Indikatoren‘ wie „1.2 Historische Genese und Ausprägung der strukturellen Abhängigkeit“ verwendbar. Gleichwohl wäre im Hinblick auf die methodische Diskussion, zu der das Set dem Anspruch nach ebenfalls einen wesentlichen Beitrag leisten sollte, eine klare Trennung zwischen ‚Kriterien‘ und ‚Indikatoren‘ erforderlich gewesen.<sup>309</sup>

Dieses Ausweichen auf Kriterien ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die intensive Entwicklungs- und Sozialindikatorendiskussion in den 1960er und 1970er Jahren zwar zu einer thematischen Erweiterung der Indikatorenansätze geführt hat, aber nicht in allen Bereichen das Ziel der Objektivierung in gleichem Maß erreicht wurde. Gemessen an den im Unterkapitel 3.1.1 skizzierten Kriterien der Indikatorenbildung zeichnen sich die verschiedenen Ansätze in den Themenfeldern Wirtschaft inklusive Außenwirtschaft, Demographie und soziale Strukturen durch eine Vielzahl operationalisierbarer Indikatoren aus, während zur Beschreibung des historischen Entwicklungskontextes, der politischen Strukturen und Prozesse und insbesondere der politischen Transformation sowie der externen nicht-ökonomischen Verflechtung nur wenig aussagekräftige Indikatoren oder nur unter diesem Begriff geführte ‚Kriterien‘ überwiegen.<sup>310</sup>

---

<sup>308</sup> Vgl. Nohlen/Nuscheler (1974b), 328.

<sup>309</sup> Diese Unschärfe der Begriffsverwendung besteht zum Teil fort, vgl. beispielsweise die Verwendung der Begriffe „Indikatoren“ und „Kriterien“ in: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1998): *Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1998*. Bonn: BMZ, 29-30.

<sup>310</sup> Insbesondere im Kontext der „dritten Welle“ (Huntington 1991) der Demokratisierung hat sich die Transformationsforschung in den 1990er Jahren intensiv mit Fragen der Messung von Demokratie, politischer Freiheit und Transformationsbedingungen auseinander gesetzt. Auf diese Indikatorendiskussion soll hier zumindest verwiesen werden, auch wenn eine eingehendere Berücksichtigung für die Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren für internationale Beziehungen zum derzeitigen Stand der Diskussion nicht sinnvoll erscheint. Vgl. statt vie-

Dieser Befund wird durch eine Auswertung aktueller Indikatorensets der entwicklungspolitischen Literatur gestützt, die hier im Hinblick auf die Bearbeitung von Kapitel 4.2 durchgeführt wurde und als Anhang dokumentiert ist. Es wurden dazu das „Lateinamerika Jahrbuch“ (Ausgabe 2002), das „Jahrbuch Dritte Welt“ (2000), die Zeitschrift „Nord-Süd aktuell“ (3. Quartal 1999) und das „Lexikon Dritte Welt“ (2002) untersucht, die alle jeweils ein Set von Maßzahlen zur Länderanalyse enthalten. Am umfassendsten ist der Katalog im „Lateinamerika Jahrbuch“ mit 42 „Kennziffern“. In „Nord-Süd aktuell“ sind es 26 Größen, eine Teilmenge dieser Indikatorenauswahl findet sich im „Jahrbuch Dritte Welt“. Die inhaltlichen Abweichungen zwischen den vier Publikationen sind gering, in den meisten Fällen werden die gleichen oder ähnliche Indikatoren verwendet. Diese lassen sich ausnahmslos den drei Bereichen Demographie, (Außen-)Wirtschaft und Soziales zuordnen. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass sich die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Kennziffern des „Lateinamerika Jahrbuchs“ zum überwiegenden Teil bereits in der „quantifizierten Zeitreihen-Analyse“ des „Handbuchs der Dritten Welt“ finden, dass aber eben die übrigen Themenfelder aus der Entwicklungsindikatorendiskussion – wie internationale Beziehungen, politische Strukturen und Institutionen – sich darin (und in anderen Jahrbüchern zur Entwicklungspolitik) nicht niedergeschlagen haben. Dabei hat eine wesentliche Rolle gespielt, dass die intensive Diskussion über Entwicklungsindikatoren nach der Hochphase Mitte der 1970er Jahre abgebrochen ist und erst Anfang der 1990er Jahre mit einer deutlich veränderten Akzentuierung wieder aufgenommen wurde.

---

ler: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.) (2000): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden. Zu Anwendung politischer Indikatoren und zur ‚Nachhaltigkeit‘ von Demokratie in Lateinamerika vgl. Lamounier, Bolívar (1999): „Politische Auswirkungen liberaler Reformen in Lateinamerika“, in: Bodemer, Klaus u.a.: *Lateinamerika Jahrbuch 1999*. Frankfurt am Main: Vervuert, 54-81.

### 3.1.3 Der Human Development Index (HDI)

#### 3.1.3.1 Wiederbelebung der Diskussion durch den HDI

Als Ergebnis der Entwicklungsindikatordiskussion konnte sich nur ein thematisch eng gefasstes Spektrum von Indikatoren durchsetzen, dessen Rezeption auf Expertenkreise beschränkt blieb. Das Ziel, einen verkürzten, auf ökonomische Variablen fokussierten Entwicklungsbegriff mit Hilfe eines entsprechend breit angelegten Indikatorensatzes zu überwinden und diesen in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung zu etablieren, wurde durch die Diskussion der 1970er Jahre nicht erreicht. Parallel zur Entwicklung von disaggregierten Indikatoren hatte es in den 1960er und 1970er Jahren mehrere Versuche gegeben, durch die Aggregation von Indikatoren zu Indices eine stärkere Resonanz zu erzielen. Das UNRISD hatte bereits Mitte der 1960er Jahre einen Katalog von Kriterien vorgelegt, die durch Indikatoren abgebildet und in einem weiteren Schritt zu einem *Level of Living Index* berechnet wurden.<sup>311</sup> Ein weiterer Index zur Messung von Lebensqualität wurde von Morris David Morris entwickelt und 1977 vom *Overseas Council* veröffentlicht. Der *Physical Quality of Life Index (PQLI)* setzte sich aus drei Indikatoren zusammen: der Lebenserwartung im Alter von einem Jahr, der Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Geburten und der Alphabetisierungsrate der erwachsenen Bevölkerung. Zur Berechnung wurden die drei Einzelwerte jeweils auf eine Skala von 0 bis 100 übertragen. Der Durchschnittswert ergab dann den PQLI.<sup>312</sup>

Mit dem ersten „Human Development Report“ (HDR) startete das United Nations Development Programme“ im Jahr 1990 einen neuen Anlauf, um die Dominanz ökonomischer Variablen und insbesondere des BSP als zentrale Orientierungsgröße aufzubrechen. Das Ziel des UNDP lässt sich – verkürzt formuliert – als die Absicht beschreiben, den Menschen und seine individuellen Entfaltungsmöglichkeiten wieder in den Mittelpunkt von Entwicklung zu stellen. Das UNDP knüpfte damit an die Arbeiten von Amartya Sen und seinem *capability*-Ansatz an.<sup>313</sup> Mit der Veröffentlichung eines eigenen Entwicklungsberichts trat das UNDP in

---

<sup>311</sup> Vgl. Drewnowski, Jan (1966): *The Level of Living Index*. Geneva: UNRISD. Zur Einordnung und zur Berechnung des Index siehe Diefenbacher (2001a), 176-180; bei Diefenbacher findet sich eine Darstellung weiterer Ansätze zur Messung von Lebensqualität und Wohlfahrt.

<sup>312</sup> Eine Berechnung des PQLI für ausgewählte Länder ist dargestellt in: Kaiser, Martin/Wagner, Norbert (1991): *Entwicklungspolitik. Grundlagen – Probleme – Aufgaben*. Bonn: BpB, 72-73. Die Weiterentwicklung des PQLI als „*Augmented Physical Quality of Life Index (APQLI)*“ wird von den Vereinten Nationen zur Bestimmung der Gruppe der Least Developed Countries (LDC) herangezogen. Der APQLI berücksichtigt mit vier Indikatoren die Aspekte Lebenserwartung, Kalorienversorgung, Einschulungsrate und Alphabetisierung. Vgl. dazu Sangmeister, Hartmut (2001): „Armut und Armutsbekämpfung in Lateinamerika“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 14/2001, 150; Thiel, Reinold E. (1996b): „China: nach den USA, vor Japan?“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 292-294.

<sup>313</sup> Vgl. Sen, Amartya (1985): *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: North Holland. Zum Einfluss der Ar-

Konkurrenz zum „World Development Report“<sup>314</sup>, der seit 1978 von der Weltbank herausgegeben wird und ebenfalls jährlich erscheint.<sup>315</sup>

Aufmerksamkeit erregte der erste UNDP-Bericht durch die Berechnung des „Human Development Index“ (HDI), der in der Folgezeit stärker als jeder andere Ansatz die Bedeutung des BSP – zumindest innerhalb der internationalen Entwicklungsdiskussion – in Frage gestellt hat.<sup>316</sup> Mit dem ersten HDR führte das UNDP zwei weitere, scheinbar marginale Neuerungen ein, die den Anspruch des HDI untermauern sollten. Die Länder werden in allen Tabellen des UNDP-Berichts entsprechend ihres „HDI-Ranges“ aufgeführt, der sich aus der Höhe des HDI-Wertes ergibt, während bis dahin die Sortierung in anderen UN-Dokumenten alphabetisch und im Weltentwicklungsbericht nach der Höhe des BSP pro Kopf erfolgte. Außerdem wurde in einer gesonderten Spalte für jedes Land die Differenz zwischen „HDI-Rang“ und „BSP-Rang“ ausgewiesen.

Der HDI weist eine große Nähe zum PQLI auf und setzt sich in seiner derzeitigen Fassung ebenfalls aus drei gleichgewichteten Komponenten zusammen:<sup>317</sup> der Lebensdauer, dem Bildungsgrad und dem Lebensstandard. Die Lebensdauer wird gemessen an der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt. Der Bildungsgrad wird aus einer gewichteten Kombination aus Alphabetisierungsrate von Erwachsenen und der Gesamteinschulungsrate („auf Primar-, Sekundar- und tertiärer Bildungsstufe“) berechnet; die Alphabetisierungsrate fließt mit 2/3, die Gesamteinschulungsrate mit 1/3 ein. Der Lebensstandard (*decent standard of living*) wird durch das mit der Kaufkraftparität gewichtete BIP pro Kopf gemessen und in US-Dollar ausgedrückt. In einem nächsten Schritt werden die drei Einzelwerte in drei Indexwerte (*dimension index*) umgerechnet, die jeweils zwischen 0 (für den niedrigsten Wert) und 1 (für den höchsten Wert) liegen und sich aus folgender Formel ergeben:

$$\text{Indexwert} = (\text{aktueller Wert} - \text{Mindestwert}) / (\text{Höchstwert} - \text{Mindestwert})$$

---

beiten von Sen auf den HDI vgl.: Gasper, Des (2002): *Is Sen's Capability Approach an adequate Basis for considering Human Development?* Working-Paper Series No. 360, The Hague: Institute of Social Studies; Wagner, Christoph (2000): „Amartya Sen – Entwicklung als Freiheit, Demokratie gegen Hunger“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 4, April 2000, 116-119.

<sup>314</sup> Vgl. World Bank (Hrsg.) (fortlaufend): *World Development Report*. New York: Oxford University Press.

<sup>315</sup> Vgl. Brock, Lothar (1995): „UNO und Dritte Welt: Fünf verlorene Jahrzehnte?“, in: Betz, Joachim/Brüne, Stefan (Hrsg.): *Jahrbuch Dritte Welt 1996*. München: Beck, 62-80 (hier: 67).

<sup>316</sup> Vgl. Kaul, Inge (1996): „Der Index der menschlichen Entwicklung“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 298-300. Kaul war bis Dezember 1994 Leiterin des UNDP-Teams für den HDR. Zur Debatte über den HDR siehe Kapitel 6 im HDR 1995 sowie dort die Literaturhinweise, 154-155.

<sup>317</sup> Vgl. United Nations Development Programme (2002), siehe hier insbesondere die „Technischen Erläuterungen“, 280-281.

Zur Berechnung des Einkommensindex werden in dieser Formel jeweils die (10er-)Logarithmen des aktuellen Wertes sowie des Mindest- und Höchstwertes verwendet. Den HDI erhält man dann, indem man die drei Indexwerte addiert und durch 3 teilt. Der HDI liegt folglich ebenfalls zwischen 0 und 1. Für Deutschland weist der „Bericht über die menschliche Entwicklung 2002“ für das Jahr 2000 einen HDI-Wert von 0,925 aus. Bei der aktuellen Berechnungsmethode wurden die in Tabelle 7 dargestellten Mindest- und Höchstwerte festgesetzt.

**Tabelle 7: Mindest- und Höchstwerte beim HDI**

	Höchstwert	Mindestwert
Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren	85	25
Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen	100	0
Gesamteinschulungsrate	100	0
BIP pro Kopf (US-Dollar-PPP)	40.000	100

Die entsprechenden Einzelwerte für Deutschland waren im Jahr 2000: Lebenserwartung bei Geburt 77,7 Jahre, Gesamteinschulungsrate 94 Prozent, bereinigtes BIP pro Kopf 25.103 US-Dollar. Für die Alphabetisierungsrate lagen – wie bei anderen Industrieländern auch – keine Angaben vor. Das UNDP legt in diesem Fall für die Berechnung 99 Prozent zugrunde.

Der Lebenserwartungsindex für Deutschland betrug im Jahr 2000 entsprechend der genannten Formel  $(77,7 - 25) / (85 - 25) = 52,7 / 60 = 0,878333333$ .

Für den Alphabetisierungsindex ergibt sich ein Wert von 0,99, da  $(99 - 0) / (100 - 0) = 0,99$ . Bei einem Gesamteinschulungsindex von  $(94 - 0) / (100 - 0) = 0,94$  ergibt sich aus der Gewichtung 2/3 zu 1/3 ein Bildungsindex von  $(2 * 0,99 + 1 * 0,94) / 3 = 0,973333333$ .

Als dritter Einzelindex errechnet sich für den Einkommensindex ein Wert von  $(\log(25.103) - \log(100)) / (\log(40.000) - \log(100)) = (4,3997 - 2) / (4,6021 - 2) = 0,92224$ .

Aus diesen drei Indexwerten ergibt sich bei gleicher Gewichtung der genannte HDI-Wert von 0,925 (gerundet), da:  $1/3 * 0,87833 + 1/3 * 0,97333 + 1/3 * 0,92224 = 0,9246$ .

Die vom UNDP getroffene Annahme einer 99-prozentigen Alphabetisierung in Deutschland und anderen Industrieländern ist in dieser Größenordnung nur plausibel, wenn man sich damit auf so genannte „Total-Analphabeten“ beziehungsweise auf den natürlichen oder primären Analphabetismus bezieht, wie er bei Menschen anzutreffen ist, die keinerlei Lese- und

Schreibkenntnisse erworben haben. Für Industrieländer wird dagegen in Studien zum Analphabetismus die Kategorie des „funktionalen Analphabetismus“ herangezogen. Analphabetismus hängt danach nicht nur von den individuellen Sprach- und Lesekenntnissen ab, sondern auch von den Mindestanforderungen der Beherrschung der Schriftsprache, die in einer Gesellschaft vorausgesetzt werden und zur Orientierung im Alltag erforderlich sind.<sup>318</sup> In einer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten und vom Bundesverband Alphabetisierung e.V. im Jahr 2000 herausgegebenen Studie wird die Zahl der funktionalen Analphabeten in Deutschland auf vier Millionen geschätzt, weitere drei Millionen haben erheblich Probleme im Umgang mit der Schriftsprache.<sup>319</sup> Würde man die vier Millionen funktionalen Analphabeten, die 1998 6,3 Prozent der Erwachsenen entsprachen, der Berechnung des HDI zugrunde legen, würde – bei sonst gleichen Annahmen – der Wert auf 0,913 sinken und Deutschland von HDI-Rang 16 auf Rang 20 zurückfallen.<sup>320</sup>

Wesentlich größere Verschiebungen haben sich durch die mehrfach vorgenommenen Veränderungen der Berechnungsmethode ergeben. Modifikationen bei der Berechnung des Einkommensindex 1999 haben die relative Position einzelner Länder um bis zu 30 Ranglistenplätze verschoben. Die Betrachtung der Veränderungen des HDI über längere Zeiträume war daher in der Vergangenheit nur mit großen Einschränkungen möglich. Im HDR 2002 hat das UNDP aus diesem Grund eine Rückberechnung der HDI-Werte für den Zeitraum 1975 bis 2000 auf einer „konsistenten Methoden- und Datenbasis“ vorgenommen.<sup>321</sup>

Der HDI ist damit auch ein Beispiel dafür, dass die von Dudley Seers aufgeworfene Frage „Was wollen wir messen?“<sup>322</sup> bei allen Indikatorenansätzen um die Aspekte „Wie und mit welchen Daten?“ zu ergänzen ist.

Beim HDI wurden seit 1990 mehrere Arten von Änderungen vorgenommen:<sup>323</sup>

---

<sup>318</sup> Vgl. Bundesverband Alphabetisierung e.V. (Hrsg.) (o. J.): *Funktionaler Analphabetismus – Was ist Analphabetismus?* Im Internet unter: <http://www.alphabetisierung.de/> [Sparte „Infos“], Stand: 12.3.2004.

<sup>319</sup> Vgl. Bundesverband Alphabetisierung e.V. (Hrsg.) (2000): *Ihr Kreuz ist die Schrift. Analphabetismus und Alphabetisierung in Deutschland*. Bearbeitet von Marion Döbert und Peter Hubertus. Stuttgart: Klett-Verlag, 29. Die Autoren verweisen nachdrücklich darauf, dass es sich hierbei nur um Schätzungen handelt und es noch große Abgrenzungs- und Datenprobleme für die Kategorie des funktionalen Analphabetismus gibt. Zur Datenbasis siehe auch: Alfa Portal Literacy Learning – APOLL (Hrsg.) (o. J.): *Daten und Fakten zum Analphabetismus*. Im Internet unter: <http://www.apoll-online.de/zahlen.html>, Stand: 22.03.2004.

<sup>320</sup> Dass dieses Problem auch beim UNDP gesehen wird, zeigen die Erläuterungen zu „Alphabetisierung messen“ im HDR 2000, vgl. United Nations Development Programme (2000), 177, sowie die Berücksichtigung des funktionalen Analphabetismus im *Human Poverty Index* für Industrieländer (HPI 2) im HDR 2002, vgl. United Nations Development Programme (2002), 282.

<sup>321</sup> Vgl. Anmerkung zu Tabelle 2 in: United Nations Development Programme (2002), 184.

<sup>322</sup> Seers (1974), 222.

- Bei der Einführung des HDI wurde im Bildungsbereich nur die Alphabetisierungsrate für Erwachsene berücksichtigt, während in den nachfolgenden Versionen zunächst die Schulbesuchszeit (*mean years of schooling*) und ab 1995 die Einschulungsrate hinzugenommen und mit der Alphabetisierungsrate zum Bildungsindex zusammengefasst wurde.
- Methodische Veränderungen bei der Berechnung des Einkommensindex – insbesondere 1991 und 1999 – führten zu erheblichen Verschiebungen innerhalb der Rangliste. Im Zuge der Umstellung 1999 fielen beispielsweise Gabun um 30 und Südafrika um 29 Rangplätze zurück, während Kuba um 26 Plätze nach vorne rückte.<sup>324</sup>
- Die Anzahl der Länder, für die Daten zur Berechnung des HDI vorliegen, wurde in den ersten Berichtsjahren kontinuierlich ausgeweitet, was besonders bei Ländern mit niedrigem HDI-Wert zu einer Veränderung des HDI-Ranges – unabhängig von der eigenen Entwicklung – führte. Im Jahr 1990 wurde der HDI für 130 Länder berechnet, 1991 bereits für 160, im Zeitraum 1993 bis 2003 schwankte die Zahl der Länder je nach Datenverfügbarkeit zwischen 173 und 175.
- Die Ober- und Untergrenzen entsprachen in der ersten Version des HDI den für das Sample der Länder real gemessenen Niedrigst- beziehungsweise Höchstwerten, was sich in zweifacher Weise nachteilig auswirkte: Erstens wurden die Industrieländer mit dem jeweils höchsten Wert zum Maßstab menschlicher Entwicklung erhoben, und zweitens änderte sich mit den Niedrigst- beziehungsweise Höchstwerten die Berechnungsgrundlage für alle Länder. Seit 1994 werden willkürlich gesetzte Minimum- und Maximumwerte verwendet, die seit 1995 den oben genannten Werten der aktuellen Berechnungsmethode entsprechen.
- In den ersten Versionen beschrieben die drei einzelnen Indexwerte die Differenz zum jeweiligen Maximalwert (*deprivation*), also den Entwicklungsrückstand. Seit 1994 werden die Teilbereiche positiv gefasst, und es wird auch in den Teilbereichen das erreichte Entwicklungsniveau (im Vergleich zum Minimalwert) ausgewiesen.
- Die Reihung wurde 1991 von aufsteigenden auf absteigende HDI-Werte umgestellt: Auf HDI-Rang 1 stand 1990 Niger mit dem geringsten HDI-Wert; im Bericht 1991 stand Japan mit dem höchsten HDI-Wert auf Rang 1. Mit dieser Umstellung wurde

---

<sup>323</sup> Einzelheiten sind den „Technischen Erläuterungen“ der verschiedenen Jahrgänge des HDR zu entnehmen, in denen die jeweils angewandte Berechnungsmethode dargestellt wird.

<sup>324</sup> Vgl. United Nations Development Programme (1999), 193-201.

zugleich die Parallelität zur aufsteigenden Reihung in den Weltentwicklungsberichten aufgegeben.<sup>325</sup>

Bei der Bewertung des HDI werden in der Literatur die wissenschaftliche und die politisch motivierte Kritik gesondert behandelt.<sup>326</sup> Dieser Unterscheidung wird hier gefolgt, und es werden die wesentlichen Punkte nachfolgend getrennt thematisiert, wobei sich beide Bereiche jedoch in Teilen überschneiden.

### 3.1.3.2 Die wissenschaftliche Kritik am HDI

Nachdem die kritische Auseinandersetzung über die Eignung des BSP als Wohlfahrtsmaß in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ihren Höhepunkt erreicht hatte, hat der HDI zu Beginn der 1990er Jahre zu einer Belebung der wissenschaftlichen – und politischen – Diskussion über Entwicklungsindikatoren beigetragen. Der Grund für die methodische Kritik wie für den relativen Erfolg ist vor allem seine einfache Konstruktion. Sen wies in einem Gastbeitrag zum HDR 1999 auf die Defizite des HDI hin:

„Obwohl ich das Privileg hatte, an der Entwicklung des HDI mitzuwirken, muss ich gestehen, dass ich diesen Index ursprünglich nicht sehr sinnvoll fand. Gegenüber Mahbub ul Haq, dem Urheber des *Berichts über die menschliche Entwicklung*, äußerte ich mich sehr skeptisch über den Versuch, sich auf einen groben Index dieser Art zu konzentrieren und die komplexe Realität der menschlichen Entwicklung und der menschlichen Entbehrungen in einer einfachen Zahl zusammenfassen zu wollen.“<sup>327</sup>

Neben den grundsätzlichen Bedenken gegen die Verwendung aggregierter Messgrößen und dem damit zusammenhängenden Problem der Gewichtung der Teilindikatoren wurde der HDI wegen der Beschränkung auf nur drei Aspekte kritisiert, die zudem keinen Bezug zur Situation in den Industrieländern hätten. Die Indikatoren Lebenserwartung bei Geburt und Alphabetisierungsrate bilden nach Ansicht einiger Kritiker des HDI vergleichsweise ‚billige‘ Entwicklungsfortschritte ab. Des Weiteren wurde auf den Widerspruch hingewiesen, dass der HDI einerseits das BSP in Frage stellen soll, sich andererseits aber darauf als eine der drei Säulen

---

<sup>325</sup> Mittlerweile sind die Länder auch in den Tabellen des Weltentwicklungsberichts nicht mehr nach der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens, sondern alphabetisch sortiert.

<sup>326</sup> Ausführlich bei: Klingebiel, Stephan (1992): Entwicklungsindikatoren in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion. INEF-Report Heft 2. Duisburg: INEF. Bohnet, Frank (1994): Der Human Development Index des UNDP – eine kritische Analyse. Technische Hochschule Darmstadt, Institut für Volkswirtschaftslehre, Arbeitspapier 82, April 1994; im Überblick bei Nohlen/Nuscheler (1993d), 92-93. Die Arbeiten über den HDI stammen überwiegend aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre, ein Teil der vorgetragenen Kritikpunkte wurde durch die Überarbeitung des HDI gegenstandslos, während Betrachtungen zur aktuellen Berechnungsmethode fehlen.



des Index stützt.<sup>328</sup> Dieser Punkt, der bislang vorwiegend bezüglich der Argumentationslogik des HDI-Ansatzes diskutiert wurde, könnte in Zukunft an Bedeutung gewinnen, da das UNDP „menschliche Entwicklung“ zunehmend in Verbindung mit „nachhaltiger Entwicklung“ behandelt. Denn die im Kontext einer wachstumskritischen Nachhaltigkeitsdebatte aufkommende Kritik am BSP lässt sich auf den HDI übertragen, zumal dieser ökologische Aspekte von Entwicklung ausblendet.<sup>329</sup> Vom UNDP wurde die Einbeziehung des Aspekts der Nachhaltigkeit mit Hinweis auf die unzureichende Datenlage und die Defizite der Umweltforschung abgelehnt.<sup>330</sup> Vor diesem Hintergrund hat Eric Neumayer von der *London School of Economics and Political Science* vorgeschlagen, den HDI um die Berechnung eines „sustainable income“-Index zu ergänzen.<sup>331</sup> Sein Vorschlag setzt an vergleichbaren Bemühungen einer Weltbank-Arbeitsgruppe um Ismail Serageldin an, die 1995 einen Index für „Wohlstand und Nachhaltigkeit“ veröffentlicht hat.<sup>332</sup> Auf der Basis von Weltbank-Daten vergleicht Neumayer die Ressourcenausstattung eines Landes mit der jeweiligen Nutzungsrate und setzt diese in Bezug zur Nettoersparnis. Der Vorschlag muss jedoch als unbefriedigend angesehen werden, da die Nutzung erneuerbarer Ressourcen ebenso wie die Kosten der Umweltbelastung aus technischen Gründen von Neumayer nicht erfasst werden.<sup>333</sup>

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt am HDI ist, dass dieser nur nationale Durchschnittswerte berücksichtigt und die Frage der Verteilung innerhalb einer Gesellschaft, etwa zwischen Einkommensgruppen und Geschlechtern, ausblendet. Das UNDP hat darauf mit der Erprobung und Einführung weiterer Indices reagiert. Im HDR 1994 wurde für 55 Länder zusätzlich ein HDI berechnet, der die Einkommensverteilung – gemessen an der Rate zwischen oberem und unterem Quintil – berücksichtigt.<sup>334</sup> Mit dem HDR 1995 wurde der *Gender-related Development Index* (GDI) und der *Gender Empowerment Measure* (GEM) vorgestellt.<sup>335</sup> Während der GDI den HDI-Wert um die geschlechtsbezogenen Unterschiede der drei Teilindices des HDI

---

<sup>327</sup> United Nations Development Programme (1999), 27. [Hervorhebung im Original]

<sup>328</sup> Zur ausführlichen Darstellung der Kritik siehe Klingebiel, S. (1992) und Bohnet (1994).

<sup>329</sup> Konrad Melchers hat darauf hingewiesen, dass der HDI einseitig auf „nachholendes Wachstum“ setzt, ohne das Argument der Überentwicklung im Norden in Betracht zu ziehen; vgl. Melchers, Konrad (1990): „Das Leben beginnt nicht mit 11.000 Dollar“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 10/1990, 31-34.

<sup>330</sup> Vgl. Kaul (1996), 299.

<sup>331</sup> Neumayer, Eric (2001): „The human development index and sustainability – a constructive proposal“, in: *Ecological Economics*, Vol. 39, 101-114.

<sup>332</sup> Vgl. Fues, Thomas (1996): „Humankapital und Naturvermögen. Der neue Weltbank-Index für Wohlstand und Nachhaltigkeit“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 301-309.

<sup>333</sup> Neumayer sieht seinen Vorschlag selbst nur als ersten Schritt und weist auf notwendige Erweiterungen hin. Vgl. Neumayer (2001), 112.

<sup>334</sup> Vgl. United Nations Development Programme (1994), 97-98 und Anhang-Tabelle A5.5, 107.

<sup>335</sup> Vgl. United Nations Development Programme (1995), 78-94.

korrigiert, untersucht GEM die unterschiedlichen Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen und Männern in Politik und Beruf. Zur Betrachtung der besonderen Situation ärmerer Bevölkerungsschichten wurde im HDR 1996 ein „Maß für die Armut an Befähigungen“ (*Capacity poverty measure* – CPM) für Entwicklungsländer ausgewiesen, seit einigen Jahren ist in den Berichten der *Human Poverty Index* enthalten, der für Entwicklungs- und Industrieländer unterschiedlich berechnet wird (HPI 1 und HPI 2).<sup>336</sup> Die Strategie des UNDP, die Forderungen zur Berücksichtigung zusätzlicher Aspekte durch neue Indices aufzufangen, statt sie in den HDI zu integrieren, hat wesentlich zur Etablierung des Index beigetragen. Trotz der vom UNDP vorgenommenen Änderungen am HDI konnte so die Zusammensetzung aus Lebenserwartung, Bildung und Einkommensniveau grundsätzlich beibehalten werden. Entscheidend für den Erfolg des HDI ist daneben, dass der Index auf dem von Sen entwickelten *capability*-Ansatz als einem schlüssigen theoretischen Konzept aufbaut und bei der Veränderung der Berechnungsmethode auf die Weiterentwicklung dieses Ansatzes zurückgreift.<sup>337</sup> Auf dieser Grundlage lässt der HDI andere Aussagen zu als das BSP; die von McGillivray vorgetragene Kritik, es handle sich „lediglich um einen weiteren redundanten Entwicklungsindikator“<sup>338</sup> trifft daher nicht zu.

Als weiterer Kritikpunkt wurde auf die fehlende Transparenz der herangezogenen Datenquellen und die unbefriedigende Qualität der Daten hingewiesen, die den Berechnungen des HDI zugrunde liegen.<sup>339</sup> Im HDR 1995 wurde mit einer ausführlichen Darstellung der Primärquellen reagiert.<sup>340</sup> Kritisiert wurde vor allem die Umrechnung des Pro-Kopf-Einkommens durch die Kaufkraftparitäten („Arme Länder reich gerechnet?“<sup>341</sup>), deren Festlegung zwar mit erheblichen statistischen Problemen verbunden ist, deren Methodik aber seit den Anfängen des *International Comparison Projects* (ICP) der Vereinten Nationen im Jahr 1968 wesentlich verbessert wurde.<sup>342</sup> Das „reale BSP“ ist in mancher Hinsicht aussagekräftiger als das auf der

<sup>336</sup> Zum CPM siehe den HDR 1996: United Nations Development Programme (1996), 136-140, zur Berechnung des HPI 1 und 2 siehe beispielsweise den United Nations Development Programme (2002), 282.

<sup>337</sup> Vgl. den HDR 1990 und 1999: United Nations Development Programme (1990) und (1999).

<sup>338</sup> McGillivray, Mark (1991): „The Human Development Index: Yet another Redundant Composite Development Indicator?“, in: *World Development*, 19, 10/1991, 1461-1468; sowie: McGillivray, Mark/White, Howard (1992): *Measuring Development? A Statistical Critique of the UNDP's Human Development Index*. Working-Paper Series No. 135, The Hague: Institute of Social Studies. McGillivray begründet sein Urteil u.a. mit der Korrelation von Teilindices und HDI. Zum Problem der Korrelation siehe Bohnet (1994), 73-75.

<sup>339</sup> Vgl. Klingebiel, S. (1992), 23; und Bohnet (1994), 79-81.

<sup>340</sup> Vgl. die Erläuterungen in United Nations Development Programme (1995), 136-137 und die dort aufgelisteten Primärquellen, 236-237.

<sup>341</sup> Vgl. Thiel, Reinold E. (1996a): „Arme Länder reich gerechnet?“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 287.

<sup>342</sup> Vgl. Summers, Robert/Heston, Alan (1996): „Reales Bruttosozialprodukt. Zur Geschichte des International

Basis von Wechselkursen berechnete BSP und wird seit 1993 auch von der Weltbank im Weltentwicklungsbericht ausgewiesen. Auf die Problematik der Ermittlung des BSP wurde bereits hingewiesen. Die in der Debatte gegen die Verwendung der Messgrößen zur Lebenserwartung und zur Bildung vorgebrachten Argumente unterscheiden sich ebenfalls nicht von der allgemeinen Diskussion über Entwicklungsindikatoren; sie sprechen also nicht gegen die Teilindices des HDI, sondern für eine Verbesserung der Datengrundlage.<sup>343</sup>

### 3.1.3.3 Indikatoren als Instrument politischer Auseinandersetzung am Beispiel des HDI

In dem genannten Gastbeitrag zum HDR 1999 beschreibt Sen im Rückblick die Motivation, die hinter der Einführung des HDI stand und die seine Konstruktion als vergleichsweise einfachen Index bestimmte.

„Mahbub hoffte, dass der HDI nicht nur eine gewisse Verbesserung oder zumindest hilfreiche Ergänzung des BSP darstellen könnte, sondern dass er auch das öffentliche Interesse an den anderen Variablen verstärken würde, die im *Bericht über die menschliche Entwicklung* sehr ausführlich analysiert werden. (...) Der grobe Index sprach eine laute und deutliche Sprache und erregte Aufmerksamkeit.“<sup>344</sup>

Der HDI war daher immer mehr als nur eine Maßzahl für die Analyse von Entwicklung und er war nicht zuletzt ein strategisches Instrument der UNDP-Politik: Neben seiner analytischen Funktion sollte er als ‚Türöffner‘ für das differenziertere Indikatorenwerk des HDR fungieren und damit zugleich das Konzept einer menschlichen Entwicklung transportieren, mit dem sich das UNDP von Weltbank und IWF absetzte und sich im Gefüge der internationalen Entwicklungsorganisationen zu profilieren suchte. Denn die veränderten Rahmenbedingungen nach dem Ende des Kalten Krieges eröffneten dem UNDP zwar neue Handlungsoptionen, forderten zugleich aber ein neues Profil der UN-Organisation, die in den Jahrzehnten zuvor mit dem Verzicht auf eine Schwerpunktsetzung ihre politische Neutralität zum Ausdruck bringen wollte.<sup>345</sup> Stephan Klingebiel hat darauf hingewiesen, dass die mit dem HDR und dem HDI verbundene Entwicklungskonzeption auch innerhalb des UNDP nicht unumstritten war:

„Die politischen Kontroversen im *Governing Council* des UNDP zu Beginn der 1990er Jahre waren vielmehr ein klarer Ausdruck dafür, dass es keine politische Mehrheit für ein

---

Comparison Program“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 295-297. Das ICP war als *Project* begonnen worden, wurde später aber dann in *Program* umbenannt.

<sup>343</sup> Vgl. hierzu die Argumentation bei Bohnet (1994), 79.

<sup>344</sup> United Nations Development Programme (1999), 27. [Hervorhebung im Original]

<sup>345</sup> Vgl. Klingebiel, Stephan (1998): *Leistungsfähigkeit und Reform des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)*. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Hrsg.). Köln: Weltforum-Verlag, 110.

UNDP gibt, das sich konzeptionell und praktisch den *Human Development Report* zu eigen macht.<sup>346</sup>

Vertreter der Entwicklungsländer sahen im dem Konzept der menschlichen Entwicklung des HDR die Gefahr, dass sich das UNDP damit einer *grand strategy* zuwende, die zu einer sektoralen und regionalen Konzentration der Mittel führen könnte, während die Entwicklungsländer zuvor relativ frei über die Mittelverwendung ‚ihres‘ Programms verfügen konnten.<sup>347</sup> Insbesondere die Staaten Lateinamerikas, die im Vergleich zu ihren BSP-Rängen hohe HDI-Werte erzielten, fürchteten, dass der HDI sich für sie negativ auf den Mittelzufluss auswirken könnte.<sup>348</sup> Diese Kritik richtete sich vor allem auch gegen den 1991 und 1992 in den HDR aufgenommenen *Human Freedom Index*.<sup>349</sup> Der HFI wurde zwar laut Inge Kaul nicht wegen der starken Proteste mehrerer Regierungen, sondern auf Grund methodischer Probleme wieder fallen gelassen, doch wurde seitens des UNDP seither auch kein neuer Anlauf zur Bestimmung politischer Freiheitsgrade unternommen.<sup>350</sup> Demgegenüber war gegen den HDI von 1990 eingewandt worden, dass die relativ hohen Werte für die sozialistischen Staaten nicht in Bezug zur dortigen Menschenrechtssituation gesetzt würden und dass mit dem HDI Japan unreflektiert als Entwicklungsmodell etabliert werde.<sup>351</sup>

Von den westlichen Industrieländern wurden der HDR und der HDI – zumindest als richtige Schritte zu einer weitergehenden Strategiesetzung des UNDP – überwiegend positiv aufgenommen, wenn auch aus einer unterschiedlichen Motivation heraus, worauf Klingebiel hingewiesen hat. Demnach sahen die skandinavischen Staaten im HDI eine sinnvolle Ergänzung zu den Sozialindikatoren, während es den USA vor allem auf die Stärkung politischer und marktwirtschaftlicher Öffnung ankam und die US-Regierung nach der Veröffentlichung des HDR 1990 auf die Berücksichtigung der Aspekte politischer Freiheit im Sinne des HFI hinwirkte.<sup>352</sup>

---

<sup>346</sup> Op. cit., 3. [Hervorhebungen im Original]

<sup>347</sup> Vgl. Klingebiel, S. (1992), 14-15.

<sup>348</sup> Tatsächlich wird beispielsweise vom BMZ hinsichtlich der Kürzungen der Entwicklungshilfe an Costa Rica auch auf das gute Abschneiden des Landes beim HDI verwiesen; vgl. hier Kapitel 4.1.3.3. Dies spricht allerdings nicht gegen den HDI als Index; die Argumentation ließe sich schließlich auch mit den Statistiken begründen, die dem Index zugrunde liegen.

<sup>349</sup> Vgl. Stadler, Toni (1991): „Glückliche reiche Völker sind bessere Partner“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9.8.1991, 8.

<sup>350</sup> Vgl. Kaul (1996), 299.

<sup>351</sup> Vgl. Nohlen/Nuscheler (1993d), 92-93.

<sup>352</sup> Vgl. Klingebiel, S. (1992), 18.

## 3.2 Umweltökonomische Gesamtrechnungen und Umweltindikatoren

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und das Bruttosozialprodukt als ihr zentraler Indikator waren nicht nur innerhalb der Entwicklungstheorien in die Kritik geraten, sondern sie wurden seit den 1970er Jahren auch in Bezug auf Industrieländer zunehmend als Verfahren zu Wohlfahrtsmessung in Frage gestellt, da sie ökologische und soziale Faktoren nur unzureichend berücksichtigen. Die sozial- und umweltökonomischen Diskussionen können hier nur in Form eines groben Überblicks dargestellt werden.<sup>353</sup> Da sie die aktuellen Fragen zur Messung der internen und externen Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung beeinflussen und als Quelle für die Entwicklung von Indikatorensystemen zur Nachhaltigkeit heranzuziehen sind, werden nachfolgend einige wesentliche Ansätze aus diesem Bereich skizziert. Dabei sind vier Varianten zu unterscheiden: Veränderungen innerhalb der VGR, Ergänzungen der VGR, Alternativen zum BSP und Abbildung der ökologischen Entwicklung durch Umweltindikatoren und -indices unabhängig von der VGR.

### 3.2.1 Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen

Die Intensivierung der umweltpolitischen Debatte in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren führte zu Forderungen, die ökologischen und sozialen Kosten des Wirtschaftens bei der Wohlfahrtsmessung zu berücksichtigen. Ursula Wehner stellte 1976 der VGR ein Konzept zur Erfassung der ökologischen und sozialen Kosten der Produktion gegenüber.<sup>354</sup> Zehn Jahre später erzielte Lutz Wicke mit seiner Berechnung der „ökologischen Milliarden“<sup>355</sup> von Konsum und Produktion in der Bundesrepublik über den ökonomischen Diskurs hinaus Aufmerksamkeit. Im Jahr 1989 legte Christian Leipert eine Kalkulation der sozialen und ökologischen Kosten des Wirtschaftswachstums vor.<sup>356</sup> In diesem Kontext ist auch die in der Umweltdebatte populäre Forderung zu sehen, dass die Preise die „ökologische Wahrheit“ ausdrücken müssten.<sup>357</sup>

---

<sup>353</sup> Die Darstellung in diesem Abschnitt orientiert sich teilweise an den entsprechenden Kapiteln in Diefenbacher (2001a) und Teichert (1995).

<sup>354</sup> Vgl. Wehner, Ursula (1976): *Ökologische soziale Kosten und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*. Köln: Diss.

<sup>355</sup> Wicke, Lutz (1986): *Die ökologischen Milliarden*. München: Kösel.

<sup>356</sup> Leipert, Christian (1989): *Die heimlichen Kosten des Fortschritts*. Frankfurt am Main: S. Fischer

<sup>357</sup> Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1989): *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 143-158.

Mehrheitlich wurde in der Diskussion die Auffassung vertreten, dass es nicht sinnvoll sei, das BSP durch einen anderen einzelnen Indikator in Form eines „Ökosozialprodukts“ zu ersetzen, sondern dass es eines ergänzenden Systems von Indikatoren bedürfe. In diesem Sinne hat sich das Statistische Bundesamt 1989 gegen eine Veränderung innerhalb der VGR entschieden und eine Konzeption für ergänzende „Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR)“ als so genanntes Satellitensystem zur VGR erarbeitet.<sup>358</sup> Mit der Gründung einer Arbeitsgruppe „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“ orientierte sich das Statistische Bundesamt an der internationalen Entwicklung. Die Statistische Abteilung der Vereinten Nationen (UNSD) verfolgte ab 1988 mit dem Aufbau eines „*Systems for Integrated Environmental and Economic Accounting (SEEA)*“ das Ziel eines Umweltsatellitensystems als Ergänzung zum „*System of National Account*“. Einen vergleichbaren Weg wählte das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) mit der Entwicklung des „Europäischen Systems für die Sammlung umweltbezogener Wirtschaftsdaten (SERIE)“.<sup>359</sup> Die Weiterentwicklung des SEEA wird von UNSO und Eurostat gemeinsam mit der OECD, dem IWF und der Weltbank betrieben, so dass hier ein global einheitliches Berichtswesen entstanden ist.<sup>360</sup>

Ziel der UGR ist es, die komplexen Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichem Handeln und der Umwelt auf volkswirtschaftlicher Ebene darzustellen. Die UGR sollen zeigen, inwieweit die natürlichen Ressourcen durch Produktion und Konsum beansprucht, geschädigt oder gar zerstört werden, wie sich der Zustand der Umwelt als Folge wirtschaftlichen Handelns ändert und welche Kosten durch Umweltschutzmaßnahmen entstehen. Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen sind nach fünf statistischen Arbeitsgebieten gegliedert: Die Themenbereiche „Material- und Energieflussrechnung“ und „Nutzung von Fläche und Raum“ repräsentieren die Belastungsseite. Die Zustandsseite wird durch den Bereich „Indikatoren des Umweltzustands“ abgebildet. Der Reaktion auf Umweltveränderungen widmen sich die UGR-Bereiche „Maßnahmen des Umweltschutzes“ und „Vermeidungskosten“.<sup>361</sup>

---

<sup>358</sup> Vgl. Stahmer, Carsten (1988): „Umwelt-Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Heft 1/1998; Hölder, Egon u.a. (Hrsg.) (1991): *Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

<sup>359</sup> Vgl. Teichert (1995), 110-111; Radermacher, Walter/Stahmer, Carsten (1995): „Umweltbezogene Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes“, in: Bringezu, Stefan (Hrsg.): *Neue Ansätze der Umweltstatistik. Ein Wuppertaler Werkstattgespräch*. Berlin u.a.: Birkhäuser, 55-73.

<sup>360</sup> Vgl. die Anmerkungen zur Weiterentwicklung bei: United Nations Statistics Division (Hrsg.) (2004): *Integrated Environmental and Economic Accounting 2003*. Im Internet unter: <http://unstats.un.org/unsd/envAccounting/seea.htm>; Stand: 20.3.2005.

<sup>361</sup> Vgl. Riege-Wcislo, Wolfgang (2000): „Umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR) – Ein Informationsinstrument für nachhaltige Wirtschafts- und Umweltpolitik“, in: Gehrlein, Ulrich (Hrsg.): *Wege zur Zukunftsbständigkeit. Strategien und Instrumente zur Umsetzung des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung*. Münster:

Die UGR soll auch auf der Ebene der Bundesländer etabliert werden. Erste Ergebnisse dieser Berechnungen wurden von den Statistischen Landesämtern im Juni 2004 diskutiert.<sup>362</sup> Zugleich wird versucht, die UGR stärker mit dem Konzept der Nachhaltigkeit zu verknüpfen. So fand im April 2003 auf Initiative des Ausschusses „Statistische Fragen der EU“ des Statistischen Bundesamtes ein Informationsaustausch zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder zum Thema „Schlüsselindikatoren für nachhaltige Entwicklung“ statt, bei dem die Beziehung von Nachhaltigkeit und Gesamtrechnung im Mittelpunkt stand.<sup>363</sup> Das Statistische Bundesamt sieht in den UGR „einen wichtigen Baustein im Rahmen der Operationalisierung des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung“<sup>364</sup> und das statistische Gesamtrechnungssystem insgesamt als Teil einer integrierten Nachhaltigkeitsberichterstattung.<sup>365</sup> Das Statistische Bundesamt verfolgt damit eine Zielsetzung aus der Agenda 21; als eine der vereinbarten Maßnahmen wird in Kapitel 40 genannt:

„Zur Förderung der verstärkten Anwendung einiger dieser Indikatoren [für nachhaltige Entwicklung] in Satellitenrechnungen und letzten Endes auch in volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen muss die Entwicklung von Indikatoren durch das Statistikbüro des Sekretariats der Vereinten Nationen unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die auf diesem Gebiet gesammelt wurden und werden, vorangetrieben werden.“<sup>366</sup>

Es fehlt auf nationaler Ebene in Deutschland bislang allerdings noch ein allgemein akzeptiertes Indikatorensystem zur Nachhaltigkeit, dass mit der VGR verknüpft werden könnte.

---

Agenda-Verlag, 137-153.

<sup>362</sup> Vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): *Kongress zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder am 23. Juni 2004 in Düsseldorf, Tagungsband*, veröffentlicht im Auftrag der Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR) der Länder. Düsseldorf: LDS NRW; zu den Ergebnissen der UGR der Bundesländer vgl. <http://www.ugrdl.de>, Stand 1.3.2005.

<sup>363</sup> Vgl. die Materialien zum Workshop unter <http://www.destatis.de>; Stand 8.4.2004; darin insbesondere: Schoer, Karl (1993): „Nachhaltigkeitsindikatoren und Gesamtrechnungen.“ Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, (Online-Version).

<sup>364</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002): *Umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR) – Ziele, Konzepte und methodische Grenzen*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt; Online-Version vom November 2002, im Internet unter [http://www.destatis.de/download/ugr/ugr\\_met.pdf](http://www.destatis.de/download/ugr/ugr_met.pdf); Stand 8.4.2004.

<sup>365</sup> Vgl. Schoer, Karl (2003): *Die Rolle des Gesamtrechnungssystems für eine integrierte Nachhaltigkeitsberichterstattung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt; Online-Version vom Juni 2003, im Internet unter <http://www.destatis.de/download/d/ugr/nachhgesamtr.pdf>; Stand 15.4.2004.

<sup>366</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992a), 282.

### 3.2.2 Der Index of Sustainable Economic Welfare

Der *Index of Sustainable Economic Welfare* (ISEW) war von Clifford Cobb erstmals 1989 publiziert worden.<sup>367</sup> Im Jahr 1992 erschien eine überarbeitete Fassung, 1994 schließlich legte Cobb einen stark revidierten Index vor, der in *Genuine Progress Indicator* (GPI) umbenannt worden war.<sup>368</sup> Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre wurden mehrere Fallstudien zum ISEW für andere Länder vorgelegt.<sup>369</sup> Eine Berechnung für Deutschland wurde von Hans Diefenbacher durchgeführt: 1992 wurde eine Zeitreihe von 1950 bis 1989 veröffentlicht, in einer zweiten Publikation aus dem Jahr 1995 wurde die Zeitreihe bis 1992 fortgeführt.<sup>370</sup> Die deutsche Version des ISEW wurde an die Datenbasis für die Bundesrepublik Deutschland angepasst. Sie bildet die Grundlage für die nachfolgende Darstellung, bei der auf die Abweichungen der einzelnen Fassungen des Index nicht eingegangen wird. Der ISEW war nicht als Ergänzung, sondern als Alternative zum Bruttonationaleinkommen gedacht. Ergänzend zu der in Kapitel 3.1.2 skizzierten Kritik der Entwicklungsforschung am BSP wurden aus Sicht der Umweltökonomie vor allem drei Punkte kritisiert:

- Das BSP berücksichtigt die Bestandsveränderung bei den Ressourcen und beim Humankapital nicht.
- Die ‚Leistungen der Natur‘ als Rohstofflieferant und als Aufnahmemedium für Schadstoffe werden in der VGR als unentgeltliche Leistungen betrachtet, gehen also nicht in das BSP ein.
- Beim BSP wird nicht zwischen wohlfahrtssteigernden und wohlfahrtsmindernden Gütern und Dienstleistungen unterschieden; Unfallfolgekosten und Kosten zur Behebung oder Abwehr von Umweltschäden beispielsweise gehen als wohlfahrtssteigernde Komponenten in das BSP ein.

Grundlage für die Berechnung des ISEW als alternatives Maß ist der Private Verbrauch, der ein zentraler Bestandteil des BSP ist. Der Private Verbrauch wird zunächst mit einem Index der Einkommensverteilung gewichtet. Als zweites werden dann Positionen hinzuaddiert, die im BSP nicht enthalten sind, darunter vor allem ein Wertansatz für die unbezahlte Hausarbeit.

---

<sup>367</sup> Vgl. Cobb, Clifford W. (1989): „The Index for Sustainable Economic Welfare“, in: Daly, Herman E./Cobb, John B. Jr. (Hrsg.): *For the Common Good – Redirecting the Economy toward Community, the Environment, and a Sustainable Future*. Boston: Beacon Press, 401-457.

<sup>368</sup> Vgl. Cobb, Clifford/Halstead, Ted (1994): *The Genuine Progress Indicator – Summary of Data and Methodology*. San Francisco: Redefining Progress.

<sup>369</sup> Eine Zusammenstellung findet sich bei Diefenbacher (2001a), 134-136.

<sup>370</sup> Vgl. Diefenbacher, Hans (1995): Der „Index of Sustainable Economic Welfare“. Eine Fallstudie für die Bundesrepublik Deutschland 1950 – 1992. Texte und Materialien Reihe B, Nr. 24, Heidelberg: FEST.



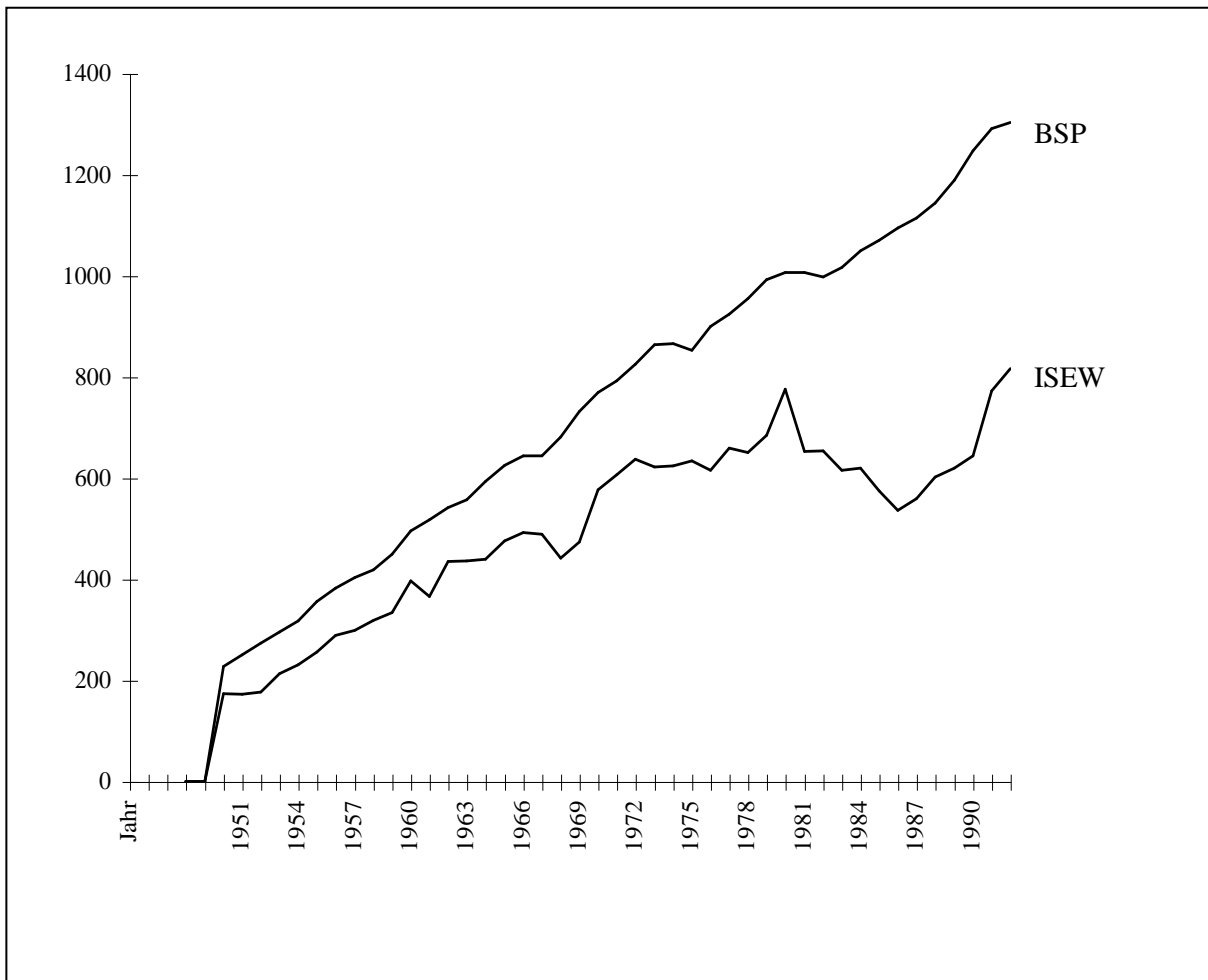
Eine dritte Form von Korrekturen dient dazu, das zeitliche Auseinanderfallen von Ausgaben und Nutzen bei langlebigen Gütern (wie Autos und Kühlschränke) zu berücksichtigen. Dazu werden die Ausgaben für langlebige Konsumgüter vom gewichteten Privaten Verbrauch abgezogen; im Gegenzug wird ein Schätzwert für den jährlichen Nutzen dieser Güter addiert. Als vierte Korrektur werden beim ISEW die Werte für Güter und Dienstleistungen subtrahiert, die als wohlfahrtsmindernd angesehen werden. Hierzu zählen etwa Arbeitswegkosten von Pendlern, die Kosten für Verkehrsunfälle, erhöhte Lebenshaltungskosten in Ballungsräumen, private defensive Ausgaben im Gesundheitsbereich,<sup>371</sup> Kosten der Umweltbelastung und ein Wertansatz für die Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe. Als letzte Gruppe von Korrekturen wird der ISEW um den Saldo für die Veränderung der Nettokapitalausstattung modifiziert; „Kapital“ wird dabei sehr weit gefasst und bezieht sich nicht nur auf Geld und Maschinen, sondern auch auf Human- und Naturkapital. Des Weiteren wird hier der Saldo der Kapitalverkehrsbi-lanz in den Index einbezogen.

Diese Korrekturen führen – wie in Abbildung 6 dargestellt – dazu, dass der ISEW niedriger ausfällt als das BSP. Mit Ausnahme einzelner Jahre entwickeln sich ISEW und BSP von 1950 bis 1980 in die gleiche Richtung, wenngleich die Steigerung beim ISEW etwas niedriger ausfällt. Von 1980 bis 1986 geht der ISEW deutlich zurück, während das BSP weiter wächst. Ab 1987 wächst der ISEW ebenfalls wieder, und zwar zum Teil deutlich stärker als das BSP.

---

<sup>371</sup> Als defensive Ausgaben werden dabei Gesundheitsausgaben verstanden, die nur dazu dienen, gestiegene Umweltbelastungen zu kompensieren. Zum Konzept der defensiven Ausgaben vgl. die Arbeiten von Christian Leipert, insbesondere Leipert (1989).

**Abbildung 6: BSP und ISEW im Vergleich**  
**Bundesrepublik Deutschland / alte Bundesländer 1950 – 1992**



Quelle: Diefenbacher (1995)

Der ISEW wurde in der bereits erwähnten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ vom Wuppertal-Institut als Alternative zum Bruttosozialprodukt eingesetzt. Darüber hinaus ist der Index aber weit davon entfernt, sich als Gegenmodell zum BSP auf eine breite Akzeptanz stützen zu können. Die mit dem ISEW verbundenen methodischen Probleme werfen generell die Frage auf, ob ein Index als alleiniger Indikator zur Abbildung einer nachhaltigen Entwicklung genügen kann, oder ob es stattdessen nicht eines Systems von Indikatoren bedarf.

### 3.2.3 Umweltindikatoren

Im Zuge der Ausweitung der Umweltforschung in den letzten drei Jahrzehnten – in Deutschland wie auch international – hat auch die Entwicklung von Umweltindikatoren erheblich zugenommen. Sie bilden in allen Indikatorensystemen zur Nachhaltigkeit eine wichtige, in vielen Systemen sogar die wichtigste Säule und werden von der internationalen Ebene bis hin zur kommunalen und betrieblichen Ebene eingesetzt. Der Übergang zwischen statistischen Basisdaten, betrieblichen Kennzahlen und Indikatoren ist dabei mitunter fließend. Im Kontext der nachhaltigen Entwicklung auf nationaler Ebene ist vor allem auf die Arbeiten des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes (UBA) zu verweisen. Vom UBA werden seit 1984 in meist dreijährigem Rhythmus die „Daten zur Umwelt“ veröffentlicht, die als wesentliche Quelle für bundesweite Umweltdaten herangezogen werden können.<sup>372</sup> Seit der sechsten Ausgabe von 1997 werden darin verstärkt soziale und ökonomische Daten berücksichtigt, um dem Kontext einer nachhaltigen Entwicklung besser gerecht werden zu können.<sup>373</sup>

Das Umweltbundesamt ist nicht nur für die Beobachtung der Umweltsituation und die Erhebung entsprechender Daten zuständig, sondern es ist – im Auftrag des BMU – gleichzeitig Motor und Koordinierungsstelle für die Umweltforschung in Deutschland. Das UBA und das Bundesamt für Naturschutz (BfN) sind für die Betreuung der vom BMU zu vergebenden Forschungsprojekte zuständig, die jedes Jahr im „Umweltforschungsplan“ ausgeschrieben werden. Ein fester Bestandteil sind darin Projekte zur Indikatorenforschung, die von der Erstellung umfassender (Sub-)Systeme bis zur Entwicklung neuer Einzelindikatoren für spezifische Umweltprobleme reichen. Eine zweite Datenquelle ist das Statistische Bundesamt, das im Statistischen Jahrbuch neben der Wirtschafts- und Sozialstatistik auch eine Reihe umweltbezogener Daten veröffentlicht. Als gemeinsame Veröffentlichung von Umweltbundesamt und Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2002 zum zweiten Mal die „Umweltdaten Deutschland 2002“ vorgelegt.<sup>374</sup> Dabei wurden die Indikatoren des Umweltbarometers des UBA, der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und des „6. Umweltaktionsprogramms“ der Europäischen Union herangezogen. Im ersten Teil werden die „Umweltrelevanten Aktivitäten“ Konsum, Gesamtwirtschaft, Energie, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft dargestellt. Der zweite Teil umfasst Umweltbelastungen, Umweltqualität und Um-

---

<sup>372</sup> Vgl. Umweltbundesamt (fortlaufend): *Daten zur Umwelt*. Berlin: E. Schmidt.

<sup>373</sup> Vgl. Umweltbundesamt (1997): *Daten zur Umwelt – Der Zustand der Umwelt Deutschland*. Berlin: E. Schmidt, 5.

<sup>374</sup> Vgl. Umweltbundesamt/Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002): *Umweltdaten Deutschland 2002*. Wiesbaden, Berlin: UBA/Destatis.

weltmaßnahmen; er folgt damit dem *pressure-state-response*-Ansatz der OECD und enthält Daten zu den Umweltmedien Erdatmosphäre, Luft, Boden und Wasser sowie zur biologischen Vielfalt, zu ausgewählten Ökosystemen und zum Einfluss der Umwelt auf die Gesundheit. Diese Auswahl der Handlungsfelder stimmt weitgehend mit dem Analyseraster der OECD-Umweltprüfberichte überein.<sup>375</sup> Die Statistiken und Indikatoren in den „Umweltdaten Deutschland 2002“ dienen überwiegend der Beschreibung der Umweltsituation innerhalb Deutschlands. Internationale Umwelteinflüsse werden nur bei Treibhausgas-Emissionen und der grenzüberschreitenden Deposition von Luftschadstoffen berücksichtigt.

Auf zwei weitere Institutionen, die sich mit der Entwicklung von Umweltindikatoren in Deutschland befassen, soll noch hingewiesen werden. Zu nennen sind zum einen die Bundesländer, die im Rahmen ihrer Umweltberichterstattung die Entwicklung und Erhebung von Indikatoren in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt haben. Exemplarisch ist diesbezüglich der Bericht „Umweltdaten 2003“ des Landes Baden-Württemberg zu nennen.<sup>376</sup> Zum anderen haben sich die im „Bund-Länder-Arbeitskreis Nachhaltige Entwicklung“ (BLAK NE) mitwirkenden Vertreter des Bundes und der Bundesländer auf einen gemeinsamen Satz von 22 Umweltindikatoren verständigt, der künftig bundesweit erhoben werden soll.

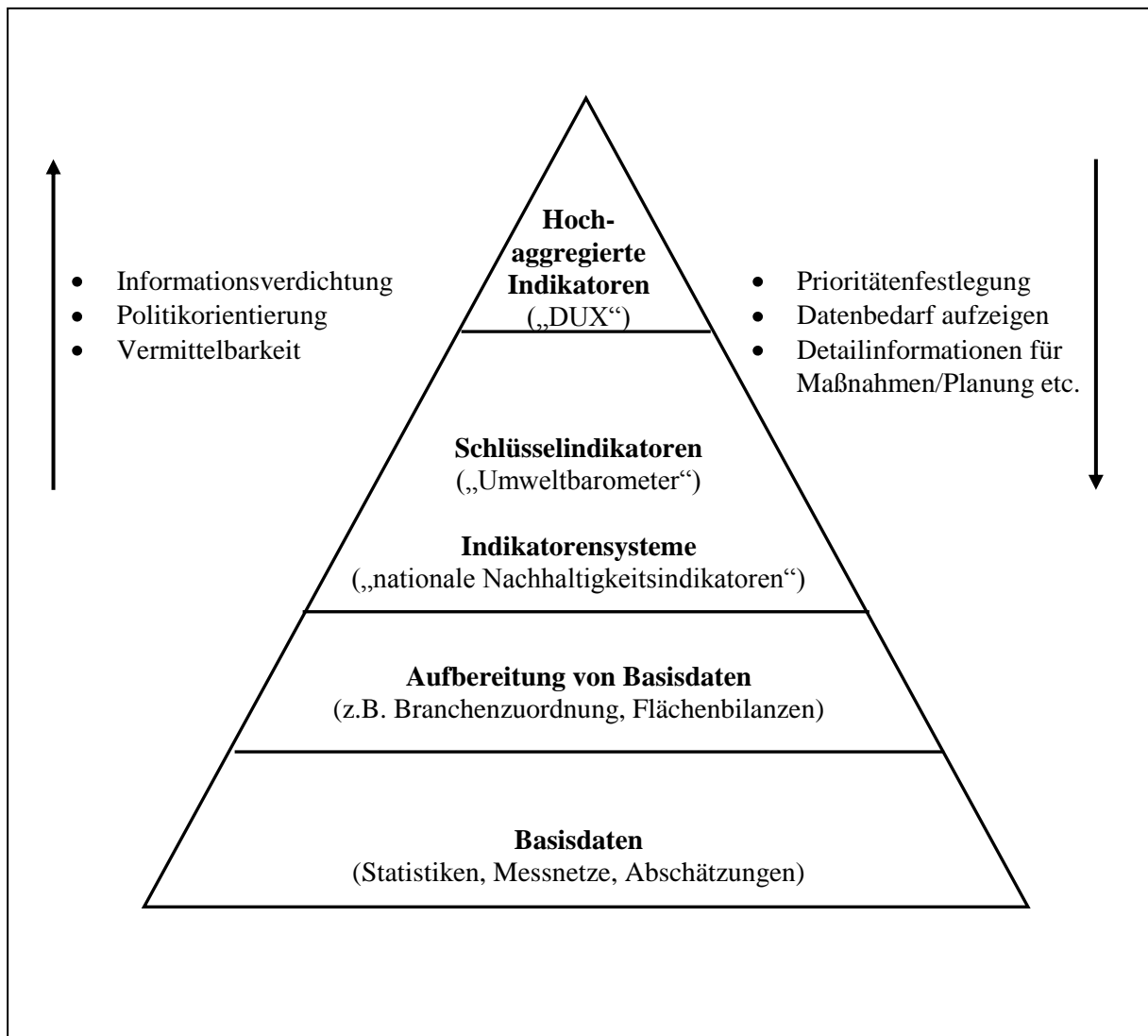
Das oben erwähnte Umweltbarometer besteht aus sechs Indikatoren zu Klimaschutz, Luft, Boden, Wasser, Energie und Rohstoffverbrauch, die zu einem Deutschen Umwelt-Index (DUX) aggregiert werden. Das Umweltbarometer und der DUX, die von der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) 1998 erstmals vorgestellt worden waren, sollten in der öffentlichen Wahrnehmung neben ökonomische Indikatoren wie Arbeitslosenquote, Deutscher Aktienindex (DAX) und Bruttosozialprodukt treten und die Unterstützung für umweltpolitische Belange fördern.

---

<sup>375</sup> Vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (2001): *OECD-Umweltprüfberichte – Deutschland*. Paris: OECD.

<sup>376</sup> Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg/Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2003): *Umweltdaten 2003 Baden-Württemberg*. Stuttgart/Karlsruhe: UVM/LfU.

**Abbildung 7: Informationspyramide**



Quelle: Umweltbundesamt (2003): DUX – Der Deutsche Umwelt Index. Im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de/dux/index.htm>; Stand: 30.9.2003.

Die Konzeption der beiden Instrumente folgt dem Modell der Informationspyramide: Statistischen Basisdaten mit umfassenden Detailinformationen, die für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen erforderlich sind, wird darin eine unzureichende Vermittelbarkeit in Öffentlichkeit und Politik zugeschrieben. Durch die Verdichtung von Informationen über ausgewählte Schlüsselindikatoren zu hochaggregierten Indikatoren beziehungsweise Indices soll die Kommunikationsfunktion der Indikatorensysteme gestärkt werden.

### 3.2.4 Der ökologische Fußabdruck

Der „ökologische Fußabdruck“, der Mitte der 1990er Jahre von William Rees und Mathis Wackernagel konzipiert wurde,<sup>377</sup> bezieht die durch den Konsum verursachten Stoffströme einer Wirtschaft auf den damit direkt und indirekt verbundenen Flächenbedarf. Für die Untersuchung von Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen ist der Ansatz interessant, da er die Frage der Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen unter neuer Perspektive aufgreift und die unterschiedlichen Konsum- und Produktionsmuster von Industrie- und Entwicklungsländern zu quantifizieren versucht.<sup>378</sup>

Bei der Berechnung der Flächen knüpft der ökologische Fußabdruck an die Methode des *Sustainable Process Index* (SPI) an.<sup>379</sup> Im Gegensatz etwa zum ISEW und anderen ökonomischen Modellen werden die ökologischen Kosten des Wirtschaftens also nicht monetarisiert, sondern in Flächeneinheiten ausgedrückt. Im Unterschied zu Analysen der ökologischen Tragfähigkeit eines Gebietes wird die Fläche hierbei zur abhängigen Variable.<sup>380</sup> Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sich die Deckung des Bedarfs an Waren und Dienstleistungen zu einem immer geringeren Teil an den vor Ort verfügbaren Produkten orientiert. Alle für die Produktion der konsumierten Waren und Dienstleistungen eingesetzten Ressourcen werden in Flächeneinheiten umgerechnet. Dabei werden sowohl die zur Materialentnahme als auch die für die Aufnahme der Abfälle benötigten Flächen berücksichtigt. Zur Berechnung des Konsums werden fünf Kategorien herangezogen: Nahrung, Wohnen, Transport, Konsumgüter und Dienstleistungen. Für jede dieser Konsumkategorien wird zunächst der nationale Verbrauch mit der Formel „Produktion plus Importe minus Exporte“ bestimmt, der dann als Pro-Kopf-Verbrauch ausgewiesen wird. Im nächsten Schritt der Kalkulation wird die ökologische Fläche pro Kopf ( $fl$ ) für jedes Gut ( $i$ ) ermittelt. Dazu wird der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch des Gutes  $i$  ( $v_i$ ) durch die durchschnittliche Flächenproduktivität für dieses Gut ( $p_i$ ) dividiert:

$$fl_i = v_i/p_i.$$

---

<sup>377</sup> Vgl. Rees, William/Wackernagel, Mathis (1997): *Unser ökologischer Fußabdruck. Wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt*. Basel u.a.: Birkhäuser. Originalfassung: diess. (1995): *Our Ecological Footprint: Reducing Human Impact on the Earth*. Gabriola, BC, Philadelphia, PA: New Society Publishers.

<sup>378</sup> Eine vergleichbare Intention liegt dem Ansatz des „Ökologischen Rucksacks“ zugrunde, bei dem versucht wird, die Gesamtheit der Ressourcen zu erfassen, die in die Herstellung eines Produktes oder einer Dienstleistung eingeflossen sind. Das dazu entwickelte Maß ist die Materialintensität pro Serviceeinheit (MIPS). Vgl. Schmidt-Bleek, Friedrich (1993): *Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS – das Maß für ökologisches Wirtschaften*, Berlin u.a.: Birkhäuser.

<sup>379</sup> Zum SPI siehe: Krotscheck, C./Narodoslawsky, M./Moser, A. (1993): „The SPI – Sustainable Process Index“, in: Soyez, K./Moser, A. (Hrsg.): *Ecologic Bioprocessing – Challenges in Practice*, Potsdam.

<sup>380</sup> Zur Ideengeschichte des Konzepts siehe Rees/Wackernagel (1997), 72-75.

Der ökologische Fußabdruck einer durchschnittlichen Person ( $\ddot{o}f$ , in Hektar pro Person) ergibt sich aus der Summe aller Teilflächen  $f_{li}$ , die von den  $n$  Konsumgütern einer Person belegt werden. Den ökologischen Fußabdruck eines Landes  $\ddot{O}F$  (oder auch einer Region) erhält man durch Multiplikation der Pro-Kopf-Flächen ( $\ddot{o}f$ ) mit der Bevölkerungszahl ( $N$ ). Der ökologische Fußabdruck eines Deutschen hatte nach diesen Berechnungen 1995 eine Gesamtgröße von 5,21 ha, davon 4,36 auf dem Land und 0,85 auf dem Meer.<sup>381</sup> Wie bei vielen Indikatoren sagt dieser Wert für sich genommen zunächst einmal nur wenig aus; Aussagekraft gewinnen diese Zahlen erst durch den Vergleich. Die weltweit pro Kopf zur Verfügung stehende produktive Fläche wird von Rees und Wackernagel für 1995 mit 2,0 ha angegeben, davon entfallen 1,45 ha auf fruchtbares Land und 0,55 ha auf – vorwiegend küstennahe – Meeresflächen.<sup>382</sup> Die durchschnittliche Flächeninanspruchnahme eines Deutschen liegt damit um den Faktor 2,6 über der global zur Verfügung stehenden nutzbaren Fläche. Für Indien haben Rees und Wackernagel einen Pro-Kopf-Fußabdruck zu Land – also ohne Meeresflächen – von 0,59 ha errechnet, für Costa Rica von 2,59 ha und für die USA von 7,91 ha, jeweils 1995. Bezogen auf die globalen Durchschnittswerte weisen die USA demnach eine hohe Überbeanspruchung, Indien dagegen eine Unterbeanspruchung aus. Ein völlig anderes Bild ergibt sich dagegen, wenn man die in den einzelnen Ländern pro Kopf zur Verfügung stehende biologisch produktive Fläche heranzieht, die für die USA mit 7,20 ha, für Deutschland mit 2,77 ha, für Costa Rica mit 1,73 ha und für Indien mit 0,38 ha angegeben wird. Das „nationale ökologische Defizit“ – die Differenz aus Fußabdruck und national verfügbarer Fläche – ist für Indien mit 0,21 ha zwar auch hier am geringsten, doch entspricht dies 55 Prozent der national verfügbaren Flächen, während diese Differenz für Costa Rica 50 Prozent, für Deutschland 60 Prozent, für die USA aber nur 10 Prozent ausmacht.<sup>383</sup> Die Angaben zum Pro-Kopf-Fußabdruck in den einzelnen Ländern sind jedoch nur als grobe Orientierungswerte zu interpretieren, da ihrer Berechnung zahlreiche Vereinfachungen zugrunde liegen. Zur Ermittlung des nationalen Konsums wurde nur ein Teil der Waren und Dienstleistungen berücksichtigt. Selbst eine Ausweitung auf alle Produkte der nationalen Verbrauchsstatistiken, die hier vorwiegend herangezogen wurden, ließe einen weiteren Teil des Konsums – unter anderem Produkte aus Subsistenzwirtschaft – unberücksichtigt. Des Weiteren setzt die Ermittlung der realen Flächenäquivalente eines Produktes eine genaue Öko-Bilanz für den gesamten Lebenszyklus von der Produktion bis zur Entsorgung voraus; doch liegen solche Bilanzen bislang nur für wenige Pro-

---

<sup>381</sup> Vgl. Rees/Wackernagel (1997), 109.

<sup>382</sup> Vgl. op. cit., 28.

dukte vor. Für die Land- und Forstwirtschaftsflächen wird eine nachhaltige Nutzung unterstellt, was den realen Gegebenheiten nicht entspricht. Gleichzeitig werden Mehrfachfunktionen von Flächen ausgeklammert, wenn beispielsweise Wälder als Holzlieferant, nicht aber als Schadstoffsenke und Wasserspeicher berücksichtigt oder Hausdächer mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Die Umrechnung des Energieverbrauchs erfolgt auf der Basis von CO<sub>2</sub>-Äquivalenten und der für deren Absorption notwendigen Landfläche. Demgegenüber wird in der internationalen Diskussion über CO<sub>2</sub>-Senken im Rahmen des Klimaschutzabkommens von Kyoto immer wieder deutlich, welche Differenzen bezüglich einer solchen Umrechnung noch bestehen. Alternative Berechnungen der Flächenäquivalente für den Energieverbrauch würden zu erheblichen Abweichungen beim ökologischen Fußabdruck führen. Bei der Bewertung der Produktivität von Landflächen verwenden Rees und Wackernagel eine sehr vereinfachte Klassifizierung; für die Einbeziehung von Meeresflächen in diesem Modell gilt dies in noch stärkerem Maße. Die genannten Reduktionen, die auch von Rees und Wackernagel thematisiert werden, führen in der Tendenz zu einer Unterbewertung des tatsächlichen Flächenbedarfs.<sup>384</sup> Problematisch ist ein weiterer Punkt bei der Berechnung der nationalen Durchschnittswerte: Während bei der Konsummenge die nationalen Verbrauchswerte herangezogen werden, wird für die Produktivität ein globaler Durchschnittswert zugrunde gelegt, was die Länder mit einer real hohen Produktivität (also flächensparender Produktionsweise) benachteiligt und jene mit niedriger Produktivität besser stellt.

Neben der hohen Anschaulichkeit des „ökologischen Fußabdrucks“ hat das Konzept außerdem noch den Vorteil, dass es sich sehr gut auf kleinere Einheiten<sup>385</sup> von Kommunen über Haushalte bis hin zum Individuum sowie auf einzelne Produkte übertragen lässt. Bei der produktspezifischen Berechnung, insbesondere für einfache, relativ homogene Konsumgüter wie zum Beispiel Kaffee oder Bananen, lassen sich die methodischen Defizite weitgehend eliminieren, so dass man hier zu belastbaren Daten kommen kann (vgl. dazu Indikator U2 in Kapitel 4.3).

---

<sup>383</sup> Die Zahlen sind Tabelle 3.9 in Rees/Wackernagel (1997), 136 entnommen.

<sup>384</sup> Wackernagel u.a. geben an, dass die Werte um 5 Prozent zu hoch und um 30 Prozent zu niedrig sein können; vgl. Wackernagel, Mathis et. al. (1997): *Ecological Footprints of Nations. How Much Nature Do They Use? – How Much Nature Do They Have?*, im Internet unter: <http://www.ecouncil.ac.cr/rio/focus/report/english/footprint/>; Stand: 5.4.2004.

<sup>385</sup> Zur kommunalen Anwendung in Olympia, Washington, USA, vgl. Olympia Sustainable Community Roundtable (Hrsg.) (o. J.): *The Ecological Footprint*. Olympia, Washington. Im Internet unter: <http://www.olywa.net/roundtable/footprint/#challenge>. Stand: 15.3.2005. Zur Berechnung des individuellen ökologischen Fußabdrucks gibt es im Internet mehrere Rechner, vgl. hierzu beispielsweise die Kampagne der BUNDjugend: Jugend im Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. (Hrsg.) (o. J.): *Berechne deinen Ökologischen Fußabdruck*.



## 3.3 Indikatorenssysteme zur Nachhaltigkeit

### 3.3.1 Zum Stand der Indikatorenforschung

Die Indikatorenforschung hat durch das Nachhaltigkeitsthema eine bemerkenswerte Ausweitung erfahren. Während die in den vorangegangenen Kapiteln behandelten Ansätze darauf zielten, Aspekte der Nachhaltigkeit bei der Quantifizierung von ökologischen oder ökonomischen Belangen zu integrieren, sind seit Anfang der 1990er Jahre zahlreiche Indikatorenssysteme mit dem Anspruch entwickelt worden, nachhaltige Entwicklung insgesamt abzubilden; die Übergänge zwischen den beiden Herangehensweisen sind allerdings fließend.

#### 3.3.1.1 Verbreitung von Nachhaltigkeitsindikatoren

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg hat im August 2001 eine Pilotstudie zum Thema „Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichte – 61 Profile“ vorgelegt, in der über 25 nationale und internationale Indikatorenssysteme zur Nachhaltigkeit beschrieben werden.<sup>386</sup> Die Zahl der Systeme hat seither weiter zugenommen. Während in die Erhebung der Akademie für Technikfolgenabschätzung aus Deutschland acht Indikatorenssysteme zur Nachhaltigkeit auf lokaler und regionaler Ebene einfließen, werden in einer vom Umweltbundesamt beauftragten Studie vom Oktober 2003 für diese Ebene 34 Ansätze einbezogen.<sup>387</sup> Eine von den Vereinten Nationen und der Weltbank unterstützte Datenbank des *International Institute for Sustainable Development* (IISD) in Kanada weist für den Registrierungszeitraum 1997 bis Juni 2004 weltweit über 600 Indikatorenansätze aus, von denen etwa ein Viertel als Nachhaltigkeitsindikatorensystem registriert ist.<sup>388</sup> Weder bei den genannten Studien noch bei der Datenbank des IISD kann von einer vollständigen Erfassung ausgegangen werden. Die Zahlen verdeutlichen aber dennoch die Dynamik, die sich in diesem Forschungsbereich – insbesondere im Hinblick auf die lokale und regionale Ebene – in den letzten Jahren entfaltet hat.

Für die Anwender von Indikatorenssystemen (zum Beispiel Kommunalverwaltungen) hat die entstandene Vielfalt den Vorteil, dass sie aus einem beachtlichen Pool von Systemen dasjenige auswählen können, das der jeweiligen Situation am besten gerecht wird. Bei der Entwick-

---

Berlin. Im Internet unter <http://www.latschlatsch.de/berechnung.php>. Stand: 15.3.2005.

<sup>386</sup> Vgl. Morosini, Marco u.a. (2001): *Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichte – 61 Profile*. Band 3, Stuttgart: TA Akademie.

<sup>387</sup> Vgl. Heiland, Stefan u.a. (2003): *Indikatoren zur Zielkonkretisierung und Erfolgskontrolle im Rahmen der Lokalen Agenda 21*. Berlin: Umweltbundesamt.

<sup>388</sup> Die Datenbank des IISD ist im Internet unter <http://www.iisd.org/measure/compendium/searchinitiatives.aspx> zu finden. Am 22.6.2004 waren dort insgesamt 619 Einträge verzeichnet, davon nur jeweils vier aus Deutschland und Costa Rica. Registriert werden dort allgemein „*indicator initiatives*“, wozu nicht nur Indikatorenssysteme, sondern zum Beispiel auch laufende Forschungsvorhaben zählen.

lung von neuen Indikatorensystemen kann auf zahlreiche bereits erprobte Indikatoren zurückgegriffen werden. Da sich weder national noch international Normen für Indikatorensysteme zur nachhaltigen Entwicklung herausgebildet haben, besteht gleichzeitig aber auch die Gefahr, dass der Nachhaltigkeitsbegriff nunmehr nicht nur beliebig verwendet wird, sondern dass für dessen Gebrauch durch ‚objektive‘ Indikatoren eine wissenschaftliche Grundlage reklamiert wird.<sup>389</sup> Die Bewertung nachhaltiger Entwicklung durch Indikatorensysteme setzt daher Kriterien voraus, die von diesen Systemen und von den verwendeten Indikatoren erfüllt werden müssen. Die Betrachtung von einzelnen Indikatoren konzentriert sich in der vorliegenden Arbeit auf die verwendeten Referenzsysteme in Kapitel 4.2, während nachfolgend auf einige grundlegende Merkmale der Indikatorensysteme eingegangen wird. Zu unterscheiden sind dabei vor allem die *Anwendungsebene*, der *Aufbau* und die zugeschriebene *Funktion*. Ansätze für Teilbereiche (zum Beispiel „Nachhaltigkeitsindikatoren für Schulen“) bleiben hier unberücksichtigt.

### 3.3.1.2 Anwendungsebenen

Hinsichtlich der Anwendungsebene lassen sich Indikatorensysteme entsprechend der supranationalen, nationalen, regionalen und lokalen Ebene differenzieren. In Deutschland sind die ersten kommunalen Systeme 1997 entwickelt worden; bis Ende 2003 haben etwa 250 Kommunen dieses Instrument zumindest einmalig eingesetzt, wobei rund 30 verschiedene Systeme zur Anwendung kamen. Während ein kleinerer Teil der Städte und Gemeinden ein eigenes Indikatorensystem konzipiert hat (zum Beispiel Hamburg), wurde von der Mehrzahl eines der sechs so genannten allgemeinen Indikatorensysteme<sup>390</sup> übernommen, die im Rahmen von kommunenübergreifenden Projekten entstanden sind. Der Vergleich der kommunalen Systeme lässt sowohl bei den Themen als auch bei den Indikatoren eine relativ große Schnittmenge

---

<sup>389</sup> Diese Problematik zeigt sich an zwei Ansätzen zur indikatorengestützten Bewertung der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland: Die in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aufgeführten 21 „Schlüsselindikatoren“ weisen in 13 Fällen eine positive Entwicklung in Richtung der gesetzten Ziele aus, nur ein Indikator zeigt eine Verschlechterung; ein alternativer Entwurf mit 64 Indikatoren kommt dagegen zu dem Ergebnis, dass sich nur bei einem Drittel der Indikatoren ein positiver Trend abzeichnet, während die Entwicklung bei 16 Indikatoren negativ bewertet wird. Vgl. Diefenbacher, Hans/Frank, Andreas/Leipner, Ingo/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2004): *Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland – Ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie*. Heidelberg: FEST.

<sup>390</sup> Zu nennen sind hier unter anderem: Deutsche Umwelthilfe (Hrsg.) (2002): *Zukunftsfähige Kommune – Wettbewerb und Kampagne zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21. Fragebogen 2002/2003*. Radolfzell: DUH; Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (UVM), Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (STMLU), Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten (HMULF) und Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt (TMLNU) (Hrsg.) (2000): *Leitfaden Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21*. Heidelberg: Selbstverlag.

erkennen.<sup>391</sup> Dies hat dazu geführt, dass sich die an der Entwicklung von allgemeinen Indikatorensystemen zur kommunalen Nachhaltigkeit beteiligten Institutionen auf einen Basissatz verständigt haben, der 20 Indikatoren zu den Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft umfasst.<sup>392</sup>

Auf der Ebene der Bundesländer liegen mittlerweile verschiedene Indikatorenansätze vor, teils als Weiterentwicklung der Umweltberichterstattung, zum Teil aber auch als Bestandteil einer thematisch umfassenderen Nachhaltigkeitsstrategie beziehungsweise einer „Landes-Agenda“.<sup>393</sup> Zur regionalen Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg haben Pfister u.a. in ihrem 1997 vorgelegten Indikatorensystem zwölf Nachhaltigkeitskategorien aufgestellt, denen jeweils zwischen einem und sieben Indikatoren zugeordnet wurden. Die insgesamt 30 Indikatoren reichen von der Menge des Gesamt Ozons über das deponierte Abfallaufkommen bis zum biologischen Sauerstoffbedarf in Gewässern und dem Anteil der versiegelten Fläche an der Landesfläche. Als Folge der Kritik wurde das Konzept des künstlichen Kapitals in der Ende 2000 von der Akademie für Technikfolgenabschätzung vorgelegten Neufassung fallen gelassen, den Schwerpunkt bildeten aber weiterhin Themenfelder aus dem Umweltbereich.<sup>394</sup> Vom Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie wurde im Jahr 2001 eine Machbarkeitsstudie für ein Nachhaltigkeits-Indikatorensystem in Auftrag gegeben.<sup>395</sup> Das 2002 vom hessischen Umweltministerium veröffentlichte „Aktionsprogramm Umwelt“ ist zwar inhaltlich auf den ökologischen Bereich fokussiert, stellt aber methodisch durch die Formulierung von Maßnahmen, Zielen und Indikatoren für den gesamten Geschäftsbereich als Instrumente der politischen Steuerung eine Weiterentwicklung dar.<sup>396</sup>

In Nordrhein-Westfalen bildeten die sechs Themenbereiche der „Agenda 21 NRW“ die Grundlage für die Ableitung von Leitbildern, Zielen und Indikatoren; der Entwurf der Landes-

---

<sup>391</sup> Vgl. Heiland u.a. (2003). Die Autoren bezeichnen diese als „De facto-Kernindikatoren“.

<sup>392</sup> Vgl. Agenda-Transfer (Hrsg.) (2003): *Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit*. Bonn: Agenda-Transfer

<sup>393</sup> Vgl. die Übersicht zum Stand in den 16 Bundesländern in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2004): *Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Fortschrittsbericht 2004*. Berlin: Selbstverlag, 31-36.

<sup>394</sup> Vgl. Renn, Ortwin/León, Christian D./Clar, Günther (2000): *Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg, Statusbericht 2000 – Langfassung*. Arbeitsbericht Nr. 173 der Akademie für Technikfolgenabschätzung. Stuttgart: TA-Akademie.

<sup>395</sup> Vgl. Wilhelmy, Stefan (2003b): Schwachstellenanalyse und Vorschlag für ein Indikatorensystem zur nachhaltigen Entwicklung des Landes Hessen unter besonderer Berücksichtigung des Leitfadens „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“. Unveröffentlichter Endbericht an das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie. Heidelberg, Juli 2003, hekt. Mskt.

<sup>396</sup> Vgl. Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.) (2002): *Aktionsprogramm Umwelt. Nachhaltige Umweltpolitik in Hessen*, Wiesbaden: HUMLF.

regierung sollte 2004 dem Landtag als Empfehlung übergeben werden.<sup>397</sup> Als erstes Bundesland hat Schleswig-Holstein im Januar 2004 eine Nachhaltigkeitsstrategie veröffentlicht, mit der sich die Landesregierung „auf Ziele und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung festgelegt“ hat.<sup>398</sup> Ausgangsbasis für die Ableitung der Indikatoren sind die drei Schwerpunkte „Arbeiten und Produzieren“, „Zusammen Leben“ (sic!) und „Das Land nutzen“, die „den Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Soziales“ widerspiegeln sollen.<sup>399</sup>

Auf der nationalen Ebene sind die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und das von der CSD entwickelte Indikatorensystem als Beispiele zu nennen, die im nachfolgenden Kapitel ausführlicher behandelt werden. Die hier für Deutschland beschriebene Situation der Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren ist in dieser Form nicht generalisierbar. In Costa Rica beispielsweise beschränkt sich die Entwicklung und Anwendung auf die nationale Ebene; kommunale oder regionale Indikatorensysteme zur nachhaltigen Entwicklung existieren bislang nicht.

Auf der supranationalen Ebene stellen der *Global Environment Outlook 3* des UNEP sowie die Arbeiten zu den *Millennium Development Goals* der Vereinten Nationen und die damit jeweils verknüpften Indikatoren interessante Beispiele dar: Zwar handelt es sich dabei nicht im engeren Sinne um Indikatorensysteme zur Nachhaltigkeit, doch wird in beiden Fällen durch die Verwendung einheitlicher Indikatoren eine Zustandsbeschreibung sowie – für die MDGs – die Kontrolle der Zielerreichung auf globaler, kontinentaler beziehungsweise regionaler und nationaler Ebene möglich. Diese vertikale Durchgängigkeit wird auch für die Nachhaltigkeitsindikatoren gefordert, wofür der CSD-Ansatz ein geeigneter Ausgangspunkt wäre.<sup>400</sup> Doch fehlt bislang zum einen auf globaler Ebene die Erhebung der CSD-Indikatoren, etwa in Form eines globalen Nachhaltigkeitsberichts, und zum anderen ist die Kompatibilität der nationalen und lokalen Messsysteme nicht hinreichend gewährleistet.<sup>401</sup>

---

<sup>397</sup> Vgl. Landesregierung NRW – Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003): *Für ein zukunftsfähiges NRW – Leitbilder, Ziele und Indikatoren, Dokumentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen*. Düsseldorf: MUNLV.

<sup>398</sup> Vgl. das Editorial von Ministerpräsidentin Heide Simonis und Umweltminister Klaus Müller in: Landesregierung Schleswig-Holstein (Hrsg.) (2004): *Nachhaltigkeitsstrategie Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein*. Kiel: Selbstverlag.

<sup>399</sup> *Ibid.*, 18.

<sup>400</sup> Vgl. Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2002b): „Rio +10 in Johannesburg: Markiert die Agenda 21 den Wendepunkt zu einer global nachhaltigen Entwicklung?“, in: Schoch, Bruno u.a. (Hrsg.): *Friedensgutachten 2002*. Münster: Lit-Verlag, 186-195.

<sup>401</sup> Zum Kompatibilitätsproblem vgl. Heiland u.a. (2003), Teil B, 8-12.

### 3.3.1.3 Aufbau der Indikatorensysteme

Beim *Aufbau* der Indikatorensysteme zeichnet sich ein weitgehender Konsens hinsichtlich der Berücksichtigung der drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft ab. Für die kommunale Ebene haben dies Heiland u.a. nachgewiesen und sehen darin ein wesentliches Kriterium für die anzustrebende vertikale Kompatibilität.<sup>402</sup> Dieser Konsens zeigt sich auch am Aufbau der „Gemeinsam empfohlenen Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit“, die von der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension abgeleitet wurden. Abweichungen bestehen bei den lokalen Systemen bezüglich der Verwendung zusätzlicher Dimensionen wie Partizipation, Kultur und globale Beziehungen. Für die Ebene der Bundesländer lässt sich noch keine eindeutige Aussage treffen, da noch zu wenige Ansätze vorliegen. Die Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig Holstein geht zwar von den drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Soziales aus, modifiziert diese aber bei der Umsetzung zu den oben genannten Schwerpunkten. Die für Berlin, Bremen und Hamburg entwickelten Systeme berücksichtigen ebenfalls die drei Dimensionen, diese drei Bundesländer nehmen aber als Stadtstaaten eine Sonderstellung ein.<sup>403</sup>

Die Diskussion auf nationaler und supranationaler Ebene wird durch den Ansatz der CSD geprägt, der die vier Dimensionen Ökologie, Ökonomie, Soziales und Institutionen zugrunde legt. Damit wurde für nationale Systeme ein Referenzrahmen geschaffen, der im Kernbereich Standards setzt und zugleich an länderspezifische Gegebenheiten angepasst werden kann. Die Bedeutung des von der CSD entwickelten Systems wird durch die Übernahme des Ansatzes durch die EU-Kommission und Eurostat unterstrichen. Für den Bericht „Measuring Progress Towards a More Sustainable Europe“ hat Eurostat, das an der Entwicklung der CSD-Indikatoren maßgeblich beteiligt war, diese teilweise auf die Situation in den europäischen Ländern zugeschnitten und die Anzahl von 59 auf 63 erhöht.<sup>404</sup> Auf Costa Rica wurde dieses System ebenfalls übertragen, während der Indikatorenauswahl in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung abweichende Dimension zugrunde liegen, worauf in Kapitel 3.3.2 näher eingegangen wird.

---

<sup>402</sup> Vgl. op. cit., 12.

<sup>403</sup> Vgl. die Übersicht bei: Heiland u.a. (2003), 43.

<sup>404</sup> Vgl. die Auswertung in: Morosini u.a. (2001), 36-40; Eurostat/EU-Commission (2001): *Measuring Progress Towards a More Sustainable Europe*, im Internet unter: [http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-37-01-203/EN/KS-37-01-203-EN.PDF](http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_OFFPUB/KS-37-01-203/EN/KS-37-01-203-EN.PDF).

### 3.3.1.4 Funktionen von Nachhaltigkeitsindikatoren

Die Entwicklung und Erhebung von Indikatoren sind – je nach Umfang des Systems und der Art der gewählten Indikatoren – mit erheblichem Aufwand verbunden. Wer dieses Instrument einsetzt, verspricht sich von seiner Anwendung einen Nutzen, der diesen Aufwand rechtfertigt. In den Kommunen kommt dieser Aspekt angesichts knapper finanzieller und personeller Ressourcen sehr viel stärker zum Tragen als auf den übergeordneten Ebenen, weshalb die Diskussion über die möglichen Funktionen von Nachhaltigkeitsindikatoren für die lokale Ebene intensiver geführt wird als beispielsweise in Bezug auf die nationale Nachhaltigkeitsstrategie.<sup>405</sup> Doch auch die CSD hat im Rahmen der Testphase ihres ersten Entwurfs von 1996 die Verwendung der Indikatoren in den 22 Testländern untersucht.<sup>406</sup> Die Diskussion über Anzahl, Abgrenzung und Bedeutung der verschiedenen Funktionen hat zwar noch kein einheitliches Raster hervorgebracht und variiert je nach Anwender und Anwendungsebene, doch lassen sich im Wesentlichen folgende Aspekte unterscheiden:

- *Definitionsfunktion:* Der häufig als abstrakt und sperrig wahrgenommene Nachhaltigkeitsbegriff wird durch die – den Indikatoren notwendigerweise vorangehende – Operationalisierung über Themenfelder oder Teilziele zumindest näherungsweise bestimmt.
- *Informations- und Kommunikationsfunktion:* Durch die Konkretisierung mit Hilfe von Indikatoren wird die Verständigung über das Ziel der nachhaltigen Entwicklung einer Kommune oder eines Landes erleichtert und ein Beitrag zur Bewusstseinsbildung erwartet.
- *Orientierungsfunktion:* Die Indikatoren sollen als Grundlage für die Entscheidungen der am Nachhaltigkeitsprozess beteiligten Akteure dienen. Hierzu zählt zum einen die – durch die Verwendung statistischer Daten objektivierter – Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes, zum anderen die Abbildung der zurückliegenden Entwicklung in den Teilbereichen. Daraus lassen sich Trendaussagen für die künftige Entwicklung, aber keine umfassenden Prognosen ableiten, da bislang kaum Erkenntnisse über die Wechselwirkungen von Indikatoren vorliegen.

---

<sup>405</sup> Vgl. Gehrlein (2004); Heiland u.a. (2003);

<sup>406</sup> Vgl. United Nations Department of Economic and Social Affairs (2001): *Indicators of Sustainable Development: Framework and Methodologies*. Background Paper No. 3. New York: DESA, 8-9.

- *Evaluierungs- und Kontrollfunktion:* Bei kontinuierlicher Erhebung können Indikatoren Aufschluss über die Wirkung von Maßnahmen und den Grad der Annäherung an gesetzte Ziele geben.
- Für die Anwendung in Kommunen wird den Indikatorensystemen auch eine *Vernetzungs-* und eine *Implementierungsfunktion* zugewiesen.<sup>407</sup> Durch die Einbindung unterschiedlicher Akteure in die Erhebung der Indikatoren und durch die Diskussion der Ergebnisse wird ein Beitrag zur dauerhaften Kooperation der Akteure erwartet. Die Implementierungsfunktion bezieht sich darauf, dass die Beschaffenheit des Indikatorensystems die Akzeptanz zur Einführung von Indikatoren in Kommunen fördern soll. Insbesondere bei der Vernetzungsfunktion ist auf kommunaler Ebene von einer höheren Relevanz auszugehen als etwa bei der Erhebung nationaler Indikatoren.
- *Vergleich und Benchmarking:* Indikatoren ermöglichen, sofern sie als Zeitreihen erhoben werden, einen Vergleich des Ist-Zustandes im Zeitverlauf. Werden die gleichen Indikatoren auf verschiedene räumlich-administrative Einheiten angewendet, lassen sich diese miteinander vergleichen. Aus dem Vergleich von Ländern, Regionen oder Kommunen untereinander können im Idealfall Handlungsoptionen abgeleitet werden, was jedoch zahlreiche methodische Probleme aufwirft.

Die genannten Funktionen lassen sich nicht trennscharf abgrenzen und sind zum Teil eng miteinander verknüpft. Die von den CSD-Testländern genannten Möglichkeiten des Agenda-Setting, der Fokussierung nationaler und sektoraler Programme und damit verbunden der Steuerung der Zuteilung von Finanzmitteln, lassen sich beispielsweise als ein Zusammenwirken von Bestandsaufnahme, Kommunikation der Inhalte und Orientierungsfunktion verstehen. Im Zusammenspiel mit der Erfolgs- und Wirkungskontrolle werden Möglichkeiten der politischen Steuerung und der Steuerung des Verwaltungshandelns diskutiert – und zum Teil auch praktiziert.<sup>408</sup> Dass die Wirkung einzelner Maßnahmen und Projekte mit Indikatoren gemessen werden kann, die auf die komplexe Entwicklung eines Landes oder einer Kommune ausgerichtet sind, trifft allerdings nur in Einzelfällen zu. Die einzelnen Funktionen stellen daher zum Teil sehr unterschiedliche Anforderungen an Indikatorensysteme. Die Definitions- und die Orientierungsfunktion setzen voraus, dass der thematischen Breite des Nachhaltigkeits-

---

<sup>407</sup> Vgl. Heiland (2003), 14.

<sup>408</sup> Vgl. Gehrlein (2004); Heiland u.a. (2003), für die nationale und globale Ebene vgl. die Ausführungen zu den Millennium-Entwicklungszielen in Kapitel 2.4.2.

konzepts Rechnung getragen wird, also zumindest die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales und deren zentrale Themenfelder berücksichtigt werden, was tendenziell zur Forderung nach einer hohen Zahl von Indikatoren führt. Die Steuerung von Politik und Verwaltungshandeln über Indikatoren setzt wiederum für die einzelnen Themenfelder Detailinformationen und damit eine Vielzahl von Indikatoren voraus, was die Gesamtzahl der Indikatoren drastisch erhöht. Demgegenüber erfordert die Kommunikationsfunktion eine möglichst geringe Zahl anschaulicher Messgrößen. Methodisch wird diesem Dilemma in einigen Indikatorensystemen durch eine Trennung von Kern- und Zusatzindikatoren und durch einen modularen Aufbau begegnet. Eine zweite Möglichkeit ist die Aggregation der Indikatoren zu Indizes,<sup>409</sup> die gerade bezogen auf das Konzept der Nachhaltigkeit mit mindestens drei Dimensionen und sehr unterschiedlichen, zum großen Teil nichtmonetär erfassbaren Bereichen vielfältige methodische Probleme aufwirft, die zumindest bislang nicht befriedigend gelöst werden konnten.

Zum gegenwärtigen Stand der Indikatorenforschung erfüllen Indikatorensysteme zur Nachhaltigkeit vor allem die Funktion der Bestimmung des Nachhaltigkeitsbegriffs, der Kommunikation seiner Inhalte und der Orientierung bezüglich des Zustandes und der allgemeinen Entwicklung im Hinblick auf die durch das Nachhaltigkeits-Leitbild beschriebenen Zielsetzung. Das in der vorliegenden Arbeit zu entwickelnde Indikatorensystem wird sich daher in erster Linie an diesen drei Funktionen orientieren.

---

<sup>409</sup> Aktuelle Beispiele sind das 2004 begonnene Projekt zur Entwicklung eines kommunalen Nachhaltigkeitsindex und der 2004 veröffentlichte Bertelsmann-Transformation-Index. Vgl. Kommunale Gemeinschaftsstelle/Service-stelle Kommunen in der Einen Welt (Hrsg.) (2004): *NAX – Kommunalen Nachhaltigkeitsindex*, Projektbeschreibung, hekt. Mskt., Stand Juli 2004; Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) (2004): *Bertelsmann-Transformation-Index 2003 – Politische Gestaltung im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann.



### 3.3.2 Der Indikatorenansatz der CSD als zentrales Referenzsystem zur Bestimmung der Themenfelder und Indikatoren

#### 3.3.2.1 Themenfelder und Ziele des CSD-Ansatzes

Die CSD hat 1996 einen Entwurf für ein System mit zunächst 134 Indikatoren vorgelegt und nach einer Testphase mit 22 Ländern überarbeitet. Bei dieser *CSD-Working-List* wurden die Themenfelder für das Indikatorensystem auf der Basis der Agenda 21 festgelegt. Diese Vorgehensweise wurde auch bei der Überarbeitung des Entwurfs 2001 übernommen. Kennzeichnend für den CSD-Ansatz ist, dass zunächst vier Dimensionen nachhaltiger Entwicklung unterschieden werden: die soziale, die ökonomische, die ökologische und die institutionelle Dimension. Diesen Dimensionen wurden dann die Kapitel der Agenda 21 zugeordnet, so dass die Kapitelüberschriften hier als Beschreibung der Themenfelder dienen.

„The early indicator work under CSD organized the chapters of Agenda 21 under the four primary dimensions of sustainable development – social, economic, environmental, and institutional. Within these categories, indicators were classified according to their driving force, state, and response characteristics; adopting a conceptual approach widely used for environmental indicator development.“<sup>410</sup>

In Anlehnung an den von der OECD entwickelten *Pressure-State-Response*-Ansatz (PSR-Ansatz) erfolgte eine Einteilung der Indikatoren in der *CSD-Working-List* von 1996 in die drei Kategorien *Driving Force*, *State* und *Response* – dem so genannten DSR-Ansatz. Dabei beziehen sich *Driving Force*-Indikatoren auf menschliche Aktivitäten, Prozesse und (Verhaltens-)Muster, die sich auf die Entwicklung in den einzelnen Dimensionen auswirken, während die *State*-Indikatoren den Zustand in diesen Dimensionen beschreiben und *Response*-Indikatoren Maßnahmen erfassen, mit denen auf Veränderungen und negativ bewertete Zustände reagiert wird.<sup>411</sup>

In der Dimension „Soziales“ werden fünf Themenfelder beziehungsweise Agenda-21-Kapitel aufgeführt, in der Dimension „Ökonomie“ vier und bei „Ökologie“ 14. In der Dimension „Institutionen“ werden 16 Kapitel herangezogen, wobei die Kapitel 23 bis 32 – also der gesamte Teil III der Agenda 21 – unter dem Thema „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ zu einem Punkt zusammengefasst werden (vgl. Tabelle 8). Sofern man die Anzahl der jeweiligen Themenfelder als einen Indikator für die einer Dimension zuerkannte Bedeutung auffasst, wird mit der *Working-List* der CSD die weit verbreitete Einschätzung gestützt, bei Nachhaltigkeit

---

<sup>410</sup> United Nations Department of Economic and Social Affairs (2001), 11.

<sup>411</sup> Vgl. United Nations Department of Economic and Social Affairs (1996): *CSD Working List of Indicators of Sustainable Development*. September 1996, New York: DESA.

handele es sich vor allem um ein ökologisch bestimmtes Problemfeld. Gleichzeitig ist festzustellen, dass es bezüglich der Spezifikation beziehungsweise Eingrenzung der Themen erhebliche Unterschiede gibt. Beispielhaft ist hier die komplexe Aufgabe globaler Armutsbekämpfung (Kapitel 3) auf der einen Seite und die sehr viel spezifischere Frage des Umgangs mit chemischen oder radioaktiven Abfällen (Kapitel 19 und 22) auf der anderen Seite zu nennen. Nicht alle Agenda-21-Kapitel sind als Zielformulierung abgefasst, teilweise wird nur ein Themenkomplex benannt, was die Auswahl geeigneter Indikatoren erschwert.

**Tabelle 8: Themenfelder der CSD Working List of Indicators**

Soziales	Wirtschaft	Umwelt	Institutionen
Armutsbekämpfung (3)	Internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in [Entwicklungs-] <sup>412</sup> Ländern und damit verbundene nationale Politik (2)	Schutz der Qualität und der Menge der Süßwasserressourcen (18)	Integration von Umwelt- und Entwicklungsfragen bei der Entscheidungsfindung (8)
Bevölkerungsentwicklung (5)	Veränderung der Konsummuster (4)	Schutz der Ozeane, Meere und Küstengebiete (17)	Wissenschaft im Dienst einer nachhaltigen Entwicklung (35)
Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung (36)	Finanzielle Ressourcen und Finanzierungsmechanismen (33)	Integrierter Ansatz für die Planung und Bewirtschaftung der Bodenressourcen (10)	Nationale Mechanismen und internationale Zusammenarbeit zur Stärkung der personellen und institutionellen Kapazitäten in Entwicklungsländern (37)
Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit (6)	Transfer umweltverträglicher Technologien, Kooperation und Kapazitätsaufbau (34)	Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme: Bekämpfung der Wüstenbildung und der Dürren (12)	Internationale institutionelle Rahmenbedingungen (38)

(Fortsetzung nächste Seite)

<sup>412</sup> In der CSD-Working List heißt es hier „in countries“, im CSD-Bericht des BMU vom April 2000 entsprechend „in Ländern“; Kapitel 2 der Agenda 21 lautet dagegen „Internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern und damit verbundene nationale Politik“.

(Fortsetzung zu Tabelle 8)

Soziales	Wirtschaft	Umwelt	Institutionen
Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung (7)		Bewirtschaftung empfindlicher Ökosysteme: Nachhaltige Bewirtschaftung von Berggebieten (13)	Internationale Rechtsinstrumente und -mechanismen (39)
		Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung (14)	Informationen für die Entscheidungsfindung (40)
		Bekämpfung der Entwaldung (11)	Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen (23-32)
		Erhaltung der biologischen Vielfalt (15)	
		Umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie (16)	
		Schutz der Erdatmosphäre (9)	
		Umweltverträglicher Umgang mit Abfällen [im Original: solid wastes and sewage-related issues] (21)	
		Umweltverträgliche Entsorgung gefährlicher Abfälle (20)	
		Umweltverträglicher Umgang mit gefährlichen Chemikalien (19)	
		Sicherer und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen (22)	
<i>Anzahl der den Themenfeldern zugewiesenen Indikatoren insgesamt: 39 Einteilung nach DSR-Kategorien: 11/21/7</i>	<i>Indikatoren insgesamt: 22 Einteilung nach DSR-Kategorien: 9/10/3</i>	<i>Indikatoren insgesamt: 55 Einteilung nach DSR-Kategorien: 22/18/15</i>	<i>Indikatoren insgesamt: 15 Einteilung nach DSR-Kategorien: 0/3/12</i>

Quelle: United Nations Department of Economic and Social Affairs (1996). Die Kapitel-Nummern der Agenda 21 sind in Klammern angegeben; Übersetzung nach Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt (2000).

Die methodische Herangehensweise, die Kapitel-Überschriften der Agenda 21 zur Grundlage des Indikatorensystems zu machen, bringt erhebliche Schwächen mit sich. Während einige Themenbereiche wie „Abfall“ mehrfach und vergleichsweise sehr differenziert behandelt werden, sind andere für die sich anschließende Ableitung von Indikatoren nicht hinreichend präzisiert, wiederum andere – zum Beispiel die Frage der gerechteren Gestaltung des internationalen Handels, aber auch einzelne Bereiche wie Verkehr oder Tourismus – fehlen ganz. Der Agenda 21 wurde *ex post* eine Funktion zugewiesen, der sie vor dem Hintergrund der in Kapitel 2 dargestellten Zielsetzung und Entstehungsgeschichte nicht gerecht werden konnte: Ziel der CSD-Indikatorenarbeit war, ein wissenschaftlich fundiertes Indikatorensystem zu entwickeln, das die wesentlichen Bereiche der Entwicklung auf nationaler Ebene im Hinblick auf das Konzept der Nachhaltigkeit erfassen sollte. Die Agenda 21 ist dagegen als politisches Aktionsprogramm für eine global nachhaltige Entwicklung formuliert worden und ist das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses, bei dem bereits vor Beginn der Verhandlungen wichtige Bereiche – insbesondere die Frage der Gestaltung des internationalen Handels – ausgeklammert worden waren. Dies musste zwangsläufig dazu führen, dass sich nur wenige Themenfelder – und bei der Vorgehensweise der CSD damit letztlich auch nur relativ wenige Indikatoren – auf die Dimension Wirtschaft beziehen. Bezeichnend ist in diesem Kontext, dass die CSD in ihrem Entwurf nur drei *Response*-Indikatoren aus dem Themen-Set für die Dimension Wirtschaft abgeleitet hat – so als gäbe es in dieser Dimension kaum Handlungsmöglichkeiten, die in ein Monitoringsystem einbezogen werden müssten. Problematisch ist auch, dass für die Dimension Institutionen – in der Logik des Ansatzes – keine *Driving force*-Indikatoren erforderlich zu sein scheinen.

In dem vom Bundesumweltministerium federführend erstellten deutschen Bericht zur CSD-Testphase heißt es hierzu:

„Gemäß dem Auftrag, die Ergebnisse des Rio-Gipfels von 1992 praktisch umzusetzen, wurde das CSD-Indikatorensystem nach Kapiteln der Agenda 21 gegliedert. Diese Systematik hat durchaus Vorteile, vor allem die internationale Vergleichbarkeit, führt aber auch zu Beschränkungen bei dem Unterfangen, alle national wichtigen Aspekte von nachhaltiger Entwicklung erschöpfend abzubilden. Ein Beispiel hierfür ist die fehlende Berücksichtigung wichtiger Sektoren wie Verkehr.“<sup>413</sup>

In diesem Bericht des BMU wird die Verwendung des *Driving force-State-Response*-Konzepts für Nachhaltigkeitsindikatoren als „nicht unproblematisch“ eingestuft, da sich die

---

<sup>413</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2000): *Erprobung der CSD-Nachhaltigkeitsindikatoren in Deutschland, Bericht der Bundesregierung*. Berlin: BMU, 8f.; im Internet unter:

ursprünglich für den Umweltbereich konzipierte grobe Abbildung von Kausalitätsbeziehungen nicht ohne Weiteres auf die übrigen Nachhaltigkeitsdimensionen übertragen lasse:

„Je stärker man (...) soziale, ökonomische oder gar institutionelle Aspekte darstellen will, desto weniger passend und aussagefähig ist dieses Konzept.“<sup>414</sup>

Die CSD hat diese Kritik nahezu wörtlich in ihrem Bericht zur Auswertung ihres Indikatorenarbeitsprogramms aufgegriffen und als Ergebnis der Testphase im Jahr 2001 ein erheblich überarbeitetes Indikatorensystem vorgelegt.<sup>415</sup> Bezüglich des Aufbaus wurden aus der Testphase drei wesentliche Modifikationen abgeleitet: Erstens wurde die strenge Orientierung an den Kapiteln der Agenda 21 als ungeeignet verworfen, gleichzeitig wurde aber an der Agenda 21 als inhaltlicher Rahmen und der Einteilung in die vier Dimensionen festgehalten. Zweitens wurde die Unterscheidung der Indikatoren gemäß des *Driving force-State-Response*-Ansatzes aufgegeben. Drittens wurde die Anzahl von 134 Indikatoren als zu umfangreich angesehen und auf – zunächst – 57 beziehungsweise 58<sup>416</sup> Indikatoren reduziert.

Neben den Berichten aus den Testländern hat sich die CSD nach eigenen Angaben für die Überarbeitung auch die Erfahrungen aus internationalen Arbeiten zur Messung oder Konzeptionalisierung von Nachhaltigkeit zu Nutze gemacht, ohne dass in dem Bericht spezifiziert wird, um welche Ansätze es sich dabei handelt. Bei der nun von der CSD gewählten Herangehensweise zur Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs werden die vier Hauptdimensionen in Themen und Subthemen heruntergebrochen:

„The resulting organization presents the indicators under four major dimensions, further broken down into themes and sub-themes. The determination of the major areas, themes and sub-themes was based on a broad range of information, the major ones of which were the reports of the testing countries and international initiatives that have measured or conceptualised sustainability.“<sup>417</sup>

Dieses Verfahren des Herunterbrechens der Nachhaltigkeits-Dimensionen ähnelt somit im Grundsatz der Methode, die in der vorliegenden Untersuchung angewendet wird. Mit der Umstellung von den Agenda-21-Kapiteln als Teilzielformulierungen hin zu den Themen und Subthemen sind für die Indikatorenarbeit der CSD sowohl methodische als auch strategische Vorteile verbunden. Da die CSD durch ihr Mandat und ihre personelle Ausstattung nicht über die

---

[http://www.bmu.de/files/csd\\_01.pdf](http://www.bmu.de/files/csd_01.pdf), zuletzt geprüft am 18.1.2005.

<sup>414</sup> Op. cit., 9

<sup>415</sup> Vgl. United Nations Department of Economic and Social Affairs (2001), insbesondere 12, Absatz 52.

<sup>416</sup> Die Angaben zur Anzahl der Indikatoren schwanken, selbst im genannten CSD-Bericht: So wird im Text die Zahl 57 genannt (vgl. op. cit., 18), während in der Liste 58 Indikatoren enthalten sind (vgl. darin 15f.).

<sup>417</sup> Op. cit., 10.

Möglichkeit verfügt, die vorgeschlagenen Indikatoren selbst zu erheben, ist sie auf die Akzeptanz des Systems seitens der Staaten angewiesen. Diese sollte gegenüber der ersten Version erhöht werden – auch dies ist ein Ergebnis der zum Teil eher schleppend verlaufenen Testphase. Vor diesem Hintergrund hat die Formulierung von (Sub-)Themen gegenüber der Bestimmung von Handlungs- und Qualitätszielen – wie dies in der ersten Version mit der Übernahme der Agenda-21-Kapitel weitgehend erfolgte – den Vorteil, dass mit einer höheren Zustimmung der politischen Akteure zu rechnen ist, da damit noch kein unmittelbarer Zusammenhang zu einem konkreten Handlungsbedarf verknüpft ist. Dies lässt sich mit zwei Beispielen verdeutlichen: In der *CSD-Working-List* werden für die soziale Dimension mit „*Protecting and promoting human health*“ und für die ökologische Dimension mit „*Protection of the atmosphere*“ zwei Handlungsziele benannt, deren Erreichung umfassende politische Maßnahmen voraussetzt. Dagegen werden in der revidierten Fassung mit den Themen und Subthemen „*Health*“ und „*Drinking Water*“ beziehungsweise „*Atmosphere*“ und „*Climate change*“ lediglich Problemfelder angesprochen, ohne dass dadurch bereits bestimmt wird, in welche Richtung sich die Indikatoren, die die erwarteten oder erwünschten Veränderungen in diesen Bereichen abbilden sollen, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung verändern müssten.

Das Sample der insgesamt 15 Themen und 38 Subthemen wird von der CSD als „*Framework*“ bezeichnet, das zusammen mit den vorgeschlagenen *Kern*-Indikatoren als Orientierung für die Entwicklung nationaler Indikatorensysteme dienen soll. Eine formale Änderung gegenüber dem Aufbau der CSD-Arbeitsliste von 1996 besteht darin, dass nun nach der sozialen Dimension an zweiter Stelle die Dimension Ökologie behandelt wird und beide mit einer fast gleichgroßen Anzahl von Themen und Subthemen beschrieben werden. Welche (Sub-)Themen im Einzelnen für die vier Dimensionen festgelegt werden, wird in Tabelle 9 dargestellt.

**Tabelle 9: Themen und Subthemen der CSD**

<b>Social dimension</b>	<b>Environmental dimension</b>	<b>Economic dimension</b>	<b>Institutional dimension</b>
<b>Equity</b> - Poverty (3) - Gender Equality (24)	<b>Atmosphere (9)</b> - Climate Change - Ozone Layer Depletion - Air Quality	<b>Economic Structure (2)</b> - Economic Performance - Trade - Financial Status (33)	<b>Institutional Framework (38, 39)</b> - Strategic Implementation of SD (8) - International Cooperation
<b>Health (6)</b> - Nutritional Status - Mortality - Sanitation - Drinking Water - Healthcare Delivery	<b>Land (10)</b> - Agriculture (14) - Forests (11) - Desertification (12) - Urbanization (7)	<b>Consumption and Production Patterns (4)</b> - Material Consumption - Energy Use - Waste Generation and Management (19-22) - Transportation	<b>Institutional Capacity (37)</b> - Information Access (40) - Communication Infrastructure (40) - Science and Technology (35) - Disaster Preparedness and Response
<b>Education (36)</b> - Education Level - Literacy	<b>Ocean, Seas and Coasts (17)</b> - Coastal Zone - Fisheries		
<b>Housing (7)</b> - Living Conditions	<b>Fresh Water (18)</b> - Water Quantity - Water Quality		
<b>Security</b> - Crime (36, 24)	<b>Biodiversity (15)</b> - Ecosystems - Species		
<b>Population (5)</b> - Population Change			

Quelle: United Nations Department of Economic and Social Affairs (2001); in Klammern sind die Kapitelnummern der Agenda 21 angegeben.

Die Gewichtung der Dimensionen untereinander hat sich bei diesem *Framework* gegenüber der *Working-List* erheblich zu Gunsten einer weitgehend gleichstarken Berücksichtigung der Nachhaltigkeits-Trias Soziales, Ökologie und Ökonomie verändert, auch wenn auf der Themen-Ebene zunächst der Eindruck einer Zweiteilung zwischen Soziales und Ökologie (mit sechs beziehungsweise fünf Themen) auf der einen Seite und Ökonomie und Institutionen (mit jeweils nur zwei Themen) auf der anderen Seite vermittelt wird. Die sechs Themen der Dimension Soziales werden in insgesamt zwölf Subthemen aufgeteilt, zu denen 19 Indikatoren vorgeschlagen werden. In der Umwelt-Dimension werden ebenfalls 19 Indikatoren zu den 13 Subthemen der fünf Themen formuliert. Zur Dimension Ökonomie werden zwar nur zwei Themen mit zusammen sieben Subthemen benannt, doch bezieht sich das Subthema „*Waste Generation and Management*“ explizit auf vier zuvor einzeln aufgeführte Agenda-21-Kapitel, was sich in der Formulierung von vier der insgesamt 14 Indikatoren zu dieser Dimension niederschlägt. Eine klare Dominanz einer der Dimensionen ist auf der Ebene der Indikatoren hier also im Gegensatz zur CSD-Arbeitsliste – zumindest im formalen Aufbau – nicht mehr erkennbar. Eine Sonderrolle nimmt in dieser formalen Betrachtungsweise mit zwei Themen, sechs Subthemen und sechs Indikatoren die Dimension Institutionen ein, auf die noch einzugehen sein wird.

Die Zuordnung zu den Dimensionen ist bei einigen Themen jedoch willkürlich. Aus inhaltlicher Sicht ließe sich daher auch ein anderer Aufbau begründen, worauf auch die CSD hinweist:

„A framework for organizing the selection and development of indicators is essential. Nevertheless, it must be recognized that any framework, by itself, is an imperfect tool for organizing and expressing the complexities and interrelationships encompassed by sustainable development.“<sup>418</sup>

Es wird hierzu von der CSD das Beispiel des sozialen Subthemas Armut angeführt, das offenkundig *significant linkages* zu den übrigen drei Dimensionen habe.<sup>419</sup> Dass die Einordnung in diesem Fall dem Kriterium des *best-fit* folgt, ist nachvollziehbar. Anders sieht es dagegen bei den Subthemen Abfallaufkommen und Energieverbrauch aus, deren Einordnung in die Dimension Ökonomie in diesen Bereichen eine Fokussierung auf wirtschaftliche Prozesse und Akteure bei der Auswahl der Indikatoren nahe legt, die in dem Ansatz jedoch nicht durchgängig eingehalten wird und die der Bandbreite der beiden Problemfelder auch nicht gerecht wür-

---

<sup>418</sup> Ibid.

<sup>419</sup> Vgl. op. cit., 14.



de. In beiden Fällen erschiene eine Einordnung in die Dimension Ökologie als *best-fit* sinnvoller und entspräche der gängigen Praxis der Umwelt- und der Nachhaltigkeits-Berichterstattung. Für die weitere Betrachtung ist die Zuordnung im Einzelnen jedoch zunächst einmal nur von sekundärer Bedeutung. Wichtig ist hier dagegen, dass die beiden (Unter-)Themen in das *Framework* aufgenommen wurden und damit von der CSD zum Kernbereich einer nachhaltigen Entwicklung gerechnet werden. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang festzustellen, dass die CSD mit dem *Framework* einen Ansatz verfolgt, der die drei Nachhaltigkeits-Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales mit einer vergleichbaren Anzahl von Indikatoren abzubilden versucht. Der von der CSD vorgelegte Rahmen wirft im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit mehrere Fragen auf, die in den folgenden Abschnitten behandelt werden:

- Wie verhält sich das *CSD-Framework* von Themen und Subthemen zur Agenda 21 und den Ergebnissen der UNCED?
- Welche Erfahrungen wurden mit dem Set von Themen und Subthemen in Costa Rica gewonnen?
- Wie verhält sich die deutsche nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu diesem Referenzrahmen?
- Welche (Sub-)Themen des *CSD-Frameworks* sind für die Betrachtung von internationalen Beziehungen relevant?

Die Antworten auf diese Fragen fließen in die Entwicklung des Themenrasters ein (siehe Tabelle 16, Seite 219), zu dem dann in einem weiteren Schritt die Indikatoren für die Untersuchung der Beziehungen zwischen Costa Rica und Deutschland abgeleitet werden.

### 3.3.2.2 Verhältnis des CSD-Frameworks zur Agenda 21

Die (Sub-)Themen nehmen auf insgesamt 27 Kapitel der Agenda 21 explizit Bezug, was in der Übersicht der CSD ebenso wie in Tabelle 2 durch die in Klammern genannten Kapitelnummern ausgedrückt wird.<sup>420</sup> Bis auf zwei Ausnahmen (*Equity und Security*) wurden alle Themen direkt aus Kapiteln der Agenda 21 abgeleitet. Nicht explizit berücksichtigt werden 13 Kapitel, wobei es sich bei zweien um Präambeln handelt (Kapitel 1 und 23). Insbesondere blieb nahezu der gesamte Teil III der Agenda 21 (Kapitel 23 bis 32) unberücksichtigt, in dem es um die „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ geht. Einzige Ausnahme bei der Ausklammerung der akteursbezogenen Kapitel aus Teil III bildet das Kapitel 24, in dem ein „Globaler Aktionsplan für Frauen“ gefordert wird. Von den sachbezogenen Kapiteln fanden die „nachhaltige Bewirtschaftung von Berggebieten“ (Kapitel 13), die „umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie“ (Kapitel 16) sowie der „Transfer umweltverträglicher Technologien“ (Kapitel 34) keinen Eingang in das Themen-Set.

Lässt sich diese negative Selektion begründen? Bezüglich der nachhaltigen Bewirtschaftung von Berggebieten lässt sich argumentieren, dass es sich hierbei um ein nicht für alle Staaten relevantes Problemfeld handelt, das daher nicht im Kernset des *Frameworks* berücksichtigt werden muss. In Bezug auf die umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie konzentrieren sich zwar die Biotechnologie-Unternehmen und -Investitionen – wie in der Agenda 21 bereits festgestellt – auf einen Teil der Industrieländer, doch sind von der Nutzung dieser Technologie potenziell alle Länder betroffen. Gerade im Hinblick auf die künftige Entwicklung in diesem Bereich ist daher hier eine Lücke im *CSD-Framework* festzustellen. Dies gilt auch für die Nichtberücksichtigung des Kapitels zum Transfer umweltverträglicher Technologie. Hier ließe sich zwar argumentieren, dass sich dieses Kapitel im Gegensatz zum Themenrahmen der CSD nicht auf den nationalen Kontext, sondern auf internationale Austauschbeziehungen bezieht, doch steht diesem systematischen Argument entgegen, dass sich auch das Subthema „Internationale Kooperation“ explizit von der nationalen Grundausrichtung des CSD-Ansatzes abhebt. Die Auslassung der akteursbezogenen Kapitel folgt offenbar einer grundsätzlichen Entscheidung, die Frage der Partizipation weder auf der Themenebene noch als Dimension im Rahmen des Indikatorensystems zu berücksichtigen.

---

<sup>420</sup> Vgl. *op. cit.*, 15-16.

Die CSD folgt zwar mit ihren vier Dimensionen der gängigen Praxis,<sup>421</sup> steht mit diesem Ansatz aber zugleich in einem gewissen Widerspruch zum Aufbau der Agenda 21, bei der einer der vier Teile der Frage der Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen gewidmet ist.

Die Berücksichtigung des Gender-Aspekts innerhalb des CSD-Themenrasters trägt demgegenüber der Tatsache Rechnung, dass gerade von den Vereinten Nationen seit ihrer Gründung immer wieder auf die besondere Bedeutung der Frauen im Rahmen von Entwicklungsprozessen hingewiesen wurde. Einschränkend ist hierzu anzumerken, dass die Rolle der Frauen im *CSD-Framework* nur mit einem Subthema angesprochen wird. Der Ansatz folgt daher nicht der Strategie des *Gender-Mainstreaming*, wenngleich diese laut Birgit Dederichs-Bain als eines der wichtigsten Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz von Peking<sup>422</sup> im Jahr 1995 – und damit des Rio-Folgeprozesses insgesamt – anzusehen ist und auf der Ebene der Indikatoren in vielen Fällen durch eine geschlechtsspezifische Differenzierung berücksichtigt werden könnte.

Insgesamt ist festzuhalten, dass es sich bei dem von der CSD entwickelten Rahmen für die Indikatorenentwicklung zwar um ein „*imperfect tool*“ handelt, das aber die in der Agenda 21 behandelten Problem- und Handlungsfelder weitgehend aufnimmt und für die Ableitung von Indikatoren wesentlich besser geeignet ist als die erste Version von 1996.

### 3.3.2.3 Anwendung der Themen und Subthemen in Costa Rica und Deutschland

#### 3.3.2.3.1 Costa Rica

Costa Rica zählt zu den wenigen Ländern, die versucht haben, das CSD-Framework anzuwenden und die vorgeschlagenen Indikatoren zu erheben. Bezeichnenderweise wurde diese Arbeit nicht von staatlichen Stellen initiiert und durchgeführt, sondern vom *Observatorio del Desarrollo (OdD)* der *Universidad de Costa Rica* in San José. Das OdD hat im Jahr 2001 in Abstimmung mit dem *UN-Department of Economic and Social Affairs* ein Projekt zur Anwendung der CSD-Indikatoren durchgeführt, dessen Ergebnisse ein Jahr später gemeinsam vom OdD und dem *Ministerio del Ambiente y Energía* veröffentlicht wurden.<sup>423</sup> Das OdD wurde auch bei der Projektdurchführung vom costaricanischen Ministerium für Umwelt und

---

<sup>421</sup> Siehe Morosini u.a. (2001). Bei den hier beschriebenen 61 Profilen zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichten kommt „Partizipation“ nur bei einer Minderheit von lokalen Indikatorensystemen als Dimension vor. Von der überwiegenden Mehrzahl wird die Frage der Beteiligung auch nicht als „Thema“ behandelt.

<sup>422</sup> Vgl. Dederichs-Bain (2001), 196.

<sup>423</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002): *Indicadores del desarrollo sosten-*

Energie unterstützt, doch musste das Projekt zunächst gegen erhebliche Widerstände seitens der Regierung durchgesetzt werden.<sup>424</sup> Entgegen dem weitverbreiteten Image trat die costaricanische Regierung nicht als Motor, sondern eher als Bremser der nationalen und internationalen Nachhaltigkeitsdiskussion auf. Nachdem bereits der erste Indikatorenkatalog vom Testland Costa Rica nicht umgesetzt wurde, befürchtete man seitens des OdD, dass auch das neue Framework nicht angewendet werden würde und hat daher das Projekt initiiert:

“Nuestra intención con este ejercicio era doble: en primer lugar, Costa Rica tenía una obligación moral de cumplir su compromiso adquirido en Bélgica. Y en Segundo lugar, creemos que es de suma importancia, para la salud de nuestra sociedad, acompañar los procesos de profundización de nuestra democracia con instrumentos objetivos que permitan iluminar el trayecto de la sociedad costarricense hacia la sostenibilidad de su bienestar.”<sup>425</sup>

Für die Umsetzung des Projektes war also die im Rahmen der internationalen CSD-Kooperation eingegangene „moralische Verpflichtung“ von erheblicher Bedeutung. Der Projektbericht enthält keine zusammenfassende Auswertung und bleibt damit die Antwort auf die Frage schuldig, ob der CSD-Ansatz geeignet ist, den „Weg der costaricanischen Gesellschaft zur Nachhaltigkeit zu erhellen“. Betrachtet man die einzelnen Dimensionen, ergibt sich folgendes Bild:

- In der Dimension Soziales wurden alle Themen und Subthemen übernommen; die von der CSD vorgeschlagenen Indikatoren wurden teilweise modifiziert und durch neue Indikatoren zu den bestehenden (Sub-)Themen ergänzt.
- In der Dimension Ökologie sind bei drei Subthemen Abweichungen gegenüber dem CSD-Framework festzustellen: Das Subthema *Desertification* wird zwar in dem Bericht behandelt, doch wird der Begriff im Hinblick auf die in Costa Rica vorherrschenden Vegetationszonen als nicht angemessen angesehen. Statt der Wüstenbildung wird das Problem der Degradation als mögliches alternatives Themenfeld angeführt, doch fehlen laut Bericht die notwendigen Informationen zur Definition und Erhebung entsprechender Indikatoren.<sup>426</sup> Zum Thema *Fresh Water* wird nur das Subthema Wassermenge, nicht aber die Wasserqualität behandelt, ohne dass dies begründet wird. Das

---

*nible de Costa Rica*. San José: OdD.

<sup>424</sup> Die Angaben basieren auf einem Interview des Verfassers mit dem Projektleiter, Edgar E. Gutiérrez-Espeleta, vom 4.3.2003.

<sup>425</sup> Edgar E. Gutiérrez-Espeleta (2002): „Prefacio“, in: Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 7-10 (Zitat: 9).

<sup>426</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 78.

Subthema Urbanisation, zu dem die CSD den Indikator *Area of Urban Formal and Informal Settlements* vorschlägt, wird gleichfalls in dem Bericht nicht thematisiert.

- Die Vorschläge der CSD zur Dimension Ökonomie wurden vollständig übernommen. Mit einer Ausnahme wurden zu allen Themen und Subthemen Indikatoren erhoben. Lediglich beim Subthema *Material Consumption* wird auf die mangelnde Datenverfügbarkeit zur Berechnung des Indikators *Intensity of Material Use* verwiesen.
- Die (Sub-)Themen zur Dimension Institutionen wurden ebenfalls komplett in den Bericht aufgenommen, wobei die Indikatoren zum Teil verändert und ergänzt wurden.

Vom OdD wurde bei der Übertragung des CSD-Rahmens auf Costa Rica keine thematische Erweiterung vorgenommen. Da nur eines der insgesamt 38 Subthemen (*Desertification*) explizit als ungeeignet bezeichnet wird, stellt der CSD-Rahmen nach Ansicht des OdD eine gute Ausgangsbasis für die Erarbeitung eines nationalen Indikatorensystems zur nachhaltigen Entwicklung in Costa Rica dar.<sup>427</sup>

### 3.3.2.3.2 Deutschland

Nachdem das Bundesumweltministerium im April 2000 seinen Bericht zur internationalen Testphase der CSD-Indikatoren vorgelegt hatte, wurden die Aktivitäten in diesem Bereich auf offizieller Ebene zunächst nicht weiter vorangetrieben,<sup>428</sup> obwohl dies im Vorwort von Bundesumweltminister Jürgen Trittin angekündigt worden war:

„Im nächsten Schritt wird es insbesondere darum gehen, die Anzahl der Indikatoren deutlich zu reduzieren, um damit den Aufwand für die Berichterstattung zu verringern und gleichzeitig die Kommunikationsfähigkeit des Indikatorensystems zu erhöhen. Dabei sind die Erfahrungen und Ergebnisse der Arbeiten auf nationaler und internationaler Ebene einzubeziehen.“<sup>429</sup>

Das Umweltbundesamt hat zwar ein Projekt zur „Entwicklung von Schlüsselindikatoren für nachhaltige Entwicklung“ in Auftrag gegeben, das vom IFEU-Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg, bearbeitet wurde, doch ist nicht erkennbar, dass sich die Bundesregierung die Ergebnisse aus der Diskussion zur Modifizierung des CSD-Ansatzes zu Eigen gemacht hätte. Es kam weder zu einer Modifikation des Indikatorensystems auf der Basis dieses Testberichts noch zu einer Anwendung des neuen CSD-Rahmens. Stattdessen hat die Bundesregierung im Vorfeld des WSSD in Johannesburg eine „nationale Nachhaltigkeitsstra-

---

<sup>427</sup> Vgl. Entsprechend äußerte sich Edgar E. Gutiérrez-Espeleta im Interview mit dem Verfasser am 4.3.2003.

<sup>428</sup> Vgl. Stephan, Petra (2001): *Die Welt auf dem Prüfstand. Nachhaltigkeitsindikatoren im Rio-Follow-up*. Herausgegeben vom Forum Umwelt und Entwicklung. Bonn: Forum Umwelt und Entwicklung, 15.

tegie“ vorgelegt, die ein Set von 21 Indikatoren enthält. Im Kapitel „Indikatoren und Ziele“ wird ein vierstufiges Ableitungsverfahren angewendet, das vom Leitbild zu quantitativen Zielvorgaben führt: Zunächst erfolgt eine Definition von als „Leitbilder“ bezeichneten Dimensionen der Nachhaltigkeit, zu denen dann in einem zweiten Schritt 21 Themen und zugehörige Ziele nachhaltiger Entwicklung formuliert werden. In einem dritten Schritt wird formal zu jedem Ziel ein Indikator ausgewählt, was zu den „21 Schlüsselindikatoren für eine nachhaltige Entwicklung“<sup>430</sup> führt; faktisch werden, wie aus Tabelle 12 ersichtlich, zu sechs Zielen aber zwei Indikatoren benannt. Abschließend werden in einem vierten Schritt zu einem Teil der Indikatoren Zielwerte für unterschiedliche Bezugsjahre bestimmt. Diefenbacher und Hitzler bemerken in ihrem Kommentar:

„Bis auf die weitgehende Einhaltung dieser ‚Konstruktionsempfehlung‘ wirkt die Zusammenstellung von Indikatoren und Zielen jedoch nicht sehr systematisch. Wichtige Bereiche der nachhaltigen Entwicklung werden nicht berücksichtigt.“<sup>431</sup>

Als problematisch wird vor allem gewertet, dass die Bundesregierung vom international bestehenden Konsens der Einteilung des Nachhaltigkeitsbegriffs in die Dimensionen „Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft/Sozialer Bereich, Institutionen/Partizipation“ abrückt.<sup>432</sup> Die von der Bundesregierung stattdessen verwendeten vier Leitbilder Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung waren erstmals von Hans Martin Bury im September 2001 in einem Beitrag zu einer öffentlichen Veranstaltung des deutschen Rats für Nachhaltige Entwicklung formuliert worden. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen kritisierte in seiner Stellungnahme zum Entwurf den Versuch der Einführung einer neuen Begriffsdefinition als Beitrag zur „Begriffsauflösung“: „Mit der in Rio beschlossenen ‚Agenda 21‘ ist diese Definition kaum zu begründen.“<sup>433</sup> Auch vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde die Einführung der vier Leitbilder in einer Stellungnahme zum Entwurf der Bundesregierung vom

---

<sup>429</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2000), 2.

<sup>430</sup> Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2002), 89.

<sup>431</sup> Diefenbacher, Hans/Hitzler, Eberhard (2002): „Perspektiven für Deutschland oder Propaganda für Johannesburg?“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 7/2002, 30-34.

<sup>432</sup> Vgl. Rat der Sachverständigen für Umweltfragen (2002): *Stellungnahme zum Regierungsentwurf zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom 13. Februar 2002*. Berlin: SRU; im Internet veröffentlicht unter [http://www.umweltrat.de/03stellung/download03/stellung/Stellung\\_Nachhaltigkeitsstrategie\\_Feb2002.pdf](http://www.umweltrat.de/03stellung/download03/stellung/Stellung_Nachhaltigkeitsstrategie_Feb2002.pdf) (Stand 25.5.2004). Für eine ausführlichere Darstellung der Kritik am Indikatorenset der Nachhaltigkeitsstrategie siehe: Diefenbacher, Hans/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2003): *Die Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung – Kritik und Vorschläge zur Weiterentwicklung*. Unveröffentlichte Eingabe an den Rat für Nachhaltige Entwicklung. Heidelberg.

<sup>433</sup> Rat der Sachverständigen für Umweltfragen (2002), 2.

Dezember 2001 abgelehnt, da die für Nachhaltigkeit zentrale Kategorie „Umwelt“ nicht darin vorkommt:

„Weder die Koordinate ‚Generationengerechtigkeit‘ noch die Koordinate ‚Lebensqualität‘ sind nach Meinung des WBGU ein vollständiger Ersatz für den Begriff des Umweltschutzes.“<sup>434</sup>

Vergleicht man die Themen und Ziele aus der Nachhaltigkeitsstrategie mit den Subthemen der CSD, zeigt sich – wie in Tabelle 10 dargestellt – eine Übereinstimmung in 16 der 21 Bereiche: Jeweils fünf Themen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie finden eine weitgehende Entsprechung in der ökologischen und ökonomischen Dimension, vier in der sozialen und zwei in der institutionellen Dimension des CSD-Ansatzes.<sup>435</sup> Fünf von der Bundesregierung eingebrachte Themen finden keine Entsprechung, ließen sich aber den von der CSD verwendeten Nachhaltigkeits-Dimensionen zuordnen: Erneuerbare Energie (Ökologie), Investitionen und Beschäftigung (Ökonomie) sowie Familie und Integration (Soziales). Daraus ergibt sich eine weitgehende Gleichverteilung auf die drei Dimensionen des Nachhaltigkeits-Dreiecks. Gleichzeitig ist festzustellen, dass der CSD-Ansatz zwanzig Subthemen enthält, die von der Bundesregierung nicht berücksichtigt wurden, von denen einige aber in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion als wesentliche Aspekte einer Nachhaltigkeitsstrategie angesehen werden. Zu nennen sind die Themen Armut/Einkommensverteilung, Bevölkerungswandel, Wälder, Wasser und Abfall. Problematisch ist auch, dass die institutionelle Dimension nur am Rande berücksichtigt wird und Formen der Partizipation gänzlich fehlen.

---

<sup>434</sup> Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) (2002): Stellungnahme des WBGU zum Entwurf der Bundesregierung für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ (Stand Dezember 2001) vom 4.3.2002. Berlin: WBGU.

<sup>435</sup> In Zweifelsfällen wurde für die Zuordnung der Indikator der Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt; so erklärt sich beispielsweise der Verweis zum CSD-Subthema „Mortality“ zu Gesundheit mit dem Schlüsselindikator 14 „Vorzeitige Sterblichkeit“, vgl. Tabelle 12.

**Tabelle 10: Dimensionen, Themen und Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie**

Nr.	Dimension	Thema / Ziel	Zuordnung zu den Dimensionen (und Subthemen) im CSD-Ansatz
1	<b>Generationengerechtigkeit</b>	Ressourcenschonung / Knappe Ressourcen sparsam und effizient nutzen	ökonomische Dimension ( <i>Material Consumption; Energy Use</i> )
2		Klimaschutz / Treibhausgase reduzieren	ökologische Dimension ( <i>Climate Change</i> )
3		Erneuerbare Energien / Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen	keine Entsprechung
4		Flächeninanspruchnahme / Freiräume erhalten	ökologische Dimension ( <i>Urbanization</i> )
5		Artenvielfalt / Arten erhalten – Lebensräume schützen	ökologische Dimension ( <i>Ecosystems; Species</i> )
6		Staatsverschuldung / Schulden abbauen – neue Handlungsspielräume schaffen	ökonomische Dimension ( <i>Financial Status</i> )
7		Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge / Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft sichern	keine Entsprechung
8	<b>Lebensqualität</b>	Innovation / Zukunft mit neuen Lösungen gestalten	institutionelle Dimension ( <i>Science and Technology</i> )
9		Bildung / Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern	soziale Dimension (Thema: <i>Education</i> ; Subthema: <i>Education Level</i> )
10		Wirtschaftlicher Wohlstand / Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern	ökonomische Dimension ( <i>Economic Performance</i> )
11		Mobilität / Mobilität umweltverträglich gestalten	ökonomische Dimension ( <i>Transportation</i> )
12		Ernährung / Gesunde Nahrungsmittel umweltverträglich produzieren	ökologische Dimension ( <i>Agriculture</i> )
13		Luftqualität / Gesunde Umwelt erhalten	ökologische Dimension ( <i>Air Quality</i> )
14		Gesundheit / Gesund leben	soziale Dimension (Thema: <i>Health</i> ; Subthema: <i>Mortality</i> )
15	<b>Sozialer Zusammenhalt</b>	Kriminalität / Persönliche Sicherheit weiter erhöhen	soziale Dimension ( <i>Crime</i> )
16		Beschäftigung / Beschäftigungsniveau steigern	keine Entsprechung
17		Perspektiven für Familien / Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern	keine Entsprechung
18		Gleichberechtigung / Gleichberechtigung in der Gesellschaft fördern	soziale Dimension ( <i>Gender Equality</i> )
19		Integration ausländischer Mitbürger / Integrieren statt ausgrenzen	keine Entsprechung
20	<b>Internationale Verantwortung</b>	Entwicklungszusammenarbeit / Nachhaltige Entwicklung weltweit unterstützen	institutionelle Dimension ( <i>International Cooperation</i> )
21		Märkte öffnen / Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern	ökonomische Dimension ( <i>Trade</i> )



Das Leitbild „Internationale Verantwortung“ wurde in der Strategie zu einer Nachhaltigkeits-Dimension aufgewertet. Die Zielsetzungen, nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weltweit zu unterstützen und die Handelschancen der Entwicklungsländer durch die Öffnung der Märkte zu verbessern, knüpfen an die Vereinbarungen der UNCED und an die Diskussionen zur Reform des Welthandels an. Die Öffnung der Märkte der Industrieländer wird von den Entwicklungsländern seit langem gefordert und ist einer der zentralen Streitpunkte der im Jahr 2001 vereinbarten Doha-Runde der WTO. Beide Aspekte – Entwicklungszusammenarbeit und Handel – sind auch für den hier zu entwickelnden Ansatz zur Nachhaltigkeit in den internationalen Beziehungen relevant.

#### 3.3.2.4 Das Indikatorensystem der CSD am Beispiel der Adaption für Costa Rica

Wie bereits bei den (Sub-)Themen ging es dem OdD auch bei der Indikatorenauswahl für Costa Rica um eine möglichst weitgehende Übernahme des CSD-Ansatzes, um dessen Eignung für die Beschreibung der nationalen Entwicklung zu testen. Nach Angaben des OdD wurden insgesamt 30 Indikatoren aus dem CSD-Indikatorenset unverändert übernommen und 19 Indikatoren im Hinblick auf den Kontext der (Sub-)Themen in Costa Rica angepasst. Vier neue Indikatoren wurden vom OdD ergänzt, so dass die Gesamtzahl der Indikatoren mit 53 angegeben wird. Bei 13 der CSD-Indikatoren konnten vom OdD nach eigenen Angaben keine belastbaren Daten ermittelt werden.

Die Gegenüberstellung der 57 CSD-Indikatoren und der OdD-Adaption in Tabelle 11 zeigt die Übereinstimmungen und Unterschiede der beiden Indikatorensysteme, die von der Auswertung des OdD zum Teil abweichen. Dies liegt zum einen daran, dass das OdD von insgesamt 62 CSD-Indikatoren ausgeht, aber nicht erkennbar ist, auf welche Version der mehrfach überarbeiteten CSD-Liste Bezug genommen wird. Des Weiteren ist die Einordnung einzelner Indikatoren nicht immer eindeutig möglich – etwa hinsichtlich der Frage, ob es sich gegenüber dem CSD-Vorschlag um einen neuen oder nur um einen veränderten Indikator handelt (beispielsweise bei Indikator Nr. 36 in Tabelle 11). Abgesehen von diesen eher technischen Abweichungen zeigt sich bei der sozialen, der ökonomischen und insbesondere der institutionellen Dimension eine weitgehende Übereinstimmung, während bei der ökologischen Dimension vom OdD der größte Anpassungsbedarf festgestellt wurde.

Von den 18 Sozialindikatoren wurde vom OdD nur ein Indikator – zur Bevölkerung in urbanen formellen und informellen Siedlungen – nicht übernommen; durch die getrennte Erfassung der Primar- und Sekundarschulbildung blieb die Zahl der Indikatoren aber unverändert. Gleichzeitig ist bei der sozialen Dimension ein hoher Grad der Übereinstimmung zur Diskussion über Entwicklungs- und Sozialindikatoren festzustellen: Zwei Drittel der CSD-Indikatoren finden sich in vergleichbarer Form in einem der in Kapitel 3.1.2 beschriebenen Indikatorenansätze der 1960er und 1970er Jahre. Als Erweiterung dieser älteren Diskussion sind als „neue“ Aspekte die Indikatoren zum Bevölkerungsanteil unterhalb der Armutsgrenze und zur Ungleichverteilung der Einkommen, der Gender-Aspekt bei Löhnen und die Kriminalitätsrate hinzugekommen. Auch wird von der CSD im Unterschied zu den älteren Entwicklungsindikatorensystemen nicht mehr nur die Trinkwasserversorgung, sondern auch die Abwasserentsorgung berücksichtigt und die Verbreitung von Impfungen bei Kindern und von Verhütungsmethoden zur Erfassung vorgeschlagen.

Bei den ökonomischen Indikatoren wurde vom OdD ebenfalls nur ein CSD-Indikator durch einen neuen ersetzt: Da Costa Rica seit Mitte der 1990er Jahre nur noch relativ wenig Entwicklungshilfe erhält (vgl. dazu Indikator W3a in Kapitel 4.3), wird der für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bedeutendere, auf die Exporterlöse bezogene Schuldendienst ausgewiesen. Auch bei der Verschuldungsquote – Indikator 42 – bezieht sich das OdD auf die Auslandsschulden und nicht wie vorgeschlagen auf die Verschuldung insgesamt. Inhaltlich ist in dieser Dimension eine bemerkenswerte Erweiterung festzustellen, die vom OdD für Costa Rica vollständig übernommen wurde. Nur bei fünf der 14 Wirtschaftsindikatoren, den Indikatoren 38 bis 42, handelt es sich um monetäre Messgrößen. Dem Bruttoinlandsprodukt wird – im Gegensatz zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie<sup>436</sup> – kein besonderer Stellenwert zugewiesen. Demgegenüber lassen sich die Ökonomie-Indikatoren 43 bis 51 mehrheitlich auf die umweltökonomischen Gesamtrechnungen zurückführen, zum Teil werden sie in anderen Indikatorensystemen zur Nachhaltigkeit der ökologischen Dimension zugerechnet.<sup>437</sup> Mit einer Ausnahme wurden zu allen Themen und Subthemen Indikatoren erhoben. Lediglich beim Subthema Materialverbrauch wird auf die mangelnde Datenverfügbarkeit zur Berechnung des Indikators zur Materialverbrauchsintensität verwiesen.

---

<sup>436</sup> Vgl. Diefenbacher/Frank/Leipner/Teichert/Wilhelmy (2004), 10-12.

<sup>437</sup> Vgl. die Übersichten in: Morosini u.a. (2001), insbesondere die Charakterisierung des CSD-Systems, 23ff.

Die sechs Indikatoren zur institutionellen Dimension wurden im Wesentlichen vom OdD übernommen. Das Set wurde hier durch einen weiteren Indikator ergänzt, um neben den konventionellen Telefonanschlüssen auch die Versorgung mit Mobilfunkgeräten abbilden zu können. Bezüglich der Verwundbarkeit durch Naturkatastrophen wurde Indikator 57 dahingehend modifiziert, dass der ökonomische Schaden vom OdD nicht berücksichtigt wird und nur die Anzahl der Ereignisse und die Zahl der betroffenen Menschen erfasst wird. Die Anwendung der Indikatoren 52 und 53 im OdD-Bericht zum Vorhandensein einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und zur Umsetzung globaler Abkommen verdeutlicht noch einmal die Problematik, die sich aus der Inkompatibilität solcher Ja/Nein-Kriterien mit Indikatoren zur Abbildung dynamischer Prozesse ergibt.<sup>438</sup>

In der Dimension Ökologie wurden vom OdD die weitreichendsten Veränderungen vorgenommen: Von den 19 von der CSD vorgeschlagenen Indikatoren wurden nur fünf unverändert übernommen und berechnet. Dies liegt zum einen daran, dass zwei Subthemen – Wasserqualität und Urbanisierung – nicht aufgegriffen wurden und das Subthema Wüstenbildung als nicht angemessen angesehen wurde, so dass auch die nachgelagerten Indikatoren entfallen. Für das als Alternative vorgeschlagene Problem der Degradation fehlen laut Bericht die notwendigen Informationen zur Definition und Erhebung entsprechender Indikatoren.<sup>439</sup>

In anderen Bereichen hat eine unzureichende Datenlage dazu geführt, dass Indikatoren modifiziert werden mussten oder übernommen wurden, ohne berechnet werden zu können. Möglicherweise ist auch der Verzicht auf die genannten Subthemen auf einen Mangel an Daten zurückzuführen; da das OdD seine Auswahl jedoch nicht begründet hat, lässt sich dies nicht abschließend beantworten. Mit der Umstellung der Indikatoren 23 und 24 von der eingesetzten Menge an Düngemitteln und Pestiziden auf den Import dieser Produkte hat das OdD aus Gründen der Datenverfügbarkeit zwei weniger aussagekräftige Messgrößen gewählt. Es hat damit implizit Anknüpfungspunkte für die externe Beeinflussung der nationalen Entwicklung geschaffen, greift diesen Punkt in seinem Bericht aber nicht auf.

---

<sup>438</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 125-127.

<sup>439</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 78.

**Tabelle 11: Die Indikatoren der CSD und des OdD**

Subthema	CSD-Indikator	Nr.	Modifikation des OdD für Costa Rica
	<b>Soziale Dimension</b>		
Poverty	Percent of Population Living below Poverty Line	1	wie CSD
	Gini Index of Income Inequality	2	wie CSD
	Unemployment Rate	3	wie CSD
Gender Equality	Ratio of Average Female Wage to Male Wage	4	wie CSD
Nutritional Status	Nutritional Status of Children	5	bezogen auf Kinder im Vorschulalter Differenzierung nach Gewicht/Alter, Gewicht/Größe, Größe/Alter
Mortality	Mortality Rate Under 5 Years Old	6	wie CSD
	Life Expectancy at Birth	7	wie CSD
Sanitation	Percent of Population with Adequate Sewage Disposal Facilities	8	differenziert nach Entsorgungsarten, absolut und in Prozent
Drinking Water	Population with Access to Safe Drinking Water	9	Spezifizierung bezüglich des nationalen Versorgungssystems
Healthcare Delivery	Percent of Population with Access to Primary Health Care Facilities	10	Anteil der krankenversicherten Bevölkerung
	Immunization Against Infectious Childhood Diseases	11	wie CSD
	Contraceptive Prevalence Rate	12	wie CSD
Education Level	Secondary or Primary School Completion Ratio	13a 13b	jeweils ein Indikator zur Primar- und Sekundarschulbildung
Literacy	Adult Literacy Rate	14	wie CSD
Living Conditions	Floor Area per Person	15	wie CSD
Crime	Number of Recorded Crimes per 100,000 Population	16	beschränkt auf Tötungsdelikte
Population Change	Population Growth Rate	17	wie CSD
	Population of Urban Formal and Informal Settlements	18	<i>Indikator wurde nicht übernommen</i>
	<b>Ökologische Dimension</b>		
Climate Change	Emissions of Greenhouse Gases	19	wie CSD
Ozone Layer Depletion	Consumption of Ozone Depleting Substances	20	wie CSD
Air Quality	Ambient Concentration of Air Pollutants in Urban Areas	21	wie CSD
Agriculture	Arable and Permanent Crop Land Area	22	Flächennutzung insgesamt nach Nutzungsarten (schließt CSD-Indikator ein)
	Use of Fertilizers	23	Import von Düngemitteln
	Use of Agricultural Pesticides	24	Import von Pflanzenschutzmitteln
Forests	Forest Area as a Percent of Land Area	25	wie CSD
	Wood Harvesting Intensity	26	Spezifizierung: Anzahl der mit Genehmigung gefällten Bäume
Desertification	Land Affected by Desertification	27	Indikator wird als unzutreffend eingestuft, keine Daten vorhanden
Urbanization	Area of Urban Formal and Informal Settlements	28	<i>Indikator nicht übernommen</i>
Coastal Zone	Algae Concentration in Coastal Waters	29	Indikator übernommen, aber keine Daten
	Percent of Total Population Living in Coastal Areas	30	Bevölkerungsdynamik in Küstenregionen (auch Daten zum CSD-Indikator)

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung Tabelle 11)

Subthema	CSD-Indikator	Nr.	Modifikation des OdD für Costa Rica
	<b>Ökologische Dimension (Fortsetzung)</b>		
Fisheries	Annual Catch by Major Species	31	wie CSD
Water Quantity	Annual Withdrawal of Ground and Surface Water as a Percent of Total Available Water	32	Absolutwerte nach Verbrauchsarten, keine Anteile
Water Quality	BOD in Water Bodies	33	Indikator nicht übernommen
	Concentration of Faecal Coliform in Freshwater	34	Indikator nicht übernommen
Ecosystem	Area of Selected Key Ecosystems	35	Indikator in Nr. 36 integriert
	Protected Area as a Percent of Total Area	36	Indikator übernommen, Daten aber nur zu geschützten Waldgebieten
Species	Abundance of Selected Key Species	37a 37b	jeweils ein Indikator zu Fauna und Flora: Anzahl der im Bestand reduzierten oder vom Aussterben bedrohten Arten
	<b>Ökonomische Dimension</b>		
Economic Performance	GDP per Capita	38	wie CSD
	Investment Share in GDP	39	wie CSD
Trade	Balance of Trade in Goods and Services	40	wie CSD
Financial Status	Debt to GNP Ratio	41	Anteil der Auslandsschulden am BIP
	Total ODA Given or Received as a Percent of GNP	42	nicht übernommen; ersetzt durch: Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse
Material Consumption	Intensity of Material Use	43	Indikator übernommen, es konnten aber keine Daten ermittelt werden
Energy Use	Annual Energy Consumption per Capita	44	Absolutwerte, nicht pro Kopf
	Share of Consumption of Renewable Energy Resources	45	wie CSD
	Intensity of Energy Use	46	wie CSD
Waste Generation and Management	Generation of Industrial and Municipal Solid Waste	47	Indikator übernommen, Daten aber nur für Área Metropolitana de San José
	Generation of Hazardous Waste	48	wie CSD
	Generation of Radioactive Waste	49	wie CSD
	Waste Recycling and Reuse	50	Indikator übernommen, Daten aber nur für Área Metropolitana de San José
Transportation	Distance Traveled per Capita by Mode of Transport	51	Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge
	<b>Institutionelle Dimension</b>		
Strategic Implementation of SD	National Sustainable Development Strategy	52	wie CSD
International Cooperation	Implementation of Ratified Global Agreements	53	wie CSD
Information Access	Number of Internet Subscribers per 1000 Inhabitants	54	wie CSD
Communication Infrastructure	Main Telephone Lines per 1000 Inhabitants	55a 55b	getrennte Indikatoren für Festnetz- und Mobilfunk-Anschlüsse
Science and Technology	Expenditure on Research and Development as a Percent of GDP	56	wie CSD
Disaster Preparedness and Response	Economic and Human Loss Due to Natural Disasters	57	Anzahl der Naturkatastrophen sowie Anzahl der Getöteten und Betroffenen

Quelle: United Nations Department of Economic and Social Affairs (2001), 15-16; Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002).

### 3.3.2.5 Die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Aufbauend auf den 21 Zielen hat die Bundesregierung in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2002 „21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert“ formuliert, die für den 2004 vorgelegten Fortschrittsbericht geringfügig überarbeitet wurden und hier in Tabelle 12 dargestellt werden. Dieses Indikatorensystem wird von der Bundesregierung auch gegenüber der CSD als das deutsche Äquivalent zu den Indikatoren der UN-Kommission vertreten.<sup>440</sup> Eine ausführliche Kritik einzelner Indikatoren wie des Indikatorensets insgesamt wurde vom Arbeitsbereich „Nachhaltige Entwicklung“ der FEST mit der Veröffentlichung eines alternativen Indikatorensystems 2004 dargelegt;<sup>441</sup> die nachfolgende Betrachtung beschränkt sich daher auf einige wesentliche Kritikpunkte.

Ein Vergleich des Indikatorensets der Bundesregierung mit dem System der CSD wird durch die Abkehr der Bundesregierung von den eingeführten Dimensionen der Nachhaltigkeit erschwert. Die Schwerpunkte in der Nachhaltigkeitsstrategie bilden die Leitbilder Generationengerechtigkeit und Lebensqualität mit elf beziehungsweise zehn Indikatoren von insgesamt 27 Indikatoren, wenn man die Bündelung von mehreren Einzelindikatoren berücksichtigt.<sup>442</sup> Inhaltlich beziehen sich die in diesen beiden Bereichen verwendeten Messgrößen auf die vier Dimensionen der CSD, wie die Beispiele für das Leitbild Generationengerechtigkeit zeigen: Die Teil-Indikatoren Energieproduktivität und Ressourcenproduktivität finden sich in vergleichbarer Form in der CSD-Dimension Ökonomie als Material und Energieintensität. Die Erfassung der Treibhausgasemissionen ist im CSD-System der ökologischen Dimension zugeordnet, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bezogen auf das BIP werden von der CSD auf das BSP bezogen und der institutionellen Dimension zugewiesen. Für den Bildungsbereich werden von der CSD stark abweichende Indikatoren in der sozialen Dimension vorgeschlagen.

---

<sup>440</sup> Vgl. die Angaben zum Statusreport 2003 zur Umsetzung der Agenda 21 an die CSD in: United Nations Department of Economic and Social Affairs (2003): *National Information – Germany. 2003 Status Report*. Im Internet unter [http://www.un.org/esa/agenda21/natinfo/countr/germany/2003\\_nsds.pdf](http://www.un.org/esa/agenda21/natinfo/countr/germany/2003_nsds.pdf); Stand: 15.1.2005.

<sup>441</sup> Vgl. Diefenbacher/Frank/Leipner/Teichert/Wilhelmy (2004).

<sup>442</sup> Allein der Indikator zur Mobilität besteht aus vier Teilindikatoren, was bei der Darstellung der Entwicklungstrends deutlich wird. Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2004), 38.

**Tabelle 12: Die „21 Schlüsselindikatoren“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie**

Nr.	Dimension	Thema / Ziel	Indikator
1	<b>Generationengerechtigkeit</b>	Ressourcenschonung / Knappe Ressourcen sparsam und effizient nutzen	Energie- und Rohstoffproduktivität (1990 bzw. 1994 = 100) [getrennt ausgewiesen]
2		Klimaschutz / Treibhausgase reduzieren	Emissionen der sechs Treibhausgase des Kyotoprotokolls (THG) (1990 = 100)
3		Erneuerbare Energien / Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen	Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch (in Prozent) [Anteil am Primärenergieverbrauch und Anteil am Stromverbrauch getrennt ausgewiesen]
4		Flächeninanspruchnahme / Freiräume erhalten	Siedlungs- und Verkehrsfläche (Zunahme in ha pro Tag)
5		Artenvielfalt / Arten erhalten – Lebensräume schützen	Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten (gemittelter Index, 1995 = 100) <i>Im Fortschrittsbericht 2004 ersetzt durch: Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt (Index) [basierend auf der Bestandsentwicklung von 51 Vogelarten]</i>
6		Staatsverschuldung / Schulden abbauen – neue Handlungsspielräume schaffen	Staatsdefizit (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungssysteme, Defizit in Prozent des BIP)
7		Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge / Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft sichern	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP (in Prozent)
8		Innovation / Zukunft mit neuen Lösungen gestalten	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in Prozent des BIP) [Deutschland im Vergleich mit Japan, USA, Europäische Union]
9	<b>Lebensqualität</b>	Bildung / Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern	a) Ausbildungsabschlüsse der 25jährigen (Anteile an allen 25jährigen in Prozent), [differenziert nach: 1. mit abgeschlossener Hochschul- oder Fachhochschulausbildung und 2. ohne Abschluss im Sekundarbereich II und nicht in Ausbildung befindlich] b) Studienanfängerquote (in Prozent)
10		Wirtschaftlicher Wohlstand / Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Preisen von 1995 (in €)
11		Mobilität / Mobilität umweltverträglich gestalten	a) Transportintensität (Verkehrsleistung je 1.000 € BIP, Index, 1999 = 100) [Güter – und Personenverkehr getrennt ausgewiesen] b) Anteil des Schienenverkehrs an der Güterverkehrsleistung (in Prozent); <i>im Fortschrittsbericht 2004 wird zusätzlich der Anteil der Binnenschifffahrt getrennt ausgewiesen</i>
12		Ernährung / Gesunde Nahrungsmittel umweltverträglich produzieren	a) Ökologischer Landbau (Anteil an der Fläche in Prozent) b) Stickstoff-Überschuss (Gesamt-Bilanz, in kg/ha)

(Fortsetzung nächste Seite)

Nr.	Dimension	Thema / Ziel	Indikator
13		Luftqualität / Gesunde Umwelt erhalten	Schadstoffbelastung der Luft (Index, 1990 = 100) [Emissionen von SO <sub>2</sub> , NO <sub>x</sub> , VOC und NH <sub>3</sub> ]
14		Gesundheit / Gesund leben	a) Vorzeitige Sterblichkeit (vor einem Alter von 65 Jahren, Todesfälle auf 100.000 Einwohner) [Männer und Frauen getrennt ausgewiesen] b) Zufriedenheit mit der Gesundheit (von 0 – sehr unzufrieden bis 10 – sehr zufrieden) [Männer und Frauen getrennt ausgewiesen]
15		Kriminalität / Persönliche Sicherheit weiter erhöhen	Wohnungseinbruchsdiebstahl (erfasste Fälle) [Absolutwert]
16	<b>Sozialer Zusammenhalt</b>	Beschäftigung / Beschäftigungsniveau steigern	Erwerbstätigenquote (in Prozent)
17		Perspektiven für Familien / Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern	Ganztagsbetreuungsangebote in den alten Ländern (Anteil an der Altersgruppe in Prozent)
18		Gleichberechtigung / Gleichberechtigung in der Gesellschaft fördern	Verhältnis der Bruttojahresverdienste von vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern zwischen 35 und 39 Jahren (alte Bundesländer, in Prozent) <i>im Fortschrittsbericht 2004: Durchschnittlicher Lohn der Frauen in Prozent des durchschnittlichen Lohnes der Männer (35-39 Jahre, Bruttotageslohn von Vollzeitbeschäftigten zum Stichtag 30. Juni)</i>
19		Integration ausländischer Mitbürger / Integrieren statt ausgrenzen	Ausländische Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (in Prozent)
20	<b>Internationale Verantwortung</b>	Entwicklungszusammenarbeit / Nachhaltige Entwicklung weltweit unterstützen	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Anteil am Bruttonationaleinkommen in Prozent)
21		Märkte öffnen / Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern	Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern (in Mrd. €)

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2002); Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2004), eigene Zusammenstellung.<sup>443</sup>

<sup>443</sup> Bei der vorliegenden Liste handelt es sich um eine eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Indikatorenseiten in Kapitel D der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 (92-130), da das Dokument der Bundesregierung selbst keine detaillierte Übersicht zu den Themen, Zielen und Indikatoren enthält. Die Angaben in runden Klammern beziehen sich auf entsprechend markierte Ergänzungen in den Diagrammüberschriften beziehungsweise auf Zusätze an den Y-Achsen der Indikatorendiagramme; die Angaben in eckigen Klammern sind Ergänzungen des Verfassers, in der Regel mit Bezug auf die Diagramm-Legende. Die Übersicht in der von der Bundesregierung veröffentlichten Kurzfassung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie weicht in einigen Fällen von den Angaben in der Langfassung – und damit auch von dieser Liste – ab. Die im Fortschrittsbericht 2004 vorgenommenen inhaltlichen Änderungen sind kursiv gesetzt.



Zwar lässt sich im Sinne der Bundesregierung argumentieren, dass mit der Formulierung der Leitbilder und der damit verbundenen Neuordnung der Indikatoren gerade der Querschnittscharakter der Teilbereiche nachhaltiger Entwicklung zum Ausdruck kommt. Doch wird in der wissenschaftlichen Bewertung der Nachhaltigkeitsstrategie sowohl der grundlegende Ansatz wie die Auswahl einzelner Indikatoren als unzureichend und international nicht anschlussfähig kritisiert.

„Dem Grundgedanken der globalen Verantwortung im Konzept der nachhaltigen Entwicklung kann nur durch einen verstärkten internationalen Dialog eine angemessene Bedeutung zukommen. Separate nationale Lösungen haben dagegen sicherlich wenig Aussicht auf Erfolg.“<sup>444</sup>

Diese Auffassung hatte auch die Bundesregierung noch im Jahr 2000 vertreten. In dem vom Bundesumweltministerium verfassten Regierungsbericht zur CSD-Testphase wurde der CSD-Entwurf als gute Grundlage für nationale Indikatoren bezeichnet, dessen Vorteil die nationale und internationale Akzeptanz sei.<sup>445</sup> Weiter wird in dem Bericht ausgeführt:

„Indikatorensysteme müssen einerseits der spezifischen Problemlage des betrachteten Landes oder der Region gerecht werden, andererseits sollte eine möglichst weitgehende internationale Harmonisierung angestrebt werden.“<sup>446</sup>

Während die Nachhaltigkeitsstrategie durch die Definition neuer ‚Leitbilder‘ vom Ziel einer internationalen Harmonisierung abrückt, wird vom WBGU die Querschnittsorientierung des Ansatzes in Frage gestellt, da die sektorale Ausrichtung einzelner Indikatoren nicht geeignet sei, eine Integration sozialer, ökologischer und ökonomischer Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung zu leisten.<sup>447</sup> Vor dem Hintergrund der in Kapitel 3.1 skizzierten wissenschaftlichen Diskussion erscheint es problematisch, dass der Bereich Ökonomie in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sehr stark auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezogen wird, während andere Bereiche wie die Kreislaufwirtschaft und die regionale und lokale Orientierung ökonomischer Strukturen nicht beachtet werden.

---

<sup>444</sup> Gesellschaft für Pflanzenbauwissenschaften (Hrsg.) (2002): Stellungnahme des Vorstandes der Gesellschaft für Pflanzenbauwissenschaften e.V. zum Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vom 25.2.2002; im Internet unter <http://www.gpw.uni-bonn.de/nachhalt.html>. Gefordert wird – hier insbesondere für die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung –, sich bei der Auswahl der Indikatoren an den Ergebnissen internationaler Arbeitsgruppen der CSD, der FAO und der OECD zu orientieren.

<sup>445</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2000), 8.

<sup>446</sup> Ibid., 4.

<sup>447</sup> Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) (2002), 5. Die Kritik des WBGU bezieht sich zwar auf die Fassung vom Dezember 2001, die Indikatoren wurden danach aber nicht mehr wesentlich verändert.

Dass unter dem Leitbild „Sozialer Zusammenhalt“ als Schlüsselindikator zur Beschäftigung die Erwerbstätigenquote statt der national wie international üblichen Arbeitslosenquote ausgewiesen wird, muss als politische Entscheidung gewertet werden, die die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unter einer veränderten leitenden Fragestellung betrachtet. In dem von der Bundesregierung zur Dimension aufgewerteten Bereich „Internationale Verantwortung“ ist die geringe Anzahl von nur zwei Indikatoren und die Indikatorenauswahl zu hinterfragen. Der Indikator „Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit – Anteil am BNE in Prozent“ zählt zu den Standardgrößen für die Bewertung der Beziehungen zu Entwicklungsländern; problematisch ist dabei aber, dass im Diagramm nur das 0,33 Prozent-Ziel von Monterrey aufgeführt ist – das anspruchsvollere 0,7 Prozent-Ziel gerät dadurch in den Hintergrund. Der zweite Indikator ist für eine Bewertung der nationalen Situation ohne direkte Bedeutung, da hier undifferenziert die Importe aller EU-Staaten erfasst werden. Darüber hinaus wäre eine sektorale oder auf den Verarbeitungsgrad bezogene Differenzierung der Importe erforderlich.

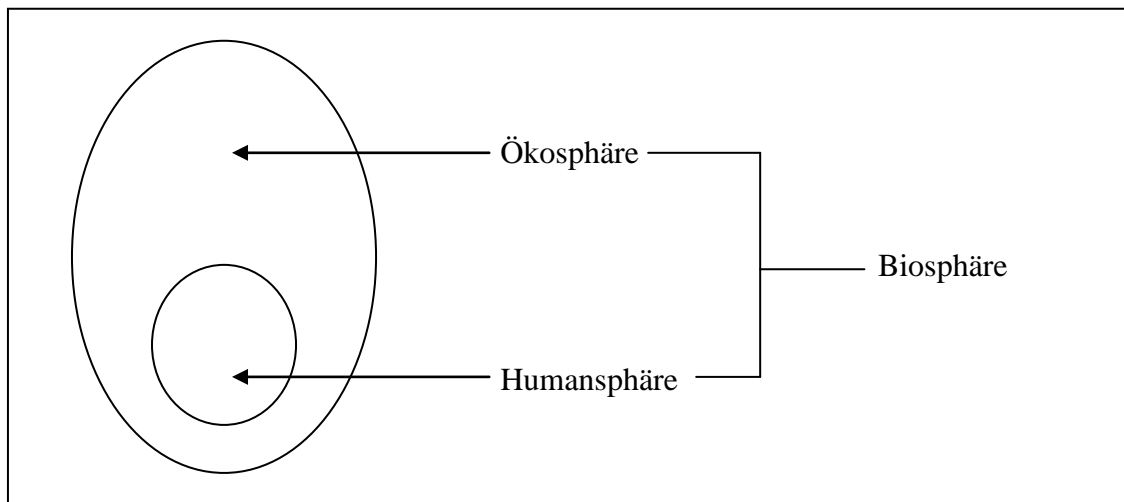
Vor dem Hintergrund der skizzierten fachlichen Defizite und der geringen Akzeptanz innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion erweist sich der Indikatorenansatz der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie als Ausgangspunkt für die im Folgenden angestrebte Weiterentwicklung weit weniger geeignet als das von der CSD entwickelte Indikatorensystem.

### 3.4 Ansätze zur Messbarkeit der Nachhaltigkeit internationaler Beziehungen

#### 3.4.1 Die Nord-Süd-Indikatoren von Fues

Bei den bisher behandelten Indikatorenansätzen und Indices steht die Entwicklung innerhalb eines geographisch abgegrenzten Gebietes im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses. Sofern die über die regionale Einheit hinausreichenden Interdependenzen Berücksichtigung finden, werden sie entweder nur am Rande oder als Bedingungsfaktoren der nationalen oder lokalen Entwicklung behandelt. Mit seiner Studie über „Indikatoren für die Nachhaltigkeit der deutschen Beziehungen zum Süden“<sup>448</sup> hat Thomas Fues 1998 einen ersten Vorschlag unterbreitet, um die internationalen Beziehungen mit Hilfe von Indikatoren im Hinblick auf das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung analysieren und bewerten zu können. Grundlage für die Indikatorenentwicklung ist das als Nachhaltigkeits-Ei bezeichnete theoretische Modell von Robert Prescott-Allen.<sup>449</sup>

**Abbildung 8: Das Nachhaltigkeits-Ei**



Prescott-Allen, Robert (1995): *Four Questions About indicators of Sustainable Development*. Paper prepared for the Scientific Workshop on Indicators of Sustainable Development. 15th –17th November 1995, Wuppertal, Germany. Unveröffentlichtes Manuskript; nach Fues (1998), 10.

Das ‚Ei‘ repräsentiert in diesem Modell das System der Biosphäre, das die beiden Subsysteme Ökosphäre (Eiweiß) und Humansphäre (Eigelb) umfasst. Die Humansphäre steht für die Ge-

<sup>448</sup> Fues, Thomas (1998): Indikatoren für die Nachhaltigkeit der deutschen Beziehungen zum Süden. INEF-Report, Heft 34, Duisburg: INEF.

<sup>449</sup> Vgl. die Quellenangabe bei Fues (1998), 9; zu: Prescott-Allen, Robert (1995): *Four Questions About indicators of Sustainable Development*. Paper prepared for the Scientific Workshop on Indicators of Sustainable Development. 15th –17th November 1995, Wuppertal, Germany. Unveröffentlichtes Manuskript.

samtheit der individuellen und kollektiven zwischenmenschlichen Beziehungen („planetarische Gesellschaft“), die „durch die lebensspendenden und -erhaltenden Ökosysteme (Eiweiß) getragen und gleichzeitig begrenzt“<sup>450</sup> werden. Fues grenzt sich damit vom vorherrschenden Modell des Nachhaltigkeitsdreiecks mit den Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Soziales ab, da dieses dazu verleite, dem Subsystem Wirtschaft einen autonomen Status gegenüber den gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen zuzuerkennen, während beim Nachhaltigkeits-Ei die Wirtschaft Teil der Humansphäre ist.

Auf dem Weg zur Auswahl der Indikatoren werden innerhalb der Subsysteme (1. Ebene) jeweils mehrere Dimensionen (2. Ebene) bestimmt, in denen Themenfelder (3. Ebene) spezifiziert werden, die dann mit Indikatoren (4. Ebene) illustriert werden.<sup>451</sup> Fues geht es explizit „nicht um eine ausgewogene Gesamtbilanz der positiven wie negativen Auswirkungen deutscher Beziehungen mit dem Süden“<sup>452</sup>, sondern um die mögliche Verletzung normativ festgelegter Kriterien in relevanten Teilbereichen der beiden Sphären. Für die Bestimmung der ersten beiden Ebenen – der Subsysteme und Dimensionen – wird eine globale Geltung als Analyserahmen für die Beziehungen zwischen Nord und Süd beansprucht. Auf der Ebene der Themenfelder soll – entsprechend der Konzeption<sup>453</sup> – ‚der Norden‘ schließlich durch ‚Deutschland‘ konkretisiert werden. Eine Differenzierung ‚des Südens‘ wird nicht vorgenommen, sondern es werden allgemein die deutschen Beziehungen zu Entwicklungsländern betrachtet. Hierbei wird von einem asymmetrischen Verhältnis zu Gunsten des Nordens beziehungsweise Deutschlands ausgegangen, deren Auswirkungen auf die Situation *im* Süden untersucht werden soll. Bei den Einwirkungen auf Ökosysteme und Humansysteme des Südens werden jeweils vier Dimensionen/Themenfelder unterschieden, die zunächst durch eine unterschiedliche Anzahl von Subthemen beschrieben (Tabelle 13) und dann mit jeweils einem Leitindikator versehen werden (Tabelle 14).

---

<sup>450</sup> Fues (1998), 9.

<sup>451</sup> Die konzeptionelle Darlegung ist bei Fues an dieser Stelle nicht ganz stringent, da der Begriff „Dimension“ nach der Beschreibung der Konzeption (vgl. Fues (1998), 13, Unterkapitel 1.4) nicht mehr verwendet beziehungsweise durch den Begriff „Themenfelder“ ersetzt wird, so dass die Ebenen 2 und 3 begrifflich nicht mehr unterschieden werden können.

<sup>452</sup> Op. cit., 13.

<sup>453</sup> Der unmittelbare Bezug zu Deutschland erfolgt tatsächlich erst bei den Indikatoren, und auch diese ließen sich unmittelbar auf andere Industrieländer anwenden.

**Tabelle 13: Einwirkungen des Nordens auf nachhaltige Entwicklung im Süden**<sup>454</sup>

Ökosysteme	Humansysteme
<b>Exporte des Südens</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Land- und forstwirtschaftliche Güter</li> <li>- Energetische und mineralische Rohstoffe</li> <li>- Industrielle Fertigwaren</li> <li>- Tourismus</li> </ul>	<b>Menschenrechte im Süden</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Exportproduktion im Süden</li> <li>- Importe aus dem Norden</li> <li>- Direktinvestitionen des Nordens</li> <li>- Tourismus</li> </ul>
<b>Importe des Südens</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Infrastrukturprojekte</li> <li>- Produktionsgüter</li> <li>- Konsumgüter</li> <li>- Giftmüll</li> </ul>	<b>Soziale Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Handelshemmnisse</li> <li>- Terms of trade</li> <li>- Auslandsverschuldung</li> </ul>
<b>Direkte Aktivitäten des Nordens im Süden</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Direktinvestitionen</li> <li>- Entwicklungszusammenarbeit</li> <li>- Medizinische und gentechnische Versuche</li> </ul>	<b>Politische und militärische Dominanz des Nordens</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einfluss in multilateralen Institutionen</li> <li>- Technologietransfer</li> <li>- Medien und Kulturindustrie</li> <li>- Militärisches Potenzial</li> </ul>
<b>Globale ökologische Gemeinschaftsgüter</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Atmosphäre</li> <li>- Weltmeere</li> </ul>	<b>Internationale Solidarität</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Armutorientierte Entwicklungszusammenarbeit</li> <li>- Flüchtlinge</li> </ul>

Während zu den einzelnen Dimensionen mehrere, zum Teil sehr unterschiedliche Themen formuliert werden, beschränkt sich die Indikatorenauswahl auf einen Indikator je Dimension. Die Doppelnennung einzelner Themen (zum Beispiel Tourismus) soll anzeigen, dass sich diese sowohl auf die Ökosysteme als auch auf die Humansysteme im Süden auswirken. Wie das Beispiel Tourismus zeigt, impliziert die Nennung in beiden Sphären noch nicht, dass dieser Bereich durch einen Indikator in dem Set repräsentiert wird. Aus methodischer Sicht erscheint es problematisch, dass einzelne Aspekte bei dem einen Subsystem als Dimension (zum Beispiel „Importe des Südens“ unter Ökosysteme), bei dem anderen Subsystem dagegen als Subthema („Importe aus dem Norden“ unter Humansysteme) verwendet werden. Das „Nachhaltigkeits-Ei“ löst als Modell das auch beim Nachhaltigkeits-Dreieck auftretende Problem der Zuordnung von Indikatoren, die im Sinne des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung gerade auf Wechselwirkungen der einzelnen Problemfelder hinweisen sollen, nicht. Der von Fues gewählte Indikator zu den deutschen Lieferungen für Großstaudämme ließe sich beispielsweise auch der Humansphäre zurechnen.

Die Beschränkung des Sets auf acht Leitindikatoren wird pragmatisch begründet. Die subjektive Auswahl erfolgte auf der Grundlage von sechs Kriterien: Repräsentativität, Verlässlich-

<sup>454</sup> Vgl. Fues (1998), 15.

keit, Resonanz (bei Zielgruppen), Handlungsorientierung, Datenverfügbarkeit und internationale Vergleichbarkeit.<sup>455</sup> Bei sieben Indikatoren werden für die Zielwerte Maximalforderungen formuliert – zum Beispiel 100 Prozent Marktanteil für fair gehandelten Kaffee. Beim achten Indikator geht der Zielwert deutlich über die internationale Zieldiskussion hinaus, denn während im Rahmen der so genannten 20/20-Initiative angestrebt wird, dass 20 Prozent der Entwicklungshilfe für soziale Grunddienste verwendet werden sollen, fordert Fues einen Anteil von 50 Prozent. Die Zielbeschreibung ist jeweils mit einer eindeutigen politischen Aussage verknüpft, die eine Unterteilung der Indikatoren in zwei gleich große Gruppen nahe legt: Erstens Unterbindung nicht tolerierbarer Handlungen (Indikatoren 1, 2, 4 und 7) und zweitens Ausweitung positiver Handlungsalternativen auf ein Höchstmaß (Indikatoren 3, 5, 6 und 8). Im Einzelnen sind mit den Indikatoren folgende politische Forderungen verbunden:

- kein Import der Luxusgüter Garnelen und Krabben aus dem Süden, solange dort keine umweltverträglichen Zuchtmethoden eingesetzt werden;
- vollständiger Verzicht auf den Export für Großstaudämme in den Süden;
- Unterbindung aller Kohlendioxid-Emissionen in Deutschland oberhalb des global nachhaltigen Durchschnittswertes;
- Einstellung der Exporte von Rüstungs- und Dual-use-Gütern in Länder des Südens;
- flächendeckende Einführung der betrieblichen Umweltberichterstattung bei deutschen Unternehmen im Süden als erster Schritt zu umweltverträglichen Betriebsstätten;
- vollständige Umstellung auf garantiert nicht von Kindern produzierte Teppiche;
- vollständige Umstellung auf fair gehandelten Kaffee;
- Vorrang der sozialen Grunddienste innerhalb der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

---

<sup>455</sup> Vgl. *op. cit.*, 19.

**Tabelle 14: Leitindikatoren für die Nachhaltigkeit der deutschen Beziehungen zum Süden nach Fues<sup>456</sup>**

Subsystem	Nr.	Themenfeld	Leitindikator [erhobener Ersatzindikator]	Nachhaltigkeitsziel
<b>Ökosphäre</b>	1	Importe aus dem Süden	Deutsche Importe von Garnelen und Krabben aus Aquakulturen in Ländern des Südens (in Dezitonnen) [Deutsche Gesamtimporte von Garnelen und Krabben aus Ländern des Südens (in Dezitonnen)]	Null
	2	Exporte in den Süden	Deutsche Exporte für Großstaudämme im Süden (in DM) [Deutsche Exporte für Wasserturbinen über 10 Megawatt und Turbinenteile in den Süden (in DM)]	Null
	3	Aktivitäten im Süden	Anteil der deutschen Unternehmen, die umfassende Umweltkennzahlen nach ISO 14.031 für ihre Betriebsstätten im Süden veröffentlichen (in Prozent)	100 Prozent
	4	Nutzung der globalen ökologischen Gemeinschaftsgüter	Verhältnis der jährlichen Pro-Kopf-Emissionen von Kohlendioxid in Deutschland zum zulässigen globalen Durchschnittswert auf Gleichverteilungsbasis (dimensionslos)	1
<b>Humansphäre</b>	5	Menschenrechte im Süden	Anteil der deutschen Teppichimporte aus dem Süden ohne Kinderarbeit (in Prozent)	100 Prozent
	6	Soziale Gerechtigkeit	Anteil des fair gehandelten Kaffees in Deutschland (in Prozent)	100 Prozent
	7	Machtpolitische und militärische Aspekte	Genehmigungen der Bundesregierung für militärisch relevante Exporte in die Länder des Südens (in DM) [Genehmigungen der Bundesregierung für Rüstungsgüter und Dual-use-Güter (Teil I Abschnitte A und C der Ausfuhrliste)]	Null
	8	Solidarität mit dem Süden	Anteil der sozialen Grunddienste an den bilateralen Zusagen des BMZ (in Prozent)	50 Prozent

Auf der Basis der jeweils für ein Jahr erhobenen Daten kommt Fues zu dem Schluss, dass die Beziehungen Deutschlands zum Süden in allen acht Bereichen noch weit von der Nachhaltigkeit entfernt sind. Da die Indikatoren vor allem ausgewählt wurden, um auf negative Effekte und Schwachstellen hinzuweisen, ist dieses Ergebnis nicht überraschend, weshalb in der Studie darauf hingewiesen wird, dass die Leitindikatoren kein repräsentatives Bild abgeben, son-

<sup>456</sup> Vgl. op. cit., 20 und 34.

dern vornehmlich „illustrativen Zwecken“ dienen sollen.<sup>457</sup> Eine wissenschaftliche Weiterentwicklung des Ansatzes ist ebenso ausgeblieben wie die politische Diskussion darüber. Ein alternativer Ansatz zur indikatorengestützten Analyse der Nachhaltigkeit internationaler Beziehungen in der Entwicklungspolitik, der versuchen würde, die genannten methodischen Schwächen des Pilotprojektes zu umgehen, wurde bislang ebenfalls nicht vorgelegt. Von den angesprochenen Defiziten sind vor allem drei zu benennen: Obwohl die Beziehungen zum Süden insgesamt abgebildet werden sollen, bezieht sich die Hälfte der acht Indikatoren auf wenige Entwicklungsländer (Teppichimporte, Garnelen- und Krabbenimporte und Rüstungs- und Staudammexporte). Für die Bewertung der Situation wären Informationen über die Entwicklung der Indikatoren, also Zeitreihen, erforderlich. Paradoxe Weise beziehen sich zudem sieben der acht Indikatoren auf die ökonomischen Beziehungen (Indikatoren 1, 2, 3, 5, 6 und 7) beziehungsweise auf ökonomisch bestimmte Probleme (4), obwohl die Ableitung vom Modell des Nachhaltigkeits-Ei gerade einer Überbetonung der ökonomischen Dimension entgegenwirken sollte.

### **3.4.2 Kommunales Modellprojekt Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg<sup>458</sup>**

Die Stadt Aschaffenburg hat im Juni 2003 als Beitrag zur Lokalen Agenda 21 als erste deutsche Kommune eine indikatorengestützte „Eine-Welt-Bilanz“ vorgelegt. Auf der Basis von insgesamt 18 Indikatoren werden die Wechselwirkungen zwischen der Stadt Aschaffenburg sowie der umgebenden Region einerseits und den Entwicklungsländern andererseits dargestellt. Die „Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg 2003“<sup>459</sup> ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes, das von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST), Heidelberg, gemeinsam mit der Stadtverwaltung Aschaffenburg und dem Nord-Süd-Forum Aschaffenburg e.V. durchgeführt wurde. Da dieses Forschungsprojekt vom Autor – zusammen mit Hans Diefenbacher – zeitweise parallel zur hier vorliegenden Untersuchung bearbeitet wurde und sich beide Arbeiten wechselseitig beeinflusst haben, soll nachstehend etwas

---

<sup>457</sup> Vgl. op. cit., 35.

<sup>458</sup> Die nachfolgende Darstellung bezieht sich in Teilen auf zwei Artikel des Autors, denen detaillierte Angaben zu den Hintergründen und zum Projektablauf zu entnehmen sind: Wilhelmy, Stefan (2003a): „Erste Eine-Welt-Bilanz einer deutschen Agenda-Kommune“, in: *epd-Entwicklungspolitik* Nr. 11/2003, 17-18; Diefenbacher, Hans/Wilhelmy, Stefan (2003): „Pilotprojekt ‚Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg‘“, in: *epd-Entwicklungspolitik* Nr. 14/15/2003, 41-44.

<sup>459</sup> Diefenbacher, Hans/Wilhelmy, Stefan u.a. (2003): *Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg 2003*. Aschaffenburg/Heidelberg: Stadt Aschaffenburg/FEST.



ausführlicher auf die Methodik, den Projektverlauf und zentrale Ergebnisse des Aschaffenburg-Modellprojektes eingegangen werden.

Auch bei der Eine-Welt-Bilanz geht es um den Versuch, das Leitbild der Nachhaltigkeit im Kontext der Nord-Süd-Beziehungen operationalisierbar und mit Indikatoren messbar zu machen. Ein wesentlicher Unterschied zur vorliegenden Arbeit besteht darin, dass bei der Aschaffenburg-Studie nicht die Beziehungen zweier Länder untersucht wurden, sondern die Wechselwirkungen einer Kommune in einem Industrieland auf der einen und der – aus pragmatischen Gründen nicht weiter eingegrenzten – Gesamtheit der Entwicklungsländer auf der anderen Seite. Ausgangspunkt für das Pilotprojekt war, dass die etablierte Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialstatistik nur wenige Informationen für die Analyse der Beziehungen zwischen einer Kommune oder einer Region des Nordens mit den Ländern des Südens bereithält. Insbesondere sind kaum Daten vorhanden, mit denen man die Entwicklung der lokalen Ökonomie und deren Austausch mit anderen Regionen näher bestimmen könnte.

Das Ziel des Projektes bestand darin, die Lücke zwischen zwei neueren Ansätzen zu schließen: Zum einen gibt es in einigen Kommunen schon seit mehreren Jahren so genannte „Dritte-Welt-Bilanzen“. Diese erlauben bislang jedoch kaum quantitative Aussagen im Sinne einer ‚Bilanz‘ oder die Darstellung und den Vergleich von lokalen Entwicklungen, sondern sie beschreiben das Beziehungsgeflecht der Stadt und ihrer Bürger zu den Entwicklungs- und Transformationsländern, etwa in Form von Städtepartnerschaften und Eine-Welt-Initiativen, qualitativ.<sup>460</sup> Zum anderen arbeiten zwar mittlerweile zahlreiche Städte und Gemeinden mit Indikatorensystemen zur lokalen Agenda 21, doch wird darin der Nord-Süd-Aspekt meist nicht oder nur am Rande behandelt. Damit stellte sich die Frage, ob und wie die Nord-Süd-Beziehungen auf kommunaler Ebene auf eine umfassendere Weise bilanziert werden könnten. Eine erste Literaturrecherche im Jahr 2000 förderte kein geeignetes Konzept zu Tage, dass für die Untersuchung hätte übernommen werden können. Aus Osnabrück lag beispielsweise eine Veröffentlichung zum Thema „Dritte-Welt-Bilanz“ vor, doch wurde hier fast ausschließlich qualitativ und nicht quantitativ argumentiert.<sup>461</sup> Die im vorangehenden Kapitel vorgestellte Arbeit von Thomas Fues ist dagegen nicht auf die lokale Ebene fokussiert.

---

<sup>460</sup> Vgl. Schmid, Raimund (2003): „Die Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg 2003: Modellprojekt für die Kommunen in Bayern“, in: Fonari, Alexander/Stamm, Norbert (Hrsg.): *Entwicklungspolitik in Bayern – Analysen und Perspektiven*. Bonn: Germanwatch, 83.

<sup>461</sup> Vgl. Stadt Osnabrück, Amt für Kultur und Museen u.a. ( o. J.): *Osnabrück – Menschen erkunden ihre Stadt*. Dritte Welt Bilanz. Osnabrück.

Zu Beginn des Projekts bildete sich aus Mitgliedern des Nord-Süd-Forums und Mitarbeitern der Stadtverwaltung eine Arbeitsgruppe von etwa 15 Personen. Diese Gruppe hat über die gesamte Projektlaufzeit von Ende 2000 bis Mai 2003 kontinuierlich an dem Vorhaben mitgewirkt und die meisten der Primärerhebungen durchgeführt. Im Zuge der Verständigung über die gemeinsame Zielsetzung der Projektbeteiligten wurde im Vorfeld der Untersuchung schnell deutlich, dass eine Bilanz im strengen Wortsinn nicht zu erreichen war: Eine Zusammenfassung aller positiven und negativen Wirkungen im Beziehungsgeflecht zwischen der Region und Ländern des Südens in einer Zahl hätte bedeutet, dass man sehr unterschiedliche Phänomene als „Soll“ und „Haben“ einheitlich in Geldwerten ausdrücken und miteinander verrechnen müsste.

Daher wurde als Alternative die Erarbeitung eines Systems von aussagekräftigen Indikatoren angestrebt. In der zweiten Projektphase definierten die Projektbeteiligten sechs Teilziele, die für die Beeinflussung des Nord-Süd-Verhältnisses durch eine Kommune im Norden im Rahmen einer global nachhaltigen Entwicklung als wesentlich angesehen wurden:

- 1) Faire Preise und bewusster Konsum
- 2) Gerechte Verteilung von Ressourcen
- 3) Möglichst geringe Beanspruchung der globalen Umwelt
- 4) Einhaltung von Mindeststandards in der Produktion
- 5) Intensive lokale Entwicklungszusammenarbeit
- 6) Integration von Migrantinnen und Migranten

Die Argumentationskette für die Auswahl dieser Teilziele durch die Arbeitsgruppe lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- ad 1) Das Bewusstsein für das eigene Konsumverhalten soll geschärft werden, insbesondere sollen für Produkte aus Ländern des Südens möglichst „faire“ Preise bezahlt werden.
- ad 2) Der Ressourcenverbrauch der Menschen im Norden liegt in der Regel um ein Vielfaches über dem Verbrauch der Bewohner in Entwicklungsländern.
- ad 3) Dieser Verbrauch ist häufig direkt mit der Belastung der natürlichen Umwelt gekoppelt. Bei beiden ist eine Verbrauchsreduzierung der Industrieländer langfristig unabdingbar.

- ad 4) Bei der Frage der Regulierung der Produktion durch ökologische und soziale Mindeststandards gilt es, diese globalen Standards ohne Diskriminierung der Länder im Süden weiter auszubauen.
- ad 5) Auch auf lokaler Ebene ist es möglich und sinnvoll, sich in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren.
- ad 6) Unabhängig von den Ursachen der Migration und den Herkunftsländern muss die Integration gerade auf kommunaler Ebene intensiviert werden, um Einwanderern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dieses Teilziel weist somit über die Nord-Süd-Beziehungen hinaus.

Das aus den sechs Teilzielen bestehende Untersuchungsraaster ist normativ bestimmt und wurde von den Interessen der in der Arbeitsgruppe mitwirkenden Personen, die überwiegend aus der Praxis der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit kommen, geprägt. Die Analyse der kommunalen Beziehungen zum Süden stand zwar im Vordergrund des Projektes (Analysefunktion), doch wurden für das Indikatorensystem mehrere „Nebenfunktionen“ angestrebt:

- Ein Teil der Indikatoren sollte Aufschluss über die Wirksamkeit der bisherigen Nord-Süd-Arbeit in der Kommune geben (Evaluationsfunktion).
- Die künftige Nord-Süd-Arbeit sollte auf der Grundlage der Bilanzergebnisse überprüft und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden (Planungs- und Steuerungsfunktion).
- Das Indikatorensystem soll für die Vermittlung des Themenfeldes „nachhaltige Entwicklung und Nord-Süd-Beziehungen“ in die öffentliche Diskussion genutzt werden (Kommunikationsfunktion). Neben der Präsentationsform der Ergebnisse (als Broschüre) wurde davon auch die Auswahl der Indikatoren beeinflusst, die die Handlungsfelder unterschiedlicher Akteure der kommunalen Ebene (Kommunalpolitik und -verwaltung, Unternehmen, Konsumenten, Bildungsträger, Sportvereine und NROs) abbilden sollten.

In der nächsten Phase wurden die Indikatoren zu den sechs Teilzielen ausgewählt, die im Zuge der Datenerhebung zum Teil modifiziert werden mussten. Durch die gleiche Zahl von Indikatoren pro Teilziel soll verdeutlicht werden, dass kein Teilziel als wichtiger oder unwichtiger als die anderen betrachtet wird. Aus pragmatischen Gründen wurde die Zahl der Indikatoren auf drei je Teilziel und damit auf 18 Indikatoren insgesamt festgelegt (siehe Tabelle 15).

**Tabelle 15: Indikatoren zur Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg**

<b>1.</b>	<b><i>Faire Preise und bewusster Konsum</i></b>
1.1	Fair gehandelter Kaffee in kg pro Einwohner und in Prozent des Handelsvolumens insgesamt
1.2	Reale Exportpreise für chilenische Äpfel (free on board) – [Terms of Trade im Vergleich zum Preis für einen einfachen Gabelstapler in Santiago de Chile ab 1998]
1.3	Nutzungsdauer bei Gebrauchsgütern aus Ländern des Südens am Beispiel von T-Shirts
<b>2.</b>	<b><i>Gerechte Verteilung von Ressourcen</i></b>
2.1	„Ökologischer Fußabdruck“ eines durchschnittlichen Bürgers in Bezug auf Kaffee
2.2	Wertschöpfungskette eines durchschnittlichen Blumenstraußes aus Übersee
2.3	Herkunft der Äpfel (Bayern, Deutschland, EU, Nicht-EU) in 1000 t/a
<b>3.</b>	<b><i>Möglichst geringe Beanspruchung der globalen Umwelt</i></b>
3.1	Kohlendioxid-Emissionen in Aschaffenburg in Tonnen pro Jahr
3.2	Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit sowie Anzahl der teilnehmenden Unternehmen an ÖKOPROFIT
3.3	Reiseverhalten und Reiseabsichten der Aschaffener sowie Bekanntheitsgrad von „sanftem Tourismus“
<b>4.</b>	<b><i>Einhaltung von Mindeststandards in der Produktion</i></b>
4.1	Anzahl der Unternehmen in Aschaffenburg, die mit dem sozialen Gütesiegel „Social Accountability 8000“ arbeiten
4.2	Anteil fair gehandelter Sport- und Spielbälle am Ball-Bestand in den Sportvereinen sowie Anteil der Aschaffener Sportgeschäfte mit fair gehandeltem Ball-Angebot
4.3	Entwicklung der Außenhandelswerte zwischen Kolumbien und Deutschland, getrennt nach Rohstoffen und Halb-/Fertigwaren, in Mio. DM
<b>5.</b>	<b><i>Intensive lokale Entwicklungszusammenarbeit</i></b>
5.1	Anzahl der Artikel über lokale Entwicklungszusammenarbeit in der Lokalpresse pro Jahr
5.2	Bekanntheitsgrad der lokalen Nord-Süd-Arbeit in der Bevölkerung
5.3	Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
<b>6.</b>	<b><i>Integration von Migrantinnen und Migranten</i></b>
6.1	Anzahl von interkulturellen Veranstaltungen in Aschaffenburg pro Jahr
6.2	Anteil von Ausländern in Sportvereinen
6.3	Bildungsabschlüsse von ausländischen Jugendlichen im Vergleich zu deutschen Jugendlichen

Quelle: Diefenbacher, Hans/Wilhelmy, Stefan u.a. (2003): *Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg 2003*. Aschaffenburg/Heidelberg: Stadt Aschaffenburg/FEST.

Für die Hälfte der Indikatoren konnten Zeitreihen ermittelt werden (darunter der Indikator 4.1 mit einem konstanten Wert Null). Für die übrigen neun Indikatoren wird dies erst bei einer Wiederholung der Erhebung möglich sein, die für das Jahr 2008 vorgesehen ist. Bei einigen Indikatoren führte das Projekt zu dem Ergebnis, dass sich kommunale Daten derzeit nicht ermitteln lassen, die Analysefunktion des Systems daher nur teilweise erfüllt wird und von einer ‚Bilanz‘ im engeren Sinn auch aus diesem Grund nicht gesprochen werden kann. Dies betrifft vor allem Fragen der ökonomischen Verflechtung. Hier wurde auf Vergleichswerte der nationalen Ebene ausgewichen, die zumindest in Bezug auf die Datenverfügbarkeit in diesen Bereichen besser geeignet erscheint, um die Wechselwirkungen zwischen Nord und Süd zu analysieren. Demgegenüber belegen die Indikatoren, die zur Evaluation der lokalen Nord-Süd-Aktivitäten herangezogen werden können, dass dieses Engagement einen messbaren Beitrag zu Nord-Süd-Beziehungen leisten kann: Die kommunalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit liegen deutlich über den Vergleichswerten aus anderen Kommunen,<sup>462</sup> für die entwicklungspolitischen NROs konnte ein sehr hoher Bekanntheitsgrad festgestellt werden (44 Prozent), und der Anteil fair gehandelten „Partnerkaffees“ ist in Aschaffenburg mit 4,3 Prozent der abgesetzten Mengen etwa achtmal höher als im Bundesdurchschnitt.

Für die Einordnung der Aschaffener Indikatorenwerte und die Weiterentwicklung der Indikatoren wäre es erforderlich, das System auf andere Kommunen zu übertragen oder vergleichbare Ansätze zu entwickeln. Dabei müsste auch nach Wegen gesucht werden, wie eine regelmäßige Fortschreibung der Eine-Welt-Bilanz sichergestellt oder einzelne Teilaspekte in die amtliche Statistik und das kommunale Berichtswesen integriert werden können. Denn in seiner derzeitigen Form ist das Indikatorensystem noch nicht geeignet, um dieses Ziel erreichen zu können.

---

<sup>462</sup> Vgl. Teichert/Diefenbacher/Dümig/Wilhelmy (2002), 126-127.



**TEIL II**  
**DAS FALLBEISPIEL DEUTSCHLAND – COSTA RICA**

*„Ich freue mich unendlich,  
die Bekanntschaft der Republik Costa Rica zu machen,  
von der ich bis heute nie etwas gehört hatte,  
und erkläre mich mit Ihrer Ansicht ganz einverstanden.“  
König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, 1850.*





## **4. EIN INDIKATORENSYSTEM ZUR NACHHALTIGKEIT INTERNATIONALER BEZIEHUNGEN: DAS FALLBEISPIEL DEUTSCHLAND – COSTA RICA**

### **4.1 Ausgerechnet Costa Rica**

Die Republik Costa Rica zählt auch 155 Jahre nach dem positiven Votum des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV.<sup>463</sup> zur diplomatischen Anerkennung des Landes nicht zu den bedeutenden Partnern der deutschen Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Dass das Verhältnis der beiden Staaten vom Auswärtigen Amt als „herzlich und vertrauensvoll“<sup>464</sup> beschrieben wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Costa Rica – wie der gesamten mittelamerikanischen Region – zu Beginn des 21. Jahrhunderts politisch und wirtschaftlich allenfalls eine Nebenrolle in den deutschen Außenbeziehungen zukommt. Daher soll nachfolgend zunächst darauf eingegangen werden, was Costa Rica und sein Verhältnis zu Deutschland charakterisiert. Die Darstellung beschränkt sich auf einige Aspekte, die für das Verständnis und die Einordnung der anschließenden Indikatorenanalyse als Hintergrundinformationen hilfreich erscheinen.

#### **4.1.1 Länderprofil Costa Rica – ein Land mit Modellcharakter?**

Mit einer Fläche von 51.100 Quadratkilometern ist Costa Rica etwa so groß wie Niedersachsen; bei rund 4,1 Mio. Einwohnern ist die Bevölkerungsdichte aber nur halb so hoch. Etwa 95 Prozent der costaricanischen Bevölkerung stammen von europäischen Einwanderern ab, der Anteil der indigenen Bevölkerungsgruppe wird auf unter ein Prozent geschätzt; die übrigen Einwohner sind afrikanischer und asiatischer Herkunft. Das politische System orientiert sich verfassungsmäßig und institutionell am US-amerikanischen Präsidialsystem. Der Präsident ist zugleich Staats- und Regierungschef. Er und zwei Vizepräsidenten werden vom Volk auf vier Jahre gewählt. Eine Wiederwahl des Präsidenten ist nach der 1949 verabschiedeten Verfassung nicht möglich.

---

<sup>463</sup> Hier zitiert nach: Heymer, Guido (1996): „Die Außenpolitik gegenüber Mittelamerika“, in: Brockmann, Andreas/Dabrowski, Martin/Lagos Andino, Ricardo (Hrsg.) (1996): *Mittelamerika und Deutschland – Das Potential einer guten Partnerschaft*. Frankfurt am Main: Vervuert, 3-13 (hier: 3).

<sup>464</sup> Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2004a): *Länderinformationen – Costa Rica*. Im Internet unter: [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=14&land\\_id=33](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=33), Stand: Oktober 2004.

Die Wahl zur Gesetzgebenden Versammlung, der *Asamblea Legislativa*, erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht ebenfalls in vierjährigem Turnus. Eine direkte Wiederwahl in das 57 Mandate umfassende Einkammer-Parlament ist ausgeschlossen. Die Überwachung der Wahlen obliegt dem Obersten Wahlgericht, das *Tribunal Supremo de Elecciones* stellt neben der unabhängigen, sich selbst verwaltenden Judikative als vierte unabhängige Gewalt des Staates eine Besonderheit des politischen Systems dar. Bürger, die sich in ihren Rechten verletzt sehen, haben darüber hinaus die Möglichkeit, sich an den *Defensor de los Habitantes* zu wenden, einen unabhängigen Ombudsmann, der regelmäßig dem Parlament Bericht erstattet. Die Parteienlandschaft wird von den beiden großen Parteien *Partido Liberación Nacional* (PLN) und der *Partido Unidad Social Cristiana* (PUSC) dominiert, die sich seit 1949 in der Regierung ablösen. Die Wahlen im Jahr 2002 brachten dieses traditionelle Zwei-Parteien-Gefüge ins Wanken. Das als ‚sensationell‘ eingestufte Abschneiden des linksorientierten *Partido Acción Ciudadana* (PAC) mit dem Wirtschaftswissenschaftler Ottón Solís als Präsidentschaftskandidaten, der 26 Prozent der Stimmen erhielt, führte dazu, dass der Präsident erstmals in der Geschichte des Landes in einer Stichwahl ermittelt werden musste. Diese konnte der Kandidat des PUSC, Abel Pacheco, für sich entscheiden. Die Handlungsfähigkeit der Regierung wird seit drei Wahlperioden dadurch eingeschränkt, dass die jeweilige Regierungspartei seit 1994 im Parlament über keine eigene Mehrheit verfügt.

Die über mehr als fünf Jahrzehnte gefestigte Demokratie unterscheidet Costa Rica von den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern. Der letzte Versuch, einen demokratischen Machtwechsel zu unterlaufen, endete 1948 in einem sechswöchigen Bürgerkrieg. Als eine wesentliche Konsequenz daraus wurden mit der noch heute geltenden Verfassung von 1949 die Streitkräfte abgeschafft. Im Jahr 1983, also während der Zeit der mittelamerikanischen Konflikte, erklärte der damalige Präsident Luis Alberto Monge zudem die „ständige, aktive und unbewaffnete Neutralität“ Costa Ricas.<sup>465</sup>

Die genannten Aspekte tragen neben dem vergleichsweise hohen Stand der sozialen und ökonomischen Entwicklung<sup>466</sup> dazu bei, dass dem Land in der nationalen, US-amerikanischen und europäischen Forschungsliteratur eine Sonderrolle im mittelamerikanischen Raum zuge-

---

<sup>465</sup> Die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung begrüßte Erklärung führte international zu einer Diskussion über die Vereinbarkeit von Nichtbewaffnung und Neutralität. Vgl. dazu die Beiträge zur Neutralität Costa Ricas in: Maislinger, Andreas (Hrsg.) (1985): *Costa Rica – Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger aktiver und unbewaffneter Neutralität*. Innsbruck: Inn-Verlag, 70-103, darin insbesondere: Vargas Araya, Armando: „Die Neutralität Costa Ricas“, 70-78.

<sup>466</sup> Vgl. Kapitel 4.1.2

schrieben wird.<sup>467</sup> Das Charakteristikum des ‚Anders-Seins‘ wird von den ‚*Ticos*‘, wie sich die Costaricaner selbst nennen, insbesondere zur Abgrenzung von den übrigen Ländern Mittelamerikas gerne gepflegt.<sup>468</sup>

Es drücken sich darin aber auch zahlreiche historisch-geografische Faktoren aus, worauf Wolfgang Dietrich hingewiesen hat.<sup>469</sup> Anders als von Kolumbus bei der Landung in der Nähe des heutigen Límón im Jahr 1502 vermutet, erwies sich dieser Teil des mittelamerikanischen Isthmus für die spanischen Eroberer nicht als „Reiche Küste“. Es wurden keine nennenswerten Goldvorkommen gefunden und es gab mit einer geschätzten Bevölkerung von 27.000 Einwohnern auch nur wenige potenzielle Arbeitskräfte.<sup>470</sup> Die geringe ökonomische und strategische Bedeutung führte neben weiteren Faktoren dazu, dass die Bevölkerungszahl über die gesamte spanische Kolonialzeit hinweg sehr gering blieb. Für das Jahr 1821, in dem die Unabhängigkeit von der spanischen Krone proklamiert wurde, wird die Einwohnerzahl auf 52.000 geschätzt. Dabei sind die klimatischen und naturräumlichen Bedingungen insbesondere in der *Meseta Central*, die die heutige Metropolregion um die Hauptstadt San José umschließt, günstig; das intramontane Hochplateau weist auf einer Höhe zwischen 600 m NN und 1.500 m NN ganzjährige Durchschnittstemperaturen von 20°C bis 22°C auf.

Nach der unblutigen Erlangung der Unabhängigkeit schloss sich Costa Rica zunächst mit den anderen zentralamerikanischen Ländern dem mexikanischen Kaiserreich an. Es gründete aber bereits ein Jahr später mit El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua eine mittelamerikanische Union, aus der Costa Rica 1836 wieder austrat und die dann 1839 gänzlich zerbrach. Costa Rica hatte innerhalb des Staatenbundes hinsichtlich der sozialen und politischen Strukturen eine Sonderstellung, die in der Folgezeit mit wechselnder Intensität einem Isolationismus Vorschub leistete und bis in die Gegenwart fortwirkt. Im Unterschied zu den vier nördlichen Nachbarstaaten war die Landwirtschaft als dominierender Wirtschaftsbereich von kleinbäuerlichen Strukturen geprägt, weshalb eine auf Großgrundbesitz basierende Oligarchie weit weniger ausgeprägt war.

---

<sup>467</sup> Vgl. Heintz, Annette (1998): *Costa Rica: Interne Aspekte der Entwicklung einer Demokratie in Lateinamerika*. Frankfurt am Main: Vervuert.

<sup>468</sup> Vgl. Biesanz, Mavis Hiltunen/Biesanz, Richard/Biesanz, Karen Zubris (1999): *The Ticos, Culture and Social Change in Costa Rica*. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.

<sup>469</sup> Vgl. Dietrich, Wolfgang (1985): „Historisch-geografische Aspekte der Sonderstellung Costas Ricas im zentralamerikanischen Raum“, in: Maislinger (Hrsg.), 35-44.

<sup>470</sup> Vgl. op. cit., 35.

Politisch war das Land nach der Unabhängigkeit dennoch gespalten – der Kampf um die Vorherrschaft zwischen einer konservativ-monarchistischen und einer liberal-republikanischen Strömung manifestierte sich in der Auseinandersetzung über den Hauptstadtstatus zwischen den Städten Cartago und San José. Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes war die Entdeckung von Silber- und Goldvorkommen und die kurze Blütezeit des Bergbaus in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts entscheidend. Denn mit dem Rückgang des Bergbaus zu Beginn der 1830er Jahre ging mit der Kapitalverlagerung in den Kaffeesektor der Aufbau einer kapitalintensiven Exportwirtschaft einher.<sup>471</sup> Der Kaffee-Boom, an dem auch deutschstämmige Unternehmer beteiligt waren, führte zur Herausbildung einer „Kaffee-Aristokratie“. Die kleinbäuerliche Besitzstruktur änderte sich dadurch aber zunächst nicht grundlegend.<sup>472</sup> Zur Lösung des Transportproblems wurde 1871 die Konzession für den Bau und Betrieb einer Eisenbahnlinie zum Atlantik vergeben, die 1879 von Minor Cooper Keith übernommen wurde. Sechs Jahre vor der Fertigstellung der Eisenbahn übernahm Keith 1884 die Schuldenregulierung der costaricanischen Regierung gegenüber englischen Finanziers und erhielt im Gegenzug 324.000 ha brachliegendes Land (was über sechs Prozent der heutigen Staatsfläche entspricht) sowie die Nutzungsrechte an der Eisenbahn für 99 Jahre. Auf einem Teil des Landes errichtete Keith, wie in anderen Ländern Mittelamerikas, Bananenplantagen und gründete 1899 die *United Fruit Company*, die aus zwei vorher bereits bestehenden Firmen hervorging.<sup>473</sup>

Der auf den Export von Bananen und Kaffee gestützte Agrarsektor blieb bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts für die wirtschaftliche Ausrichtung Costa Ricas bestimmend. Ab Ende der 1950er Jahre wurde unter dem Einfluss der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission CEPAL eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die eine Diversifizierung der Agrarexporte und eine importsubstituierende Industrialisierung zum Ziel hatte.

Nach einer Phase wirtschaftlicher Instabilität von 1973 bis 1975 und wachsender Staatsverschuldung<sup>474</sup> befand sich Costa Rica ab 1980 erneut in einer schweren Wirtschaftskrise, die

---

<sup>471</sup> Vgl. Fanger, Ulrich/Thibaut, Bernhard (1992): „Costa Rica“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt, Band 3 – Mittelamerika und Karibik*. Bonn: Dietz, 52-84.

<sup>472</sup> Vgl. op. cit., 56.

<sup>473</sup> Zur historischen Entwicklung des Bananensektors in Costa Rica und der ihn dominierenden Unternehmen vgl. Nuhn, Helmut (1995): „Bananenanbau und Weltmarktverflechtung tropischer Kleinstaaten Zentralamerikas“, in: Sevilla, Rafael/Torres Rivas, Edelberto (Hrsg.): *Mittelamerika – Abschied von der Revolution?* Unkel/Bad Honnef: Horlemann, 163-191; zu den politischen Rahmenbedingungen und den ökonomischen und sozialen Wechselwirkungen vgl. Heintz (1998), 80-105.

<sup>474</sup> Die staatlich garantierte Auslandsschuld von Costa Rica war von 1970 bis 1980 von 134,3 Mio. US-Dollar auf 1.691,7 Mio. US-Dollar auf das 13fache gestiegen, bis 1986 hatte sich noch einmal auf 3.582 Mio. US-Dollar

unter dem Druck von Internationalem Währungsfond und Weltbank zu Strukturanpassungen und einer Abkehr von der Binnenorientierung der Wirtschaftspolitik führten.<sup>475</sup> Im Zuge der Anpassungspolitik hat Costa Rica seit 1982 begonnen, Liberalisierung und Marktöffnung mit der Förderung der Exporte, unter anderem durch Freihandelszonen und Lohnveredlungsbetriebe, zu verbinden. Im Mittelpunkt stehen nichttraditionelle Exporte für Märkte außerhalb Zentralamerikas.<sup>476</sup> Ein Schwerpunkt bildet die Ansiedlung von Hochtechnologie-Unternehmen, da Costa Rica vor allem durch den hohen Bildungsstand bei gleichzeitig niedrigem Lohnniveau über Standortvorteile im internationalen Wettbewerb verfügt. Unter anderen hat die US-amerikanische Firma Intel, einer der weltweit führenden Hersteller von Mikroprozessoren, im Jahr 1997 damit begonnen, einen großen Teil ihrer Produktionskapazitäten in Costa Rica anzusiedeln. Intel ist seither zu einem wesentlichen Faktor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes geworden.<sup>477</sup>

Zu einem weiteren bedeutenden Wirtschaftszweig hat sich seit Mitte der 1980er Jahre der Tourismus entwickelt. Von 1983 bis 1993 hat sich die Zahl der ausländischen Touristen auf 680.000 mehr als verdoppelt. Bis zum Jahr 2004 stieg die Zahl der Besucher auf über 1,4 Mio., das waren 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Die daraus resultierenden Einnahmen von 1,45 Mrd. US-Dollar entsprechen 8,7 Prozent des Bruttosozialprodukts und 23 Prozent der Exporteinnahmen.<sup>478</sup> Der Tourismusbereich war damit wie in den Vorjahren die wichtigste Devisenquelle.

Da Costa Rica kaum über historisch und kulturell bedeutsame Stätten verfügt, beruht seine Attraktivität als Reisedestination auf seiner landschaftlichen und vor allem seiner einzigartigen biologischen Vielfalt. Mit einem Anteil von 0,03 Prozent der weltweiten Landoberfläche

---

mehr als verdoppelt. Vgl. Minkner, Mechthild (1990): „Costa Rica: Zur Problematik der Verschuldung und der internationalen Finanzbeziehungen“, in: Ellenberg, Ludwig/Bergemann, Anneliese (Hrsg.): *Entwicklungsprobleme Costa Ricas*. Saarbrücken, Fort Lauderdale: Breitenbach, 283-293.

<sup>475</sup> Vgl. Schreiner, Günther (1988): Die Wirtschaftsentwicklung Costa Ricas unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzung zwischen Monetaristen und Keynesianern. Saarbrücken: Breitenbach; Minkner, Mechthild (1985): „Die Wirtschaftskrise und ihre Perspektiven“, in: Maislinger (Hrsg.), 175-190.

<sup>476</sup> Vgl. Minkner-Bünjer, Mechthild (1999): „Costa Rica: Internationalisierung der Wirtschaft mit Bananen und Mikroprozessoren“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Heft 19/1999, 162-172. Zur sozioökonomischen Transformation vgl. Hein, Wolfgang (1994): *Autozentrierte agroindustrielle Entwicklung – Eine Strategie zur Überwindung der gegenwärtigen Entwicklungskrise?* Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.

<sup>477</sup> Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass wirtschaftliche Statistiken und Analysen seit 1998 häufig gesondert auf den Beitrag Intels zur Gesamtwirtschaft eingehen. So wird beispielsweise als Grund dafür, dass die Industrieproduktion im Jahr 2000 einen Rückgang von -2,9 Prozent verzeichnete, nachdem sie 1999 um 24,5 Prozent angestiegen war, die technische Umrüstung und vorübergehende Schließung einer Produktionsanlage des Chipherstellers genannt. Vgl. Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hrsg.) (2001): *Costa Rica – Wirtschaftsentwicklung 2000*. Köln: BfAI, 6.

<sup>478</sup> Vgl. Instituto Costarricense de Turismo (Hrsg.) (2005): *Tourism was a main engine for Costa Rica's economy*

beheimatet Costa Rica etwa fünf Prozent aller Tier- und Pflanzenarten. Der Schutz der natürlichen Umwelt ist daher eine Voraussetzung für die langfristige Sicherung dieser Einnahmequelle, die aber ihrerseits mit beträchtlichen Umweltbelastungen verbunden ist. Dieser Interessenkonflikt hat in den 1980er Jahren eine intensive Diskussion über Formen des *Ecoturismo* hervorgebracht, die seit Beginn der 1990er Jahre unter dem Stichwort des *turismo sostenible* geführt wird.<sup>479</sup>

Jenseits der praktischen Relevanz hat die Auseinandersetzung mit den ökologischen und sozialen Implikationen des Tourismus als wirtschaftlichem Kernbereich zur Verankerung des Nachhaltigkeitskonzepts und seiner quantifizierbaren Überprüfung durch Indikatoren in den wissenschaftlichen und politischen Diskussionen beigetragen. Wolfgang Hein sieht darin einen „Bruch zur ökonomischen Entwicklungsdiskussion und -politik, die sich weitestgehend in konventioneller Weise mit der Förderung von Wirtschaftswachstum und Exporterlösen beschäftigt“<sup>480</sup>.

#### **4.1.2 Costa Rica und Deutschland im Vergleich unterschiedlicher Messkonzepte**

Wie in Kapitel 3 dargestellt, lassen sich zur Bestimmung des Entwicklungsstandes eines Landes verschiedene Messkonzepte heranziehen. Da diese zu unterschiedlichen Aussagen über den Zustand und die Entwicklung eines Landes führen können, ergeben sich daraus auch Abweichungen beim Vergleich von Ländern untereinander. Nachfolgend werden das Bruttonationaleinkommen, der HDI und seine Teilindizes sowie ausgewählte Indikatoren des CSD-Ansatzes für Costa Rica und Deutschland herangezogen. Dabei stehen jedoch nicht die methodischen Aspekte im Vordergrund, sondern es soll in erster Linie um die Charakterisierung Costa Ricas als Partnerland für die deutschen Außenbeziehungen gehen.

Der Weltentwicklungsbericht 2004 der Weltbank weist für Deutschland ein Bruttonationaleinkommen von 1.807,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 2002 aus, während auf Costa Rica mit 16,2 Mrd. US-Dollar weniger als 0,9 Prozent dieser Summe entfallen, was den Größenunterschied der beiden Volkswirtschaften deutlich macht.<sup>481</sup> Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 4.100

---

in 2004. [Meldung vom 10.1.2005], im Internet unter: <http://www.visitcostarica.com/ict/paginas/novedades.asp>.

<sup>479</sup> Vgl. statt vieler: Rattay, Thomas (1990): „Ecoturismo als Chance der touristischen Entwicklung“, in: Ellenberg/Bergemann (Hrsg.), 111-119.

<sup>480</sup> Hein, Wolfgang (2003): „Tourismus und nachhaltige Entwicklung ländlicher Regionen in systemischer Perspektive, Beispiele aus Costa Rica“, in: *Peripherie*, Heft 89, 2003, 48-88, (Zitat: 58).

<sup>481</sup> Vgl. Weltbank (Hrsg.) (2004): *Weltentwicklungsbericht 2004*. Bonn: BpB, 290-291.

Dollar rangiert Costa Rica nach der Einteilung der Weltbank in der Gruppe mit mittlerem Einkommen in der oberen Kategorie. Demgegenüber erwirtschaftete Deutschland mit 22.670 US-Dollar pro Kopf nach dieser Klassifizierung ein hohes Einkommen. Der Abstand zwischen beiden Ländern verringert sich zwar, wenn man die unterschiedliche Kaufkraft berücksichtigt, bleibt aber – mit 8.260 US-Dollar pro Kopf für Costa Rica gegenüber 26.220 US-Dollar pro Kopf für Deutschland – immer noch sehr deutlich und entspricht weitgehend dem Bild vom Verhältnis eines Entwicklungslandes zu einem Industrieland. Im Jahr 1990 war der Einkommensunterschied noch wesentlich größer: Einem BNE pro Kopf (ohne Berücksichtigung der Kaufkraftparität) von 1.900 US-Dollar in Costa Rica standen 22.320 US-Dollar für die Bundesrepublik vor der Vereinigung gegenüber.<sup>482</sup> Während sich der Indikatorwert für Costa Rica auf 4.100 US-Dollar mehr als verdoppelt hat, ist er bezogen auf das vereinigte Deutschland weitgehend gleich geblieben.

Im Bericht über die menschliche Entwicklung 2004 werden beide Länder in der Gruppe mit hoher menschlicher Entwicklung geführt: Costa Rica belegt mit einem HDI von 0,834 für 2002 Rang 45, Deutschland mit einem Wert von 0,925 Rang 19. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Pro-Kopf-Einkommen nach Kaufkraftparitäten als GDP-Index zu einem Drittel in den Gesamtindex einfließt. Dadurch werden die vom HDI gemessenen Entwicklungsunterschiede vor allem durch die Differenz beim GDP-Index, mit 0,94 für Deutschland gegenüber 0,75 für Costa Rica, bestimmt. Bei den beiden übrigen Komponenten (Lebenserwartung und Bildung) stellt sich die Situation für Costa Rica wesentlich günstiger dar: Auf Grund der hohen Lebenserwartung von 78 Jahren ist der Lebenserwartungsindex mit 0,88 nur geringfügig niedriger als der Wert für Deutschland mit 0,89. Beim Bildungsindex haben sich beide Länder in den letzten Jahren aufeinander zu bewegt; Costa Rica erreichte 2002 einen Wert von 0,87; Deutschland kam auf 0,95. Für die Entwicklung in Deutschland muss dies im Kontext der hier diskutierten ‚Bildungsmisere‘ als weiteres alarmierendes Zeichen gewertet werden, da die Annäherung der HDI-Werte beider Länder auch auf eine Verschlechterung der deutschen Bildungsindikatoren zurückzuführen ist.<sup>483</sup>

---

<sup>482</sup> Vgl. Weltbank (Hrsg.) (1992): *Weltentwicklungsbericht 1992*. Bonn: UNO-Verlag, 251.

<sup>483</sup> Während die Gesamteinschulungsrate in Costa Rica von 1998 bis 2002 von 66 Prozent auf 69 Prozent zunahm, fiel sie in Deutschland von 90 Prozent auf 88 Prozent. Bei der ebenfalls in den Bildungsindex einfließenden Alphabetisierungsrate konnte sich Costa Rica im genannten Zeitraum von 95,3 Prozent auf 95,8 Prozent verbessern, während für Deutschland stets 99 Prozent angesetzt werden, was das Ergebnis – wie in Kapitel 3.1.3.1 dargestellt – verzerren kann. Vgl. United Nations Development Programme (2000), 194 und dass. (2004), 177.

Im Vergleich zu den HDI-Werten für das Jahr 1990, in dem Costa Rica 0,791 und Deutschland 0,887 erreichte,<sup>484</sup> hat sich auch hier der Abstand zwischen beiden Ländern etwas verringert. Da Costa Rica aber bereits zu diesem Zeitpunkt im Bildungsbereich und in Bezug auf die Lebenserwartung ein vergleichsweise hohes Niveau erreicht hatte, fällt der Zuwachs beim HDI nicht so deutlich aus wie beim Pro-Kopf-Einkommen.

Die in den HDI einfließenden Aspekte Bildung, Lebenserwartung und Einkommen werden auch durch Indikatoren des *CSD-Frameworks* erfasst. Das vom OdD auf Costa Rica übertragene System ermöglicht mit seinen insgesamt 53 Indikatoren aber eine differenziertere Beschreibung des Entwicklungsstandes und damit auch mehr Anknüpfungspunkte für einen Vergleich. Da vom OdD keine Gesamtbewertung vorgenommen wurde und bislang keine Übertragung der CSD-Indikatoren für Deutschland vorliegt, werden aus der OdD-Studie *Indicadores del Desarrollo Sostenible de Costa Rica*<sup>485</sup> hier zehn Messgrößen aus den vier Dimensionen der Nachhaltigkeit exemplarisch wiedergegeben und durch entsprechende Zahlen für Deutschland ergänzt.

Die *Wachstumsrate der Bevölkerung* ist in Costa Rica seit 1990 von 2,47 Prozent auf 2,11 Prozent im Jahr 2001 zurückgegangen. Für die Jahre 1993 und 1994 weist das OdD in seiner Studie jedoch einen deutlichen Anstieg auf 2,62 Prozent beziehungsweise 2,98 Prozent aus. Seither setzt sich der seit den 1980er Jahren anhaltende, rückläufige Trend wieder fort.<sup>486</sup> Die costaricanische Bevölkerung ist im Zeitraum 1990 bis 2002 um 29 Prozent von 3,05 Mio. auf 3,94 Mio. Einwohner gewachsen.<sup>487</sup> Im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung in Deutschland von 79,75 Mio. auf 82,54 Mio. Einwohner um 3,5 Prozent.<sup>488</sup>

Während Lateinamerika im weltweiten Vergleich die Region mit der größten Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen und Vermögen ist, zeigt der *Gini-Index für die Einkommensverteilung* für Costa Rica eine weniger starke Ungleichverteilung an. Vom OdD wird für das Jahr 2000 ein Wert von 0,403 angegeben, gegenüber 0,374 für 1990.<sup>489</sup> Die Ungleichverteilung hat demnach in den 1990er Jahren in Costa Rica zugenommen und ist wesentlich stärker

---

<sup>484</sup> Vgl. United Nations Development Programme (2004), 181.

<sup>485</sup> Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002); vgl. Anmerkung 423.

<sup>486</sup> Vgl. op. cit., 57.

<sup>487</sup> Vgl. elektronische Version der Datenbank Iberostat, Stand 26.7.2004, eigene Berechnung.

<sup>488</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, Tabelle 3.2; (Jahrgänge 2003 und 2004).

<sup>489</sup> Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 19. Nach Angaben des UNDP liegt der Gini-Index für Costa Rica deutlich höher, für 2000 etwa werden im HDR 2004 umgerechnet 0,465 angegeben. Auch im Falle Deutschlands ist der Wert im HDR 2004 mit 0,283 für 2000 höher als der genannte Wert des Sta-



ausgeprägt als in Deutschland, wo der Gini-Index für die Einkommensverteilung im Jahr 2000 bei 0,259 lag.<sup>490</sup>

Beim *Verhältnis des Durchschnittslohnes von Frauen und Männern* zeigt sich bei beiden Ländern eine auffallende Übereinstimmung: Sowohl in Costa Rica als auch in Deutschland verdienen im Jahr 2001 Männer 27 Prozent mehr als Frauen, wobei der Abstand jeweils seit Anfang der 1990er Jahre weitgehend unverändert geblieben ist.<sup>491</sup>

Ein internationaler Vergleich der *Arbeitslosenrate* ist problematisch, da die Kriterien zur Bestimmung von Beschäftigungsverhältnissen von Land zu Land stark variieren können. In Costa Rica werden bereits Personen als Beschäftigte gezählt, die in einem Arbeitsverhältnis von mindestens einer Stunde pro Woche stehen.<sup>492</sup> Es ist zu bezweifeln, ob mit diesen Kriterien das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung erfasst wird, das gerade im Großraum San José durch einen Zuwachs des informellen Sektors zum Ausdruck kommt.<sup>493</sup> Mit der deutschen Arbeitslosenquote lassen sich diese Werte daher nur hinsichtlich der Entwicklung vergleichen.<sup>494</sup> Die Rate offener Arbeitslosigkeit ging in Costa Rica Anfang der 1990er Jahre von 5,5 Prozent auf 4,1 Prozent zurück. Sie hat seither wieder zugenommen und lag 2001 bei 6,1 Prozent, wobei die Arbeitslosenquote bei Frauen etwa 50 Prozent höher ausfällt als bei Männern.<sup>495</sup> In Deutschland sind seit 2000 bei der Arbeitslosenquote nur noch geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen; von 2000 bis 2002 lag die Quote insgesamt jeweils über 10 Prozent und damit um rund ein Drittel höher als zu Beginn der 1990er Jahre.<sup>496</sup>

Für den Bereich Sicherheit weist das OdD nicht die von der CSD vorgeschlagene Gesamtzahl der registrierten Straftaten aus, sondern die *Zahl der Todesfälle durch Tötungsdelikte* bezogen auf 100.000 Einwohner. Diese Rate stieg von 1991 bis 2001 kontinuierlich von 4,1 auf 6,1 – mit einem zwischenzeitlichen Höchstwert von 8,2 im Jahr 2000. In Deutschland ist eine ge-

---

tistischen Bundesamtes. Vgl. United Nations Development Programme (2004), 226.

<sup>490</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002b): *Datenreport 2002*. Bonn: BpB, 583.

<sup>491</sup> Die Angaben zu Costa Rica sind Mittelwerte, vgl. die Tabelle in: Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 25; die Angaben zu Deutschland beziehen sich auf das Produzierende Gewerbe, vgl. Tabelle 22.7 in: Statistisches Bundesamt (2002a), 580 sowie den Indikator 56 in: Diefenbacher/Frank/Leipner/Teichert/Wilhelmy (2004), 76.

<sup>492</sup> Die Kriterien und Daten sind an denen der International Labor Organization (ILO) orientiert; vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 21, sowie: International Labor Organization (Hrsg.) (2004): *Key Indicators of the Labour market*. (Online-Datenbank), im Internet unter: <http://www.ilo.org/kilm>; Stand 28.9.2004.

<sup>493</sup> Persönliche Mitteilung von Edgar Fürst vom 5.3.2003.

<sup>494</sup> Zur Diskussion über die Änderungen der Arbeitslosenstatistik in Deutschland und der Einführung einer Parallel-Statistik nach ILO-Kriterien vgl. die „Debattendokumentation“ in: *Das Parlament* vom 27.9.2004, 22.

<sup>495</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 22.

genläufige Entwicklung zu beobachten. Die Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten vollendeten „Straftaten gegen das Leben“ ging im gleichen Zeitraum von 2,53 auf 2,15 Fälle je 100.000 Einwohner zurück, nachdem die Rate zunächst bis 1993 auf 3,4 angestiegen war.<sup>497</sup> Bis 2003 ging die Rate noch einmal leicht auf 2,1 zurück. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Tötungsdeliktes zu werden, ist damit in Costa Rica fast dreimal höher als in Deutschland.

Zum Indikator *Aufkommen fester industrieller und kommunaler Abfälle* liegen für Costa Rica keine nationalen Durchschnittswerte vor. Im Bericht des OdD werden hierzu nur Angaben für die Metropolregion gemacht, jedoch nicht in der gebräuchlichen Einheit kg pro Einwohner und Jahr, sondern als Gesamtaufkommen der Region in Tonnen pro Jahr. Basis sind die Anlieferungen bei der Entsorgungseinrichtung *Relleno Sanitario de Río Azul*. Da eine genaue Abgrenzung des Einzugsgebietes nicht erfolgt, ist die Berechnung als Pro-Kopf-Indikator nicht möglich. Pro-Kopf-Werte liegen nur für den *Canton Central de San José* vor, in dem weniger als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung Costa Ricas leben.<sup>498</sup> Das Aufkommen der zur Entsorgung angelieferten Abfälle betrug 1990 in diesem Kanton 301,5 kg pro Einwohner, 2001 waren es 381 kg pro Einwohner.<sup>499</sup> Der Anteil der wiederverwerteten Wertstoffe wird für die Metropolregion auf 28 Prozent geschätzt.<sup>500</sup> Im *Canton Central de San José* liegt das Abfallaufkommen damit mittlerweile fast auf dem Niveau einer deutschen Großstadt.<sup>501</sup> Die Werte eines Kantons können zwar nicht mit den nationalen Durchschnittswerten gleichgesetzt werden, weisen aber auf den dringenden Handlungsbedarf im Abfallbereich in Costa Rica hin. Gerade angesichts des hohen Niveaus und der starken Zunahme des Abfallaufkommens erscheint es besonders problematisch, dass vor allem in ländlichen Regionen keine flächendeckende und fachgerechte Entsorgung der Abfälle gewährleistet ist.

---

<sup>496</sup> Vgl. Indikator 18 in: Diefenbacher/Frank/Leipner/Teichert/Wilhelmy (2004), 38.

<sup>497</sup> Vgl. Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2004): *Polizeiliche Kriminalstatistik – Grundtabelle*; im Internet unter: [http://www.bka.de/pks/zeitreihen\\_2003/pdf/t01.pdf](http://www.bka.de/pks/zeitreihen_2003/pdf/t01.pdf), Stand 30.9.2004; Schlüsselnummer 0000. Zur Berechnung wurden die Häufigkeitszahl der erfassten Fälle um den Anteil der Versuche reduziert.

<sup>498</sup> Im Jahr 2000 waren es mit 310.000 Einwohnern etwa 8 Prozent; vgl. Observatorio del Desarrollo (2001): *Tendencias del Desarrollo Costarricense*. CD-ROM, San José: OdD.

<sup>499</sup> Vgl. Proyecto Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible (2002), 350, eigene Berechnungen.

<sup>500</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 113–119, eigene Berechnungen.

<sup>501</sup> In Frankfurt am Main beispielsweise wurden 2001 insgesamt 504 kg Siedlungsabfälle pro Einwohner erfasst, darunter 186 kg getrennt gesammelte Wertstoffe und Biomüll, das zur Entsorgung anfallende Aufkommen aus Haus- und Sperrmüll betrug damit 318 kg pro Einwohner. Erfasst werden hierbei private Haushalte sowie hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, nicht aber Produktionsabfälle und Sondermüll. Vgl. Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Hrsg.) (2003).

Die *Anzahl der Kraftfahrzeuge* wurde vom OdD als Ersatz für den von der CSD vorgeschlagenen Indikator zur *Pro-Kopf-Verkehrleistung nach Art des Transportmittels* herangezogen. Der Gesamtbestand der Kraftfahrzeuge hat sich in Costa Rica von 1990 bis 2001 auf 664.563 mehr als verdoppelt.<sup>502</sup> Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung bedeutet dies einen Anstieg von 104,5 auf 166,7 Pkw pro 1.000 Einwohner. Der Fahrzeugbestand ist damit deutlich stärker gewachsen als die Bevölkerung und auch stärker als die Wirtschaft.<sup>503</sup> Er liegt aber immer noch weit unter den Werten für Deutschland, wo der Kraftfahrzeugbestand 2001 bei 646 Fahrzeugen pro 1.000 Einwohner lag; allein der Pkw-Bestand hat von 1990 bis 2002 von 385 auf 541 Pkw pro 1.000 Einwohner zugenommen.<sup>504</sup>

Die wachsende Zahl der Kraftfahrzeuge in Costa Rica trägt wesentlich zur hohen *Schadstoffbelastung der Luft in städtischen Gebieten* bei. Das Messstellennetz ist aber bislang unzureichend, die Angaben des OdD stützen sich auf lediglich vier Messstationen in der Innenstadt von San José und sind damit nicht verallgemeinerbar. In der Tendenz ist vor allem bei Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid und Schwebstoffen eine hohe, zum Teil stark wachsende Belastung festzustellen. Von den fünf erfassten Schadstoffen wird der angegebene Grenzwert nur in einem Fall eingehalten.<sup>505</sup> In der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden die Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffoxid, flüchtige organische Verbindungen (ohne Methan) und Ammoniak zu einem Index für die „Schadstoffbelastung der Luft“ zusammengefasst. Von 1990 bis 2002 ging der Index von 100 auf 47 zurück. Der dadurch vermittelte Eindruck, dass sich die Luftbelastung halbiert habe, hält einer fachlichen Bewertung allerdings nicht Stand.<sup>506</sup>

Der *Anteil der erneuerbaren Energieträger am Gesamtenergieverbrauch* war in Costa Rica bis Mitte der 1980er Jahre mit über 60 Prozent sehr hoch, ist danach aber kontinuierlich gesunken; von 1990 bis 2000 ging der Anteil der erneuerbaren Energieträger von 55 Prozent auf

---

<sup>502</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 120-121; Proyecto Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible (2002), 344, eigene Berechnungen.

<sup>503</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 121.

<sup>504</sup> Vgl. Tabelle 13.7.1 in: Statisches Bundesamt (2002a), 299 sowie Indikator 11 in: Diefenbacher/Frank/Leipner/Teichert/Wilhelmy (2004), 31. In Deutschland wird bei diesem Indikator meist nur die Zahl der Pkw (zugelassene und vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge) ausgewiesen, da der Gesamtbestand sehr unterschiedliche Fahrzeugtypen wie Lkw, Motorräder und Anhänger umfasst.

<sup>505</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 65-66.

<sup>506</sup> Auf die besonderen methodischen Probleme bei der Berechnung eines Luftqualitätsindex kann hier nur hingewiesen werden. Von den Fachbehörden einzelner Bundesländer – insbesondere von Baden-Württemberg und Niedersachsen – wurden dazu abweichende Konzepte entwickelt, eine Einigung im Rahmen des Bund-Länder-Arbeitskreises Nachhaltige Entwicklung konnte nicht erreicht werden. Vgl. Niedersächsisches Landesamt für Ökologie (Hrsg.) (2004): *Umweltindikatoren als Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion in Niedersachsen*. Hildesheim: NLÖ, 78.

23,4 Prozent zurück.<sup>507</sup> Bei der Energieerzeugung kommt in Costa Rica der Wasserkraft eine besondere Bedeutung zu; in geringerem Maß wurden in den letzten Jahren auch Windkraftanlagen installiert. Vor diesem Hintergrund wird der besonders in den Jahren 1991 bis 1994 zu beobachtende Rückgang vom OdD in Verbindung mit dem Klimaphänomen El Niño gebracht. Trotz des stark rückläufigen Trends ist der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Costa Rica noch immer wesentlich höher als in Deutschland: Von 1990 bis 2000 stieg der Anteil am Primärenergieverbrauch in Deutschland von 1,6 Prozent auf 2,8 Prozent; 2003 wurden 3,1 Prozent erreicht.<sup>508</sup> Von der Bundesregierung wurde ein Anteil von 12,5 Prozent am Stromverbrauch und 4,2 Prozent am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010 als Ziel formuliert; bis 2020 soll der Anteil am Stromverbrauch 20 Prozent steigen. Mit der Verringerung des Anteils der erneuerbaren Energien in Costa Rica geht ein Zuwachs des *Gesamtenergieverbrauchs* von 1990 bis 2000 um 25 Prozent einher.<sup>509</sup> In Deutschland schwankt der Energieverbrauch klimabedingt von Jahr zu Jahr, insgesamt ist in dem genannten Zeitraum aber ein leichter Rückgang zu verzeichnen.<sup>510</sup>

Der *Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt*, der von der CSD und vom OdD als institutioneller Indikator geführt wird, stieg 1997 von 0,3 Prozent auf 0,36 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil ging 1998 aber wieder auf 0,32 Prozent zurück.<sup>511</sup> In Deutschland ist der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP etwa achtmal so hoch; nach einem Rückgang zu Beginn der 1990er Jahre stagnierte der Anteil von 1994 bis 1998 bei rund 2,3 Prozent, um bis 2000 wieder leicht auf 2,5 Prozent anzusteigen; bis 2002 blieb dieser Wert dann wieder relativ konstant.<sup>512</sup>

---

<sup>507</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 108-109.

<sup>508</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2004): *Erneuerbare Energien in Zahlen – nationale und internationale Entwicklung*. Berlin: BMU, 26; die Datenquelle ist in diesem Fall Eurostat; von der Bundesregierung wird in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2002 der Anteil für 2002 dagegen nur mit 2,1 Prozent angegeben, woraus sich das Ziel einer Verdopplung auf 4,2 Prozent bis 2010 ableitet. Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2002), 97-98.

<sup>509</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 106-107; eigene Berechnungen.

<sup>510</sup> Vgl. Indikator 10 in: Diefenbacher/Frank/Leipner/Teichert/Wilhelmy (2004), 30; Umweltbundesamt/Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002), 14.

<sup>511</sup> Vgl. Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002), 134-135.

<sup>512</sup> Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2002), 106; sowie dass. (Hrsg.) (2004), 49.

### 4.1.3 Die deutschen Beziehungen zu Costa Rica als Gegenstand der Untersuchung

#### 4.1.3.1 Zu den Betrachtungsweisen in der Forschungsliteratur

In der wissenschaftlichen Literatur spiegelt sich die oben beschriebene Sonderstellung Costa Ricas insofern wider, als dass sich zahlreiche Arbeiten mit Entwicklungen und Entwicklungsproblemen des Landes befassen. Betrachtungen der Beziehungen zu Deutschland liegen dagegen nur im subregionalen beziehungsweise regionalen Kontext vor. Einige dieser Arbeiten werden nachfolgend hinsichtlich ihrer Themenschwerpunkte betrachtet. Da die Nachhaltigkeitsdiskussion die internationalen Beziehungen bislang weitgehend ausklammert und umgekehrt dieses Leitbild in die Kategorien internationaler Beziehungen kaum Eingang gefunden hat, geht es dabei vor allem um mögliche Überschneidungen und Ergänzungen dieser beiden Ansätze für die nachfolgende Analyse. Eine Gemeinsamkeit der ausgewählten Publikationen besteht darin, dass es sich jeweils um Sammelbände handelt; Monographien, die die Auswahl hätten ergänzen können, liegen nicht vor.

Das von Manfred Mols und Christoph Wagner 1994 herausgegebene Buch „Deutschland – Lateinamerika“<sup>513</sup> ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes, das zum Ziel hatte, „die Natur des deutsch-lateinamerikanischen Verhältnisses darzustellen und die Formel von den ‚traditionell guten Beziehungen‘ mit Inhalt zu füllen“<sup>514</sup>. Ausgangspunkt für das Vorhaben war der Befund der Herausgeber, dass in den offiziellen Verlautbarungen deutscher Bundesregierungen zu den deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen diese zwar stets als gut beschrieben werden, die gepflegt und ausgebaut werden sollten, es aber an darüber hinausgehenden Festlegungen und Präzisierungen fehle. Die Standardformel werde so zur inhaltsleeren Redewendung, während in den Beziehungen von deutscher Seite häufig nach dem Prinzip des *muddling through* verfahren werde.<sup>515</sup>

Die Bestandsaufnahme erstreckt sich auf sieben Bereiche:<sup>516</sup>

- Bei den *historischen Beziehungen* reicht die Betrachtung von den ersten deutschen Landsknechten und Konquistadoren über das Wirken Alexander von Humboldts bis zum Zweiten Weltkrieg.

---

<sup>513</sup> Mols Manfred/Wagner, Christoph (Hrsg.) (1994): *Deutschland – Lateinamerika. Geschichte, Gegenwart und Perspektiven*. Frankfurt am Main: Vervuert.

<sup>514</sup> Mols/Wagner (Hrsg.) (1994), 1.

<sup>515</sup> Vgl. *ibid.*

<sup>516</sup> Quer zu diesen Bereichen beschäftigt sich ein achter Beitrag mit den Beziehungen der DDR zu Lateinamerika, insbesondere mit Kuba, Chile und Nicaragua, worauf hier nicht näher eingegangen wird.

- Die bundesdeutsche *Außenpolitik* wird hinsichtlich der Wechselwirkungen des internationalen Umfeldes – insbesondere im Kontext des Ost-West-Konfliktes – und des sich wandelnden Verhältnisses gegenüber den Interessen der USA untersucht.
- Der Beitrag zur *entwicklungspolitischen Zusammenarbeit* behandelt zum einen deren inhaltliche Schwerpunkte, zum anderen die staatlichen, halbstaatlichen und nichtstaatlichen Akteure. Bei den staatlichen Akteuren steht das BMZ im Mittelpunkt, darüber hinaus werden die Bundesländer und die Kommunen einbezogen. Zu den halbstaatlichen Akteuren werden unter anderem die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (GTZ) gerechnet. Bei den nichtstaatlichen Akteuren wird auf die Kirchen und ihre Organisationen wie Brot für die Welt und Misereor, die politischen Stiftungen, Gewerkschaften, einige im sogenannten Bensheimer Kreis zusammengeschlossene NROs und die deutsche Solidarbewegung eingegangen.
- Ein weiterer Beitrag befasst sich gesondert mit der „offiziösen“ Außen- und Entwicklungspolitik der deutschen *politischen Stiftungen* und hebt deren besonderen Status im Beziehungsgeflecht hervor.
- Für die *wirtschaftlichen Beziehungen* wird eine geringer werdende Attraktivität Lateinamerikas für die deutsche Wirtschaft und ein Bedeutungsverlust der Region als Handelspartner konstatiert.
- Der Bereich *Kultur und Wissenschaft* wird weitgehend als ‚Einbahnstraße‘ dargestellt, weil es den lateinamerikanischen Ländern an Pendanten zu den deutschen Mittlerorganisationen auswärtiger Kulturpolitik wie dem Goethe-Institut und den deutschen Auslandsschulen fehlt. Die wissenschaftlichen Beziehungen werden anhand der Stipendienvergabe und ausgewählter Forschungsbereiche über Lateinamerika skizziert. Ergänzend wird das Lateinamerikabild in Deutschland beschrieben.
- Als weitere Kategorie wird die *EG-Politik als Rahmen* für die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen analysiert, wobei zwischen Entwicklungszusammenarbeit, Außenhandel und politischen Beziehungen unterschieden wird.

Die von Andreas Brockmann u.a. 1996 herausgegebene Tagungsdokumentation „Mittelamerika und Deutschland – Das Potential einer guten Partnerschaft“<sup>517</sup> weist weitgehende Überschneidungen zu dem Untersuchungsraaster bei Mols und Wagner auf. Die Behandlung der fünf Hauptkapitel folgt jedoch konsequent einem akteursorientierten Ansatz. Die „staatliche Zusammenarbeit aus deutscher Sicht“ geht neben den Themen Außenpolitik, Wirtschaftsbeziehungen und entwicklungspolitische Kooperation mit zwei Beiträgen von Vertretern des Bundesumweltministeriums und des Auswärtigen Amtes auf den Umweltschutz in Mittelamerika und die internationale Umweltpolitik ein. Dies stellt insofern eine Erweiterung des Themenspektrums dar, da es hierbei auch um Instrumente der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit wie der Joint Implementation zur Verbindung von Waldbewirtschaftung und globalem Klimaschutz geht. Costa Rica nimmt diesbezüglich eine Vorreiterrolle in der Region ein. In der Zusammenarbeit mit Deutschland kommt dieses Instrument aber bislang nicht zum Einsatz.

Bei den anschließenden Beiträgen wird die Blickrichtung umgekehrt und es werden „die bilateralen Beziehungen aus mittelamerikanischer Sicht“ von den Botschaftern der sechs Länder Costa Rica, El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Panama und Honduras beschrieben. Die Rubrik „Kraft der institutionellen Beziehungen“ hat neben zuvor bereits genannten halbstaatlichen Akteuren das Zentralamerika-Sonderprogramm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, die Arbeit des Goethe-Instituts und der Alexander von Humboldt-Stiftung zum Gegenstand. Außerdem wird die Rolle von Unternehmen aus der Sicht des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Deutsch-Südamerikanischen Bank beschrieben. Je ein Kapitel ist den politischen Stiftungen sowie Kirchen und Nichtregierungsorganisationen gewidmet, wobei in dem letztgenannten gesondert auf die Bedeutung des fairen Handels mit Kaffee aus Mittelamerika eingegangen wird.

Zwei weitere Bände, die ebenfalls auf Tagungen zurückgehen, rücken die sozialen und kulturellen Aspekte in den Mittelpunkt der Betrachtungen, die seit den Reisen Alexander von Humboldts in der deutschen Lateinamerikaforschung häufig als besonderes Kennzeichen der Beziehungen Deutschlands zu Lateinamerika angesehen werden. Dieser Anspruch wird durch den Stellenwert dieser beiden Arbeiten hinsichtlich der insgesamt geringen Zahl aktueller Publikationen zu diesem Themenfeld selbst unterstrichen. Der von Karl Kohut u.a. veröffent-

---

<sup>517</sup> Brockmann/Dabrowski/Lagos Andino (Hrsg.) (1996).

lichte Titel „Deutsche in Lateinamerika – Lateinamerika in Deutschland“<sup>518</sup> umreißt die in den ersten beiden Hauptkapiteln behandelten historischen Perspektiven zur wechselseitigen kulturellen Rezeption. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die wechselseitige Beeinflussung durch personellen Austausch, wobei das Spektrum von Eroberern und Migration über Forschungsreisen bis zum Tourismus reicht. Ergänzt wird der Band durch ein Kapitel zu den deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs mit Beiträgen zu den Handelsbeziehungen, Imperialismus und Nationalsozialismus sowie zur entwicklungspolitischen und kulturellen Zusammenarbeit nach 1945. Der von Günther Maihold herausgegebene Band „Ein ‚freudiges Geben und Nehmen‘?“<sup>519</sup> konzentriert sich demgegenüber auf den gegenwärtigen Stand und auf die Perspektiven der Kulturbeziehungen. Neben der Tätigkeit der Mittlerorganisationen auswärtiger Kulturpolitik, wird hier – wie im Band von Kohut u.a. – das Bild vom Anderen in der Kunst und die Berichterstattung in den Medien als Formen der gegenseitigen Wahrnehmung intensiv thematisiert. Im Hinblick auf die soziale Dimension der deutsch-costaricanischen Beziehungen wird dieser Aspekt ebenso aufzugreifen sein wie die Rolle einzelner Akteure im Kontext der institutionellen Dimension.

#### 4.1.3.2 Außenpolitik und Außenwirtschaft im regionalen Kontext

Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Costa Rica sind auf beiden Seiten in den jeweiligen regionalen Kontext eingebunden. Als Forum dient vor allem der San-José-Dialog zwischen der EU und den zentralamerikanischen Staaten. Von einer spezifischen, auf Costa Rica zugeschnittenen deutschen Außenpolitik kann dabei nicht gesprochen werden; die Zuständigkeit für die Handelspolitik liegt ohnehin weitestgehend bei der EU.

Das politische und wirtschaftliche Interesse Deutschlands an Zentralamerika war bis in die 1970er Jahre gering. Gründe dafür sind zum einen in der Subregion und ihrer – aus deutscher Sicht – politischen und ökonomischen Marginalität zu sehen, zum anderen darin, dass Zentralamerika als ‚Hinterhof‘ der USA und damit als weitgehend exklusiver Einflussbereich der Hegemonialmacht angesehen wurde. Dies änderte sich mit der Zuspitzung der zentralamerikanischen Konflikte. Während die USA unter Ronald Reagan diese als Teil des Ost-West-Konflikts ansahen und ein ‚zweites Kuba‘ auch mit militärischen Maßnahmen verhindern

---

<sup>518</sup> Kohut, Karl/Briesemeister, Dietrich/Siebenmann, Gustav (Hrsg.) (1996): *Deutsche in Lateinamerika – Lateinamerika in Deutschland*. Frankfurt am Main: Vervuert.

<sup>519</sup> Maihold, Günther (Hrsg.) (2001): Ein „freudiges Geben und Nehmen“? Stand und Perspektiven der Kulturbe-



wollten, versuchten zahlreiche lateinamerikanische Länder und die Europäische Gemeinschaft (EG), durch eine diplomatische Offensive zur Befriedung Zentralamerikas beizutragen.<sup>520</sup>

In diesem Prozess kam der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Costa Rica eine besondere Rolle zu. Vom Europäischen Rat wurden unter deutscher Präsidentschaft im Juni 1983 die Grundlinien für eine europäischen Mittelamerika-Politik skizziert.<sup>521</sup> Aus Sicht der EG beruhten die Konflikte primär auf endogenen Ursachen, die nur politisch gelöst werden konnten. Als Ziele wurden die Schaffung demokratischer Bedingungen und die Achtung der Menschenrechte formuliert. Die EG unterstützte dazu die Bemühungen der aus Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama bestehenden Contadora-Gruppe und später die Friedensinitiative des costaricanischen Präsidenten Oscar Arias Sánchez, der dafür im Jahr 1987 den Friedensnobelpreis erhielt.<sup>522</sup> Bereits 1984 hatte eine gemeinsame Initiative von Arias' Amtsvorgänger Luis Alberto Monge und dem damaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zu einer Konferenz zwischen den Außenministern der EG-Mitgliedsländer und den sechs mittelamerikanischen Staaten in San José geführt.<sup>523</sup> Diese wurde mit dem Folgetreffen 1985 in Luxemburg als „San-José-Dialog“ institutionalisiert.

Die Konferenzen finden seither jährlich auf Ministerebene statt.<sup>524</sup> Der Dialogprozess wurde auf europäischer Ebene durch ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen und von deutscher Seite unter anderem durch ein „Sonderprogramm Hochschulförderung Zentralamerika“ flankiert.<sup>525</sup> Ziele der bi-regionalen Zusammenarbeit sind die Förderung der Demokratie, die Konsolidierung und Modernisierung des Rechtsstaats, die Stärkung der Wirtschaftskraft der zentralamerikanischen Länder durch Integration und Diversifizierung und die Drogenbekämp-

---

ziehungen zwischen Lateinamerika und Deutschland. Frankfurt am Main: Vervuert.

<sup>520</sup> Vgl. Krumwiede, Heinrich-W./Dill, Günter W. (1985): „Westeuropa und die Krisenregion Zentralamerika“, in: Nuhn, Helmut (Hrsg.): *Krisengebiet Mittelamerika*. Braunschweig: Westermann, 86-101.

<sup>521</sup> Vgl. Heymer (1996), 4.

<sup>522</sup> Zum Friedensprozess vgl.: Arias, Oscar (Hrsg.) (1987): *Frieden für Zentralamerika*. Frankfurt am Main: Vervuert. Darin ist der von den Präsidenten von Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua am 7.8.1987 unterzeichnete Friedensplan abgedruckt.

<sup>523</sup> Panama wechselte im Laufe des Prozesses von der Contadora-Gruppe zur Gruppe der mittelamerikanischen Länder. Zudem wurde der Teilnehmerkreis um Kolumbien, Mexiko und Venezuela als kooperierende Mitglieder erweitert. Auf europäischer Seite nahmen Portugal und Spanien bereits vor ihrem Beitritt zur EG teil. Belize, die Dominikanische Republik und das Zentralamerikanische Integrationssystem (SICA) und das Zentralamerikanische Parlament (PARLACEN) haben Beobachterstatus.

<sup>524</sup> Seit der XII. San-José-Konferenz in Florenz wurde das Verfahren modifiziert. Die Gesamtheit der EU-Außenminister nimmt seither nur noch alle zwei Jahre teil. In den Jahren dazwischen wird die EU durch die so genannte EU-Troika vertreten, so auch bei der XV. San-José-Konferenz in Bonn 1999.

<sup>525</sup> Vgl. Heymer (1996).

fung.<sup>526</sup> Wie bei anderen Kooperationen und Abkommen zwischen der EU und Lateinamerika seit den 1990er Jahre soll dabei das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verfolgt werden.<sup>527</sup>

Seit März 1999 ist ein Rahmenkooperationsabkommen zwischen der EU und den sechs Ländern Zentralamerikas in Kraft, das bereits 1993 vereinbart worden war. Ein weiteres Abkommen über politischen Dialog und vertiefte Zusammenarbeit, das die regionale Integration, die Armutsbekämpfung und die nachhaltige Entwicklung der Region fördern soll, wurde im Dezember 2003 in Rom unterzeichnet.<sup>528</sup> Die Beziehungen zwischen Zentralamerika und der EU sind in die „strategische Partnerschaft“ eingebettet, die auf dem I. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Lateinamerikas und der Karibik in Rio de Janeiro 1999 vereinbart wurde.<sup>529</sup>

Anlässlich des dritten europäisch-lateinamerikanischen Gipfeltreffens im mexikanischen Guadalajara im Mai 2004 wurden zwischen der EU und den Ländern Zentralamerikas die Einrichtung einer Freihandelszone und der Abschluss eines Assoziierungsabkommens als künftiges strategisches Ziel vereinbart. Die EU reagierte damit auf die Verhandlungen der zentralamerikanischen Länder mit den USA über eine Freihandelszone, die im Dezember 2003 erfolgreich abgeschlossen wurden.<sup>530</sup> Grundlage der Handelsbeziehungen zwischen Costa Rica und der EU beziehungsweise ihren Mitgliedsstaaten sind bislang die Vereinbarungen der Welthandelsorganisation (WTO), der Costa Rica 1995 als Gründungsmitglied beigetreten ist. Dem der WTO vorangegangenen *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) hatte sich Costa Rica im Jahr 1990 angeschlossen. Außerdem werden Costa Rica, wie den übrigen Ländern Zentralamerikas und der Andengemeinschaft, von der EU seit 1990 einseitige Zollpräferenzen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) eingeräumt, wobei insbesondere Regelungen zur Drogenbekämpfung getroffen wurden. Dieses „Drogen-APS“ beinhaltet die

---

<sup>526</sup> Edgar Ugalde hat deutlich gemacht, dass es sich angesichts der Vielzahl der Probleme Zentralamerikas gerade in den ersten Jahren um einen Dialog zwischen sehr unterschiedlichen Partnern handelte: „Ellos tienen los recursos. Los centroamericanos tienen los problemas.“ Ugalde, Edgar (1990): „Costa Rica y la Comunidad Europea“, in: Rojas Aravena, Francisco (Hrsg.): *Costa Rica y el sistema internacional*. Caracas: Nueva Sociedad, 71-96 (Zitat: 84).

<sup>527</sup> Vgl. Westphal, Kirsten (2003): „Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika: Konkretes Handlungsmodell oder nur Vision?“, in: Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne (Hrsg.): *Lateinamerika im internationalen System*. Opladen: Leske und Budrich, 177-201.

<sup>528</sup> Die Ratifizierung dieses Abkommens stand Ende 2004 noch aus; vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2004b): *Beziehungen der EU zu Lateinamerika und der Karibik*. Im Internet unter [http://www.auswaertigesamt.de/www/de/eu\\_politik/gasp/eu\\_aussenbez/lateinamerika\\_html](http://www.auswaertigesamt.de/www/de/eu_politik/gasp/eu_aussenbez/lateinamerika_html); Stand: November 2004.

<sup>529</sup> Vgl. dazu Westphal (2003).

<sup>530</sup> Eine Einigung über den *Tratado de Libre Comercio entre Centroamérica y los Estados Unidos* (TLC/CAFTA) kam zunächst nur mit El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama zustande; Costa Rica stimmte dem Abkommen mit den USA erst nach Nachverhandlung im Januar 2004 zu.

Aufhebung der Zölle auf landwirtschaftliche und industrielle Exporte aus den genannten Ländern in die EU. Es ist zeitlich befristet, wurde aber in der Vergangenheit wiederholt verlängert.<sup>531</sup>

Als Mitglied der Cairns-Gruppe, eines Zusammenschlusses von agrarexportierenden Ländern,<sup>532</sup> tritt Costa Rica bei den WTO-Verhandlungsrunden für eine Reform des internationalen Agrarhandels und damit insbesondere für eine Abschaffung von Agrarsubventionen in der EU und anderen Industrieländern ein. Ein besonderer Streitpunkt zwischen Costa Rica und der EU war in den 1990er Jahren die umstrittene Bananenmarktordnung, die den Import von ‚Dollar-Bananen‘ aus Mittel- und Südamerika kontingentierte, um den Absatz von Bananen aus Südeuropa, den französischen Überseegebieten und den AKP-Staaten zu schützen. Die deutsche Regierung hatte dagegen vor dem Europäischen Gerichtshof erfolglos geklagt. In einem Rahmenabkommen von 1994 zwischen der EU und vier Anbauländern war Costa Rica eine Quote von 23,4 Prozent aller Bananenimporte aus Lateinamerika zuerkannt worden. Vor allem auf Druck der USA hat die EU im Jahr 2001 die Umwandlung des Kontingentsystems in eine nur auf Zöllen basierende Importregelung zugestimmt, die bis 2006 umgesetzt werden soll. Die Kohärenz der Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik in der EU-Zusammenarbeit mit Costa Rica soll durch das „Länderstrategiepapier 2002-2006“<sup>533</sup> vom Juni 2002 gewährleistet werden, das die vorangegangene Länderstrategie für den Zeitraum 1998 bis 2000 ersetzt. Konzeptionell ist das Strategiepapier so aufgebaut, dass die allgemeinen Ziele und Grundsätze der EU-Zusammenarbeit der politischen Agenda Costa Ricas gegenübergestellt werden. Auf der Grundlage einer Analyse des Landes und der bisherigen Zusammenarbeit wird eine „Antwortstrategie“ vorgeschlagen. Für die Zusammenarbeit von 2002 bis 2006 werden drei Schwerpunktsektoren benannt:

- Modernisierung und Dezentralisierung des Staates;
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit;
- Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik.

---

<sup>531</sup> Die Gültigkeit war zunächst für die Periode 2002 bis 2004, dann erneut bis Ende 2005 verlängert worden; vgl. dazu die regelmäßig fortgeschriebenen Angaben in: European Commission (Hrsg.) (2004): *The EU's relations with Costa Rica*, (2/2004). Brussels; im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/costarica/intro/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/costarica/intro/index.htm), Stand: 13.1.2005.

<sup>532</sup> Der Cairns-Gruppe gehören 17 Industrie- und Entwicklungsländer an, darunter Australien, Brasilien, Indonesien, Kanada und Südafrika; zu den handelspolitischen Positionen siehe: Cairns Group (Hrsg.) (2005): *Proposals*. (Onlinequelle), im Internet unter <http://www.cairnsgroup.org/proposals/index.html>, Stand: 20.3.2005.

<sup>533</sup> European Commission (Hrsg.) (2002): *Country Strategy Paper 2002 – 2006 Costa Rica*, Brussels; im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/costarica/csp/02\\_06en.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/costarica/csp/02_06en.pdf). Stand: 25.6.2002.

Für die Entwicklungszusammenarbeit in diesen drei Bereichen wurde ein Volumen von 31,5 Mio. Euro vereinbart. Dieses Geld soll zu annähernd gleichen Teilen für die Stärkung der Kommunen, die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt Städteplanung im Einzugsgebiet von San José sowie zur Entwicklung von Unternehmen im Hochtechnologiebereich eingesetzt werden. Die Verteilung der Mittel und die Themenschwerpunkte seit 1992 werden in Kapitel 4.3.4 zur institutionellen Dimension der deutsch-costaricanischen Beziehungen durch einen der Indikatoren näher analysiert.

#### 4.1.3.3 Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Costa Rica

Deutschland ist neben Spanien das einzige Land der EU, das derzeit noch ein bilaterales Kooperationsprogramm zur Entwicklungszusammenarbeit mit Costa Rica verfolgt. Neben den Niederlanden, deren bilaterale Zusammenarbeit im Jahr 2002 auslief, war Deutschland in den 1990er Jahren wichtigster Geber von Entwicklungshilfe für Costa Rica.<sup>534</sup> Die intensivste Phase des finanziellen Engagements Deutschlands erstreckte sich von 1986 bis 1994, worauf in Kapitel 4.3.1 eingegangen wird. Seit der Neuausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu Gunsten einer thematischen Konzentration der Mittel verbunden mit der Unterscheidung in Schwerpunkt- und Partnerländer hat die Bedeutung Costa Ricas in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weiter abgenommen. Ein konzeptioneller Rahmen für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Südamerikas wurde erst 1995 mit dem „Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung“ vorgelegt.<sup>535</sup> Das Konzept bezog sich auf alle Länder in Lateinamerika und der Karibik und sah keine subregionalen oder ländergruppenspezifischen Differenzierungen vor. Da zudem je eines der drei Hauptkapitel die Handschrift der drei beteiligten Ministerien trug, war der behandelte Themenrahmen weit gesteckt. Zu den Schwerpunkten für die Zusammenarbeit wurden die Intensivierung des politischen Dialoges auf allen Ebenen, die Wahrung der hohen deutschen Kulturpräsenz, eine stärkere Europäisierung der deutschen Lateinamerikapolitik und der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen genannt. Insbesondere die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen und die Verbesserung der Marktposition deutscher Unternehmen in Lateinamerika zogen sich durch weite Teile des Konzepts. So ging es beispielsweise in den Bereichen Umwelttechnologie,

---

<sup>534</sup> Die Niederlande führen ihre Zusammenarbeit im Rahmen des „Vertrages über nachhaltige Entwicklung“ fort, den sie mit Costa Rica, Bhutan und Benin geschlossen haben. Vgl. European Commission (2002), 14.

<sup>535</sup> Vgl. Auswärtiges Amt/Bundesministerium für Wirtschaft/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1995): *Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung*, Mai 1995, Materialband,

Verkehr und Energie vor allem um den Export deutscher Technologie: Explizit genannt wurden unter anderem der Bau von Schienen-Hochgeschwindigkeitssystemen wie ICE und Transrapid sowie deutsche Kraftwerke. Dass die binnenorientierte Standortpolitik das Konzept maßgeblich geprägt hatte, während etwa zum kultur- und geisteswissenschaftlichen Austausch nur wenige Aussagen gemacht wurden, war einer der zentralen Kritikpunkte bei seiner Vorstellung im Deutschen Bundestag im September 1995.<sup>536</sup> Als übergreifendes Ziel für die Entwicklungszusammenarbeit wurde die Unterstützung Lateinamerikas auf dem „Weg zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung“<sup>537</sup> sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen formuliert. Als Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit wurden die Bekämpfung der Armut, die Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Aufbau eines leistungsfähigen Bildungssystems und die Entwicklung des Ressourcen- und Umweltschutzes genannt.<sup>538</sup> Als weitere Aspekte wurden die Drogenprävention und das Problemfeld städtische Agglomerationen angeführt.

Im April 2000 wurde vom BMZ ein neues „Lateinamerika-Konzept“<sup>539</sup> vorgelegt, das im Unterschied zu dem interministeriell erarbeiteten Lateinamerika-Konzept von 1995 in erster Linie dazu dienen soll, die entwicklungspolitischen Leitlinien des BMZ für Lateinamerika umzusetzen. Ausgangspunkt des Konzepts sind „allgemeine Grundsätze“ der Regierungspolitik:

„Die Bundesregierung versteht Entwicklungspolitik als Beitrag zu einer **globalen Struktur- und aktiven Friedenspolitik**. Ihr Ziel ist es, zur Verbesserung der ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in unseren Partnerländern beizutragen. Dabei orientiert sie sich am **Leitbild der global nachhaltigen Entwicklung** entsprechend der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Sie dient damit den gemeinsamen Interessen an einer humanen und gerechten Welt, an einer gesunden Umwelt, einer umfassenden Sicherheit und einem ausgeglichenen Wirtschaftsaustausch. Auch in Lateinamerika kann nachhaltige Entwicklung nur in **weltweiter Verantwortungsgemeinschaft** und durch **Bündelung aller politischen Instrumente** erfolgreich gestaltet werden.“<sup>540</sup>

Im Unterschied zu dem früheren Regierungskonzept von 1995 wird Nachhaltigkeit nicht additiv verwendet, sondern dient als normativer Rahmen für die Zielformulierung der internationa-

---

o.O.; auch als BT-Drucksache 13/1479.

<sup>536</sup> Vgl. Werz, Nikolaus (1999): „Heimatspflege, interkultureller Dialog oder Standortpolitik?“, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 2; hier nach der Internetfassung unter [http://www.ifa.de/zfk/themen/99\\_2\\_lateinamerika/dwerz.htm](http://www.ifa.de/zfk/themen/99_2_lateinamerika/dwerz.htm), Stand: 25.2.2003.

<sup>537</sup> Auswärtiges Amt/Bundesministerium für Wirtschaft/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1995), 16.

<sup>538</sup> Vgl. op. cit., 17.

<sup>539</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2000a): *Lateinamerika-Konzept*. BMZ-Konzepte Nr. 109, Berlin/Bonn: BMZ.

<sup>540</sup> Op. cit., 3; Hervorhebungen im Original.

len Zusammenarbeit. In den „allgemeinen Grundsätzen“ wird der Nutzen der Zusammenarbeit für Deutschland nicht mehr als unmittelbarer ökonomischer Vorteil interpretiert, sondern ergibt sich aus global gerechteren und damit stabileren Strukturen. Um dem Ziel der weltweiten Verantwortungsgemeinschaft gerecht werden zu können, will das BMZ innerhalb der Bundesregierung auf Kohärenz und Abstimmung aller Politikbereiche hinwirken.

Die Schlussfolgerungen für die Entwicklungszusammenarbeit werden in dem Konzept nach vier Zieldimensionen, nämlich der ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Dimension, untergliedert. Die Maßnahmen in diesen Dimensionen sollen sich auf die drei Schwerpunktbereiche Bekämpfung der Armut, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Modernisierung von Staat und Gesellschaft konzentrieren. Für die Ausrichtung der konkreten Zusammenarbeit mit einzelnen Ländern wird die Notwendigkeit „angepasster Programme auf Länderebene und in ergänzender grenzübergreifender Perspektive“<sup>541</sup> betont.

Als einen Schritt auf diesem Weg ist die Veröffentlichung des BMZ zur „Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralamerika“<sup>542</sup> aus dem Jahr 2002 zu sehen. Es handelt sich dabei jedoch nicht um ein Strategiepapier, sondern um eine Broschüre, die „erstmalig einen Überblick über unsere Zusammenarbeit mit Zentralamerika“<sup>543</sup> liefert. Darin werden die allgemeinen Grundsätze und damit die Orientierung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung aus dem Lateinamerika-Konzept des BMZ übernommen. Die Schwerpunkte für die Zusammenarbeit mit den zentralamerikanischen Ländern werden in Abbildung 9 dargestellt. Die meisten Kooperationen beziehen sich auf den Umwelt- und Ressourcenschutz und die Demokratieförderung insbesondere durch Dezentralisierung und Kommunalentwicklung. Diese Aspekte sind auch die Schwerpunkte in der bilateralen Zusammenarbeit mit Costa Rica.

Nach Angaben des BMZ wurden für Zentralamerika im Zeitraum von 1998 bis 2001 im Durchschnitt jährlich 100 Mio. Euro an bilateraler öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit netto ausgezahlt. Davon gingen jeweils 20 Mio. Euro an El Salvador und Guatemala, 24,5 Mio. Euro an Honduras und 33 Mio. Euro an Nicaragua. Costa erhielt in diesen vier Jahren insgesamt netto nur 1,33 Mio. Euro, im jährlichen Durchschnitt also 0,33 Mio. Euro.<sup>544</sup> Die

---

<sup>541</sup> Op. cit., 6.

<sup>542</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2002a): *Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralamerika*. Bonn: BMZ

<sup>543</sup> So Staatssekretär Erich Stather im Vorwort, in: op. cit., 3.

<sup>544</sup> Alle Angaben aus: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2002a), 19; eigene Berechnungen. Auf den Umfang der EZ-Mittel an Costa Rica wird in Kapitel 4.3.1 näher eingegangen. Die Angaben dort beziehen sich auf das DAC, sind in US-Dollar und daher nicht unmittelbar vergleichbar.

Verteilung wird vom BMZ vor allem mit dem niedrigeren Entwicklungsstand in diesen vier Ländern begründet. Außerdem wurde die Hilfe zum „nachhaltigen Wiederaufbau“ nach dem Hurrikan Mitch von 1998 auf die vier nördlichen Nachbarländer Costa Ricas und dabei insbesondere auf die stark betroffenen Länder Honduras und Nicaragua konzentriert.

**Abbildung 9: Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Zentralamerikas**

	Costa Rica	El Salvador	Guatemala	Honduras	Nicaragua	Panama
Umwelt- und Ressourcenschutz						
Demokratieförderung/ Dezentralisierung						
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung						
Friedenssicherung/ Konfliktprävention						
Bildung						
Wasser (Trinkwasser und Abwasser)						
Sozialer Wohnungsbau						

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2002), eigene Darstellung.

Nach einer BMZ-internen Auflistung vom Mai 2004 werden in Costa Rica jeweils drei Projekte in der finanziellen (FZ) und technischen Zusammenarbeit (TZ) gefördert:<sup>545</sup>

- Durch die finanzielle Unterstützung des Forstprogramms *Huetar Norte* soll die Aufforstung in Wassereinzugsgebieten und die nachhaltige Bewirtschaftung von Naturwäldern gefördert werden.
- Mit einem FZ-Darlehen zum 2004 begonnenen Projekt „Ländliche Trinkwasser-/Sanitärversorgung II“ sollen die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in 35 Orten verbessert werden. Im Vorläuferprogramm (ab 1994) wurden 55 Orte an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen.

<sup>545</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2004): *Kurzinformation zu EZ mit Costa Rica*. Stand: Mai 2004, hekt. Mskr.;

- Beim Projekt „Rehabilitierung kantonales Wegenetz“ werden mit FZ-Mitteln die Beratungsleistungen der GTZ in diesem Bereich finanziert, nachdem hierzu zuvor von der GTZ über mehrere Jahre im Rahmen der technischen Zusammenarbeit ein Projekt zur partizipativen Instandhaltung von (Schotter-)Straßen durchgeführt worden war.
- Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit wird ein Projekt zur „Luftreinhaltung in San José“ unterstützt, das die Überwachung der Luftqualität, die Verbesserung des öffentlichen Transportsystems und Vorgaben für den privaten Autoverkehr umfasst. An dem Projekt beteiligen sich auch die Weltbank und die EU-Kommission.
- Das Projekt „Nachhaltiges Management der Natürlichen Ressourcen – ACOSA“ wurde 2003 auf der Pazifikhälfte Osa begonnen. Das Projekt soll NGOs, kommunale und nationale Behörden und indigene Bevölkerungsgruppen bei der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen unterstützen.
- Ein weiteres TZ-Projekt zur „Lokal- und Kommunalentwicklung“ zielt darauf, Kommunalverwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure bei der Gestaltung erweiterter gesetzlicher Spielräume zu unterstützen. Ein Schwerpunkt ist dabei das kommunale Umweltmanagement.

Daneben unterstützt das BMZ eine Reihe regionaler beziehungsweise grenzüberschreitender Institutionen und Projekte. Dazu zählen die *Alianza Centroamericana para el Desarrollo Sostenible* (ALIDES) und die Kooperation mit den Unterorganisationen des *Sistema de Integración Centroamericana* (SICA), darunter die *Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo* (CCAD). Themenschwerpunkte sind dabei die Förderung der nachhaltigen Entwicklung durch Tourismus, die Errichtung eines biologischen Korridors in Zentralamerika und die Förderung des betrieblichen Umweltmanagements, insbesondere in der Klein- und Mittelindustrie.<sup>546</sup> Die Bedeutung der bilateralen Projektzusammenarbeit mit Costa Rica muss vor dem Hintergrund der insgesamt sehr niedrigen EZ-Mittel als gering angesehen werden. Zudem wurde Costa Rica bereits mitgeteilt, dass voraussichtlich 2006 letztmalig eine bilaterale Zusage erfolgen wird.<sup>547</sup> Die Kooperation soll dann über Regionalvorhaben und so genannte Dreieckskooperationen erfolgen.

---

<sup>546</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2002a), 10-16.

<sup>547</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2004), 2.



## 4.2 Entwicklung eines Indikatorensystems zur Bewertung der Nachhaltigkeit in den deutschen Beziehungen zu Costa Rica

### 4.2.1 Themenfelder internationaler Nachhaltigkeit

Das von der Bundesregierung in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommene Leitbild „Internationale Verantwortung“ weist auf ein Defizit des CSD-Ansatzes hin. Dieser ist auf die Untersuchung der nationalen Entwicklung ausgerichtet und blendet die internationalen Wechselwirkungen weitgehend aus. Die nachhaltige Entwicklung eines Landes wird in einer zunehmend globalisierten Welt aber nicht erreicht werden können, wenn die externen Wirkungen diesem Ziel dauerhaft zuwiderlaufen. Ebenso kann Nachhaltigkeit innerhalb eines Landes nicht bedeuten, dass nichtnachhaltige Verhaltens- und Produktionsweisen nach außen verlagert werden oder dieses Land seine ‚nationale‘ Nachhaltigkeit als Nutznießer von extremen globalen Ungleichverteilungen erlangt. Auf diese Prämissen hat sich die internationale Staatengemeinschaft mit der Annahme der Agenda 21 verständigt. Bereits in der Präambel wird auf die Notwendigkeit einer „globalen Partnerschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist“,<sup>548</sup> hingewiesen, um den Problemen einer zunehmenden Ungleichheit zwischen sowie innerhalb von Staaten und der Zerstörung der Ökosysteme begegnen zu können. Zur Operationalisierung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung für die internationalen Beziehungen werden in Tabelle 16 insgesamt 24 Themenfelder formuliert, die die verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen in gleicher Weise berücksichtigen sollen.

Ausgangspunkt für die Auswahl der Themen ist der überarbeitete Ansatz der CSD, das sogenannte *Framework* aus dem Jahr 2001, unter Berücksichtigung der von Costa Rica für die nationale Anwendung vorgenommenen Modifikationen. Daraus wurde die Einteilung von Nachhaltigkeit in eine ökologische, ökonomische, soziale und institutionelle Dimension sowie jene Themen und Subthemen übernommen, die auf die internationalen Beziehungen übertragen werden können. Als zweiter Bezugsrahmen wurde die Agenda 21 herangezogen. Die CSD hat sich bei der Bestimmung ihres Themenrasters zwar weitgehend an der Agenda 21 orientiert, lässt aber (wie in Kapitel 3.3.2.2 dargestellt) die Rolle einzelner Akteure und Akteursgruppen unberücksichtigt, so dass unter dem Gesichtspunkt der internationalen Zusammenarbeit ein erneuter Abgleich mit den Kapiteln des Aktionsprogramms der UNCED notwendig war. Mit diesem Verfahren soll gewährleistet werden, dass Themenfelder ausgewählt werden, die für eine nachhaltige Entwicklung allgemein als wesentlich erachtet werden.

---

<sup>548</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992a), 9.

Diese Ableitungsmöglichkeit ist allerdings nicht für alle vier Dimensionen in gleicher Weise gegeben. So sind in der sozialen und ökologischen Dimension des CSD-Ansatzes zahlreiche Subthemen wie Gesundheit, Wohnen und Sicherheit sowie Luftqualität, Urbanisierung und Trinkwasserentnahme primär an die nationalen Gegebenheiten gebunden; zur ökonomischen und institutionellen Dimension werden jeweils nur wenige Themen benannt. In einem dritten Schritt wurden daher jene Themenfelder ergänzt, die weder im CSD-Ansatz noch in der Agenda 21 behandelt werden. Als Referenz wurden hierfür die in Kapitel 3 behandelten Messkonzepte zur nachhaltigen Entwicklung herangezogen, worauf noch näher eingegangen wird.

Das beschriebene dreigliedrige Ableitungsverfahren war in der praktischen Umsetzung allerdings von zahlreichen Zwischenschritten begleitet. Nach einer Phase der Literaturlauswertung wurde ein erster Entwurf einer Themenauswahl, der sich an dem CSD-Themenraster orientierte und durch eigene Themenvorschläge ergänzt worden war, zunächst in der Arbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung“ und dann im Arbeitsbereich „Frieden und Entwicklung“ der FEST im Wintersemester 2001/2002 zur Diskussion gestellt. Die überarbeitete Themenliste wurde dann im Zeitraum Mitte Februar bis Mitte März 2003 Interviewpartnern in Costa Rica und Mexiko vorgelegt, nachdem diese zuvor im Rahmen eines offenen Interviews nach den Hauptthemen nachhaltiger Entwicklung in diesen Ländern sowie in den Beziehungen zu Deutschland befragt worden waren.<sup>549</sup> Interviewt wurden Vertreter deutscher Institutionen in Costa Rica, darunter der deutsche Botschafter, Vertreter/innen der GTZ, der Deutsch-Costaricanischen Außenhandelskammer, der evangelischen Kirche und der deutschen Auslandsschule. Darüber hinaus wurden costaricanische Politiker und Wissenschaftler befragt, die sich mit den Themen Nachhaltigkeit und Indikatoren beschäftigen. Nach der Auswertung der Interviews und Recherchen wurde eine Arbeitsfassung der Themenliste erstellt und mit einer Auswahl möglicher Indikatoren versehen, die zunächst zwischen fünf und neun Themen je Dimension und in der Regel zwei Indikatoren je Thema umfasste. In einigen Fällen ergab sich

---

<sup>549</sup> Eine Liste der Interviewpartner und der Leitfaden für die offenen Interviews sind im Anhang abgedruckt. Die Einbeziehung Mexikos in diesem Stadium der Recherche erwies sich aus mehreren Gründen als aufschlussreich; einer davon war ein Hinweis auf eine Betrachtung zu den deutsch-mexikanischen Beziehungen: Vgl. Bieber, León E. (2001): *Las relaciones germano-mexicanas*. México: El Colegio de México et al. Den Hinweis verdanke ich Dr. Leonel Lozano Dominguez, Director de Política de Desarrollo y Medio Ambiente, Fundación Friedrich Ebert in México D.F. Mit Leonel Lozano Dominguez konnte zudem ein Vertreter einer politischen Stiftung aus der Region in die Befragung einbezogen werden, was in Costa Rica selbst in dem genannten Zeitraum nicht möglich war. Drittens zeigte die zwischenzeitliche Einbeziehung Mexikos im Vorfeld, dass in Costa Rica hinsichtlich der Verankerung des Nachhaltigkeitsthemas und der Indikatorenforschung eine vergleichsweise günstige Ausgangslage für die angestrebte Untersuchung besteht.

im Zuge der Datenerhebung weiterer Anpassungsbedarf; spätestens in dieser Phase der Untersuchung war eine strikte Trennung zwischen der Bestimmung von Themen und der Auswahl geeigneter Indikatoren nicht mehr möglich. Das Ergebnis dieses Prozesses ist Tabelle 16 zu entnehmen; die Reihenfolge der Dimensionen und Themenfelder stellt keine Wertung oder Prioritätensetzung dar.

Die Nummerierung der Themenfelder erklärt sich aus den Dimensionsbezeichnungen Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Institutionen. Die wirtschaftlichen Themenfelder werden daher mit W1 bis W6 bezeichnet, die ökologischen Themenfelder mit U1 bis U6, die sozialen Themenfelder mit S1 bis S6 und die institutionellen Themenfelder mit I1 bis I6.

**Tabelle 16: Dimensionen und Themenfelder internationaler Nachhaltigkeit**

Ökonomische Dimension	Ökologische Dimension	Soziale Dimension	Institutionelle Dimension
W1 Außenhandel	U1 Globaler Klimawandel	S1 Menschliche Entwicklung	I1 Multilaterale Zusammenarbeit
W2 Preisentwicklung	U2 Bodennutzung	S2 Einkommensverteilung	I2 Bilaterale politische Zusammenarbeit
W3 Finanztransfer	U3 Ressourcennutzung	S3 Migration	I3 Kooperation auf lokaler Ebene
W4 Externe Verschuldung	U4 Betrieblicher Umweltschutz	S4 Kultur und Bildung	I4 Engagement der politischen Stiftungen
W5 Fairer Handel	U5 Artenvielfalt und maritime Ökosysteme	S5 Wissenschaftlicher Austausch	I5 Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit
W6 Tourismus	U6 Transportwesen und Verkehr	S6 Berichterstattung in den Medien	I6 Wissenschaftskooperationen

Welche Themen im Einzelnen aus dem CSD-Ansatz und der Agenda 21 übernommen und welche Aspekte ergänzt wurden, ist Tabelle 17 zu entnehmen. Für diejenigen Themenfelder zur internationalen Nachhaltigkeit, die als (Sub-)Thema im CSD-Framework enthalten sind oder von einem der Agenda-21-Kapitel behandelt werden, wird auf eine detaillierte Begründung und zusätzliche Quellennachweise verzichtet. Hier ist zum einen auf die Behandlung des Nachhaltigkeitskonzepts und insbesondere der Agenda 21 einschließlich des Rio-Folgeprozesses in Kapitel 2 und zum anderen auf die Betrachtung zum CSD-Ansatz in Kapitel 3.3.2 zu verweisen. Entsprechend enthält die fünfte Spalte der Tabelle 17 daher – mit wenigen Ausnahmen – nur dann Angaben, wenn das Themenfeld nicht auf eine der beiden Hauptquel-

len zurückgeführt werden kann. Eine vollständige Rückbindung der ausgewählten Themen an internationale Übereinkommen und Diskussionen wird dabei nicht angestrebt; die Verweise beschränken sich auf einige für die Ableitung von Indikatoren relevante Quellen.

In der ökonomischen Dimension wurden die Themen „Außenhandel“, „Finanztransfer“ und „externe Verschuldung“ (W1, W3 und W4) aus dem CSD-Ansatz übernommen; die Differenzierung des CSD-Subthemas *Financial Status* in die Aspekte Bereitstellung finanzieller Ressourcen und externe Verschuldung trägt der Tatsache Rechnung, dass hier zwei unterschiedliche Problemfelder zu betrachten sind; bei den Indikatoren wird diese Unterscheidung von der CSD ebenfalls vorgenommen. Mit dem Thema „Preisentwicklung“ (W2) wird ein Aspekt angesprochen, der für ökonomische Austauschprozesse von zentraler Bedeutung ist – und der im Zusammenhang mit den Kontroversen über die Entwicklung der *terms of trade* zwischen Industrie- und Entwicklungsländern die entwicklungstheoretischen und -politischen Diskussionen stark beeinflusst hat. Da der Aspekt der Preisentwicklung von keinem CSD-Indikator erfasst wird, wurde bei der Adaption des Systems durch Eurostat der Indikator „Inflationsrate“ ergänzt. Der Indikator bezieht sich dort also auf die Entwicklung innerhalb eines Landes und nicht wie hier auf den Außenhandel.<sup>550</sup>

Mit „Tourismus“ wird ein Themenfeld aufgegriffen, das für die Wirtschaft beider Länder von hoher Bedeutung ist und das in der Variante des „Öko-Tourismus“ wesentlichen Einfluss auf die Nachhaltigkeits-Diskussion in Costa Rica gehabt hat. Der „faire Handel“ als Ansatz, soziale sowie zunehmend auch ökologische Aspekte in den Warenaustausch zu integrieren, soll – trotz der Probleme bei der praktischen Umsetzung und bei der Bestimmung von gerechten Preisen – als weiteres Themenfeld berücksichtigt werden, da insgesamt von positiven Impulsen für die nachhaltige Entwicklung auszugehen ist.<sup>551</sup> Die Förderung des fairen Handels wird in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie als Handlungsfeld bezeichnet und von der Bundesregierung als ein Teil des „Aktionsprogramms 2015“ zur Reduzierung der Armut gesehen.<sup>552</sup>

---

<sup>550</sup> Vgl. Eurostat/European Commission (2001), 7 und 108-109; Indikator ECON 4: *Inflation rate*.

<sup>551</sup> Zu den möglichen negativen Wirkungen zählen die Überforderung der Produzenten durch soziale Standards, der inhärente Anreiz zur Förderung von Monokulturen und die Vernachlässigung des Gender-Aspekts in der Praxis. Vgl. dazu Misereor, Brot für die Welt, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2000): *Entwicklungspolitische Wirkungen des Fairen Handels, Beiträge zur Diskussion*. Aachen: Misereor Medien. Darin insbesondere die von Alberto Rodriguez verfasste „Regionalstudie Zentralamerika“ (249-269) mit Beispielen aus Costa Rica und Mexiko.

<sup>552</sup> Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2004), 122; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2001): *Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe, Aktionsprogramm 2015 – Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut*. Bonn: BMZ, 22 und 42; zur von der Bundesregierung geförderten Informationskampagne vgl. Verbraucher Initiative

Die Themen „U3 – Ressourcennutzung“ und „U6 – Transport und Verkehr“ werden der ökologischen Dimension zugeordnet, während sie von der CSD der ökonomischen Dimension zugerechnet werden. Sie korrespondieren mit den ökonomischen Themen „W1 – Außenhandel“ und „W6 – Tourismus“. Im Sinne der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen soll durch diese Zuordnung deutlich werden, dass neben der monetär zu fassenden Seite von Handel und Tourismus auch die stofflichen und damit in hohem Maße umweltrelevanten Aspekte der wirtschaftlichen Beziehungen wie Ressourcenverbrauch, Abfallaufkommen und Flugverkehr berücksichtigt werden müssen. Ähnlich verhält es sich mit den Themen „U3 – Bodennutzung“ und „U5 – Artenvielfalt und maritime Ökosysteme“, die unmittelbar durch den Warenaustausch beeinflusst werden. Bezüglich der Bodennutzung stellt sich vor allem die Frage, wie viel Land durch *cash crops* belegt ist, also für den Anbau von Exportprodukten genutzt wird.<sup>553</sup> Dass die CSD-Subthemen Artenvielfalt und maritime Ökosysteme in U5 zusammengefasst werden, liegt darin begründet, dass in Costa Rica die Bedrohung der Artenvielfalt durch Überfischung zu einem wachsenden Problem wird und auch Eurostat bei der Anpassung der CSD-Indikatoren den Fokus von den gesamten Fangmengen auf die Überfischung einzelner Fischarten gelegt hat.<sup>554</sup> Gleichzeitig hält auch in Costa Rica der Druck auf terrestrische Arten durch Abholzung, Intensivierung der Bodennutzung und Zersiedlung an.<sup>555</sup>

Das Thema „U4 – Betrieblicher Umweltschutz“ wird in Kapitel 30 der Agenda 21, das die Rolle von Unternehmen im Nachhaltigkeitsprozess hervorhebt, als eine zentrale unternehmerische Aufgabe beschrieben. Explizit wird dabei auf den freiwilligen Beitrag von Unternehmen in Form von so genannten Öko-Audits hingewiesen. In Deutschland stehen Unternehmen und Organisationen die weltweite Norm ISO 14.001 der Internationalen Normungsorganisation und das vergleichbare europäische Öko-Audit nach dem *Environmental Management and Audit Scheme* (EMAS) zur Verfügung. In Costa Rica wird das Umweltmanagement nach ISO 14.001 angewendet und – sehr viel stärker als in Deutschland – für die betriebliche Imagewerbung eingesetzt.<sup>556</sup> Interessant ist vor diesem Hintergrund, ob sich Unternehmen auch im

---

e.V., Bundesverband (Hrsg.) (o. J.): *Fair feels good – Eine Informationskampagne zum fairen Handel*. (Onlinequelle), im Internet unter: <http://www.fair-feels-good.de/>; Stand: 20.3.2005.

<sup>553</sup> Vgl. Diefenbacher/Wilhelmy (2003), 12.

<sup>554</sup> Vgl. Proyecto Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible (2001), 195-196; Eurostat/European Commission (2001), 6 und 86-87; Indikator ENV 11.

<sup>555</sup> Vgl. Proyecto Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible (2001), 191-229.

<sup>556</sup> Der Verbreitungsgrad von ISO 14.001 wird beispielsweise für die Bananenproduzenten mit 70 Prozent angegeben, vgl.: Proyecto Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible (2001), 234. Dort findet sich für Costa Rica eine Zusammenstellung aller gängigen Zertifikate. Bezüglich der Imagewerbung ist exemplarisch auf eine Anzeigenserie mit zwölf zum Teil ganzseitigen Annoncen in *La Nación* vom 9.3.2003 hinzuweisen, in denen das Unternehmen Sur Química S.A. von anderen Chemieunternehmen zur Zertifizierung nach ISO 14.001 be-

Partnerland an diesen Standards orientieren. In der ökologischen Dimension ist der betriebliche Umweltschutz der einzige Bereich, der sich nicht auf den CSD-Ansatz zurückführen lässt. Demgegenüber wurde für die europäischen Länder von Eurostat der Umweltschutz als Subthema ergänzt.<sup>557</sup>

Das Themenfeld „U1 – Globaler Klimawandel“ bezieht sich im Unterschied zu den zuvor genannten ökologischen Themenfeldern nicht auf unmittelbare Wechselwirkungen zwischen zwei Ländern. Im Hinblick auf das Konzept der *Global Public Goods* ist bei dieser globalen Problematik stattdessen danach zu fragen, in welchem Umfang die Atmosphäre als globales öffentliches Gut von den beiden Ländern in Anspruch genommen wird und welche Beiträge jeweils für das Zustandekommen und die Einhaltung internationaler Regime zur Minderung des globalen Klimawandels erbracht werden.<sup>558</sup>

Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit thematisieren in der sozialen Dimension die Felder „S1 – Menschliche Entwicklung“ und „S2 – Einkommensverteilung“ im Hinblick auf die vom Leitbild der Nachhaltigkeit postulierte intergenerationale Chancengleichheit, worauf im Kapitel zum Nachhaltigkeitskonzept und in den Ausführungen zum *Human Development Index* bereits eingegangen worden ist.<sup>559</sup> Das dritte soziale Themenfeld „S3 – Migration“ ist zwar ein wesentlicher Faktor zu dem von der CSD benannten Subthema der Bevölkerungsveränderung, doch nehmen die CSD-Indikatoren hierauf keinen Bezug.

Eurostat hat auf dieses Defizit mit der Ergänzung des Indikators Nettomigrationsrate reagiert. In der entwicklungspolitischen Diskussion wird der sozialen, kulturellen und vor allem auch ökonomischen Bedeutung der Diaspora seit einiger Zeit vermehrt Beachtung zuteil. Neben der Frage des *Brain Drain* beziehungsweise *Brain Gain*, also der Zu- beziehungsweise Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte, werden dabei vor allem die Rücküberweisungen von Dias-

---

glückwünscht wird.

<sup>557</sup> Vgl. Eurostat/European Commission (2001), 7 und 142-143; Indikator ENV 21. Der Indikator *Environmental protection expenditures* wird für die Umweltschutzausgaben von Unternehmen gesondert ausgewiesen.

<sup>558</sup> Vgl. Kaul, Inge/Grunberg, Isabelle/Stern, Marc A. (Hrsg.) (2000): *Global Public Goods, International Cooperation in the 21st Century*. Oxford, New York: Oxford University Press; darin insbesondere den Beitrag der Herausgeber (diess.: „Defining Global Public Goods“, 2-19), in dem internationale Regime als *intermediate global public goods* von den *final global public goods* wie die Atmosphäre oder eine intakte Umwelt unterschieden werden.

<sup>559</sup> Zur Aktualität von John Rawls' „Theorie der Gerechtigkeit“ für die Entwicklungspolitik und zur Abgrenzung gegenüber der Position von Amartya Sen vgl.: Kesselring, Thomas (2003): *Ethik der Entwicklungspolitik – Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung*. München: Beck.

poragemeinschaften in den Blick genommen, die auf 90 bis 100 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt werden.<sup>560</sup>

Das Themenfeld „S4 – Kultur und Bildung“ schließt an das Thema Migration als einem Motor des kulturellen Austauschs an. Die gemeinsame Betrachtung von Kultur und Bildung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich bei wichtigen Akteuren wie den Auslandsschulen und den Goethe-Instituten der Bildungsauftrag und die Belange der auswärtigen Kulturpolitik überschneiden. Der dem deutschen Sprachraum eigene Bildungsbegriff weist weitgehende Überschneidungen zum CSD-Thema „Education“ auf; Kultur als eigene Kategorie kommt in dem CSD-Raster nicht vor. Der Wissenschaft wird in der Agenda 21 und von der CSD eine herausgehobene Funktion im Nachhaltigkeitsprozess zugesprochen. Kapitel 31 der Agenda 21 ist der Rolle von Wissenschaft und Technik gewidmet, Kapitel 34 beschäftigt sich mit Know-how-Transfer und Kooperation und Kapitel 35 mit der „Wissenschaft im Dienst einer nachhaltigen Entwicklung“. Dieser Bereich wird im vorliegenden Ansatz durch zwei Themenfelder abgedeckt: Während bei „S5 – Wissenschaftlicher Austausch“ der personelle Aspekt im Vordergrund steht, geht es bei „I6 – Wissenschaftskooperationen“ um die institutionalisierte Absicherung der Zusammenarbeit und deren inhaltliches Spektrum.

Das sechste Themenfeld der sozialen Dimension beinhaltet die „Berichterstattung in den Medien“. Dieses bezieht sich auf die in der Agenda 21 geforderte Stärkung des öffentlichen Bewusstseins – und zwar sowohl bezüglich des Nachhaltigkeitskonzepts als auch hinsichtlich der Gegebenheiten im Partnerland und der Beziehungen zu diesem. Mit der Orientierung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung sind auf nationaler und internationaler Ebene weitreichende politische Entscheidungen verbunden, die in Demokratien der Legitimation bedürfen. Zugleich ist Nachhaltigkeit an alltägliche Entscheidungen des Einzelnen gebunden, etwa in Bezug auf die Konsumgewohnheiten. Aus diesem Grund bildet die Einbindung gesellschaftlicher Gruppen in den Agenda-21-Prozess mit den Kapiteln 23 bis 32 einen Schwerpunkt des Aktionsprogramms. Für die Analyse internationaler Beziehungen ist die Berücksichtigung der

---

<sup>560</sup> Das Entwicklungspotenzial von Diasporagemeinschaften ist beispielsweise Gegenstand des GTZ-Forschungsprojektes „Migration und Entwicklung“ gewesen, über dessen Ergebnisse die GTZ auf Konferenzen im Oktober 2003 und Mai 2004 berichtete; vgl. hierzu: Klatt, Lars (2004): „GTZ-Konferenz zum Entwicklungspotenzial von Diasporas“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 12/2004, 20-21; Süßmuth, Rita (2004): „Das veränderte Migrantenbild wahrnehmen“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 16/2004, 21-24; Pearce, Douglas (2004): „Rücküberweisungen“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 16/2004, 26-28.

Medienberichterstattung interessant, da den Medien eine „konstitutive Rolle bei der Imagebildung in den internationalen Kommunikationsbeziehungen“<sup>561</sup> zugewiesen wird.

In der institutionellen Dimension werden mit Blick auf die in der Agenda 21 postulierte globale Partnerschaft drei politisch-administrative Ebenen einbezogen: „I1 – Multilaterale Zusammenarbeit“ und „I2 – Bilaterale politische Zusammenarbeit“ schließen an das CSD-Subthema „internationale Kooperation“ an. Unter I1 soll die Europäische Union als der für die deutschen Außenbeziehungen maßgebliche supranationale Akteur einbezogen werden. Die Fokussierung auf die politischen Beziehungen unter I2 ergibt sich daraus, dass das weitere Spektrum der bilateralen Beziehungen bereits durch andere Themenfelder behandelt wird. Auf die Bedeutung der „Kooperation auf lokaler Ebene“ unter I3 wurde in Kapitel 2.3.2 hingewiesen. Die Rolle der Kommunen als Akteur in den Nord-Süd-Beziehungen wurde in der Folge der Flutkatastrophe in Asien im Dezember 2004 in besonderer Weise deutlich, da ein wesentlicher Teil der von Deutschland angebotenen Hilfe über die von der Bundesregierung initiierte kommunale Partnerschaftsinitiative organisiert wird.

Neben dem bereits genannten Feld I6 sollen mit den Themenfeldern I4 und I5 das „Engagement der politischen Stiftungen“ und die „Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit“ einbezogen werden, da die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Gruppen in der internationalen Politik seit der UNCED-Konferenz 1992 zugenommen hat und ihnen im Nachhaltigkeitsprozess eine tragende Rolle zugerechnet wird. Formal sind auch die deutschen politischen Stiftungen als international tätige Nichtregierungsorganisationen anzusehen. Auf Grund ihrer Nähe zu den politischen Parteien und der Art der Finanzierung ihrer Auslandsarbeit, die fast ausschließlich auf staatlichen Zuwendungen basiert, erfordern sie jedoch eine gesonderte Betrachtung.<sup>562</sup>

---

<sup>561</sup> Wilke, Jürgen (1996): „Lateinamerika in den Medien: Zeitungen und Zeitschriften“, in: Kohut/Briesemeister/Siebenmann (Hrsg.) (1996), 255-268, hier: 265.

<sup>562</sup> Zur Sonderrolle der Stiftungen vgl. Wagner, Christoph (1994): „Die offiziöse Außen- und Entwicklungspolitik der deutschen politischen Stiftungen in Lateinamerika“, in: Mols/Wagner (Hrsg.), 167-228.



**Tabelle 17: Vergleich der ausgewählten internationalen Themenfelder mit dem CSD-Ansatz und der Agenda 21**

<b>Ausgewähltes Themenfeld</b>	<b>CSD-Thema</b>	<b>CSD-Subthema</b>	<b>Agenda-21-Kapitel</b>	<b>Sonstiger Bezug</b>
W1 Außenhandel	Economic Structure	Trade	-/-	-/-
W2 Preisentwicklung	Economic Structure	Economic Performance	-/-	CSD-Adaption von Eurostat (2001); Diskussion zu den Terms of Trade
W3 Finanztransfer	Economic Structure	Financial Status	33: Finanzielle Ressourcen	-/-
W4 Externe Verschuldung	Economic Structure	Financial Status	33: Finanzielle Ressourcen	-/-
W5 Fairer Handel	-/-	-/-	-/-	In der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung als Handlungsfeld, nicht als Indikator; Ansatz von Fues
W6 Tourismus	-/-	-/-	-/-	Ansatz von Fues; CSD-Arbeitsprogramm 1999; UN-Jahr des Öko-Tourismus 2002
U1 Globaler Klimawandel	Atmosphere	Climate Change	9: Schutz der Erdatmosphäre	-/-
U2 Bodennutzung	Land	Agriculture	10: Bodenressourcen 14: Landwirtschaft	-/-
U3 Ressourcennutzung	Consumption and Production Patterns	Material Use	4: Konsumgewohnheiten	-/-
U4 Betrieblicher Umweltschutz	-/-	-/-	30: Rolle der Privatwirtschaft	CSD-Adaption von Eurostat (2001)
U5 Artenvielfalt und maritime Ökosysteme	Biodiversity Oceans, Seas and Coasts	Ecosystem / Species Fisheries	15: Biologische Vielfalt 17: Meeresschutz	-/-
U6 Transportwesen und Verkehr	Consumption and Production Patterns	Transportation	-/-	-/-
S1 Menschliche Entwicklung	-/-	-/-	-/-	UNDP: Human Development Report
S2 Einkommensverteilung	Equity	Poverty	3: Armutsbekämpfung	-/-

*(Fortsetzung nächste Seite)*

(Fortsetzung Tabelle 17)

Ausgewähltes Themenfeld	CSD-Thema	CSD-Subthema	Agenda-21-Kapitel	Sonstiger Bezug
S3 Migration	Population	Population Change	-/-	CSD-Adaption von Eurostat (2001); Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung
S4 Kultur und Bildung	Education	Education Level	25: Kinder, Jugend 36: Schulbildung, öffentliches Bewusstsein, Aus- und Fortbildung	-/-
S5 Wissenschaftlicher Austausch	Institutional Capacity	Science and Technology	31: Wissenschaft und Technik 35: Wissenschaft und Nachhaltigkeit	-/-
S6 Berichterstattung in den Medien	-/-	-/-	36: Öffentliches Bewusstsein	-/-
I1 Multilaterale Zusammenarbeit	Institutional Framework	International Cooperation	2, 37, 38, 39: Internationale Zusammenarbeit, institutioneller Rahmen	-/-
I2 Bilaterale politische Zusammenarbeit	Institutional Framework	International Cooperation	2, 37: Internationale Zusammenarbeit	-/-
I3 Kooperation auf lokaler Ebene	-/-	-/-	28: Kommunen und lokale Agenda 21	-/-
I4 Engagement der politischen Stiftungen	-/-	-/-	-/-	Traditioneller Akteur der deutschen Entwicklungszusammenarbeit
I5 Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit	-/-	-/-	27: Nichtstaatliche Organisationen	-/-
I6 Wissenschaftskooperationen	Institutional Capacity	Science and Technology	31, 35: Wissenschaft und Technik	-/-

Insgesamt werden 16 der 24 Themenfelder auch von der CSD bei der Operationalisierung des Nachhaltigkeitskonzepts berücksichtigt, wobei zu vier CSD-Subthemen im vorliegenden Ansatz jeweils zwei Themenfelder vorgeschlagen werden, während das Themenfeld U5 zwei CSD-Subthemen zusammenfasst. Vier weitere Themenfelder beziehen sich auf entsprechende Kapitel der Agenda 21, davon eines zugleich auf eine Ergänzung von Eurostat. Die vier Themenfelder fairer Handel, Tourismus, menschliche Entwicklung und Engagement der politischen Stiftungen finden im CSD-Framework und in der Agenda 21 keine Entsprechung.

Betrachtet man umgekehrt die Übertragbarkeit des CSD-Ansatzes auf internationale Beziehungen, zeigt sich, dass elf der 15 CSD-Themen und 14 der 38 CSD-Subthemen übernommen werden konnten. Zumindest für das zu untersuchende Fallbeispiel eröffnen die weitgehenden Übereinstimmungen bei den Themen konzeptionell die Möglichkeit, die vom OdD mit Hilfe der CSD-Indikatoren vorgenommene Betrachtung der nationalen Entwicklung in Costa Rica mit der Entwicklung der Außenbeziehungen zu verknüpfen.

#### **4.2.2 Vorschlag eines Indikatorensystems zur Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen**

Ausgehend von den 24 Themenfeldern wird nachfolgend ein System von Indikatoren vorgestellt, das dazu dienen soll, die Entwicklung zwischen nationalen Nachhaltigkeitsräumen messen zu können. Als Größenordnung wurde ein Indikator je Themenfeld angestrebt. Wie in Tabelle 18 dargestellt, wurde dieses Ziel bei 21 Themenfeldern eingehalten. Drei Themenfeldern werden jeweils zwei Indikatoren zugeordnet: Zum „Außenhandel“ werden das Handelsvolumen (W1a) und die Zusammensetzung der Handelsströme (W1b), beim „Finanztransfer“ Entwicklungshilfegelder (W3a) und Direktinvestitionen (W3b) gesondert betrachtet; im Themenfeld „Kultur und Bildung“ werden mit der deutschen Auslandsschule (S4a) und dem Goethe-Institut (S4b) zwei verschiedenartige Institutionen einbezogen, die eine getrennte Erfassung erfordern.

Ingesamt wird der Begriff „Indikator“ nachfolgend – wie auch bei der CSD und bei anderen Indikatorensystemen zur Nachhaltigkeit – in einem weitgefassten Sinn gebraucht. Zum Teil bezieht sich ein Indikator hier also nicht nur auf genau einen Parameter, sondern umfasst mehr als nur eine Messgröße. Dafür sind vor allem drei Gründe zu nennen, die an einigen Beispielen verdeutlicht werden sollen. Da das Ziel der Untersuchung darin besteht, die Wechselwirkungen zwischen Costa Rica und Deutschland abzubilden, werden – soweit möglich – die Einwirkungen in beide Richtungen erfasst und dargestellt. Die für den Außenhandel übliche Betrachtungsweise von Im- und Exporten wird auf andere Themenfelder übertragen. Beispielsweise weist der Indikator zu „W6 – Tourismus“ die deutschen Touristen in Costa Rica ebenso aus wie die costaricanischen Touristen in Deutschland. Bei etwa der Hälfte der Indikatoren führt dieser Ansatz dazu, dass mehr als ein statistisches Merkmal ausgewiesen wird.

Bei einer zweiten Gruppe werden zwei oder mehr Aspekte in einem Indikator betrachtet, wenn dies für die Betrachtung eines Themenfeldes ergänzende Informationen liefert, die für die Einordnung und die Analyse der Entwicklung erforderlich sind: Die Umweltrelevanz der Ressourcennutzung im Themenfeld U3 erschließt sich erst, wenn man neben der Materialintensität den stofflichen Gesamtumfang des Warenhandels berücksichtigt. Ähnlich ist der Importanteil des fair gehandelten Kaffees für sich zwar bereits ein Indikator für die Bedeutung des fairen Handels. Die Relevanz des Indikatorwertes erschließt sich aber nur, wenn man entweder den wertmäßigen Gesamtumfang der Kaffeeimporte aus Costa Rica kennt oder – wie im vorliegenden Fall – Informationen zu den mit dem fairen Handel verbundenen Einnahmen der Kaffeeproduzenten bereitgestellt werden.

Bei einer dritten Gruppe von Indikatoren schließlich ist die mehrfache Merkmalsausprägung darauf zurückzuführen, dass einerseits ein einzelner Aspekt als nicht hinreichend repräsentativ für das gesamte Themenfeld anzusehen ist, andererseits aber aus methodischen Erwägungen eine Aggregation der Teilaspekte nicht sinnvoll erscheint. Beispiele hierfür sind die Indikatoren zur Preisentwicklung und zur Berichterstattung in den Medien: Der umfassendste Ansatz zur Erfassung der Preisentwicklung bestünde in der Berechnung der *terms of trade*, die die Gesamtheit der zwischen Deutschland und Costa Rica gehandelten Produkte berücksichtigen würden. Auf Grund mangelnder Informationen konnte dieser Ansatz nicht verfolgt werden. Die Preisentwicklung nur eines der für den Handel zwischen beiden Ländern typischen Produktes wie etwa Kaffee oder Bananen ist dagegen nicht repräsentativ, denn wie der Indikator W2 zeigt, ist die Preisentwicklung bei diesen beiden Produkten höchst unterschiedlich. Vor diesem Hintergrund wurde als Indikator W2 die „Preisentwicklung der drei Hauptexportprodukte“ gewählt – im Falle Costa Ricas sind dies Bananen, Ananas und Kaffee, die wertmäßig etwa zwei Drittel aller Exporte nach Deutschland ausmachen. Die Teilwerte werden nicht zu einem Index aggregiert, da dadurch erstens die Detailinformationen zu den sehr unterschiedlichen Produkten verloren gehen würden und zweitens der Eindruck entstehen könnte, es handle sich um einen Exportpreisindex, der jedoch wesentlich komplexer aufgebaut sein müsste.

Auf die Betrachtung der Preise für deutsche Exporte wurde aus mehreren Gründen verzichtet. Es handelt sich dabei um nichthomogene Produkte wie etwa Autos oder Maschinen, was die Vergleichbarkeit der Preise im Zeitverlauf auf Grund der sich rasch veränderten Funktionalitäten erheblich erschwert. Außerdem ist Costa Rica ein sehr kleiner Markt für deutsche Exportprodukte; bei nichthomogenen Produkten können daher die Konditionen für einzelne Aufträge

bereits zu erheblichen Veränderungen führen.<sup>563</sup> Und schließlich ist die Bedeutung der Preisentwicklung der drei wichtigsten Handelsprodukte für Costa Rica ungleich größer als für Deutschland, da sich die Preise für Kaffee, Bananen und Ananas an den Weltmarktpreisen orientieren und die Gesamtexporte Costa Ricas hiervon wesentlich geprägt werden, während die Importpreise in Costa Rica einen zu vernachlässigenden Einfluss auf den deutschen Außenhandel haben.

Bei dem bereits genannten Beispiel „S6 Berichterstattung in den Medien“ treffen zwei Faktoren zusammen, die hier zur Verwendung eines weitgefassten Indikatorbegriffs geführt haben. Zum einen wurde für diesen Indikator die Berichterstattung in drei Tageszeitungen und zwei wöchentlich erscheinenden deutschen Publikationen untersucht. Auch in diesem Fall wurden die Teilergebnisse aus den zuvor genannten Gründen nicht aggregiert. Zum zweiten ist als Ziel eine möglichst wechselseitige Darstellung zu nennen. Aus diesem Grund wurde zusätzlich die Berichterstattung über Deutschland in costaricanischen Printmedien analysiert; als Zeitreihe waren entsprechende Informationen in diesem Fall allerdings nur für eine Tageszeitung zu erhalten.<sup>564</sup> Wenn wie bei diesem Beispiel die Indikatorwerte für Deutschland und Costa Rica in der Größenordnung stark voneinander abweichen oder sich – wie im Fall der Touristenzahlen – auf eine stark abweichende Grundgesamtheit beziehen, werden die Werte bei der Ausarbeitung des Indikators in zwei getrennten Diagrammen dargestellt. Die insgesamt 27 Indikatoren werden in Tabelle 18 dargestellt. Im Unterschied zur Bestimmung der Themenfelder ist bei den Indikatoren die Überschneidung zu Referenzsystemen, die sich auf die räumliche Entwicklung beziehen, wesentlich geringer. Die Plausibilität der Indikatorenauswahl muss sich daher vor allem aus der Darstellung der einzelnen Indikatoren und den Erhebungsergebnissen in den nachfolgenden Kapiteln ergeben.

---

<sup>563</sup> Beispielsweise hatte der Gesamtbereich „Maschinen“ 2003 ein Volumen von 22 Mio. Euro.

<sup>564</sup> Aus diesen Gründen umfasst die Darstellung zu Indikator S6 drei Seiten, während alle anderen Indikatoren auf jeweils einer Doppelseite beschrieben werden.

**Tabelle 18: Themenfelder und Indikatoren zu den vier Dimensionen der Nachhaltigkeit**

<b>Ökonomische Dimension</b>			
<b>Nr.</b>	<b>Themenfeld</b>	<b>Nr.</b>	<b>Indikator</b>
<b>W1</b>	<b>Außenhandel</b>	W1a	Deutsche Im- und Exporte und Handelsbilanzsaldo in Mio. Euro
		W1b	Anteile der wertmäßig wichtigsten Produktgruppen des Warenhandels nach Güterabteilungen in Prozent
<b>W2</b>	<b>Preisentwicklung</b>	W2	Preisentwicklung der drei Hauptexportprodukte Costa Ricas
<b>W3</b>	<b>Finanztransfer</b>	W3a	Deutsche Nettozahlungen im Rahmen der bilateralen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit im Vergleich – ODA in Mio. US-Dollar pro Jahr
		W3b	Bestand und Anteil der deutschen Direktinvestitionen in Costa Rica sowie Nettotransfer costaricanischer Direktinvestitionen in Deutschland in Mio. Euro beziehungsweise Prozent
<b>W4</b>	<b>Externe Verschuldung</b>	W4	Kreditvergabe an Costa Rica, differenziert nach Gläubigern
<b>W5</b>	<b>Fairer Handel</b>	W5	Importanteile sowie Direkteinnahmen und Mehrerlöse bei Produkten des fairen Handels am Beispiel Kaffee
<b>W6</b>	<b>Tourismus</b>	W6	Anzahl und Anteil der deutschen Touristen in Costa Rica und der costaricanischen Touristen in Deutschland
<b>Ökologische Dimension</b>			
<b>Nr.</b>	<b>Themenfeld</b>	<b>Nr.</b>	<b>Indikator</b>
<b>U1</b>	<b>Globaler Klimawandel</b>	U1	CO <sub>2</sub> -Emissionen pro Kopf in Bezug zur globalen Aufnahmekapazität und zueinander
<b>U2</b>	<b>Bodennutzung</b>	U2	Ökologischer Fußabdruck der Bananimporte aus Costa Rica in qm je Einwohner, bezogen auf die deutsche Bevölkerung
<b>U3</b>	<b>Ressourcennutzung</b>	U3	Materialintensität und quantitativer Umfang des Warenhandels zwischen Deutschland und Costa Rica
<b>U4</b>	<b>Betrieblicher Umweltschutz</b>	U4	Anteil der deutschen Unternehmen in Costa Rica, die in ihren Betriebsstätten ein Umweltmanagementsystem nach ISO 14.001 oder EMAS eingeführt haben
<b>U5</b>	<b>Artenvielfalt und maritime Ökosysteme</b>	U5	Costaricanische Exporte von Fisch und Garnelen nach Deutschland in kg
<b>U6</b>	<b>Transportwesen und Verkehr</b>	U6	Anzahl der Flugreisen zwischen Deutschland und Costa Rica

*(Fortsetzung nächste Seite)*

<b>Soziale Dimension</b>			
<b>Nr.</b>	<b>Themenfeld</b>	<b>Nr.</b>	<b>Indikator</b>
<b>S1</b>	<b>Menschliche Entwicklung</b>	S1	Relation des HDI-Wertes für Costa Rica zum HDI-Wert für Deutschland in Prozent sowie HDI-Werte für beide Länder
<b>S2</b>	<b>Einkommensverteilung</b>	S2	Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland im Verhältnis zum Pro-Kopf-Einkommen in Costa Rica, jeweils in Kaufkraftparitäten
<b>S3</b>	<b>Migration</b>	S3	Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und Costa Rica sowie jeweiliger Bestand im Einwanderungsland
<b>S4</b>	<b>Kultur und Bildung</b>	S4a	Anzahl der Schülerinnen und Schüler der deutschen Schule <i>Colegio Humboldt</i>
		S4b	Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Deutsch-Sprachkursen des Goethe-Instituts beziehungsweise Goethe-Centers
<b>S5</b>	<b>Wissenschaftlicher Austausch</b>	S5	Anzahl der im Partnerland Studierenden und Anzahl der Wissenschaftler, die im Rahmen des geförderten Wissenschaftsaustauschs im Partnerland arbeiten
<b>S6</b>	<b>Berichterstattung in den Medien</b>	S6	Anzahl der Artikel über das Partnerland in ausgewählten Printmedien nach Themen
<b>Institutionelle Dimension</b>			
<b>Nr.</b>	<b>Themenfeld</b>	<b>Nr.</b>	<b>Indikator</b>
<b>I1</b>	<b>Multilaterale Zusammenarbeit</b>	I1	EU-finanzierte Projekte nach Nachhaltigkeitsdimensionen und Themen in Mio. €
<b>I2</b>	<b>Bilaterale politische Zusammenarbeit</b>	I2	Anzahl der gegenseitigen Besuche auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie der Ministeriumsebene
<b>I3</b>	<b>Kooperation auf lokaler Ebene</b>	I3	Anzahl der Partnerschaften zwischen deutschen und costaricanischen Kommunen
<b>I4</b>	<b>Engagement der politischen Stiftungen</b>	I4	Finanzmittel der deutschen politischen Stiftungen in Costa Rica am Beispiel der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung
<b>I5</b>	<b>Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit</b>	I5	Bewilligung von Projektmitteln und Anzahl der Projekte der kirchlichen Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und Misereor
<b>I6</b>	<b>Wissenschaftskooperationen</b>	I6	Anzahl institutionalisierter Kooperationen zwischen Hochschulen beider Länder

Einige Indikatoren konnten aus der Übertragung von CSD-Indikatoren auf das Fallbeispiel internationaler Beziehungen abgeleitet werden: Während zum Beispiel der CSD-Indikator zum Subthema Handel sich auf den gesamten Außenhandel eines Landes bezieht, wird nachfolgend unter W1 nur der Handel zwischen Deutschland und Costa Rica betrachtet. Solche Übereinstimmungen sind bei den Indikatoren jedoch seltener als bei den Themen. Festzustellen ist daher, dass bei der Operationalisierung des Nachhaltigkeits-Leitbildes mit der zuneh-

menden Spezifizierung von den Dimensionen über die Themen und Subthemen zu den Indikatoren die Differenz zwischen unterschiedlich ausgerichteten Indikatorensystemen zunimmt.



### **4.3 Die Indikatoren im Einzelnen**

Jeder Indikator wird im Folgenden auf jeweils einer Doppelseite nach einem einheitlichen Schema behandelt. Nach der Nennung von „Themenfeld“ und „Indikator“ wird in der „Definition“ dargelegt, was genau mit dem Indikator gemessen wird. Daran schließt sich die Darstellung des Indikators in einem Diagramm an. Die Diagramme sind grundsätzlich so aufgebaut, dass an der x-Achse die Jahre aufgetragen werden – einzige Ausnahme ist Indikator I2. Wenn zwei unterschiedliche Kategorien oder Skalen und damit zwei Y-Achsen wiedergegeben werden, wird durchgängig die linke Achse mit Y1, die rechte Achse folglich mit Y2 bezeichnet.

Die „Beschreibung“ bezieht sich auf die dargestellte Entwicklung des Indikators, während es bei der „Einordnung“ darum geht, die bilaterale Entwicklung in einem umfassenderen Kontext zu betrachten. Die Kategorie „Datenbasis“ enthält Angaben zur Erhebungsgrundlage und Belastbarkeit der verwendeten Daten sowie zu Besonderheiten, die bei der Datenrecherche aufgetreten sind und die im Hinblick auf die mögliche Übertragbarkeit auf andere Länder oder hinsichtlich einer Fortführung des Indikatorenansatzes zu beachten sind. Abschließend werden unter „Quelle“ die Veröffentlichungen und Mitteilungen aufgeführt, aus denen die Daten zur Berechnung des Indikators entnommen wurden. Ergänzend werden hierunter auch die Quellen genannt, aus denen Informationen zur Einordnung der Indikatorenentwicklung übernommen wurden. An die Darstellung der einzelnen Indikatoren schließt in Kapitel 4.4 eine Gesamtbeurteilung an.

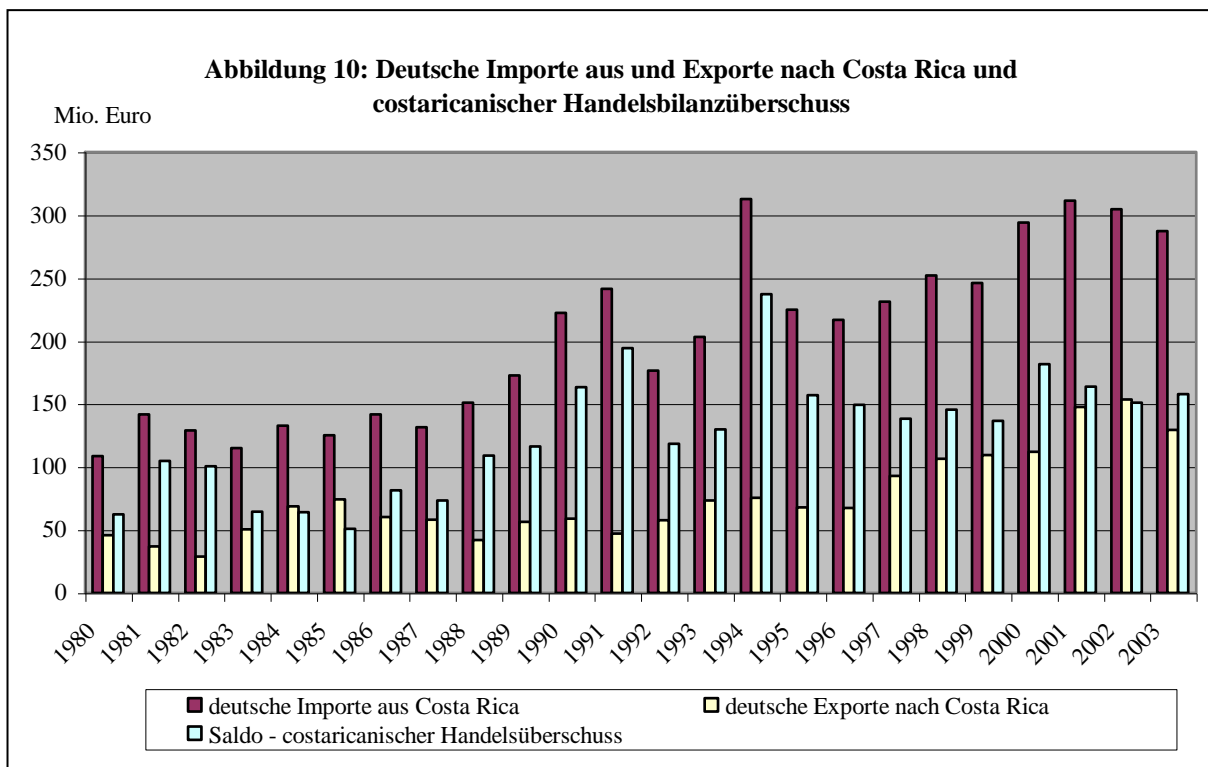
#### **4.3.1 Indikatoren zur ökonomischen Dimension**

Die Indikatoren zur ökonomischen Dimension werden auf den nächsten Doppelseiten dargestellt.

## Themenfeld W1: Außenhandel

### Indikator W1a: Deutsche Im- und Exporte und Handelsbilanzsaldo in Mio. Euro

**Definition:** Ausgewiesen werden die deutschen Exporte nach Costa Rica sowie die deutschen Importe aus Costa Rica jeweils in Mio. Euro. Die Differenz ergibt den Handelsbilanzsaldo, der hier aus costaricanischer Perspektive dargestellt wird.



**Beschreibung:** Das Handelsvolumen der beiden Länder, also die Summe der Ein- und Ausfuhren, hat sich von 1980 bis 1991 fast verdoppelt und bis 2002 auf 458 Mio. Euro verdreifacht. In dem gesamten Zeitraum lagen die Importe Deutschlands über den Exporten. Besonders unausgeglichen war die Handelsbilanz in den Jahren 1982, 1991 und 1994; der Wert der Einfuhren war beispielsweise 1991 fünfmal höher als der Wert der Ausfuhren. Da von 1990 bis 2003 die deutschen Ausfuhren stärker gewachsen sind als die Einfuhren aus Costa Rica, war das Verhältnis in den Jahren 2001 bis 2003 ausgeglichener als zu Beginn der 1990er Jahre. Die deutschen Ausfuhren stiegen von 1990 bis 2002 kontinuierlich von 59,1 Mio. Euro auf 153,6 Mio. Euro und gingen 2003 erstmals wieder zurück auf 129 Mio. Euro. Die Einfuhren aus Costa Rica sind dagegen seit 1990 sehr viel stärkeren Schwankungen ausgesetzt gewesen. Nachdem die Importe bis 1991 auf 241,1 Mio. Euro gestiegen waren, sanken sie 1992 auf 176,3 Mio. Euro, um dann bis 1994 auf den bisherigen Höchstwert von 312,8 Mio. Euro anzusteigen; bis 1996 folgte wiederum ein Rückgang auf 217 Mio. Euro. 2001 wurden mit 311,3

Mio. Euro ähnlich viele Waren eingeführt wie 1994, bis 2003 gingen die Einfuhren auf 287,1 Mio. Euro zurück.

**Einordnung:** Deutschland hat als einer der größten Exportländer der Welt in den 1990er Jahren im Gesamthandel durchgängig einen Exportüberschuss erwirtschaftet, der bis 2002 auf 126 Mrd. Euro angewachsen ist. Demgegenüber wird im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ von 1967 eine ausgeglichene Außenbilanz gefordert. Im Jahr 2003 exportierte Deutschland insgesamt Waren für 661,6 Mrd. Euro; der auf Costa Rica entfallende Anteil lag damit unter 0,02 Prozent. Zu den Einfuhren von 532 Mrd. Euro steuerte Costa Rica 0,05 Prozent bei; alle Entwicklungsländer zusammen kamen auf rund elf Prozent. In der Rangliste der wichtigsten Handelspartner Deutschlands lag Costa Rica 2003 bei den Einfuhren auf Platz 74, bei den Ausfuhren auf 97 und beim Umsatz auf Rang 84. Für Costa Rica ist Deutschland dagegen als Absatzmarkt ungleich bedeutender. Mit einem Anteil von 2,4 Prozent lag Deutschland 2003 nach Angaben der BCCR an vierter Position.

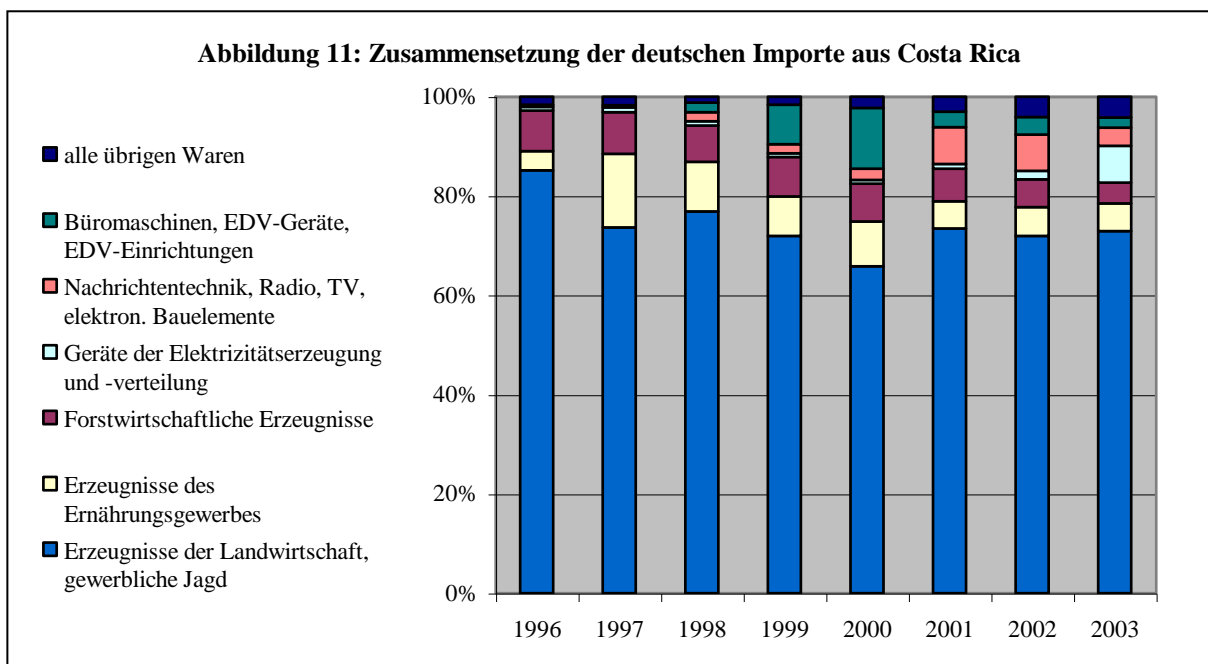
**Datenbasis:** Die Berechnungen basieren auf Angaben der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes zum Spezialhandel, einschließlich des nicht aufgliederbaren Intrahandlungsergebnisses und einschließlich Zuschätzungen für Befreiungen. Diese weichen zum Teil erheblich von den Angaben der costaricanischen Außenhandelsstatistik und der Zahlungsbilanz der BCCR ab; insbesondere die costaricanischen Exporte werden darin tendenziell niedriger ausgewiesen, was einen weniger ausgeprägten, für 2001 bis 2003 sogar negativen Saldo zur Folge hat. Der Grund dafür sind unterschiedliche Erfassungskonzepte. Während in der deutschen Statistik Importe nach dem Ursprungsland erfasst werden, ist für die costaricanischen Exporte der Zielhafen maßgebend, weshalb Anlieferungen über Drittländer diesen zugerechnet werden.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (fortlaufend): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Metzler Poeschel; Tabelle 12.11; schriftliche Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16.8.2004; eigene Berechnungen. Costaricanische Vergleichswerte: Banco Central de Costa Rica, unter <http://websi.ec.bccr.fi.cr/indicadores/>; Stand: 25.3.2004; Promotora del Comercio Exterior de Costa Rica (Procomer), Datenbank unter: <http://www.procomer.com/est/mercados>, Stand: 28.10.2004; eigene Berechnungen.

## Themenfeld W1: Außenhandel

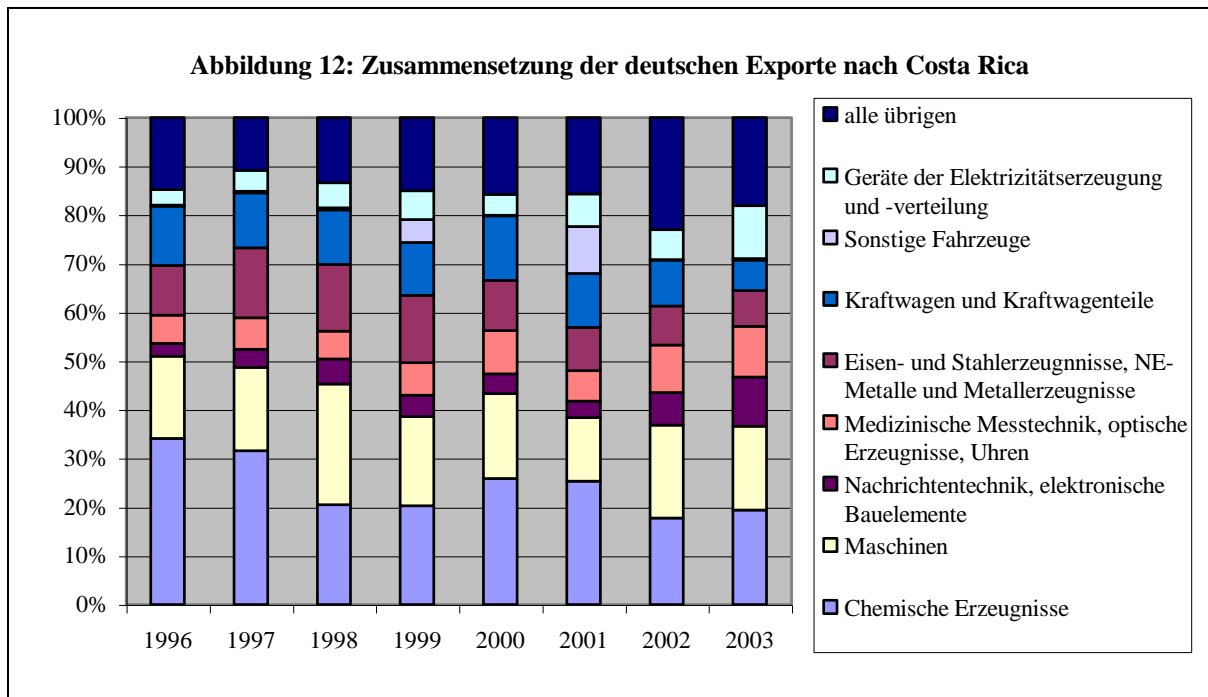
### *Indikator W1b: Anteile der wertmäßig wichtigsten Produktgruppen des Warenhandels nach Güterabteilungen in Prozent*

**Definition:** Die Anteile der wichtigsten Produktgruppen des deutschen Außenhandels mit Costa Rica werden jeweils für die Im- und Exporte gesondert ausgewiesen. Grundlage der Berechnung bilden die Güterabteilungen des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken über die Ein- und Ausfuhr (Spezialhandel) Deutschlands. Dabei werden hier jene Güterabteilungen getrennt ausgewiesen, deren Wert in der Außenhandelsstatistik in mindestens einem Jahr des Beobachtungszeitraums mit 10 Mio. Euro oder mehr angegeben wird.



**Beschreibung:** Bei den Importen aus Costa Rica hat ab 1998 eine Diversifizierung eingesetzt. Werden für 1997 von Procomer für den Handel mit Deutschland etwa 160 verschiedene Exportprodukte Costa Ricass aufgelistet, so sind es für die Jahre 2002 und 2003 im Durchschnitt 230. Dabei haben Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte, elektronische Bauelemente und -geräte sowie Teile zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung an Bedeutung gewonnen. Das Handelsvolumen schwankte in diesen drei Bereichen von 2000 bis 2003 jeweils zwischen fünf Mio. Euro und über 23 Mio. Euro. Der größte Anteil entfällt mit 73 Prozent noch immer auf Agrarprodukte, insbesondere auf Bananen, Ananas und Kaffee (vgl. Indikator W2). Weitere zehn Prozent waren 2003 Erzeugnisse aus der Forstwirtschaft und dem Ernährungsgewerbe. Bei den Hauptexportprodukten Deutschlands zeigt sich für 2003 eine gleichmäßigere Verteilung als in früheren Jahren, da die einzelnen Segmente unterschiedlich stark von der Verdopplung des Exportvolumens profitiert haben. Während 1996 über die Hälfte der Export-

einnahmen auf chemische Erzeugnisse und Maschinen entfiel, war es 2003 etwa ein Drittel, wobei der Maschinenbau mit rund 17 Prozent konstant blieb. Im Jahr 2003 wurden chemische Vor- und Endprodukte für 25 Mio. Euro exportiert; trotz des absoluten Zuwachses von über zwei Mio. Euro fiel deren Anteil von 34,1 Prozent auf 19,4 Prozent.



**Einordnung:** Während sich die costaricanischen Exporte vor allem auf drei Produkte stützen und damit stark von deren Absatzchancen und Preisentwicklung abhängen, sind die deutschen Exporte mit sieben etwa gleich starken Gütergruppen weniger krisenanfällig. Bei den chemischen Erzeugnissen sind Agrochemikalien von besonderer Bedeutung, die in Costa Rica vor allem für den Anbau von *cash crops* wie etwa Bananen benötigt werden.

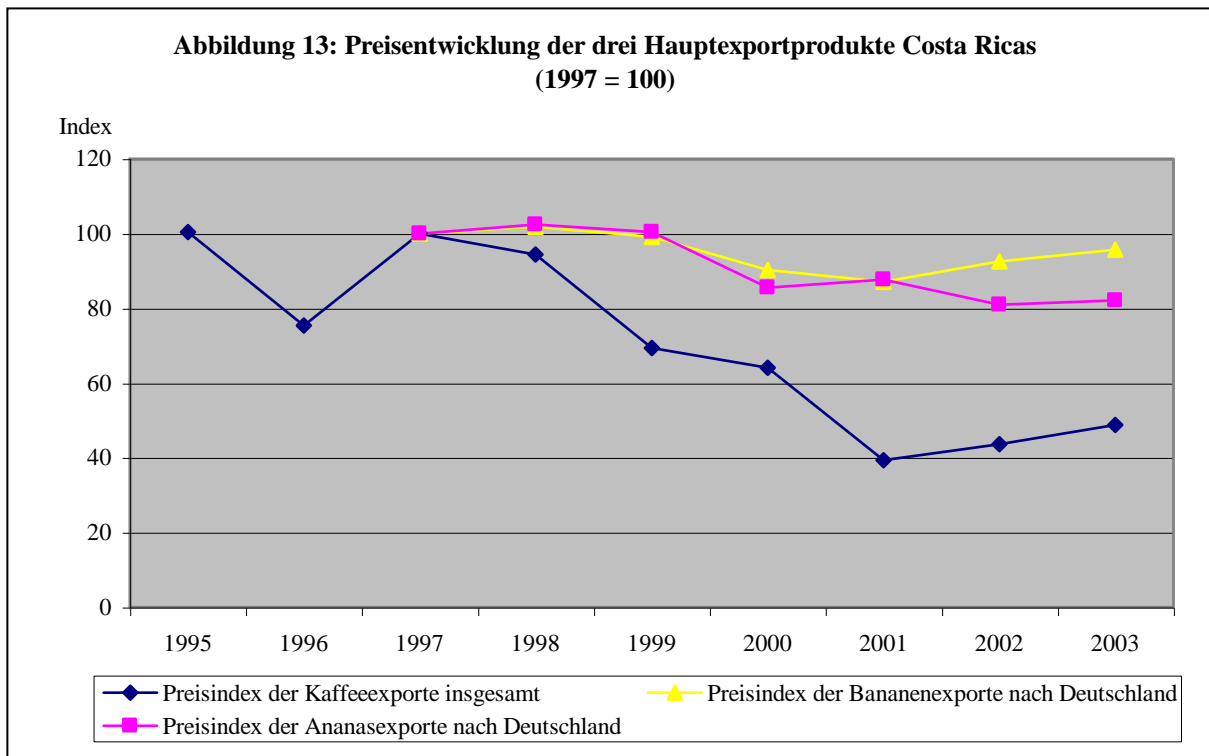
**Datenbasis:** Die Systematik zur Erfassung der Waren des Spezialhandels wurde mit dem Berichtsjahr 1996 auf die hier verwendete Klassifikation der Warenbenennung umgestellt; ein Vergleich mit der bis 1995 gültigen Einteilung nach „Gütergruppen bzw. -zweigen des Güterverzeichnisses der Produktionsstatistiken“ ist daher nicht möglich. Die Daten des Statistischen Bundesamtes weichen von denen der costaricanischen Außenhandelsstatistik aufgrund verschiedener Erfassungssystematiken und unterschiedlicher Berechnungsverfahren bei der Wertstellung einzelner Produkte zum Teil erheblich ab.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt: Außenhandelsstatistik – Einfuhr und Ausfuhr (Spezialhandel), Tabelle 0517, Ursprungs-/Bestimmungsländer nach Gütergruppen auf der Basis der Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken; schriftliche Mitteilung vom 16.8.2004; eigene Berechnungen.

## Themenfeld W2: Preisentwicklung

### Indikator W2: Preisentwicklung der drei Hauptexportprodukte Costa Ricas

**Definition:** Für die drei im Warenhandel mit Deutschland wert- und mengenmäßig bedeutendsten Exportprodukte Costa Ricas – Bananen, Ananas und Kaffee – werden die Preisindizes auf der Grundlage der jeweiligen FOB-Preise für das Basisjahr 1997 berechnet.



**Beschreibung:** Bei allen drei Produkten waren die Preise 2003 niedriger als 1997. Am geringsten fielen die Rückgänge beim Preisindex für Bananen aus. Nach einem Minus von 13 Prozent bis 2001 stieg der Preis für das bedeutendste Exportprodukt Costa Ricas wieder, lag 2003 aber immer noch vier Prozent unter dem Niveau von 1997. Der Preisindex für Ananasexporte nach Deutschland blieb – wie der Index für Bananen – bis 1999 stabil, fiel dann aber ebenfalls deutlich ab und lag 2003 bei 82 Prozent des Ausgangswertes von 1997. Noch deutlicher ist der Preisverfall beim Kaffee: 2001 wurden hier nur noch 39 Prozent des Preises von 1997 erzielt, 2003 waren es 49 Prozent.

**Einordnung:** Ungeachtet der Diversifizierung des costaricanischen Außenhandels (vgl. Indikator W1b) stellen die drei hier untersuchten Agrarprodukte neben dem Tourismus die mit Abstand wichtigsten Devisenquellen in den direkten Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland dar. Der wertmäßige Anteil von Bananen und Ananas an allen costaricanischen Exporten nach

Deutschland stieg von 1997 bis 2003 von 43 Prozent auf 59 Prozent; weitere sieben Prozent entfielen 2003 auf Kaffee. Angesichts des Preisrückgangs hatte dies zur Folge, dass Costa Rica 2003 neun Prozent mehr Ananas nach Deutschland lieferte als 1997, dafür aber fast elf Prozent weniger eingenommen hat. In der gleichen Zeit stiegen die Einnahmen aus dem Bananenexport nach Deutschland zwar um 20 Prozent, gleichzeitig mussten dafür aber 25 Prozent mehr Bananen exportiert werden. Beim Kaffee halbierten sich die Einnahmen Costa Ricas bei weitgehend unveränderter Menge der Gesamtexporte von 1997 bis 2003. Die drei Preisindizes können zwar nicht mit einer Berechnung der *terms of trade* gleichgesetzt werden; sie verdeutlichen angesichts der Dominanz dieser Produkte aber die Probleme, die sich für Costa Rica aus der bestehenden Struktur des bilateralen Handels mit Deutschland ergeben. Unberücksichtigt bleibt bei dieser Betrachtung die Preisentwicklung von Produkten, die erst über Drittländer nach Deutschland gelangen, wie zum Beispiel elektronische Bauteile, die mit der Ansiedlung der Firma Intel für den costaricanischen Außenhandel insgesamt erheblich an Bedeutung gewonnen haben.

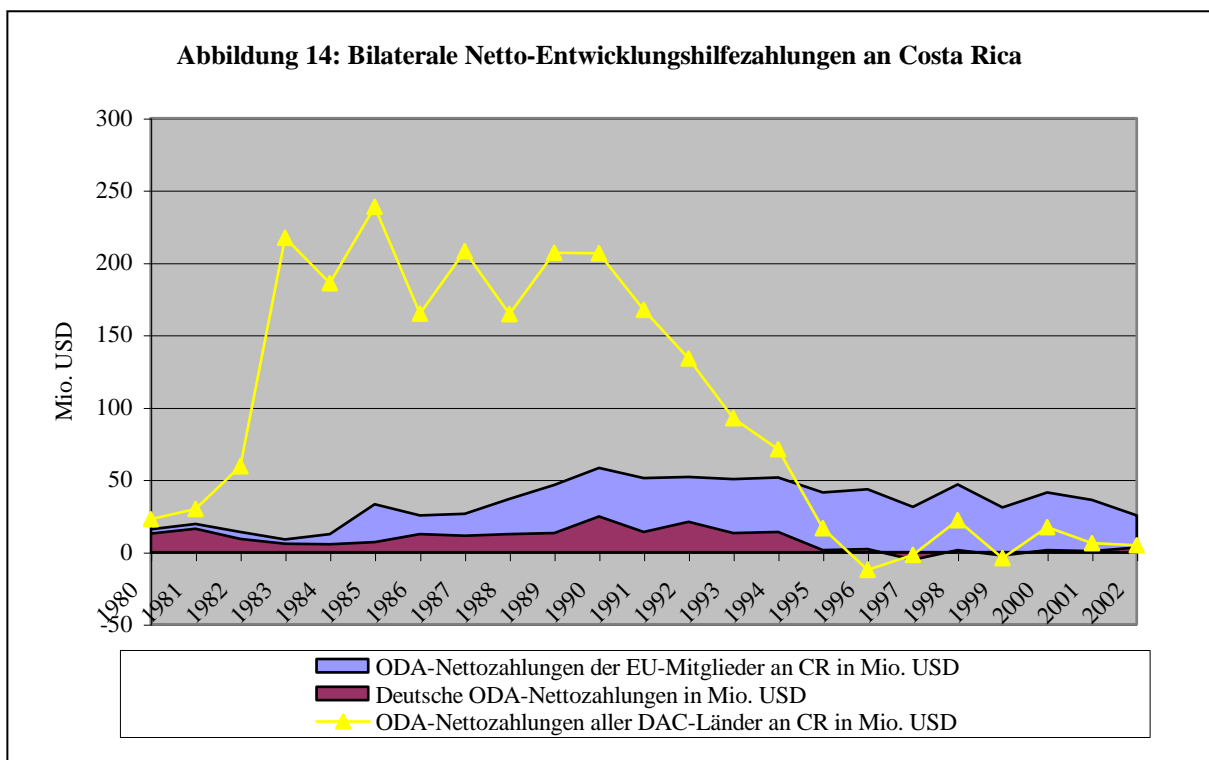
**Datenbasis:** Die Preise für die nach Deutschland exportierten Bananen und Ananas werden in der Datenbank von Procomer ausgewiesen, die die FOB-Preise und die Mengen aller Exportprodukte Costa Ricas ab 1997 umfasst, mit Ausnahme des Kaffees. Die Berechnungen zum Kaffeepreis basieren auf Daten zur Außenhandelsstatistik der costaricanischen Zentralbank (BCCR) und beziehen sich auf die Gesamtkaffeeexporte des Landes.

**Quelle:** Exportdaten für Bananen und Ananas: Promotora del Comercio Exterior de Costa Rica (Procomer), Datenbank unter: <http://www.procomer.com/est/index.cfm>, Stand: 5.8.2004; Exportdaten für Kaffee: Banco Central de Costa Rica: Exportaciones FOB por principales productos, Datenbank unter <http://websiec.bccr.fi.cr/indicadores/>; Stand: 25.3.2004; eigene Berechnungen.

### Themenfeld W3: Finanztransfer:

#### **Indikator 3a: Deutsche Nettozahlungen im Rahmen der bilateralen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit im Vergleich – ODA in Mio. US-Dollar pro Jahr**

**Definition:** Nach den Kriterien des *Development Assistance Committee* (DAC) werden unter *Official Development Assistance* (ODA) alle Mittelzuflüsse von staatlichen Stellen gefasst, die an Entwicklungsländer und multilaterale Institutionen für wirtschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Lebensverhältnisse zu vergünstigten Konditionen vergeben werden. Bei Darlehen und Krediten muss das Zuschusselement mindestens 25 Prozent betragen. Zu den staatlichen Stellen zählen auch die Bundesländer und Kommunen oder ihre Vertretungen. Private Entwicklungshilfe (zum Beispiel Spenden), Leistungen der privaten Wirtschaft (Direktinvestitionen etc.) und öffentliche Leistungen zu Marktbedingungen (zum Beispiel Exportkredite) zählen nicht zur ODA. Zum Vergleich werden die ODA-Nettozahlungen aller DAC-Geberländer und der EU-Mitglieder ausgewiesen; auf eine durchgängige Berechnung des deutschen Anteils muss verzichtet werden, da die Nettozahlungen teilweise negativ ausfallen.



**Beschreibung:** Die deutschen ODA-Nettozahlungen an Costa Rica erreichten 1990 mit umgerechnet 24,7 Mio. US-Dollar ihren Höhepunkt. Seither ist ein deutlicher Abwärtstrend zu beobachten. Im Jahr 1995 wurden netto nur noch 1,3 Mio. US-Dollar überwiesen. Da die Nettotransfers in den Jahren 1997 und 1999 negativ waren (-5,4 beziehungsweise -2,3 Mio. US-



Dollar), flossen von 1996 bis 2002 per Saldo nur 1,2 Mio. US-Dollar von Deutschland nach Costa Rica. Auffallend ist der starke Anstieg der gesamten ODA-Mittel für Costa Rica ab 1982, der zunächst mit einer Reduzierung der deutschen und europäischen Mittelzuflüsse einherging sowie der ebenso deutliche Rückgang der ODA ab 1990, als der Zentralamerika-Konflikt mit dem friedlichen Machtwechsel in Nicaragua seine Brisanz verloren hatte. Während Costa Rica 1985, also in der Hochphase des Zentralamerika-Konfliktes, netto 238 Mio. US-Dollar bilaterale Entwicklungshilfe erhielt, war das Land 1996 mit 12,5 Mio. US-Dollar vorübergehend zum Nettozahler geworden.

**Einordnung:** In den Jahren 1980 und 1981 kamen über 50 Prozent der netto an Costa Rica gezahlten ODA-Mittel aller DAC-Länder aus Deutschland, der deutsche Anteil an den EU-Ländern lag bei über 80 Prozent. Trotz des Höchststandes der deutschen Mittel betrug der Anteil 1990 nur noch 12 Prozent an der gesamten ODA. Nach den Planungen des BMZ soll Costa Rica über 2006 hinaus keine bilateralen Zusagen mehr erhalten. Die deutschen Nettozahlungen addieren sich für die Jahre 1990 bis 2002 auf 88,8 Mio. US-Dollar. Gemessen an den gesamten Nettozahlungen Deutschlands an Entwicklungsländer ging der Anteil Costas Ricas von 1990 bis 1994 von 0,55 Prozent auf 0,34 Prozent zurück, 2002 lag der Anteil unter einem Promille. Der Anteil Lateinamerikas und der Karibik an den deutschen ODA-Nettozahlungen bewegte sich in diesem Zeitraum meist zwischen 10,5 und 12,5 Prozent.

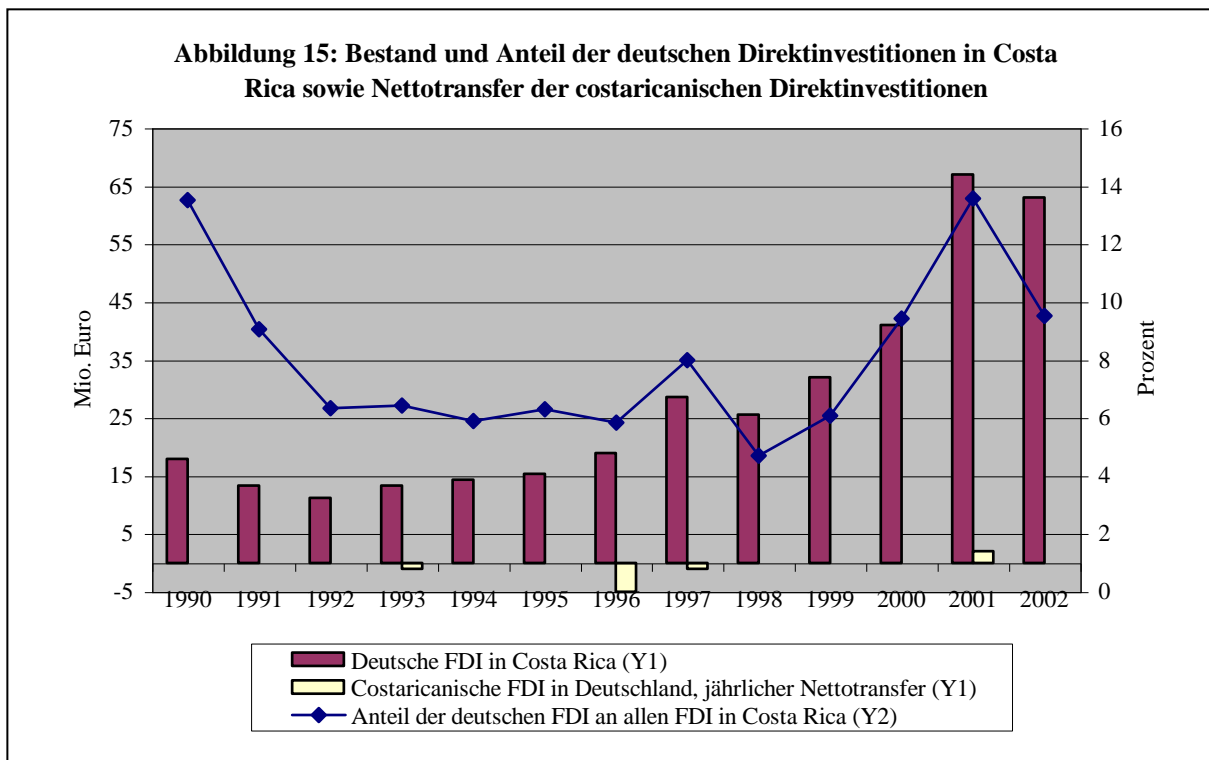
**Datenbasis:** Die Daten zu Official Development Assistance und Official Aid werden vom Development Assistance Committee der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für die meisten Geber- und Empfängerländer gesondert ausgewiesen. Die Angaben erfolgen einheitlich in US-Dollar; durch den Einfluss der Wechselkurse können sich Abweichungen zu nationalen Datenquellen ergeben.

**Quelle:** Development Assistance Committee: Destination of Official Development Assistance and Official Aid – Disbursements, Table 2a, Internet-Datenbank unter <http://www1.oecd.org/scripts/cde/>; Stand: 19.10.2004.

## Themenfeld: W3 - Finanztransfer

**Indikator W3b: Bestand und Anteil der deutschen Direktinvestitionen in Costa Rica sowie Nettotransfer costaricanischer Direktinvestitionen in Deutschland in Mio. Euro beziehungsweise Prozent**

**Definition:** Angegeben wird zum einen der Bestand der unmittelbaren und mittelbaren (über abhängige Holdinggesellschaften im Ausland bestehenden) deutschen Direktinvestitionen in Costa Rica auf der Basis der Erhebungsmethode der Bundesbank. Darin sind neben dem Saldo aus Neuinvestitionen und Kapitalrücktransfer auch die Reinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland erfasst. Zur Berechnung des Anteils wird der Bestand der deutschen Investitionen in Bezug zum Gesamtbestand der ausländischen Direktinvestitionen gesetzt. Da für die Investitionen aus Costa Rica vergleichbare Daten nicht vorliegen, wird bei den costaricanischen Direktinvestitionen in Deutschland der jährliche Nettotransfer ausgewiesen.



**Beschreibung:** Nachdem die deutschen Direktinvestitionen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einen Bestand von durchschnittlich 16,6 Mio. Euro und einen Anteil von bis 25 Prozent erreicht hatten, gingen der Bestand bis 1992 leicht, der Anteil an allen ausländischen Direktinvestitionen stark zurück, beide Messgrößen stagnierten bis 1996 auf niedrigem Niveau. Bis 2001 stieg der Bestand auf 67 Mio. Euro, was sich in einem Anteil von 13,6 Prozent niederschlägt. 2002 ging der Bestand um vier Mio. Euro zurück, während die ausländischen Investitionen in Costa Rica insgesamt von umgerechnet 445 auf 628 Mio. Euro zunahm. Der Bestand der costaricanischen Direktinvestitionen in Deutschland wird in der deutschen Zah-

lungsbilanz nicht gesondert ausgewiesen. Die Entwicklung des jährlichen Nettotransfers deutet aber auf ein sehr geringes Niveau hin – lediglich für 2002 ist ein Kapitalzufluss aus Costa Rica von zwei Mio. Euro festzustellen.

**Einordnung:** Bei den Direktinvestitionen ist der Mittelzufluss von deutschen Unternehmen nach Costa Rica vorherrschend. Investitionen in umgekehrter Richtung sind die Ausnahme und gemessen am Gesamtvolumen von 280 Milliarden Euro für 2002 in Deutschland unbedeutend. Dagegen stammte im gleichen Jahr fast ein Zehntel aller ausländischen Direktinvestitionen in Costa Rica von deutschen Unternehmen. Im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern hat Costa Rica als Investitionsstandort für deutsche Unternehmen seit 1990 an Bedeutung gewonnen: Bis 2002 stieg der Anteil an den gesamten deutschen Direktinvestitionen in Lateinamerika und der Karibik von 0,12 Prozent auf 0,28 Prozent und bezogen auf alle Entwicklungsländer von 0,07 Prozent auf 0,13 Prozent.

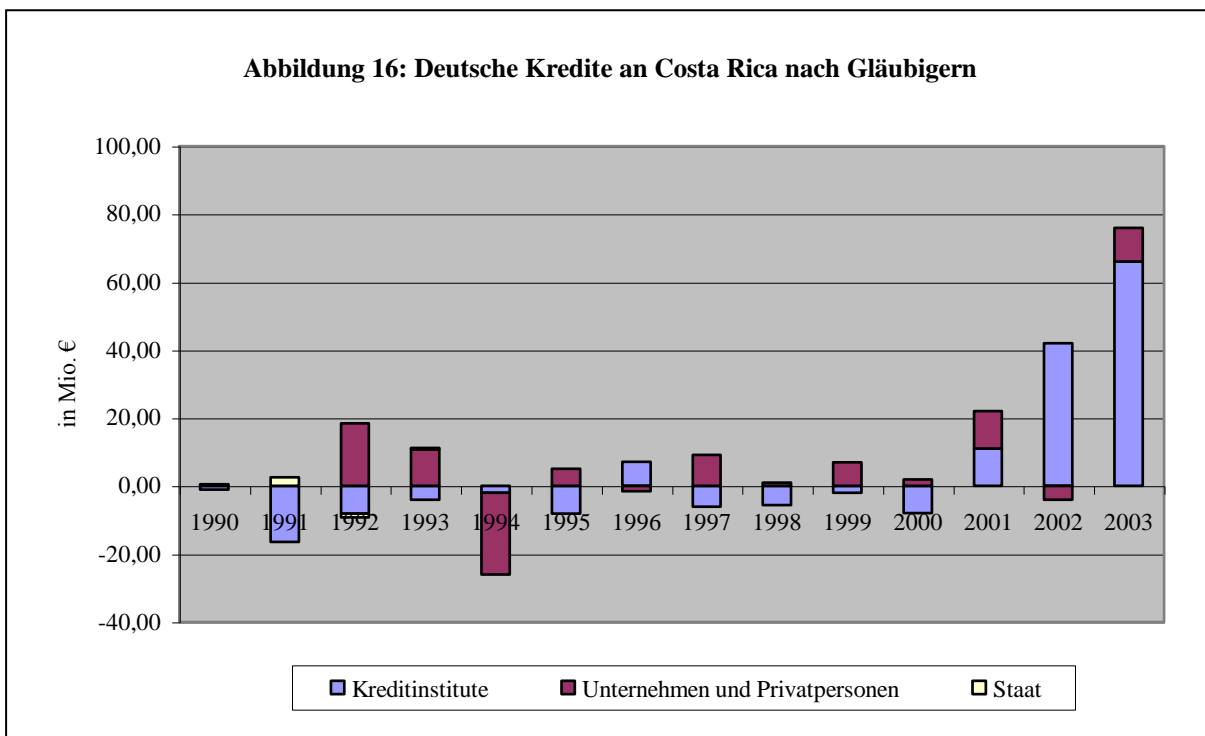
**Datenbasis:** Die Kapitalverflechtung mit dem Ausland wird für Deutschland von der Deutschen Bundesbank erfasst. Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland werden darin aber nicht für alle Länder gesondert ausgewiesen. Abweichungen zu Angaben ausländischer Zentralbanken können sich daraus ergeben, dass Reinvestitionen nicht berücksichtigt oder unterschiedliche Wechselkurse herangezogen werden. Die Angaben des Außenhandelsministeriums und der Zentralbank Costa Rica weichen zum Teil von den hier verwendeten Daten ab.

**Quelle:** Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Kapitalverflechtungen mit dem Ausland. Statistische Sonderveröffentlichung 10; Ausgaben Juni 1997, Mai 2000, Mai 2003, Mai 2004; für die Gesamtinvestitionen in Costa Rica: Dresdner Bank Lateinamerika: Datenbank Lateinamerika, Costa Rica, Übersicht der Jahresdaten 1980 – 2003, im Internet unter: [http://www.dbla.de/03\\_economic\\_research/02\\_lateinamerika\\_datenbank/01\\_lateinamerika\\_datenbank.html](http://www.dbla.de/03_economic_research/02_lateinamerika_datenbank/01_lateinamerika_datenbank.html), Stand 15.10.2004; zum Nettotransfer aus Costa Rica: schriftliche Mitteilung der Deutschen Bundesbank zur Zahlungsbilanz vom 29.7.2004; eigene Berechnungen.

## Themenfeld W4: Externe Verschuldung

### Indikator: Kreditvergabe an Costa Rica, differenziert nach Gläubigern

**Definition:** Als Bestandteil der deutschen Zahlungsbilanz umfasst der Kreditverkehr prinzipiell vier Arten von Kreditgebern: Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen, den Staat sowie die Bundesbank. Da im Zeitraum von 1990 bis 2003 in keinem Jahr eine Transaktion der Bundesbank stattfand, kann diese hier unberücksichtigt bleiben. Zum besseren Verständnis werden die Vorzeichen der Zahlungsbilanz für die Darstellung des Indikators umgekehrt. Positive Indikatorwerte zeigen daher einen Kapitalzufluss nach Costa Rica in Form einer Kreditaufnahme durch costaricanische Gläubiger an; negative Werte entsprechend einen Mittelabfluss aus Costa Rica in Form von Kreditrückzahlungen.



**Beschreibung:** Die Bilanz des Kapitalverkehrs war in den meisten Jahren relativ ausgeglichen. Für die Jahre 1990 bis 2001 ergibt sich insgesamt ein Saldo von -1 Mio. €; die Summe der Kreditauszahlungen entspricht in dieser Zeit also weitgehend dem Wert der Kreditrückzahlungen. Wichtigste Kreditgeber waren bis 2001 Unternehmen und Privatpersonen mit einem Saldo von 38,9 Mio. €, während der Kreditverkehr der Kreditinstitute in den Jahren 1990 bis 2001 mit einem Saldo von -43,5 Mio. € durch die Rückzahlung von Schulden geprägt ist. In den Jahren 2002 und 2003 veränderte sich diese Situation deutlich: Nachdem bereits 2001 der Saldo des Kreditverkehrs der Kreditinstitute mit einem Plus von 11 Mio. € erstmals seit

1996 wieder positiv ausfiel, stieg er 2002 auf 42 Mio. € und 2003 auf 66 Mio. €. Der Staat tritt – mit einem geringen Kreditvolumen – nur in den Jahren 1990 bis 1993 in Erscheinung.

**Einordnung:** Neben der Kreditvergabe als Stromgröße ist die Summe der Auslandsschulden als Bestandsgröße zu berücksichtigen. Während bei der Auslandsverschuldung erst die Gesamtheit der Gläubigerländer Rückschlüsse auf die Finanzsituation eines Landes erlaubt, ist von der jährlichen Kreditvergabe als Indikator für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen eine flexiblere Reaktion auf Veränderungen bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten. Die Zunahme der Kreditvergabe ab dem Jahr 2001 korrespondiert mit den vergleichsweise hohen deutschen Direktinvestitionen in dieser Zeit und könnte darauf hindeuten, dass das Vertrauen der deutschen Banken in die wirtschaftliche Entwicklung Costa Ricas – mit einiger Verzögerung – zugenommen hat. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1998 und 1999 um 6,5 Prozent beziehungsweise acht Prozent angestiegen war, fiel die Wachstumsrate im Jahr 2000 allerdings auf zwei Prozent, 2001 dann auf 0,9 Prozent zurück. Dagegen sind in diesen beiden Jahren die costaricanischen Exporte nach Deutschland gestiegen, wie Indikator W1a zeigt. Dies lässt Investitionen im Exportbereich plausibel erscheinen. Da die gesamte Auslandsverschuldung von 1997 bis 2002 von 3,5 Mrd. US-Dollar auf eine Rekordhöhe von 4,8 Mrd. US-Dollar zugenommen hat, stellt die Aufnahme ausländischer Kredite ein wachsendes Problem für die zukünftige Entwicklung Costa Ricas dar. Die geringe Bedeutung des deutschen Staates, bei dem in der Zahlungsbilanz vom Grundsatz her vor allem Entwicklungshilfekredite und Beteiligungen an internationalen Organisationen verbucht werden, ist darauf zurückzuführen, dass die finanzielle Zusammenarbeit, die das Gros der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ausmacht, über ein Kreditinstitut (Kreditanstalt für Wiederaufbau) abgewickelt wird.

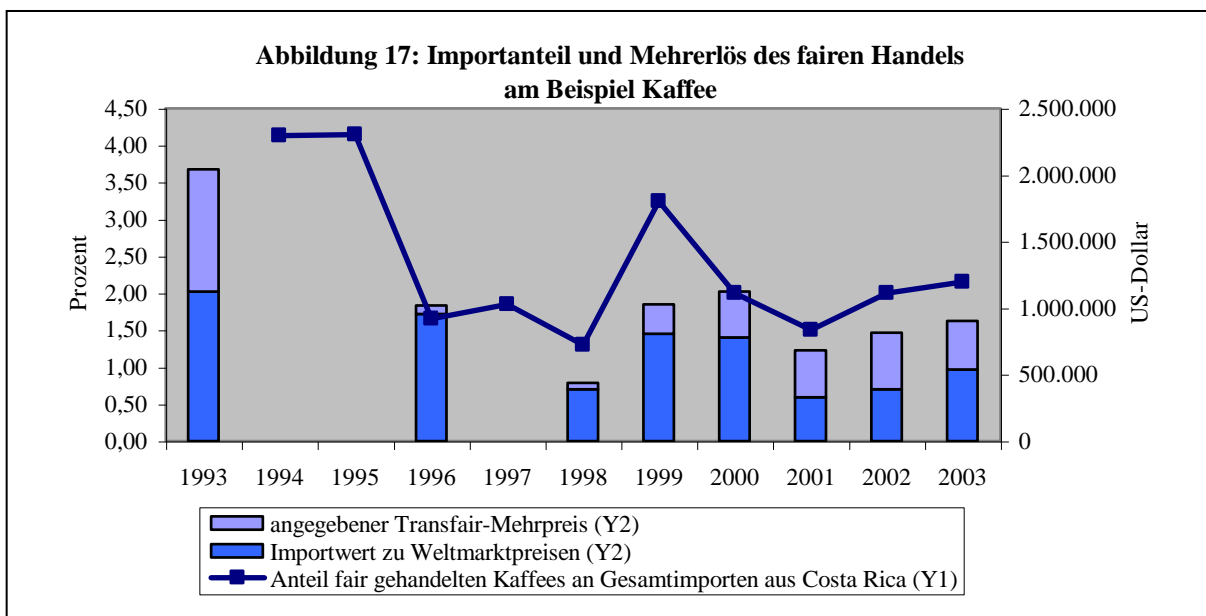
**Datenbasis:** Als Teil der deutschen Netto-Kapitalanlagen werden die Kredite in der deutschen Zahlungsbilanz nach Ländern getrennt ausgewiesen; analog dazu sind der Zahlungsbilanz auch die Salden der ausländischen Netto-Kapitalanlagen in Deutschland zu entnehmen, auf die hier nicht eingegangen wird.

**Quelle:** Deutsche Bundesbank: Wichtige Posten der deutschen Zahlungsbilanz (fob) 1990 – 2003, schriftliche Mitteilung vom 29.7.2004, eigene Berechnungen.

## Themenfeld W5: Fairer Handel

### Indikator W5: Importanteile sowie Direkteinnahmen und Mehrerlöse bei Produkten des fairen Handels am Beispiel Kaffee

**Definition:** Die Menge des importierten Kaffees mit Transfair-Siegel wird in Bezug zur Gesamtmenge des importierten Kaffees gesetzt und in Prozent ausgewiesen. Die Angaben beziehen sich hier jeweils auf Importe aus Costa Rica. Der Mehrerlös aus fairem Handel ergibt sich aus der Differenz zwischen erhöhtem Fair-Handels-Preis und Marktpreis. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei den Gesamtexporterlösen aus fairem Handel um Direktzahlungen an die beteiligten Produzenten (vorwiegend Kleinbauern und Kooperativen) handelt, die bei konventionellem Handel über den örtlichen Zwischenhandel weniger als den Weltmarktpreis erhalten; der tatsächliche Mehrerlös der Produzenten ist also höher als hier angegeben.



**Beschreibung:** Im Jahr 1993, als Kaffee mit Transfair-Siegel erstmals bundesweit in Geschäften etabliert wurde, kam mit 740 t ein Fünftel dieses Kaffees aus Costa Rica. Vertragspartner in Costa Rica war zunächst ein einzelner, zeitweise von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderter Zusammenschluss von Kleinbauern-Kooperativen (COOCAFE), der dadurch Direkteinnahmen von 2,1 Mio. US-Dollar und einen Mehrerlös von 918.000 US-Dollar erzielte. Im Jahr 1994 stieg die Importmenge auf 1062 t; der Anteil an dem insgesamt aus Costa Rica importierten Rohkaffee lag in diesem und im Folgejahr bei 4,1 Prozent. Importanteil und -menge sind seither zurückgegangen; der Anteil lag 2000 und 2002 bei zwei Prozent, 2003 bei 2,15 Prozent. Die stabilisierende Wirkung des von Transfair verfolgten Mindestpreis-Systems zeigt sich in den Jahren 1999 bis 2003 deutlich. Während der Weltmarktpreis von 1999 bis 2001 von 2,29 US-Dollar auf 1,37 US-Dollar je kg fiel und danach auf diesem niedrigen Ni-

veau verharrte, blieb der Transfair-Preis fast unverändert und lag in allen Jahren über 2,67 US-Dollar je kg. Dies führte in den fünf Jahren zu Mehrerlösen von 1,7 Mio. US-Dollar.

**Einordnung:** Die Importmenge und der Marktanteil des Kaffees mit Transfair-Siegel am deutschen Kaffeemarkt sind in den letzten Jahren zurückgegangen und lagen 2003 mit 2900 t beziehungsweise 0,33 Prozent niedriger als zu Beginn der flächendeckenden Einführung des gesiegelten Kaffees im Jahr 1993. Die für Costa Rica ausgewiesenen Indikatorwerte liegen somit über dem Durchschnitt, sind aber mit einem Mittelwert von 2,4 Prozent gering. Die erzielten Mehrerlöse bewegen sich daher absolut gesehen auf niedrigem Niveau. Sie haben aber in den Jahren 2001 bis 2003 den Gesamterlös der beteiligten Kaffeeproduzenten verdoppelt, da der Weltmarktpreis in diesen Jahren nur die Hälfte des Transfair-Mindestpreises betragen hat. Würde der Anteil 100 Prozent betragen, wie von Thomas Fues in seiner Indikatorenstudie als Ziel für den fairen Handel formuliert, ergäbe sich allein für 2003 ein potenzieller Mehrerlös von 21 Mio. US-Dollar; für die Jahre 2000 bis 2002 zusammen 62 Mio. US-Dollar. Zum Vergleich: Die Nettoszahungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands addieren sich von 1992 bis 2002 auf 50,4 Mio. US-Dollar; die durchschnittlichen Netto-ODA-Zahlungen von 2000 bis 2003 würden bereits bei einem Fairhandelsanteil von zehn Prozent übertroffen. Eine Ausweitung auf weitere Exportprodukte Costas Ricas wie Bananen, Ananas, Zucker und Kakao würde die Bedeutung des fairen Handels als verlässliche Einnahmequelle erhöhen. Da Marktanteile von zehn Prozent und mehr auf absehbare Zeit aber wenig wahrscheinlich sind, muss es für die Exportländer vor allem auch um eine Erhöhung der Weltmarktpreise für Agrargüter gehen.

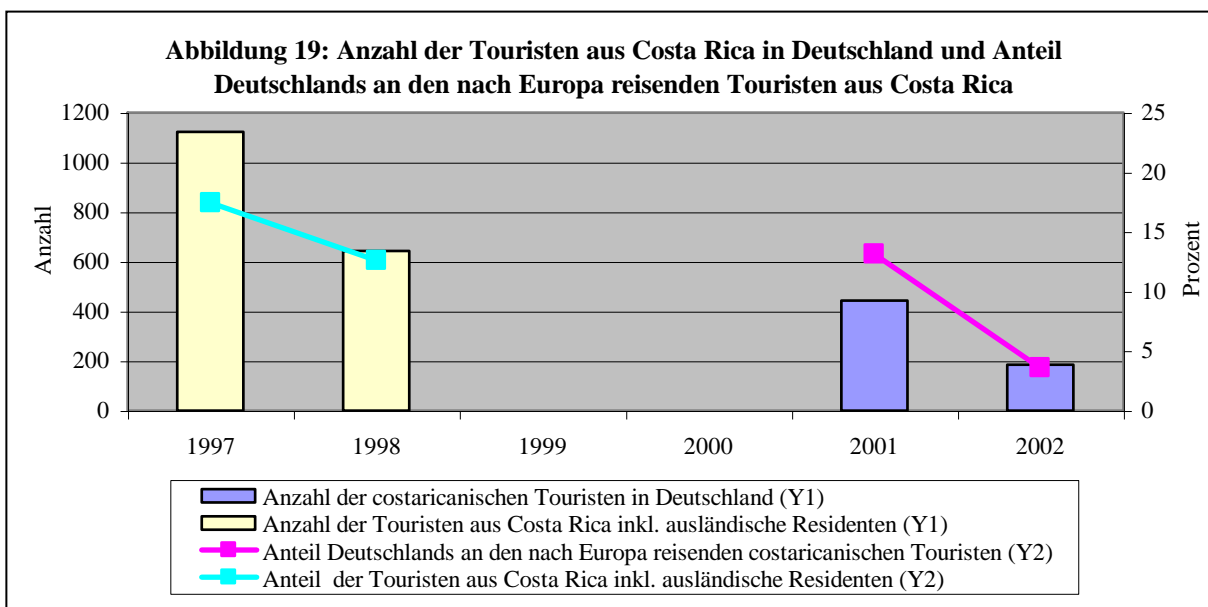
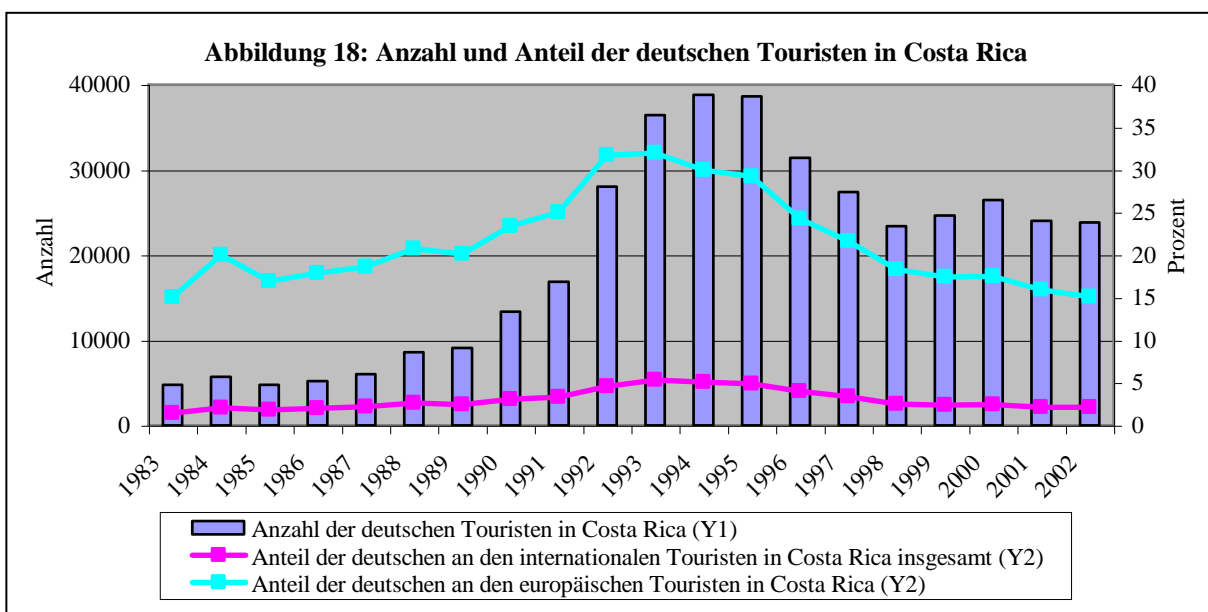
**Datenbasis:** Die Angaben zu Importen mit Transfair-Siegel werden in einer Datenbank der *Fairtrade Labelling Organization* (FLO) erfasst und hier für die Jahre ab 1996 herangezogen; diese weichen jedoch zum Teil von den Angaben in den Jahresberichten von Transfair ab, so dass die Niveauunterschiede für die Jahre vor 1996 teilweise in der unterschiedlichen Datenbasis begründet sein können. Importe aus fairem Handel ohne Transfair-Siegel bleiben hier unberücksichtigt. Als Bezugsgröße werden die Angaben des Deutschen Kaffeeverbandes zu Grunde gelegt.

**Quelle:** Transfair e.V./Rugmark (Hrsg.): Jahresbericht, Jahrgänge 1993 – 2003; schriftliche Mitteilung von Transfair zur FLO-Datenbank vom 2.11.2004; Deutscher Kaffeeverband (Hrsg.): Kaffee-Bericht, Jahrgänge 2000-2003; eigene Berechnungen.

## Themenfeld W6: Tourismus

### Indikator W6: Anzahl und Anteil der deutschen Touristen in Costa Rica und der costaricanischen Touristen in Deutschland

**Definition:** Es wird zum einen die absolute Anzahl der deutschen Touristen sowie ihr jeweiliger Anteil an den europäischen und an allen ausländischen Touristen in Costa Rica ausgewiesen. Wegen der extremen Unterschiede bei den Fallzahlen wird die Anzahl der costaricanischen Touristen gesondert dargestellt; außerdem wird deren Anteil an den insgesamt nach Europa reisenden costaricanischen Touristen berechnet und nicht ihr Anteil an den ausländischen Touristen in Deutschland.





**Beschreibung:** Die Zahl der ausländischen Touristen ist in Costa Rica seit 1986 kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 1999 kamen erstmals über eine Million Urlauber ins Land, 2002 waren es 1,1 Mio., 2004 sogar 1,4 Mio. Urlauber. Die Mehrzahl davon kommt aus Mittel- und Nordamerika (vor allem aus den USA), eine wachsende Zahl aber auch aus Europa. Die Anzahl der deutschen Touristen in Costa Rica erreichte dagegen bereits in den Jahren 1994 und 1995 mit jeweils rund 39.000 Urlaubern ihren bisherigen Höhepunkt. Ihr Anteil an den Touristen insgesamt ging danach bis 2002 von 5 Prozent auf 2,1 Prozent zurück, der Anteil der deutschen an den europäischen Touristen sank zwischen 1992 und 2002 von 32 Prozent auf 15 Prozent. Umgekehrt hat auch Deutschland zuletzt für costaricanische Touristen an Attraktivität verloren: 2002 kamen nur noch 186 Costaricaner zum Urlaub nach Deutschland – gegenüber 444 im Vorjahr – während die Zahl der Reisenden nach Europa gleichzeitig gegenüber 2001 von 3383 auf 5218 anstieg. Insgesamt verbrachten 2002 364.000 Costaricaner ihren Urlaub im Ausland. Die Angaben für die Jahre 1997 und 1998 zu den Touristen aus Costa Rica umfassen auch dauerhaft dort lebende ausländische Staatsbürger und sind daher von den Zahlen für 2001 und 2002 zu unterscheiden.

**Einordnung:** Der Tourismus ist in Costa Rica zum wichtigsten Devisenbringer geworden, 2002 wurden in diesem Bereich 1,08 Mrd. US-Dollar erwirtschaftet, nach 1,28 Mrd. US-Dollar im Jahr 2001. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Ökotourismus zu. Von den 23.848 deutschen Touristen des Jahres 2002 reisten 20.053 mit dem Flugzeug an, 3.574 kamen über Land und 157 auf dem Seeweg.

**Datenbasis:** Die Entwicklung des Tourismus in Costa Rica wird durch detaillierte Erhebungen des *Costa Rica Tourism Board* und des *Instituto Nacional de Estadística y Censos* dokumentiert, die auch thematische und regionale Differenzierungen ermöglichen. In deutschen Statistiken werden die costaricanischen Touristen nicht gesondert ausgewiesen.

**Quelle:** Instituto Nacional de Estadística y Censos (INEC): Cuadro 1 - Total de turistas internacionales ingresados al país, 1983-2002, im Internet unter <http://www.inec.go.cr>; Costa Rica Tourism Board (ICT): Anuario Estadístico de Turismo; Tabellenanhang der Jahrgänge 1997-2002, im Internet unter <http://www.visitcostarica.com/ict/paginas/statistics>; beide Quellen Stand: 6.8.2004; eigene Berechnungen.

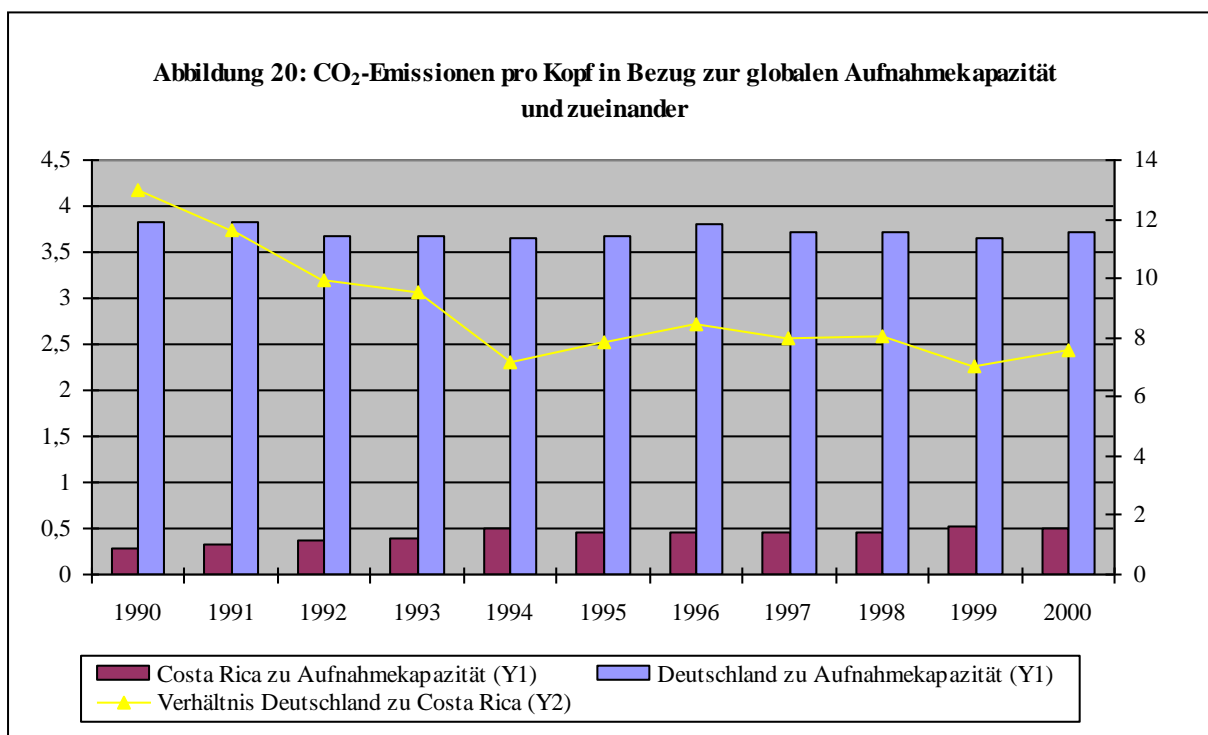


### **4.3.2 Indikatoren zur ökologischen Dimension**

## Themenfeld U1: Globaler Klimawandel

### Indikator U1: CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf in Bezug zur globalen Aufnahmekapazität und zueinander

**Definition:** Zur Berechnung des Indikators werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf für Deutschland und Costa Rica jeweils durch ein globales Gleichverteilungsmaß für CO<sub>2</sub>-Emissionen dividiert. Dieses Gleichverteilungsmaß ergibt sich aus der Aufnahmekapazität der globalen Kohlenstoffsinken, die in Bezug zur Weltbevölkerung der einzelnen Jahre gesetzt wird. Für die Aufnahmekapazität werden die Annahmen des IPCC zu Grunde gelegt, das für die Ozeane und die Landökosysteme von jeweils 2,3 Mrd. t Kohlenstoff ausgeht. Die 4,6 Mrd. t Kohlenstoff entsprechen rund 17 Mrd. t CO<sub>2</sub>. Ergänzend wird das Verhältnis der Werte für Deutschland zu denen für Costa Rica ausgewiesen, das gleichzeitig dem Verhältnis der jeweiligen Pro-Kopf-Werte zueinander entspricht.



**Beschreibung:** Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland waren 1990 mit 12,35 t pro Kopf fast viermal höher als die globale Aufnahmekapazität, die für dieses Jahr mit 3,24 t pro Kopf berechnet wurde, wenn die Nutzung der Kohlenstoffsinken weltweit auf alle Menschen gleich verteilt würde. Von 1990 bis 1994 ging der Indikatorwert für Deutschland von 3,82 auf 3,65 zurück, stieg zwei Jahre später wieder auf 3,80 und lag im Jahr 2000 bei 3,71. Wäre im Jahr 2000 weltweit der CO<sub>2</sub>-Austoß pro Kopf so hoch gewesen wie in Deutschland, wären also 3,71 mal mehr Emissionen freigesetzt worden, als von den Ökosystemen aufgenommen werden können. Für Costa Rica ergibt sich für 1990 ein Wert von 0,29; mit 0,95 t pro Kopf wur-

den also nur 29 Prozent der globalen Kapazitäten in Anspruch genommen. Bis 1994 ist ein Anstieg auf 0,51 festzustellen; nach leichten Rückgängen in den Folgejahren stieg der Wert 1999 auf 0,52 und ging im Jahr 2000 wieder auf 0,49 zurück. Für das Verhältnis der Pro-Kopf-Emissionen von Deutschland und Costa Rica ergibt sich daraus eine deutliche Annäherung: Während 1990 ein Deutscher 13 mal mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachte als ein Costaricaner, verringerte sich dieser Faktor bis 2000 auf 7,05.

**Einordnung:** Weltweit stiegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990 bis 2000 von 22 Mrd. t auf 23,5 Mrd. t; auf Grund des stärkeren Anstiegs der Weltbevölkerung fielen die Pro-Kopf-Emissionen in diesem Zeitraum von 4,16 t auf 3,9 t. Ausgehend von den Annahmen des IPCC zu den globalen Kohlenstoffsinken hätte der klimaneutrale CO<sub>2</sub>-Ausstoß 1990 höchstens 3,24 t pro Kopf betragen dürfen; bis 2000 wäre ein Rückgang auf 2,81 t pro Kopf erforderlich gewesen. Bei der Betrachtung der 1990er Jahre ist zudem der Zusammenbruch der Ökonomien der ehemaligen Ostblock-Länder zu berücksichtigen. Durch diese Sonderentwicklung wurde der Anstieg der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen erheblich abgemildert. In Deutschland ging der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 1990 bis 2000 insgesamt von 981 Mio. t auf 858 Mio. t und pro Kopf von 12,35 t auf 10,43 t zurück, was zu einem großen Teil auf die Entwicklung in Ostdeutschland zurückzuführen ist. Ende der 1990er Jahre waren die Reduktionen nur noch gering. In Costa Rica haben sich in der gleichen Zeit die CO<sub>2</sub>-Emissionen insgesamt von 2,92 Mio. t auf 5,43 Mio. t erhöht, was pro Kopf einen Anstieg von 0,95 t auf 1,38 t bedeutet.

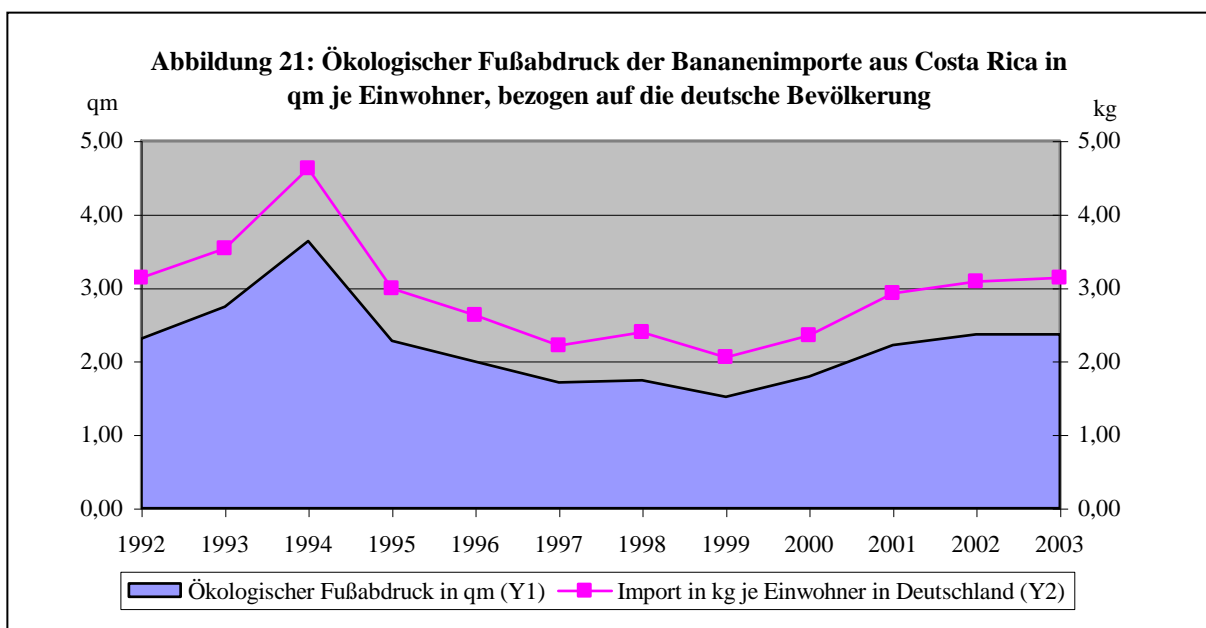
**Datenbasis:** Die CO<sub>2</sub>-Emissionen zählen zu den wesentlichen Umweltfaktoren, weshalb entsprechende Daten in zahlreichen nationalen und internationalen Statistiken ausgewiesen werden (z.B. MDG-Datenbank, HDR, GEO-Datenbank, Statistisches Bundesamt). Die Daten weichen jedoch zum Teil deutlich voneinander ab. Zur Berechnung des Indikators wurden die Pro-Kopf-Angaben der GEO-Datenbank herangezogen, die für beide Länder als einheitliche Zeitreihen zur Verfügung stehen und im Vergleich zu anderen UN-Statistiken eine geringere Abweichung zu Referenzstatistiken – beispielsweise der OECD und des Statistischen Bundesamts – aufweisen. Aufgrund des komplexen Berechnungsverfahrens stehen verlässliche Emissions-Daten erst mit einer Verzögerung von drei bis vier Jahre zur Verfügung, weshalb hier nur Werte bis 2000 angegeben werden können.

**Quelle:** United Nations Environment Programme: GEO Data Portal, unter [http://geodata.grid.unep.ch/download/all%20%20co2\\_mdg.xls](http://geodata.grid.unep.ch/download/all%20%20co2_mdg.xls), Download vom 21.7.2004 und 4.3.2005; eigene Berechnungen.

## Themenfeld U2: Bodennutzung

### *Indikator U2: Ökologischer Fußabdruck der Bananenimporte aus Costa Rica in qm je Einwohner, bezogen auf die deutsche Bevölkerung*

**Definition:** Der Indikator gibt die Größe der Bananenanbaufläche an, die in Costa Rica zur Versorgung eines durchschnittlichen deutschen Konsumenten benötigt wird. Grundlage ist ein vereinfachtes Berechnungsverfahren zum „ökologischen Fußabdruck“ für frische Bananen aus konventioneller Produktion. Neben der eigentlichen Anbaufläche gehen nach diesem Konzept Flächenäquivalente für die Herstellung und den Transport der Produktionsfaktoren Dünger, Pestizide und Kunststoffe ein. Die Angaben beziehen sich auf den Produktionsprozess in Costa Rica und beinhalten daher keine Flächenäquivalente für den Transport der Bananen nach Deutschland. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben aus methodischen Gründen unter anderem Flächenäquivalente zur Infrastruktur sowie zu Wasserverbrauch, Abfällen und Abwasser der Bananenproduktion; die Angaben sind daher als Orientierungswerte zu verstehen.



**Beschreibung:** Im Jahr 2003 wurden für jeden Einwohner in Deutschland durchschnittlich 3,13 kg Bananen aus Costa Rica importiert. Unter Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks der Bananenproduktion ist dafür eine Fläche von 2,37 qm erforderlich, wobei die Anbaufläche rund ein Drittel, die Flächenäquivalente für die genannten Produktionsfaktoren etwa zwei Drittel betragen. Im Jahr 1992 wurden 3,14 kg pro Kopf importiert, für deren Herstellung 2,31 qm benötigt wurden. Die Größe des ökologischen Fußabdrucks wird zum einen von der importierten Menge und zum anderen von der Produktivität des Bananenanbaus beeinflusst, weshalb beide Kurven zwar ähnlich, aber nicht parallel verlaufen. Im Durchschnitt der

Jahre 1992 bis 2003 entfiel auf jeden Einwohner in Deutschland eine Bananenanbaufläche von 2,22 qm, auf der für ihn jährlich 2,92 kg Bananen geerntet wurden.

**Einordnung:** Von 1987 bis 1994 stieg die Anbaufläche für Exportbananen von 21.000 ha auf 53.000 ha, was etwa einem Prozent der Landesfläche und zehn Prozent der für Ackerbau und Dauerkulturen genutzten Landwirtschaftsfläche Costa Ricas entspricht. Seit 1995 ist die Anbaufläche rückläufig, 2002 betrug sie 42.000 ha. Aufgrund des Bevölkerungswachstums in Costa Rica ging die nutzbare Ackerfläche pro Kopf von 1992 bis 2003 von 1.599 qm auf 1.211 qm zurück. Unter Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks wurden im Jahr 2003 davon 46 qm beziehungsweise 3,9 Prozent für den Bananenexport nach Deutschland genutzt. Von den 1,6 Mio. t Bananen, die 2002 aus Costa Rica exportiert wurden, gingen 12 Prozent nach Deutschland; Hauptabnehmer waren die USA mit 50 Prozent und die EU mit insgesamt 43 Prozent. Der in Costa Rica vorherrschende konventionelle Bananenanbau wird in Form intensiver Plantagenwirtschaft betrieben. Die durchschnittlich eingesetzte synthetische Düngermenge je ha wird für 1997 mit 1.440 kg, die der Pestizide mit 356 kg angegeben. Damit ist ein erhebliches Gefährdungspotenzial für die natürlichen Ökosysteme – insbesondere für das Oberflächen- und Grundwasser – sowie für die Gesundheit der eingesetzten Arbeitskräfte verbunden. Bei alternativen und organischen Anbauformen in Mischkulturen liegt der ökologische Fußabdruck um 50 bis 60 Prozent unter dem des konventionellen Anbaus.

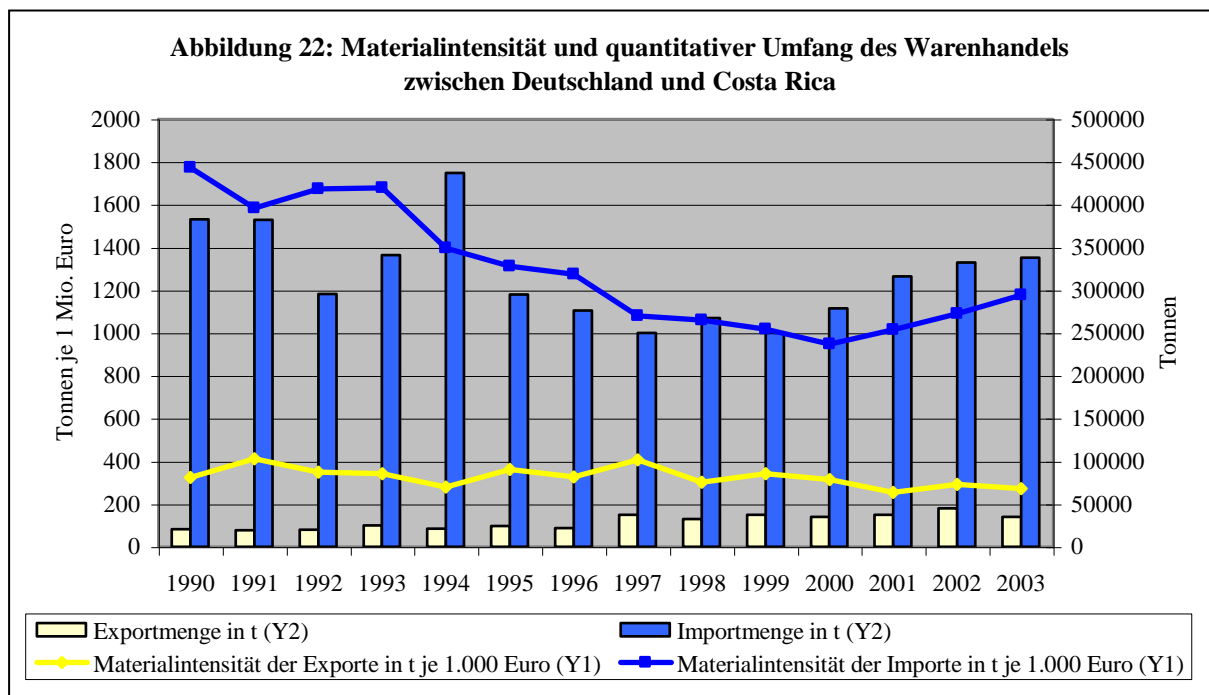
**Datenbasis:** Die Daten zum Bananenimport und zur Bevölkerung sind beim Statistischen Bundesamt verfügbar. Der bei Giljum (1999) angegebene, konstante Umrechnungsfaktor für die Flächenäquivalente der Produktionsfaktoren wurde übernommen. Der Faktor für die Produktivität wurde dagegen dynamisiert und für jedes Jahr entsprechend der Angaben von CORBANA zu Exportanbaufläche und -menge berechnet.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt: Auszug für Costa Rica aus der Datenbank „Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik“, Schlüsselnummer 08030019 für die Jahre 1994-2003 und 080300100 für die Jahre 1992-1993, schriftliche Mitteilung vom 18.1.2005; zu Produktivität und Anbaufläche: Corporación Bananera Nacional (CORBANA): Statistiken des Bananenbaus; unter <http://www.corbana.co.cr>, Stand: 25.10.2004; Ermittlung des ökologischen Fußabdrucks nach: Giljum, Stefan (1999): Der ökologische Fußabdruck des Bananenbaus in Costa Rica: Ein Vergleich konventioneller und alternativer Produktionsmethoden. Wien: hekt. Mskr. (Diplomarbeit); eigene Berechnungen.

## Themenfeld U3: Ressourcennutzung

### Indikator U3: Materialintensität und quantitativer Umfang des Warenhandels zwischen Deutschland und Costa Rica

**Definition:** Unter der Annahme, dass die Exportmengen des Ursprungslandes den Importmengen des Ziellandes entsprechen, zeigt die Materialintensität der Im- und Exporte an, welche Mengen von den Handelspartnern jeweils exportiert werden müssen, um im Außenhandel einen bestimmten Wert zu erwirtschaften. Die Angaben erfolgen hier in Tonnen je eine Million Euro. Ergänzend werden die absoluten Mengen der deutschen Einfuhren aus und der Ausfuhren nach Costa Rica ausgewiesen. In beiden Fällen beziehen sich die Werte unmittelbar auf die gehandelten Produktmengen; die zur Erzeugung der Produkte erforderlichen Ressourcen und anfallenden Abfälle werden davon nicht erfasst.



**Beschreibung:** Die Materialintensität der deutschen Importe aus Costa Rica ist bis zum Jahr 2000 um 46 Prozent zurückgegangen. Während 1990 für eine Mio. Euro 1.773 t nach Deutschland geliefert werden mussten, waren es 2000 nur noch 948 t. Bis 2003 ist der Wert dagegen wieder um 24 Prozent auf 1.177 t je eine Mio. Euro gestiegen; über den gesamten Zeitraum hat die Materialintensität der Importe damit um 30 Prozent abgenommen. Die Materialintensität der deutschen Exporte bewegt sich auf einem wesentlich niedrigeren Niveau. Für Exporteinnahmen von einer Mio. Euro waren 2003 nur 272 t erforderlich; im Vergleich zu 1990 bedeutet dies einen Rückgang um 16 Prozent. Die absoluten Mengen der deutschen Exporte haben sich von 1990 bis 2002 auf 44.750 mehr als verdoppelt; 2003 sanken die deut-



schen Ausfuhren auf 35.200 t. Das entspricht etwa einem Zehntel der Menge, die aus Costa Rica eingeführt wurde: 2003 waren dies 338.000 t, im Jahr 1994 waren es 437.000 t.

**Einordnung:** Die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energie- und Ressourcenverbrauch wird in der Nachhaltigkeitsdiskussion als wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften gesehen. Denn neben den verwerteten Rohstoffen selbst sind mit deren Nutzung weitere Stoffströme verbunden, wie zum Beispiel Aushub bei der Rohstoffgewinnung, Abfälle der Produktion und Energie für die einzelnen Verarbeitungsprozesse. Diese als „ökologische Rucksäcke“ diskutierten Stoffströme gehen in den Indikator nicht ein, denn hierzu bedarf es länderspezifischer Stoffstromanalysen, die für die Berechnung der ökologischen Rucksäcke des deutsch-costaricanischen Warenhandels herangezogen werden müssten. Der Indikator bildet also nur einen Teil der Materialflüsse ab. Deren vollständige Berücksichtigung würde die Materialintensität der deutschen Exporte deutlich steigen lassen, da es sich dabei fast ausschließlich um verarbeitete Produkte handelt – 2003 betrug deren Gewichtsanteil 97 Prozent. Umgekehrt bestanden die Importe aus Costa Rica 2003 zu 90 Prozent aus Agrargütern, 1996 waren es noch 96 Prozent. Die Materialintensität lag in diesem Bereich 2003 fünf Prozent höher als 1996. Die bis zum Jahr 2000 zu beobachtende Abkopplung von Exporteinnahmen und Liefermenge ist im Fall von Costa Rica nur zum Teil auf den gestiegenen Anteil verarbeiteter Produkte und der in diesem Bereich erzielbaren Effizienzsteigerungen zurückzuführen. Einen wesentlichen Einfluss auf die Materialintensität der Exporterlöse Costas Ricas hat damit noch immer die Preisentwicklung bei Agrargütern, insbesondere bei Bananen, die über 60 Prozent des Exportgewichts ausmachen.

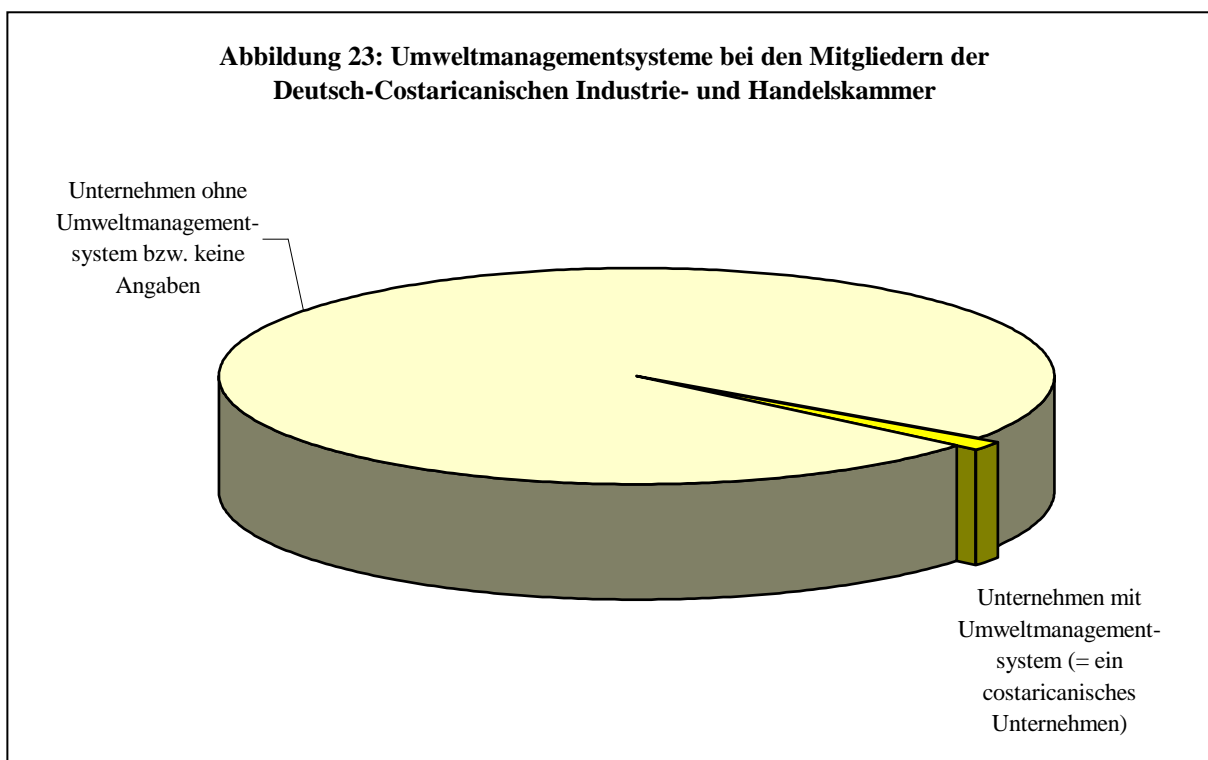
**Datenbasis:** Die Daten des Statistischen Bundesamtes weichen von denen der costaricanischen Außenhandelsstatistik aufgrund verschiedener Erfassungssystematiken und unterschiedlicher Berechnungsverfahren bei der Wertstellung einzelner Produkte zum Teil erheblich ab. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten, werden bei diesem Indikator durchgängig die Daten des Statistischen Bundesamtes zu Grunde gelegt.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt: Außenhandelsstatistik – Einfuhr und Ausfuhr (Spezialhandel), Tabelle 0517, Ursprungs-/Bestimmungsländer nach Gütergruppen auf der Basis der Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken; schriftliche Mitteilung vom 16.8.2004; eigene Berechnungen.

## Themenfeld U4: Betrieblicher Umweltschutz

### *Indikator U4: Anteil der deutschen Unternehmen in Costa Rica, die in ihren Betriebsstätten ein Umweltmanagementsystem nach ISO 14.001 oder EMAS eingeführt haben*

**Definition:** Mit der ISO 14.001 der Weltnormungsorganisation und dem Environmental Management and Audit Scheme (EMAS) der EU liegen international zwei inhaltlich weitgehend vergleichbare, freiwillige Umweltmanagementsysteme vor. Grundlage des auch als EG-Öko-Audit bezeichneten EMAS ist die 1993 verabschiedete EWG-Verordnung Nr. 1836/93, die im Jahr 2001 durch die EU-Verordnung 761/2001 abgelöst wurde (EMAS II). Von dem Indikator werden alle Unternehmensstandorte von den in der Deutsch-Costaricanischen Industrie- und Handelskammer vertretenen Unternehmen erfasst, die nach diesen Verordnungen durch einen Umweltgutachter validiert worden sind oder ein Umweltmanagement nach ISO 14.001 eingeführt haben.



**Beschreibung:** Die Deutsch-Costaricanische Industrie- und Handelskammer hatte Ende 2004 insgesamt 69 Mitglieder, darunter jeweils etwa eine gleich große Zahl costaricanischer und deutscher Unternehmen beziehungsweise Niederlassungen oder Repräsentanzen von Unternehmen aus Deutschland sowie einige international tätige Unternehmen, die keinem der beiden Länder zugeordnet werden können. Im Rahmen einer Sondererhebung wurden diese 69 Unternehmen danach befragt, ob sie ein Umweltmanagement nach ISO 14.001 oder EMAS

eingeführt haben. Nur ein costaricanisches Unternehmen, die Bananenfarm *Platanera Rio Sixaola*, hat die Befragung positiv beantwortet. Es wurde bereits im Jahr 1998 nach ISO 14.001 zertifiziert und hat zusätzliche Zertifizierungen nach *Eurepgap* und *Bandera Ecologica* erhalten. Die übrigen 68 Unternehmen antworteten entweder nicht oder haben kein Umweltmanagementsystem.

**Einordnung:** Der Rücklauf auf die schriftliche Befragung der AHK-Mitglieder war sehr gering. Die Auswertung lässt daher nur begrenzt Rückschlüsse über die tatsächliche Verankerung von Umweltmanagementsystemen in den befragten Unternehmen zu, auch wenn zu vermuten ist, dass für Unternehmen mit Zertifizierung ein Anreiz besteht, dies auch zu kommunizieren. Außerdem stützen begleitend durchgeführte Internetrecherchen und Einschätzungen der Außenhandelskammer die Annahme, dass die Verbreitung von ISO 14.001 und EMAS unter den Mitgliedern sehr gering ist. Abschließende Aussagen lassen sich auf der vorliegenden Datenbasis aber nicht treffen. Der Indikator wurde dennoch beibehalten, da er auf die Bedeutung des betrieblichen Umweltschutzes für eine nachhaltige Entwicklung hinweist und grundsätzlich die Möglichkeit besteht, die erforderlichen Daten im Zuge weiterer Recherchen noch zu erheben.

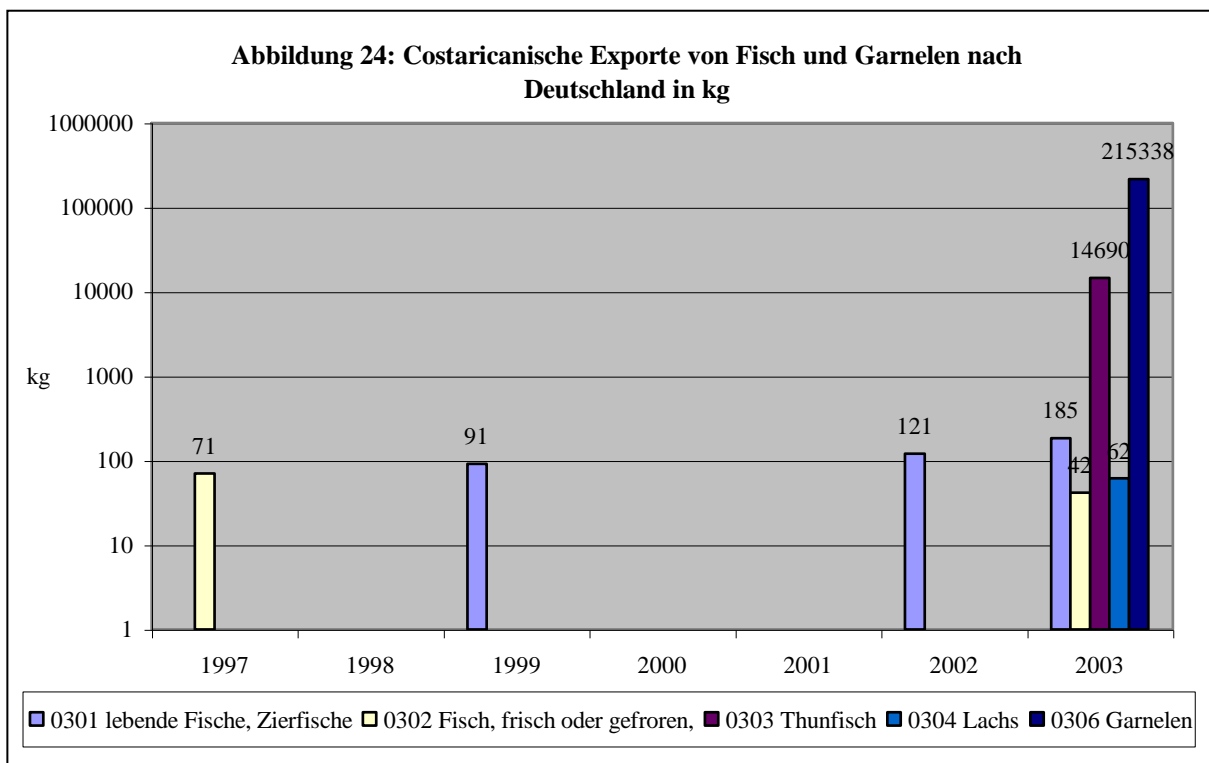
**Datenbasis:** Zur Ermittlung der Werte wurde für die vorliegende Untersuchung von der Außenhandelskammer in Costa Rica im dritten Quartal 2004 eine Mitgliederbefragung durchgeführt. Die Daten liegen daher nicht als Zeitreihe vor. Bei der Erhebung wurde neben den genannten Umweltmanagementsystemen auch nach der Einführung des Sozialstandards *Social Accountability SA 8000* und der Beteiligung an der Global Reporting Initiative (GRI) gefragt, um gegebenenfalls eine inhaltliche Ausweitung des Themenfeldes im Sinne der Nachhaltigkeit vornehmen zu können. Es wurde außerdem angestrebt, die Anwendung der unterschiedlichen Systeme getrennt nach Nationalitäten zu betrachten. Eine entsprechende Aufgliederung der Mitgliederstruktur war aber über die Außenhandelskammer nicht zu ermitteln. Trotz der Befragung durch die Außenhandelskammer ist die Datenlage im Bereich der Umwelt- und Sozialstandards unbefriedigend.

**Quelle:** Schriftliche Mitteilung der Deutsch-Costaricanischen Handelskammer vom 14.12.2004; Liste der Mitglieder der Kammer im Internet unter <http://www.ahkzakk.com/costarica/german/mitgli.htm>, Stand 7.11.2004; eigene Berechnungen.

## Themenfeld U5: Artenvielfalt und maritime Ökosysteme

### Indikator U5: Costaricanische Exporte von Fisch und Garnelen nach Deutschland in kg

**Definition:** Die in der costaricanischen Außenhandelsstatistik verzeichneten Mengen an Fisch, Schalentieren und Muscheln werden gesondert ausgewiesen. Generell sind bei der Klassifizierung nach HS-Code die in Kapitel 03 „Fische, Krustentiere, Muscheln und andere im Wasser lebende Wirbellose“ zusammengefassten Exportprodukte zu berücksichtigen; im Einzelnen werden hier folgende HS-Gruppen beziehungsweise Arten ausgewiesen: 0301 – Lebendfische, insbesondere Zierfische; 0302 – Fisch, frisch oder gefroren, ohne Fischfilet und -fleisch aus 0304; 0303 – Thunfisch und andere; 0304 – Fischfilet und -fleisch, hier: Lachs; 0306 – Schrimps und Garnelen unterschiedlicher Verarbeitung, hier: Garnelen



**Beschreibung:** Bis zum Jahr 2003 war der costaricanische Export von Fisch und Krustentieren im Handel mit Deutschland mengen- und auch wertmäßig sehr gering und fand nur vereinzelt statt. So wurden 1997 lediglich 71 kg Fisch exportiert, deren Wert mit 115 US-Dollar angegeben wird. Auch die Ausfuhr von Zierfischen ist mit insgesamt 397 kg und 4.700 US-Dollar im Vergleich zu dem 2003 erstmals erfolgten Export von Thunfisch und Garnelen mengenmäßig unbedeutend. Für die 2003 exportierten 14,7 t Thunfisch wird ein Exportwert (FOB) von 20.000 US-Dollar angegeben, die 215 t Garnelen erbrachten 662.000 US-Dollar.

**Einordnung:** Trotz seiner Lage zwischen Atlantik und Pazifik war in Costa Rica der Fischfang bis Mitte der 1990er Jahre von untergeordneter Bedeutung, in den Jahren 1985 bis 1995 lag die Fangmenge im Durchschnitt unter 15.000 t. Seither sind die Fangmengen angestiegen und lagen im Jahr 2000 bei 26.000 t. Während der Fischfang vor dem Hintergrund der zunehmenden Überfischung der Weltmeere gesehen werden muss, sind mit der Garnelenzucht zusätzliche ökologische Probleme verbunden. Garnelen werden zunehmend an tropischen Küsten in Aquakulturen gezüchtet. Während die FAO die Garnelenzucht in den 1980er Jahren mit dem Ziel propagierte, eine Verbesserung der Eiweißversorgung in Entwicklungsländern zu erreichen, werden Zuchtgarnelen mittlerweile fast ausschließlich in Industrieländer exportiert. Durch die Anlage von Zuchtbecken werden häufig ökologisch wertvolle Mangrovenwälder zerstört. Die hohen Besatzdichten erfordern die Zufütterung mit eiweißreichem Fischmehl – etwa zwei bis drei kg je produziertem kg Garnelen. Zur Vorbeugung von Krankheiten werden Pestizide und Antibiotika eingesetzt, außerdem werden große Mengen Trinkwasser benötigt. Vor diesem Hintergrund hat Thomas Fues in seiner Indikatorenstudie gefordert, den Import von Garnelen aus Entwicklungsländern auf Null zu reduzieren (vgl. Kapitel 3.4.1).

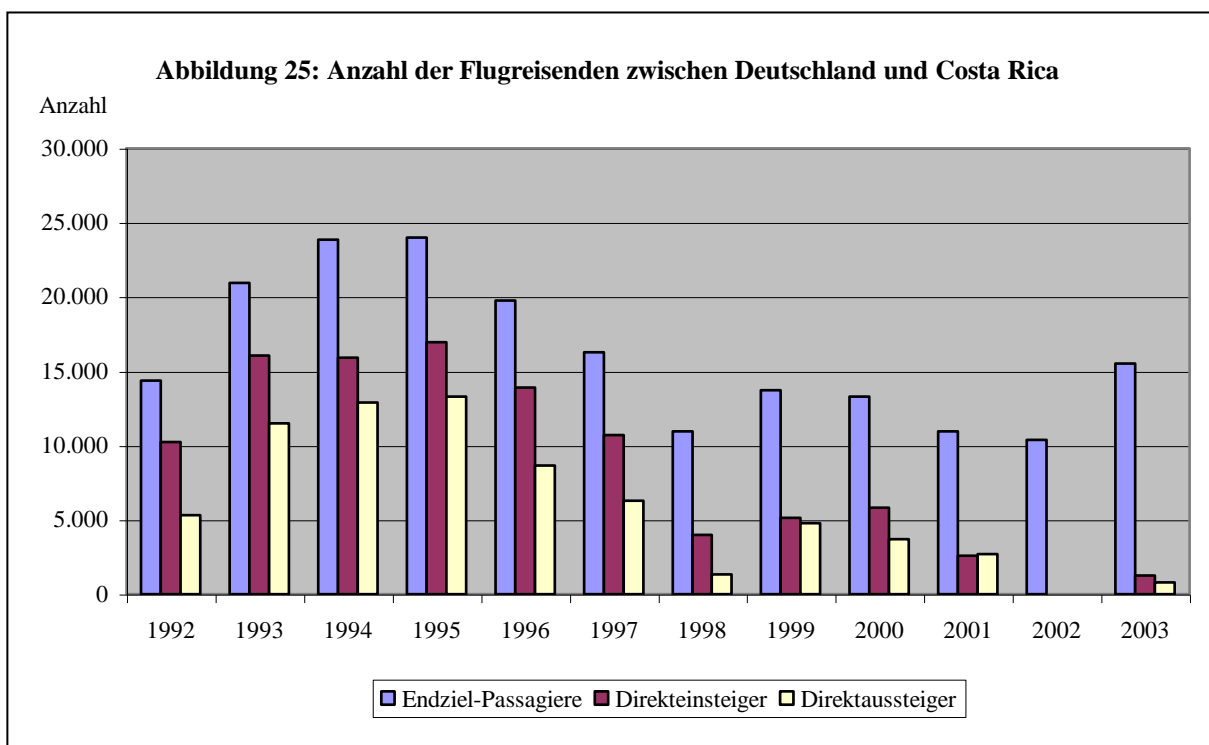
**Datenbasis:** Die Mengen und Preise für die nach Deutschland exportierten Fische und Krustentiere werden in der Datenbank von Procomer ausgewiesen, die die FOB-Preise und die Mengen aller Exportprodukte Costa Ricas ab 1997 umfasst – mit Ausnahme des Kaffees. Berücksichtigt werden dabei aber nur direkt nach Deutschland gelieferte Waren, über Drittländer erfolgende Importe bleiben dagegen unberücksichtigt.

**Quelle:** Promotora del Comercio Exterior de Costa Rica (Procomer), Datenbank unter: <http://www.procomer.com/est/index.cfm>, Stand: 5.8.2004; eigene Berechnungen. Pro Regenwald (1999): „Shrimps: Leckerbissen mit Beigeschmack – Ökologische und soziale Folgen der Garnelenzucht“, in: Pro Regenwald-Newsletter Nr. 13, 4-5.

## Themenfeld U6: Transportwesen und Verkehr

### Indikator U6: Anzahl der Flugreisen zwischen Deutschland und Costa Rica

**Definition:** Dargestellt wird die Zahl der Flugreisen von Deutschland mit dem Ziel Costa Rica, die so genannten „Endziel-Passagiere“, wobei auch Umsteigevorgänge berücksichtigt werden. Zahlen zu den Endziel-Passagieren von Costa Rica nach Deutschland liegen nicht vor. Ergänzend werden daher die Werte für die Direktaus- und Direkteinsteiger in Deutschland von beziehungsweise nach Costa Rica ausgewiesen. Eine Differenzierung nach Nationalität und Reisezweck ist nicht möglich.



**Beschreibung:** Die Zahl der Endziel-Passagiere weist starke Schwankungen auf. Einem Anstieg von 1992 bis 1995 um 67 Prozent auf 24.002 Flugreisende folgte eine Reduzierung bis 1998 um mehr als die Hälfte auf unter 11.000 Reisende. Nach einem Zuwachs von 25 Prozent im Jahr 1999 und anschließenden Rückgängen wurde 2002 mit 10.369 Passagieren der niedrigste Wert im Beobachtungszeitraum erreicht. Für 2003 ist dagegen wieder ein starker Zuwachs auf 15.531 Flugreisende zu verzeichnen. Die Zahlen für die Direktein- und Direktaussteiger zeichnen diese Entwicklungen bis 1997 nach. Seit 1998 bewegt sich die Zahl der Direktreisenden auf sehr niedrigem Niveau, 2002 gab es keine Direktflüge zwischen Deutschland und Costa Rica. Die Differenz zwischen Direktein- und Direktaussteigern zeigt, dass ein Teil des Reiseverkehrs über Drittländer verläuft.

**Einordnung:** Auf Grund der Entfernung ist das Flugzeug das mit Abstand bedeutendste Verkehrsmittel für Reisen zwischen beiden Ländern. Reisen kann den direkten Kontakt und damit auch den kulturellen, wissenschaftlichen und ökonomischen Austausch fördern. Mit dem Fliegen sind aber auch erhebliche Umweltbelastungen verbunden: Ein einfacher Flug von Frankfurt am Main nach San José verursacht klimarelevante Emissionen von 3,2 t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten und übersteigt damit das klimaverträgliche Jahresbudget eines Menschen. Die Zahl der in Deutschland startenden Endziel-Passagiere umfasst nur einen Teil der in Costa Rica mit dem Flugzeug einreisenden Deutschen (vgl. Indikator W6). Im Vergleich zum gesamten grenzüberschreitenden Flugverkehr aus Deutschland liegt der Anteil des Ziellandes Costa Rica unter einem Promille. Die Zahl der Einsteiger hat sich von 1990 bis 2000 von 25,5 Mio. auf 49,3 Mio. fast verdoppelt, die Zahl der Reisenden mit einem Ziel in Amerika stieg in dieser Zeit von 3,9 Mio. auf 5,9 Mio.; bis 2002 ging die Zahl der Einsteiger auf insgesamt 47 Mio., davon 5 Mio. mit Zielen in Amerika, zurück. Das relativ geringe Fluggastaufkommen hat dazu geführt, dass 2002 weder direkte Charter- noch Linienflugverbindungen bestanden, 2003 gab es nur eine geringe Zahl von Charterflügen, was sich negativ auf die Attraktivität des Reiseverkehrs zwischen beiden Ländern auswirkt.

**Datenbasis:** Die Zahlen für die Endziel-Passagiere sowie für die Direktein- und Direktaussteiger sind beim Statistischen Bundesamt verfügbar. Da keine Angaben zu den Endziel-Passagieren aus Costa Rica vorliegen und eine Unterscheidung nach Nationalität der Reisenden nicht möglich ist, gibt der Indikator nur zum Teil das Flugreiseaufkommen zwischen Deutschland und Costa Rica wieder.

**Quelle:** Statistisches Bundesamt: Auszug aus Fachserie 8, Reihe 6 – Luftverkehr, schriftliche Mitteilung vom 16.8.2004; zum Flugverkehr insgesamt: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (fortlaufend): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Tabelle 13.24, verschiedene Jahrgänge; zur Berechnung von Flugemissionen vgl. den „Emissionsrechner“ unter <http://www.atmosfair.com>, Stand 10.10.2004, eigene Berechnungen.



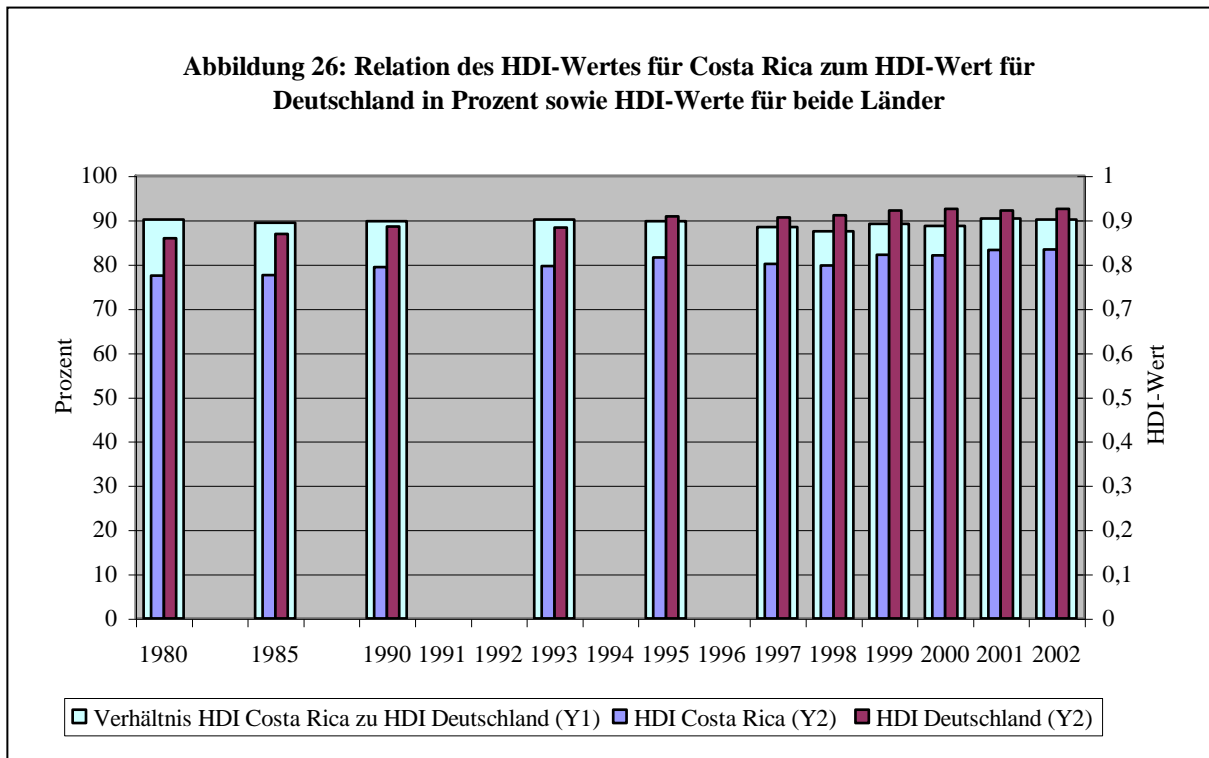


### **4.3.3 Indikatoren zur sozialen Dimension**

## Themenfeld S1: Menschliche Entwicklung

### *Indikator S1: Relation des HDI-Wertes für Costa Rica zum HDI-Wert für Deutschland in Prozent sowie HDI-Werte für beide Länder*

**Definition:** Zur Berechnung des Indikators wird der HDI-Wert für Costa Rica durch den HDI-Wert für Deutschland dividiert, dieser Quotient wird als Prozentwert ausgewiesen. Ergänzend werden die Einzelwerte für beide Länder angeführt.



**Beschreibung:** Im Jahr 2002 erreichte der HDI-Wert für Costa Rica 90,16 Prozent des HDI-Wertes für Deutschland, der Anteil war damit nur geringfügig höher als 1993 mit 90,15 Prozent und 1980 mit 90,1 Prozent. Zwischenzeitlich hatte sich der Abstand zwischen beiden Ländern hinsichtlich der durch den HDI gemessenen menschlichen Entwicklung vergrößert: 1997 erreichte Costa Rica nur 88,4 Prozent, 1998 sogar nur 87,5 Prozent des deutschen HDI-Wertes. Ursache dafür war der starke Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens in Costa Rica; gemessen in Kaufkraftparitäten ergab sich allein für 1998 eine Minderung um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Während sich der Unterschied im Entwicklungsniveau von 1990 bis 2002 nicht veränderte, haben sich die HDI-Werte für Deutschland und Costa Rica jeweils um 0,04 erhöht, was einem Zuwachs von 4,5 beziehungsweise fünf Prozent entspricht.

**Einordnung:** Aufbauend auf dem *capability*-Ansatz von Sen war der HDI vom UNDP entwickelt worden, um die den Menschen zur Verfügung stehenden Entfaltungsmöglichkeiten durch einen international vergleichbaren Index messen zu können. Der HDI ist – trotz der dargestellten konzeptionellen und statistischen Probleme – ein Maß zur Bestimmung der menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten, für das eine relativ hohe Akzeptanz nachgewiesen werden kann. Als Ziel einer am Leitbild der Nachhaltigkeit ausgerichteten internationalen Entwicklungspartnerschaft ist die Verringerung von Entwicklungsunterschieden anzusehen, die zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bestehen, wobei gleichzeitig auch für die Industrieländer eine Zunahme der Entfaltungsmöglichkeiten anzustreben ist. Gemessen an den jeweiligen HDI-Werten ist in Costa Rica und in Deutschland eine positive Entwicklung zu verzeichnen, jedoch hat sich die Differenz zwischen beiden Ländern seit 1980 nicht wesentlich verringert.

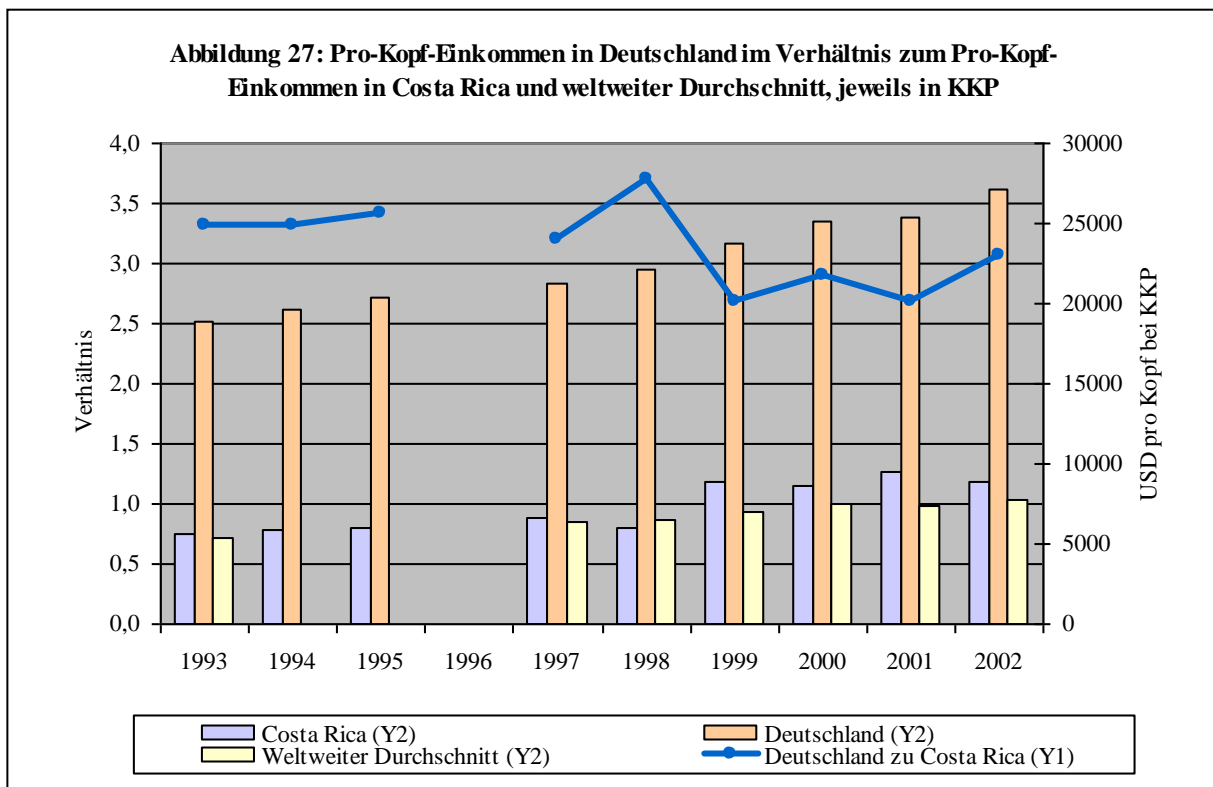
**Datenbasis:** Wegen der mehrfach vorgenommenen Veränderungen bei der Berechnung des Index ist ein Vergleich über einen längeren Zeitraum nur auf Grundlage der Rückberechnung möglich, die im HDR 2002, HDR 2003 und HDR 2004 jeweils unter Verwendung der gleichen Berechnungsformel für die Jahre 1980, 1985, 1990 und 1995 sowie 2000 beziehungsweise 2001 und 2002 erfolgt. Für die übrigen Jahre erfolgte hier die Berechnung auf der Basis der vom UNDP ausgewiesenen Ausgangswerte für die Teilindizes. Trotz gleicher Formel sind die Werte für Costa Rica für die Jahre 1980, 1985, 1990 und 1995 im HDR 2002 geringer als die hier verwendeten Werte aus dem HDR 2003, was auf die Verwendung unterschiedlicher Ausgangsdaten für Costa Rica im HDR 2002 hindeutet.

**Quelle:** United Nations Development Programme (fortlaufend): *Human Development Report*. New York: UNDP; Daten für 2002: HDR 2004; Daten für 1980, 1985, 1990, 1995 und 2001: HDR 2003; für 2000: HDR 2002; für 1993, 1997, 1998 und 1999: eigene Berechnungen auf der Basis der Angaben in HDR 1996, HDR 1999, HDR 2000 und HDR 2001; eigene Berechnungen.

## Themenfeld S2: Einkommensverteilung

### Indikator S2: Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland im Verhältnis zum Pro-Kopf-Einkommen in Costa Rica, jeweils in Kaufkraftparitäten

**Definition:** Bei der Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens in Kaufkraftparitäten (KKP) wird das Bruttonationaleinkommen pro Kopf für jedes Land gesondert gewichtet, um die internationale Vergleichbarkeit von Einkommen zu erhöhen. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage eines Warenkorbes; als Referenz dienen die USA. Ein Dollar bei KKP entspricht damit der Kaufkraft eines Dollars in der USA. Zur Berechnung des Indikators werden die Pro-Kopf-Einkommen in Costa Rica und Deutschland in Bezug zueinander gesetzt. Ergänzend wird die absolute Entwicklung der Einkommen in den beiden Ländern und im weltweiten Durchschnitt ausgewiesen.



**Beschreibung:** Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft lag das Pro-Kopf-Einkommen 2002 in Deutschland um den Faktor 3,07 höher als in Costa Rica; gegenüber 1993 bedeutet dies eine leichte Angleichung, denn damals lag der Wert bei 3,37. Die geringsten Unterschiede bestanden mit einem Faktor von 2,68 in den Jahren 1999 und 2001. Die Einkommensunterschiede nahmen 2002 wieder zu; während ein Deutscher umgerechnet 27.100

US-Dollar bei KKP zur Verfügung hatte, entfielen auf einen Costaricaner durchschnittlich 8.840 US-Dollar bei KKP – im weltweiten Durchschnitt waren es pro Kopf 7.804 US-Dollar.

**Einordnung:** Die Grafik zeigt, dass sich die durchschnittliche Einkommenssituation in Deutschland seit 1993 kontinuierlich verbessert hat. Die Pro-Kopf-Einkommen bei KKP sind in den betrachteten zehn Jahren mit 43,84 Prozent im gleichen Maß gestiegen wie der weltweite Durchschnitt, der um 43,77 Prozent zulegte. Das Pro-Kopf-Einkommen bei KKP in Costa Rica wuchs mit 55,63 Prozent stärker, doch verlief die Entwicklung wechselhafter, denn in den Jahren 1998, 2000 und 2002 mussten jeweils deutliche Rückgänge hingenommen werden. Durch die Gewichtung der Einkommen um die Kaufkraft stellen sich die Einkommensunterschiede zwischen den beiden Ländern erheblich anders dar als bei den ungewichteten Einkommen. Diese betragen 2002 in Costa Rica im Schnitt 4.271 US-Dollar und in Deutschland 24.051 US-Dollar, was einem Faktor von 5,6 entspricht. In dieser Betrachtung liegt das Pro-Kopf-Einkommen in Costa Rica unter dem weltweiten Durchschnitt von 5.174 US-Dollar.

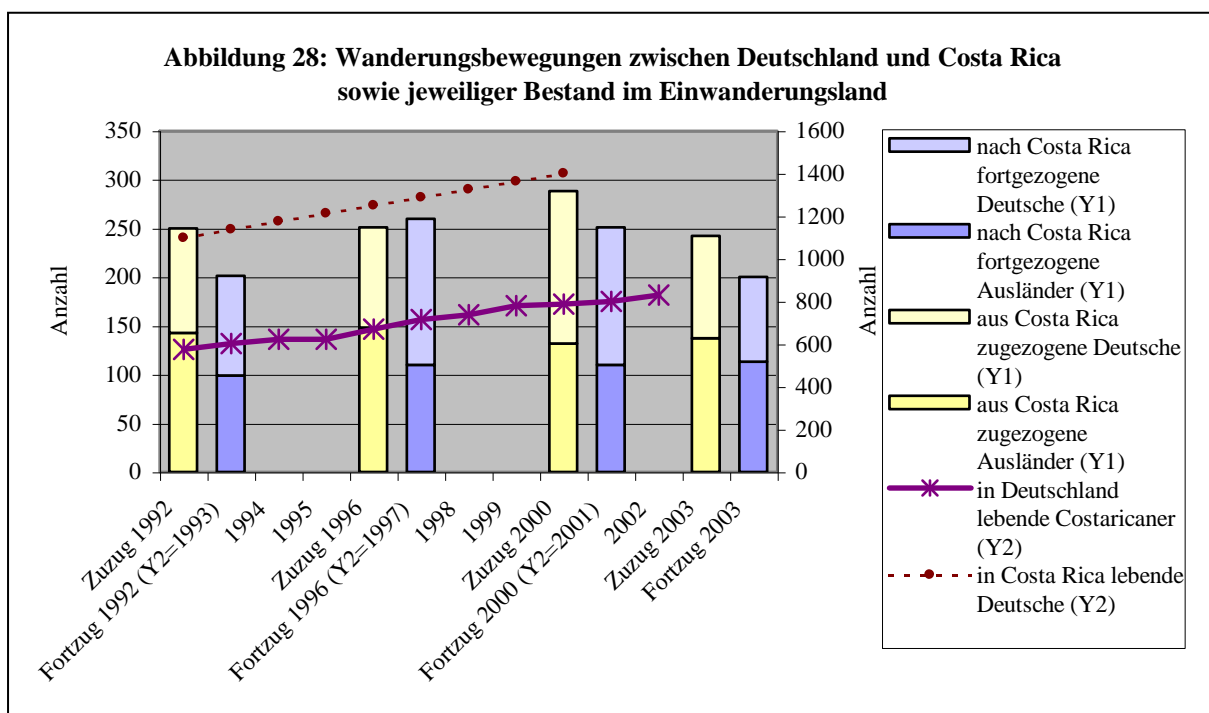
**Datenbasis:** Berechnungen zum Einkommen bei Kaufkraftparitäten werden von verschiedenen internationalen Institutionen vorgenommen – neben dem UNDP zum Beispiel auch von der Weltbank – wobei der Berechnungsmodus je nach Institution variieren kann. Das UNDP zählt in diesem Bereich zu den Vorreitern und weist entsprechende Daten für nahezu alle Länder im Human Development Report seit der ersten Ausgabe 1990 aus; allerdings gab es auch beim UNDP Modifikationen bei der Berechnung der Kaufkraftparitäten.

**Quelle:** United Nations Development Programme (fortlaufend): *Human Development Report*. New York: UNDP; Jahrgänge 1996-2004; eigene Berechnungen.

## Themenfeld S3: Migration

### Indikator S3: Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und Costa Rica sowie jeweiliger Bestand im Einwanderungsland

**Definition:** Mit dem Indikator werden die Zuzüge nach sowie die Fortzüge aus Deutschland mit Costa Rica als Herkunfts- beziehungsweise Zielland erfasst. In der amtlichen deutschen Statistik wird dabei jeweils zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden, wobei in der Kategorie Ausländer nicht zwischen Costaricanern und Migranten anderer Nationalität differenziert wird. Ergänzend wird die Zahl der in Deutschland lebenden Costaricaner und die Zahl der in Costa Rica lebenden Deutschen ausgewiesen.



**Beschreibung:** Im Zeitraum 1992 bis 2003 wanderten in den hier betrachteten Jahren zwischen 242 und 288 Personen aus Costa Rica nach Deutschland ein, während umgekehrt zwischen 200 und 260 Personen auswanderten. Mit Ausnahme des Jahres 1996 ergab sich jeweils für Deutschland ein positiver Wanderungssaldo von durchschnittlich 30 Personen pro Jahr. Die Zahl der Deutschen die aus- und wieder einwanderten ist mit einem Saldo von neun Personen in vier Jahren nahezu ausgeglichen; dagegen ergibt sich bei den Ausländern ein Überschuss der Einwanderungen nach Deutschland von 128. Die Bestandsentwicklung ist in beiden Fällen positiv. Im Jahr 2002 lebten 829 costaricanische Staatsangehörige in Deutschland, das sind 253 mehr als 1992. Die Zahl der in Deutschland geborenen und in Costa Rica lebenden Personen wurde beim Zensus des Jahres 2000 mit 1401 ermittelt, beim Zensus von 1984

waren es 796; davon jeweils etwa 60 Prozent Männer. Spiegelbildlich dazu sind von den in Deutschland lebenden costaricanischen Staatsangehörigen 61 Prozent Frauen.

**Einordnung:** Sowohl hinsichtlich der Wanderungsbewegungen als auch bei der Zahl der Immigranten ist die wechselseitige Bedeutung in beiden Ländern relativ gering. Deutschland rangiert zwar als Geburtsland unter den in Costa Rica lebenden Ausländern an 14. Stelle, doch gemessen an der Gesamtzahl von fast 300.000 im Ausland Geborenen ergibt sich ein Anteil von 0,47 Prozent. Mit über 226.000 Personen kommt die mit Abstand größte Gruppe der Ausländer in Costa Rica aus Nicaragua; an dritter Stelle folgen nach Panama und vor El Salvador die USA als Herkunftsland mit 9.500 Einwanderern. Der Anteil aller in Europa geborenen Einwohner Costas Ricas hat sich von 1984 bis 2000 auf 2,8 Prozent mehr als halbiert. Bezogen auf die Gesamtzahl der Einwanderungen von Ausländern nach Deutschland im Jahr 2003 entfallen auf Costa Rica 0,02 Prozent.

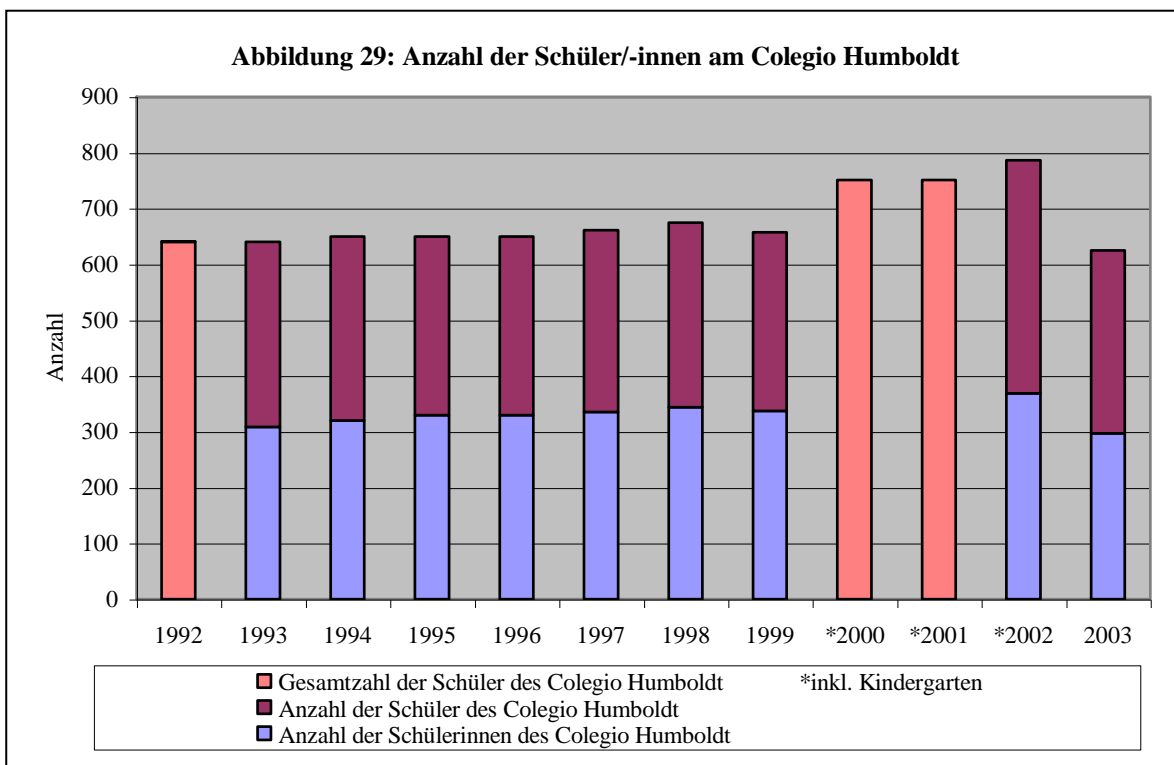
**Datenbasis:** Die Daten über Zu- und Fortzüge werden vom Statistischen Bundesamt nach Herkunfts- beziehungsweise Zielländern getrennt erfasst, aber nur für ausgewählte Länder veröffentlicht. Da bei ein- oder auswandernden Ausländern nicht nach Nationalität, sondern nur nach Herkunfts- und Zielland unterschieden wird, kann die tatsächliche Zahl der ein- oder auswandernden Costaricaner niedriger sein, als hier ausgewiesen. Beim Vergleich des jeweiligen Bestandes im Einwanderungsland ist zu beachten, dass in der deutschen amtlichen Statistik die Staatsangehörigkeit zu Grunde gelegt wird, während die hier für Costa Rica herangezogene Statistik auf das Geburtsland Bezug nimmt. Grundlage für die Zahl der in Costa Rica lebenden und in Deutschland geborenen Einwanderer sind die costaricanischen Zensuserhebungen von 1984 und 2000, die interpolierten Daten für die Jahre 1992 bis 1999 sind daher als Orientierungswerte zu verstehen.

**Quelle:** Zu Wanderungen und Bestandszahlen in Deutschland: Statistisches Bundesamt: Tabelle 15.1 – Wanderungen über die Grenzen Deutschlands nach Herkunfts- und Zielländern; Tabelle 5 – Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit; beide Tabellen als schriftliche Mitteilung vom 10.11.2004; Bestandszahlen in Costa Rica nach: Sistema de Información Estadística sobre las Migraciones en Centroamérica (SIEMCA): Costa Rica – Población total, País nacimiento abierto por sexo, 1984 y 2000, im Internet unter <http://www.siemca.iom.int/>; Stand: 12.11.2004; eigene Berechnungen.

## Themenfeld S4: Kultur und Bildung

### Indikator S4a: Anzahl der Schülerinnen und Schüler der deutschen Schule Colegio Humboldt

**Definition:** Angegeben wird die Zahl der Schüler, die die deutsche Auslandsschule in Costa Rica – das *Colegio Humboldt* in San José – besuchen. Dabei wird nach Jungen und Mädchen unterschieden. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das Schuljahr, das sich in Costa Rica von Februar bis Dezember erstreckt.



**Beschreibung:** Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist relativ stabil und bewegt sich an der Auslastungsgrenze der Humboldt-Schule. Von 1992 bis 1998 ist ein allmählicher Anstieg auf 675 Schüler zu verzeichnen. Danach gehen die Werte wieder etwas zurück und lagen 2003 bei 625. Die Angaben für die Jahre 2000 bis 2002 schließen den Kindergarten mit etwa 150 Plätzen ein und sind daher nicht unmittelbar vergleichbar. Der Anteil der Mädchen variiert zwischen 47 Prozent und 51 Prozent und liegt im mehrjährigen Durchschnitt bei 49,6 Prozent. Die costaricanischen Schüler/innen stellen mit 80 bis 85 Prozent das Gros der Schülerschaft, bei den übrigen handelt es sich überwiegend um deutsche Schüler/-innen und zu einem geringen Teil um Kinder aus Lateinamerika. An der Schule unterrichteten 2003 insgesamt 52 Lehrkräfte, das sind 13 weniger als 1993. Im gleichen Jahr legten elf Schüler/-innen das costaricanische *Bachillerato* (Klasse 11) und 23 die allgemeine deutsche Hochschulreife ab.



**Einordnung:** Die Humboldt-Schule in San José ist die älteste der vier deutschen Schulen in Zentralamerika; die drei übrigen befinden sich in El Salvador, Guatemala und Nicaragua und haben jeweils eine vergleichbare Größe. Zum Vergleich: In Chile gab es 2003 zwölf deutsche Schulen mit zusammen über 10.000 Schülern. Das *Colegio Humboldt* ist eine Privatschule und befindet sich in der Trägerschaft der *Institución Cultural Germano-Costaricense*. Es wurde 1912 gegründet und nach der Schließung während des Zweiten Weltkriegs 1956 wiedereröffnet. Die Schule führt zum Sekundarabschluss nach den Landesbestimmungen und ist daneben zu Prüfungen zur deutschen Hochschulreife und für das Deutsche Sprachdiplom I und II ermächtigt. Nach Einschätzung des Direktors der Humboldt-Schule ist unter den jährlich etwa 20 Abiturienten in den letzten Jahren der Anteil derer gestiegen, die ein Studium in Deutschland anschließen, wobei von Jahr zu Jahr starke Schwankungen zu verzeichnen sind. Die Humboldt-Schule ist gut ausgestattet und hat in San José einen sehr guten Ruf. Sie zählt zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens zu ihren Ehemaligen – darunter José María Figueres, Staatspräsident Costa Ricas von 1994 bis 1998, und Claudia Poll, Olympiasiegerin im Schwimmen 1996 – sowie seit mehreren Generationen Vertreter der einflussreichen deutschstämmigen Familien (Niehaus, Sauter, Steinvorth, Lehmann, Ossenbach). Für die 30 Plätze des Förderprogramms für einkommensschwache Familien gehen pro Jahr rund 150 Bewerbungen ein. Die Humboldt-Schule unterhält zu mehreren Gymnasien in Deutschland partnerschaftliche Beziehungen, in deren Rahmen ein regelmäßiger Schüleraustausch stattfindet.

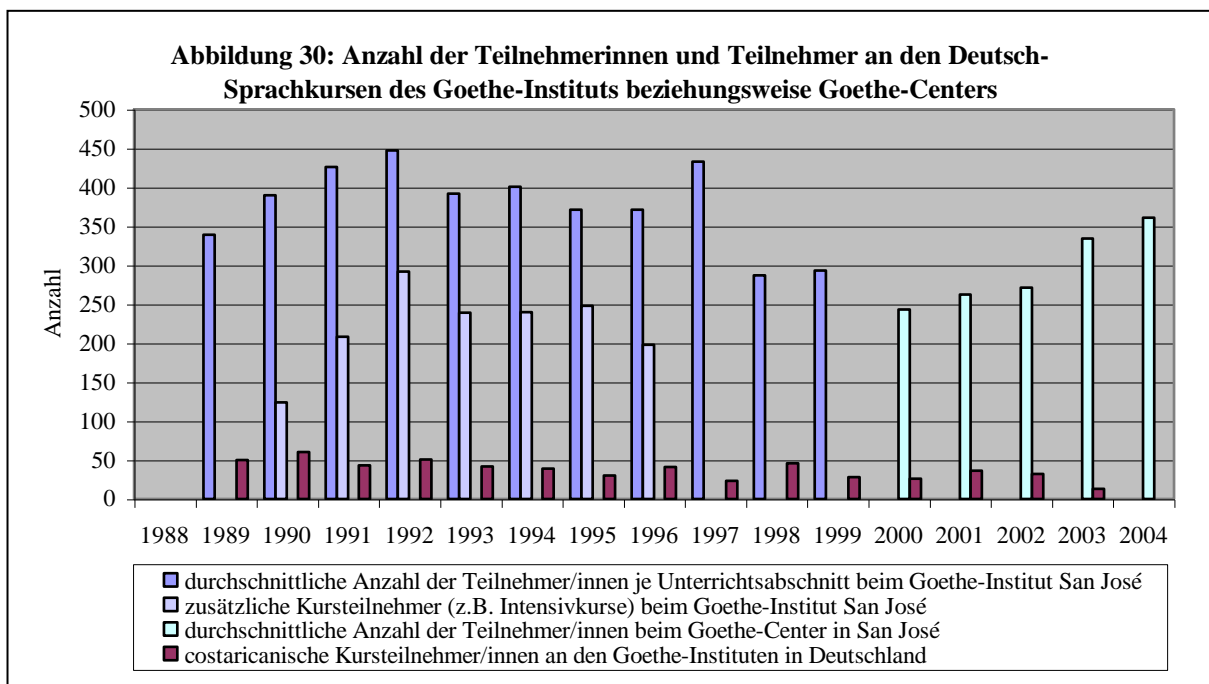
**Datenbasis:** Standardisierte Angaben zu den deutschen Auslandsschulen werden jährlich im so genannten „Auslands-Kunze“ des Deutschen Lehrerverbandes veröffentlicht. Für die Jahre 1996 und 2001 werden darin für das Colegio Humboldt jeweils zum Vorjahr identische Angaben gemacht, so dass es sich hierbei vermutlich um eine Wiederholung der Vorjahreswerte handelt, vgl. hierzu auch Meyermann (1995) für die Jahre 1991 und 1992.

**Quelle:** Deutscher Lehrerverband (Hrsg.) (1994-2004): Jahrbuch der aus der Bundesrepublik Deutschland an Auslandsschulen vermittelten Lehrkräfte. Kunzes Kalender für das Ausland. Münster: Verlag des Philologen-Jahrbuches; Interview mit Wilfried Schönberger, Direktor der Humboldt-Schule San José, am 3.3.2003.

## Themenfeld S4: Kultur und Bildung

### *Indikator S4b: Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Deutsch-Sprachkursen des Goethe-Instituts beziehungsweise Goethe-Centers*

**Definition:** Der Unterricht des Ende 1999 geschlossenen Goethe-Instituts war nach Trimestern organisiert. Als Indikatorwert wird die durchschnittliche Anzahl der Teilnehmer/innen aller Deutschkurse aus den drei Trimestern eines Jahres angegeben. Ergänzend werden, soweit verfügbar, die Teilnehmerzahlen zusätzlicher Kurse (insbesondere Intensivkurse in den Ferien) des Goethe-Instituts in San José ausgewiesen. Das seit 2000 bestehende Goethe-Center hat zwar die Trimester-Einteilung beibehalten, die Teilnehmerzahlen beinhalten aber zusätzlich die Sommerkurse; die Gesamtzahlen werden daher hier durch vier geteilt. Alle Angaben beziehen sich auf die Teilnehmerzahlen zu Beginn der Kurse. Als weitere Ergänzung wird die Zahl der Kursteilnehmer aus Costa Rica an den Sprachkursen aller Goethe-Institute in Deutschland aufgeführt.



**Beschreibung:** Das Goethe-Institut in San José wurde 1987 gegründet, Räume zur Durchführung von Sprachkursen standen aber erst ab Juli 1989 zur Verfügung; 1988 beschränkte sich die Tätigkeit auf Programmarbeit und pädagogische Verbindungsarbeit und den Aufbau des Instituts. Im Eröffnungsjahr 1989 wurde nur ein Trimester durchgeführt. Mit 339 Teilnehmern wurde dabei die Kapazitätsgrenze des Instituts schon fast erreicht, die von Paul Meyermann mit ca. 400 angegeben wird. Bis 1997 bewegte sich die durchschnittliche Teilnehmerzahl meist um diesen Wert. Das größte Interesse fanden die Deutschkurse im Jahr 1992 mit durchschnittlich 447 Teilnehmern am regulären Kursangebot und 292 Teilnehmern an Inten-

sivkursen. Die geringere Teilnahme von unter 300 Kursbesuchern in den Jahren 1998 und 1999 muss vor dem Hintergrund der Ende 1999 vollzogenen Schließung gesehen werden. Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen hat das Goethe-Center in den Jahren 2000 bis 2004 die Teilnehmerzahlen von 243 auf 361 steigern können.

**Einordnung:** Das Interesse an den Deutschkursen des Goethe-Instituts war von Beginn an sehr hoch. Dazu hat wesentlich beigetragen, dass Deutschland zur Zeit der Institutseröffnung durch die Wiedervereinigung in den costaricanischen Medien und der öffentlichen Wahrnehmung stark vertreten war. Der Rückgang 1993 wird von Meyermann mit der Zunahme ausländischer Ausschreitungen in Deutschland in dieser Zeit begründet. Dagegen werden vom Goethe-Institut sozioökonomische Entwicklungen in Costa Rica – insbesondere Einkommenseinbußen der Mittelschicht – als Gründe angeführt (vgl. Jahrbücher 1992/1993 und 1993/1994). Mit der Schließung des Instituts zum 31.12.1999 und seiner Umwandlung in ein Goethe-Center ab 1.1.2000 wurden neben den Unterrichtsangeboten auch die übrige staatlich geförderte Kulturarbeit in Costa Rica erheblich eingeschränkt, die bis dahin vom Institut neben der Spracharbeit geleistet worden war. Vom Goethe-Institut waren durchschnittlich 95 Kultur- und Informationsveranstaltungen pro Jahr durchgeführt worden; die Besucherzahl lag 1998 bei über 18.000. Auffallend ist, dass die Zahl der costaricanischen Teilnehmer an Sprachkursen der Goethe-Institute in Deutschland seit 1999 deutlich niedriger ist als zu Beginn der 1990er Jahre: 1990 nahmen 60 Costaricaner an diesen Kursen teil, 2002 waren es 32, ein Jahr später nur 13.

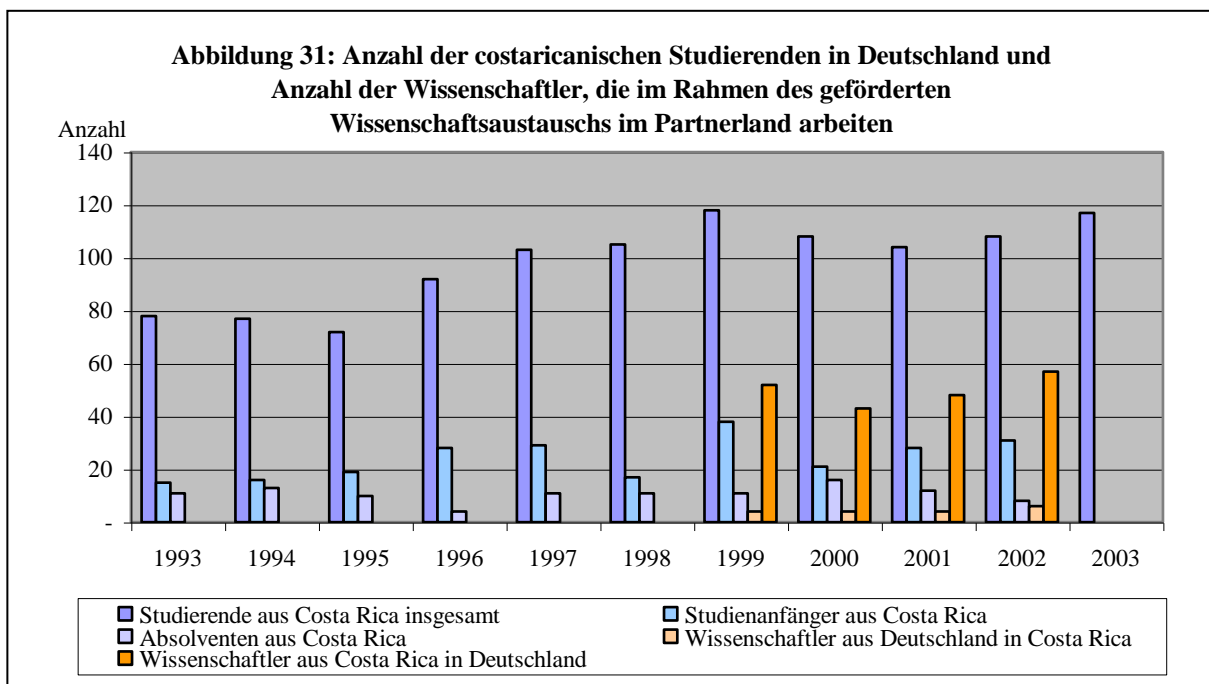
**Datenbasis:** Die Teilnehmerzahlen aller ausländischen Goethe-Institute sowie ergänzende Angaben zum Umfang des Unterrichtsangebotes, dem Personalbestand und zum kulturellen Programm werden im Jahresbericht des Goethe-Instituts aufgeführt. Für 1991 wird hier wegen der höheren Plausibilität der auf einer Erhebung in San José beruhende Wert von 426 von Meyermann (1995, 105) übernommen, der im Jahrbuch genannte Wert von 495 beruht möglicherweise auf einem Übertragungsfehler. Die Zahlen zum Goethe-Center sind bei diesem zu erheben; das Kursjahr 2000 begann dort erst im Februar.

**Quelle:** Goethe-Institut (Hrsg.): Jahrbuch, Jahrgänge 1988/1989 bis 2003/2004, München: Goethe-Institut; Meyermann, Paul (1995): Die Fortbildung für Lehrende des Deutschen als Fremdsprache im Ausland – Fallstudie zu Costa Rica, Zentralamerika. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik. Zum Goethe-Center: Schriftliche Mitteilung von Ursula de Hurtado vom Goethe-Center San José vom 18.12.2004.

## Themenfeld S5: Wissenschaftlicher Austausch

**Indikator S5: Anzahl der im Partnerland Studierenden und Anzahl der Wissenschaftler, die im Rahmen des geförderten Wissenschaftsaustauschs im Partnerland arbeiten**

**Definition:** Es wird zum einen die Anzahl der costaricanischen Studierenden insgesamt an deutschen Hochschulen ausgewiesen, wobei zusätzlich die Zahl der Studierenden im ersten Semester und die Zahl der Absolventen dargestellt wird. Als Studienanfänger gelten dabei alle, die erstmalig an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind – unabhängig von der Fachsemesterzahl im Herkunftsland. Zum anderen wird die Zahl der geförderten in- und ausländischen Wissenschaftler erfasst, die in Deutschland arbeiten und sich zu einem Arbeitsaufenthalt von einem Monat oder länger in Costa Rica aufgehalten haben beziehungsweise die in Costa Rica arbeiten und für einen Arbeitsaufenthalt von einem Monat oder länger im jeweiligen Berichtsjahr nach Deutschland kamen.



**Beschreibung:** Zu Beginn der 1990er Jahre studierten weniger als 80 Personen aus Costa Rica an deutschen Hochschulen, seit 1997 sind es in allen Jahren über 100 Personen gewesen; 2003 waren 117 Costaricaner eingeschrieben. Die Statistik erlaubt zwar keine Aussagen über die durchschnittliche Dauer des Studiums, doch zeigt das Verhältnis der Studienanfänger zur Gesamtzahl der Studierenden, dass die meisten mehrere Jahre in Deutschland studieren. Im Zeitraum 1993 bis 2002 haben durchschnittlich 11 Prozent ihr Studium an einer deutschen Hochschule abgeschlossen. Die Möglichkeit eines Aufenthalts im Partnerland wird von Wissenschaftlern aus Costa Rica wesentlich häufiger wahrgenommen als von ihren Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland. In den Jahren 1999 bis 2002 kamen im Rahmen des durch

Wissenschaftsorganisationen förderten Austausch 200 Personen nach Deutschland, während in dieser Zeit 18 Wissenschaftler aus Deutschland für einen Monat oder länger nach Costa Rica gingen.

**Einordnung:** Die Internationalität von Forschung und Lehre hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die verbesserten Möglichkeiten der Kommunikation wie Internet und E-Mail tragen ihrerseits zu einem internationalen Austausch bei, können persönliche Erfahrungen und Kontakte aber nicht ersetzen. Neben der Bereitschaft des Einzelnen, ein Studium oder eine wissenschaftliche Tätigkeit im Ausland aufzunehmen, hat der Zugang zu entsprechenden Fördermitteln hierauf erheblichen Einfluss. Die Gesamtzahl der ausländischen Studierenden in Deutschland hat sich von 1992 bis 2003 auf 227.000 verdoppelt.

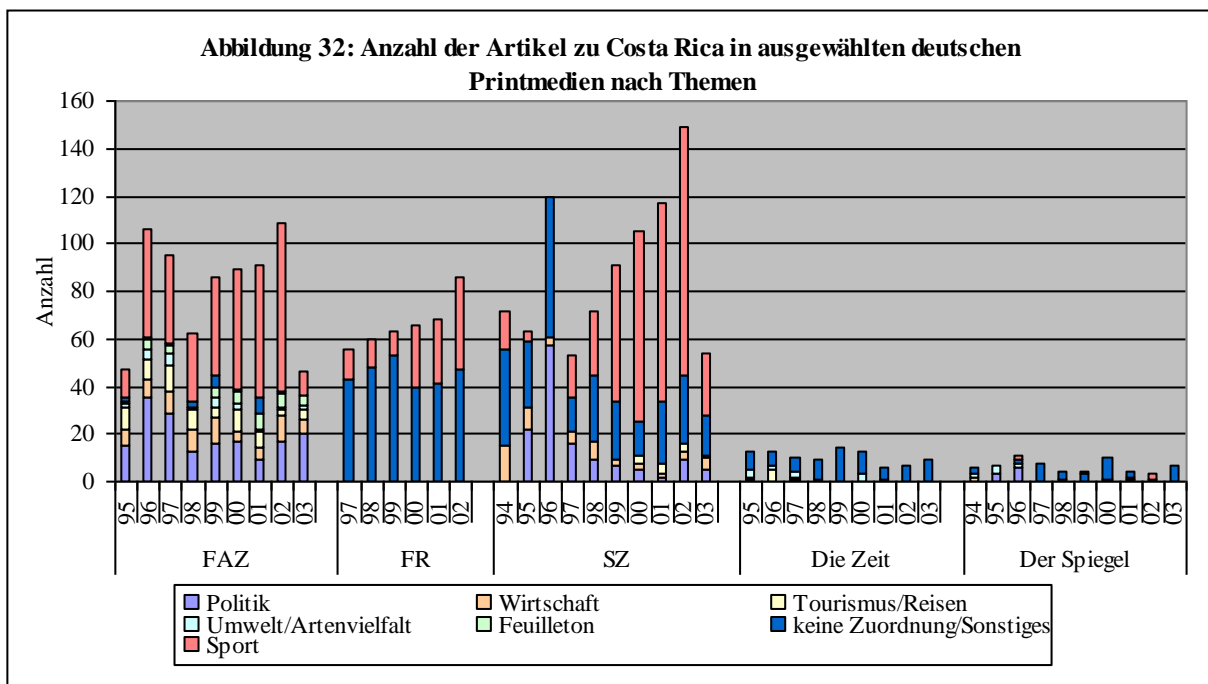
**Datenbasis:** Die zentrale Erfassung wesentlicher Daten zum internationalen Wissenschaftsaustausch in Deutschland weist – trotz eindeutiger Regelung im Hochschulstatistikgesetz – zahlreiche Defizite auf, die bislang nur zum Teil durch den vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) 1999 initiierten Datenreport „Wissenschaft weltoffen“ behoben werden konnten. Die bestehenden Probleme werden in diesem Bericht umfassend dokumentiert und analysiert. Lediglich bei der Erfassung ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen wird die Datenlage vom DAAD als sehr gut bezeichnet. Für die Zahl der deutschen Studierenden im Ausland liegen nur Schätzungen des Statistischen Bundesamtes für Länder mit mehr als 125 Studierenden vor. Costa Rica wird in dieser Statistik nicht ausgewiesen, da für dieses Land von einer geringeren Fallzahl ausgegangen wird. Die Angaben zu den Wissenschaftlern sind als Orientierungswerte zu verstehen und beziehen sich nur auf geförderte Forschungsaufenthalte.

**Quelle:** Zu Studierenden 1993 bis 2001: Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Bereich Hochschule, Tabelle „Studierende ausländischer Herkunft in Deutschland“ (1993-2001); im Internet unter <http://www.kmk.org/statist/home1.htm>; Stand 15.11.2004; alle übrigen Daten: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD): Wissenschaft weltoffen – Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland, verschiedene Jahrgänge, Bielefeld; hier zitiert nach den Datentabellen unter <http://www.wissenschaft-weltoffen.de>, Stand 15.11.2004.

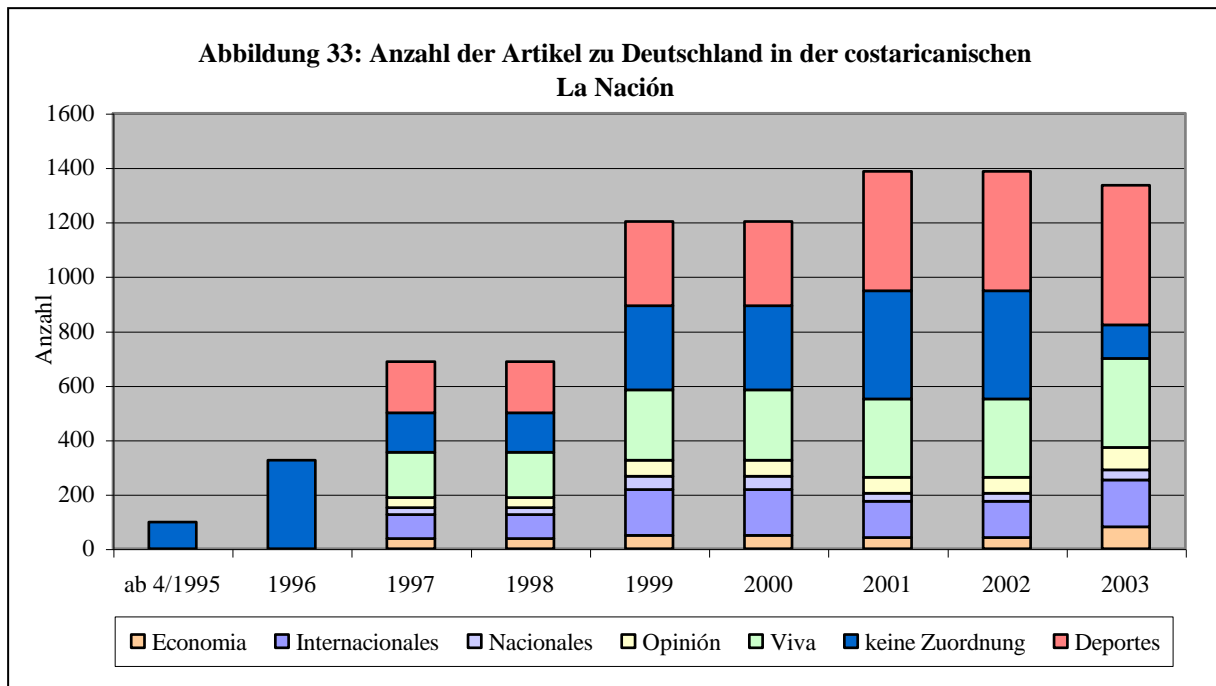
## Themenfeld S6: Berichterstattung in den Medien

### Indikator S6: Anzahl der Artikel über das Partnerland in ausgewählten Printmedien nach Themen

**Definition:** Im Sinne einer quantitativen Medienanalyse wird die Anzahl der Artikel in ausgewählten deutschen Printmedien erfasst, in denen der Begriff „Costa Rica“ genannt wird. Im Einzelnen wurden dazu die überregionalen Tageszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Frankfurter Rundschau“ und „Süddeutsche Zeitung“ sowie die Wochenzeitung „Die Zeit“ und das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ herangezogen. Soweit möglich, wurden die Beiträge nach Themen sortiert. Beispielhaft wurden die Beiträge der „Zeit“ auf ihre inhaltliche Relevanz überprüft. Zum Vergleich wird die Anzahl der Beiträge der costaricanischen Tageszeitung „La Nación“ angegeben, die den Begriff „Alemania“ beinhalten.



**Beschreibung:** Das dominierende Thema in den Beiträgen der drei deutschen überregionalen Tageszeitungen zu Costa Rica ist der Sport, insbesondere in Jahren mit großen internationalen Sportereignissen unter costaricanischer Beteiligung wie im Fall der Fußball-Weltmeisterschaft 2002. Die Anzahl der übrigen Artikel liegt meist jeweils zwischen 40 und 60 Artikeln pro Jahr und ist seit 1999 bei allen Blättern tendenziell rückläufig, wobei die geringen Fallzahlen bei „Zeit“ und „Spiegel“ keine verlässlichen Trendaussagen zulassen. Die vergleichsweise hohen Werte des Jahres 1996 sind vor dem Hintergrund eines Entführungsfalles zu sehen, bei dem eine Deutsche und eine Schweizerin in Costa Rica von Nicaraguanern entführt worden waren.



Die Zahl der erfassten Beiträge über Deutschland in *La Nación* hat seit 1996 stark zugenommen und lag 2003 mit 1.335 um ein Vielfaches über den Vergleichswerten von FAZ und SZ mit 46 beziehungsweise 54 Artikeln. Im Ressort Internationales von *La Nación* erschienen 2003 173 Beiträge, viele davon zur deutschen Haltung im Irak-Krieg. Im Zuwachs bei den Sportbeiträgen im Jahr 2003 zeigen sich bereits die Auswirkungen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland.

**Einordnung:** Die Auswahl von *La Nación* ist zwar nicht repräsentativ für die costaricanische Medienlandschaft, doch markieren die Zahlen einen deutlichen Unterschied in der wechselseitigen Wahrnehmung. Vergleichszahlen zur costaricanischen *La Republica* – von Januar bis November 2004 erschienen darin 575 Artikel zu Deutschland – stützen diese Beobachtung. Die drei deutschen Tageszeitungen brachten von 2001 bis 2003 jeweils durchschnittlich 87 Artikel pro Jahr, über die Hälfte davon aus dem Bereich Sport; für die übrigen Themen ergibt sich daraus eine Nennung von 0,7 pro Woche. Demgegenüber erscheinen in *La Nación* täglich im Durchschnitt 4,5 Beiträge, in denen Deutschland zumindest erwähnt wird. Dass darin nicht nur die größere internationale politische und ökonomische Bedeutung Deutschlands zum Ausdruck kommt, zeigt der relativ geringe Anteil entsprechender Beiträge im Vergleich zu gesellschaftlichen Themen in den Ressorts *Viva* und Sport; die Sportbeiträge in *La Nación* etwa behandeln regelmäßig auch nationale Ereignisse wie die deutschen Bundesligen für Fußball und Basketball.

Die Auswertung der 102 „Zeit“-Artikel von 1995 bis 2003 ergab, dass davon nur 29 Artikel Themen aus Costa Rica zum Gegenstand hatten; in den übrigen wurde lediglich der Name in anderen Zusammenhängen verwendet. Von den 29 substantiellen Beiträgen bezogen sich sieben auf Costa Rica als Reiseland und zehn auf den Bereich Umwelt, wobei hier (wie bei den Reiseberichten) das Thema Artenvielfalt vorherrschend ist. Die Berichterstattung in den deutschen Tageszeitungen ist stark von Krisenphänomenen geprägt. Zwar nicht repräsentativ, aber doch beispielhaft zeigt sich dies an den FAZ-Artikeln des Jahres 1996: Von den 35 Beiträgen des Politik-Ressorts beschäftigten sich 14 mit der Entführung einer deutschen Urlauberin, vier mit einer weiteren Entführung von Niederländern, zwei mit einem Unglück in einem Fußballstadion in Guatemala (bei dem während eines Länderspiels gegen Costa Rica 80 Menschen starben). Jeweils zwei Artikel befassten sich mit einem Erdbeben und einem Fall von Rauschgiftschmuggel, zwei weitere mit einem Brand in einem Nationalpark und mit einem Unwetter in Mittelamerika. Die in diesem Jahr vorgenommene Kabinettsumbildung der costaricanischen Regierung schlug sich in einem Artikel nieder. Die hier durchgeführte quantitative Auswertung kann eine qualitative Analyse zum jeweiligen Bild des Partnerlandes in den Medien nicht ersetzen, zeigt aber, dass die Berichterstattung in Deutschland der Vielschichtigkeit der sozioökonomischen Situation in Costa Rica nicht gerecht wird.

**Datenbasis:** Die Auswertung der deutschen Printmedien erfolgte auf der Grundlage der als CD-ROM verfügbaren elektronischen Archive; die Artikel wurden durch Volltextsuche zum Stichwort „Costa Rica“ ermittelt. Das Online-Archiv von *La Nación* fasst jeweils zwei Jahrgänge (1997 – 1998 etc.) zusammen, für die hier der Mittelwert wiedergegeben wird. Die Jahre 1995, 1996 und 2003 wurden gesondert ausgewertet. Die Einteilung nach Themen erfolgte entsprechend der internen Zuordnung zu Ressorts. Die zusätzlich angestrebte Auswertung von *La Republica* und *Prensa Libre* war aus technischen Gründen nicht möglich, da beide Tageszeitungen keine vergleichbaren Archiv-Recherchen anbieten.

**Quelle:** Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jahrgänge 1995–2003, Frankfurter Rundschau Jahrgänge 1997–2002, Süddeutsche Zeitung, Jahrgänge 1994–2003, Die Zeit, Jahrgänge 1995–2003, Der Spiegel, Jahrgänge 1994–2003; jeweils als CD-ROM-Archiv; Internet-Archiv der costaricanischen Zeitung *La Nación* unter <http://www.nacion.com>, Stand 9.12.2004; eigene Berechnungen.

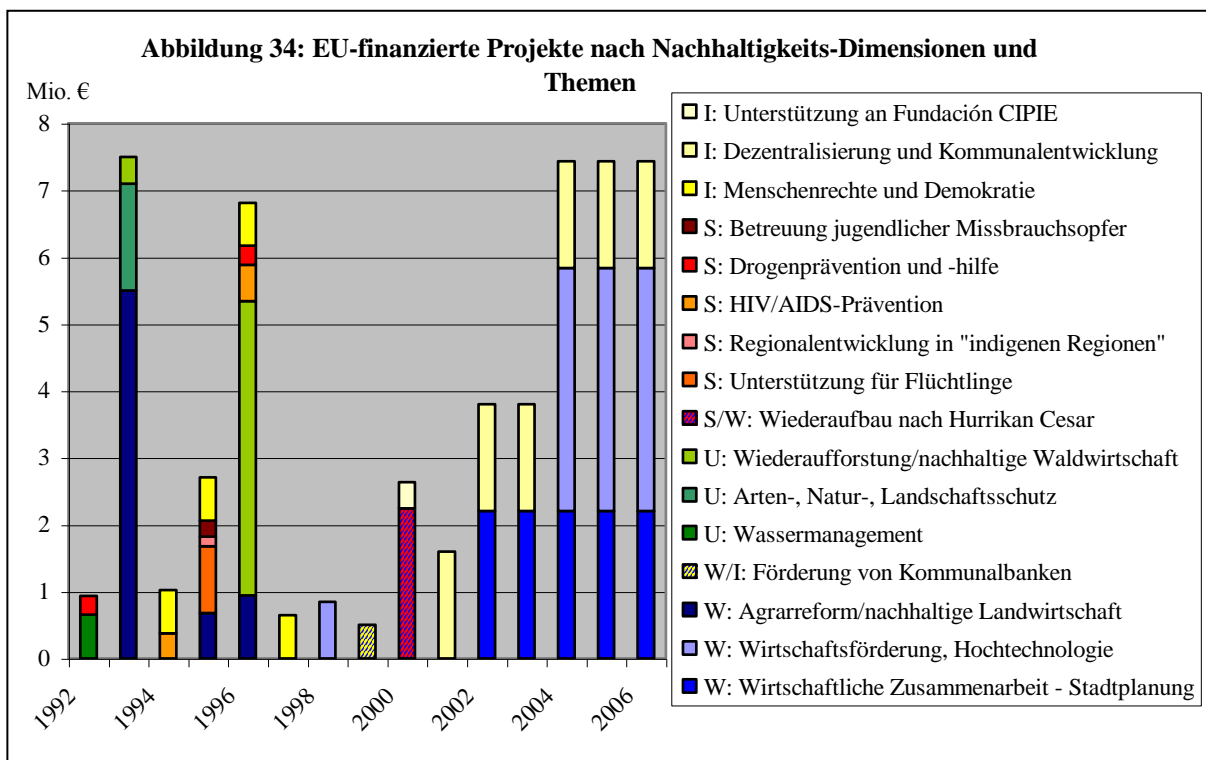


#### **4.3.4 Indikatoren zur institutionellen Dimension**

## Themenfeld I1: Multilaterale Kooperation

**Indikator:** *EU-finanzierte Projekte nach Nachhaltigkeits-Dimensionen und Themen in Mio. €*

**Definition:** Es werden die von der EU-Kommission zur Durchführung in Costa Rica bereitgestellten Projektmittel in Mio. Euro ausgewiesen. Die Zuordnung zu den vier Nachhaltigkeits-Dimensionen Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Institutionen erfolgt entsprechend der durch den Projekttitel bezeichneten Schwerpunkte. Die Angaben beziehen sich auf die Mittelzusagen, nicht auf die tatsächlichen Mittelabflüsse. Soweit sich die Zusagen für ein Projekt erstrecken über mehrere Jahre, wird die Summe bei der Berechnung des Indikators gleichmäßig über die gesamte Projektlaufzeit verteilt.



**Beschreibung:** Die von der EU finanzierten Projekte weisen im Zeitraum 1992 bis 2000 sowohl hinsichtlich der Themenschwerpunkte als auch bezüglich ihres Umfangs eine relativ große Streuung auf und erstrecken sich über alle vier Nachhaltigkeits-Dimensionen. Eine eindeutige thematische Schwerpunktsetzung erfolgte in dieser Zeit nicht. Das größte Einzelprojekt der 1990er Jahre wurde 1994 zur Förderung der Agrarreform in der Region *Osa Golfito* bewilligt und hatte ein Volumen von 5,5 Mio. €. Das mit 4,4 Mio. € zweitgrößte Projekt hatte den Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern in der Nord-Atlantikregion zum Gegenstand. Auffallend ist, dass es sich bei den sieben kleineren Projekten unter 0,5 Mio. €

fast ausschließlich um soziale Projekte handelt, darunter das mit 146.000 € kleinste Projekt zur „Integrierten ländlichen Entwicklung in indigenen Regionen“. Insgesamt wurden von 1992 bis 2000 23,6 Mio. € zugesagt, was einem jährlichen Durchschnitt von 2,6 Mio. € entspricht. Da die Planungen im Rahmen des „Länderstrategiepapiers 2002 – 2006“ Zusagen über 31,5 Mio. € vorsehen, ergibt sich für den Gesamtzeitraum 1992 bis 2006 ein Volumen von 55,1 Mio. €.

**Einordnung:** Der deutliche Rückgang in den Jahren 1997 und 1998 wird von der EU-Kommission damit begründet, dass wegen der Ausarbeitung eines neuen strategischen Rahmens in dieser Zeit keine neuen Projekte mehr bewilligt wurden. Diese Neuausrichtung kommt in dem „Länderstrategiepapier 2002 – 2006“ in einer Konzentration der Mittel auf wenige, dafür aber größere Projekte zum Ausdruck. Gegenüber der früheren Länderstrategie für 1998 bis 2000 wurde die Laufzeit auf fünf Jahre verlängert und die Projektzusagen deutlich erhöht. Die im Jahr 2002 beschlossenen drei Projekte mit einem Umfang zwischen 9,6 Mio. € und 11 Mio. € sind der institutionellen und ökonomischen Dimension zuzurechnen; Projekte mit sozialem oder ökologischem Schwerpunkt werden im Rahmen der neuen Strategie nicht gefördert.

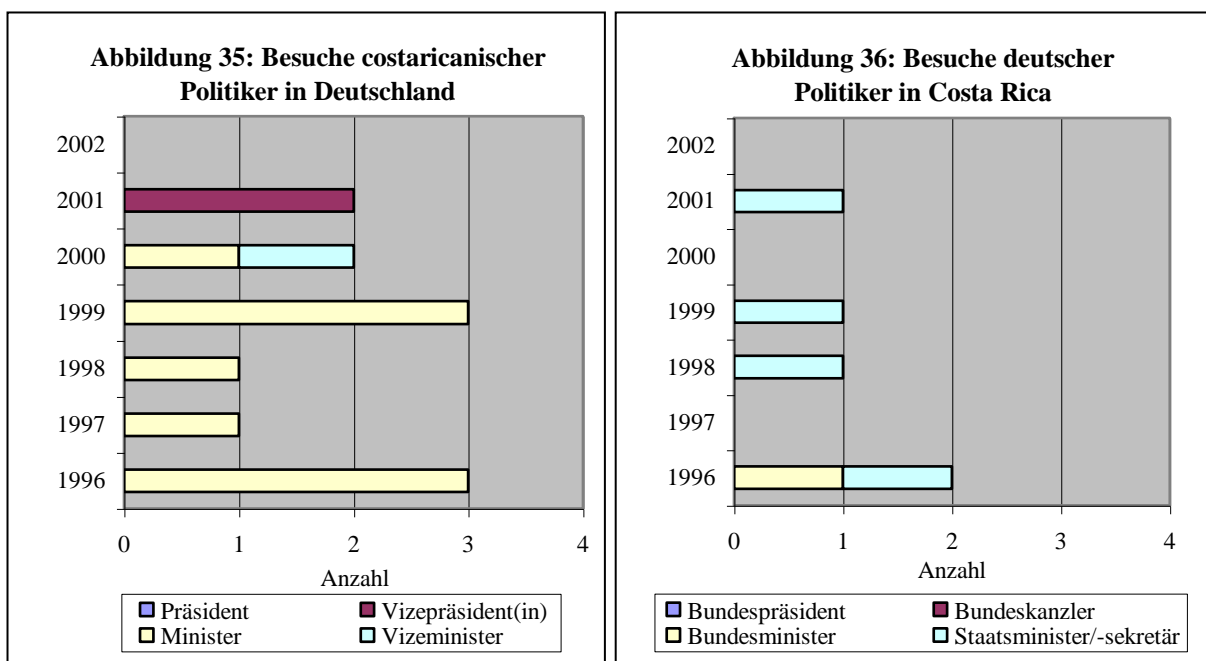
**Datenbasis:** Die zugesagten Projektmittel sind dem *Country Strategy Paper 2002 – 2006* der EU-Kommission zu entnehmen. Bei einem Projekt zu Menschenrechte und Demokratie (1994 bis 1997) sowie den Projektzusagen für 2002 bis 2006 wird eine mehrjährige Laufzeit ausgewiesen, was – zumindest in der Darstellung – zu einem kontinuierlicheren Mittelzufluss führt. Eines der drei Projekte aus dem „Strategiepapier 2002 – 2006“ zu Dezentralisierung und Kommunalentwicklung wurde bereits im Dezember 2001 beschlossen. In der Auflistung der EU-Kommission wird die Zusage über 9,6 Mio. € dem Jahr 2001 zugerechnet, während sie hier über den Zeitraum 2001 bis 2006 gemittelt wird. Die Angaben zur Wirtschaftsförderung für 2004 bis 2006 beruhen auf der Planung im Strategiepapier; ein entsprechender Beschluss konnte bis Ende Januar 2005 nicht verifiziert werden.

**Quelle:** European Commission (Hrsg.) (2002): *Country Strategy Paper 2002 – 2006 Costa Rica*, Brussels; im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/costarica/csp/02\\_06en.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/costarica/csp/02_06en.pdf); Stand: 25.6.2002; Daten für 1992-2001 darin als Annex 4. European Commission (Hrsg.) (2004): *EU's External Assistance to Latin America, 2000-2003*, Memo/04/120, Brussels, vom 25. Mai 2004.

## Themenfeld I2: Bilaterale politische Zusammenarbeit

### Indikator I2: Anzahl der gegenseitigen Besuche auf unterschiedlichen politischen Ebenen

**Definition:** Wegen der unterschiedlichen Regierungsformen beider Länder müssen verschiedene Positionen berücksichtigt werden. Aus der Aufstellung der deutschen Botschaft über gegenseitige Besuche werden für Costa Rica das Amt des Präsidenten und seiner Stellvertreter/innen sowie Personen im Rang eines Ministers und Vizeministers erfasst. Auf deutscher Seite fließen das Amt des Bundespräsidenten, das des Bundeskanzlers sowie die Ämter Bundesminister, Staatsminister und Staatssekretäre in die Auswertung ein.



**Beschreibung:** Auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs gab es im Zeitraum Januar 1996 bis Februar 2002 keine Besuche. Für die übrigen drei Kategorien ist festzustellen, dass aus Costa Rica wesentlich mehr und gleichzeitig höherrangige Besucher nach Deutschland kamen als von Deutschland nach Costa Rica reisten. In den gut sechs Jahren standen zwölf offiziellen Besuchen in Deutschland fünf Besuche in Costa Rica gegenüber. Aus Costa Rica kamen 2001 die erste und zweite Vizepräsidentin, in den Jahren zuvor jeweils zweimal die Außen-, Umwelt- und Landwirtschaftsminister sowie die Minister für Verkehr, Tourismus und Transport. Ein weiterer Besuch wurde im Jahr 2000 vom Vizeminister für Umwelt und Verkehr durchgeführt. Bei den fünf Besuchern aus Deutschland handelte es sich in drei Fällen um einen Staatsminister des Auswärtigen Amtes und einmal um einen Staatssekretär aus dem

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der einzige deutsche Minister war im betrachteten Zeitraum Bundesumweltminister Dr. Klaus Töpfer.

**Einordnung:** Die politischen Beziehungen werden von beiden Seiten allgemein als sehr gut beschrieben. Bei den politischen Besuchen scheinen die jeweiligen Rollen jedoch klar verteilt und spiegeln die unterschiedliche politische und ökonomische Bedeutung der beiden Länder wider. Hochrangige Besuche aus Deutschland finden kaum statt. Wenn es – jenseits des San-José-Dialoges – Gespräche auf Ministerebene oder der Ebene der Staats- und Regierungschefs gab, fanden diese in Deutschland statt.

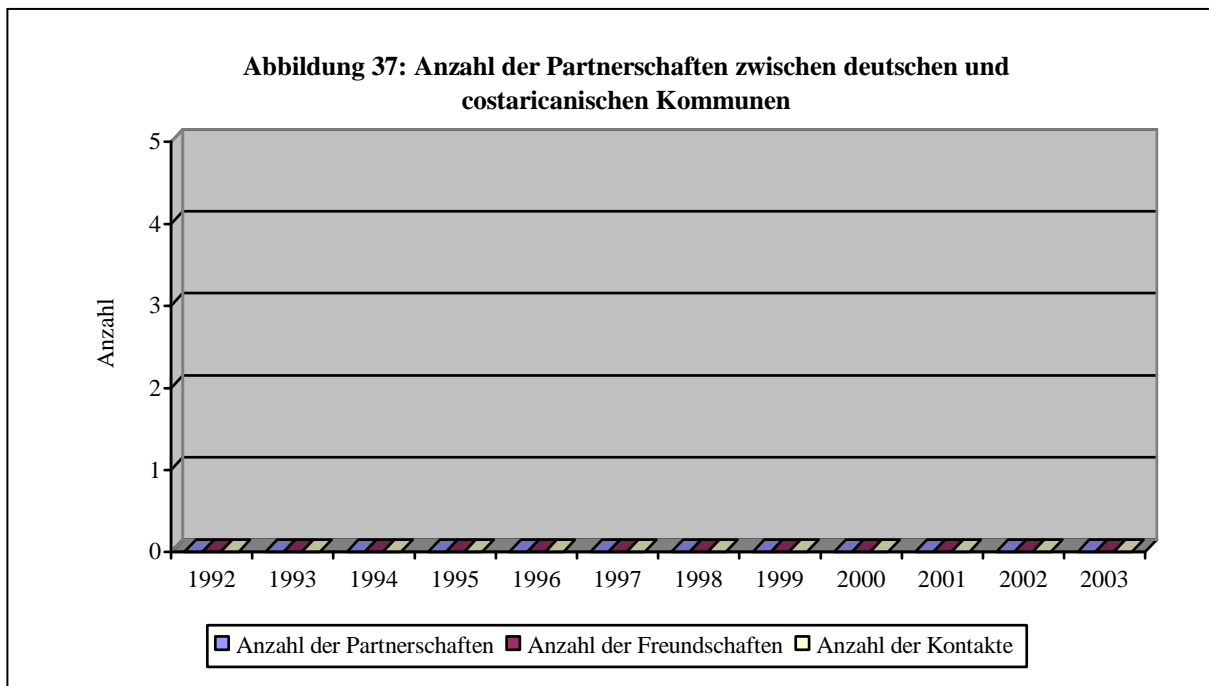
**Datenbasis:** Von den deutschen Botschaften wird eine Liste über die „Gegenseitigen Besuche“ geführt, deren Aktualität je nach Botschaft variiert. Im Falle von Costa Rica waren zum Stand 31.12.2004 die Besuche bis Mai 2002 verzeichnet. Aktuellere Daten waren weder beim Auswärtigen Amt noch bei der Botschaft in San José zu ermitteln. Die Besuchliste umfasst neben dem genannten Personenkreis beispielsweise auch Wirtschaftsvertreter und Personen des öffentlichen Lebens. Die protokollarische Einstufung der Besuche von Staats- und Regierungsvertretern geht aus der Aufstellung nicht hervor.

**Quelle:** Deutsche Botschaft San José, Costa Rica: „Gegenseitige Besuche“, Aufstellung, im Internet unter [http://www.embajada-alemana-costarica.org/de/aussenpolitik/bilat\\_bez/besuche.html](http://www.embajada-alemana-costarica.org/de/aussenpolitik/bilat_bez/besuche.html), Stand: 28.2.2005; schriftliche Mitteilung der deutschen Botschaft vom 27.12.2004.

## Themenfeld I3: Kooperation auf lokaler Ebene

### *Indikator I3: Anzahl der Partnerschaften zwischen deutschen und costaricanischen Kommunen*

**Definition:** Es sollen die kommunalen „Partnerschaften“ sowie ergänzend die als „Freundschaft“ und „Kontakt“ klassifizierten offiziellen Beziehungen ausgewiesen werden. Gemäß der Definition des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wird unter „Partnerschaft“ eine förmliche, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Beziehung verstanden, die auf einem Partnerschaftsvertrag beruht. Als „Freundschaft“ wird eine Verbindung definiert, die auf einer Vereinbarung basiert, die aber zeitlich und/oder inhaltlich begrenzt ist beziehungsweise sich auf genau spezifizierte Projekte bezieht. Als „Kontakt“ wird eine Verbindung bezeichnet, die keine förmliche Festlegung zur Grundlage hat.



**Beschreibung:** Die Recherche ergab, dass es bislang keine kommunale Partnerschaft zwischen beiden Ländern gibt. Neben der Erhebung der Anzahl kommunaler Partnerschaften war hier eine Befragung zu den Inhalten der Zusammenarbeit und insbesondere zur Bedeutung des Leitbildes der Nachhaltigkeit vorgesehen, die damit nicht durchgeführt werden konnte.

**Einordnung:** Für andere Länder der Region lassen sich kommunale Partnerschaften ermitteln; die Werte weisen dabei eine große Streuung auf. Für Honduras und Guatemala sind zwar keine Partnerschaften, aber jeweils ein Kontakt nachzuweisen. Für Belize, Panama und El Salvador waren keine Werte zu ermitteln, da diese Länder nicht in der Datenbank aufgeführt sind. Zwei Partnerschaften und ein Kontakt bestehen zu mexikanischen Kommunen. Eine

Sonderrolle nimmt Nicaragua mit 22 Partnerschaften sowie fünf Freundschaften und zwei Kontakten ein. Die erste Partnerschaft wurde 1966 von Berlin eingegangen. Sie blieb während der Somoza-Zeit (1967-79) die einzige. Von den 22 Partnerschaften wurden 14 in den 1980er Jahren geschlossen, also während der Zeit der Sandinisten; weitere sechs folgten in den 1990er Jahren, eine im Jahr 2000. Als beispielhaft wird häufig die Partnerschaft zwischen Nürnberg und San Carlos in Nicaragua bezeichnet. Im Vergleich zu den deutschen Partnerschaften mit Kommunen in europäischen Ländern haben die Beziehungen zu Kommunen in Entwicklungsländern insgesamt eine geringe Bedeutung. Für Polen weist die Datenbank 283, für Frankreich 1936 kommunale Partnerschaften aus. Insgesamt wurde die kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der deutschen Wiederaufbauhilfe für die vom Seebeben Ende 2004 betroffenen asiatischen Länder erheblich aufgewertet, da ihr von der Bundesregierung eine tragende Rolle für die künftige Zusammenarbeit mit diesen Ländern zugewiesen wird.

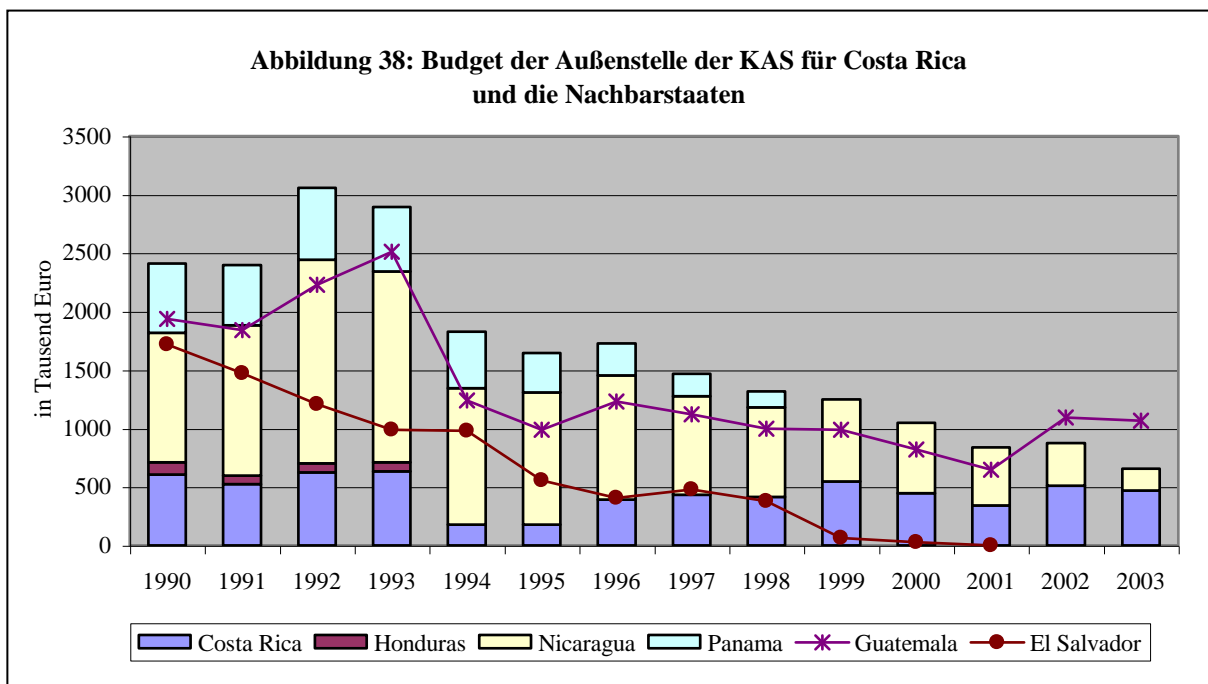
**Datenbasis:** Die Recherche wurde mit Hilfe einer im Jahr 2003 im Internet eingerichteten Datenbank der Deutschen Sektion des RGRE durchgeführt. Diese basiert auf den Ergebnissen einer Umfrage, die 1998 bei den damals 7.500 deutschen Kommunen über 1.000 Einwohner durchgeführt wurde sowie auf der Fortschreibung durch die Deutsche Sektion des RGRE. Die RGRE-Datenbank weist zwar zu Costa Rica eine Partnerschaft aus – zwischen dem sächsischen Wittichenau und Tanvald – doch handelt es sich dabei um einen Zuordnungsfehler, denn Tanvald liegt in Nordböhmen. Eine ergänzende Internet-Recherche ergab ebenfalls, dass auf kommunaler Ebene keine Partnerschaft besteht.

**Quelle:** Definitionen und Datenbank des Rates der Gemeinden und Regionen Europas im Internet unter <http://www.rgre.de/partnerschaftsarbeit/rgre-staedtepartnerschaften.htm>; Stand 11.02.04, für Costa Rica zuletzt geprüft am 31.12.2004; Gleixner, Karin: „Nürnberg in Lateinamerika“, in: Lateinamerika-Nachrichten, Heft 356, Online-Version.

## Themenfeld I4: Engagement der politischen Stiftungen

### Indikator I4: Finanzmittel der deutschen politischen Stiftungen in Costa Rica am Beispiel der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung

**Definition:** Mit dem Indikator sollen die Finanzmittel, die den Außenstellen der deutschen politischen Stiftungen in Costa Rica jährlich zur Verfügung stehen, erfasst werden. Von den beiden mit einem eigenen Büro in Costa Rica vertretenen Stiftungen – die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) – waren entsprechende Daten nur für die KAS zu ermitteln, die daher hier beispielhaft dargestellt werden. Maßgebend sind dabei die Angaben im Geschäftsbericht der Stiftung. Die Angaben sind nicht für alle Jahre länderspezifisch, da die Außenstelle der KAS in Costa Rica mittlerweile auch für die Länder Honduras, Nicaragua und Panama zuständig ist. Um die Vergleichbarkeit der Daten zu ermöglichen, werden für die 1990er Jahre die Budgets dieser vier Länder kumulativ dargestellt; ergänzt werden diese durch Angaben für Guatemala und El Salvador.



**Beschreibung:** Nachdem bis 1992 zunächst eine Ausweitung der meisten Budgets festzustellen ist, wurden die jährlich von der KAS für die Büros in den vier Ländern Costa Rica, Honduras, Nicaragua und Panama bereitgestellten Finanzmittel bis 2003 erheblich zurückgefahren. Die Mittel für Honduras wurden bereits 1991 von 102.000 € auf 77.000 € jährlich reduziert und 1994 eingestellt. Dem Büro in Nicaragua standen 1990 1,1 Mio. € und 1992 1,74 Mio. € zur Verfügung – 2003 waren es nur noch 183.000 €. Die Mittel für das Büro in El Salvador stiegen bis 1992 auf 615.000 € und wurden dann bis 1999 schrittweise auf Null reduziert.



ziert. Bei den Mittelzuweisungen für das Büro in Costa Rica sind von Jahr zu Jahr deutliche Schwankungen zu beobachten. Vom Höchststand des Jahres 1993 mit 634.500 € sanken die Mittel für 1994 und 1995 auf jeweils 179.000 € und stiegen bis 1999 auf 545.000 €, bis 2003 gab es dann wieder einen Rückgang auf 471.000 €. Dabei ist zu beachten, dass die Zuständigkeit der costaricanischen Außenstelle ab 1994 auf Honduras, ab 1999 auf El Salvador und nach 2003 auch auf Nicaragua ausgeweitet wurde und die kumulierten Finanzmittel von 1992 bis 2003 von 3 Mio. € auf 654.000 reduziert wurden.

**Einordnung:** Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist – wie die Friedrich-Ebert-Stiftung – seit Mitte der 1960er Jahre in der Region und in Costa Rica tätig. Schwerpunkte der Arbeit sind die Zusammenarbeit mit christlich-demokratischen Parteien und politische Bildung, die Förderung des Rechtsstaates und der marktwirtschaftlichen Orientierung sowie die Stärkung der kommunalen Ebene. Nach Auskunft des Landesbüros wird das Konzept der Nachhaltigkeit nur implizit berücksichtigt. Das Thema Umweltpolitik ist explizit kein Schwerpunkt der Arbeit der KAS. Bei KAS und FES werden die Arbeiten der Landesbüros durch länderübergreifende, regionale Aktivitäten ergänzt. Die Friedrich-Naumann-Stiftung koordiniert ihre thematisch begrenzte Projektarbeit über das Regionalbüro in Mexiko. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war in den Jahren 2002 und 2003 mit einem Projekt zur Ausbildung von Basisführungskräften sozialer und kirchlicher Bewegungen in Costa Rica aktiv, das von der Zentrale in Berlin aus betreut wurde. Die Heinrich-Böll-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung sind nicht unmittelbar in Costa Rica tätig.

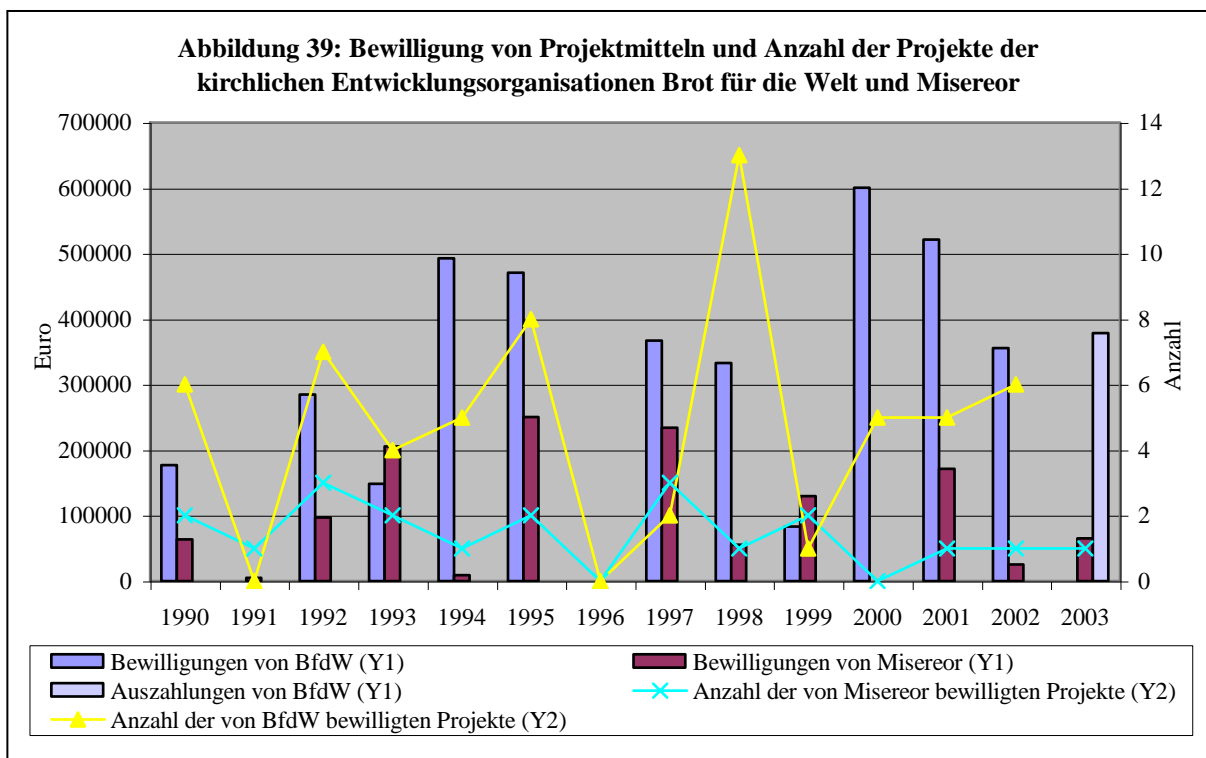
**Datenbasis:** Ausführliche Informationen wurden auf Anfrage nur von der KAS und der Rosa-Luxemburg Stiftung bereitgestellt. Bei der KAS ist die Datenlage durch die Kontinuität der Arbeit in Costa Rica und die Veröffentlichung der Länderbudgets im Geschäftsbericht sehr gut.

**Quelle:** Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.: Geschäftsbericht, Jahrgänge 1990 bis 2003. Projektbericht und schriftliche Mitteilung der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 18.08.2004; eigene Berechnungen.

## Themenfeld I5: Zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit

### Indikator I5: Bewilligung von Projektmitteln und Anzahl der Projekte der kirchlichen Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und Misereor

**Definition:** Die jährlichen Bewilligungen der Aktion „Brot für die Welt“ der Evangelischen Kirche in Deutschland und des katholischen Hilfswerks Misereor für Projekte in Costa Rica werden gesondert ausgewiesen. Ergänzend wird die jeweilige Anzahl der bewilligten Projekte dargestellt.



**Beschreibung:** Von 1990 bis 2002 hat Brot für die Welt 62 Projekte in Costa Rica mit einem Gesamtvolumen von 3,8 Mio. Euro bewilligt; von Misereor wurden zwischen 1990 und 2003 20 Projekte mit einem Volumen von 1,3 Mio. Euro zugesagt. Von beiden Organisationen wurden in jeweils zwei Jahren keine Bewilligungen erteilt, bei Brot für die Welt war dies 1991 und 1996 der Fall, bei Misereor 1996 und 2000. In den übrigen Jahren schwankte die Zahl der Projekte bei Brot für die Welt zwischen vier und 13. Die Höhe der Mittelzusagen bewegte sich zwischen 83.000 € und 600.000 €, wobei Tiefst- und Höchstwert in den Jahren 1999 und 2000 unmittelbar aufeinander folgten, so dass bei Brot für die Welt kein eindeutiger Trend erkennbar ist. Bei Misereor wurde von 2001 bis 2003 jeweils nur ein Projekt bewilligt. Gegenüber durchschnittlich 1,7 Projektbewilligungen in den 1990er Jahren bedeutet dies ei-

nen deutlichen Rückgang, der sich aber nicht in gleicher Weise auf das bewilligte Volumen niedergeschlagen hat.

**Einordnung:** Bei der Interpretation der Werte ist zu beachten, dass es sich jeweils um *Bewilligungen* handelt. Die tatsächliche Höhe der Mittelauszahlungen und die Zahl der letztendlich durchgeführten Projekte kann von den Indikatorwerten abweichen, doch dürfte im Falle Costa Ricas angesichts des insgesamt stabilen Umfeldes die Differenz im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern eher gering sein. Da ein Teil der Projekte über mehrere Jahre angelegt ist, können die Daten nur in einem mehrjährigen Zeitraum sinnvoll interpretiert werden. Dass beispielsweise im Jahr 1996 keine neuen Projekte zugesagt wurden, hatte nicht die Unterbrechung der Zusammenarbeit zur Folge. Vielmehr ist das Engagement der beiden kirchlichen Organisationen insgesamt durch ein hohes Maß an Kontinuität geprägt, wobei die Bedeutung Costa Ricas gemessen an den Gesamt-Bewilligungen gering ist. Brot für die Welt hat 2001 weltweit 63 Mio. Euro für Projekte in Entwicklungsländern zugesagt, 2002 waren es noch 51,7 Mio. Euro. Davon entfielen jeweils 28 Prozent auf Lateinamerika. Für Costa Rica ergibt sich daraus ein durchschnittlicher Anteil von 0,75 Prozent an den weltweiten Mittelzusagen und von 2,7 Prozent an den Zusagen für Lateinamerika. Bei Misereor ist der Anteil für Costa Rica wesentlich geringer: Im Jahr 2003 wurden 40 Mio. Euro für 428 Projekte in Lateinamerika bewilligt; auf das einzige Projekt in Costa Rica entfielen davon 0,16 Prozent.

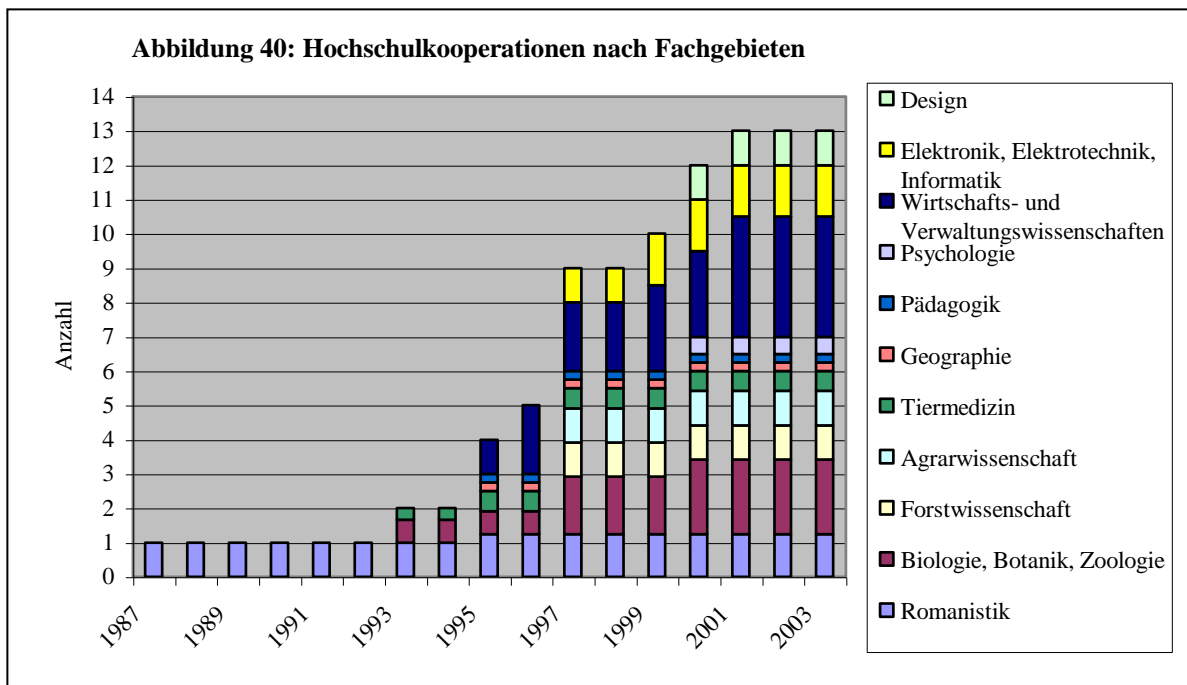
**Datenbasis:** In den Jahresberichten von Brot für die Welt für die Jahre 1990 bis 2002 und von Misereor für die Jahre 1990 bis 2003 werden einheitlich jeweils die bewilligten Projektgelder ausgewiesen. Der Jahresbericht 2003 von Brot für die Welt weicht davon durch die Nennung der Auszahlungen ab. Sollte sich dies in den nächsten Jahren fortsetzen, wäre künftig die Vergleichbarkeit zu früheren Jahren nur noch eingeschränkt möglich. Der Jahresbericht von Brot für die Welt für 1998 enthält nur kumulierte Angaben für den Zeitraum 1994 bis 1998; die Werte für 1998 wurden daraus abzüglich der Bewilligungen für 1994 bis 1997 berechnet.

**Quelle:** Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.): Jahresbericht für die Aktion „Brot für die Welt“, Jahrgänge 1990 bis 2003. Stuttgart: Diakonisches Werk; Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V./Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V./Helder-Camara-Stiftung (Hrsg.): Misereor Jahresbericht, Jahrgänge 1990 bis 2003. Aachen: Misereor; eigene Berechnungen.

## Themenfeld I6: Wissenschaftskooperationen

### Indikator I6: Anzahl institutionalisierter Kooperationen zwischen Hochschulen beider Länder

**Definition:** Es wird die kumulierte Anzahl der vertraglich vereinbarten Kooperationen von deutschen Hochschulen mit Hochschulen in Costa Rica erfasst. Grundlage für die Erfassung ist das im zentralen Register für internationale Kooperationen der deutschen Hochschulrektoren-Konferenz angegebene Vertragsjahr. Für die Darstellung werden verwandte Fachgebiete zusammengefasst. Sofern sich die Zusammenarbeit einer Hochschule auf mehrere Fachgebiete erstreckt, werden diese anteilig berücksichtigt, so dass jede Kooperation mit dem Wert eins in die Verteilung nach Fachgebieten eingeht.



**Beschreibung:** Die erste Kooperation wurde 1987 von der Universität Augsburg mit der *Universidad de Costa Rica* in San José geschlossen und erstreckt sich auf das Fachgebiet der Romanistik. Eine weitere Kooperation der Tierärztlichen Hochschule Hannover mit der *Universidad Nacional Heredia* folgte sechs Jahre später und umfasst die Fachgebiete Biologie, Botanik, Zoologie und Tiermedizin; die Balkenhöhe in der Grafik stellt dabei keine Wertung hinsichtlich der Intensität und Qualität der Zusammenarbeit in den einzelnen Fachgebieten dar. Der stärkste Zuwachs erfolgte mit vier neuen Kooperationsverträgen im Jahr 1997; bis 2001 stieg die Zahl der Verträge auf 13.

**Einordnung:** Die bestehenden Hochschul-Kooperationen decken eine relativ breite Palette an Fachgebieten ab; über landesspezifische Ausprägungen einzelner Forschungsbereiche wie Geographie, Zoologie und Botanik hinaus ist Costa Rica als Forschungsstandort insgesamt für eine wachsende Zahl deutscher Hochschulen ein interessanter Partner geworden. Dies gilt insbesondere im Vergleich zu den übrigen Ländern Zentralamerikas, zu denen deutsche Hochschulen bis 2003 insgesamt nur zehn Kooperationen eingegangen sind. Die Formen der Zusammenarbeit reichen vom Literaturaustausch über Austauschprogramme für Studierende und die Anerkennung von Studienleistungen bis hin zu gemeinsamen Forschungsarbeiten und Publikationen und dem Austausch von Wissenschaftlern. Angesichts der relativ geringen Gesamtzahl an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Costa Rica ist der Zuwachs der Kooperationsabkommen auf costaricanischer Seite mit einer Konzentration auf wenige Einrichtungen und entsprechend höheren Belastungen verbunden. Fünf der 13 Abkommen wurden von der *Universidad de Costa Rica* geschlossen, drei vom *Instituto Centroamericano de Administración de Empresas*, jeweils zwei vom *Centro Agronómico Tropical de Investigación y Enseñanza* und dem *Instituto Tecnológico de Costa Rica* sowie eines von der *Universidad Nacional in Heredia*, während sich aus Deutschland dreizehn verschiedene Hochschulen an der Zusammenarbeit beteiligen. Mit der von dem Indikator gemessenen, zunächst rein quantitativen Zunahme der Kooperationsverträge ist im vorliegenden Fall auch eine deutliche Ausweitung der involvierten Fachgebiete verbunden, woraus sich zahlreiche Anknüpfungspunkte zu den Kernthemen nachhaltiger Entwicklung ergeben können. Umgekehrt lässt sich daraus folgern, dass es einer „kritischen Masse“ bedarf, um eine angemessene Vielfalt der wissenschaftlichen Diskussion ermöglichen zu können.

**Datenbasis:** Die Berechnungen basieren auf Angaben aus der Datenbank zum „Hochschulkompass“ der deutschen Hochschulrektoren-Konferenz. Darin werden insgesamt 15 internationale Kooperationen ausgewiesen, davon eine aus dem Jahr 1988, die als „Absichtserklärung“ eingestuft ist und eine weitere aus dem Jahr 1996 mit der Einstufung „Briefwechsel“. Da in diesen Fällen das Kriterium eines bestehenden Vertrages nicht erfüllt ist, bleiben sie bei der Indikatorberechnung unberücksichtigt.

**Quelle:** Hochschulrektorenkonferenz: Hochschulkompass. Datenbank Internationale Kooperationen, im Internet unter <http://www.hochschulkompass.de>; Stand: 10.11.2004.

## 4.4 Auswertung der Untersuchungsergebnisse

### 4.4.1 Methodische und statistische Probleme

Um Veränderungen in den internationalen Beziehungen Deutschlands am Beispiel Costa Rica im Hinblick auf wesentliche Teilbereiche einer nachhaltigen Entwicklung abbilden zu können, wurde für die insgesamt 27 Indikatoren ein Erhebungszeitraum von zehn Jahren ab 1992 angestrebt. Nachfolgend sollen einige Probleme geschildert werden, die bei der Anwendung des Indikatorensystems aufgetreten sind. Diese ergaben sich teilweise aus der Wahl Costa Ricas als Fallbeispiel, denn auf Grund seiner geringen Größe wird das Land sowohl in Teilbereichen der amtlichen Statistik in Deutschland als auch bei inoffiziellen Erhebungen nicht gesondert aufgeführt. Dies hat Sonderauswertungen erforderlich gemacht und die bei der Einordnung der einzelnen Indikatoren hilfreichen Vergleichsmöglichkeiten eingeschränkt. Da bislang auch keine Gesamtbetrachtungen zur Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen zwischen Deutschland und anderen (Entwicklungs-)Ländern vorliegen, war eine vergleichende Betrachtung des deutsch-costaricanischen Fallbeispiels nur begrenzt möglich.

In einigen Bereichen hat die spezifische Datenlage zu Costa Rica die Auswahl der Indikatoren negativ beeinflusst, so dass für andere, respektive größere Partnerländer wie Mexiko oder Brasilien gegebenenfalls weitere Themenbereiche berücksichtigt werden könnten. So war zunächst vorgesehen, in der ökonomischen Dimension das Themenfeld Korruption einzubeziehen, da dies zunehmend als ein Hindernis für nachhaltige Entwicklung gesehen wird. Die Erhebungen von *Transparency International (TI)* betrachten das Problem mit dem *Corruption Perception Index (CPI)* und dem *Bribe Payers Index (BPI)* auch grundsätzlich aus verschiedenen Perspektiven, so dass die Wechselwirkungen zwischen Akteuren aus beiden Ländern berücksichtigt werden könnten.<sup>565</sup> Der BPI, mit dem die Bereitschaft von Unternehmen zur Zahlung von Bestechungsgeldern gemessen wird, liegt aber nur für ausgewählte, meist größere Schwellenländer vor. Und auch beim CPI lagen keine Daten vor, die sich speziell auf deutsche Unternehmen in Costa Rica beziehen. Von der deutschen TI-Sektion wird dies mit der geringen Zahl von Unternehmen begründet und damit, dass die costaricanische Sektion sich Ende 2004 noch im Aufbau befand.<sup>566</sup>

---

<sup>565</sup> Vgl. den Aufbau der beiden Indices in: Transparency International Deutschland e.V. (Hrsg.) (o. J.): *Korruptionsindices*. Berlin. Im Internet unter: <http://www.transparency.de/Korruptionsindices.382.0.html>. Stand: 28.2.2005.

<sup>566</sup> Schriftliche und mündliche Mitteilungen von Transparency International – Deutschland e.V. vom 7.12.2004.

Hinsichtlich des kulturellen Austauschs war als ein möglicher Indikator die Vergabe von Lizen für Übersetzungen wissenschaftlicher und belletristischer Buchpublikationen erwogen worden. Lateinamerika hat als Absatzmarkt für deutsche Publikationen in den Jahren 2000 bis 2003 an Bedeutung gewonnen. Zeitreihen liegen jedoch nur für die vier Länder Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko vor.<sup>567</sup> Costa Rica ist als eigenständiger Markt demnach offenkundig zu klein und wird über andere spanischsprachige Länder bedient.

Ein weiteres Problem ergab sich daraus, dass die bei der Datenerhebung einzubeziehenden Akteure teilweise als einzige über die erforderlichen Daten verfügen und gleichzeitig die Transparenz in unterschiedlicher Weise gewährleisten. Aus diesem Grund konnte das Engagement der politischen Stiftungen nur exemplarisch für eine der beiden Stiftungen erfasst werden. Die verfügbaren Informationen und die vergleichbaren Rahmenbedingungen machen es zwar sehr wahrscheinlich, dass die ermittelten Indikatorwerte der Gesamtentwicklung weitgehend entsprechen, doch könnte diese tatsächlich auch in entgegengesetzter Richtung verlaufen. Für das Goethe-Institut und die deutsche Auslandsschule in San José waren die Daten zwar über zentrale Veröffentlichungen zugänglich, doch haben Abweichungen und Widersprüche innerhalb dieser „offiziellen“ Daten die Notwendigkeit von Plausibilitätskontrollen bei der Indikatorberechnung deutlich gemacht. Für das Goethe-Institut San José wurde für 1992 mit 495 eine außergewöhnlich hohe, anderen Quellen widersprechende Teilnehmerzahl und für die Jahre 1995 und 1996 exakt die gleichen Teilnehmer-, Unterrichts- und Lehrerzahlen veröffentlicht. Im Fall der Humboldt-Schule stimmten in der herangezogenen, alle deutschen Auslandsschulen umfassenden Quelle für etwa jedes fünfte Jahr bei sämtlichen Parametern die Werte mit denen des Vorjahres überein. Wie bei den betroffenen Indikatoren angemerkt, konnte die Datenqualität durch Nachrecherchen bei den jeweiligen deutschen Einrichtungen in Costa Rica nicht immer verbessert werden. Da es sich dabei um Einzelwerte innerhalb längerer Zeitreihen handelt, haben sich diese Probleme jedoch nicht wesentlich auf die Ergebnisse ausgewirkt.

In einigen Bereichen sind die Primärdaten weit verstreut; zu nennen sind hier die Unternehmen der Außenhandelskammer und deutsche Kommunen als potenzielle Partner für costaricanische Städte und Gemeinden. Obwohl in beiden Fällen zentrale Institutionen bestehen, bei

---

<sup>567</sup> Vgl. Börsenverein des Deutschen Buchhandels (fortlaufend): *Buch und Buchhandel in Zahlen*. Frankfurt am Main: Selbstverlag. Betrachtet wurde der Zeitraum 1995 bis 2004; für acht weitere lateinamerikanische Länder sind in dieser Zeit vereinzelte Lizenzabschlüsse registriert, für Costa Rica jedoch nicht. Gleichzeitig ist durch Inter Nationes für den Zeitraum 1989 bis 1999 keine Übersetzungsförderung für eine costaricanische Publikation

denen der interne und externe Informationsaustausch zum Kern des Aufgabenbereichs gehört, hat sich die Datenlage in einigen Fällen als unbefriedigend und unsicher erwiesen.

Für die Themenfelder, bei denen die Indikatoren auf Angaben der amtlichen Statistik beruhen, ergaben sich zwischen deutschen, costaricanischen und internationalen Quellen mitunter erhebliche Abweichungen. Diese sind, wie bei der Außenhandelsstatistik, teilweise auf unterschiedliche Erfassungskriterien zurückzuführen. Die Abwägung zwischen den unterschiedlichen Quellen musste in diesen Fällen jeweils hinsichtlich der Plausibilität für den einzelnen Indikator erfolgen. So weichen beispielsweise die Angaben zu den Wert- und Mengenangaben zum Bananenhandel in der deutschen und costaricanischen Statistik erheblich voneinander ab. Nach der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes werden mehr Bananen aus Costa Rica importiert als die costaricanische Statistik an Exporten für Deutschland ausweist; gleichzeitig sind die Stückpreise gemäß der deutschen Statistik höher. Für die gehandelte Menge (Indikator U2) wurde die deutsche Statistik herangezogen, die das Kriterium des Herkunftslandes zugrunde legt und daher alle Bananen aus Costa Rica erfasst. Dagegen weist die costaricanische Statistik nur die direkt nach Deutschland gelieferten Waren aus. Zur Berechnung des Preisindex (W2) wurden dagegen die costaricanischen Exportpreise herangezogen, da die Wertangaben für die deutschen Importe nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes durch Multiplikation der Mengen mit einem Durchschnittswert ermittelt werden, der nicht den tatsächlichen Preisen entspricht. Bei einigen Indikatoren, beispielsweise zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen und zur Entwicklungshilfe, konnte allerdings auf Daten internationaler Organisationen zurückgegriffen werden, die eine Vereinheitlichung nationaler Angaben vornehmen.

Da die Indikatoren zu den vier Nachhaltigkeits-Dimensionen ein breites Themenspektrum abdecken, ist die Zahl der Datenquellen etwa genauso hoch wie die der Indikatoren. Dadurch wurde das statistische Problem der Bildung langer Zeitreihen tendenziell verstärkt, zumal einige Institutionen die Daten zwar zur allgemeinen Information, etwa in ihren Jahresberichten, veröffentlichen, dazu aber weder eine Statistik im engeren Sinn führen noch eine langfristige orientierte statistische Auswertung vorsehen.

Als grundsätzliche Probleme sind hier zu nennen:

- die Änderung von Erfassungssystematiken, zum Beispiel in der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes ab 1996;



- das Abbrechen von Zeitreihen, zum Beispiel durch die Auflösung oder Umwandlung von Einrichtungen wie dem Goethe-Institut in San José;
- die im ursprünglichen Kontext zunächst als gering anzusehende Modifikation von ausgewiesenen Merkmalen, beispielsweise die Umstellung von Bewilligungen auf Auszahlungen im Jahresbericht 2003 von Brot für die Welt.

Während bei fünf Indikatoren (W1a, W3a, W6, S1, I6) die Daten für zwei Jahrzehnte erfasst werden konnten und dabei die Vorteile möglichst langer Zeitreihen hinsichtlich der Aussagekraft deutlich werden, hat sich die Konzentration der Erhebung auf die Zeit ab 1992 insgesamt als praktikabler Kompromiss erwiesen.<sup>568</sup> Bei 18 Indikatoren konnten die Werte zurück bis 1992 oder früher ermittelt werden; bei drei weiteren Indikatoren reichen die Werte bis 1993 zurück. Die Zeitreihen der übrigen Indikatoren beginnen, mit einer Ausnahme, in den Jahren 1995 bis 1997. Nur für Indikator U4 zum Umweltmanagement in Unternehmen konnten Daten lediglich für das Jahr 2004 als erste Momentaufnahme gewonnen werden.

#### **4.4.2 Zusammenfassung und Auswertung der inhaltlichen Ergebnisse**

##### 4.4.2.1 Zur Auswertung der Ergebnisse

Die Entwicklung in den vier Dimension der Nachhaltigkeit wird in den folgenden Unterkapiteln jeweils gesondert in Tabellen zusammengefasst. Da einige Indikatoren mehr als einen Aspekt umfassen (zum Beispiel W1a: Importe, Exporte und Saldo) werden insgesamt 43 Aspekte in der Übersicht getrennt aufgeführt. Während bei den Diagrammen zu den einzelnen Indikatoren zum Teil auch längere Zeitreihen abgebildet sind, wird in den Tabellen 19 bis 22 in der Spalte „Langfristige Entwicklung“ dagegen einheitlich der Zeitraum 1992 bis 2002 berücksichtigt. Der Pfeil gibt Auskunft darüber, ob der Indikatorwert im Jahr 2002 höher, gleich oder niedriger war als im Jahr 1992. Sofern für das Anfangs- oder Endjahr kein Wert vorliegt, nimmt der Pfeil auf das nächstgelegene Jahr Bezug.<sup>569</sup> In der Spalte „Aktueller Verlauf“ zeigt der Pfeil die Veränderung des Indikatorwertes im zuletzt erfassten Jahr (in der Regel 2003 oder 2004) gegenüber dem Vorjahr an. Auf Grund der unterschiedlichen Datenlage ist bei einigen Indikatoren 2002 das zuletzt erfasste Jahr; hier ergeben sich somit zeitliche Über-

<sup>568</sup> Dazu hat auch beigetragen, dass zahlreiche nationale und internationale Statistiken ab Mitte der 1990er Jahre in elektronischer Form vorliegen, was den Zugang und die Auswertung der Daten erleichtert.

<sup>569</sup> Aus diesem Grund ist beispielsweise unter S1 zur Relation der HDI-Werte das Anfangsjahr 1990, bei U1 zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen das letzte Jahr 2000. Der jeweilige Zeitraum zur Betrachtung der langfristigen Entwicklung

schneidungen zur Betrachtung der langfristigen Entwicklung, jedoch weicht der aktuelle Verlauf davon vielfach ab. Sofern die aktuellsten verfügbaren Daten zum Zeitpunkt der Datenerhebung drei Jahre zurücklagen, das letzte Jahr also 2001 oder früher ist, wird kein aktueller Verlauf dargestellt. Die Übersichten sollen als ergänzende Information den Gesamtüberblick über die Entwicklung der deutsch-costaricanischen Beziehungen erleichtern. Sie können weder die Betrachtung der einzelnen Indikatoren und die dort vorgenommene Einordnung und Interpretation noch die im Einzelfall notwendige vertiefte Analyse der Themenfelder ersetzen.

Die Pfeile zeigen in beiden Spalten die Richtung der Veränderung des Indikatorwertes. Es wird damit nicht angezeigt, ob sich der Indikator im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung positiv oder negativ entwickelt hat. Ansätze zur Bewertung der Indikatoren können sich aus den für die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und insbesondere aus den für die deutschen Beziehungen zu Lateinamerika formulierten allgemeinen Zielen und der Nachhaltigkeits-Diskussion ergeben:

- Sowohl die Agenda 21 als auch das Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung gehen davon aus, dass eine Intensivierung der Nord-Süd-Beziehungen grundsätzlich einen positiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung darstellt.
- Dabei zielt der Ausbau der ökonomischen Beziehungen – unter der in der Agenda 21 und in den Millenniumsentwicklungszielen genannten Voraussetzung eines offenen, nichtdiskriminierenden und berechenbaren multilateralen Handelssystems – auf die Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen in den Entwicklungsländern und auf Entwicklung durch Handel.<sup>570</sup> In der Konzeption der Bundesregierung ist dies Teil einer „globalen Strukturpolitik“.<sup>571</sup>
- Aus dem im Lateinamerika-Konzept genannten Ideal „einer humanen und gerechten Welt“ ergibt sich, dass die bilateralen Beziehungen zu einem Abbau von Armut und extremen Einkommensunterschieden und damit zu einer gerechteren Verteilung von Entwicklungs-Chancen beitragen sollen.<sup>572</sup>

---

wird links neben den Pfeilen im Einzelnen benannt.

<sup>570</sup> Vgl. Kapitel 2 der Agenda 21 in: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992a), 10; zu den MDGs vgl. Kapitel 2.4.2.

<sup>571</sup> Vgl. die Anmerkungen zum Lateinamerika-Konzept des BMZ in Kapitel 4.1.3.3.

<sup>572</sup> Vgl. die in Kapitel 4.1.3.3 zitierten allgemeinen Grundsätze aus dem Lateinamerika-Konzept des BMZ.

- Unter ökologischen Gesichtspunkten ist die Forderung zu ergänzen, dass den Managementregeln der Nachhaltigkeit Rechnung getragen werden muss.<sup>573</sup>
- Der Ausbau und die Intensivierung der Beziehungen in der sozialen und institutionellen Dimension sind im Sinne der in der Agenda 21 proklamierten „globalen Partnerschaft“ nicht als einseitiger Know-how-Transfer von Nord nach Süd zu verstehen, sondern als gegenseitiger Austausch gleichberechtigter Partner zu organisieren.

Die genannten Kriterien sind im Bezug auf einzelne Aspekte zwar nicht frei von Widersprüchen, sie lassen aber zumindest für einen Teil der Themenfelder eine Orientierung hinsichtlich der angestrebten Entwicklungsrichtung erkennen.





























#### 4.4.2.2 Zur Entwicklung in der ökonomischen Dimension

Für die ökonomische Dimension zeigt Tabelle 19 hinsichtlich der langfristigen Entwicklung ein heterogenes Bild; meist ist zudem der aktuelle Verlauf gegensätzlich zur langfristigen Entwicklung. Die Werte zu den Indikatoren des Außenhandels haben sich seit 1992 erhöht. Dies gilt sowohl für den monetären Wert der Im- und Exporte als auch für deren Diversifizierung. Von der Ausweitung des Handels hat Costa Rica stärker profitieren können als Deutschland, was in einem Zuwachs des Handelsbilanzsaldos zum Ausdruck kommt. Problematisch ist aus costaricanischer Sicht der Rückgang der Preisindices für die drei wichtigsten Exportprodukte und deren Dominanz innerhalb der deutschen Importe, die trotz der Diversifizierungserfolge weiterhin besteht.

---

<sup>573</sup> Vgl. Kapitel 2.1.4.6.

**Tabelle 19: Übersicht zu den Entwicklungen in der ökonomischen Dimension**

Nr.	Erfasste Aspekte der ökonomischen Indikatoren	Langfristige Entwicklung		Aktueller Verlauf (zuletzt erfasstes Jahr zu Vorjahr)	
		Zeitraum – Verlauf		Jahr – Verlauf	
W1a	Deutsche Importe in Mio. Euro	1992-2002		2003	
	Deutsche Exporte in Mio. Euro	1992-2002		2003	
	Handelsbilanzsaldo	1992-2002		2003	
W1b	Diversifizierung der deutschen Importe	1996-2002		2003	
	Diversifizierung der deutschen Exporte	1996-2002		2003	
W2	Preisindices für Bananen- und Ananas-Exporte	1997-2002		2003	
	Preisindex der Kaffee-Exporte	1995-2002		2003	
W3a	Deutsche Nettozahlungen im Rahmen der bilateralen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit	1992-2002		2002	
W3b	Bestand der deutschen Direktinvestitionen in Costa Rica	1992-2002		2002	
W4	Kreditvergabe an Costa Rica nach Gläubigern	1992-2002		2003	
W5	Importanteile bei Produkten des fairen Handels am Beispiel Kaffee	1993-2002		2003	
	Mehrerlöse bei Produkten des fairen Handels am Beispiel Kaffee	1993-2002		2003	
W6	Anzahl und Anteil der deutschen Touristen in Costa Rica	1992-2002		2002	
	Anzahl und Anteil der costaricanischen Touristen in Deutschland	1997-2002		2002	

Die Bedeutung des Tourismus ist im bilateralen Verhältnis als Einnahmequelle für Costa Rica ebenfalls rückläufig. Für Deutschland sind Touristen aus Costa Rica ökonomisch angesichts der geringen Zahlen praktisch ohne Bedeutung. Als Indikator ist die wechselseitige Betrachtung der Reisebewegungen aber sinnvoll, da sich darin auch Veränderungen im Interesse an dem Partnerland ausdrücken.

Der seit 1992 zu verzeichnende Rückgang der bilateralen Entwicklungshilfezahlungen hat dazu geführt, dass sich die Nettozahlungen seit 1995 auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen. Die vom BMZ für 2006 angekündigte Beendigung dieser Form der Zusammenarbeit erscheint vor diesem Hintergrund konsequent. Denn aus der Perspektive eines Geberlandes lassen sich mit solch geringen Mitteln ohnehin kaum eigene Akzente setzen und für Länder wie Costa Rica, bei denen die Entwicklungshilfe weniger als ein Promille des BIP ausmacht, ist die Bedeutung dieser Form der Zusammenarbeit ebenfalls gering. Im Kontext der Ende 2004 formulierten BMZ-Strategie der „Ankerländer“ wird darin ein „Herauswachsen“ aus der Gruppe der Entwicklungsländer gesehen. Diese neue Gruppe von Schlüsseländern, zu der Costa Rica allerdings auf Grund seiner geringen Größe nicht gerechnet wird, zeichnet sich demnach gerade dadurch aus, dass sie immer weniger auf externe Transfers zur Überwindung interner Entwicklungsprobleme angewiesen ist.<sup>574</sup>

Die deutschen Direktinvestitionen in Costa Rica und die neu vergebenen Kredite sind im betrachteten 10-Jahres-Zeitraum im Gegensatz zur Entwicklungshilfe deutlich gestiegen. Bei der Kreditvergabe konzentriert sich der Zuwachs auf die Jahre 2001 und 2002. Beide Indikatoren deuten darauf hin, dass das Interesse der deutschen Wirtschaft an Costa Rica zum Ende des betrachteten Zeitraums gestiegen ist. Der Indikator zum fairen Handel als möglicher Alternative zu den konventionellen Handelsbeziehungen weist für 2002 deutlich niedrigere Werte auf als zu Beginn des Kaffeehandels mit Transfair-Siegel 1993. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Costa Rica dank der kleinbäuerlichen Strukturen und der hohen Qualitätsstandards im Kaffeebereich gerade in der Anfangsphase Vorteile gegenüber anderen Anbauländern hatte. Seit Mitte der 1990er Jahre haben sich Importanteil und Mehrerlös des fair gehandelten Kaffees als ein Teil der deutsch-costaricanischen Wirtschaftsbeziehungen auf niedrigem Niveau stabilisiert.

---














<sup>574</sup> Vgl. Stamm, Andreas (2004b): „Neue Länderstrategie des BMZ, Schwellen- und Ankerländer – Partner Deutschlands für die Gestaltung der Globalisierung“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 23/24/2004, 24-27.

#### 4.4.2.3 Zur Entwicklung in der ökologischen Dimension

In der ökologischen Dimension ist die Hälfte der sechs Indikatoren seit 1992 rückläufig. Da es sich bei diesen Indikatoren – mit Ausnahme von U4 zum betrieblichen Umweltmanagement – um Belastungsindikatoren handelt, ist für den langfristigen Zeitraum von 1992 bis 2002 hinsichtlich des Ziels der ökologischen Nachhaltigkeit eine überwiegend positive Entwicklung festzustellen. Wie bereits erwähnt, lassen sich für den Ökologiebereich für einzelne Themenfelder Zielbeschreibungen von den Managementregeln der Nachhaltigkeit ableiten. Dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen langfristig nicht über der globalen Aufnahmekapazität liegen dürfen, die Ressource Boden sparsam und schonend genutzt und der Rohstoffverbrauch reduziert werden muss, ist in der wissenschaftlichen und politischen Nachhaltigkeitsdiskussion weitgehend Konsens. Wenn man dagegen neben der ökologischen Nachhaltigkeit auch die übrigen Dimensionen einbezieht, werden die bestehenden Zielkonflikte deutlich. Aus ökologischer Sicht stellt der Rückgang bei den Flugreisenden zwischen Deutschland und Costa Rica eine Entlastung dar. Damit sind in der Regel aber wirtschaftliche Einbußen verbunden, die zum einen die relative Bedeutung des ressourcengebundenen Güterhandels in den bilateralen Beziehungen erhöhen und zum anderen beispielsweise intern durch sinkende Steuereinnahmen die Gestaltungsmöglichkeiten im sozialen Bereich einengen. Da die Rückgänge bei den deutschen Touristen durch die Zuwächse aus anderen europäischen Ländern und vor allem aus den USA weit übertroffen wurden, kam es im costaricanischen Tourismusgewerbe insgesamt nicht zu einem Rückgang der Umweltbelastungen, während gleichzeitig die Bedeutung der USA für die costaricanische Wirtschaft weiter zugenommen hat.

Vor diesem Hintergrund könnte sich der im Jahr 2003 sprunghaft gestiegene Export von Fisch und Garnelen nach Deutschland für Costa Rica zu einer neuen Einnahmequelle entwickeln und zu einer weiteren Diversifizierung der Exporte beitragen. Andererseits sind Fischfang und Aquakulturen ökologisch in hohem Maß sensibel, so dass der Indikator Anlass geben könnte, diesen Bereich der Beziehungen einer vertiefenden Analyse zu unterziehen.

**Tabelle 20: Übersicht zu den Entwicklungen in der ökologischen Dimension**

Nr.	Erfasste Aspekte der ökologischen Indikatoren	Langfristige Entwicklung		Aktueller Verlauf (zuletzt erfasstes Jahr zu Vorjahr)	
		Zeitraum – Verlauf		Jahr – Verlauf	
U1	Verhältnis der deutschen zu den costaricanischen CO <sub>2</sub> -Emissionen pro Kopf	1992-2000		keine aktuellen Daten verfügbar, letzter Wert liegt mehr als drei Jahre zurück	
	Verhältnis der deutschen CO <sub>2</sub> -Emissionen pro Kopf zur globalen Aufnahmekapazität	1992-2000			
	Verhältnis der costaricanischen CO <sub>2</sub> -Emissionen pro Kopf zur globalen Aufnahmekapazität	1992-2000			
U2	Ökologischer Fußabdruck der Bananenimporte aus Costa Rica	1992-2002		2003	
U3	Materialintensität der deutschen Importe aus Costa Rica	1992-2002		2003	
	Materialintensität der deutschen Exporte nach Costa Rica	1992-2002		2003	
U4	Anteil der deutschen Unternehmen in Costa Rica mit Umweltmanagementsystemen	nur 2004	kein Vergleich	nur 2004	kein Vergleich
U5	Costaricanische Exporte von Fisch und Garnelen nach Deutschland	1997-2002		2003	
U6	Anzahl der Flugreisenden zwischen Deutschland und Costa Rica (hier Endziel-Passagiere)	1992-2002		2003	

Im Themenfeld globaler Klimawandel lässt der Indikator eine deutliche Annäherung der beiden Länder hinsichtlich der Inanspruchnahme der globalen CO<sub>2</sub>-Senken erkennen. Unter dem Gesichtspunkt einer gerechten Nutzung globaler öffentlicher Güter ist die Entwicklung positiv zu bewerten. Denn prinzipiell setzt das hinsichtlich des Verbrauchs fossiler Energie überentwickelte Industrieland Deutschland durch CO<sub>2</sub>-Einsparungen Kapazitäten frei, die das Entwicklungsland Costa Rica zur Ausweitung seiner ökonomischen Aktivitäten nutzen kann. Bei näherer Betrachtung ist die Entwicklung jedoch zugleich alarmierend. Der Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland hat nach 1992 nicht mehr mit dem Anstieg der Weltbevölkerung Schritt gehalten, wie der Teil-Indikator zum Verhältnis der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen zur

global gleichverteilten Aufnahmekapazität zeigt. Gleichzeitig haben sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Costa Rica, bezogen auf die globale Aufnahmekapazität, innerhalb weniger Jahre verdoppelt. Bereits nach einer weiteren Verdopplung würde der Teil-Indikator den Wert 1 erreichen – die Pro-Kopf-Emissionen würden dann also der Aufnahmekapazität entsprechen. Bei weiter wachsender Weltbevölkerung werden danach auch von Costa Rica die globalen CO<sub>2</sub>-Senken in einer nicht nachhaltigen Weise in Anspruch genommen. Der Indikator zeigt somit, dass in beiden Ländern dringender Handlungsbedarf besteht. Angesichts des weiterhin extrem ungleichen Verhältnisses zwischen den deutschen und den costaricanischen Pro-Kopf-Emissionen ist dabei aber Deutschland in besonderer Weise gefordert.

#### 4.4.2.4 Zur Entwicklung in der sozialen Dimension

Die Indikatoren zur sozialen Dimension sind in der langfristigen Perspektive mehrheitlich stabil oder weisen 2002 höhere Werte auf als 1992; bei zwei Indikatoren sind die Werte gesunken. Der Abstand der Pro-Kopf-Einkommen hat sich unter Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten seit 1993 verringert. Der über den Vergleich der HDI-Werte gemessene Unterschied bei der menschlichen Entwicklung blieb demgegenüber langfristig unverändert. Die Wanderungsbewegungen und die Zahl der Schüler/innen an der deutschen Schule in San José sind im Vergleich zum Ausgangsniveau ebenfalls konstant. Zugenommen hat bis 2002 die Zahl der jeweils im Partnerland lebenden Migranten, die Zahl der in Deutschland studierenden Costaricaner, die Anzahl der Wissenschaftler in Austauschprogrammen sowie die Anzahl der Artikel über das Partnerland in den Printmedien. Sofern man eine gerechtere Verteilung von Chancen und eine Intensivierung des sozialen Austauschs als Ziele für die soziale Dimension internationaler Beziehungen unterstellt, ist die langfristige Entwicklung in dieser Dimension insgesamt positiv zu bewerten. Einzig die Schließung des Goethe-Instituts im Jahr 1999 und der dadurch bedingte Rückgang der Teilnehmerzahlen laufen den formulierten Zielen zuwider. Und auch dieser Indikator weist für das seit dem Jahr 2000 bestehende Goethe-Center steigende Werte auf, die sich beim aktuellen Verlauf der Jahre 2003 und 2004 fortsetzen.

Diese rein rechnerisch positiven Veränderungen der „Sozialbilanz“ sind aber inhaltlich und methodisch zu relativieren. Die von den Indikatoren S3 bis S6 erfassten sozialen Austauschbeziehungen bewegen sich quantitativ auf einem relativ niedrigen Niveau. Die Werte zu Migration und Diaspora-Gemeinden variieren zwischen 200 und 300 Personen, die Schülerzahlen der Auslandsschulen liegen zwischen 600 und 700, bei den Kursteilnehmern des Goethe-



Instituts beziehungsweise Goethe-Centers liegt die Bandbreite bei 250 bis 450 Personen. Dies setzt sich beim studentischen Austausch mit jährlich knapp über 100 costaricanischen Studierenden in Deutschland fort. Die Zahl der deutschen Studierenden in Costa Rica liegt unterhalb der offiziellen Erfassungsgrenze von 125. Setzt man dies in Relation zur jeweiligen Gesamtzahl der Studierenden in den beiden Ländern, zeigt sich als zweite Einschränkung, dass die Indikatoren ein Ungleichgewicht in den Beziehungen erkennen lassen.

Die Zahl der costaricanischen Wissenschaftler, die im Rahmen des geförderten Austauschs vorübergehend nach Deutschland kamen, lag in den betrachteten vier Jahren um den Faktor 10 über dem entsprechenden Vergleichswert. Denn pro Jahr gingen nur zwischen vier und sechs deutsche Wissenschaftler zur Forschungs- oder Lehrzwecken im Rahmen der Förderprogramme vorübergehend nach Costa Rica. Noch ausgeprägter ist der Unterschied, wenn man die wechselseitige Wahrnehmung in den Printmedien heranzieht.

**Tabelle 21: Übersicht zu den Entwicklungen in der sozialen Dimension**

Nr.	Erfasste Aspekte der sozialen Indikatoren	Langfristige Entwicklung		Aktueller Verlauf (zuletzt erfasstes Jahr zu Vorjahr)	
		Zeitraum – Verlauf		Jahr – Verlauf	
S1	Relation des HDI-Wertes für Costa Rica zum HDI-Wert für Deutschland in Prozent	1990-2002		2002	
S2	Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland im Verhältnis zum Pro-Kopf-Einkommen in Costa Rica, jeweils in KKP	1993-2002		2002	
S3	Wanderungsbewegungen	1992-2003		2003 (vs. 2000)	
	Anzahl der in Deutschland lebenden Costaricaner	1992-2002		2002	
	Anzahl der in Costa Rica lebenden Deutschen	1992-2000		<i>keine aktuellen Daten verfügbar</i>	
S4a	Anzahl der Schülerinnen und Schüler der deutschen Schule	1992-2002		2003	
S4b	Anzahl der Kursteilnehmer an den Deutsch-Sprachkursen des Goethe-Instituts beziehungsweise Goethe-Centers	1992-2002		2004	
S5	Anzahl der costaricanischen Studierenden in Deutschland	1993-2002		2003	
	Anzahl der costaricanischen Wissenschaftler, die im Rahmen des geförderten Wissenschaftsaustauschs in Deutschland arbeiten	1999-2002		2002	
	Anzahl der deutschen Wissenschaftler, die im Rahmen des geförderten Wissenschaftsaustauschs in Costa Rica arbeiten	1999-2002		2002	
S6	Anzahl der Artikel zu Costa Rica in ausgewählten deutschen Print-Medien (hier SZ und FAZ zusammen)	1995-2002		2003	
	Anzahl der Artikel zu Deutschland in der costaricanischen <i>La Nación</i> nach Themen	1995-2002		2003	












#### 4.4.2.5 Zur Entwicklung in der institutionellen Dimension

Für die institutionelle Dimension lässt sich der Ausbau und die Intensivierung der Beziehungen zwar als generelles Ziel formulieren, so wie dies unter anderem in dem Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung von 1995 erfolgte und in den offiziellen Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes und des BMZ regelmäßig wiederholt wird. Zur Ableitung von Bewertungskriterien ist diese Zielbeschreibung jedoch unzureichend. Bei institutionellen Beziehungen müssen zudem die Kapazitätsgrenzen der beteiligten Akteure berücksichtigt werden, worauf beim Indikator I6 zu den Kooperationen zwischen Hochschulen bereits hingewiesen wurde.

Eine Zunahme der Indikatorwerte ist im institutionellen Bereich für den Zeitraum 1992 bis 2002 beim genannten Indikator I6 und bei der Mittelzuweisung für EU-finanzierte Projekte festzustellen. Indikator I2 zu den gegenseitigen politischen Besuchen weist bei insgesamt niedrigen Fallzahlen nur geringe Veränderungen auf, wobei hier – wie in der sozialen Dimension – die Beziehungen vor allem durch Aktivitäten von costaricanischer Seite geprägt sind. Die Bedeutung der politischen Stiftungen ist, gemessen an der Finanzausstattung des gewählten Beispiels, im langfristigen Zeitraum und in der aktuellen Entwicklung rückläufig. Der Indikator zum Engagement der kirchlichen Entwicklungsorganisationen in Costa Rica weist von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen auf, in der langfristigen Perspektive bewegt er sich aber auf einem relativ konstanten, wenn auch im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern niedrigen Niveau.

Ein Sonderfall stellt der Indikator I3 zur Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene dar, da hier für alle betrachteten Jahre der Wert 0 ermittelt wurde. Wenn die Datenbasis dieses Indikators die tatsächliche Situation verlässlich widerspiegelt, zeigt sich damit auch auf der lokalen Ebene ein geringes Interesse an den politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen in Costa Rica. Da die Kommunalentwicklung bei der Förderung des BMZ und der EU in der Vergangenheit einen Schwerpunkt bildete, hätten kommunale Partnerschaften den geförderten Know-how-Transfer durch einen Erfahrungsaustausch auf gleicher Ebene sinnvoll ergänzen und – nach der geplanten Einstellung der bilateralen Zusammenarbeit – dauerhaft fortführen können. Bei insgesamt wachsender Bedeutung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit wird dieser Aspekt unter den gegebenen Umständen künftig in den deutsch-costaricanischen Beziehungen unberücksichtigt bleiben.

**Tabelle 22: Übersicht zu den Entwicklungen in der institutionellen Dimension**

Nr.	Erfasste Aspekte der institutionellen Indikatoren	Langfristige Entwicklung	Aktueller Verlauf
		Zeitraum – Verlauf	(zuletzt erfasstes Jahr zu Vorjahr) Jahr – Verlauf
I1	EU-finanzierte Projekte differenziert nach Nachhaltigkeits-Dimensionen und Themen in Mio. €	1992-2002 	2004 
I2	Anzahl der hochrangigen costaricanischen Besucher in Deutschland; <i>Anmerkung: sehr geringe Fallzahlen (1 bis 3)</i>	1996-2001 	<i>keine aktuellen Daten verfügbar</i>
	Anzahl der hochrangigen deutschen Besucher in Costa Rica <i>Anmerkung: sehr geringe Fallzahlen (0 bis 2)</i>	1996-2001 	<i>keine aktuellen Daten verfügbar</i>
I3	Anzahl der Partnerschaften zwischen deutschen und costaricanischen Kommunen	1992-2002 Wert „0“	2004 Wert „0“
I4	Finanzmittel der deutschen politischen Stiftungen in Costa Rica am Beispiel der Außenstelle der KAS	1992-2002 	2003 
I5	Bewilligung von Projektmitteln der kirchlichen Entwicklungsorganisation Brot für die Welt	1992-2002 	2003: <i>Auszahlung, nicht vergleichbar</i>
	Bewilligung von Projektmitteln der kirchlichen Entwicklungsorganisation Misereor	1992-2002 	2003 
I6	Anzahl institutionalisierter Kooperationen zwischen Hochschulen	1992-2002 	2003 

#### 4.4.2.6 Zur Entwicklung der deutsch-costaricanischen Beziehungen

Die Heterogenität der Entwicklungen in den 24 Themenfeldern unterstreicht die zu Beginn formulierte These, dass es eines umfassenden Systems von Kriterien und daraus abgeleiteter Indikatoren bedarf, um zu einer differenzierten Betrachtung internationaler Beziehungen in der Perspektive der nachhaltigen Entwicklung gelangen zu können. In diesem Kontext gibt es bislang noch keine hinreichenden Zielkonkretisierungen.

Im Hinblick auf die erwähnten allgemeinen Ziele für internationale Beziehungen – gerechtere Verteilung von Entwicklungs-Chancen sowie Ausbau und Intensivierung der Beziehungen insbesondere mit Entwicklungsländern – lassen sich die Einzelergebnisse für den Zeitraum 1992 bis 2002 wie folgt zusammenfassen: In der ökonomischen Dimension haben sich in diesem Sinne vier Indikatoren positiv und vier Indikatoren negativ entwickelt. In der ökologischen Dimension ist ebenfalls die Hälfte der Indikatoren positiv zu bewerten, da sie einen Rückgang der Umweltbelastung beziehungsweise eine gerechtere Nutzung globaler Ressourcen erkennen lassen. Jeweils ein Indikator weist eine unveränderte und eine steigende Umweltbelastung aus; bei einem weiteren Indikator liegt keine Zeitreihe vor. In der sozialen Dimension hat sich nur ein Teilbereich hinsichtlich der beiden Ziele negativ entwickelt. In den übrigen Teilbereichen ist entweder keine oder eine positive Veränderung festzustellen. Hervorzuheben ist, dass sich die Unterschiede bei den Pro-Kopf-Einkommen zwar angenähert haben, aber der Abstand in Bezug auf die durch den HDI gemessene menschliche Entwicklung gleich geblieben ist. In der institutionellen Dimension wurden die Beziehungen in jeweils zwei Feldern ausgebaut oder blieben unverändert. In einem Bereich ist ein Rückgang zu verzeichnen, und auch das Fehlen kommunaler Partnerschaften muss im Sinne intensiver Beziehungen negativ gewertet werden.

Insbesondere bei den Themenfeldern, in denen die Beziehungen schwach ausgeprägt sind oder sich langfristig negativ entwickelt haben, sind die potenziellen Einflussmöglichkeiten durch politische Steuerung oder das Verhalten ökonomischer und sozialer Akteure hoch. Zu nennen ist hier unter anderem die bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, die unmittelbar der politischen Entscheidungsgewalt unterworfen ist. In der entwicklungspolitischen Diskussion in Deutschland steht die Entwicklungshilfe meist im Vordergrund. Das Interesse einer Bundesregierung an „den Entwicklungsländern“ wird häufig zunächst an der Höhe des BMZ-Etats bemessen. Für das Fallbeispiel der deutsch-costaricanischen Beziehungen ist dieser Aspekt jedoch von untergeordneter Bedeutung. Es lassen sich vielmehr zahlreiche Gründe dafür

benennen, dass die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit nach 2006 auslaufen soll. Problematisch ist dagegen, dass dies nicht durch andere Formen der bilateralen politischen Zusammenarbeit aufgefangen wird. Kommunale Partnerschaften, die die Kooperation in den Bereichen Dezentralisierung, kommunale Selbstverwaltung und lokale nachhaltige Entwicklung fortführen könnten, bestehen nicht. Der direkte Austausch zwischen den Regierungen ist selten und auf nachgeordneter Ebene angesiedelt. Gleichzeitig nimmt die Präsenz der deutschen politischen Stiftungen in Costa Rica ab. Zudem hat die Auswärtige Kulturpolitik durch die Schließung des Goethe-Instituts einen Bedeutungsverlust erfahren, der in Costa Rica als Indiz für ein rückläufiges Interesse Deutschlands gewertet wurde.<sup>575</sup> Dies deutet insgesamt darauf hin, dass der Wille zur politischen Gestaltung der deutsch-costaricanischen Beziehungen im betrachteten Zeitraum abgenommen hat.

---

<sup>575</sup> Zumindest stimmten die Äußerungen der Interviewpartner der Anfang 2003 in Costa Rica geführten Interviews in diesem Punkt weitestgehend überein.

## **SCHLUSSBETRACHTUNG**





## 5. ZUR ÜBERTRAGBARKEIT DER GEWÄHLTEN METHODE

Trotz des extremen ökonomischen und politischen Ungleichgewichts zwischen den beiden einbezogenen Ländern haben die hier entwickelten Indikatoren für das Fallbeispiel keine generelle Verschlechterung zu Lasten Costa Ricas erkennen lassen, wie dies etwa dependenztheoretische Ansätze nahe legen würden. Mit dem Indikatorensystem konnten aber zahlreiche Schwachstellen identifiziert werden, die Ansätze für eine Weiterentwicklung und Intensivierung der Zusammenarbeit bieten. So ließe sich beispielsweise durch eine Förderung kommunaler Partnerschaften an bisherige Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit anknüpfen. Der Ausbau des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs würde unterstreichen, dass der entwicklungspolitischen Neuausrichtung mit der Konzentration der Entwicklungshilfe auf Schwerpunktländer tatsächlich eine strategische Entscheidung zugrunde liegt, die für Länder mit höherem Entwicklungsniveau andere Formen der Zusammenarbeit vorsieht. Ein weiterer Ansatzpunkt ergibt sich im Bereich der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch die im Ausland tätigen deutschen Unternehmen. Hier wäre zunächst die Informationslage über den Verbreitungsgrad dieser Standards zu verbessern, zum Beispiel durch eine gemeinsame Initiative von BMZ und Außenhandelskammern. In einem weiteren Schritt wäre zu prüfen, wie die Anreize für Unternehmen erhöht werden könnten, entsprechende Verfahren einzuführen.

Aus der Indikatorenerhebung ließen sich darüber hinaus zahlreiche weitere Maßnahmen ableiten. Die genannten Aspekte sollen hier nur exemplarisch verdeutlichen, dass sich aus der umfassenden Betrachtung bilateraler Beziehungen in der Perspektive der nachhaltigen Entwicklung Optionen für eine Kooperation jenseits des bisher in der Entwicklungszusammenarbeit vorherrschenden Geber-Nehmer-Verhältnisses ergeben, bei denen der politische Gestaltungswille entscheidender ist als die Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel.<sup>576</sup> Dies erfordert ressortübergreifendes Handeln und Kohärenz der politischen Entscheidungen, was – wie die Indikatoren zeigen – im untersuchten Fall nur unzureichend gewährleistet ist.

Eine Voraussetzung für kohärente Entscheidungen sind umfassende Informationen über die bilateralen Beziehungen und das Handeln der beteiligten Akteure. In diesem Bereich sind er-

---

<sup>576</sup> Vgl. Sangmeister, Hartmut (2000): „Entwicklung – mehr als nur Wirtschaftswachstum“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 11/2000, 109-120.

hebliche Defizite festzustellen. Ein Indiz hierfür ist, dass über das BMZ und das Auswärtige Amt jeweils nur wenige Informationen und vereinzelte Hinweise zu den untersuchten Themenfeldern ermittelt werden konnten. Dies hat dazu geführt, dass die beiden Institutionen bei keinem Indikator als „Quelle“ genannt werden. Vor diesem Hintergrund könnte ein Indikatorensystem zur Nachhaltigkeit bilateraler Beziehungen dazu beitragen, den Informationsfluss sowohl zwischen einzelnen Ressorts als auch gegenüber externen Akteuren zu verbessern.

Mehr Transparenz würde sich auch ergeben, wenn mit den in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen nichtstaatlichen Organisationen (wie den kirchlichen Einrichtungen und den politischen Stiftungen) einheitliche Minimalstandards vereinbart würden, nach denen diese über ihre Aktivitäten Bericht erstatten. Daraus sollte zumindest Art und Umfang der einzelnen Projekte und Maßnahmen sowie deren Bezug zur nachhaltigen Entwicklung hervorgehen. Die Projektevaluation wiederum müsste stärker mit der Nachhaltigkeitsdiskussion verknüpft werden. Das hier entwickelte Analyseraster zur internationalen Nachhaltigkeit könnte dabei, neben den für die nationale oder regionale Entwicklung konzipierten Indikatorensystemen, als Referenzrahmen herangezogen werden. Im Zuge der Weiterentwicklung der Evaluationskriterien ist auch die Diskussion darüber zu führen, wie mit der unterschiedlichen Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs in der projektbezogenen Entwicklungszusammenarbeit künftig umzugehen ist.

Aus methodischer Sicht wäre es wünschenswert, das am Beispiel der Beziehungen zu Costa Rica entwickelte Indikatorensystem auf die Beziehungen zu weiteren Ländern zu übertragen. Dazu sollten zunächst Länder ausgewählt werden, die ebenfalls an der Testphase der CSD-Indikatoren teilgenommen haben oder über ein vergleichbares nationales Indikatorensystem verfügen. Entsprechend der hier angewendeten Methode wäre zu prüfen, welche Modifikationen sich aus der Analyse der nationalen Indikatorensysteme für die Auswahl der Themenfelder und Indikatoren zu den Beziehungen zwischen diesen Ländern und Deutschland ergeben. Für diese Fallstudien wäre das Verhältnis zu Ländern zu betrachten, die sich hinsichtlich ihrer Größe und Bedeutung für die deutschen Außenbeziehungen von Costa Rica unterscheiden. In Betracht kämen demnach beispielsweise die CSD-Testländer Brasilien, Mexiko, China und Südafrika, die in der eingangs zitierten DIE-Studie als Ankerländer eingestuft werden.<sup>577</sup>

---

<sup>577</sup> Vgl. Stamm (2004a).

Um die Vergleichbarkeit der Studien sicherzustellen, wäre es sinnvoll, die hier vorgeschlagenen Definitionen soweit wie möglich zu übernehmen. Bis auf wenige Ausnahmen lassen sich bei den angegebenen Datenquellen zu den einzelnen Indikatoren auch die Werte für andere Länder ermitteln. Anpassungsbedarf besteht jedoch bei den Indikatoren W2 zur Preisentwicklung, U2 zum ökologischen Fußabdruck und U5 zum Export von Fisch und Garnelen hinsichtlich der Wahl der Handelsprodukte. Bei den Indikatoren W6 zum Tourismus, U4 zum Umweltmanagement in Unternehmen und I2 zu den politischen Besuchen sind die Angaben der jeweiligen nationalen Tourismusorganisationen sowie der Außenhandelskammern und Botschaften einzubeziehen. Bei Indikator S6 zur Berichterstattung in den Medien wäre nach Möglichkeit die Medienanalyse auch für das betreffende Partnerland auf mehrere Printmedien auszuweiten. Insgesamt ist der Anpassungsbedarf bei den 27 für Costa Rica erhobenen Indikatoren daher gering. Diese müssten aber über den Abgleich mit den nationalen Indikatorensystemen hinaus gegebenenfalls durch weitere Aspekte – wie Rüstungsexporte oder Korruption – ergänzt werden, die für das costaricanische Fallbeispiel nicht berücksichtigt wurden.

Aus einem Vergleich dieser Fallstudien wären dann Rückschlüsse für die Weiterentwicklung und Generalisierbarkeit der gewählten Methode zu ziehen. Gleichzeitig könnten sie daraufhin betrachtet werden, ob sich ein Kern von Themen und Indikatoren herausbildet, der die Grundlage für ein allgemeines Indikatorensystem zur Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen bilden könnte. Solche Kernindikatoren könnten dann sowohl für länderspezifische und regionale Analysen als auch für die von Thomas Fues angestrebte länderübergreifende Betrachtung der „deutschen Beziehungen zum Süden“<sup>578</sup> angewendet werden.

In Anlehnung an das zu Beginn in Abbildung 4 vorgestellte Modell ließen sich zudem die Wechselwirkungen zwischen Nachhaltigkeitsräumen in Verbindung mit den jeweiligen internen nationalen Entwicklungen auf der Basis kompatibler Indikatoren untersuchen. In diesem Bereich besteht noch weiterer Forschungsbedarf, da selbst für die binnenorientierte Betrachtung eines Landes oder einer Kommune nur wenige Untersuchungen zu den Wechselwirkungen der Teilbereiche nachhaltiger Entwicklung vorliegen. Die Analyse von internen und externen Wechselwirkungen lässt Aufschlüsse über die Möglichkeiten und Hemmnisse für die globale Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzepts erwarten. Dazu muss die wissenschaftliche und politische Diskussion über Qualitäts- und Handlungsziele der Nachhaltigkeit internationa-

---

<sup>578</sup> Fues (1998), vgl. Kapitel 3.4.1.

ler Beziehungen intensiv geführt werden. Die *Millennium Development Goals* können dabei als Ausgangspunkt dienen und Orientierung hinsichtlich der international abzustimmenden Herangehensweise bieten. Inhaltlich sind die MDGs jedoch zu eng gefasst, da sie sich im Wesentlichen auf Grundbedürfnisse beziehen, was der auf den Weltgipfeln in Rio de Janeiro und Johannesburg beschriebenen globalen Herausforderung nicht gerecht wird. Statt darauf mit einer problemadäquaten Ausweitung zu reagieren, werden bei der vom BMZ gegenwärtig diskutierten Ankerländerstrategie die Schlüsselländer primär auf Grund ihrer Größe bestimmt und die beiden Entwicklungsziele Armutsreduzierung (MDG 1) und Umweltschutz (MDG 7, insbesondere Klima und Wälder) in den Mittelpunkt der internationalen Zusammenarbeit gestellt. Demgegenüber ermöglicht der hier vorgeschlagene Ansatz eine sehr differenzierte Betrachtung der Beziehungen zu Entwicklungsländern und die darauf aufbauende Formulierung länderspezifischer Strategien innerhalb des normativen Rahmens einer global nachhaltigen Entwicklung.

## **ANHANG**



## Literaturverzeichnis\*

- Adelmann, Karin (1991): „Politische Umsetzung noch offen“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Reihe: Aktueller Beitrag, 3/1991, Frankfurt/Main: GEP, 1-6.
- Agenda-Transfer (Hrsg.) (2003): *Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit*. Bonn: Agenda-Transfer.
- Albrow, Martin (1998): *Abschied vom Nationalstaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Alfa Portal Literacy Learning – APOLL (Hrsg.) (o. J.): *Daten und Fakten zum Analphabetismus*. Im Internet unter: <http://www.apoll-online.de/zahlen.html>, Stand: 22.03.2004.
- Andersen, Uwe (2000): „Entwicklungspolitik/-hilfe“, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. Bonn: BpB, 79-89.
- Arias, Oscar (Hrsg.) (1987): *Frieden für Zentralamerika*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Arts, Bas (1994): „Nachhaltige Entwicklung – Eine begriffliche Abgrenzung“, in: *Peripherie*, Nr. 54, 6-27.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2004a): *Länderinformationen – Costa Rica*. Im Internet unter: [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=14&land\\_id=33](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=33), Stand: Oktober 2004.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2004b): *Beziehungen der EU zu Lateinamerika und der Karibik*. Im Internet unter [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu\\_politik/gasp/eu\\_aussenbez/lateinamerika\\_html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/gasp/eu_aussenbez/lateinamerika_html); Stand: November 2004.
- Auswärtiges Amt/Bundesministerium für Wirtschaft/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1995): *Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung*, Mai 1995, Materialband, o.O.; auch als BT-Drucksache 13/1479.
- Bechmann, Arnim (1984): *Leben wollen. Anleitungen für eine neue Umweltpolitik*. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) (2004): *Bertelsmann-Transformation-Index 2003 – Politische Gestaltung im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann
- Bieber, León E. (2001): *Las relaciones germano-mexicanas*. México (DF): El Colegio de México et.al.
- Biesanz, Mavis Hiltunen/Biesanz, Richard/Biesanz, Karen Zubris (1999): *The Ticos, Culture and Social Change in Costa Rica*. Boulder, London: Lynne Rienner Publishers.
- Bodemer, Klaus/Nolte, Detlef/Sangmeister, Hartmut (fortlaufend): *Lateinamerika Jahrbuch*. Frankfurt am Main: Vervuert
- Boeckh, Andreas (1985): „Dependencia und kapitalistisches Weltsystem, oder: Die Grenzen globaler Entwicklungstheorien“, in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Dritte Welt-Forschung: Entwicklungstheorie u. Entwicklungspolitik*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 56- 74.
- Boeckh, Andreas (1993): „Entwicklungstheorien: Eine Rückschau“, in: Nohlen, Die-

---

\* Die Datenquellen für die Indikatorenberechnung zu Kapitel 4.3 werden jeweils bei den einzelnen Indikatoren nachgewiesen.

- ter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz, 110-130.
- Bohnet, Frank (1994): *Der Human Development Index des UNDP – eine kritische Analyse*. Technische Hochschule Darmstadt, Institut für Volkswirtschaftslehre, Arbeitspapier 82, April 1994.
- Börsenverein des Deutschen Buchhandels (fortlaufend): *Buch und Buchhandel in Zahlen*. Frankfurt am Main: Selbstverlag.
- Brandt, Willy (1981): *Das Überleben sichern: Der Brandt-Report – Bericht der Nord-Süd-Kommission*. Frankfurt am Main u.a.: Ullstein; (Engl. Originalausgabe: 1980).
- Braun, Gerald (1991): „Entwicklung jenseits des Wachstums“, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.): *Jahrbuch Dritte Welt 1992*. München: Beck, 71-85.
- Brock, Lothar (1992): *Nord-Süd Kontroversen in der internationalen Umweltpolitik: Von der taktischen Verknüpfung zur Integration von Umwelt und Entwicklung?* HSFK-Report 7/1992, Frankfurt am Main: HSFK.
- Brock, Lothar (1993): „Die Dritte Welt im internationalen System – Bedrohungsvorstellungen und Konfliktpotentiale im Nord-Süd-Verhältnis“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz, 446-466.
- Brock, Lothar (1995): „UNO und Dritte Welt: Fünf verlorene Jahrzehnte?“, in: Betz, Joachim/Brüne, Stefan (Hrsg.): *Jahrbuch Dritte Welt 1996*. München: Beck, 62-80.
- Brock, Lothar (1999): „Normative Integration und kollektive Handlungskompetenz auf internationaler Ebene“, in: *Zeitschrift für internationale Politik*, Heft 2/1999, 323-347.
- Brock, Lothar (2001): „Trends und Interdependenzen in der Weltpolitik“, in: Hauchler, Ingo-Mar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Globale Trends 2002 – Fakten, Analysen, Prognosen*. Frankfurt am Main: Fischer, 379-399.
- Brock, Lothar (2004): *Frieden durch Recht. Zur Verteidigung einer Idee gegen „die harte Tatsachen“ der internationalen Politik*. HSFK-Standpunkte Nr. 3/2004. Frankfurt am Main: HSFK.
- Brockmann, Andreas/Dabrowski, Martin/Lagos Andino, Ricardo (Hrsg.) (1996): *Mittelamerika und Deutschland – Das Potential einer guten Partnerschaft*. Frankfurt am Main: Vervuert, 3-1.
- Brumlik, Micha (1999): „Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit – Zur Kritik eines neuen Grundwerts“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 12/1999, 1460-1466.
- Brundtland, Gro Harlem (1987): „Vorwort“, in: Hauff, Volker (Hrsg.): *Unsere Gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp, XVIII-XXIV.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Misereor (Hrsg.) (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Basel u.a.: Birkhäuser.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2004): *Polizeiliche Kriminalstatistik – Grundtabelle*; im Internet unter: [http://www.bka.de/pks/zeitreihen\\_2003/pdf/t01.pdf](http://www.bka.de/pks/zeitreihen_2003/pdf/t01.pdf), Stand 30.9.2004.



- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992a): *Agenda 21*. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, Dokumente. Bonn: BMU.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (1992b): *Klimakonvention, Konvention über die Biologische Vielfalt, Rio-Deklaration, Walderklärung*. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, Dokumente. Bonn: BMU.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2000): *Erprobung der CSD-Nachhaltigkeitsindikatoren in Deutschland, Bericht der Bundesregierung*. Berlin: BMU, im Internet unter: [http://www.bmu.de/files/csd\\_01.pdf](http://www.bmu.de/files/csd_01.pdf), Stand: 18.1.2005.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2004): *Erneuerbare Energien in Zahlen – nationale und internationale Entwicklung*. Berlin: BMU.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Umweltbundesamt (Hrsg.) (1998): *Handbuch Lokale Agenda 21, Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen*. Bonn: BMU.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (o. J.): Homepage zum Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung 2002, unter: <http://www.weltgipfel2002.de/content.html?id51>, Stand: 31.12.01.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hrsg.) (1975): *Erklärung von Cocoyoc*. Verabschiedet von den Teilnehmern des UNEP/UNCTAD-Symposiums vom 8. – 12. Oktober 1974 in Cocoyoc/Mexiko. Materialien Nr. 49, Bonn: BMZ, 1-9.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1993): *Rio – ein Jahr danach. Was tut das BMZ?* Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1994): *Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1994*. Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1995): *Zehnter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung*. Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1996): *Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1996*. Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1998a): *Jahresbericht 1997*. Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1998b): *Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1998*. Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1999a): *Entwicklungszusammenarbeit – Erfolge und Probleme. Auswertung der 1996/97 durchgeführten Evaluierung des BMZ*. Reihe: BMZ aktuell, Nr. 097/April 1999; Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (1999b): *Leitlinien für die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern*. Aktualisierte Fassung vom August 1999. Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2000a): *Lateinamerika-Konzept*. BMZ-Konzepte Nr. 109, Berlin/Bonn: BMZ.

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2000b): *Langfristige Wirkungen deutscher Entwicklungszusammenarbeit und ihre Erfolgsbedingungen. Eine Ex-post-Evaluierung von 32 abgeschlossenen Projekten*. BMZ spezial Nr. 19, Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2001): *Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe. Aktionsprogramm 2015: Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut*. Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2002a): *Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralamerika*. Bonn: BMZ.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2002b): *Evaluierungsraster*. Bonn: BMZ; im Internet unter <http://www.bmz.de>, Stand: 5.2.2005.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2004): *Kurzinformation zu EZ mit Costa Rica*. Stand: Mai 2004, hekt. Mskr.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hrsg.) (2001): *Costa Rica – Wirtschaftsentwicklung 2000*. Köln: BfAI.
- Bundesverband Alphabetisierung e.V. (Hrsg.) (2000): *Ihr Kreuz ist die Schrift. Analphabetismus und Alphabetisierung in Deutschland*. Bearbeitet von Marion Döbert und Peter Hubertus. Stuttgart: Klett-Verlag.
- Bundesverband Alphabetisierung e.V. (Hrsg.) (o. J.): *Funktionaler Analphabetismus – Was ist Analphabetismus?* Im Internet unter: <http://www.alphabetisierung.de/> [Sparte „Infos“], Stand: 12.3.2004.
- Cairns Group (Hrsg.) (2005): *Proposals*. (Onlinequelle), im Internet unter <http://www.cairns-group.org/proposals/index.html>, Stand: 20.3.2005.
- Carlowitz, Hannß Carl von (1713/2000): *Sylvicultura oeconomica – Anweisung zur wilden Baum-Zucht*. Reprint der Ausgabe Leipzig, Braun, 1713; bearbeitet von Klaus Irmer und Angela Kießling. Freiberg: TU, Bergakademie, Akademische Buchhandlung.
- Carson, Rachel (1962): *Silent Spring*. Boston.
- Cernea, Michael (1993): „Der soziologische Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung“, in: *Finanzierung und Entwicklung*, Heft 4/1993, 11-13.
- Clarín*, Buenos Aires, vom 21.2.1992, 16. („Menem firmó después de bajar el tono“)
- Cobb, Clifford W. (1989): „The Index for Sustainable Economic Welfare“, in: Daly, Herman E./Cobb, John B. Jr. (Hrsg.): *For the Common Good – Redirecting the Economy toward Community, the Environment, and a Sustainable Future*. Boston: Beacon Press, 401-457.
- Cobb, Clifford/Halstead, Ted (1994): *The Genuine Progress Indicator – Summary of Data and Methodology*. San Francisco: Redefining Progress.
- Commission on Sustainable Development (Hrsg.) (2004): „Sustainable development commission concludes two week review of progress in meeting anti-poverty goals on water, sanitation, human settlements“, *Press Release ENV/DEV/779* vom 30.4.2004.
- Dag-Hammerskjöld-Foundation (1975): *What Now? Another Development – The 1975 Dag Hammerskjöld Report on Development and International Cooperation*. Uppsala: Dag-Hammerskjöld-Foundation

- Daly, Herman (1990): „Sustainable Growth – an Impossible Theorem“, in: *Development*, Nr. 3/4/1990, 45-47.
- Das Parlament* vom 27.9.2004, 22 („Debattendokumentation“).
- Dauth, Jürgen (1992): „... dann droht Krieg zwischen arm und reich“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 30.4.1992, 3.
- Dederichs-Bain, Birgit (2001): „Die Weltfrauenkonferenz von Peking: Ihre Umsetzung in die deutsche Politik“, in: Fues, Thomas/Hamm, Brigitte (Hrsg.): *Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance*. Bonn: Dietz, 191-224.
- Dengler, Alfred (1971): *Waldbau auf ökologischer Grundlage*. Band 1; bearbeitet von A. Bonnemann und E. Röhrig. Hamburg, Berlin: Parey.
- Der Spiegel*, Nr. 21/1992. 224-244
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (2003) (Hrsg.): *Die Millenniums-entwicklungsziele: Fortschritte, Rückschritte und Herausforderungen*. Bonn: DGVN.
- Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit und Entwicklung (2004): *Die Begriffswelt der GTZ*. Stand April 2004, Eschborn: GTZ, 97; im Internet unter <http://www.gtz.de>.
- Deutsche Umwelthilfe (Hrsg.) (2002): *Zukunftsfähige Kommune – Wettbewerb und Kampagne zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21. Fragebogen 2002/2003*. Radolfzell: DUH.
- Deutsche Welle Monitor-Dienst Lateinamerika*, Nr. 38, vom 24.2.1992, („Gegenseitige Schuldzuweisungen unergiebig“).
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1998a): Systematische Erfolgskontrolle von Projekten und Programmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *BT-Drucksache 13/10857*, Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1998b): *Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung*. Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“ des 13. Deutschen Bundestages. Bonn: Deutscher Bundestag.
- Deutsches Komitee für UNICEF (Hrsg.) (1995a): *Zur Situation der Kinder in der Welt 1995*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Deutsches Komitee für UNICEF (Hrsg.) (1995b): *Zur Situation der Kinder in der Welt 1996*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Development Assistance Committee (1996): *Shaping the 21st Century – The Contribution of Development Cooperation*. Paris: OECD.
- Diefenbacher, Hans (1995): *Der „Index of Sustainable Economic Welfare“: Eine Fallstudie für die Bundesrepublik Deutschland 1950 – 1992*. Texte und Materialien Reihe B, Nr. 24, Heidelberg: FEST.
- Diefenbacher, Hans (2001a): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Diefenbacher, Hans (2001b): „Globale Einsichten und nationale Interessen – Klimaschutz nach der Konferenz von Den Haag“, in: Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno/Ratsch, Ulrich (Hrsg.): *Friedensgutachten 2001*. Münster: Lit., 115-123.

- Diefenbacher, Hans/Karcher, Holger/Stahmer, Carsten/Teichert, Volker (1997): *Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich – ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren*. Texte und Materialien Reihe A, Nr. 42, Heidelberg: FEST.
- Diefenbacher, Hans/Hitzler, Eberhard (2002): „Perspektiven für Deutschland oder Propaganda für Johannesburg?“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 7/2002, 30-34.
- Diefenbacher, Hans/Wilhelmy, Stefan (2003): „Pilotprojekt ‚Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg‘“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 14/15/2003, 41-44.
- Diefenbacher, Hans/Wilhelmy, Stefan u.a. (2003): *Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg 2003*. Aschaffenburg/Heidelberg: Stadt Aschaffenburg/FEST.
- Diefenbacher, Hans/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2003): *Die Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung – Kritik und Vorschläge zur Weiterentwicklung*. Unveröffentlichte Eingabe an den Rat für Nachhaltige Entwicklung. Heidelberg.
- Diefenbacher, Hans/Frank, Andreas/Leipner, Ingo/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2004): *Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland – Ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie*. Heidelberg: FEST.
- Dieren, Wouter van (Hrsg.) (1995): *Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht: vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser.
- Dietrich, Wolfgang (1985): „Historisch-geografische Aspekte der Sonderstellung Costa Ricas im zentralamerikanischen Raum“, in: Maislinger, Andreas (Hrsg.): *Costa Rica – Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger aktiver und unbewaffneter Neutralität*. Innsbruck: Inn-Verlag, 35-44.
- Drewnowski, Jan (1966): *The Level of Living Index*. Geneva: UNRISD.
- Earth Council (Hrsg.) (2000): *The Earth-Charta*. Final Version, 24.03.2000. San José: Earth Council, im Internet: <http://www.earthcharter.org/files/resources/Earth%20Charter%20-%20Brochure%20ENG.pdf>; Stand: 26.05.2004.
- Earth Council (Hrsg.) (2002): *The Earth Charter at the Johannesburg Summit*. Im Internet unter: [http://www.earthcharter.org/news/index.cfm?id\\_activity=458&actual=2002](http://www.earthcharter.org/news/index.cfm?id_activity=458&actual=2002), Stand: 26.05.2004.
- Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin (1996): *Nachhaltigkeit und Macht – Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt am Main: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- Ehrlich, Anne H.; Ehrlich, Paul R. (1970): *Population, Resources, Environment; Issues in Human Ecology*. San Francisco, London: Freeman and Company.
- Eisenbart, Constanze (1979): „Äußere und innere Grenzen. Die politische Antwort des Club of Rome auf die Krisen der technischen Welt“, in: dies. (Hrsg.): *Humanökologie und Frieden*. Stuttgart: Klett-Cotta, 170-249.
- El Serafy, Salah (1992): „Ökologische Tragfähigkeit, Einkommensmessung und Wachstum“, in: Robert Goodland u.a. (Hrsg.): *Nach dem Brundtland-Bericht: Umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung*. Bonn, 59-71.
- Elkington, John (1995): „Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung“, in: Dieren, Wouter van (Hrsg.): *Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht: vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser, 120-146.

- Elsenhans, Hartmut (1996): „Kein Ende der großen Theorie“, in: *Asien – Afrika – Lateinamerika*, Vol. 24, (2), 111-146.
- Empell, Hans-Michael (1994): „Menschenrechte – neue Chancen für ihre Durchsetzung?“, in: Solms, Friedhelm/Mutz, Reinhard/Krell, Gert (Hrsg.): *Friedensgutachten 1994*. Münster, Hamburg: Lit, 48-63.
- Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ (Hrsg.) (1998): *Abschlussbericht*. Bonn: Deutscher Bundestag.
- Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 42, Heft 1/2001, 16, („Definitionen der Nachhaltigkeit“).
- Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 42, Heft 1/2001, 6, („Forstkonzferenz stellt Weichen für internationale Waldkonvention“).
- epd-Entwicklungspolitik*, Heft 16/2000, 11, („Bundesregierung gründet ‚Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung‘“).
- Ettelt, Stefanie (2004): „Kairo plus 10: USA im Abseits“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 7/2004, 18-19.
- Europa-Archiv*, Folge 18/1972, D437-438, („Die Stockholmer Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen vom 5. bis zum 16. Juni 1972“).
- European Commission (Hrsg.) (2002): *Country Strategy Paper 2002 – 2006 Costa Rica*, Brussels; im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/costarica/csp/02\\_06en.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/costarica/csp/02_06en.pdf). Stand: 25.6.2002.
- European Commission (Hrsg.) (2004): *The EU's relations with Costa Rica, (2/2004)*. Brussels; im Internet unter: [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/costarica/intro/index.htm](http://europa.eu.int/comm/external_relations/costarica/intro/index.htm), Stand: 13.1.2005.
- Eurostat/EU-Commission (2001): *Measuring Progress Towards a More Sustainable Europe*. im Internet unter: [http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-37-01-203/EN/KS-37-01-203-EN.PDF](http://epp.eurostat.cec.eu.int/cache/ITY_OFFPUB/KS-37-01-203/EN/KS-37-01-203-EN.PDF); Stand: 15.12.2004.
- Fanger, Ulrich/Thibaut, Bernhard (1992): „Costa Rica“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt, Band 3 – Mittelamerika und Karibik*. Bonn: Dietz, 52-84.
- Finanzierung und Entwicklung*, Heft 1/1991, 24.
- Forrester, Jay W. (1971): *World Dynamics*. Cambridge/USA.
- Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.) (1997): *Fünf Jahre nach dem Erdgipfel. Wie zukunftsfähig ist Deutschland? – Entwurf eines alternativen Indikatorensystems*. Bonn: Forum Umwelt und Entwicklung.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9.6.1992, 4.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.4.1992, 16.
- Frankfurter Rundschau* vom 30.4.1992, 9.
- Frein, Michael/Meyer, Hartmut (2001): *Wem gehört die biologische Vielfalt? – Das „grüne Gold“ im Nord-Süd-Konflikt*; Diskussionspapier. Bonn: EED.
- Fues, Thomas (1996): „Humankapital und Naturvermögen. Der neue Weltbank-Index für Wohlstand und Nachhaltigkeit“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 301-309.

- Fues, Thomas (1998): *Indikatoren für die Nachhaltigkeit der deutschen Beziehungen zum Süden*. INEF-Report, Heft 34, Duisburg: INEF.
- Fues, Thomas/Hamm, Brigitte (Hrsg.) (2001): *Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance*. Bonn: Dietz
- Fues, Thomas (2001): „Der Kopenhagen-Prozess und die Weltsozialordnung“, in: ders./Hamm, Brigitte (Hrsg.): *Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance*. Bonn: Dietz, 158-190.
- Fues, Thomas/Hamm, Brigitte I. (2001): „Die Weltkonferenzen und ihre Folgeprozesse: Umsetzung in die deutsche Politik“, in: dies. (Hrsg.): *Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance*. Bonn: Dietz, 44-125.
- Gaspar, Des (2002): *Is Sen's Capability Approach an adequate Basis for considering Human Development?* Working-Paper Series No. 360, The Hague: Institute of Social Studies.
- Gehrlein, Ulrich (2004): *Nachhaltigkeitsindikatoren zur Steuerung kommunaler Entwicklung*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Geiger, Wolfgang/Mansilla, Hugo C.F. (1983): *Unterentwicklung. Theorien und Strategien zu ihrer Überwindung*. Frankfurt am Main u.a.: Diesterweg.
- Gesellschaft für Pflanzenbauwissenschaften (Hrsg.) (2002): *Stellungnahme des Vorstandes der Gesellschaft für Pflanzenbauwissenschaften e.V. zum Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vom 25.2.2002*; im Internet unter <http://www.gpw.uni-bonn.de/nachhalt.html>; Stand: 30.11.2004.
- Giddens, Anthony (1992): *Kritische Theorie der Spätmoderne*. Wien: Passagen
- Glaeser, Bernhard (Hrsg.) (1984): *Ecodevelopment. Concepts, Projects, Strategies*. Oxford et. al.: Pergamon Press.
- Gliese, Jürgen (1995): „Welttag zur Bekämpfung der Wüstenbildung“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 11/1995, 15-16.
- Görrißen, Thorsten (1993): *Grenzüberschreitende Umweltprobleme in der internationalen Politik. Durchsetzung ökologischer Interessen unter den Bedingungen komplexer Interdependenz*. Baden-Baden: Nomos.
- Grober, Ulrich (2002): „Modewort mit tiefen Wurzeln – Kleine Begriffsgeschichte von ‚sustainability‘ und ‚Nachhaltigkeit‘“, in: Altner, Günter u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2003*. München: Beck, 167-175.
- Groeneveld, Sigmar (1997): „Unterhalt statt Nachhaltigkeit“, in: Raza, Werner G./Novy, Andreas (Hrsg.): *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt am Main: Brandes und Apsel/Südwind, 25-40.
- Groscurth, Helmuth-M./Hohmeyer, Olav/Rennings, Klaus (1995): „Von den Zinsen leben“, in: *ZEIT-punkte* Nr. 6, 56-57.
- Großmann, Angela (1996): „Der Weltkindergipfel in New York 1990“, in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte – Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz, 170-174.
- Gruhl, Herbert (1982): *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*. (1. Aufl. 1975), Frankfurt am Main: Fischer.
- Gündling, Lothar (1992): „UNCED und die Entwicklung des Umweltvölkerrechts“, in: *Europa-Archiv*, Folge 9/1992, 251-256.

- Günther, Stephan (2002): „Bäume wachsen nicht in den Himmel“, in: *iz3w*, Nr. 259, März 2002, 35-36.
- Gutiérrez-Espeleta, Edgar E. (2002): „Prefacio“, in: Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía: *Indicadores del desarrollo sostenible de Costa Rica*. San José: OdD.
- Gutiérrez, Hernán/Wilhelmy von Wolff, Manfred (1993): „Die Außenbeziehung der ASEAN und Lateinamerikas nach dem Ende des Kalten Krieges“, in: Mols, Manfred/Wilhelmy von Wolff, Manfred/Gutiérrez, Hernán (Hrsg.): *Regionalismus und Kooperation in Lateinamerika und Südostasien. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich*. Münster, Hamburg: Lit, 451-460.
- Harborth, Hans-Jürgen (1993): *Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung: eine Einführung in das Konzept des „sustainable development“*. 2. Auflage, Berlin: edition sigma
- Hartig, Georg Ludwig (1795): *Anweisung zur Taxation der Forsten, oder zur Bestimmung des Holztrages*. Gießen 1795. Zitiert nach: Hasel, Karl (1971): *Waldwirtschaft und Umwelt – Eine Einführung in die forstwirtschaftspolitischen Probleme der Industriegesellschaft*. Hamburg, Berlin: Parey.
- Hasel, Karl (1971): *Waldwirtschaft und Umwelt*. Hamburg, Berlin: Parey.
- Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): *Unsere Gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp.
- Heiland, Stefan u.a. (2003) *Indikatoren zur Zielkonkretisierung und Erfolgskontrolle im Rahmen der Lokalen Agenda 21*. Berlin: Umweltbundesamt.
- Hein, Wolfgang (1990): „Umwelt und Entwicklungstheorie – Ökologische Grenzen der Entwicklung in der Dritten Welt?“, in: *Nord-Süd aktuell*, Heft 1/1990, 37-52.
- Hein, Wolfgang (1994): *Autozentrierte agroindustrielle Entwicklung – Eine Strategie zur Überwindung der gegenwärtigen Entwicklungskrise?* Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.
- Hein, Wolfgang (2003): „Tourismus und nachhaltige Entwicklung ländlicher Regionen in systemischer Perspektive, Beispiele aus Costa Rica“, in: *Peripherie*, Heft 89, 2003, 48-88
- Heinelt, Hubert/Mühlich, Eberhard (Hrsg.) (2000): *Lokale „Agenda 21“ Prozesse – Erklärungsansätze, Konzepte, Ergebnisse*. Opladen: Leske und Budrich.
- Heintz, Annette (1998): *Costa Rica: Interne Aspekte der Entwicklung einer Demokratie in Lateinamerika*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Heister, Johannes; Klepper, Gernot; Stähler, Frank (1992): *Strategien globaler Umweltpolitik. Die UNCED-Konferenz aus ökonomischer Sicht*. Kiel: Institut für Weltwirtschaft.
- Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Hrsg.) (2001): *LiNK21*. CD-ROM, bearbeitet von Volker Teichert und Stefan Wilhelmy. Wiesbaden: HLUg.
- Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (Hrsg.) (2003): *LiNK21 – Version 2.0*. CD-ROM. Bearbeitet von Stefan Wilhelmy. Wiesbaden: HLUg.
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.) (2002): *Aktionsprogramm Umwelt. Nachhaltige Umweltpolitik in Hessen*. Wiesbaden: HUMLF.

- Heymer, Guido (1996): „Die Außenpolitik gegenüber Mittelamerika“, in: Brockmann, Andreas/Dabrowski, Martin/Lagos Andino, Ricardo (Hrsg.): *Mittelamerika und Deutschland – Das Potential einer guten Partnerschaft*. Frankfurt am Main: Vervuert, 3-1.
- Hohmann, Harald (1989): „Die Entwicklung der internationalen Umweltpolitik und des Umweltrechts durch internationale und europäische Organisationen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 47-48/49/1989, 29-45.
- Hölder, Egon u.a. (Hrsg.) (1991): *Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung*. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Huber, Joseph (1995): *Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik*. Berlin: edition sigma.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- Instituto Costaricense de Turismo (Hrsg.) (2005): *Tourism was a main engine for Costa Rica's economy in 2004*. [Meldung vom 10.1.2005], im Internet unter: <http://www.visitcostarica.com/ict/paginas/novedades.asp>, Stand: 15.2.2005.
- Inter Naciones (fortlaufend): *Tätigkeitsbericht*. Bonn: IN.
- International Council for Local Environmental Initiatives (Hrsg.) (1997): *Local Agenda 21 Survey. A Study of Responses by Local Authorities and Their National and International Associations to Agenda 21*. Toronto: ICLEI.
- International Council for Local Environmental Initiatives, Europasekretariat (Hrsg.) (2000): *Lokale Agenda 21*. Unveröffentlichte Evaluation. ICLEI: Freiburg.
- International Institute for Sustainable Development (Hrsg.) (o. J.): *Search Initiatives*. [Online-Datenbank], im Internet unter: <http://www.iisd.org/measure/compendium/searchinitatives.aspx>, Stand: 22.6.2004.
- International Labor Organization (Hrsg.) (2004): *Key Indicators of the Labour market*. (Online-Datenbank), im Internet unter: <http://www.ilo.org/kilm>; Stand 28.9.2004.
- Joseph, Matthias (1995): *Die Analyse kommunaler Umweltpolitik aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie*. Frankfurt am Main u.a.: Lang.
- Jugend im Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. (Hrsg.) (o. J.): *Berechne deinen Ökologischen Fußabdruck*. Berlin. Im Internet unter <http://www.latschlatsch.de/berechnung.php>. Stand: 15.3.2005.
- Kaiser, Reinhard (Hrsg.) (1980): *Global 2000 – Der Bericht an den Präsidenten*. [Original: The Global 2000 Report to the President]. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Kaiser, Martin/Wagner, Norbert (1991): *Entwicklungspolitik. Grundlagen – Probleme – Aufgaben*. Bonn: BpB.
- Kaul, Inge (1996): „Der Index der menschlichen Entwicklung“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 298-300.
- Kaul, Inge/Grunberg, Isabelle/Stern, Marc A. (Hrsg.) (2000): *Global Public Goods, International Cooperation in the 21st Century*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Kempmann, Lena (2004): „Die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) – Rückblick und Vausblick“, in: Altner, Günter u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2005*. München: Beck, 170-177.



- Kesselring, Thomas (2003): *Ethik der Entwicklungspolitik – Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung*. München: Beck.
- King, Alexander (1995): „Vorwort“, in: Dieren, Wouter van (Hrsg.): *Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht: vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser, 8.
- Kinza Clodumar M. P. (1992): „Auszug aus der Rede zur UNCED“, abgedruckt in: Engelhardt, Wolfgang/Weinzierl, Hubert (Hrsg.) (1993): *Der Erdgipfel. Perspektiven für die Zeit nach Rio*. Bonn: Economica 42-45.
- Klingebiel, Ruth (1996a): „Weltkonferenz über die Menschenrechte in Wien 1993“, in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte – Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz, 186-194.
- Klingebiel, Ruth (1996b): „Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995“, in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte – Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz, 215-225.
- Klingebiel, Stephan (1992): *Entwicklungsindikatoren in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion*. INEF-Report Heft 2. Duisburg: INEF.
- Klingebiel, Stephan (1998): *Leistungsfähigkeit und Reform des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)*. Köln: Weltforum-Verlag.
- Klatte, Lars (2004): „GTZ-Konferenz zum Entwicklungspotenzial von Diasporas“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 12/2004, 20-21.
- Koh, Tommy Thong-Bee (1993): „The ‚Earth Summit‘ Negotiating Process: Some Reflection on the Art and Science of Negotiating“, in: Robinson, Nicholas A. (Hrsg.): *Agenda 21 and the UNCED Proceedings*. Band 4, New York, London, Rome, v-xiii.
- Kohut, Karl/Briesemeister, Dietrich/Siebenmann, Gustav (Hrsg.) (1996): *Deutsche in Lateinamerika – Lateinamerika in Deutschland*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle/Serviceestelle Kommunen in der Einen Welt (Hrsg.) (2004): *NAX – Kommunaler Nachhaltigkeitsindex, Projektbeschreibung*, hekt. Mskt; Stand: Juli 2004.
- Kondylis, Panajotis (1986): *Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus*. München: dtv.
- Kostede, Norbert (1992): „Die Krallen des kleinen Tigers“, in: *ZEIT-Schriften*, Nr. 1/1992, 31-32.
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (2003): *Tansania: Sozialdienste der Kirchen – Sektorbezogenes Programm Erziehung I. Schlussprüfung*. Im Internet unter <http://www.kfw.de/DE/Entwicklungszusammenarbeit/Evaluierung84/Schlussprf90/tansania%20erziehung.pdf>; Stand: 04.03.2003.
- Krotscheck, C./Narodoslawsky, M./Moser, A. (1993): „The SPI – Sustainable Process Index“, in: Soyez, K./Moser, A. (Hrsg.): *Ecologic Bioprocessing – Challenges in Practice*. Potsdam.
- Krumwiede, Heinrich-W./Dill, Günter W. (1985): „Westeuropa und die Krisenregion Zentralamerika“, in: Nuhn, Helmut (Hrsg.): *Krisengebiet Mittelamerika*. Braunschweig: Westermann, 86-101.
- La Nación*, San José, vom 9.3.2003.

- Lamounier, Bolívar (1999): „Politische Auswirkungen liberaler Reformen in Lateinamerika“, in: Bodemer, Klaus u.a.: *Lateinamerika Jahrbuch 1999*. Frankfurt am Main: Vervuert, 54-81.
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): *Kongress zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder am 23. Juni 2004 in Düsseldorf, Tagungsband*, veröffentlicht im Auftrag der Arbeitsgruppe Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR) der Länder. Düsseldorf: LDS NRW.
- Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2003): *Münchner Nachhaltigkeitsziele – Ziele des Stadtrats zur nachhaltigen Entwicklung in München*. Dokumentation, München: Stadtkanzlei.
- Landesregierung NRW – Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003): *Für ein zukunftsfähiges NRW – Leitbilder, Ziele und Indikatoren*, Dokumentation der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen. Düsseldorf: MUNLV.
- Landesregierung Schleswig-Holstein (Hrsg.) (2004): *Nachhaltigkeitsstrategie Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein*. Kiel: Selbstverlag.
- Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian (Hrsg.) (2000): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.
- Leipert, Christian (1989): *Die heimlichen Kosten des Fortschritts*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Lipietz, Alain (2000): *Die große Transformation des 21. Jahrhunderts – Ein Entwurf der politischen Ökologie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Maihold, Günther (Hrsg.) (2001): *Ein „freudiges Geben und Nehmen“? Stand und Perspektiven der Kulturbeziehungen zwischen Lateinamerika und Deutschland*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Maislinger, Andreas (Hrsg.) (1985): *Costa Rica – Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger aktiver und unbewaffneter Neutralität*. Innsbruck: Inn-Verlag.
- Malthus, Thomas Robert (1798): *An essay on the principle of population as it affects the future improvement of society*. Deutsche Fassung u.a.: ders. (1977): *Das Bevölkerungsgesetz*. München: dtv.
- Malunat, Bernd M. (1994): „Die Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49/94, 3-12.
- Mansilla, Hugo C.F. (1978): *Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung*. Meisenheim/Glan: Hain.
- Mansilla, Hugo C.F. (1987): „Umwelt“, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Pipers Wörterbuch zur Politik, Band 6*. München: Piper, 592-601.
- Mansilla, Hugo C.F. (2001): „Fortgesetzte Umweltzerstörung in Lateinamerika trotz des Diskurses der nachhaltigen Entwicklung?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 12/2001, 30-38.
- Mármora, Leopoldo (1990): „Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen: Club of Rome – Brundtlandkommission – ‚Erdpolitik‘“, in: *Peripherie*, Nr. 39/40, 100-126.
- McGillivray, Mark (1991): „The Human Development Index: Yet another Redundant Composite Development Indicator?“, in: *World Development*, 19, 10/1991, 1461-1468.

- McGillivray, Mark/White, Howard (1992): *Measuring Development? A Statistical Critique of the UNDP's Human Development Index*. Working-Paper Series No. 135, The Hague: Institute of Social Studies.
- McGranahan, Donald (1974): „Entwicklungsindikatoren und Entwicklungsmodelle“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt, Band 1 – Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung*. 1. Auflage, Hamburg: Hoffmann und Campe, 208-221.
- Meadows, Dennis L. (2000): „Es ist zu spät für eine nachhaltige Entwicklung“, in: Krull, Wilhelm: *Zukunftsstreit*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 125-149.
- Meadows, Dennis u.a. (Hrsg.) (1994): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: DVA; [Originalfassung 1972 unter dem Titel „The Limits to Growth“].
- Melchers, Konrad (1990): „Das Leben beginnt nicht mit 11.000 Dollar“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 10/1990, 31-34.
- Menzel, Ulrich (1991): „Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 32, Heft 1, 4-33.
- Menzel, Ulrich (1992): *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Menzel, Ulrich (1993): „40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz, 131-155.
- Messner, Dirk (2001): „Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit und Breitenwirkung“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 42, Heft 1/2001, 14-16.
- Meyer, Jörg-Udo/Seul, Dieter/Klingner, Karl-Heinz (1971): *Die zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen. Konzept und Kritik einer globalen Entwicklungsstrategie*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (UVM), Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (STMLU), Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten (HMULF) und Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt (TMLNU) (Hrsg.) (2000): *Leitfaden Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21*. Bearbeitet von Hans Diefenbacher, Dorothee Dümig, Volker Teichert und Stefan Wilhelm. Heidelberg: Selbstverlag.
- Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg/Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.) (2003): *Umweltdaten 2003 Baden-Württemberg*. Stuttgart/Karlsruhe: UVM/LfU.
- Minkner, Mechthild (1985): „Die Wirtschaftskrise und ihre Perspektiven“, in: Maislinger, Andreas (Hrsg.): *Costa Rica – Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger aktiver und unbewaffneter Neutralität*. Innsbruck: Inn-Verlag, 175-190.
- Minkner, Mechthild (1990): „Costa Rica: Zur Problematik der Verschuldung und der internationalen Finanzbeziehungen“, in: Ellenberg, Ludwig/Bergemann, Anneliese (Hrsg.): *Entwicklungsprobleme Costa Ricas*. Saarbrücken, Fort Lauderdale: Breitenbach, 283-293.
- Minkner-Bünjer, Mechthild (1999): „Costa Rica: Internationalisierung der Wirtschaft mit Bananen und Mikroprozessoren“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Heft 19/1999, 162-172.

- Misereor, Brot für die Welt, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2000): *Entwicklungspolitische Wirkungen des Fairen Handels, Beiträge zur Diskussion*. Aachen: Misereor Medien.
- Mols, Manfred (1987): „Entwicklung“, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Pipers Wörterbuch zur Politik*. Bd. 1. München: Piper, 198-203.
- Mols, Manfred (1990): „Entwicklungsdenken am Vorabend des 21. Jahrhunderts: Anmerkungen aus politikwissenschaftlicher Sicht“ in: Mols, Manfred u.a. (Hrsg.): *Normative und institutionelle Ordnungsprobleme des modernen Staates*. Paderborn u.a.: Schöningh; 137-152.
- Mols Manfred/Wagner, Christoph (Hrsg.) (1994): *Deutschland – Lateinamerika. Geschichte, Gegenwart und Perspektiven*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Morosini, Marco u.a. (2001): *Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichte – 61 Profile*. Band 3, Stuttgart: TA Akademie.
- Müller, Edda (1989): „Sozial-liberale Umweltpolitik. Von der Karriere eines neuen Politikbereichs“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 47-48/89, 3-15.
- Munasinghe, Mohan (1993): „Der Ansatz der Ökonomen für eine nachhaltige Entwicklung“, in: *Finanzierung und Entwicklung*. Heft 4/1993, 16 –19.
- Mürle, Holger (1997): *Entwicklungstheorie nach dem Scheitern der „großen Theorie“*. INEF-Report, Heft 22/1997, Duisburg: INEF.
- Nachtigäller, Jutta (1992): „Umwelt und Entwicklung. Die Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro, 3.-14. Juni 1992“, in: *Nord-Süd aktuell*, 2. Quartal 1992, 337-344.
- Naini, Ahmad (1985): „Bundesrepublik Deutschland“, in: Holthus, Manfred/Kebschull, Dietrich (Hrsg.): *Die Entwicklungspolitik wichtiger OECD-Länder*, Band 1. Hamburg: Verlag Weltarchiv, 501-637.
- Neumayer, Eric (2001): „The human development index and sustainability – a constructive proposal“, in: *Ecological Economics*, Vol. 39, 101-114.
- Niedersächsisches Landesamt für Ökologie (Hrsg.) (2004): *Umweltindikatoren als Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion in Niedersachsen*. Hildesheim: NLÖ.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.) (1974): *Handbuch der Dritten Welt, Band 1 – Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung*. 1. Auflage, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1974a): „Entwicklungstheorien und Entwicklungsbegriff“, in: dies. (Hrsg.) (1974): *Handbuch der Dritten Welt, Band 1 – Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung*. 1. Auflage, Hamburg: Hoffmann und Campe, 13-33.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1974b): „Indikatoren von Unterentwicklung/Entwicklung“, in: dies. (Hrsg.) (1974): *Handbuch der Dritten Welt, Band 1 – Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung*. 1. Auflage, Hamburg: Hoffmann und Campe, 325-359.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.) (1982): *Handbuch der Dritten Welt, Band 1 – Unterentwicklung und Entwicklung: Theorien – Strategien – Indikatoren der*. 2. Auflage, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz.

- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1993a): „Vorwort der Herausgeber“, in: dies. (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz, 7-8.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1993b): „Ende der Dritten Welt?“, in: dies. (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz, 14-30.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1993c): „Was heißt Entwicklung?“, in: dies. (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz, 55-75.
- Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (1993d): „Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung“, in: dies. (Hrsg.) (1993): *Handbuch der Dritten Welt. Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien*. 3. Auflage, Bonn: Dietz, 76-108.
- Nuhn, Helmut (1995): „Bananenanbau und Weltmarktverflechtung tropischer Kleinstaaten Zentralamerikas“, in: Sevilla, Rafael/Torres Rivas, Edelberto (Hrsg.): *Mittelamerika – Abschied von der Revolution?* Unkel/Bad Honnef: Horlemann, 163-191.
- Nuscheler, Franz (1996): *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. 4. Auflage, Bonn: Dietz.
- O'Connor, James (1994): *Towards Environmentally Sustainable Development. Measuring Progress*. Paper presented to the 19th Session of the General Assembly of IUCN, Buenos Aires, Jan. 18-26, 1994.
- Oberthür, Sebastian (1992a): „Die internationale Zusammenarbeit zum Schutz des Weltklimas“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16/92, 9-20.
- Observatorio del Desarrollo (2001): *Tendencias del Desarrollo Costarricense*. CD-ROM, San José: OdD.
- Olympia Sustainable Community Roundtable (Hrsg.) (o. J.): *The Ecological Footprint*. Olympia, Washington. Im Internet unter: <http://www.olywa.net/roundtable/footprint/#challenge>. Stand: 15.3.2005.
- Opschoor, Johann B. (1992): „Sustainable Development, the Economic Process and Economic Analysis“, in: ders. (Hrsg.): *Environment, Economy and Sustainable Development*. Rotterdam: Wolters-Noordhoff, 25-51.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (2001): *OECD-Umweltprüfberichte – Deutschland*. Paris: OECD.
- Organization for Economic Cooperation and Development (Hrsg.) (o. J.): *Millennium Development Goals*. (Kurzbericht der MDG-Arbeitsgruppe) im Internet unter <http://www.oecd.org/dataoecd/33/61/1905879.pdf>, Stand: 15.5.2004.
- Pearce, David/Markandya, Anil/Barbier, Edward (1989): *Blueprint for a Green Economy*. London: Earthscan Publications.
- Pearce, David W./Turner, R. Kerry (1990): *Economics of Natural Resources and the Environment*. New York u.a.: Harvester Wheatsheaf.
- Pearce, David/Barbier, Edward/Markandya, Anil (1990): *Sustainable Development. Economics and Environment in the Third World*. Aldershot, Brookfield.
- Pearce, Douglas (2004): „Rücküberweisungen“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 16/2004, 26-28.

- Pearce, Fred (1992): *Die grünen Macher*. Berlin: Rotbuch.
- Piechockie, Reinhard (2002): „Altäre des Fortschritts und Aufklärung im 21. Jahrhundert“, in: Altner, Günter u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2003*. München: Beck, 11-37.
- Pilardeaux, Benno (2003): „Welternährungsgipfel + 5: Was ist mit der ‚Allianz gegen den Hunger?‘“, in: Altner, Günter u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2004*. München: Beck, 72-79.
- Prescott-Allen, Robert (1995): *Four Questions About indicators of Sustainable Development*. Paper prepared for the Scientific Workshop on Indicators of Sustainable Development. 15th –17th November 1995, Wuppertal, Germany, hekt. Mskt.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2002): *Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung*. Berlin: Selbstverlag.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2004): *Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Fortschrittsbericht 2004*. Berlin: Selbstverlag.
- Proyecto Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible (fortlaufend): *Estado de la Nación en Desarrollo Humano Sostenible*. San José: Proyecto Estado de la Nación.
- Quenett, Sibylle (1992): „Der Beifall für Mahatirs Rhetorik hielt sich in Grenzen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.4.1992, 6.
- Radermacher, Walter/Stahmer, Carsten (1995): „Umweltbezogene Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes“, in: Bringezu, Stefan (Hrsg.): *Neue Ansätze der Umweltstatistik. Ein Wuppertaler Werkstattgespräch*. Berlin u.a.: Birkhäuser, 55-73.
- Radke, Volker (1999): *Nachhaltige Entwicklung. Konzept und Indikatoren aus wirtschaftstheoretischer Sicht*. Heidelberg: Physica-Verlag.
- Rat der Sachverständigen für Umweltfragen (2002): *Stellungnahme zum Regierungsentwurf zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom 13. Februar 2002*. Berlin: SRU; im Internet unter [http://www.umweltrat.de/03stellung/download03/stellung/Stellung\\_Nachhaltigkeitsstrategie\\_Feb2002.pdf](http://www.umweltrat.de/03stellung/download03/stellung/Stellung_Nachhaltigkeitsstrategie_Feb2002.pdf), Stand: 25. 5.2004.
- Rattay, Thomas (1990): „Ecoturismo als Chance der touristischen Entwicklung“, in: Ellenberg, Ludwig/Bergemann, Anneliese (Hrsg.): *Entwicklungsprobleme Costa Ricas*. Saarbrücken, Fort Lauderdale: Breitenbach, 111-119.
- Rees, William/Wackernagel, Mathis (1997): *Unser ökologischer Fußabdruck. Wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt*. Basel u.a.: Birkhäuser. Originalfassung: diess. (1995): *Our Ecological Footprint: Reducing Human Impact on the Earth*. Gabriola, BC, Philadelphia, PA: New Society Publishers.
- Renn, Ortwin/León, Christian D./Clar, Günther (2000): *Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg, Statusbericht 2000 – Langfassung*. Arbeitsbericht Nr. 173 der Akademie für Technikfolgenabschätzung. Stuttgart: TA-Akademie.
- Riege-Wcislo, Wolfgang (2000): „Umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR) – Ein Informationsinstrument für nachhaltige Wirtschafts- und Umweltpolitik“, in: Gehrlein, Ulrich (Hrsg.): *Wege zur Zukunftsbeständigkeit. Strategien und Instrumente zur Umsetzung des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung*. Münster: Agenda-Verlag, 137-153.
- Rudersdorf, Karl Heinrich (2004): „Lebensfähige Weltgesellschaft – Zur Geschichte der Begriffe ‚sustainable‘ und ‚nachhaltig‘“, in: *Zeitschrift Entwicklungs politik*, Heft 8/9/2004, 57-58.

- Runnels, Curtis N. (1995): „Umweltzerstörung im griechischen Altertum“, in: *Spektrum der Wissenschaft*, Heft 5/1995, 84-88.
- Sachs, Ignacy (1984): „Developing in Harmony with Nature: Consumption Patterns, Time and Space Uses, Resources Profiles, and Technological Choices“, in: Glaeser, Bernhard (Hrsg.): *Ecodevelopment. Concepts, Projects, Strategies*. Oxford et. al.: Pergamon Press, 209-227.
- Sangmeister, Hartmut (2000): „Entwicklung – mehr als nur Wirtschaftswachstum“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 11/2000, 109-120.
- Sangmeister, Hartmut (2001): „Armut und Armutsbekämpfung in Lateinamerika“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 14/2001, 149-160.
- Sangmeister, Hartmut (2004): „Wirtschaftliche Entwicklung und Umweltbelastung in Lateinamerika“, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 19/2004, 205-215.
- Sangmeister, Hartmut (Koordination) (2004): *Datenbank Iberostat*. Heidelberg: elektronische Version, Stand: 26.7.2004.
- Schischkoff, Georgi (Hrsg.) (1991): *Philosophisches Wörterbuch*. 22. Auflage, Stuttgart: Kröner.
- Schmid, Raimund (2003): „Die Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg 2003: Modellprojekt für die Kommunen in Bayern“, in: Fonari, Alexander/Stamm, Norbert (Hrsg.): *Entwicklungspolitik in Bayern – Analysen und Perspektiven*. Bonn: Germanwatch.
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1993): *Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS – das Maß für ökologisches Wirtschaften*. Berlin u.a.: Birkhäuser.
- Schmitz, Angela (1996): „Sustainable Development: Paradigma oder Leerformel?“, in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte – Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz, 103-119.
- Schmitz, Angela/Stephan, Petra (1996): „Die Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992“, in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte – Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz, 175-185.
- Schoer, Karl (1993): *Nachhaltigkeitsindikatoren und Gesamtrechnungen*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, Online-Version: <http://www.destatis.de>.
- Schoer, Karl (2003): *Die Rolle des Gesamtrechnungssystems für eine integrierte Nachhaltigkeitsberichterstattung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt; Online-Version vom Juni 2003, im Internet unter <http://www.destatis.de/download/d/ugr/nachhgesamtr.pdf>; Stand 15.4.2004.
- Schradi, Johannes (2002): „Entwicklungspolitik in den Wahlprogrammen“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 15/2002, 4.
- Schreiner, Günther (1988): *Die Wirtschaftsentwicklung Costa Ricas unter besonderer Berücksichtigung der Auseinandersetzung zwischen Monetaristen und Keynesianern*. Saarbrücken: Breitenbach.
- Schürmann, Heinz Jürgen (1992): „Tauschgeschäfte mit ökologischer Schadensbegrenzung“, in: *Handelsblatt* vom 05.06.1992, 20.
- Schwefel, Detlef (1972): *Beiträge zur Sozialplanung in Entwicklungsländern*. Berlin: Bruno Hessling.

- Seers, Dudley (1974): „Was wollen wir messen?“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt, Band 1 – Theorien und Indikatoren der Unterentwicklung und Entwicklung*. 1. Auflage, Hamburg: Hoffmann und Campe, 222-238.
- Seitz, Klaus (2003): „Die Sicherheitsfalle“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 16/17/2003, 41-45.
- Semana*, Bogotá, vom 18.02.1992, 3.
- Sen, Amartya (1985): *Commodities and Capabilities*. Amsterdam: North Holland.
- Serageldin, Ismail (1994): „Making Development sustainable“, in: ders./Steer, Andrew (Hrsg.): *Making Development sustainable: From Concepts to Action*. Environmentally Sustainable Occasional Paper Series, Nr. 2, Washington: Worldbank, 1-6.
- Siebold, Thomas (1996): „Der Städtegipfel Habitat II in Istanbul 1996“, in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte – Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz, 226-233.
- Sieferle, Rolf Peter (2003): „Nachhaltigkeit in universalhistorischer Perspektive“, in: Siemann, Wolfram (Hrsg.): *Umweltgeschichte – Themen und Perspektiven*. München: Beck, 39-60.
- Simonis, Udo E. (1992): „Kooperation oder Konfrontation: Chancen einer globalen Klimapolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16/92 vom 10.4.1992, 21-32.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen (1998): *Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert*. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 20.10.1998.
- Spangenberg, Joachim (1991): *Umwelt und Entwicklung: Argumente für eine globale Entwicklungsstrategie*. Marburg: Schüren.
- Spanger, Hans-Joachim/Brock, Lothar (1987): *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Spehr, Christoph/Stickler, Armin (1997): „Morphing Zone – Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken“, in: Raza, Werner G./Novy, Andreas (Hrsg.): *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt am Main: Brandes und Apsel/Südwind, 12-24.
- Spranger, Carl-Dieter (1991): „Neue politische Kriterien des BMZ. Rede vor der Bundespresskonferenz am 10.10.91 in Bonn“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Reihe: Aktueller Beitrag, 3/1991, Frankfurt/Main: GEP, 7-10.
- Stadler, Toni (1991): „Glückliche reiche Völker sind bessere Partner“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9.8.1991, 8.
- Stadt Osnabrück, Amt für Kultur und Museen u.a. (o. J.): *Osnabrück – Menschen erkunden ihre Stadt*. Dritte Welt Bilanz. Osnabrück .
- Stahl, Karin (1992): „Die UN-Konferenz über ‚Umwelt und Entwicklung‘: Neue und alte Verteilungskonflikte zwischen Erster und Dritter Welt“, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.): *Jahrbuch Dritte Welt 1993*. München: Beck, 48-60.
- Stahmer, Carsten (1988): „Umwelt-Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, Heft 1/1998.



- Stahmer, Carsten (2000): *Verwehte Engel – Bausteine für ein nachhaltiges Berichtssystem*. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript zum 2. Weimarer Kolloquium der Vereinigung für Ökologische Ökonomie vom 1.-3.11.2000.
- Stamm, Andreas (2004a): *Schwellen- und Ankerländer als Akteure einer globalen Partnerschaft – Überlegungen zu einer Positionsbestimmung aus deutscher entwicklungspolitischer Sicht*. Discussion-Paper 1/2004. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Stamm, Andreas (2004b): „Neue Länderstrategie des BMZ, Schwellen- und Ankerländer – Partner Deutschlands für die Gestaltung der Globalisierung“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 23/24/2004, 24-27.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (fortlaufend): *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Metzler Poeschel.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2001): *Umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR) – Ziele, Konzepte und methodische Grenzen*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt; Online-Version unter <http://www.destatis.de>; Stand 8.4.2004.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002a): *Statistisches Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Metzler Poeschel.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002b): *Datenreport 2002*. Bonn: BpB.
- Stephan, Petra (2001): *Die Welt auf dem Prüfstand. Nachhaltigkeitsindikatoren im Rio-Follow-up*. Herausgegeben vom Forum Umwelt und Entwicklung. Bonn: Forum Umwelt und Entwicklung.
- Stockmann, Reinhard (1992): *Die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stockmann, Reinhard/Caspari, Alexandra/Kevenhörster, Paul (2000): „Langfristige Wirkung der staatlichen EZ“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 41, Heft 10/2000, 285-287.
- Stockmann, Reinhard/Caspari, Alexandra (2001): „Nachhaltigkeit deutscher EZ-Projekte. Eine operationale Nachhaltigkeitsdefinition und ihre Anwendung“, in: *epd-Entwicklungspolitik* Heft 14/2001, 26-29.
- Strong, Maurice F (1972): „Rede des Generalsekretärs der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen auf der Abschlussitzung der Konferenz am 16. Juni 1972 (gekürzt)“, in: *Europa-Archiv*, Folge 18/1972, D447-D450.
- Süddeutsche Zeitung* vom 27.05.1992, 7.
- Süssmuth, Rita (2004): „Das veränderte Migrantenbild wahrnehmen“, in: *Zeitschrift Entwicklungspolitik*, Heft 16/2004, 21-24.
- Summers, Robert/Heston, Alan (1996): „Reales Bruttosozialprodukt. Zur Geschichte des International Comparison Program“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 295-297.
- Teichert, Volker (1995): *Perspektiven sozial-ökologischer Bilanzierung*. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Graue Reihe, Band 94. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Teichert, Volker (2004): „Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen“, in: *Umweltmanagementsysteme*, (Loseblattsammlung) Februar 2004, 1-28.

- Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2002a): „Dem Weltgipfel müssen Taten folgen“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 22/2002, 47-50.
- Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2002b): „Rio+10 in Johannesburg: Markiert die Agenda 21 den Wendepunkt zu einer global nachhaltigen Entwicklung?“, in: Schoch, Bruno u.a. (Hrsg.): *Friedensgutachten 2002*. Münster: Lit-Verlag, 186-195.
- Teichert, Volker/Diefenbacher Hans/Dümig, Dorothee/Wilhelmy, Stefan (2002): *Indikatoren zur Lokalen Agenda 21 – Ein Modellprojekt in sechzehn Kommunen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Thiel, Reinold E. (1996a): „Arme Länder reich gerechnet?“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 287.
- Thiel, Reinold E. (1996b): „China: nach den USA, vor Japan?“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 37, Heft 11/1996, 292-294.
- Thiel, Reinold E. (Hrsg.) (1999): *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Bonn: Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung.
- Töpfer, Klaus (1992a): „Chancen für eine neue Partnerschaft zwischen Norden und Süden“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24.01.1992, 8.
- Töpfer, Klaus (1992b): „Plädoyer für eine gleichberechtigte Partnerschaft“, in: *Europa-Archiv*, Folge 9/1992, 238-243.
- Transparency International Deutschland e.V. (Hrsg.) (o. J.): *Korruptionsindices*. Berlin. Im Internet unter: <http://www.transparency.de/Korruptionsindices.382.0.html>. Stand: 28.2.2005.
- Ugalde, Edgar (1990): „Costa Rica y la Comunidad Europea“, in: Rojas Aravena, Francisco (Hrsg.): *Costa Rica y el sistema internacional*. Caracas: Nueva Sociedad, 71-96.
- Umweltbundesamt (fortlaufend): *Daten zur Umwelt*. Berlin: E. Schmidt.
- Umweltbundesamt/Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2002): *Umweltdaten Deutschland 2002*. Wiesbaden, Berlin: UBA/Destatis.
- United Nations (1997): *The World Conferences. Developing priorities for the 21<sup>st</sup> Century*. UN Briefing Papers, New York: UN Department of Public Information, 79-98.
- United Nations (2002a): *From our origins to the future – Johannesburg Declaration on Sustainable Development*. New York: DESA; im Internet: [http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD\\_POI\\_PD/English/POI\\_PD.htm](http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POI_PD.htm), Stand: 30.11.2004.
- United Nations (2002b): *Plan of Implementation of the World Summit on Sustainable Development*. New York: DESA; im Internet unter: [http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD\\_POI\\_PD/English/WSSD\\_PlnImpl.pdf](http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/WSSD_PlnImpl.pdf), 30.11.2004.
- United Nations Conference on the Human Environment (1972): „Deklaration der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen vom 16. Juni 1972 über die Umwelt des Menschen“ (Stockholm-Erklärung); zitiert nach der vorläufigen deutschen Übersetzung des Bundesministeriums des Innern in: *Europa-Archiv*, Folge 18/1972, D443 – D447.
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (1996): *CSD Working List of Indicators of Sustainable Development*. September 1996, New York: DESA; im Internet: <http://www.un.org/esa/sustdev/worklist/htm>.

- United Nations Department of Economic and Social Affairs (2001): *Indicators of Sustainable Development: Framework and Methodologies*. Background Paper No. 3. New York: DESA.
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (2003): *National Information – Germany. 2003 Status Report*. Im Internet unter [http://www.un.org/esa/agenda21/nat-info/countr/germany/2003\\_nsds.pdf](http://www.un.org/esa/agenda21/nat-info/countr/germany/2003_nsds.pdf); Stand: 15.1.2005.
- United Nations Development Programme (fortlaufend): *Human Development Report*. New York: UNDP.
- United Nations Development Programme (1994): *Bericht über die menschliche Entwicklung 1994*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
- United Nations Development Programme (1995): *Bericht über die menschliche Entwicklung 1995*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
- United Nations Development Programme (1999): *Bericht über die menschliche Entwicklung 1999*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
- United Nations Development Programme (2000): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2000*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
- United Nations Development Programme (2002): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2002*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
- United Nations Development Programme (2004): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2004*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
- United Nations General Assembly (2000): *United Nations Millennium Declaration*, Resolution adopted by the General Assembly: A/RES/55/2 vom 18.9.2000.
- United Nations General Assembly (2001): *Road map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration*, Report of the Secretary-General: A/56/326 vom 6.9.2001.
- United Nations Non-Governmental Liaison Service (2002): *NGLS Roundup 98*, November 2002.
- United Nations Statistics Division (Hrsg.): *Millennium Indicators Database*. (Online-Datenbank), im Internet unter [http://unstats.un.org/unsd/mi/mi\\_goals.asp](http://unstats.un.org/unsd/mi/mi_goals.asp), Stand: 25.5.2004
- United Nations Statistics Division (Hrsg.) (2004): *Integrated Environmental and Economic Accounting 2003*. Im Internet unter: <http://unstats.un.org/unsd/envAccounting/seea.htm>; Stand: 20.3.2005.
- Universidad de Costa Rica/Ministerio del Ambiente y Energía (2002): *Indicadores del desarrollo sostenible de Costa Rica*. San José: OdD.
- Vargas Araya, Armando (1985): „Die Neutralität Costa Ricas“, in: Maislinger, Andreas (Hrsg.): *Costa Rica – Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger aktiver und unbewaffneter Neutralität*. Innsbruck: Inn-Verlag, 70-78.
- Verbraucher Initiative e.V., Bundesverband (Hrsg.) (o. J.): *Fair feels good – Eine Informationskampagne zum fairen Handel*. (Onlinequelle), im Internet unter: <http://www.fair-feels-good.de/>; Stand: 20.3.2005.
- Vorholz, Fritz/Wernicke, Christian (1992): „Diplomatischer Karneval in Rio“, in: *Zeitschriften*, Nr. 1/1992, 83-85.

- Wackernagel, Mathis et. al. (1997): *Ecological Footprints of Nations. How Much Nature Do They Use? – How Much Nature Do They Have?*, im Internet unter: <http://www.ecouncil.ac.cr/rio/focus/report/english/footprint/>; Stand: 5.4.2004.
- Wagner, Christoph (1994): „Die offiziöse Außen- und Entwicklungspolitik der deutschen politischen Stiftungen in Lateinamerika“, in: Mols Manfred/Wagner, Christoph (Hrsg.): *Deutschland – Lateinamerika. Geschichte, Gegenwart und Perspektiven*. Frankfurt am Main: Vervuert, 167-228.
- Wagner, Christoph (2000): „Amartya Sen – Entwicklung als Freiheit, Demokratie gegen Hunger“, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Heft 4/2000, 116-119.
- Weber, Max (1922): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Ausgabe von 1985, Tübingen: Mohr.
- Wehner, Ursula (1976): *Ökologische soziale Kosten und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung*. Köln: Diss.
- Wehrspaun, Charlotte/Wehrspaun, Michael (2002): „Von der Paradoxie des Fortschritts zum unvermittelten Leitbild der Nachhaltigkeit“, in: Altner, Günter u.a. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2003*. München: Beck, 38-59.
- Weizsäcker, Christine von (1994): „Vielfalt im Verständnis von ‚Artenvielfalt‘“, in Sachs, Wolfgang (Hrsg.): *Der Planet als Patient: Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik*. Berlin u.a.: Birkhäuser, 113-135.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1989): *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Welsch, Wolfgang (1996): *Vernunft. Die zeitgenössische Vernunftkritik und das Konzept der transversalen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Weltbank (Hrsg.) (1992): *Weltentwicklungsbericht 1992*. Bonn: UNO-Verlag.
- Weltbank (Hrsg.) (2004): *Weltentwicklungsbericht 2004*. Bonn: BpB.
- Werner, Rudolf (1975): *Soziale Indikatoren und politische Planung*. Reinbek: Rowohlt.
- Werz, Nikolaus (1999): „Heimatspflege, interkultureller Dialog oder Standortpolitik?“, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Heft 2; hier nach der Internetfassung unter [http://www.ifa.de/zfk/themen/99\\_2\\_lateinamerika/dwerz.htm](http://www.ifa.de/zfk/themen/99_2_lateinamerika/dwerz.htm), Stand: 25.2.2003.
- Westphal, Kirsten (2003): „Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika: Konkretes Handlungsmodell oder nur Vision?“, in: Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne (Hrsg.): *Lateinamerika im internationalen System*. Opladen: Leske und Budrich, 177-201.
- Wicke, Lutz (1986): *Die ökologischen Milliarden*. München: Kösel.
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie (2003): *Zukunft sichern: globale Armut bekämpfen – Regierungserklärung zur Entwicklungspolitik in der entwicklungspolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 8.5.2003*. Bonn: BMZ. Im Internet unter: <http://www.bmz.de/presse/reden/rede08052003.html>; Stand: 10.6.2004.
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie (2005a): „Die Hilfe erfordert höchste Professionalität“, Interview, in: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Jg. 46, Heft 2/2005, 48-49.
- Wieczorek-Zeul, Heidemarie (2005b): „Der Beitrag der Touristen“, Interview, in: *Berliner Zeitung* vom 11.3.2005, im Internet unter: <http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede20050311.html>; Stand: 20.3.2005.

- Wijkman, Per Magnus (1982): „Managing the global commons“, in: *International Organization*, Vol. 36, No. 3, 511-536.
- Wilhelmy, Stefan (2000): „Im Nord-Süd-Vergleich: Lokale Agenda 21“, in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hrsg.): *Friedensgutachten 2000*. Münster: Lit, 209-219.
- Wilhelmy, Stefan (2003a): „Erste Eine-Welt-Bilanz einer deutschen Agenda-Kommune“, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Heft 11/2003, 17-18.
- Wilhelmy, Stefan (2003b): *Schwachstellenanalyse und Vorschlag für ein Indikatorensystem zur nachhaltigen Entwicklung des Landes Hessen unter besonderer Berücksichtigung des Leitfadens „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“*. Unveröffentlichter Endbericht an das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie. Heidelberg, Juli 2003, hekt. Mskr.
- Wilke, Jürgen (1996): „Lateinamerika in den Medien: Zeitungen und Zeitschriften“, in: Kohut, Karl/Briesemeister, Dietrich/Siebenmann, Gustav (Hrsg.): *Deutsche in Lateinamerika – Lateinamerika in Deutschland*. Frankfurt am Main: Vervuert, 255-268.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) (2002): *Stellungnahme des WBGU zum Entwurf der Bundesregierung für eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ (Stand Dezember 2001)* vom 4.3.2002. Berlin: WBGU.
- Wöhlcke, Manfred (1990): *Umwelt- und Ressourcenschutz in der internationalen Entwicklungspolitik: Probleme und Zielkonflikte*. Baden-Baden: Nomos.
- Wöhlcke, Manfred (1993a): *Der ökologische Nord-Süd-Konflikt*. München: Beck.
- Wöhlcke, Manfred (1993b): „Umwelt und Entwicklung: Die Nord-Süd-Dimension der ökologischen Frage“, in: Zunker, Albrecht (Hrsg.): *Weltordnung oder Chaos?*, Baden-Baden: Nomos, 434-449.
- Woiwod, Christiane (1996): „Die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994“, in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Weltkonferenzen und Weltberichte – Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion*. Bonn: Dietz, 195-205.
- World Bank (fortlaufend): *World Development Report*. New York: Oxford University Press.
- Worldwatch Institute Report (Hrsg.) (fortlaufend): *Zur Lage der Welt*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Worster, Donald (1994): „Auf schwankendem Boden. Zum Begriffswirrwarr um ‚nachhaltige Entwicklung‘“, in: Sachs, Wolfgang (Hrsg.): *Der Planet als Patient: Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik*. Berlin u.a.: Birkhäuser, 93-112.
- Zapf, Wolfgang (Hrsg.) (1974): *Soziale Indikatoren. Konzepte und Forschungsansätze II*. Frankfurt am Main/New York: Herder & Herder.

### Liste der Interviewpartner (Interviews im Zeitraum Februar/März 2003)

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>
Oliver Bach	selbstständiger Umweltgutachter, San José
Annette Bähring	GTZ, IFAM Moravia
Dr. René Castro	Centro Latinoamericano para la Competividad y el Desarrollo Sostenible del INCAE, ehemaliger Umweltminister
Dr. Helmut Göckel	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, San José
Frauke Gorosabel	Deutsche Botschaft San José, Abteilung Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Dr. Edgar Gutiérrez-Espeleta	Direktor des Observatorio del Desarrollo, Universidad de Costa Rica, San José
Alvaro Fernandez	Observatorio del Desarrollo, Universidad de Costa Rica, San José
Prof. Dr. Edgar Fürst	Centro Internacional de Política Económica para el Desarrollo Sostenible de la Universidad Nacional, Heredia
Christian Haase	Exekutivdirektor der Deutsch-Costaricanischen Außenhandelskammer
René Lammer	Evangelische Kirche, San José
Dr. Leonel Lozano Dominguez	Director de Política de Desarrollo y Medio Ambiente, Fundación Friedrich Ebert, México D.F.
Alberto Mora	Proyecto Estado de la Nación en Desarrollo Sostenible
Wilfried Schönberger	Direktor der Humboldt-Schule San José
Dipl. Ing. Kurt Eduard Stührenberg	MOPT/GTZ, San José
Ricardo Ulate Chacón	Ministerio del Ambiente y Energía (MINAE), Dirección General de Relaciones Internacionales, San José
Olman Villareal G., M.S.c.	Direktor des Centro de Investigación y Capacitación en Administración Pública (CICAP), San José

## Liste der offenen Interviewfragen

- Wie wird Deutschland als politischer Partner in Costa Rica wahrgenommen?
- Welche Bedeutung haben jeweils die drei Staaten/Staatengruppen
  - Deutschland/Europa
  - USA
  - Lateinamerika
  - als politischer Partner und als Handelspartner?
- Wer sind die wichtigsten Partner für Costa Rica in den nächsten Jahren?
- Welche Bedeutung haben die Themen Ökologie und nachhaltige Entwicklung in der politischen Diskussion und in der wirtschaftlichen Praxis?
- Was sind die wichtigsten Themenfelder in der nationalen Nachhaltigkeits-Diskussion?
- Haben diese Einfluss auf das „Alltagshandeln“ in Politik und Wirtschaft und wie können diese Felder von außen beeinflusst werden?
- Welche Ansätze zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit gibt es (z.B. Lokale Agenda 21)?
- Welche Hürden lassen sich bei der Umsetzung identifizieren?
- Welche Bedeutung haben Indikatoren in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion sowie in der politischen Praxis?
- Wer sind die zentralen Akteure?
- Gibt es Auswirkungen durch Regierungswechsel oder eher eine kontinuierliche Zusammenarbeit?
- Welche Bedeutung hat das Nachhaltigkeits-Konzept im (politischen) Dialog mit Deutschland?
- Findet das Konzept Niederschlag in der regionalen Zusammenarbeit (z.B. Plan Puebla Panama)?

### Auswertung von Berichtssystemen zur Charakterisierung von Ländern in der Entwicklungspolitik

<b>Bodemer, Klaus u.a. (Hrsg.) (2002): Lateinamerika Jahrbuch 2002</b> Frankfurt: Vervuert.	<b>Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2002): Lexikon Dritte Welt</b> Hamburg: Rowohlt.	<b>Betz, Joachim u.a. (Hrsg.) Jahrbuch Dritte Welt 2000</b> München: Beck.	<b>Nord-Süd aktuell Orientierungsdaten (hier: 3. Quartal 1999)</b>
Quelle: Iberostat, basierend auf internationalen Quellen (World Bank, IMF, ECLAC, IADB, UN, UNDP	Quellen: Eurostat, FAO, Statist. Bundesausschuss, UN, UNESCO, UNDP, World Bank, Rep. Of China	Quellen: World Bank: World Development Report; IMF: International Financial Statistics	Quellen: World Bank: World Development Report; IMF: International Financial Statistics
<b>Demographische Kennziffern</b> - Bevölkerungszahl in Mio. - davon: unter 15 Jahren (in %) - davon im Alter von 15-64 Jahren (%) - Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung (in %) (1980-1990 & 1990-2000)	<b>Demographische Indikatoren</b> - Bevölkerungszahl 2001 (in Mio. Ew.) - Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und darüber in % - Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung	<b>Demographische Indikatoren</b> - Bevölkerung in Mio. - Wachstumsrate jährlich (Durchschnitt für 1990-1997)	<b>Demographische Indikatoren</b> - Bevölkerung in Mio. - Wachstumsrate jährlich (Durchschnitt für 1990-1997)
- Geschätzte Bevölkerung im Jahre 2050 (in Mio.)	- Projektion [der Bevölkerungszahl für] 2050		
- Städtische Bevölkerung (in %)	- Urbanisierungsgrad	- Urbanisierung: Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung	- Urbanisierung: Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung
- Geburtenrate			
- Fertilitätsrate	- Fertilitätsrate		
- Erwerbspersonen in der Landwirtschaft (in %)			
- Erwerbspersonen in der Industrie (in %)			
- Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor (in %)			
<b>Soziale Kennziffern</b> - Bevölkerung mit Zugang zu Trinkwasser (in %)	<b>Soziale Indikatoren</b> - Trinkwasserversorgung in %	<b>Soziale Indikatoren</b> - Sanitäre Versorgung: prozentualer Zugang der städtischen Bevölkerung an Wasserver- und -entsorgung (1995)	<b>Soziale Indikatoren</b> - Sanitäre Versorgung: prozentualer Zugang der städtischen Bevölkerung an Wasserver- und -entsorgung (1995)
- Tägliches Kalorienangebot (in % der Mindestbedarfsnorm)	- Tägliches Kalorienangebot pro Kopf	- Nahrungsmittelversorgung: Anteil unter- oder fehlernährter Kinder in der Altersgruppe unter 5 Jahren (Durchschnitt 1990-1996)	- Nahrungsmittelversorgung: Anteil unter- oder fehlernährter Kinder in der Altersgruppe unter 5 Jahren (Durchschnitt 1990-1996)



### Auswertung von Berichtssystemen zur Charakterisierung von Ländern in der Entwicklungspolitik (Fortsetzung)

Lateinamerika Jahrbuch 2002	Lexikon Dritte Welt	Jahrbuch Dritte Welt 2000	Nord-Süd aktuell
Soziale Kennziffern	Soziale Indikatoren	Soziale Indikatoren	Soziale Indikatoren
- Säuglingssterblichkeitsziffer (0-1 Jahr)	- Säuglingssterblichkeitsziffer		
- Kindersterbeziffer (0-5 Jahre)			
- Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)	- Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)	- Lebenserwartung: in Jahren bei gleichbleibenden Bedingungen nach Geschlecht (bzw. nach Durchschnitt)	- Lebenserwartung: in Jahren bei gleichbleibenden Bedingungen nach Geschlecht (bzw. nach Durchschnitt)
- Einwohner je Arzt			
- Alphabetisierungsquote (in %)	- Einschulungsquoten Grundschule (gesamt und Mädchen)	- Schulbildung: Grundschuleinschulungsrate	- Schulbildung: Grundschuleinschulungsrate
	- Analphabetenquote in %	Armutskennindikatoren	Armutskennindikatoren
	- HDI	- Bevölkerung unter 1 US\$/Tag in %	- Bevölkerung unter 1 US\$/Tag in %
		- Bevölkerung unter 2 US\$/Tag in %	- Bevölkerung unter 2 US\$/Tag in %
Wirtschaftliche Kennziffern	Wirtschaftliche Indikatoren	Wirtschaftliche Indikatoren	Wirtschaftliche Indikatoren
- Bruttoinlandsprodukt (in Mio. US\$)		- Bruttoinlandsprodukt in Mrd. US\$	- Bruttoinlandsprodukt in Mrd. US\$
- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in US\$)	- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in US\$)	- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US\$	- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US\$
		- Wachstumsrate [des BSP pro Kopf] jährlich (1996-1997)	- Wachstumsrate [des BSP pro Kopf] jährlich (1996-1997)
- Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (in Mio. US\$)			- Exporte in Mio. US\$
- Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (in Mio. US\$)			- Importe in Mio. US\$
			- Terms of Trade
- Leistungsbilanz (in Mio. US\$)			
- Kapitalbilanz (in Mio. US\$)			
- davon: ausländische Direktinvestitionen (in Mio. US\$)	- ausländische Direktinvestitionen (in % des BIP)		- FDI in Mio. US\$
- Bestand an Währungsreserven (in Mio. US\$)			- Internationale Reserven in Mio. US\$

**Auswertung von Berichtssystemen zur Charakterisierung von Ländern in der Entwicklungspolitik (Fortsetzung)**

<b>Lateinamerika Jahrbuch 2002</b>	<b>Lexikon Dritte Welt</b>	<b>Jahrbuch Dritte Welt 2000</b>	<b>Nord-Süd aktuell</b>
<b>Wirtschaftliche Kennziffern</b>	<b>Wirtschaftliche Indikatoren</b>	<b>Wirtschaftliche Indikatoren</b>	<b>Wirtschaftliche Indikatoren</b>
- Privater Verbrauch (in % des BIP)			
- Staatsverbrauch (in % des BIP)			
- Bruttoinlandsinvestitionen (in % des BIP)	- Investitionsquote (in % des BIP)		
- Bruttoinlandsersparnis (in % des BIP)			
- Anteil der Landwirtschaft am BIP (in %)			- Anteil der Landwirtschaft am BIP (in %)
- Anteil der Industrie am BIP (in %) - davon: Verarbeitendes Gewerbe (in %)	- Industrialisierungsgrad (in % des BIP)		- Anteil der Industrie am BIP (in %) - Verarbeitendes Gewerbe (in %) (ge- sondert ausgewiesen)
- Anteil des Dienstleistungssektors am BIP (in %)			- Anteil des Dienstleistungssektors am BIP (in %)
- Auslandsverschuldung (in Mio. US\$) - davon: öffentliche Verschuldung (in Mio. US\$)		- Verschuldung in Mio. US\$	- Verschuldung in Mio. US\$
- Schuldendienst (in Mio. US\$) - davon: Zinszahlungen (in Mio. US\$)			
- Schuldendienst in % der Exporterlöse	- Schuldendienst in % der Exporterlöse		- Verschuldung in % BSP
			- Entwicklungshilfe in % BSP
- Wachstumsrate des BIP (in %)			
- Inflationsrate (in %)			
- Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP (in %) (1980-1990 und 1990-2000)	- Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BNE (in %) (1990-1999)		
- Durchschnittliche jährliche Inflationsrate (in %) (1990-2000)			
			- Wechselkurs: Inlandswährung je Sonderziehungsrecht

## Lebenslauf

Name: Wilhelmy  
Vorname: Stefan  
Geburtsdatum: 20.05.1968  
Geburtsort: Boppard am Rhein  
Wohnort: Zeißelstraße 17  
60318 Frankfurt/Main  
Staatsangehörigkeit: deutsch  
Familienstand: verheiratet, zwei Kinder

### Bildungs- und Studiengang:

1974 - 1978 Grundschule Emmelshausen  
1978 - 1980 Orientierungsstufe am  
Konrad-Adenauer-Schulzentrum Emmelshausen  
1980 - 1987 Staatliches Kant-Gymnasium Boppard  
1987 Abitur (Gesamtnote: 2,0)

ab WS 1988/89 Studium der Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-  
Universität Mainz mit den Nebenfächern Volkswirtschaftslehre  
und Geographie

12/1995 - 07/1996 Magisterarbeit zum Thema: Die Agenda 21 als Aktions-  
programm der Internationalen Gemeinschaft zur Erreichung ei-  
ner Nachhaltigen Entwicklung (unter besonderer Berücksichti-  
gung des „Köpenicker Modells“ als Implementierungsbeispiel)

01/1997 Abschluss der Prüfungen zum Magister Artium  
(Gesamtnote: gut (1,8))

WS 2000/2001 – Promotion zum Thema: *Theorien und Messkonzepte zur Analyse*  
WS 2005/2006 der Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen – Entwick-  
lung eines Indikatorensystems am Beispiel Deutschland – Costa  
Rica an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am  
Main (bei Prof. Dr. Lothar Brock)

Beruflicher Werdegang:

- 02/1997                      Praktikum bei der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- 03 – 05/1997               Praktikum in den Fachredaktionen epd-medien und epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt
- 07/1997 – 01/1998       freier Projektmitarbeiter bei der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg, mit dem Forschungsschwerpunkt „Kommunale Handlungsspielräume einer am Kriterium der Nachhaltigkeit orientierten Wirtschaftspolitik“
- ab 04/1998                 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg mit den Forschungsschwerpunkten nachhaltige Entwicklung, globale Umweltfragen, Indikatorenforschung, Lokale Agenda 21, Entwicklungspolitik

Sprachen:                    Englisch, Französisch, Spanisch

Auslandsaufenthalte:

- 10/1987 - 06/1988        Australien (6 Monate), Neuseeland (1 Monat), Indonesien, Malaysia, Singapur und Sri Lanka (insgesamt 2 Monate)
- 02/1994 - 04/1994        Mexiko, Guatemala und Belize
- 02/2003 – 03/2003        Costa Rica und Mexiko

## Erklärung

Hiermit erkläre ich,

dass ich die Dissertation selbstständig verfasst und alle in Anspruch genommenen Hilfsmittel in der Dissertation angegeben habe,

dass meine Arbeit noch in keinem Prüfungsverfahren vorgelegen hat,

dass ich nicht schon einmal einen Antrag auf Eröffnung eines Promotionsverfahrens gestellt habe und dass ich noch in keinem früheren Promotionsverfahren erfolglos geblieben bin,

dass mir die Promotionsordnung bekannt ist,

dass die Arbeit weder ganz, noch in Auszügen veröffentlicht ist.

*Frankfurt am Main, 30.3.2005;*

*gez. Stefan Wilhelmy*

---

Ort

Datum

Unterschrift